PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

33

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN
1977

W. I. LENIN

BAND 33

AUGUST 1921 – MÄRZ 1923

DIETZ VERLAG BERLIN
1977

Originaltitel:
В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ
© Politisdat, Moskau 1950
© Deutsche Übersetzung:
Dietz Verlag Berlin 1962

Mit 1 Frontispiz und 1 Faksimile

6. Auflage 1977
Dietz Verlag Berlin
Lizenznummer 1
LSV 0056
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig, III 18 138
(Fotomechanischer Nachdruck)
Best.-Nr.: 735 081 7
DDR 7,50 M

VORWORT

Die in Band 33 enthaltenen Artikel, Referate, Reden und Briefe W. I. Lenins fallen in die Zeit vom 16. August 1921 bis 2. März 1923.

In diesen Arbeiten zieht Lenin das erste Fazit aus der Neuen Ökonomischen Politik als dem Hebel für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft, begründet die Möglichkeit des Aufbaus der vollständigen sozialistischen Gesellschaft im Sowjetlande und skizziert in den Grundzügen den Plan dieses Aufbaus.

In den Artikeln „Neue Zeiten, alte Fehler in neuer Gestalt", „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution", „Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus" und in den Referaten „Über die Innen- und Außenpolitik der Republik" auf dem IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß am 23. Dezember 1921, „Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B)" auf dem XI. Parteitag am 27. März 1922, „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution" auf dem IV. Kongreß der Komintern am 13. November 1922, in der „Rede in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets" am 20. November 1922 und in anderen Arbeiten zeigt Lenin, wie die Wiederherstellung und der Aufschwung der sozialistischen Großindustrie beginnt und wie sich das Bündnis zwischen den Arbeitern und den Bauern auf neuer ökonomischer Grundlage festigt. Er weist den Weg, den man beim Angriff auf die kapitalistischen Elemente des Landes beschreiten muß, und bringt seine feste Überzeugung zum Ausdruck, daß „aus dem Rußland der NÖP das sozialistische Rußland werden wird".

Zahlreiche Reden, Artikel und Dokumente in diesem Band behandeln Fragen, die den Parteiaufbau, die Parteireinigung und die Verbesserung

der sozialen Zusammensetzung der Partei, die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik, die Leitung der Sowjet-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorgane betreffen. Dazu gehören der Artikel „Über die Parteieinigung", die Briefe „Über die Bedingungen für die Aufnahme neuer Parteimitglieder", der „Politische Bericht des Zentralkomitees der KPR(B)" auf dem XI. Parteitag der KPR(B), der Beschluß des ZK der KPR(B) „Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik" u. a.

Breiten Raum nehmen in dem Band Arbeiten ein, in denen sich Lenins Bemühungen um die Festigung und Verbesserung des Staatsapparats widerspiegeln. Dazu gehören der Brief „Über die Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion, wie sie aufzufassen und durchzuführen sind", der „Brief an J. W. Stalin über die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung)", die „Verordnung über die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung)", der Brief „Über ‚doppelte' Unterordnung und Gesetzlichkeit" und die „Rede auf der IV. Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der IX. Wahlperiode" am 31. Oktober 1922.

In vielen Reden, Artikeln und Dokumenten dieses Bandes legt Lenin die Grundprinzipien der Außenpolitik der Sowjetmacht dar. Ausgehend von der Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz der Sowjetrepublik und der kapitalistischen Staaten legt Lenin der Außenpolitik den Kampf um den Frieden und die Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität des Sowjetstaates zugrunde.

In den Arbeiten, die der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung gewidmet sind, formuliert Lenin die grundlegenden Aufgaben der Einheitsfronttaktik und beleuchtet die Entwicklungsperspektiven der Weltrevolution. Er hebt die gewaltige Bedeutung hervor, die dem Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung und des revolutionären Kampfes in Indien, China und den anderen Ländern des Ostens, deren Bevölkerung zusammen mit derjenigen Sowjetrußlands die große Mehrheit der Erdbevölkerung ausmacht, für den endgültigen Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt zukommt.

Der Band enthält die letzten Arbeiten Lenins „Tagebuchblätter", „Über

das Genossenschaftswesen", „Über unsere Revolution", „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen" und „Lieber weniger, aber besser". In diesen Artikeln zog Lenin das Fazit aus der geleisteten Arbeit und entwarf den Plan für den Aufbau des Sozialismus im Sowjetlande unter Teilnahme der Bauernschaft, die er durch seinen Genossenschaftsplan in den sozialistischen Aufbau einbezog. Ferner definierte er die Aufgaben auf dem Gebiet der Kulturrevolution und umriß die konkreten Maßnahmen zur Reorganisation des Staatsapparats.

Besondere Beachtung verdient Lenins bekannter Artikel „Über die Bedeutung des streitbaren Materialismus", worin Lenin ein Arbeitsprogramm auf dem Gebiet der marxistischen Philosophie entwirft.

Aus den in Band 33 enthaltenen Arbeiten und Briefen ersieht man klar Lenins Kampf gegen die parteifeindlichen Auffassungen der Trotzkisten und Bucharinleute sowie gegen den großrussischen Chauvinismus und den lokalen Nationalismus, seinen Kampf für die Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern.

In den Band 33 wurden 20 Arbeiten W. I. Lenins aufgenommen, die zum erstenmal in den Werken veröffentlicht werden. In den „Briefen an die Statistische Zentralverwaltung", in der „Rede zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution auf einer Festversammlung von Arbeitern, Arbeiterinnen, Rotarmisten und Jugendlichen des Moskauer Stadtbezirks Chamowniki" am 7. November 1921 und im „Entwurf einer Direktive des Politbüros des ZK der KPR(B) über die Neue Ökonomische Politik" (die letzten beiden Dokumente erscheinen hier überhaupt zum erstenmal) sind Fragen beleuchtet, die mit der praktischen Durchführung der Neuen Ökonomischen Politik zusammenhängen.

In dem „Brief an die Mitglieder des Politbüros über die Parteireinigung und über die Bedingungen für die Aufnahme in die Partei" schlägt Lenin vor, strengere Bedingungen für die Aufnahme in die Partei festzulegen.

Vollständig veröffentlicht wird zum erstenmal in den Werken der „Brief für die Mitglieder des Politbüros. Antwort auf die Bemerkungen betreffend die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare)", worin Lenin die parteifeindliche Stellung Trotzkis zur Frage der Rolle und der Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Staatlichen Plankommission scharf kritisiert.

Zum erstenmal werden ferner in den Werken veröffentlicht: der Brief

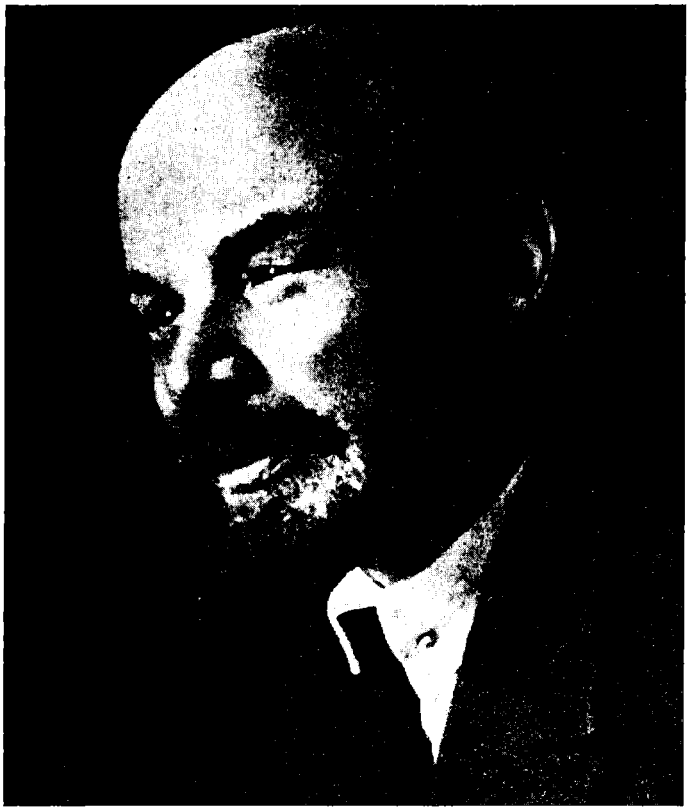
W. I. Lenins an D. I. Kurski, der die Ausarbeitung des sowjetischen Strafgesetzbuches betrifft; die „Notiz für das Politbüro über den Kampf gegen den Großmachtchauvinismus"; der „Brief über das Außenhandelsmonopol" vom 13. Oktober 1922 (erscheint hier zum erstenmal), worin Lenin die Unerschütterlichkeit des Außenhandelsmonopols gegen Bucharin, Sokolnikow und andere verteidigt, die dessen Grundlagen untergraben wollten; der „Brief an die Mitglieder des ZK betreffs der Möglichkeit, auf dem X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß zu sprechen"; die zwei Briefe über die Entwicklung der Radiotechnik und der Brief an das Politbüro vom 15. April 1922 (erscheint hier zum erstenmal).

Im „Brief an das Politbüro betreffend eine Resolution des IX. Gesamtrussischen Sowjetkongresses über die internationale Lage" betont Lenin die internationale Rolle des Sowjetstaates als des ersten Landes, das die Politik der Selbstbestimmung der Völker in die Tat umgesetzt hat.

In dem „Entwurf einer Entschließung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genuakonferenz" werden die grundlegenden Aufgaben des Sowjetstaates auf dem Gebiet der Außenpolitik festgelegt; im „Entwurf einer Antwort an E. Vandervelde" entlarvt Lenin die verräterische Rolle der Führer der II. und der zweieinhalbten Internationale, die die konterrevolutionären Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre verteidigten (beide Dokumente erscheinen hier zum erstenmal).

Schließlich enthält der Band zum erstenmal in den Werken veröffentlichte Grußadressen W. I. Lenins an verschiedene Tagungen und Organisationen.

Es folgen drei Bände mit Briefen W. I. Lenins (Bde. 34, 35, 37), ein Band mit nachträglich veröffentlichten Dokumenten aus den Jahren 1900–1923 (Bd. 36), die „Philosophischen Hefte" (Bd. 38), die „Hefte zum Imperialismus" (Bd. 39) und die „Hefte zur Agrarfrage" (Bd. 40). Die Ausgabe wird vervollständigt durch die Registerbände I und II.



W. I. LENIN

November 1921

NEUE ZEITEN, ALTE FEHLER IN NEUER GESTALT

Jede neue Wendung der Geschichte ruft gewisse Veränderungen in der Form der kleinbürgerlichen Schwankungen hervor, die stets neben dem Proletariat auftreten und stets in diesem oder jenem Maße in das Proletariat eindringen.

Kleinbürgerlicher Reformismus, d. h. mit biederen demokratischen und „sozial" demokratischen Phrasen und ohnmächtigen Wünschen verbrämtes Lakaientum vor der Bourgeoisie, und kleinbürgerlicher Revolutionarismus, drohend, aufgeblasen und großtuerisch in Worten, ein zerplittertes, atomisiertes, kopfloses Nichts in der Tat — das sind die beiden „Ströme" dieser Schwankungen. Sie sind unvermeidlich, solange die tiefsten Wurzeln des Kapitalismus nicht beseitigt sind. Ihre Form modifiziert sich jetzt im Zusammenhang mit einer bestimmten Wendung in der ökonomischen Politik der Sowjetmacht.

Das Grundmotiv bei den Menschewiki und ihren Nachbetern ist: „Die Bolschewiki haben kehrtgemacht zum Kapitalismus, nun ist es aus mit ihnen. Die Revolution erweist sich trotz allem als eine bürgerliche, auch die Oktoberrevolution! Es lebe die Demokratie! Es lebe der Reformismus!" Ob das auf rein menschewistische oder auf sozialrevolutionäre Manier gesagt wird, im Geiste der II. oder der zweieinhalbten Internationale, der Sinn ist ein und derselbe.

Das Grundmotiv bei den Halbanarchisten vom Schlage der deutschen „Kommunistischen Arbeiterpartei"[1] oder jenes Teils unserer ehemaligen Arbeiteropposition, der die Partei verlassen hat oder von ihr abfällt, ist: „Die Bolschewiki glauben jetzt nicht an die Arbeiterklasse!" Die Losungen, die daraus abgeleitet werden, gleichen mehr oder minder den „Kronstädter" Losungen im Frühjahr 1921.

Möglichst nüchtern und genau die Einschätzung der faktischen Klassenkräfte und die unbestreitbaren Tatsachen dem Gejammer und der Panik der Philister des Reformismus und der Philister des Revolutionarismus entgegenstellen – das ist die Aufgabe der Marxisten.

Man erinnere sich der Hauptetappen unserer Revolution. Die erste, sozusagen rein politische Etappe, vom 25. Oktober bis 5. Januar, bis zur Auseinanderjagung der Konstituante. In nur 10 Wochen haben wir für die wirkliche und vollständige Vernichtung der Überreste des Feudalismus in Rußland hundertmal mehr getan als die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre in den acht Monaten (Februar–Oktober 1917) *ihrer* Macht. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, samt all den Helden der zweieinhalbten Internationale im Ausland, waren zu jener Zeit erbärmliche Helfershelfer der Reaktion. Die Anarchisten standen entweder ratlos abseits, oder sie unterstützten uns. War damals die Revolution eine bürgerliche Revolution? Natürlich ja – insofern das von uns zum Abschluß gebrachte Werk die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution war, insofern es innerhalb der „Bauernschaft" noch keinen Klassenkampf gab. Aber zugleich haben wir ungeheuer viel geleistet über die bürgerliche Revolution *hinaus, für* die sozialistische, die proletarische Revolution: 1. Wir entfalteten wie nie zuvor die Kräfte der Arbeiterklasse, was die Ausnutzung der Staatsgewalt durch *sie* anbelangte. 2. Wir versetzten den Fetischen der spießbürgerlichen Demokratie, der Konstituante und den bürgerlichen „Freiheiten", von der Art der Pressefreiheit für die Reichen, einen in der ganzen Welt spürbaren Schlag. 3. Wir schufen den sowjetischen *Typus* des Staates, ein gigantischer Schritt vorwärts nach 1793 und 1871.

Die zweite Etappe. Der Brester Frieden. Eine Sturmflut revolutionärer Phrasen gegen den Frieden – halbpatriotischer Phrasen bei den Sozialrevolutionären und Menschewiki, „linker" Phrasen bei einem Teil der Bolschewiki. „Haben sie erst mit dem Imperialismus Frieden geschlossen, so sind sie verloren" – behauptete in panischem Schrecken oder mit Schadenfreude der Spießer. Aber die Sozialrevolutionäre und Menschewiki schlossen Frieden mit dem Imperialismus als Teilnehmer am bürgerlichen Raubzug gegen die Arbeiter. Wir „schlossen Frieden", indem wir dem Räuber einen Teil unseres Hab und Guts abtraten, um die Macht der Arbeiter zu retten, um dem Räuber noch stärkere Schläge zu versetzen.

Phrasen, daß wir angeblich „an die Kräfte der Arbeiterklasse nicht glauben", hörten wir damals zur Genüge, aber wir ließen uns durch die Phrasen nicht täuschen.

Die dritte Etappe. Der Bürgerkrieg von den Tschechoslowaken und den „Konstituante-Anhängern" bis zu Wrangel, 1918—1920. Unsere Rote Armee existierte zu Anfang des Krieges noch nicht. Diese Armee ist auch heute jeder beliebigen Armee der Ententeländer weit unterlegen, wenn man die materiellen Kräfte vergleicht. Und trotzdem trugen wir im Kampf gegen die Weltmacht der Entente den Sieg davon. Das Bündnis der Bauern und Arbeiter unter Führung der proletarischen Staatsmacht wurde — eine weltgeschichtliche Errungenschaft — auf eine Höhe ohnegleichen gehoben. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre spielten die Rolle von Helfershelfern der Monarchie, sowohl direkter Helfershelfer (als Minister, Organisatoren, Propagandisten) als auch verkappter (die höchst „raffinierte" und niederträchtige Haltung der Tschernow und Martow, die angeblich ihre Hände in Unschuld wuschen, in Wirklichkeit aber mit der Feder gegen uns arbeiteten). Die Anarchisten pendelten wie zuvor hilflos hin und her: Ein Teil unterstützte uns, ein anderer Teil schädigte die Arbeit durch Geschrei gegen die militärische Disziplin oder durch Skepsis.

Die vierte Etappe. Die Entente ist gezwungen, Intervention und Blockade einzustellen (für wie lange?). Das unerhört verwüstete Land beginnt sich nur mühsam zu erholen, erst jetzt sieht es die ganze Tiefe der Zerrüttung, durchlebt es die qualvollste Not, den Stillstand der Industrie, Mißernten, Hungersnot und Seuchen.

Wir haben die höchste und zugleich damit die schwierigste Stufe in unserem weltgeschichtlichen Kampf erreicht. Der Feind ist im gegebenen Augenblick und für den gegebenen Zeitabschnitt nicht derselbe, der er gestern war. Der Feind — das sind nicht die Heerhaufen der Weißgardisten unter dem Kommando der Gutsbesitzer, die von allen Menschewiki und Sozialrevolutionären, von der ganzen internationalen Bourgeoisie unterstützt werden. Der Feind — das ist der graue Alltag der Wirtschaft in einem kleinbäuerlichen Land mit zerstörter Großindustrie. Der Feind — das ist das kleinbürgerliche Element, das uns wie die Luft umgibt und sehr stark in die Reihen des Proletariats eindringt. Das Proletariat aber ist deklassiert, d. h. aus seinem Klassengeleise geworfen. Die Fabriken und Werke stehen still — das Proletariat ist geschwächt, zersplittert, entkräftet.

Das kleinbürgerliche Element im Innern des Staates aber wird von der gesamten internationalen Bourgeoisie mit ihrer immer noch weltumspannenden Macht unterstützt.

Nun, wie sollte man es da nicht mit der Angst zu tun bekommen? Besonders solche Helden wie die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, wie die Ritter der zweieinhalbten Internationale, wie die hilflosen Anarchisten, wie die Liebhaber „linker" Phrasen. „Die Bolschewiki kehren zurück zum Kapitalismus, mit den Bolschewiki ist es aus, die Revolution ist auch bei ihnen nicht über den Rahmen der bürgerlichen Revolution hinausgekommen." Dieses Gezeter hören wir zur Genüge.

Aber wir haben uns schon daran gewöhnt.

Wir verkleinern die Gefahr nicht. Wir sehen ihr direkt ins Auge. Wir sagen den Arbeitern und Bauern: Die Gefahr ist groß — mehr Geschlossenheit, Ausdauer und Kaltblütigkeit, werft die Nachbeter der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die Panikmacher und Schreihälse mit Verachtung hinaus.

Die Gefahr ist groß. Der Feind ist ökonomisch bei weitem stärker als wir, genauso wie er gestern militärisch bei weitem stärker war als wir. Wir wissen das, und im Wissen liegt unsere Stärke. Wir haben sowohl für die Säuberung Rußlands vom Feudalismus als auch für die Entwicklung aller Kräfte der Arbeiter und Bauern, sowohl für den weltweiten Kampf gegen den Imperialismus als auch für die von den Plattheiten und Gemeinheiten der II. und der zweieinhalbten Internationale befreite internationale proletarische Bewegung schon so ungeheuer viel getan, daß panisches Geschrei nicht auf uns wirkt. Unsere revolutionäre Tätigkeit haben wir schon genug und übergenug „gerechtfertigt", indem wir der ganzen Welt durch Taten bewiesen haben, wozu der proletarische Revolutionismus fähig ist zum Unterschied von der menschewistisch-sozialrevolutionären „Demokratie" und dem feigen, durch Paradephrasen bemäntelten Reformismus.

Wer vor Beginn eines großen Kampfes die Niederlage fürchtet, der kann sich nur zur Verhöhnung der Arbeiter Sozialist nennen.

Gerade weil wir uns nicht scheuen, der Gefahr ins Auge zu sehen, setzen wir unsere Kräfte besser zum Kampf ein — wägen wir die Chancen nüchterner, sorgfältiger, umsichtiger ab — machen wir alle Zugeständnisse, die uns stärken und die Kräfte des Feindes zersplittern (wie jetzt auch der Dümmste sieht, daß der „Brester Frieden" ein Zugeständnis war,

das uns stärkte und die Kräfte des internationalen Imperialismus zersplitterte).

Die Menschewiki schreien, die Naturalsteuer, die Freiheit des Handels, die Zulassung der Konzessionen und des Staatskapitalismus bedeuten den Zusammenbruch des Kommunismus. Diesen Menschewiki hat sich im Ausland der frühere Kommunist Levi hinzugesellt; diesen Levi mußte man verteidigen, solange man versuchen konnte, die von ihm begangenen Fehler als Reaktion auf eine Reihe von Fehlern zu erklären, die von den „linken" Kommunisten, besonders im März 1921 in Deutschland[2], gemacht worden waren; diesen Levi darf man nicht verteidigen, wenn er, statt sein Unrecht einzugestehen, auf der ganzen Linie zum Menschewismus hinabgleitet.

Die zeternden Menschewiki brauchen wir nur darauf zu verweisen, daß die Kommunisten schon im Frühjahr 1918 die Idee eines Blocks, eines Bündnisses mit dem Staatskapitalismus gegen das kleinbürgerliche Element proklamiert und verteidigt haben. Vor drei Jahren! In den ersten Monaten des bolschewistischen Sieges! Nüchternheit besaßen die Bolschewiki schon damals. Und seitdem hat niemand die Richtigkeit unserer nüchternen Einschätzung der wirklich vorhandenen Kräfte widerlegen können.

Der beim Menschewismus gelandete Levi gibt den Bolschewiki (deren Besiegung durch den Kapitalismus er ebenso „prophezeit", wie alle Spießbürger, Demokraten, Sozialdemokraten usw. unseren Untergang prophezeiten, falls wir die Konstituante auseinanderjagen!) den Rat, sich an die *gesamte* Arbeiterklasse um Hilfe zu wenden! Denn bisher, man beliebe zu sehen, hätte ihnen nur *ein Teil der Arbeiterklasse* geholfen!

Hier befindet sich Levi in auffallender Übereinstimmung mit jenen Halbanarchisten und Schreihälsen, darunter mit manchen Leuten aus der ehemaligen „Arbeiteropposition", die so gern laute Phrasen dreschen über das Thema, daß die Bolschewiki jetzt „an die Kräfte der Arbeiterklasse nicht glauben". Sowohl die Menschewiki als auch diejenigen, die in Anarchismus machen, verwandeln diesen Begriff „Kräfte der Arbeiterklasse" in einen Fetisch, ohne fähig zu sein, über seinen tatsächlichen, konkreten Inhalt nachzudenken. An die Stelle der Untersuchung und der Analyse dieses Inhalts wird die Deklamation gesetzt.

Die Herrschaften aus der zweieinhalbten Internationale, die sich Revolutionäre nennen möchten, erweisen sich in Wirklichkeit in jeder ernsten

Lage als Konterrevolutionäre, denn sie fürchten die gewaltsame Zerstörung des alten Staatsapparats, sie glauben nicht an die Kräfte der Arbeiterklasse. Als wir das von den Sozialrevolutionären und Co. sagten, war das unserseits keine Phrase. Jedermann weiß, daß die Oktoberrevolution in der Tat neue Kräfte, eine neue Klasse aufsteigen ließ — daß die besten Vertreter des Proletariats heute Rußland regieren, eine Armee geschaffen und geführt haben, eine örtliche Verwaltung usw. geschaffen haben, die Industrie leiten u. a. Wenn es dabei bürokratische Auswüchse gibt, so verhehlen wir dieses Übel nicht, sondern decken es auf und bekämpfen es. Wer über dem Kampf gegen die Entstellung der neuen Ordnung ihren Inhalt vergißt, wer vergißt, daß die Arbeiterklasse einen Staat vom Sowjettypus geschaffen hat und ihn leitet, der versteht einfach nicht zu denken und redet leichtfertig in den Tag hinein.

Doch die „Kräfte der Arbeiterklasse" sind nicht grenzenlos. Wenn der Zustrom frischer Kräfte aus der Arbeiterklasse jetzt schwach, manchmal sehr schwach ist, wenn trotz aller Dekrete und Aufrufe, trotz aller Agitation, trotz aller Befehle, „Parteilose aufrücken zu lassen", der Zustrom von Kräften dennoch schwach ist, dann heißt es zu leerer Phrasendrescherei hinabsinken, wenn man sich mit Deklamationen über „mangelnden Glauben an die Kräfte der Arbeiterklasse" darüber hinwegsetzen will.

Ohne eine gewisse „Atempause" gibt es diese neuen Kräfte nicht; sie werden nur langsam heranwachsen; anders als auf der Grundlage der wiederhergestellten Großindustrie (d. h., genauer und konkreter gesagt, auf der Grundlage der Elektrifizierung) können sie *von nirgendher* kommen.

Nach den gewaltigen, in der Welt noch nie dagewesenen Anstrengungen braucht die Arbeiterklasse in einem kleinbäuerlichen, wirtschaftlich zerrütteten Land, eine Arbeiterklasse, die durch Deklassierung stark mitgenommen ist, eine bestimmte Zeit, damit neue Kräfte heranwachsen und nachrücken können, damit die alten und abgenutzten „repariert" werden können. Die Schaffung eines Militär- und Staatsapparats, der fähig war, die Prüfungen der Jahre 1917—1921 siegreich zu bestehen, war ein großes Werk, das die realen (nicht die in den Deklamationen der Schreihälse existierenden) „Kräfte der Arbeiterklasse" beansprucht, mitgenommen, erschöpft hat. Das muß man begreifen und mit der Notwendigkeit, richtiger: mit der Unvermeidlichkeit eines *verlangsamten* Zuwachses *neuer* Kräfte der Arbeiterklasse rechnen.

Wenn die Menschewiki über den „Bonapartismus" der Bolschewiki zetern (die sich angeblich auf Heer und Apparat stützen, gegen den Willen der „Demokratie"), so kommt darin die Taktik der Bourgeoisie vortrefflich zum Ausdruck, und Miljukow handelt richtig, wenn er sie unterstützt, wenn er die „Kronstädter" Losungen (vom Frühjahr 1921) unterstützt. Die Bourgeoisie kalkuliert ganz richtig, daß die *wirklichen* „Kräfte der Arbeiterklasse" gegenwärtig aus der machtvollen Avantgarde dieser Klasse (der Kommunistischen Partei Rußlands, die sich die Rolle, den Namen, die Kraft einer „Avantgarde" der einzig revolutionären Klasse nicht mit einem Schlage, sondern im Verlauf von 25 Jahren durch Taten errungen hat) bestehen plus Elementen, die durch Deklassierung am meisten geschwächt sind und den menschewistischen und anarchistischen Schwankungen am stärksten unterliegen.

Unter der Losung „Mehr Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse" wird gegenwärtig *in Wirklichkeit* eine Stärkung der menschewistischen und anarchistischen Einflüsse betrieben: Kronstadt hat das im Frühjahr 1921 mit aller Anschaulichkeit gezeigt und bewiesen. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß diejenigen, die über unseren „mangelnden Glauben an die Kräfte der Arbeiterklasse" schreien, entlarven und davonjagen, denn diese Schreihälse sind in Wirklichkeit Helfershelfer der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, zu deren Gunsten sie durch Erweiterung des Einflusses der Menschewiki und der Anarchisten eine Schwächung des Proletariats herbeizuführen suchen.

Hier „liegt der Hund begraben", wenn man nüchtern in den wirklichen Inhalt des Begriffs „Kräfte der Arbeiterklasse" eindringt!

Wo ist eure Arbeit, liebe Leute, wo sind eure Taten, um Parteilose real aufrücken zu lassen an der wichtigsten „Front" der Gegenwart, an der Wirtschaftsfront, bei dem Werk des wirtschaftlichen Aufbaus? Diese Frage müssen die klassenbewußten Arbeiter den Schreihälsen stellen. So kann und soll man immer die Schreihälse entlarven und beweisen, daß sie in Wirklichkeit den Aufbau der Wirtschaft nicht fördern, sondern hindern, daß sie der proletarischen Revolution nicht helfen, sondern sie hindern, daß sie keine proletarischen, sondern kleinbürgerliche Bestrebungen verfechten, daß sie einer fremden Klasse dienen.

Unsere Losung ist: Nieder mit den Schreihälsen! Nieder mit den unbewußten Helfershelfern der Weißgardistenbande, die die Fehler der

unglückseligen Kronstädter vom Frühjahr 1921 wiederholen! Vorwärts zu sachlicher praktischer Arbeit, die mit der Eigenart der gegenwärtigen Situation und ihren Aufgaben zu rechnen vermag! Was uns not tut, sind nicht Phrasen, sondern Taten.

Die nüchterne Einschätzung dieser Eigenart und der wirklichen, nicht der zusammenphantasierten, Klassenkräfte sagt uns:

Nach einer Periode von Erfolgen des proletarischen Schöpfertums auf militärischem, administrativem und allgemein-politischem Gebiet, wie die Welt sie noch nie gesehen hat, ist nicht zufällig, sondern unvermeidlich, nicht durch das Verschulden von Personen oder Parteien, sondern kraft objektiver Ursachen eine Periode viel langsameren Heranwachsens neuer Kräfte angebrochen. In der wirtschaftlichen Arbeit ist der Aufbau unvermeidlich schwieriger, langsamer, allmählicher; das ergibt sich aus dem Wesen dieser Arbeit, verglichen mit der militärischen, administrativen und allgemein-politischen. Das ergibt sich daraus, daß sie besonders schwierig ist und, wenn man sich so ausdrücken darf, tiefere Wurzeln hat.

Darum werden wir bemüht sein, unsere Aufgaben in dieser neuen, höheren Etappe des Kampfes mit größter, mit dreifacher Vorsicht festzulegen. Wir werden diese Aufgaben bescheidener festlegen; wir werden mehr Zugeständnisse machen, natürlich in den Grenzen dessen, was das Proletariat zugestehen *kann*, wenn es die herrschende Klasse bleiben will; möglichst rasche Aufbringung einer mäßigen Naturalsteuer und möglichst große Freiheit für die Entwicklung, Festigung und Wiederherstellung der bäuerlichen Wirtschaft; wir werden die für uns nicht unbedingt notwendigen Betriebe an Pächter abgeben, darunter auch an Privatkapitalisten und an ausländische Konzessionäre. Wir brauchen einen Block oder ein Bündnis des proletarischen Staates mit dem Staatskapitalismus gegen das kleinbürgerliche Element. Dieses Bündnis muß man geschickt verwirklichen, nach der Regel „Siebenmal abmessen, einmal abschneiden". Wir werden unmittelbar für uns ein kleineres Arbeitsgebiet lassen, nur das, was absolut notwendig ist. Wir werden die geschwächten Kräfte der Arbeiterklasse *auf weniger* konzentrieren, dafür aber fester Fuß fassen, wir werden uns nicht einmal und nicht zweimal, sondern vielmals an Hand der praktischen Erfahrung kontrollieren. Schritt für Schritt, Zoll für Zoll – anders *kann* ein solches „Heer" wie das unsrige auf einem so mühevollen Weg, in einer so schwierigen Lage, unter solchen Gefahren jetzt *nicht*

vorrücken. Wem diese Arbeit „langweilig", „uninteressant", „unverständlich" ist, wer die Nase rümpft oder in Panik verfällt oder sich an Deklamationen über das Fehlen des „früheren Elans", des „früheren Enthusiasmus" usw. berauscht, den soll man lieber „von der Arbeit befreien" und kaltstellen, damit er keinen Schaden anrichten kann, denn er ist nicht willens oder nicht fähig, über die Eigenart der gegenwärtigen Stufe, der gegenwärtigen Etappe des Kampfes nachzudenken.

Unter Bedingungen, wo das Land ungeheuer verwüstet ist und die Kräfte des Proletariats durch eine Reihe fast übermenschlicher Anstrengungen erschöpft sind, nehmen wir das Schwierigste in Angriff: das Fundament einer wirklich sozialistischen Wirtschaft zu legen und einen geregelten Warenaustausch (richtiger: Produktenaustausch) zwischen Industrie und Landwirtschaft herbeizuführen. Noch ist der Feind weitaus stärker als wir; der anarchische, spekulative, individuelle Warenaustausch untergräbt unsere Arbeit auf Schritt und Tritt. Wir sehen klar die Schwierigkeiten und werden sie systematisch, hartnäckig überwinden. Mehr Initiative und Selbständigkeit den örtlichen Organen, mehr Kräfte dorthin, mehr Beachtung ihrer praktischen Erfahrung. Die Arbeiterklasse kann ihre Wunden *nicht anders* heilen, ihre proletarische „Klassenkraft" *nicht anders* wiederherstellen, die Bauernschaft kann in ihrem Vertrauen zur proletarischen Führung *nicht anders* bestärkt werden als nach Maßgabe des tatsächlichen Erfolges bei der Wiederherstellung der Industrie und der Herstellung eines geregelten staatlichen Produktenaustausches, der sowohl für den Bauer als auch für den Arbeiter vorteilhaft ist. Nach Maßgabe dieser Erfolge werden wir auch einen Zustrom neuer Kräfte bekommen, vielleicht nicht so rasch, wie es jeder von uns möchte, aber wir werden ihn bekommen.

An die Arbeit, an eine langsamere und vorsichtigere, eine ausdauerndere und beharrlichere Arbeit!

20. August 1921

„Prawda" Nr. 190,
28. August 1921.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit den von W. I. Lenin durchgesehenen Korrekturfahnen.

BRIEFE AN DIE STATISTISCHE ZENTRALVERWALTUNG

1

AN DEN LEITER DER STATISTISCHEN ZENTRALVERWALTUNG

16. VIII.

Gen. Popow!

Der Briefwechsel mit der Statistischen Zentralverwaltung, insbesondere die Angaben der laufenden Industriestatistik, die ich am 3. VIII. von ihr erhielt, haben mir mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß meine Anweisungen (im Brief vom 4. VI. 1921) überhaupt nicht befolgt werden und daß die ganze Arbeit, die ganze Organisation der Statistischen Zentralverwaltung falsch ist.

Die Angaben der laufenden Industriestatistik, die ich am 3. VIII. erhielt, sind veraltet, und ich erhielt multa non multum — dem Umfang nach viel, dem Inhalt nach wenig! Haargenau wie bei den „bürokratischen Institutionen", von denen Sie in Ihrem Brief vom 11. VI. 1921 die Statistische Zentralverwaltung abgrenzen wollen.

Die „Ekonomitscheskaja Shisn"[3] hat in der Beilage zu Nr. 152, d. h. im *Juli*, bereits *vollständigere* Angaben *veröffentlicht!*

Von eben dieser „Ekonomitscheskaja Shisn" *hatte* ich *bereits* Angaben für das erste Quartal 1921!

Die Statistische Zentralverwaltung, die im Vergleich zu einer Einzelgruppe von Publizisten *zurückbleibt*, ist das Musterbeispiel einer bürokratischen Institution. Vielleicht wird sie in etwa zwei Jahren eine Menge

Material für die wissenschaftliche Arbeit liefern, aber das ist nicht das, was wir brauchen.

Seit meinem Brief vom 4. VI. 1921 sind fast $2^1/_2$ Monate vergangen, aber alles bleibt beim alten. Die Mängel sind dieselben. Das von Ihnen (im Brief vom 11. VI.) versprochene „Kalenderprogramm" u. a. bleibt aus.

Noch einmal lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf diese falsche Arbeitsweise und auf die Notwendigkeit, die *Reorganisation* der gesamten Arbeit in der Statistischen Zentralverwaltung zu *beschleunigen*.

Insbesondere:

1. Der Vorsitzende oder Leiter der Statistischen Zentralverwaltung muß in *engerem* Kontakt mit der Staatlichen Plankommission, nach *direkten Anweisungen* und Aufträgen des Vorsitzenden und des Präsidiums der Staatlichen Plankommission arbeiten.

2. Die laufende Statistik (sowohl die Industrie- als auch die Landwirtschaftsstatistik) muß zusammenfassende, praktisch wichtige Angaben (unter Zurückstellung der akademischen Bearbeitung „vollständiger" Daten) keinesfalls später, sondern unbedingt *eher* als unsere Presse liefern.

Man muß es verstehen, das *praktisch* Wichtige und Eilige auszusondern und das akademisch Wertvolle für später zurückzustellen.

3. Zusammen mit der Staatlichen Plankommission muß eine Art index-number (Zahlenindex) für die Einschätzung des Zustands unserer gesamten Volkswirtschaft errechnet werden; er ist unbedingt mindestens einmal im Monat auszuarbeiten und unbedingt den Zahlen der Vorkriegszeit, sodann des Jahres 1920 und nach Möglichkeit der Jahre 1917, 1918 und 1919 gegenüberzustellen.

Ist es nicht möglich, genaue Zahlen zu erhalten, so sollen annähernde, mutmaßliche, vorläufige genannt werden (mit besonderer Kennzeichnung einer jeden solchen oder ähnlichen Kategorie).

Für die praktische Arbeit *müssen* wir Zahlen haben, und die Statistische Zentralverwaltung *muß* sie *eher* haben *als alle andern*. Die Prüfung der Genauigkeit der Zahlen, die Bestimmung der Fehlerquote u. a. aber stellen wir einstweilen zurück.

Welche Zahlen für den index-number benutzt werden sollen, müssen die Statistische Zentralverwaltung und die Staatliche Plankommission fest-

legen. (Beispielsweise die wichtigsten, grundlegenden Zahlen: Bevölkerung, Territorium, Produktion der wichtigsten Erzeugnisse, Hauptergebnisse der Arbeit im Verkehrswesen usw. — wenigstens 10—15 Zahlen, wie die ausländische Statistik diese „Zahlenindexe" längst zusammenstellt.)

4. Zu den 8 Fragen, die ich am 4. VI. in der „ungefähren Liste" genannt habe, ist unbedingt sofort, ohne die geringste Verschleppung (denn es war völlig unzulässig, $2^1/_2$ Monate lang nichts zu tun), die unverzügliche Beschaffung und Zusammenfassung der Daten sowohl im allgemeinen als auch im einzelnen zu organisieren:

— sofort für Moskau (Moskau muß vorbildlich sein)

— sodann für Petrograd

— und für jedes Gouvernement (wobei die Gouvernements auszusondern sind, wo man es versteht, die Sache schnell, ohne Bürokratismus, nicht auf alte akademische Art anzupacken).

Man soll $^9/_{10}$ der vorhandenen Kräfte der Statistischen Zentralverwaltung und der Statistischen Gouvernementsbüros sofort für die richtige und schnelle Bearbeitung dieser acht Fragen einsetzen und $^1/_{10}$ für die akademische Arbeit der Untersuchung vollständiger und allumfassender Daten. Wenn es nicht anders geht, muß man $^{99}/_{100}$ der Kräfte für die Bearbeitung dessen heranziehen, was für unseren Aufbau praktisch und sofort notwendig ist, und das übrige für bessere Zeiten zurückstellen, für die Zeiten, da es einen Überschuß an Kräften geben wird.

5. Dem *Rat für Arbeit und Verteidigung*[4] muß die Statistische Zentralverwaltung monatlich — und unbedingt eher als die Presse — *vorläufige* zusammenfassende Ergebnisse zu den *Hauptfragen* der Volkswirtschaft (bei unbedingtem Vergleich mit dem vorhergegangenen Jahr) vorlegen. Diese Hauptfragen, die Hauptzahlen, sowohl die in den „Zahlenindex" aufzunehmenden als auch die nicht in ihn aufzunehmenden, müssen unverzüglich ausgearbeitet werden.

Ich bitte, mir das Programm dieser Fragen und die Antwort zu den anderen Punkten umgehend zu schicken.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

2

AN DEN LEITER DER STATISTISCHEN ZENTRALVERWALTUNG ODER SEINEN STELLVERTRETER

1. IX. 1921

Das mir ohne Datum zugeschickte Arbeits„programm" läuft auf eine Bitte um Bewilligung zusätzlicher materieller Mittel hinaus.

Das läßt sich jetzt unmöglich machen.

Deshalb muß das *ganze* Programm *so gekürzt* werden, daß die notwendigen Arbeiten mit den *jetzt* vorhandenen Mitteln fortgeführt (und zudem regelmäßiger und schneller beendet) werden können.

Ich schlage vor, diese Kürzung unverzüglich vorzunehmen, die Frage der Bewilligung zusätzlicher Mittel dagegen *bis etwa November* zurückzustellen.

Die Kürzung des Programms empfehle ich so vorzunehmen, daß (bis zur Erweiterung der Mittel) nur die *notwendigsten* Arbeiten zu leisten bleiben. Dazu sind zu rechnen:

1. Monatliche Berichte über die vom Staat verteilten Lebensmittel.

Die Formen der Berichterstattung sind zusammen mit dem Volkskommissariat für Ernährungswesen ungefähr in folgender Weise festzulegen:

a) Zahl der Empfänger von Brot (für den Anfang sollte man sich vorsichtshalber auf Brot beschränken, wenn die Kräfte fehlen, um über alle anderen ausgegebenen Produkte, sowohl Lebensmittel als auch Gebrauchsgüter, Angaben hinzuzufügen)

je 1/4 Pfund
„ 1/2 „
„ 3/4 „
„ 1 „ usw.

b) ihre Gruppierung nach Berufen, Beschäftigung usw.,

c) Ergebnis: Empfänger insgesamt und Brot ausgegeben insgesamt.

Die Angaben für Moskau und Petrograd sind am vordringlichsten; dann folgen die für das Moskauer und das Petrograder Gouvernement, für die *wichtigsten Industriegouvernements* (Iwanowo-Wosnessensk, Donezbecken, Baku, Ural usw.) und zuletzt für die übrigen Gouvernements.

2. Monatsberichte über die Betriebe, die zur kollektiven Versorgung übergegangen sind.

Solange es wenige sind, alle im Auge behalten (wie auch in Ihrem Schreiben, S. 2, Punkt 1, vorgeschlagen). Dann, wenn es ihrer sehr viele werden, $^1/_5$ oder $^1/_{10}$ auswählen und *eingehend* untersuchen.

Kurz — alle Betriebe mit kollektiver Versorgung.

Die Rechenschaftslegung dieser Betriebe haben Sie zu weit gefaßt (Ende der S. 2, Punkt 2). Kann und muß kürzer gefaßt werden, nur das Wichtigste.

3. Die laufende Industriestatistik für die monatlichen Sammelberichte kürzen; die Feststellung der *erzeugten Menge der Produkte*, und zwar der wichtigsten, als unbedingt notwendig an die erste Stelle setzen.

Diese Angaben sind unbedingt jeden Monat erforderlich.

Die übrigen sind nicht unbedingt erforderlich und werden nicht so eilig, nach Maßgabe der Kräfte und Mittel der Statistischen Zentralverwaltung, ausgearbeitet.

4. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch von Brennstoffen.

Gesamtsummen jeden Monat absolut notwendig.

Das Programm ist gemeinsam mit der Hauptverwaltung für Brennstoffversorgung auszuarbeiten, wobei die zur Zeit gebräuchlichen Formen möglichst wenig geändert werden sollen.

5. Monatliche Sammelberichte über den Warenaustausch (Kommissariat für Ernährungswesen und Zentralverband der Konsumgenossenschaften) in kürzester Form: für die und die Menge Brotgetreide wurde, nach Kreisen, die und die Menge dieses oder jenes Erzeugnisses ausgegeben.

6. Es ist, wie Sie in Anlage 1, Punkt IV, bemerken, natürlich schwierig, die Arbeit der Sowjetinstitutionen zu erfassen. Aber schwierig heißt nicht unmöglich. Es ist absolut notwendig, wenn nicht monatlich, so alle 2—3 Monate für den Anfang wenigstens den „Personalbestand" anzu-

geben, verglichen mit dem der Vorkriegszeit, mit dem anderer Institutionen, anderer Gouvernements usw., wobei alle Angestellten zweckmäßig in Kategorien eingeteilt werden (verantwortliche Leiter; reines Kanzleipersonal; Bedienungspersonal — *ungefähre* Aufzählung einiger Kategorien).

Vergleich der größten und der kleinsten Personalbestände nach Gouvernements usw., Moskau und Petrograd in erster Linie.

Die Beschlüsse des letzten Sowjetkongresses verpflichten die Statistische Zentralverwaltung unbedingt, die statistische Untersuchung der Arbeit unserer Sowjetinstitutionen, der Zahl der Angestellten u. a. *in Angriff zu nehmen.*[5]

7. Für die Untersuchung eine *kleine* Anzahl typischer Betriebe (Fabriken, Sowjetwirtschaften) und *Institutionen* auswählen (α) der besten – mustergültigen; (β) der durchschnittlichen und (γ) der schlechtesten.

Alles übrige streichen, außer diesen 7 Punkten.

Ich bitte Sie, mir Ihre abschließende Meinung mitzuteilen, sowohl grundsätzlich als auch über den Termin für die Ausarbeitung des Arbeitsprogramms.

Der Vorsitzende des Rats für Arbeit und Verteidigung
Lenin

Zuerst veröffentlicht 1933. *Nach dem Manuskript.*

BRIEF AN DIE REDAKTION DER ZEITUNG „EKONOMITSCHESKAJA SHISN"

1. IX.

Die Umwandlung der „Ekonomitscheskaja Shisn" in das Organ des *Rats für Arbeit und Verteidigung* darf keine einfache und leere Formalität bleiben.

Die Zeitung muß zu einem Kampforgan werden, das nicht nur regelmäßig wahrheitsgetreue Nachrichten über unsere Wirtschaft bringt, dies zum ersten, sondern das diese Nachrichten auch analysiert, sie wissenschaftlich verarbeitet, damit richtige Schlußfolgerungen für die Leitung der Industrie u. a. gezogen werden können (dies zum zweiten), und das schließlich alle an der Wirtschaftsfront Arbeitenden *anspornt*, sich für pünktliche Rechenschaftslegung einsetzt, erfolgreicher Arbeit Beifall zollt und nachlässige, rückständige, unfähige Mitarbeiter bestimmter Betriebe, Institutionen, Wirtschaftszweige usw. an den Pranger stellt, dies zum dritten.

Die Zeitung enthält eine Fülle höchst wertvollen, insbesondere statistischen Materials über unsere Wirtschaft. Aber dieses Material leidet an zwei Mängeln: es ist zufällig, unvollständig, unsystematisch, und außerdem ist es nicht ausgewertet, nicht analysiert.

Zur Erläuterung einige Beispiele.

Der Artikel „Das Moskauer Kohlenbecken im Juli" (Nr. 188) gehört zu den besten Artikeln, denn er enthält eine Analyse der Angaben, die sowohl mit den Angaben der vergangenen Zeit als auch nach Betrieben verglichen werden. Aber die Analyse ist unvollständig. Es fehlt eine Erklärung der Ursachen, warum der eine Betrieb (die Towarkowoer Grube) die Aufgabe gelöst hat, die von den anderen nicht gelöst wurde. Es fehlen praktische Schlußfolgerungen. Es fehlt ein Vergleich mit den Jahresangaben.

In Nr. 190 findet sich auf Seite 2 eine Unmenge statistischer Einzelheiten, wie sie in der Zeitung ständig anzutreffen sind, aber sie sind völlig

„unverdaut", zufällig, roh, ohne die Spur einer Analyse, ohne Vergleich (weder mit der vergangenen Zeit noch mit anderen Betrieben) usw.

Damit die Zeitung tatsächlich und nicht nur in Worten zum Organ des *Rats für Arbeit und Verteidigung* werde, bedarf es folgender Änderungen:

1. Strenger auf den unpünktlichen oder unvollständigen Eingang der Berichte bei den entsprechenden Institutionen achten und die Unverbesserlichen öffentlich bloßstellen, gleichzeitig aber (über das betreffende Volkskommissariat oder die Geschäftsstelle des *Rats für Arbeit und Verteidigung*) eine akkurate Berichterstattung *anstreben*.

2. Alle veröffentlichten statistischen Angaben viel strenger, d. h. umsichtiger, sorgfältiger systematisieren, stets für Vergleichsdaten sorgen, stets Angaben für frühere Jahre (Monate usw.) anführen, stets Material zusammenstellen für die Analyse, für die Erklärung der *Ursachen* eines Mißerfolgs, für die *Hervorhebung* dieser oder jener Betriebe, die erfolgreich oder wenigstens besser als die übrigen arbeiten usw.

3. Ein Netz von örtlichen Korrespondenten, sowohl von Kommunisten *als auch von Parteilosen*, schaffen und den lokalen Korrespondenzen aus Betrieben, Bergwerken, Sowjetwirtschaften, Eisenbahndepots und -werkstätten usw. mehr Platz einräumen.

4. In besonderen Beilagen zusammenfassendes Material über die wichtigsten Fragen unserer Wirtschaft veröffentlichen. Dieses Material muß unbedingt eine Auswertung, eine allseitige Analyse und praktische Schlußfolgerungen enthalten.

Da es an Papier mangelt, muß man sparsam damit umgehen. Wahrscheinlich läßt sich das machen. Zum Beispiel die Auflage von 44000 Exemplaren auf 30000 senken (das ist bei richtiger Verteilung völlig ausreichend, wenn man je 2 für 10000 Amtsbezirke, je 4 für 1000 Kreise, je 10 für 100 Gouvernements und darüber hinaus 5000 rechnet — alle nur für Bibliotheken, Redaktionen und einige Institutionen). Dann wird genügend Papier frei für 8 (zweiseitige) Beilagen im Monat.

Das genügt für monatliche Zusammenfassungen zu einer ganzen Reihe wichtigster Fragen (Brennstoff; Industrie, 2—3 Beilagen; Verkehrswesen; Ernährungswesen; Sowjetwirtschaften usw.).

Diese Beilagen sollen eine statistische Übersicht über die wichtigsten Seiten der Wirtschaft geben, nebst Auswertung, Analyse und praktischen Schlußfolgerungen.

In der Tageszeitung soll das ganze statistische Material, das sehr umfangreich, aber äußerst lückenhaft ist, auf diese monatlichen Zusammenfassungen *zugeschnitten* werden, gesäubert von Einzelheiten und Kleinigkeiten usw.

Da in vielen Fragen die Quellen für die Angaben der *„Ekonomitscheskaja Shisn"* und der *Statistischen Zentralverwaltung* die gleichen sind, sollen diese Beilagen (vorübergehend) die Veröffentlichungen der *Statistischen Zentralverwaltung* ersetzen.

5. Das gesamte laufende statistische Material soll auf a) die Mitarbeiter der *„Ekonomitscheskaja Shisn"*, b) die Mitglieder der *Staatlichen Plankommission* und c) die Mitglieder oder Mitarbeiter der *Statistischen Zentralverwaltung* so aufgeteilt werden, daß jeder *ein* Gebiet der Volkswirtschaft „verwaltet" und *verantwortlich* ist

aa) für den rechtzeitigen Eingang der Berichte und Berichtsmaterialien; für den erfolgreichen „Kampf" um ihren Eingang; für die zusätzliche Anforderung von Material usw.;

bb) für die Zusammenfassung und Analyse der Angaben;

cc) für die praktischen Schlußfolgerungen.

6. Auf die Betriebe, die in Konzession *und in Pacht* gegeben sind, soll die *„Ekonomitscheskaja Shisn"* sowohl hinsichtlich der Rechenschaftslegung als auch hinsichtlich der Kontrolle und der Schlußfolgerungen *genauso* achten wie auf die übrigen.

Ich bitte, zur Erörterung dieser Fragen und Maßnahmen eine Beratung unter Teilnahme des Redakteurs der *„Ekonomitscheskaja Shisn"*, eines Vertreters der Statistischen Zentralverwaltung und eines Vertreters der Staatlichen Plankommission einzuberufen. Die Beschlüsse der Beratung bitte ich mir mitzuteilen.

Der Vorsitzende des Rats für Arbeit und Verteidigung
Lenin

PS: Die gleiche Beratung bitte ich, die Frage der Ausarbeitung eines index-number (Zahlenindexes) zur Feststellung des allgemeinen Zustands unserer Volkswirtschaft zu erörtern. Dieser „Index" soll monatlich veröffentlicht werden.

Zuerst veröffentlicht am 6. November 1923 in der „Ekonomitscheskaja Shisn" Nr. 31.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE PARTEIREINIGUNG[6]

Die Parteireinigung hat sich sichtlich zu einer ernsthaften und ungeheuer wichtigen Arbeit entwickelt.

Es gibt Orte, wo man die Partei reinigt, indem man sich hauptsächlich auf die Erfahrungen, die Hinweise der parteilosen Arbeiter stützt, sich von ihren Hinweisen leiten läßt, mit den Vertretern der parteilosen proletarischen Masse rechnet. Das gerade ist das wertvollste, das wichtigste. Gelänge es uns wirklich, die Partei auf *solche Weise* von oben bis unten, „ohne Ansehen der Person", zu reinigen, so wäre das in der Tat eine große Errungenschaft der Revolution.

Denn die Errungenschaften der Revolution können jetzt nicht von derselben Art sein wie früher. Sie ändern unvermeidlich ihren Charakter in Abhängigkeit vom Übergang von der Kriegsfront zur Wirtschaftsfront, vom Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik, von Bedingungen, die in erster Linie die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erhöhung der Arbeitsdisziplin erfordern. In einer solchen Zeit wird zur Haupterrungenschaft der Revolution die unauffällige, nicht in die Augen springende, nicht sofort sichtbare innere Verbesserung, die Verbesserung der Arbeit, ihrer Organisation, ihrer Resultate; eine Verbesserung im Sinne des Kampfes gegen die auf das Proletariat wie auf die Partei zersetzend wirkenden Einflüsse des kleinbürgerlichen und kleinbürgerlich-anarchischen Elements. Um eine solche Verbesserung zu erzielen, muß man die Partei von den Elementen reinigen, die den Kontakt mit der Masse verlieren (selbstverständlich schon gar nicht zu reden von den Elementen, die die Partei bei der Masse in Verruf bringen). Natürlich werden wir nicht allen Hinweisen der Masse folgen, denn auch die Masse unterliegt zuweilen — besonders in

Jahren außerordentlicher Ermüdung und Überanstrengung durch übermäßige Lasten und Mühsale — Stimmungen, die ganz und gar nicht fortschrittlich sind. Aber für die Beurteilung der Menschen, durch die negative Einstellung zu denjenigen, die sich „angebiedert" haben, die „kommissarisiert", die „verbürokratisiert" sind, sind die Hinweise der parteilosen proletarischen Masse, und in vielen Fällen auch die Hinweise der parteilosen bäuerlichen Masse, im höchsten Grade wertvoll. Die werktätige Masse pflegt mit der größten Feinfühligkeit den Unterschied herauszufinden zwischen ehrlichen und ergebenen Kommunisten und solchen, die einem Menschen, der im Schweiße seines Angesichts sein Brot erwirbt, der keine Privilegien besitzt und keine „Beziehungen zur Obrigkeit" hat, Widerwillen einflößen.

Die Partei reinigen, indem man den Hinweisen der parteilosen Werktätigen Rechnung trägt, ist eine große Sache. Sie wird uns ernste Resultate bringen. Sie wird die Partei zu einer weitaus stärkeren Avantgarde der Klasse machen, als sie es früher war, sie wird sie zu einer Avantgarde machen, die mit der Klasse fester verbunden ist, die fähiger ist, die Klasse inmitten einer Unmenge von Schwierigkeiten und Gefahren zum Sieg zu führen.

Als eine Sonderaufgabe der Parteireinigung möchte ich noch die Säuberung der Partei von ehemaligen Menschewiki nennen. Von den Menschewiki, die später als Anfang 1918 in die Partei eingetreten sind, sollte man meines Erachtens nicht mehr als etwa ein Hundertstel in der Partei belassen, und auch das nur, nachdem man jeden, der belassen werden soll, auf Herz und Nieren geprüft hat. Warum? Weil die Menschewiki als Richtung in der Periode 1918—1921 zwei ihrer Eigenschaften bewiesen haben: erstens — geschickt sich der unter den Arbeitern herrschenden Richtung anzupassen, sich bei ihr „anzubiedern"; zweitens — noch geschickter der Weißgardistenbande auf Treu und Glauben zu dienen, ihr durch Taten zu dienen, während sie sich in Worten von ihr lossagen. Diese beiden Eigenschaften ergeben sich aus der gesamten Geschichte des Menschewismus: Man braucht sich nur des Axelrodschen „Arbeiterkongresses" zu erinnern, der Stellung der Menschewiki zu den Kadetten (und zur Monarchie) in Worten und in Taten usw. usf. Die „Anbiederung" der Menschewiki bei der KPR erfolgt nicht nur und sogar nicht so sehr aus Machiavellismus (obwohl die Menschewiki hinsichtlich der Methoden der bürger-

lichen Diplomatie schon seit 1903 bewiesen haben, daß sie erstklassige Meister auf diesem Gebiet sind) als vielmehr infolge ihrer „Anpassungsfähigkeit". Jeder Opportunist zeichnet sich durch Anpassungsfähigkeit aus (aber nicht jede Anpassungsfähigkeit ist Opportunismus), und die Menschewiki als Opportunisten passen sich sozusagen „aus Prinzip" der unter den Arbeitern herrschenden Richtung an, nehmen eine Schutzfarbe an wie der Hase, der im Winter weiß wird. Diese Besonderheit der Menschewiki muß man kennen, und man muß sie in Rechnung stellen. Sie in Rechnung stellen heißt aber die Partei säubern von ungefähr neunundneunzig von hundert aller Menschewiki, die sich nach 1918 der KPR angeschlossen haben, d. h. zu einer Zeit, als der Sieg der Bolschewiki zuerst wahrscheinlich und dann unzweifelhaft zu werden anfing.

Man muß die Partei säubern von Gaunern, von Verbürokratisierten, von Unehrlichen, von unbeständigen Kommunisten und von Menschewiki, die ihre „Fassade" übertüncht haben, aber im Herzen Menschewiki geblieben sind.

20. September 1921

„Prawda" Nr. 210,
21. September 1921.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda".

ÜBER DIE AUFGABEN DER ARBEITER- UND BAUERNINSPEKTION, WIE SIE AUFZUFASSEN UND DURCHZUFÜHREN SIND[7]

Die Aufgabe der Arbeiter- und Bauerninspektion besteht nicht nur und sogar nicht so sehr in der „Aufspürung" und „Überführung" (das ist Aufgabe des Gerichts, mit dem die Arbeiter- und Bauerninspektion eng zusammenarbeitet, aber keineswegs identisch ist) als vielmehr in der *Fähigkeit zu verbessern.*

Zur rechten Zeit geschickt korrigieren — das ist die Hauptaufgabe der Arbeiter- und Bauerninspektion.

Um verbessern zu können, muß man erstens den Arbeitsablauf in einer Institution, einem Betrieb, einer Abteilung u. dgl. m. *untersuchen* und gründlich kennenlernen, zweitens rechtzeitig die notwendigen praktischen Veränderungen *durchführen*, sie tatsächlich verwirklichen.

Im Arbeitsablauf der verschiedenen und verschiedenartigen Betriebe, Institutionen, Behörden usw. gleicht sich vieles, und zwar gleicht es sich grundsätzlich. Die Aufgabe der Arbeiter- und Bauerninspektion ist es, an Hand praktischer Inspektionsarbeit eine Gruppe von leitenden, erfahrenen und beschlagenen Personen heranzubilden, die imstande wären, die Fragen zu formulieren (bei geschickter, richtiger Frage*stellung* wird bereits durch die Fragestellung allein der Erfolg einer Revision im voraus entschieden und die Möglichkeit zu einer Verbesserung geboten), der Revision und Inspektion Richtung zu geben, die Verbesserung zu kontrollieren usw.

Die Organisation der Rechenschaftslegung z. B. ist in allen Behörden und Institutionen der verschiedensten Art von grundlegender Bedeutung. Die Arbeiter- und Bauerninspektion muß sie kennen, studieren — muß es verstehen, in kürzester Frist zu kontrollieren (indem sie einen Menschen auf eine halbe oder ganze Stunde in die entsprechende Kanzlei schickt),

ob die Rechenschaftslegung organisiert ist, ob sie richtig organisiert ist, welche Mängel es in ihrer Organisation gibt, wie sie abzustellen sind usw.

Die Methoden, die Rechenschaftslegung zu organisieren, die Methoden, Mängel zu bestrafen, die Methoden, Betrüger „aufzuspüren", die Methoden, die tatsächliche Ausführung zu kontrollieren, müssen in der Arbeiter- und Bauerninspektion untersucht, gesammelt und zusammengefaßt werden. Sie muß über ein *Verzeichnis* der Institutionen, Behörden und Gouvernements verfügen, die eine leidliche Rechenschaftslegung *organisiert* haben: mögen es ihrer 1 von 100 oder sogar 1 von 1000 sein, das ist kein Unglück, wenn nur *systematisch* und unentwegt ein beharrlicher und unermüdlicher Kampf um die Erweiterung des Anwendungsbereichs eines guten Vorbilds geführt wird. In der Arbeiter- und Bauerninspektion muß es eine Zeittafel geben, die den *Verlauf* dieses Kampfes, unsere Erfolge und Niederlagen in diesem Kampf tabellarisch zeigt.

Nachdem ich mich mit dem vorläufigen Entwurf des Berichts über die Arbeit der Organe für Brennstoffversorgung und über die anwachsende (Brennstoff-) Krise im Herbst 1921 bekannt gemacht habe, bin ich davon überzeugt, daß die *Grundlage* der Arbeit in der Arbeiter- und Bauerninspektion den Anforderungen nicht entspricht. In diesem Berichtsentwurf gibt es *weder eine Untersuchung* der Sache *noch Hinweise zur Verbesserung*.

Es wird z. B. ein Zeitraum von drei Wochen (des Jahres 1921) mit dem Jahr 1920 verglichen. Man nimmt die nackten Summen. Der Vergleich ist nicht richtig, denn es bleiben unberücksichtigt 1. die unterschiedliche Lebensmittelversorgung (sowohl das Frühjahr 1921 als auch das ganze erste Halbjahr 1921 standen infolge des *Übergangs* zur Naturalsteuer unter *besonderen* Bedingungen), 2. die Mißernte von 1921.

Danischewski weist darauf hin, daß die Gouvernements, die von der Mißernte nicht betroffen waren, 1921 das Dreiwochenprogramm zu *mehr als 100%* erfüllten, während die von der Mißernte betroffenen Gouvernements bei der Erfüllung des Solls ein gewaltiges Defizit hatten.

Keinerlei *Analyse* ist im Bericht zu finden.

Die Mängel der Rechenschaftslegung seitens der Hauptverwaltung für Forstwirtschaft sind im vorläufigen Bericht der Arbeiter- und Bauerninspektion offenbar richtig genannt. Das gibt auch Danischewski zu. Das ist bewiesen. Die Rechenschaftslegung ist schlecht.

Aber eben in dieser *grundlegenden* Frage darf sich die Arbeiter- und Bauerninspektion in ihrem vorläufigen Bericht keinesfalls auf die „These" *beschränken*: „Die Rechenschaftslegung ist schlecht, es gibt keine Rechenschaftslegung." Was haben denn die Genossen der Arbeiter- und Bauerninspektion getan, um die Organisation der Rechenschaftslegung zu *verbessern*? Viele angesehene Mitarbeiter der Arbeiter- und Bauerninspektion nahmen im Winter und Frühjahr 1921 an einer *Unmenge* von Beratungen und Kommissionen zur Frage der Brennstoffkrise *persönlich* teil. Gerade im Frühjahr 1921 (ich glaube im *März* 1921) erfolgte die *Ablösung* der Leitung in der Hauptverwaltung für Forstwirtschaft. Im *März* 1921 hätte also die *Rechenschaftslegung* in der Hauptverwaltung für Forstwirtschaft *auf neue Art* organisiert werden müssen.

Danischewski hat das getan. Aber er hat das *unbefriedigend* getan. Seine Rechenschaftslegung ist schlecht. Danischewski ist zweifellos schuldig.

Aber den Schuldigen in der Person des Leiters zu finden — das ist nur ein winziger Bruchteil der Arbeit.

Hat die Arbeiter- und Bauerninspektion ihre Aufgabe und ihre Pflicht erfüllt? *Hat sie ihre Aufgabe richtig verstanden*? Das ist die Hauptfrage. Und auf diese Frage muß man mit Nein antworten.

Da die Arbeiter- und Bauerninspektion die kritische Brennstofflage kannte, da sie wußte, daß Holz am wichtigsten ist, da sie wußte, daß die Rechenschaftslegung bei der alten Hauptverwaltung für Forstwirtschaft (Lomow) schlecht war, mußte sie

im *März* 1921 ihren *formellen Rat* geben, und zwar schriftlich: Organisiert die Rechenschaftslegung *so und so*;

im *April* 1921 kontrollieren, wie die neue Leitung (Danischewski) die Rechenschaftslegung *organisiert hat* und *nochmals* ihren formellen Rat geben, und zwar schriftlich: Verbessert das und das, sonst wird es nicht vorwärtsgehen;

im *Mai* 1921 nochmals kontrollieren

und so weiter *jeden Monat*,

bis die Rechenschaftslegung leidlich organisiert sein würde.

Gerade im Frühjahr 1921 mußte die Arbeiter- und Bauerninspektion einen bestimmten Revisor damit betrauen (am besten eine *Einzel*person und nicht eine „Abteilung", obwohl es in der Praxis vermutlich in der Arbeiter- und Bauerninspektion eine ganze „Abteilung" gibt, die sich mit der Revision oder Inspektion der Forst- oder überhaupt der Brennstoffangelegenheiten befaßt), die Rechenschaftslegung der Hauptverwaltung für Forstwirtschaft zu verfolgen, sie zu *untersuchen*, allmonatlich einem bestimmten Mitglied des Kollegiums Bericht zu erstatten oder Sammelberichte vorzulegen (in soundso viel Gouvernements gibt es eine leidliche Rechenschaftslegung; eine Liste dieser Gouvernements; in soundso viel Gouvernements gibt es überhaupt keine usw. — Maßnahmen? Im Zentralkomitee der KPR? Im Gesamtrussischen ZEK? Ergebnisse der Maßnahmen?).

Danischewski ist schuldig, die Rechenschaftslegung schlecht organisiert zu haben.

Die Arbeiter- und Bauerninspektion, d. h. der *betreffende*, mir dem Namen nach nicht bekannte verantwortliche *Revisor* oder Inspektor usw. ist schuldig, *seit März 1921* seine Pflicht nicht erfüllt zu haben.

Die praktische Frage, sachlich und unbürokratisch gestellt: Wie ist die Rechenschaftslegung der Hauptverwaltung für Forstwirtschaft zu *verbessern*?

Da ich auf diese (wichtige) Frage im vorläufigen Bericht der Arbeiter- und Bauerninspektion, der die Antwort darauf geben *mußte*, keine Antwort finde, suche ich mir selbst die Antwort, aber ich kann mich leicht irren, denn ich habe diese Angelegenheit nicht untersucht. Hier meine Vorschläge, die ich gern abändere, wenn man mir bessere macht:

1. die Rechenschaftslegung erfolgt (einmal in zwei Wochen) nicht wie jetzt auf dem Postweg, sondern über Fernschreiber;

2. es wird dafür eine Art „Kode" ausgearbeitet: 7—9 Ziffern mit Buchstaben, um in wenigen Zeilen eine Zusammenfassung zu geben (Klafterholz beschafft und abgefahren; Getreide, Futter u. ä. erhalten und ausgegeben);

3. Danischewski erhält entweder durch Gesetzesakt das Recht, wegen nicht termingerecht erfolgter Abrechnung Verhaftungen vorzunehmen,

oder (wenn das nicht möglich ist, wenn das aus irgendwelchen Gründen nicht durchzusetzen ist) das Recht, sich an das Präsidium

des Gesamtrussischen ZEK mit der Bitte zu wenden, wegen nicht erfolgter Abrechnung *Verhaftungen* vorzunehmen; Durchsetzung einer entsprechenden Direktive über das ZK der KPR; Kontrolle der Durchführung;

4. Mittel und Wege der persönlichen, unmittelbaren *Kontrolle an Ort und Stelle*. Wird sie durchgeführt? Wie? Wo liegen die Schwierigkeiten?

Danischewski sagt, er habe Kontrolleure eingesetzt, die durch ganz Rußland *reisen* und schon in *allen* Gouvernements waren, Kontrolleure, die bis nach unten gelangen, angeblich durchgreifen und in vielen Gouvernements durchgegriffen haben.

Ist das wahr? Ist Danischewski von seinen Beamten nicht vielleicht irregeführt worden?

Sehr wahrscheinlich ist er das.

Und die Arbeiter- und Bauerninspektion? Sie muß das untersuchen und wissen. Darüber steht im vorläufigen Bericht nicht ein Wort. Wann wurden die Kontrolleure eingesetzt, die überall herumreisen? Wieviel gibt es? Ihr Niveau? Das Ergebnis ihrer Tätigkeit? Wie ist die Arbeit zu verbessern, wenn sie unbefriedigend organisiert ist? Das ist der Kern der Sache, aber der Revisor der Arbeiter- und Bauerninspektion hat gerade diesen Kern der Sache umgangen.

Ich wiederhole, die Organisation der Rechenschaftslegung ist das Hauptproblem. Diese Frage ist von der Arbeiter- und Bauerninspektion nicht untersucht worden. Die Aufgabe, die Organisation der Rechenschaftslegung zu verfolgen, ihre Verbesserung zu erstreben und zu erreichen, ist von der Arbeiter- und Bauerninspektion nicht gelöst und sogar aller Wahrscheinlichkeit nach *nicht verstanden* worden.

> Die Arbeiter- und Bauerninspektion muß es verstehen, über das Gesamtrussische ZEK, über das ZK der KPR, auf allen Wegen bis zu den höchsten Instanzen, sowohl den Partei- als auch den Sowjetinstanzen, „vorzudringen", um eine Verbesserung in der Organisation der Rechenschaftslegung zu erreichen.

Ich bin ausführlich auf eine sehr wichtige (und sehr einfache) Frage eingegangen: die Organisation der Rechenschaftslegung, weiter aber folgen ebenfalls wichtige und weit schwierigere Fragen, z. B. die Organisation der Vertragsarbeiten (Kontrolle der Ausführung; Rechnungsführung usw.) usf.

Eine besonders interessante Frage ist im vorläufigen Bericht *gestreift*,

aber eben nur gestreift und nicht gründlich behandelt worden. Und zwar schreibt der Verfasser des vorläufigen Berichts: „Die verantwortlichen Leiter sind bis zur Erschöpfung mit Arbeit überhäuft, während die technischen Apparate der untergeordneten Organe (genannt sind die der Hauptverwaltung für Brennstoffversorgung unterstehenden Hauptverwaltungen für Kohle, für Forstwirtschaft u. a.) *voller nichtstuender Mitarbeiter sind.*"

Ich bin überzeugt, daß das eine wertvolle und absolut richtige Beobachtung ist und daß sie nicht nur auf die Hauptverwaltung für Brennstoffversorgung, sondern *auf* alle oder auf 99 % der Institutionen und Behörden zutrifft.

Überall gibt es dieses Übel.

Die Arbeiter- und Bauerninspektion hätte im März, als die (neue) Organisation geschaffen wurde, oder spätestens im April, als sie geschaffen war, schriftlich die formelle Empfehlung geben müssen:

Verbessert so und so.

Das ist nicht geschehen.

Wie soll man diesem Übel abhelfen?

Ich weiß das nicht einmal annähernd. Die Arbeiter- und Bauerninspektion muß das wissen, denn es ist ihre Sache, das zu untersuchen — verschiedene Ressorts miteinander zu vergleichen, verschiedene praktische Vorschläge zu machen, sie in der Praxis zu erproben usw.

Wenn ich „Arbeiter- und Bauerninspektion" sage, dann habe ich vor allem den betreffenden Verfasser dieses vorläufigen Berichts im Auge. Aber mir ist klar, daß sich das nicht nur auf diesen einen Verfasser allein bezieht.

Man muß einige, wenn auch nur 2—3 (soviel lassen sich sicherlich finden) unbedingt gewissenhafte, kluge und erfahrene Mitarbeiter der Arbeiter- und Bauerninspektion auswählen und sie dazu bringen, einen vernünftigen Plan für die Arbeit der Revisoren auszuarbeiten, zunächst einmal die Organisation der Rechenschaftslegung betreffend. Es ist besser, sich weniger vorzunehmen, das aber zu Ende zu führen.

Der Verfasser des vorläufigen Berichts hat einen Haufen Themen angeschnitten, aber die Themen sind nicht untersucht, hastig zusammengetragen, und das Ganze ergibt keinen Sinn. Es ist ein Spiel mit „Parlamentsberichten". Nicht das ist notwendig, sondern eine *praktische Verbesserung.*

Mangelhafte Untersuchung ersieht man z. B. aus der Frage 52 (39): nur vorbildliche Bergwerke aussondern. Das ist genau die Schlußfolgerung, zu der die Kommission des Rats für Arbeit und Verteidigung (Smilga und Ramsin) kam, nachdem sie das Donezbecken im September 1921 besucht hatte. Genau das ist auch die Schlußfolgerung der Staatlichen Plankommission.

Warum kenne ich die Arbeit der Staatlichen Plankommission und der Kommission Smilgas, während der *spezielle Revisor*, der den Bericht über die Hauptverwaltung für Brennstoffversorgung abgefaßt hat, davon nichts weiß?

Die Sache ist nicht richtig organisiert.

Als praktische Schlußfolgerung schlage ich vor:

1. sich erst einmal die Organisation der Rechenschaftslegung vorzunehmen und diese Sache zu Ende zu führen;

2. bestimmte Personen damit zu beauftragen und mir ihre Namen mitzuteilen;

3. mir den Namen des Revisors mitzuteilen, dem die Angelegenheit der Verwaltung für Forstwirtschaft übertragen ist.

Lenin

27. IX. 1921

Zuerst veröffentlicht
am 6. Februar 1927
in der „Prawda" Nr. 30.

Nach dem Manuskript.

AN DAS PRÄSIDIUM DES VIII. GESAMTRUSSISCHEN ELEKTROTECHNISCHEN KONGRESSES[8]

Ich bedaure außerordentlich, daß es mir nicht möglich war, den Kongreß persönlich zu begrüßen.

Über die Bedeutung des Buches „Plan der Elektrifizierung" und noch mehr der Elektrifizierung selbst hatte ich des öfteren Gelegenheit, mich zu äußern.[9] Die maschinelle Großindustrie und ihre Übertragung auf die Landwirtschaft ist die einzige ökonomische Grundlage für den Sozialismus, die einzige Grundlage für den erfolgreichen Kampf um die Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitals, von der Ermordung und Verkrüppelung vieler Millionen Menschen wegen der Frage, ob bei der Aufteilung der Welt der englische oder der deutsche, der japanische oder der amerikanische Räuber das Übergewicht erlangen wird usw.

Die Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern hat mit der systematischen und planmäßigen Elektrifizierung unseres Landes begonnen. Wie kümmerlich, wie bescheiden unser Anfang auch sein mag, wie unwahrscheinlich groß die Schwierigkeiten dieses Vorhabens auch sein mögen für unser Land, das die Gutsbesitzer und Kapitalisten im vierjährigen imperialistischen Krieg und im dreijährigen Bürgerkrieg verwüstet haben, für ein Land, dem die Bourgeoisie der ganzen Welt auflauert, das sie sich unterwerfen und zu ihrer Kolonie machen will, wie qualvoll langsam die Elektrifizierung auch bei uns voranschreitet, aber sie schreitet dennoch voran. Mit Hilfe Ihres Kongresses, mit Hilfe aller Elektrotechniker Rußlands und einer ganzen Reihe der besten fortschrittlichen Wissenschaftler der ganzen Welt, dank den heldenmütigen Anstrengungen der Vorhut der Arbeiter und werktätigen Bauern werden wir diese Aufgabe bewältigen, werden wir die Elektrifizierung unseres Landes durchführen.

Ich begrüße den VIII. Gesamtrussischen Kongreß der Elektrotechniker und wünsche ihm vollen Erfolg.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Geschrieben am 8. Oktober 1921.
Veröffentlicht am 11. Oktober 1921 im „Bulletin des VIII. Gesamtrussischen Elektrotechnischen Kongresses" Nr. 3.

Nach dem Manuskript.

ZUM VIERTEN JAHRESTAG DER OKTOBERREVOLUTION

Der vierte Jahrestag des 25. Oktober (7. November) rückt heran.

Je weiter wir uns von diesem großen Tag entfernen, desto klarer wird die Bedeutung der proletarischen Revolution in Rußland, desto tiefer dringen wir auch in den Sinn der praktischen Erfahrung unserer Arbeit als Ganzes ein.

Im kürzesten — und natürlich durchaus unvollständigen und ungenauen — Abriß könnte man diese Bedeutung und diese Erfahrung folgendermaßen darlegen:

Die unmittelbare und nächste Aufgabe der Revolution in Rußland war die bürgerlich-demokratische Aufgabe, die Reste des Mittelalters zu beseitigen, sie bis zum letzten Stein wegzuräumen, Rußland von dieser Barbarei, von dieser Schmach, von diesem größten Bremsklotz jeder Kultur und jedes Fortschritts in unserem Lande zu säubern.

Und wir können mit Recht darauf stolz sein, daß wir diese Säuberung viel entschiedener, rascher, kühner, erfolgreicher, viel umfassender und tiefgreifender vom Standpunkt der Einwirkung auf die Masse des Volkes, auf seine breite Masse, durchgeführt haben als die Große Französische Revolution vor mehr als 125 Jahren.

Sowohl die Anarchisten als auch die kleinbürgerlichen Demokraten (d. h. die Menschewiki und Sozialrevolutionäre als die russischen Vertreter dieses internationalen sozialen Typs) redeten und reden unglaublich viel wirres Zeug über das Verhältnis der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen (*das heißt* proletarischen) Revolution. Daß wir den Marxismus in diesem Punkt richtig auffassen, daß wir die Erfahrungen der früheren Revolutionen richtig auswerten, das hat sich im Laufe von vier Jahren voll und ganz bestätigt. Wir haben die bürgerlich-demokratische Revolution *zu Ende* geführt wie niemand sonst. Wir marschieren ganz bewußt, sicher und unbeirrt *vorwärts*, zur sozialistischen Revolution, in dem Bewußtsein,

daß sie nicht durch eine chinesische Mauer von der bürgerlich-demokratischen Revolution getrennt ist, in dem Bewußtsein, daß *nur der Kampf* darüber entscheiden wird, wie weit es uns (letztlich) gelingen wird, vorwärts zu kommen, welchen Teil der unermeßlich hohen Aufgabe wir erfüllen, welchen Teil unserer Siege wir uns auf die Dauer sichern werden. Die Zeit wird's lehren. Aber wir sehen auch gegenwärtig schon, daß beim Werk der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft — für ein verwüstetes, zerquältes, rückständiges Land — gigantisch viel geleistet worden ist.

Führen wir jedoch die Gedanken über den bürgerlich-demokratischen Inhalt unserer Revolution zu Ende. Für Marxisten muß es klar sein, was das bedeutet. Nehmen wir zur Erläuterung anschauliche Beispiele.

Bürgerlich-demokratischer Inhalt der Revolution, das heißt — Säuberung der sozialen Verhältnisse (der Zustände, der Einrichtungen) des Landes vom Mittelalterlichen, von der Leibeigenschaft, vom Feudalismus.

Welches waren die hauptsächlichen Erscheinungen, Überbleibsel, Reste der Leibeigenschaft in Rußland im Jahre 1917? Monarchie, Ständewesen, Grundbesitz und Bodennutzung, Lage der Frau, Religion, Unterdrückung der Nationalitäten. Man nehme einen beliebigen von diesen „Augiasställen" — die, beiläufig gesagt, von sämtlichen fortgeschrittenen Staaten bei der Durchführung *ihrer* bürgerlich-demokratischen Revolutionen vor 125, 250 und mehr Jahren (1649 in England) in recht erheblichem Maße ungesäubert gelassen wurden —, man nehme einen beliebigen von diesen Augiasställen, und man wird sehen, daß wir sie gründlich gesäubert haben. In nur *zehn Wochen*, angefangen mit dem 25. Oktober (7. November) 1917 und bis zur Auseinanderjagung der Konstituante (5. Januar 1918), haben wir auf diesem Gebiet tausendmal mehr geleistet, als die bürgerlichen Demokraten und Liberalen (die Kadetten) und die kleinbürgerlichen Demokraten (die Menschewiki und Sozialrevolutionäre) *in acht Monaten* ihrer Herrschaft geleistet haben.

Diese Feiglinge, Schwätzer, selbstgefälligen Narzisse und Hamlets fuchtelten mit dem Pappschwert — und vernichteten nicht einmal die Monarchie! Wir haben den ganzen monarchistischen Unrat hinweggefegt, wie das noch niemand jemals getan hat. Wir haben keinen Stein auf dem andern, keinen Ziegel auf dem andern gelassen von dem jahrhundertealten Bau des Ständewesens (die fortgeschrittensten Länder, wie England, Frankreich und Deutschland, haben sich bis heute noch nicht frei gemacht

von den Spuren des Ständewesens!). Die tiefsten Wurzeln des Ständewesens, nämlich die Überreste des Feudalismus und der Leibeigenschaft im Grundbesitz, haben wir radikal ausgerissen. „Man kann darüber streiten" (es gibt im Ausland genug Literaten, Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre, um sich mit derlei Streitereien zu befassen), was bei den Agrarumgestaltungen der Großen Oktoberrevolution „letzten Endes" herauskommen wird. Wir tragen jetzt kein Verlangen danach, mit diesen Streitereien Zeit zu verlieren, denn wir entscheiden diesen Streit und die ganze Masse der davon abhängigen Streitfragen durch Kampf. Nicht zu bestreiten ist jedoch die Tatsache, daß die kleinbürgerlichen Demokraten acht Monate lang mit den Gutsbesitzern, den Hütern der Leibeigenschaftstraditionen, „paktiert" haben, während wir in einigen Wochen sowohl diese Gutsbesitzer als auch alle ihre Traditionen restlos vom Antlitz der russischen Erde hinweggefegt haben.

Man nehme die Religion oder die Rechtlosigkeit der Frau oder die Unterdrückung und Nichtgleichberechtigung der nichtrussischen Nationalitäten. All dies sind Fragen der bürgerlich-demokratischen Revolution. Die Banausen der kleinbürgerlichen Demokratie haben acht Monate lang darüber geschwätzt; es gibt unter den fortgeschrittensten Ländern der Welt *kein einziges*, wo *diese* Fragen in *bürgerlich-demokratischer* Richtung *vollständig* gelöst wären. Bei uns sind sie durch die Gesetzgebung der Oktoberrevolution vollständig gelöst. Wir haben gegen die Religion wirklich gekämpft und tun es nach wie vor. Wir haben *allen* nichtrussischen Nationalitäten *ihre eigenen* Republiken oder autonomen Gebiete gegeben. Bei uns in Rußland gibt es keine solche Gemeinheit, Abscheulichkeit und Niederträchtigkeit wie die Rechtlosigkeit oder nicht volle Gleichberechtigung der Frau, dieses empörende Überbleibsel der Leibeigenschaft und des Mittelalters, das von der eigennützigen Bourgeoisie und dem stumpfsinnigen, eingeschüchterten Kleinbürgertum in ausnahmslos allen Ländern des Erdballs immer wieder aufgefrischt wird.

Dies alles ist Inhalt der bürgerlich-demokratischen Revolution. Vor anderthalb und zweieinhalb Jahrhunderten versprachen die fortgeschrittenen Führer dieser Revolution (dieser Revolutionen, wenn man von jeder nationalen Abart des einen allgemeinen Typus sprechen will) den Völkern, die Menschheit von den mittelalterlichen Privilegien, von der Nichtgleichberechtigung der Frau, von den staatlichen Vorrechten dieser oder jener

Religion (oder der „*Idee* der Religion", der „Religiosität" überhaupt), von der Nichtgleichberechtigung der Nationalitäten zu befreien. Das Versprechen gaben sie, aber sie hielten es nicht. Sie konnten es nicht halten, weil der „Respekt" vor dem — — — „heiligen Privateigentum" sie daran hinderte. In unserer proletarischen Revolution hat es diesen verfluchten „Respekt" vor diesem dreifach verfluchten Mittelalter und vor diesem „heiligen Privateigentum" nicht gegeben.

Doch um die Errungenschaften der bürgerlich-demokratischen Revolution zum festen Besitz der Völker Rußlands zu machen, mußten wir weiter vormarschieren, und wir sind weiter vormarschiert. Wir haben die Fragen der bürgerlich-demokratischen Revolution während des Vorrückens, im Vorbeigehen, als „Nebenprodukt" unserer hauptsächlichen und eigentlichen, unserer *proletarisch*-revolutionären, sozialistischen Arbeit gelöst. Reformen, haben wir immer gesagt, sind ein Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes. Die bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen — haben wir gesagt und haben wir durch Taten bewiesen — sind ein Nebenprodukt der proletarischen, das heißt der sozialistischen Revolution. Nebenbei bemerkt, alle die Kautsky, Hilferding, Martow, Tschernow, Hillquit, Longuet, MacDonald, Turati und sonstigen Helden des „zweieinhalbten" Marxismus vermochten nicht, ein *solches* Wechselverhältnis zwischen der bürgerlich-demokratischen und der proletarisch-sozialistischen Revolution zu verstehen. Die erste wächst in die zweite hinüber. Die zweite löst im Vorbeigehen die Fragen der ersten. Die zweite verankert das Werk der ersten. Der Kampf und nur der Kampf entscheidet, wie weit es der zweiten gelingt, über die erste hinauszuwachsen.

Die Sowjetordnung ist gerade eine der anschaulichen Bestätigungen oder Erscheinungen dieses Hinüberwachsens der einen Revolution in die andere. Die Sowjetordnung ist das Höchstmaß an Demokratismus für die Arbeiter und Bauern, und zugleich bedeutet sie den Bruch mit dem *bürgerlichen* Demokratismus und die Entstehung eines *neuen*, weltgeschichtlichen *Typus* der Demokratie, nämlich: des proletarischen Demokratismus oder der Diktatur des Proletariats.

Mögen uns die Hunde und Schweine der sterbenden Bourgeoisie und der hinter ihr einhertrottenden kleinbürgerlichen Demokratie mit einem Schwall von Flüchen, Beschimpfungen und Verhöhnungen wegen unserer Mißerfolge und Fehler beim Aufbau *unserer* Sowjetordnung überschütten.

Wir vergessen keinen Augenblick, daß bei uns wirklich viele Mißerfolge vorgekommen sind und Fehler gemacht werden. Als ob es bei einem so neuen, für die ganze Weltgeschichte neuen Werk wie der Schaffung eines noch nie dagewesenen *Typus* der Staatsordnung ohne Mißerfolge und Fehler abgehen könnte! Wir werden unbeirrt kämpfen für die Korrektur unserer Mißerfolge und Fehler, für die Verbesserung der von Vollkommenheit sehr, sehr weit entfernten Art und Weise, in der wir die Sowjetprinzipien auf das Leben anwenden. Aber wir können mit Recht stolz darauf sein und sind stolz darauf, daß uns das Glück zuteil geworden ist, den Aufbau des Sowjetstaates *zu beginnen* und damit eine neue Epoche der Weltgeschichte *einzuleiten*, die Epoche der Herrschaft der *neuen* Klasse, die in allen kapitalistischen Ländern unterdrückt ist und die überall zu neuem Leben, zum Sieg über die Bourgeoisie, zur Diktatur des Proletariats, zur Erlösung der Menschheit vom Joch des Kapitals, von den imperialistischen Kriegen vorwärtsschreitet.

Die Frage der imperialistischen Kriege, jener heute in der ganzen Welt vorherrschenden internationalen Politik des Finanzkapitals, die *unvermeidlich* neue imperialistische Kriege erzeugt, unvermeidlich eine unerhörte Verstärkung der nationalen Unterdrückung, der Plünderung, Ausraubung, Erdrosselung der schwachen, rückständigen, kleinen Völkerschaften durch eine Handvoll „fortgeschrittener" Mächte mit sich bringt – diese Frage ist seit 1914 zum Eckstein der gesamten Politik aller Länder des Erdballs geworden. Es ist das für Millionen und aber Millionen Menschen eine Frage von Leben und Tod. Es ist das die Frage, ob im nächsten imperialistischen Krieg, der vor unseren Augen von der Bourgeoisie vorbereitet wird, der vor unseren Augen aus dem Kapitalismus hervorgeht, 20 Millionen Menschen niedergemetzelt werden sollen (statt der 10 Millionen Gefallenen des Krieges 1914–1918 nebst den ihn ergänzenden, auch heute noch nicht beendeten „kleinen" Kriegen), ob in diesem (bei Weiterbestehen des Kapitalismus) unvermeidlichen kommenden Krieg 60 Millionen verkrüppelt werden sollen (statt der 30 Millionen Verkrüppelter in den Jahren 1914–1918). Auch in dieser Frage hat unsere Oktoberrevolution eine neue Epoche der Weltgeschichte eröffnet. Die Lakaien der Bourgeoisie und ihre Handlanger in Gestalt der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, in Gestalt der ganzen angeblich „sozialistischen" kleinbürgerlichen Demokratie der ganzen Welt haben die Losung „Umwandlung des imperialistischen

Krieges in den Bürgerkrieg" verhöhnt. Aber diese Losung hat sich als einzige *Wahrheit* erwiesen – als eine unangenehme, grobe, nackte, grausame Wahrheit, gewiß, aber als *Wahrheit* inmitten eines Wusts raffiniertester chauvinistischer und pazifistischer Lügen. Diese Lügen brechen zusammen. Der Brester Frieden ist entlarvt. Mit jedem Tag werden immer schonungsloser Bedeutung und Folgen des im Vergleich zum Brester Frieden noch schlimmeren Versailler Friedens entlarvt. Und immer klarer, immer deutlicher, immer unabweisbarer ersteht vor Millionen und aber Millionen Menschen, die über die Ursachen des gestrigen Krieges und über den heraufziehenden Krieg von morgen nachdenken, die harte Wahrheit: Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Welt (dem imperialistischen Frieden – füge ich hinzu, in des russischen Wortes zweiter Bedeutung) nicht *anders* entrinnen, man kann dieser Hölle nicht *anders* entrinnen *als durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution.*

Mögen die Bourgeoisie und die Pazifisten, die Generale und die Spießbürger, die Kapitalisten und die Philister, alle gläubigen Christen und alle Ritter der II. und der zweieinhalbten Internationale diese Revolution noch so wütend beschimpfen – auch mit Strömen von Bosheit, Verleumdung und Lüge werden sie an der weltgeschichtlichen Tatsache nichts ändern können, daß zum erstenmal in Jahrhunderten und Jahrtausenden die Sklaven den Krieg zwischen den Sklavenhaltern mit der offenen Verkündung der Losung beantwortet haben: Laßt uns diesen zwischen den Sklavenhaltern um die Teilung ihrer Beute geführten Krieg umwandeln in den Krieg der Sklaven aller Nationen gegen die Sklavenhalter aller Nationen!

Zum erstenmal in Jahrhunderten und Jahrtausenden ist diese Losung aus einer dumpfen und ohnmächtigen Erwartung zu einem klar ausgeprägten politischen Programm geworden, hat sie sich gewandelt zum wirksamen Kampf von Millionen Unterdrückter unter der Führung des Proletariats, zum ersten Sieg des Proletariats, zum ersten Sieg auf dem Wege der Abschaffung der Kriege, zum ersten Sieg des Bündnisses der Arbeiter aller Länder über das Bündnis der Bourgeoisie der verschiedenen Nationen, dieser Bourgeoisie, die Frieden schließt und Krieg führt auf Kosten der Sklaven des Kapitals, auf Kosten der Lohnarbeiter, auf Kosten der Bauern, auf Kosten der Werktätigen.

Dieser erste Sieg ist *noch nicht der endgültige Sieg*, und unsere Oktober-

revolution hat ihn nur unter beispiellosen Mühsalen und Schwierigkeiten, unter unerhörten Qualen, begleitet von größten Mißerfolgen und Fehlern unserseits davongetragen. Als ob es ohne Mißerfolge und ohne Fehler einem einzigen rückständigen Volk gelingen könnte, die imperialistischen Kriege der mächtigsten und fortgeschrittensten Länder des Erdballs zu überwinden! Wir fürchten uns nicht, unsere Fehler zuzugeben, und wir werden sie nüchtern beurteilen, damit wir lernen, sie zu korrigieren. Aber Tatsache bleibt Tatsache: Zum erstenmal in Jahrhunderten und Jahrtausenden ist das Versprechen, den Krieg zwischen den Sklavenhaltern mit der Revolution der Sklaven *gegen* samt und sonders alle Sklavenhalter zu „beantworten", *restlos erfüllt worden* — — — und wird allen Schwierigkeiten zum Trotz erfüllt.

Wir haben dieses Werk begonnen. Wann, in welcher Frist, die Proletarier welcher Nation dieses Werk zu Ende führen werden, das ist unwesentlich. Wesentlich ist, daß das Eis gebrochen, daß die Bahn frei gemacht, daß der Weg gewiesen ist.

Fahrt fort mit eurer Heuchelei, ihr Herren Kapitalisten aller Länder, die ihr „das Vaterland verteidigt" — das japanische gegen das amerikanische, das amerikanische gegen das japanische, das französische gegen das englische und so weiter! Fahrt fort, euch die Frage nach den Kampfmitteln gegen die imperialistischen Kriege durch neue „Basler Manifeste" (nach dem Muster des Basler Manifests von 1912[10]) „vom Halse zu schaffen", ihr Herren Ritter der II. und zweieinhalbten Internationale mitsamt allen pazifistischen Spießern und Philistern der ganzen Welt! *Die erste bolschewistische Revolution* hat *die ersten hundert Millionen Menschen* auf der Erde dem imperialistischen Krieg, der imperialistischen Welt entrissen. Die folgenden Revolutionen werden die ganze Menschheit diesen Kriegen und dieser Welt entreißen.

Unser letztes Werk — zugleich das wichtigste, schwierigste und unfertigste — ist der wirtschaftliche Aufbau, die Errichtung des ökonomischen Fundaments für das neue, sozialistische Gebäude an Stelle des zerstörten feudalen und des halbzerstörten kapitalistischen Baus. Bei diesem wichtigsten und schwierigsten Werk hatten wir die meisten Mißerfolge, die meisten Fehler zu verzeichnen. Als ob man ein im Weltmaßstab so neues Werk ohne Mißerfolge und ohne Fehler beginnen könnte! Aber wir haben es begonnen. Wir bringen es voran. Wir sind gerade jetzt dabei, mit un-

serer „Neuen Ökonomischen Politik" eine ganze Reihe unserer Fehler zu korrigieren, wir lernen, wie man das sozialistische Gebäude in einem kleinbäuerlichen Land ohne diese Fehler weiterzubauen hat.

Die Schwierigkeiten sind unermeßlich. Wir sind gewohnt, mit unermeßlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nicht ohne Grund haben unsere Feinde uns als „die Felsenfesten" und als die Vertreter einer „knochenbrecherischen Politik" bezeichnet. Aber wir haben auch, wenigstens bis zu einem bestimmten Grad, eine andere in der Revolution unerläßliche Kunst erlernt: die Elastizität, die Fähigkeit, unsere Taktik rasch und schroff zu ändern, die veränderten objektiven Bedingungen zu berücksichtigen, einen anderen Weg zu unserem Ziel zu wählen, wenn der frühere Weg sich für den gegebenen Zeitabschnitt als unzweckmäßig, als unmöglich erwiesen hat.

Wir, die wir von der Welle des Enthusiasmus getragen waren, die wir den Volksenthusiasmus — zunächst den allgemeinen politischen, sodann den militärischen — geweckt hatten, wir rechneten darauf, daß wir auf Grund dieses Enthusiasmus auch die ebenso großen (wie die allgemeinen politischen und die militärischen) ökonomischen Aufgaben unmittelbar lösen würden. Wir rechneten darauf — vielleicht wäre es richtiger zu sagen: Wir nahmen an, ohne genügend zu rechnen —, daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten. Das Leben hat unseren Fehler gezeigt. Es bedarf einer Reihe von Übergangsstufen: Staatskapitalismus und Sozialismus, um den Übergang zum Kommunismus *vorzubereiten*, ihn durch die Arbeit einer langen Reihe von Jahren vorzubereiten. Nicht auf Grund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, auf Grund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung bemüht euch, zuerst feste Stege zu bauen, die in einem kleinbäuerlichen Land über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führen; sonst werdet ihr nicht zum Kommunismus gelangen, sonst werdet ihr die Millionen und aber Millionen Menschen nicht zum Kommunismus führen. So hat es uns das Leben gelehrt. So hat es uns der objektive Entwicklungsgang der Revolution gelehrt.

Und wir, die wir in drei und vier Jahren ein wenig gelernt haben, schroffe Wendungen zu machen (wenn eine schroffe Wendung erforder-

lich ist), haben nun eifrig, aufmerksam, ausdauernd (obwohl immer noch nicht genügend eifrig, nicht genügend aufmerksam, nicht genügend ausdauernd) begonnen, die neue Wendung, die „Neue Ökonomische Politik" zu lernen. Der proletarische Staat muß ein umsichtiger, sorgsamer, sachkundiger „Unternehmer", ein tüchtiger *Großkaufmann* werden — sonst kann er das kleinbäuerliche Land nicht ökonomisch auf die Beine bringen, einen anderen Übergang zum Kommunismus gibt es heute, unter den gegebenen Bedingungen, neben dem kapitalistischen (einstweilen noch kapitalistischen) Westen nicht. Es scheint, als sei der Großkaufmann ein ökonomischer Typus, der vom Kommunismus so weit entfernt ist wie der Himmel von der Erde. Aber das ist gerade ein Widerspruch von solcher Art, der im lebendigen Leben von der bäuerlichen Kleinwirtschaft über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führt. Persönliche Interessiertheit hebt die Produktion; was wir vor allem und um jeden Preis brauchen, ist die Steigerung der Produktion. Der Großhandel vereinigt die Millionen Kleinbauern ökonomisch, indem er sie interessiert, sie verbindet, sie zur nächsten Stufe hinführt: zu den verschiedenen Formen der Verbindung und Vereinigung in der Produktion selbst. Wir haben den notwendigen Umbau unserer ökonomischen Politik schon begonnen. Wir haben auf diesem Gebiet schon gewisse — allerdings nicht große, nur teilweise, aber unzweifelhafte Erfolge aufzuweisen. Wir beenden auf diesem Gebiet einer neuen „Wissenschaft" schon die Vorbereitungsklasse. Wenn wir zielstrebig und beharrlich lernen, jeden unserer Schritte an der praktischen Erfahrung überprüfen, uns nicht fürchten, Begonnenes mehrmals umzuarbeiten, unsere Fehler zu korrigieren, und uns dabei aufmerksam in ihre Bedeutung vertiefen, dann werden wir auch in die nächsten Klassen aufsteigen. Wir werden den ganzen „Lehrgang" durchlaufen, obwohl ihn die Umstände der Weltwirtschaft und der Weltpolitik weitaus langwieriger und schwieriger gemacht haben, als uns lieb war. Was es auch immer koste, wie schwer auch die Qualen der Übergangszeit, Leiden, Hunger und Zerrüttung, sein mögen, wir werden den Mut nicht sinken lassen und unser Werk zum siegreichen Ende führen.

14. X. 1921

„Prawda" Nr. 234, 18. Oktober 1921. *Nach dem Manuskript.*
Unterschrift: N. Lenin.

DIE NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK UND DIE AUFGABEN DER AUSSCHÜSSE FÜR POLITISCH-KULTURELLE AUFKLÄRUNG

Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß
der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung
17. Oktober 1921[11]

Genossen! Ich beabsichtige, dieses Referat, richtiger gesagt, diese Aussprache der Neuen Ökonomischen Politik und den Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung zu widmen, wie ich sie im Zusammenhang mit dieser Politik auffasse. Mir will scheinen, daß es im höchsten Grade falsch wäre, Referate über Fragen, die nicht in den Aufgabenbereich dieses oder jenes Kongresses gehören, auf eine bloße Information darüber zu beschränken, was in der Partei oder in der Sowjetrepublik überhaupt vorgeht.

EINE SCHROFFE WENDUNG DER SOWJETMACHT UND DER KPR

Ohne den Nutzen einer solchen Information und die Nützlichkeit von Beratungen über die verschiedensten Fragen auch nur im geringsten zu bestreiten, finde ich doch, daß der Hauptmangel in der Arbeit der meisten unserer Kongresse das Fehlen einer direkten, unmittelbaren Verbindung mit den praktischen Aufgaben ist, vor denen sie stehen. Und über diese Mängel möchte ich im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik und aus Anlaß der Neuen Ökonomischen Politik einiges sagen.

Über die Neue Ökonomische Politik werde ich in kurzen und allgemeinen Zügen sprechen. Die übergroße Mehrzahl von Ihnen, Genossen, sind Kommunisten, und zwar, obgleich manche von Ihnen sehr jung sind, Kommunisten, die in den ersten Jahren unserer Revolution in unserer allgemeinen Politik eine große Arbeit geleistet haben. Und als Menschen, die einen großen Teil dieser Arbeit geleistet haben, kann Ihnen nicht entgan-

gen sein, welche schroffe Wendung unsere Sowjetmacht und unsere Kommunistische Partei vollzogen haben, als sie zu der ökonomischen Politik übergingen, die man die „neue" nennt, neu im Verhältnis zu unserer vorherigen ökonomischen Politik.

Aber dem Wesen der Sache nach enthält sie mehr Altes als unsere vorherige ökonomische Politik.

Warum ist das so? Weil unsere frühere ökonomische Politik, wenn man auch nicht sagen kann, darauf berechnet war (wir haben in der damaligen Situation überhaupt wenig berechnet), so doch bis zu einem gewissen Grade vorausgesetzt hatte — man kann sagen: ohne Berechnung vorausgesetzt hatte —, daß ein unmittelbarer Übergang von der alten russischen Ökonomik zur staatlichen Produktion und Verteilung auf kommunistischer Grundlage erfolgen werde.

Wenn wir an unsere eigene frühere ökonomische Literatur denken, wenn wir uns erinnern, was die Kommunisten vor der Machtergreifung in Rußland und kurz nach der Machtergreifung geschrieben haben, zum Beispiel Anfang 1918, als der erste politische Ansturm auf das alte Rußland mit einem gewaltigen Erfolg geendet hatte, als die Sowjetrepublik geschaffen worden war, als Rußland aus dem imperialistischen Krieg zwar verstümmelt, aber doch ausgeschieden war, und zwar weniger verstümmelt, als wenn es den Ratschlag der Imperialisten sowie der Menschewiki und Sozialrevolutionäre befolgt und weiterhin das „Vaterland verteidigt" hätte, so werden wir sehen, daß wir in der ersten Periode, als wir eben erst den Grundstein zum Aufbau der Sowjetmacht gelegt hatten und eben erst aus dem imperialistischen Krieg ausgeschieden waren, über die Aufgaben unseres wirtschaftlichen Aufbaus viel vorsichtiger und bedachter gesprochen haben, als wir dann in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 und während des ganzen Jahres 1919 und des ganzen Jahres 1920 handelten.

DAS GESAMTRUSSISCHE ZENTRALEXEKUTIVKOMITEE IM JAHRE 1918 ÜBER DIE ROLLE DER BAUERNSCHAFT

Wenn damals nicht alle von Ihnen aktive Funktionäre der Partei und der Sowjetmacht gewesen sind, so konnten Sie sich jedenfalls mit solchen

Beschlüssen vertraut machen – und haben das gewiß auch getan – wie dem Beschluß des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees von Ende April 1918[12]. Dieser Beschluß wies auf die Notwendigkeit hin, mit der bäuerlichen Wirtschaft zu rechnen, und die Grundlage für diesen Beschluß war ein Referat, das die Rolle des Staatskapitalismus beim Aufbau des Sozialismus in dem Falle, wenn es sich um ein Bauernland handelt, in Rechnung stellte, das die Bedeutung der persönlichen, individuellen Verantwortlichkeit, der Einzelverantwortlichkeit betonte und das die Bedeutung dieses Faktors bei der Verwaltung des Landes, zum Unterschied von den politischen Aufgaben des Aufbaus der Staatsmacht und von den militärischen Aufgaben, hervorhob.

UNSER FEHLER

Anfang 1918 rechneten wir auf eine gewisse Periode, in der ein friedlicher Aufbau möglich sein werde. Nach dem Abschluß des Brester Friedens schien es, als sei die Gefahr entrückt und man könne mit dem friedlichen Aufbau beginnen. Aber wir täuschten uns, denn im Jahre 1918 zog eine wirkliche Kriegsgefahr über uns herauf – dazu kam der tschechoslowakische Aufstand und der Beginn des Bürgerkriegs, der sich bis 1920 hinzog. Zum Teil unter dem Einfluß der auf uns einstürmenden militärischen Aufgaben und der, wie es schien, verzweifelten Lage, in der sich die Republik damals, im Augenblick der Beendigung des imperialistischen Krieges, befand, unter dem Einfluß dieser und einer Reihe anderer Umstände begingen wir den Fehler, daß wir beschlossen, den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen. Wir waren der Meinung, daß uns die Bauern auf Grund der Ablieferungspflicht die notwendige Menge Getreide liefern und wir es auf die Fabriken und Werke verteilen werden und daß wir damit eine kommunistische Produktion und Verteilung haben werden.

Ich kann nicht sagen, daß wir uns einen solchen Plan ganz so bestimmt und anschaulich vorgezeichnet hätten, aber wir handelten ungefähr in diesem Sinne. Das ist leider eine Tatsache. Ich sage: leider, weil uns eine nicht sehr lange Erfahrung von der Fehlerhaftigkeit dieser Konstruktion überzeugte, die in Widerspruch stand zu dem, was wir früher über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus geschrieben hatten, als wir

die Auffassung vertraten, daß es ohne eine Periode der sozialistischen Rechnungsführung und Kontrolle unmöglich sei, auch nur die untere Stufe des Kommunismus zu erreichen. In unserer theoretischen Literatur wurde seit 1917, als die Aufgabe der Machtausübung auf der Tagesordnung stand und dem ganzen Volk von den Bolschewiki erläutert wurde, mit Bestimmtheit hervorgehoben, daß ein langwieriger und komplizierter Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft (und zwar desto langwieriger, je weniger sie entwickelt ist), ein Übergang auf dem Weg der sozialistischen Rechnungsführung und Kontrolle notwendig ist, um auch nur zu einer der Vorstufen der kommunistischen Gesellschaft zu gelangen.

EIN STRATEGISCHER RÜCKZUG

Das haben wir damals, als wir im Feuer des Bürgerkriegs die notwendigen Schritte zum Aufbau unternehmen mußten, gewissermaßen vergessen. Und unsere Neue Ökonomische Politik besteht ihrem Wesen nach eben darin, daß wir in diesem Punkt eine ernste Niederlage erlitten und einen strategischen Rückzug eingeleitet haben: „Bevor man uns endgültig schlägt, wollen wir den Rückzug antreten und alles aufs neue umbauen, aber stabiler." Da die Kommunisten bewußt die Frage der Neuen Ökonomischen Politik stellen, kann für sie kein Zweifel darüber bestehen, daß wir an der ökonomischen Front eine ziemlich schwere ökonomische Niederlage erlitten haben. Und es ist natürlich unvermeidlich, daß manche Leute nun in einen recht deprimierten, fast panikartigen Zustand verfallen und daß sich diese Leute wegen des Rückzugs einer Panikstimmung hingeben werden. Das ist unvermeidlich. Hat doch die Rote Armee, wenn sie auf dem Rückzug war, ihren Sieg damit eingeleitet, daß sie vor dem Feind floh, und jedesmal an jeder Front machten manche Leute diese Periode der Panik durch. Aber jedesmal — an der Koltschakfront wie an der Denikinfront, an der Judenitschfront wie an der polnischen und an der Wrangelfront —, jedesmal zeigte es sich, daß sich an uns, nachdem man uns einmal, bisweilen auch öfter, ordentlich geprügelt hatte, das Sprichwort bewahrheitete: „Ein Geprügelter ist das Doppelte wert." Einmal geschlagen, begannen wir, langsam, systematisch und vorsichtig anzugreifen.

Natürlich sind die Aufgaben an der ökonomischen Front um ein viel-

faches schwieriger als die Aufgaben an der militärischen Front, doch eine allgemeine Ähnlichkeit dieser Grundzüge der Strategie ist vorhanden. An der ökonomischen Front haben wir bei dem Versuch, zum Kommunismus überzugehen, im Frühjahr 1921 eine Niederlage erlitten, die ernster war als irgendeine Niederlage, die uns jemals von Koltschak, Denikin oder Pilsudski beigebracht wurde, eine Niederlage, die viel ernster, viel wesentlicher und gefährlicher war. Sie kam darin zum Ausdruck, daß sich unsere Wirtschaftspolitik oben als losgelöst von unten erwies und nicht den Aufschwung der Produktivkräfte bewirkte, der im Programm unserer Partei als die grundlegende und unaufschiebbare Aufgabe bezeichnet wird.

Die Ablieferungspflicht im Dorf, dieses unmittelbar kommunistische Herangehen an die Aufgaben des Aufbaus in der Stadt, behinderte den Aufschwung der Produktivkräfte und war die Grundursache der tiefgehenden ökonomischen und politischen Krise, in die wir im Frühjahr 1921 hineingerieten. Deshalb wurde das notwendig, was, vom Standpunkt unserer Linie, unserer Politik aus betrachtet, nur als eine sehr schwere Niederlage und ein Rückzug bezeichnet werden kann. Dabei kann man nicht sagen, daß dieser Rückzug einem Rückzug der Roten Armee gleicht, in voller Ordnung, in rechtzeitig vorbereitete Stellungen. Zwar waren die Stellungen rechtzeitig vorbereitet. Das läßt sich nachprüfen, wenn man die Beschlüsse unserer Partei vom Frühjahr 1921 mit dem von mir erwähnten Beschluß vom April 1918 vergleicht. Die Stellungen waren rechtzeitig vorbereitet, aber der Rückzug in diese Stellungen erfolgte (und erfolgt an vielen Orten in der Provinz noch jetzt) in ziemlicher und sogar übermäßiger Unordnung.

DER SINN DER NEUEN ÖKONOMISCHEN POLITIK

Hier tritt nun die Aufgabe der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, gegen diese Erscheinung anzukämpfen, in den Vordergrund. Vom Standpunkt der Neuen Ökonomischen Politik besteht die Grundfrage darin, daß man es versteht, die entstandene Lage so schnell wie möglich auszunutzen.

Die Neue Ökonomische Politik bedeutet die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Steuer, bedeutet den Übergang zur Wiederherstel-

lung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß. In wie großem Ausmaß, das wissen wir nicht. Konzessionen an ausländische Kapitalisten (vorläufig sind allerdings noch recht wenige abgeschlossen, insbesondere im Vergleich mit den Angeboten, die wir gemacht haben), Verpachtung an Privatkapitalisten — das ist eben eine direkte Wiederherstellung des Kapitalismus, und das ist mit den Wurzeln der Neuen Ökonomischen Politik verbunden. Denn die Aufhebung der Ablieferungspflicht bedeutet für die Bauern freien Handel mit den landwirtschaftlichen Überschüssen, die nicht durch die Steuer erfaßt sind, die Steuer aber erfaßt nur einen kleinen Teil der Produkte. Die Bauern bilden den übergroßen Teil der gesamten Bevölkerung und der gesamten Wirtschaft, und deshalb muß auf dem Boden dieses freien Handels der Kapitalismus unausbleiblich wachsen.

Das ist das elementarste ökonomische Abc, das mit den Anfangsgründen der ökonomischen Wissenschaft gelehrt wird und das uns außerdem jeder Schleichhändler lehrt, ein Geschöpf, das uns unabhängig von der ökonomischen und politischen Wissenschaft ausgezeichnet mit der Ökonomie bekannt macht. Und die Grundfrage besteht vom Standpunkt der Strategie in folgendem: Wer wird diese neue Lage schneller ausnutzen? Die ganze Frage ist, wem die Bauernschaft folgen wird — dem Proletariat, das bestrebt ist, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen, oder dem Kapitalisten, der sagt: „Machen wir kehrt, so ist es ungefährlicher; mit ihrem Sozialismus sollen sie uns vom Leibe bleiben."

WER WIRD SIEGEN— DER KAPITALIST ODER DIE SOWJETMACHT?

Darauf läuft der ganze gegenwärtige Krieg hinaus: Wer wird siegen, wer wird die Lage schneller ausnutzen — der Kapitalist, den wir selbst zur Tür hereinlassen, oder sogar durch mehrere Türen (und durch viele Türen, die wir selber nicht kennen und die ohne und gegen unsere Absicht aufgetan werden), oder die proletarische Staatsmacht? Worauf kann sich diese ökonomisch stützen? Einerseits auf die Besserung der Lage der Bevölkerung. In dieser Beziehung muß man an die Bauern denken. Es ist völlig unbestreitbar und für jedermann offenkundig, daß trotz eines so großen Unglücks wie der Hungersnot die Besserung der Lage der Bevöl-

kerung, von diesem Unglück abgesehen, gerade im Zusammenhang mit der Änderung unserer ökonomischen Politik eingetreten ist.

Anderseits wird, wenn der Kapitalismus gewinnt, auch die industrielle Produktion wachsen, mit ihr aber wird das Proletariat wachsen. Die Kapitalisten werden aus unserer Politik Vorteile ziehen und werden ein Industrieproletariat schaffen, das bei uns durch den Krieg und die furchtbare Verwüstung und Zerrüttung deklassiert, d. h. aus seinem Klassengeleise geworfen ist und aufgehört hat, als Proletariat zu existieren. Proletariat heißt die Klasse, die mit der Produktion materieller Güter in Betrieben der kapitalistischen Großindustrie beschäftigt ist. Soweit die kapitalistische Großindustrie zerstört ist, soweit die Fabriken und Werke stillgelegt sind, ist das Proletariat verschwunden. Es wurde wohl manchmal der Form nach als Proletariat gerechnet, aber es hatte keine ökonomischen Wurzeln.

Wenn der Kapitalismus wiederersteht, so heißt das, daß auch die Klasse des Proletariats wiedererstehen wird, das mit der Produktion materieller, für die Gesellschaft nützlicher Güter beschäftigt ist, das in maschinellen Großbetrieben tätig ist und sich nicht mit Spekulation, nicht mit der Herstellung von Feuerzeugen zum Verkauf und mit sonstiger „Arbeit" befaßt, die nicht gerade sehr nützlich, aber bei dem zerrütteten Zustand unserer Industrie völlig unvermeidlich ist.

Die ganze Frage ist die: Wer wird wen überflügeln? Gelingt es den Kapitalisten, sich früher zu organisieren, dann werden sie die Kommunisten zum Teufel jagen, darüber braucht man überhaupt kein Wort zu verlieren. Man muß diese Dinge nüchtern betrachten: Wer — wen? Oder wird die proletarische Staatsmacht imstande sein, gestützt auf die Bauernschaft, die Herren Kapitalisten gehörig im Zaum zu halten, um den Kapitalismus in das Fahrwasser des Staates zu leiten und einen Kapitalismus zu schaffen, der dem Staat untergeordnet ist und ihm dient? Man muß diese Frage nüchtern stellen. Alle ideologischen Auslassungen, alle Betrachtungen über politische Freiheiten sind hier Räsonnements, die man sehr häufig antreffen kann, besonders wenn wir uns das ausländische Rußland, das Rußland Nummer zwei, ansehen, wo es Dutzende von Tageszeitungen aller politischen Parteien gibt, wo alle diese Freiheiten in den höchsten Tönen und in allen erdenklichen Tonarten besungen werden Das alles ist Geschwätz, sind Phrasen. Von diesen Phrasen muß man sich frei zu machen wissen.

DER KAMPF WIRD NOCH HÄRTER WERDEN

Wir haben in den vier Jahren viele ernste Schlachten bestanden und gelernt, daß eine ernste Schlacht etwas anderes ist als das Geschwätz aus Anlaß einer ernsten Schlacht, noch dazu von Leuten, die weit vom Schuß sitzen. Man muß sich von dieser ganzen Ideologie, von diesem Geschwätz frei zu machen wissen und den Kern der Sache betrachten. Der Kern der Sache aber ist, daß der Kampf noch erbitterter, noch härter ist und sein wird als der Kampf gegen Koltschak und Denikin. Und zwar deshalb, weil jener Kampf ein militärischer war – das ist eine altgewohnte Sache. Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch hat man immer Krieg geführt. In der Kunst, im Krieg Menschen umzubringen, sind ungeheure Fortschritte gemacht worden.

Allerdings saßen in den Stäben fast aller Gutsbesitzer Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die sich heiser schrien über Volksrechte, über die Konstituante und darüber, daß die Bolschewiki alle Freiheiten verletzt hätten.

Dennoch war es leichter, die militärische Aufgabe zu lösen, als die, vor der wir jetzt stehen. Die militärische Aufgabe konnte man durch Ansturm, Angriff, Enthusiasmus lösen, geradezu durch die physische Kraft der vielen Arbeiter und Bauern, die sahen, daß der Gutsbesitzer auf sie losging. Heute gibt es keine offenen Gutsbesitzer mehr. Die Wrangel, Koltschak und Denikin sind teils Nikolaus Romanow nachgefolgt, teils haben sie sich im Ausland in Sicherheit gebracht. Diesen offenkundigen Feind – wie früher den Gutsbesitzer und den Kapitalisten – sieht das Volk nicht. Ein klares Bild davon, daß sich der Feind schon mitten unter uns befindet und daß es derselbe Feind ist, daß die Revolution vor einem Abgrund steht, auf den alle früheren Revolutionen gestoßen und vor dem sie zurückgescheut waren – diese Einsicht kann das Volk nicht haben, weil es unter großer Unwissenheit und unter dem Analphabetentum leidet. Und wie lange alle möglichen außerordentlichen Kommissionen brauchen werden, um dieses Analphabetentum mit außerordentlichen Methoden zu liquidieren, ist schwer zu sagen.

Woher soll das Volk das Bewußtsein haben, daß sich an Stelle von Koltschak, Wrangel und Denikin hier, mitten unter uns, der Feind befindet, der alle früheren Revolutionen zugrunde gerichtet hat? Denn wenn die

Kapitalisten die Oberhand über uns gewinnen, so bedeutet das die Rückkehr zum alten, was auch durch die Erfahrung aller früheren Revolutionen bestätigt wird. Unsere Partei hat die Aufgabe, das Bewußtsein zu wecken, daß der Feind mitten unter uns der anarchische Kapitalismus und der anarchische Warenaustausch ist. Man muß dieses Wesen des Kampfes klar begreifen und darauf hinwirken, daß die breitesten Arbeiter- und Bauernmassen dieses Wesen des Kampfes klar begreifen: „Wer — wen? Wer wird die Oberhand gewinnen?" Die Diktatur des Proletariats ist der härteste, der erbittertste Kampf, bei dem das Proletariat gegen die ganze Welt kämpfen muß, denn die ganze Welt hat sich gegen uns gewandt, hat Koltschak und Denikin unterstützt.

Jetzt unterstützt die Bourgeoisie der ganzen Welt die Bourgeoisie Rußlands, wobei sie nach wie vor um ein vielfaches stärker ist als wir. Deswegen verfallen wir keineswegs in Panik, denn an militärischen Kräften hatten sie auch ein Übergewicht, das reichte jedoch nicht aus, um uns im Krieg zu zermalmen, obwohl es im Krieg, da sie über unermeßlich mehr Artillerie oder Flugzeuge verfügten, viel leichter war, uns zu zermalmen. Dazu hätte es vielleicht genügt, rechtzeitig einige Armeekorps der einen oder anderen kapitalistischen Macht, die gegen uns kämpfte, zu mobilisieren und Koltschak eine Anleihe von etlichen Millionen Goldrubel zu geben.

Doch alles half nichts, weil das Bewußtsein von ihrem Unrecht und unserem Recht auch in die Massen der englischen Soldaten eindrang, die nach Archangelsk gekommen waren, und ebenso in die Matrosenmassen, die die französische Flotte zum Abzug aus Odessa zwangen. Jetzt sind gegen uns Kräfte auf den Plan getreten, die ebenso wie früher mächtiger sind als wir. Und um hier siegen zu können, muß man sich auf den letzten Kraftquell stützen. Der letzte Kraftquell ist die Masse der Arbeiter und Bauern, ihre Bewußtheit, ihre Organisiertheit.

Entweder die organisierte proletarische Macht — und die fortgeschrittenen Arbeiter wie der nicht große Teil der fortgeschrittenen Bauern werden diese Aufgabe begreifen und eine Volksbewegung um sich zu organisieren verstehen —, und dann werden wir als Sieger hervorgehen.

Oder wir werden das nicht fertigbringen — und dann wird der Feind, der im Sinne der Technik über größere Kräfte verfügt, uns unweigerlich schlagen.

DAS LETZTE GEFECHT?

Die Diktatur des Proletariats ist ein erbitterter Krieg. Das Proletariat hat in *einem* Lande gesiegt, es bleibt aber der Schwächere im internationalen Maßstab. Es muß alle Arbeiter und Bauern um sich vereinigen in dem Bewußtsein, daß der Krieg nicht zu Ende ist. Wenn wir im Liede singen: Auf zum entscheidenden „letzten Gefecht", so ist das leider eine kleine Unwahrheit — leider ist das nicht unser entscheidendes letztes Gefecht. Entweder werden wir es verstehen, die Arbeiter und Bauern in diesem Kampf zusammenzuschweißen, oder wir werden keinen Erfolg erringen.

Einen Kampf, wie wir ihn gegenwärtig sehen, hat es in der Geschichte noch niemals gegeben, doch Bauernkriege gegen die Gutsherren hat es in der Geschichte, seit den Anfängen der Sklaverei, mehr als einmal gegeben. Solche Kriege sind des öfteren vorgekommen, aber ein Krieg der Staatsmacht gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes und gegen die vereinigte Bourgeoisie aller Länder — einen solchen Krieg hat es noch nie gegeben.

Ob es uns gelingen wird, die Kleinbauernschaft auf der Grundlage der Entwicklung ihrer Produktivkräfte zu organisieren, indem wir diese Entwicklung durch die proletarische Staatsmacht unterstützen, oder ob es den Kapitalisten gelingen wird, sie unter ihre Botmäßigkeit zu bringen — davon hängt der Ausgang des Kampfes ab. In Dutzenden von Revolutionen gab es dasselbe, aber einen solchen Krieg hat die Welt noch nie gesehen. Das Volk konnte keine Erfahrung in solchen Kriegen haben. Wir müssen diese Erfahrung selbst sammeln, und wir können uns dabei nur auf das Bewußtsein der Arbeiter und Bauern stützen. Das ist die Devise, und darin liegt die größte Schwierigkeit dieser Aufgabe.

WIR DÜRFEN NICHT AUF EINEN UNMITTELBAR KOMMUNISTISCHEN ÜBERGANG RECHNEN

Wir dürfen nicht auf einen unmittelbar kommunistischen Übergang rechnen. Es gilt, sich auf die persönliche Interessiertheit des Bauern zu stützen. Man sagt uns: „Persönliche Interessiertheit des Bauern — das be-

deutet Wiederherstellung des Privateigentums." Nein, das persönliche Eigentum an Gebrauchsgegenständen und Werkzeugen wurde von uns in bezug auf die Bauern niemals angetastet. Wir haben das Privateigentum am Grund und Boden aufgehoben, der Bauer aber betrieb seine Wirtschaft ohne Privateigentum am Grund und Boden, zum Beispiel auf Pachtland. Dieses System bestand in sehr vielen Länden. Daran ist nichts, was ökonomisch unmöglich wäre. Die Schwierigkeit besteht darin, das persönliche Interesse zu wecken. Es gilt auch, das Interesse jedes Spezialisten zu wecken mit dem Ziel, ihn an der Entwicklung der Produktion zu interessieren.

Haben wir es verstanden, das zu tun? Nein, wir haben es nicht verstanden! Wir glaubten, in einem Lande mit einem deklassierten Proletariat würden auf kommunistisches Geheiß Produktion und Verteilung zustande kommen. Wir werden das ändern müssen, weil wir sonst das Proletariat mit diesem Übergang nicht vertraut machen können. Solche Aufgaben wurden in der Geschichte noch niemals gestellt. Als wir versuchten, diese Aufgabe direkt, sozusagen durch einen Frontalangriff, zu lösen, erlitten wir einen Mißerfolg. Solche Fehler kommen in jedem Krieg vor, und sie gelten nicht als Fehler. Ist der Frontalangriff mißglückt, so greifen wir zur Umgehung, rücken mittels Belagerung und Minierarbeit vor.

DAS PRINZIP DER PERSÖNLICHEN INTERESSIERTHEIT

Und wir sagen, daß man jeden großen Zweig der Volkswirtschaft auf der persönlichen Interessiertheit aufbauen muß. Gemeinsame Beratung — aber persönliche Verantwortung. Die Unfähigkeit, diesen Grundsatz in die Tat umzusetzen, schadet uns auf Schritt und Tritt. Die ganze Neue Ökonomische Politik erfordert, daß diese Trennung mit absoluter Schärfe, mit unbedingter Exaktheit durchgeführt wird. Als das Volk zu den neuen ökonomischen Verhältnissen überging, warf es sich aufs Diskutieren, was dabei herauskommen werde und wie man das auf neue Art anstellen müsse. Ohne eine Periode allgemeinen Diskutierens durchgemacht zu haben, konnte man mit nichts beginnen, denn jahrzehnte- und jahrhundertelang hatte man dem Volk verboten, über irgend etwas seine Meinung

zu sagen, die Revolution aber konnte sich nicht anders entwickeln als durch eine Periode allgemeiner universeller Versammlungen über alle Fragen.

Das hat in vieler Hinsicht Verwirrung gestiftet. Das war so, das ist unvermeidlich, aber man muß sagen, daß das weiter gar nicht gefährlich ist. Wenn wir rechtzeitig auseinanderzuhalten lernen, was Sache des Diskutierens in Versammlungen und was Sache des Regierens ist, dann und nur dann werden wir erreichen können, daß die Sowjetrepublik auf der Höhe ist. Aber leider haben wir das noch nicht gelernt, und die meisten Kongresse verlaufen durchaus nicht in sachlicher Weise.

Mit der Anzahl unserer Kongresse übertreffen wir alle Staaten der Welt. In keiner der demokratischen Republiken werden so viele Kongresse abgehalten wie bei uns, und sie können das auch gar nicht zulassen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in einem Lande leben, das große Verluste erlitten hat und sehr verarmt ist, und wir müssen die Menschen lehren, so zu diskutieren, daß dabei, wie schon gesagt, auseinandergehalten wird, was Sache des Diskutierens in Versammlungen und was Sache des Regierens ist. Mache Versammlungen, aber regiere ohne das geringste Schwanken, regiere mit festerer Hand, als vor dir der Kapitalist regiert hat. Sonst wirst du ihn nicht besiegen. Denke daran, daß die Regierung noch strenger, noch fester sein muß als früher.

In der Roten Armee war nach monatelangen Versammlungen die Disziplin so, daß sie der Disziplin der alten Armee nicht nachstand. Es wurden strenge, harte Maßnahmen angewandt, bis zu Erschießungen einschließlich, Maßnahmen, wie sie nicht einmal die alte Regierung gekannt hatte. Die Spießbürger schrieben und jammerten: „Seht, die Bolschewiki haben Erschießungen eingeführt." Wir müssen sagen: „Ja, wir haben sie eingeführt, und wir haben das ganz bewußt getan."

Wir müssen sagen: Entweder müssen diejenigen zugrunde gehen, die uns zugrunde richten wollten und von denen wir meinen, daß sie zugrunde gehen müssen — und dann wird unsere Sowjetrepublik am Leben bleiben, oder umgekehrt, die Kapitalisten werden am Leben bleiben, und die Republik wird zugrunde gehen. In einem Lande, das verarmt ist, werden entweder diejenigen zugrunde gehen, die sich der Disziplin nicht fügen können, oder die ganze Arbeiter- und Bauernrepublik. Hier gibt es keine Wahl und kann es keine geben, ebensowenig wie es irgendwelche Senti-

mentalität geben darf. Sentimentalität ist kein geringeres Verbrechen als Selbstsucht im Kriege. Wer jetzt die Regeln der Disziplin durchbricht, der öffnet dem Feind die eigenen Reihen.

Darum sage ich, daß die Neue Ökonomische Politik auch vom Gesichtspunkt des Lernens Bedeutung hat. Sie sprechen hier davon, wie man lehren soll. Sie müssen so weit kommen zu sagen, daß es für Halbwisser keinen Platz unter uns gibt. Leben wir erst im Kommunismus, so wird das Lernen leichter sein. Heute dagegen sage ich, daß die Lehre nicht streng genug sein kann — bei Strafe des Untergangs.

WERDEN WIR ES VERSTEHEN, FÜR UNS SELBST ZU ARBEITEN?

Es hat bei uns Desertion in der Armee gegeben, ebenso auch an der Front der Arbeit: Du hast für den Kapitalisten gearbeitet, hast für den Ausbeuter gearbeitet, und es ist begreiflich, daß du schlecht gearbeitet hast, jetzt aber arbeitest du für dich selbst, für die Arbeiter- und Bauernmacht. Denke daran, daß die Frage zur Entscheidung steht, ob wir es verstehen werden, für uns selbst zu arbeiten, sonst — ich wiederhole — wird unsere Republik zugrunde gehen. Und wir sagen ebenso, wie wir in der Armee gesagt haben: Sollen alle zugrunde gehen, die uns zugrunde richten wollten, und hier werden wir die härtesten Disziplinarmaßnahmen in Anwendung bringen, dann retten wir das Land, und unsere Republik wird leben.

Das muß unsere Linie sein, und das ist (unter anderem) der Grund, warum wir die Neue Ökonomische Politik brauchen.

Lernen Sie alle wirtschaften. Neben Ihnen werden Kapitalisten sein, neben Ihnen werden auch ausländische Kapitalisten, Konzessionäre und Pächter sein, die bei Ihnen Hunderte Prozent Profit herausschinden und sich vor Ihren Augen bereichern werden. Mögen sie sich bereichern, Sie aber sollen bei ihnen wirtschaften lernen, und erst dann werden Sie die kommunistische Republik aufbauen können. Vom Standpunkt der Notwendigkeit, rasch zu lernen, ist jede Laschheit das größte Verbrechen. Und in diese Lehre, eine schwere, harte, manchmal sogar grausame Lehre, muß man gehen, da es einen anderen Ausweg nicht gibt.

Sie dürfen nicht vergessen, daß unser nach den langjährigen Prüfungen verarmtes Sowjetland nicht von einem sozialistischen Frankreich und nicht von einem sozialistischen England umgeben ist, die uns mit ihrer hochentwickelten Technik, mit ihrer hochentwickelten Industrie helfen würden. Nein! Wir müssen stets daran denken, daß ihre ganze hochentwickelte Technik, ihre ganze hochentwickelte Industrie heute den Kapitalisten gehört, die gegen uns arbeiten.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir entweder unsere Kräfte in der täglichen Arbeit aufs äußerste anspannen müssen oder daß uns der unausbleibliche Untergang droht.

Die ganze Welt entwickelt sich kraft der gegebenen Lage der Dinge schneller als wir. Die kapitalistische Welt, die sich entwickelt, richtet alle Kräfte gegen uns. So steht die Frage! Und deshalb muß man diesem Kampf besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Bei unserer Kulturlosigkeit können wir den Untergang des Kapitalismus nicht durch einen Frontalangriff herbeiführen. Bei einem anderen Kulturniveau könnte man die Aufgabe direkter lösen, und vielleicht werden andere Länder sie auch so lösen, wenn die Zeit der Errichtung kommunistischer Republiken für sie gekommen sein wird. Wir jedoch können die Frage nicht auf direktem Wege lösen.

Der Staat muß lernen, so Handel zu treiben, daß die Industrie die Bauernschaft zufriedenstellt, daß die Bauernschaft durch den Handel ihre Bedürfnisse befriedigt. Man muß die Sache so einrichten, daß jeder Werktätige seine Kräfte für die Stärkung des Arbeiter- und Bauernstaates einsetzt. Nur dann kann eine Großindustrie geschaffen werden.

Es ist notwendig, daß dieses Bewußtsein in die Massen eindringt und daß es nicht nur in die Massen eindringt, sondern sich auch fest in ihrer Praxis durchsetzt. Daraus — sage ich — ergeben sich die Aufgaben des Hauptausschusses für politisch-kulturelle Aufklärung. Nach jeder tiefgreifenden politischen Umwälzung braucht das Volk viel Zeit, um sich über diese Umwälzung klarzuwerden. Und da erhebt sich nun die Frage: Ist sich das Volk der Lehren bewußt geworden, die ihm erteilt worden sind? Zum größten Bedauern muß man diese Frage mit Nein beantworten. Wäre dem anders, so würden wir viel rascher, auf viel kürzerem Wege zur Schaffung einer Großindustrie kommen.

Nachdem die Aufgabe erfüllt war, die größte politische Umwälzung zu

vollbringen, die die Welt je gesehen hat, erhoben sich vor uns andere Aufgaben – kulturelle Aufgaben, die man als „Kleinarbeit" bezeichnen kann. Es gilt, diese politische Umwälzung zu verdauen, sie den Massen der Bevölkerung verständlich zu machen, zu erreichen, daß diese politische Umwälzung keine bloße Deklaration bleibt.

VERALTETE METHODEN

Seinerzeit waren diese Deklarationen, Erklärungen, Manifeste, Dekrete notwendig. Davon haben wir genug. Seinerzeit waren diese Dinge notwendig, um dem Volk zu zeigen, wie und was für neue, nie dagewesene Dinge wir bauen wollen. Aber geht es an, dem Volk fortgesetzt zu zeigen, was wir bauen wollen? Mitnichten! Der einfachste Arbeiter wird dann anfangen, sich über uns lustig zu machen. Er wird sagen: „Was zeigst du immerfort, wie du bauen willst, zeige lieber in der Praxis, wie du zu bauen verstehst. Wenn du es nicht kannst, dann sind wir geschiedene Leute, scher dich zum Teufel!" Und er wird recht haben.

Die Zeit, da es notwendig war, die großen Aufgaben politisch zu schildern, ist vorbei, es ist die Zeit gekommen, wo man sie praktisch durchführen muß. Wir stehen jetzt vor kulturellen Aufgaben, vor der Aufgabe, die politischen Erfahrungen auszuwerten, die in die Praxis umgesetzt werden müssen und können. Entweder Einbuße aller politischen Errungenschaften der Sowjetmacht oder ihre Untermauerung durch ein ökonomisches Fundament. Das haben wir heute nicht. Und das eben muß in Angriff genommen werden.

Hebung der Kultur – das ist eine der aktuellsten Aufgaben. Und das ist die Aufgabe des Ausschusses für politisch-kulturelle Aufklärung, wenn er wirklich der „politischen Aufklärung" dienen will entsprechend dem Namen, den er sich ausgesucht hat. Sich einen Namen zulegen ist nicht schwer, aber wie steht es mit der Erfüllung der Aufgabe? Wir wollen hoffen, daß wir nach diesem Kongreß genaue Angaben darüber erhalten werden. Eine Kommission zur Liquidierung des Analphabetentums wurde bei uns am 19. Juli 1920 gebildet. Ich habe eigens, bevor ich hierher zum Kongreß kam, das betreffende Dekret durchgelesen. Gesamtrussische Kommission zur Liquidierung des Analphabetentums ... Damit nicht genug:

Außerordentliche Kommission zur Liquidierung des Analphabetentums. Hoffen wir, daß wir nach diesem Kongreß Angaben erhalten werden, in wie vielen Gouvernements etwas auf diesem Gebiet geleistet und was geleistet worden ist, und daß wir einen genauen Bericht bekommen werden. Aber schon allein der Umstand, daß eine außerordentliche Kommission zur Liquidierung des Analphabetentums gebildet werden mußte, beweist, daß wir (wie soll ich mich milder ausdrücken?) so etwas wie Halbwilde sind, denn in einem Lande, wo die Menschen keine Halbwilden sind, würde man sich schämen, eine außerordentliche Kommission zur Liquidierung des Analphabetentums zu gründen; dort liquidiert man das Analphabetentum in den Schulen. Dort gibt es leidliche Schulen, und in ihnen wird unterrichtet. Worin? Vor allem im Lesen und Schreiben. Wenn aber diese elementare Aufgabe nicht gelöst ist, dann ist es lächerlich, von einer Neuen Ökonomischen Politik zu sprechen.

DAS GRÖSSTE WUNDER

Was soll es da schon für eine neue Politik geben? Wenn wir das Analphabetentum durch außerordentliche Maßnahmen liquidieren müssen, können wir froh sein, uns mit der alten zu halten, so gut es geht. Das ist klar. Aber noch klarer ist, daß wir sowohl auf militärischem als auch auf anderen Gebieten Wunder vollbracht haben. Das größte unter diesen Wundern, glaube ich, wäre es, wenn wir die Kommission zur Liquidierung des Analphabetentums selbst ganz und gar liquidieren könnten. Und wenn keine solchen Projekte, wie ich sie hier gehört habe, über eine Abtrennung vom Volkskommissariat für Bildungswesen auftauchen würden. Wenn dem so ist, so werden Sie, wenn Sie darüber gründlich nachdenken, mir beipflichten, daß man eine außerordentliche Kommission zur Liquidierung gewisser dummer Projekte bilden müßte.

Mehr noch: Es genügt nicht, das Analphabetentum zu liquidieren, man muß außerdem die sowjetische Wirtschaft aufbauen, und dabei wird man mit bloßer Kenntnis des Lesens und Schreibens nicht weit kommen. Wir brauchen ein unvergleichlich höheres Kulturniveau. Es ist notwendig, daß der Mensch seine Kenntnis des Lesens und Schreibens auch wirklich ausnutzt, daß er etwas zum Lesen hat, daß er Zeitungen und Propagandabroschüren

bekommt, daß diese richtig verteilt werden und ins Volk gelangen, daß sie nicht unterwegs verlorengehen, so daß sie nicht mehr als zur Hälfte gelesen und in den Kanzleien zu irgendwelchen Zwecken verwendet werden, während ins Volk möglicherweise nicht einmal ein Viertel gelangt. Man muß lernen, das Wenige, das wir haben, auszunutzen.

Aus diesem Grund muß man im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik unermüdlich den Gedanken in den Vordergrund rükken, daß die politische Aufklärung um jeden Preis eine Hebung des Kulturniveaus erfordert. Man muß erreichen, daß die Kenntnis des Lesens und Schreibens der Hebung des Kulturniveaus dient, daß der Bauer die Möglichkeit erhält, diese Kenntnis des Lesens und Schreibens zur Vervollkommnung seiner Wirtschaft und seines Staates auszunutzen.

Die Sowjetgesetze sind sehr gut, weil sie allen die Möglichkeit geben, gegen Bürokratismus und Schlendrian zu kämpfen, eine Möglichkeit, die man dem Arbeiter und dem Bauern in keinem einzigen kapitalistischen Staat einräumt. Wird aber von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht? So gut wie gar nicht! Und nicht nur der Bauer, auch ein sehr hoher Prozentsatz der Kommunisten versteht es nicht, die Sowjetgesetze zum Kampf gegen Schlendrian, Bürokratismus oder gegen eine so echt russische Erscheinung wie die Bestechlichkeit auszunutzen. Was hemmt den Kampf gegen diese Erscheinung? Unsere Gesetze? Unsere Propaganda? Im Gegenteil! Gesetze sind geschrieben worden in Hülle und Fülle! Warum also bleibt dieser Kampf ohne Erfolg? Weil er sich durch Propaganda allein nicht führen läßt, sondern nur zu Ende geführt werden kann, wenn die Volksmasse selbst mithilft. Mindestens die Hälfte unserer Kommunisten versteht nicht zu kämpfen, ganz zu schweigen von denen, die den Kampf hemmen. Allerdings, unter Ihnen sind 99 % Kommunisten, und Sie wissen, daß wir diese letztgenannten Kommunisten gegenwärtig einem Verfahren unterwerfen, mit dem sich die Kommission zur Reinigung der Partei befaßt, und es besteht die Hoffnung, daß wir an die 100000 aus unserer Partei entfernen werden. Manche sprechen von 200000, und die so sprechen, gefallen mir besser.

Ich hoffe sehr, daß wir aus unserer Partei 100000 bis 200000 Kommunisten hinauswerfen werden, die sich in die Partei eingeschlichen haben und die nicht nur nicht verstehen, gegen Schlendrian und Bestechlichkeit zu kämpfen, sondern den Kampf dagegen behindern.

DIE AUFGABEN DER FUNKTIONÄRE FÜR POLITISCH-KULTURELLE AUFKLÄRUNG

Daß wir unsere Partei von ein- oder zweihunderttausend Leuten reinigen werden, wird nützlich sein, aber das ist nur ein verschwindend geringer Bruchteil dessen, was wir tun müssen. Es ist notwendig, daß die Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung ihre ganze Arbeit auf dieses Ziel einstellen. Das Analphabetentum muß man bekämpfen, aber die Kenntnis des Lesens und Schreibens allein genügt auch nicht, sondern man braucht die Kultur, die zum Kampf gegen Schlendrian und Bestechlichkeit befähigt. Das ist ein Geschwür, das sich durch keine militärischen Siege und durch keine politischen Umgestaltungen ausheilen läßt. Der Natur der Sache nach kann man dieses Geschwür nicht durch militärische Siege und politische Umgestaltungen, sondern einzig und allein durch die Hebung des Kulturniveaus ausheilen. Und diese Aufgabe fällt den Ausschüssen für politisch-kulturelle Aufklärung zu.

Es ist notwendig, daß die Mitarbeiter dieser Ausschüsse ihre Aufgaben nicht beamtenmäßig auffassen, was gleichfalls recht häufig zu beobachten ist, so, wenn davon gesprochen wird, ob man einen Vertreter des Gouvernementsausschusses für politisch-kulturelle Aufklärung in die Gouvernements-Wirtschaftsberatung[13] aufnehmen solle. Nichts für ungut, aber man soll Sie nirgendwohin aufnehmen, Sie sollen vielmehr Ihre Aufgabe als einfache Staatsbürger erfüllen. Gehören Sie einer Institution an, so verbürokratisieren Sie, wenn Sie aber mit dem Volk zu tun haben und es politisch aufklären werden, wird Ihnen die Erfahrung sagen, daß es bei einem politisch aufgeklärten Volk keine Bestechungen geben wird; bei uns aber sind sie gang und gäbe. Man wird Sie fragen: Wie soll man es machen, daß es keine Bestechung mehr gibt, daß im Exekutivkomitee der oder der keine Schmiergelder nimmt, belehrt uns, wie das zu erreichen ist? Und wenn die Funktionäre für politisch-kulturelle Aufklärung sagen sollten: „Das gehört nicht zu unserm Ressort", „darüber hat man bei uns Broschüren und Flugblätter herausgegeben" — so wird das Volk Ihnen sagen: „Schlechte Parteimitglieder seid ihr: Es stimmt zwar, daß das nicht zu eurem Ressort gehört, dafür ist die Arbeiter- und Bauerninspektion da, aber ihr seid doch auch Parteimitglieder." Sie haben sich den Namen „Politische Aufklärung" zugelegt. Als Sie diesen Namen wählten, warnte

man Sie: Übernehmt euch nicht mit dem Namen, wählt lieber einen bescheideneren Namen. Doch Sie wollten sich den Namen „Politische Aufklärung" geben, in diesem Namen aber liegt vieles eingeschlossen. Sie haben sich doch nicht als Leute bezeichnet, die das Volk das Abc lehren, sondern haben den Namen „Politische Aufklärung" angenommen. Man kann Ihnen sagen: „Sehr gut, daß ihr das Volk im Lesen, im Schreiben, in der Durchführung einer ökonomischen Kampagne unterweist, das ist alles gut und schön, aber das ist nicht politische Aufklärung, denn politische Aufklärung bedeutet, das Fazit aus allem zu ziehen."

Propaganda gegen die Barbarei und gegen solche Geschwüre wie die Bestechlichkeit treiben wir und treiben auch Sie, wie ich hoffe, aber die politische Aufklärung erschöpft sich nicht in dieser Propaganda, sie zeigt sich in praktischen Ergebnissen, sie bedeutet, das Volk zu lehren, wie das zu erreichen ist, und den anderen ein Beispiel zu geben — nicht als Mitglieder eines Exekutivkomitees, sondern als einfache Staatsbürger, die politisch geschulter sind als andere und es verstehen, über jederlei Schlamperei nicht nur zu schimpfen — das ist bei uns weit genug verbreitet —, sondern auch zu zeigen, wie dieses Übel praktisch zu überwinden ist. Das ist eine sehr schwere Kunst, die sich ohne einen allgemeinen Aufschwung der Kultur, ohne daß man die Masse der Arbeiter und Bauern auf ein höheres Kulturniveau hebt, als wir es jetzt haben, nicht meistern läßt! Und eben auf diese Aufgabe des Hauptausschusses für politisch-kulturelle Aufklärung möchte ich das Augenmerk vor allem lenken.

Ich will nun alles, was ich gesagt habe, zusammenfassen und die praktische Bilanz aller Aufgaben ziehen, vor denen die Gouvernementsausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung stehen.

DREI HAUPTFEINDE

Meiner Meinung nach gibt es drei Hauptfeinde, denen gegenwärtig ein jeder gegenübersteht, einerlei für welches Ressort er zuständig ist, und drei Aufgaben, vor denen der Funktionär für politisch-kulturelle Aufklärung steht, wenn er Kommunist ist, und das sind die meisten. Die drei Hauptfeinde, denen er gegenübersteht, sind folgende: der erste Feind ist der kommunistische Hochmut, der zweite das Analphabetentum und der dritte die Bestechlichkeit.

Der erste Feind — der kommunistische Hochmut

Kommunistischer Hochmut heißt, daß ein Mensch, der der Kommunistischen Partei angehört und aus ihr noch nicht hinausgereinigt worden ist, sich einbildet, alle seine Aufgaben durch kommunistisches Dekretieren erledigen zu können. Solange er Mitglied der regierenden Partei und dieser oder jener staatlichen Institution ist, bildet er sich aus diesem Grunde ein, daß ihm das erlaubt, über die Ergebnisse der politischen Aufklärung zu reden. Nichts dergleichen! Das ist nur kommunistischer Hochmut. Man muß lernen, politisch aufzuklären, darum geht es, wir aber haben es noch nicht gelernt, und wir haben noch keine richtige Einstellung dazu.

Der zweite Feind — das Analphabetentum

Was den zweiten Feind — das Analphabetentum — betrifft, so kann ich sagen, daß es kaum möglich ist, von politischer Aufklärung zu sprechen, solange es bei uns zulande eine solche Erscheinung wie das Analphabetentum gibt. Seine Liquidierung ist keine politische Aufgabe, das ist die Vorbedingung, um über Politik überhaupt sprechen zu können. Der Analphabet steht außerhalb der Politik, man muß ihm zuerst das Abc beibringen. Ohne das kann es keine Politik geben, ohne das gibt es nur Gerüchte, Tratsch, Märchen, Vorurteile, aber keine Politik.

Der dritte Feind — die Bestechlichkeit

Schließlich, wenn es eine Erscheinung wie die Bestechlichkeit gibt, wenn das möglich ist, so kann von Politik nicht die Rede sein. Da gibt es noch nicht einmal eine Vorstufe zur Politik, da kann man keine Politik machen, weil alle Maßnahmen in der Luft hängenbleiben und absolut keine Ergebnisse zeitigen werden. Ein Gesetz macht die Sache nur schlimmer, wenn es praktisch unter Verhältnissen zur Anwendung gelangt, wo die Bestechlichkeit eine geduldete und verbreitete Erscheinung ist. Unter solchen Verhältnissen kann man überhaupt keine Politik machen, hier fehlt die Grundvoraussetzung, um sich mit Politik befassen zu können. Um dem Volk unsere politischen Aufgaben umreißen zu können, um den Volksmassen

zeigen zu können: „Das sind die Aufgaben, die wir uns stellen müssen" (das aber müßten wir tun!), muß man begreifen, daß hier eine Hebung des Kulturniveaus der Massen erforderlich ist. Und dieses bestimmte Kulturniveau gilt es zu erreichen. Sonst sind unsere Aufgaben in der Praxis nicht zu verwirklichen.

DER UNTERSCHIED ZWISCHEN MILITÄRISCHEN UND KULTURELLEN AUFGABEN

Die kulturelle Aufgabe kann nicht so schnell gelöst werden wie die politischen und die militärischen Aufgaben. Man muß begreifen, daß die Bedingungen für den Vormarsch heute andere sind. Politisch kann man in einer Epoche der Verschärfung der Krise in einigen Wochen siegen. Im Krieg kann man in einigen Monaten siegen, aber auf dem Gebiet der Kultur ist es unmöglich, in einer solchen Frist den Sieg zu erringen, es liegt im Wesen der Sache selbst, daß es hierzu einer längeren Frist bedarf, und auf diese längere Frist muß man sich einrichten, indem man seine Arbeit gut einteilt, indem man größte Zähigkeit, Beharrlichkeit und Systematik an den Tag legt. Ohne diese Eigenschaften ist es unmöglich, die politische Aufklärung auch nur in Angriff zu nehmen. Die Ergebnisse der politischen Aufklärung aber lassen sich nur an der Verbesserung der Wirtschaft messen. Wir müssen nicht nur das Analphabetentum ausmerzen und die Bestechlichkeit ausmerzen, die sich auf dem Boden des Analphabetentums hält, sondern es ist notwendig, daß unsere Propaganda, unsere Anleitungen, unsere Broschüren vom Volk wirklich aufgenommen werden und daß sich daraus eine Besserung der Volkswirtschaft ergibt.

Das sind die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung im Zusammenhang mit unserer Neuen Ökonomischen Politik, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir auf diesem Gebiet dank unserem Kongreß größere Erfolge erzielen werden.

„II. Gesamtrussischer Kongreß der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung. Kongreßbulletin" Nr. 2, 19. Oktober 1921.

Nach dem von W. I. Lenin korrigierten Fahnenabzug des Bulletins.

VII. MOSKAUER GOUVERNEMENTS-PARTEIKONFERENZ[14]

29.—31. Oktober 1921

Veröffentlicht am 3. und 4. November 1921 in der „Prawda" Nr. 248 und 249.

Nach dem Text der „Prawda".

ÜBER DIE NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK

1

REFERAT IN DER SITZUNG AM 29. OKTOBER 1921

Genossen! Zu Beginn meines Referats über die Neue Ökonomische Politik muß ich zunächst bemerken, daß ich dieses Thema nicht so auffasse, wie es vielleicht viele der Anwesenden erwarten, oder, richtiger gesagt, ich kann nur einen kleinen Teil dieses Themas behandeln. Es wäre natürlich, wenn sich in dieser Frage das Hauptinteresse darauf richten würde, die letzten Gesetze und Verfügungen der Sowjetmacht, welche die Neue Ökonomische Politik betreffen, kennenzulernen und zu würdigen. Das Interesse für dieses Thema wäre um so berechtigter, als die Zahl dieser Verfügungen größer geworden und das Bedürfnis dringender ist, sie in feste Form zu bringen, zu ordnen und zusammenzufassen, und dieses Bedürfnis macht sich, soweit ich nach meinen Beobachtungen im Rat der Volkskommissare urteilen kann, heute bereits sehr stark bemerkbar. Nicht minder berechtigt wäre auch der Wunsch, die Tatsachen und Zahlen kennenzulernen, die bereits über die Ergebnisse der Neuen Ökonomischen Politik vorliegen. Gewiß, die Zahl solcher bestätigten und nachgeprüften Tatsachen ist noch sehr gering, sie liegen aber immerhin vor. Und zweifellos ist es absolut notwendig, diese Tatsachen zu verfolgen und zu versuchen, sie zusammenzufassen, wenn man sich mit der Neuen Ökonomischen Politik vertraut machen will. Doch weder das eine noch das andere Thema kann ich behandeln, und wenn Sie Interesse daran haben sollten, so bin ich sicher, daß Sie Referenten für diese Themen finden werden.

Mich dagegen interessiert ein anderes Thema, nämlich die Frage der Taktik oder, wenn man sich so ausdrücken darf, der revolutionären Strategie, die wir im Zusammenhang mit der Wendung in unserer Politik angewandt haben, und die Beurteilung der Bedingungen dafür, inwieweit einerseits diese Politik unserer allgemeinen Auffassung von unseren Aufgaben entspricht und inwieweit sich anderseits das gegenwärtige Wissen und das Bewußtsein der Partei der Notwendigkeit dieser Neuen Ökonomischen Politik angepaßt haben. Gerade dieser speziellen Frage möchte ich ausschließlich meine Ausführungen widmen.

Vor allem interessiert mich die Frage, in welchem Sinne man bei der Beurteilung unserer Neuen Ökonomischen Politik von einer Fehlerhaftigkeit der vorausgegangenen ökonomischen Politik sprechen kann, ob es richtig ist, sie als einen Fehler zu bezeichnen, und schließlich, wenn das richtig ist, in welchem Sinne dann eine solche Einschätzung als nützlich und notwendig anerkannt werden kann.

Diese Frage ist, scheint mir, von Bedeutung, wenn man beurteilen will, inwieweit wir heute in der Partei in den grundlegendsten Fragen unserer jetzigen ökonomischen Politik miteinander übereinstimmen.

Soll sich die Aufmerksamkeit der Partei jetzt ausschließlich auf konkrete Einzelfragen dieser ökonomischen Politik richten, oder soll diese Aufmerksamkeit, wenigstens von Zeit zu Zeit, auf die Einschätzung der allgemeinen Bedingungen dieser Politik und darauf gerichtet sein, ob das Bewußtsein der Partei, das Interesse der Partei und die Aufmerksamkeit der Partei diesen allgemeinen Bedingungen entsprechen? Ich glaube, die Lage ist zur Zeit gerade so, daß unsere Neue Ökonomische Politik für weite Kreise der Partei noch nicht genügend geklärt ist und daß wir ohne eine klare Vorstellung von der Fehlerhaftigkeit der vorausgegangenen ökonomischen Politik nicht imstande wären, erfolgreich an der Schaffung der Grundlagen und an der endgültigen Festlegung der Richtung unserer Neuen Ökonomischen Politik zu arbeiten.

Um meinen Gedanken zu erläutern und die Frage zu beantworten, in welchem Sinne man meiner Ansicht nach von einer Fehlerhaftigkeit unserer vorausgegangenen ökonomischen Politik sprechen kann und muß, gestatte ich mir, zum Vergleich eine Episode aus dem Russisch-Japanischen Krieg heranzuziehen, die uns, wie mir scheint, helfen wird, eine genauere Vorstellung von dem Verhältnis der verschiedenen Systeme und Methoden

der Politik in einer Revolution, von der Art, wie sie sich bei uns vollzieht, zu gewinnen. Das Beispiel, von dem ich spreche, ist die Einnahme von Port Arthur durch den japanischen General Nogi. Das Wesentliche, was mich an diesem Beispiel interessiert, liegt darin, daß die Einnahme von Port Arthur zwei ganz verschiedene Stadien durchlaufen hat. Das erste bestand in erbitterten Sturmangriffen, die alle mit einem Mißerfolg endeten und den berühmten japanischen Heerführer ungewöhnlich große Opfer kosteten. Das zweite Stadium begann, als man zu der außerordentlich schweren, überaus schwierigen und langwierigen Belagerung der Festung nach allen Regeln der Kunst übergehen mußte, wobei nach Ablauf einer gewissen Zeit die Aufgabe, die Festung einzunehmen, gerade auf diesem Wege gelöst wurde. Betrachten wir diese Tatsachen, so drängt sich natürlich die Frage auf: In welchem Sinne kann man das von dem japanischen General gegen die Festung Port Arthur zuerst angewandte Verfahren als einen Fehler ansehen? Waren die Sturmangriffe auf die Festung ein Fehler? Und wenn sie ein Fehler waren, unter welchen Bedingungen war es dann notwendig, daß die japanische Armee, um ihre Aufgabe richtig lösen zu können, von der Fehlerhaftigkeit dieses Verfahrens sprach, und in welchem Maße war es notwendig, daß sie diese Fehlerhaftigkeit erkannte?

Auf den ersten Blick scheint die Antwort auf diese Frage natürlich äußerst einfach zu sein. Wenn eine ganze Reihe von Sturmangriffen auf Port Arthur ergebnislos blieb — und das ist eine Tatsache —, wenn die Verluste, welche die Angreifer dabei erlitten, unwahrscheinlich groß waren — und das ist wiederum eine unbestreitbare Tatsache —, so ergibt sich daraus bereits ganz klar, daß die Fehlerhaftigkeit der Taktik eines direkten und unmittelbaren Sturmangriffs auf die Festung Port Arthur keines Beweises bedarf. Anderseits ist aber unschwer zu sehen, daß es bei der Lösung einer solchen Aufgabe mit sehr vielen Unbekannten schwierig ist, ohne entsprechende praktische Erfahrungen mit absoluter oder sogar nur hinreichend annähernder Genauigkeit festzustellen, welches Verfahren gegen eine feindliche Festung anzuwenden ist. Das festzustellen war unmöglich, ohne in der Praxis auszuprobieren, was für eine Kraft die Festung darstellte — wie stark ihre Befestigungen waren, wie der Zustand ihrer Garnison war u. dgl. m. Ohne das war es nicht möglich, die Frage nach der Anwendung des richtigen Verfahrens zur Einnahme der Festung zu

lösen, auch nicht für einen der besten Heerführer, zu denen General Nogi zweifellos zählte. Anderseits erforderten das Ziel und die Bedingungen einer erfolgreichen Beendigung des ganzen Krieges, daß diese Aufgabe so rasch wie nur irgend möglich gelöst wurde; gleichzeitig sprach die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich sogar sehr große Opfer, wenn sie sich als notwendig erwiesen, um die Festung im Sturm zu nehmen, dennoch mehr als bezahlt machen würden. Sie hätten die japanische Armee für Operationen auf anderen Kriegsschauplätzen frei gemacht, hätten eine der wesentlichsten Aufgaben zum Abschluß gebracht, bevor es dem Gegner, d. h. der russischen Armee, gelungen wäre, starke Kräfte auf den entlegenen Kriegsschauplatz zu werfen, sie besser vorzubereiten und vielleicht eine Lage herbeizuführen, in der sie sich der japanischen Armee um ein vielfaches überlegen erwiesen hätte.

Betrachten wir die Entwicklung der militärischen Operation im ganzen und die Bedingungen, unter denen die japanische Armee handelte, so werden wir zu dem Schluß kommen müssen, daß diese Sturmangriffe auf Port Arthur nicht nur größtes Heldentum einer Armee bedeuteten, die sich als fähig erwies, gewaltige Opfer zu bringen, sondern daß sie auch unter den damaligen Bedingungen, d. h. zu Beginn der Operationen, das einzig Mögliche bedeuteten, was notwendig und nützlich war, weil ohne Erprobung der Kräfte an der praktischen Aufgabe der Erstürmung der Festung, ohne Prüfung ihrer Widerstandskraft kein Grund vorlag, einen langwierigeren und schwereren Kampf aufzunehmen, der schon allein wegen seiner Dauer eine ganze Reihe von Gefahren anderer Art in sich barg. Vom Standpunkt der Operation als Ganzes können wir nicht umhin, auch ihren ersten Teil, der aus Sturmangriffen und Attacken bestand, als notwendigen, als nützlichen Teil anzusehen, weil die japanische Armee, ich wiederhole, ohne solche Erfahrungen keine hinreichende Kenntnis der konkreten Kampfbedingungen haben konnte. Wie war die Lage dieser Armee, als sie die Periode der Sturmangriffe auf die feindliche Festung beendete? Man hatte Tausende und aber Tausende hingeopfert und würde weitere Tausende hinopfern, die Festung aber auf diese Weise nicht nehmen — so war die Lage, als ein Teil oder die Mehrzahl zu dem Schluß zu kommen begann, daß man auf den Sturmangriff verzichten und zur Belagerung übergehen müsse. Wenn sich ein Fehler in der Taktik herausgestellt hat, so muß man mit diesem Fehler Schluß machen und alles, was

damit zusammenhängt, als Hindernis für das Handeln ansehen, das eine Änderung erheischt: Man muß den Sturmangriff einstellen und zur Belagerung übergehen, muß die Truppen neu gruppieren und das Kriegsmaterial neu einteilen, schon ganz zu schweigen von einzelnen Methoden und Aktionen. Das, was bisher war, mußte man entschlossen, eindeutig und klar als Fehler anerkennen, um nicht behindert zu sein bei der Entwicklung der neuen Strategie und Taktik, bei der Entwicklung der Operationen, die nun einen ganz anderen Verlauf nehmen mußten und die, wie wir wissen, mit einem vollen Erfolg endeten, wenn sie auch eine unvergleichlich längere Zeit beanspruchten, als angenommen worden war.

Ich glaube, dieses Beispiel ist geeignet, um klarzumachen, in welcher Lage sich unsere Revolution bei der Lösung ihrer sozialistischen Aufgaben auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus sah. Zwei Perioden zeichnen sich hier ganz deutlich ab. Einerseits die Periode ungefähr von Anfang 1918 bis zum Frühjahr 1921 und anderseits die Periode, in der wir uns seit dem Frühjahr 1921 befinden.

Wenn Sie sich die Erklärungen, offizielle wie nichtoffizielle, die unsere Partei von Ende 1917 bis Anfang 1918 abgab, ins Gedächtnis zurückrufen, so werden Sie sehen, daß wir auch damals die Vorstellung hatten, die Entwicklung der Revolution, die Entwicklung des Kampfes könne ebenso einen verhältnismäßig kurzen wie einen sehr langen und schweren Weg nehmen. Aber bei der Einschätzung der möglichen Entwicklung gingen wir größtenteils, ich erinnere mich nicht einmal an Ausnahmen, von der Annahme aus, die vielleicht nicht immer offen ausgesprochen, aber doch stillschweigend vorausgesetzt wurde — von der Annahme, daß wir unmittelbar zum sozialistischen Aufbau übergehen. Ich habe eigens noch einmal durchgelesen, was beispielsweise im März und April 1918 über die Aufgaben unserer Revolution auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus[15] geschrieben wurde, und habe mich davon überzeugt, daß eine solche Annahme bei uns tatsächlich vorhanden war.

Das war gerade die Periode, als eine so wesentliche und politisch notwendigerweise vorausgehende Aufgabe wie die Machtergreifung und die Schaffung des Sowjetsystems des Staates an Stelle des früheren bürgerlich-parlamentarischen Systems bereits gelöst war, ferner auch die Aufgabe des Ausscheidens aus dem imperialistischen Krieg, wobei dieses Ausscheiden

bekanntlich mit besonders schweren Opfern, mit dem Abschluß des unglaublich demütigenden Brester Friedens verbunden war, der fast unerträgliche Bedingungen stellte. Nach Abschluß dieses Friedens kam die vom März bis zum Sommer 1918 dauernde Periode, in der die militärischen Aufgaben gelöst zu sein schienen. Die späteren Ereignisse zeigten, daß das nicht der Fall war, daß wir im März 1918, nach Lösung der Aufgabe, aus dem imperialistischen Krieg auszuscheiden, erst dem Beginn des Bürgerkriegs entgegengingen, der seit Sommer 1918 im Zusammenhang mit dem tschechoslowakischen Aufstand immer näher rückte. Damals, im März oder April 1918, stellten wir bereits, wenn wir von unseren Aufgaben sprachen, den Methoden des schrittweisen Übergangs solche Arten des Vorgehens gegenüber wie die Kampfmethode, die vorwiegend auf die Expropriation der Expropriateure abzielte, auf das, was die ersten Revolutionsmonate, d. h. das Ende des Jahres 1917 und den Anfang des Jahres 1918, in der Hauptsache charakterisiert hatte. Und schon damals mußte man feststellen, daß unsere Arbeit auf dem Gebiet der Organisierung der Rechnungsführung und Kontrolle hinter der Arbeit und Tätigkeit zur Expropriation der Expropriateure stark zurückblieb. Das bedeutete, daß wir viel mehr expropriiert hatten, als wir zu erfassen, zu kontrollieren, zu verwalten usw. vermochten. Es bahnte sich also eine Verschiebung an von der Aufgabe der Expropriation, der Zerstörung der Macht der Ausbeuter und Expropriateure zu der Aufgabe der Organisierung der Rechnungsführung und Kontrolle, zu den sozusagen prosaischen wirtschaftlichen Aufgaben des unmittelbaren Aufbaus. Und schon damals mußten wir in einer ganzen Anzahl von Punkten den Rückzug antreten. So tauchte z. B. im März und April 1918 eine solche Frage auf wie die Entlohnung der Spezialisten nach Gehaltssätzen, die nicht sozialistischen, sondern bürgerlichen Verhältnissen entsprachen, d. h. nach Sätzen, die nicht im Verhältnis zur Schwierigkeit oder zu besonders schweren Bedingungen der Arbeit stehen, sondern im Verhältnis zu den bürgerlichen Gewohnheiten und zu den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft. Eine derartige außerordentlich hohe, nach bürgerlichem Brauch hohe, Entlohnung der Spezialisten war ursprünglich nicht vorgesehen im Plan der Sowjetmacht und widersprach sogar einer ganzen Reihe von Dekreten von Ende 1917. Aber Anfang 1918 gab es direkte Weisungen unserer Partei, daß wir in dieser Beziehung einen Schritt zurückgehen und ein gewisses „Kompromiß" (ich

gebrauche das Wort, das damals gebraucht wurde) eingehen müssen. Durch Beschluß des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees vom 29. April 1918 wurde für notwendig erklärt, diese Änderung im allgemeinen Entlohnungssystem vorzunehmen.[16]

Unsere wirtschaftliche Aufbauarbeit, die wir damals in den Vordergrund rückten, betrachteten wir unter einem einzigen Gesichtswinkel. Es wurde damals angenommen, der Übergang zum Sozialismus ließe sich unmittelbar verwirklichen, ohne eine vorhergehende Periode, welche die alte Wirtschaft an die sozialistische Wirtschaft anpassen würde. Wir nahmen an, wir seien, nachdem wir die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung ins Leben gerufen hatten, dadurch unmittelbar in ein, verglichen mit dem vorhergehenden, anderes ökonomisches System der Produktion und Verteilung eingetreten. Wir nahmen an, die beiden Systeme — das System der staatlichen Produktion und Verteilung und das System der Produktion und Verteilung auf der Grundlage des Privathandels — würden unter solchen Verhältnissen in den Kampf gegeneinander treten, daß wir die staatliche Produktion und Verteilung ausbauen werden, indem wir sie dem feindlichen System Schritt für Schritt abringen. Wir sagen, daß unsere Aufgabe jetzt nicht mehr so sehr die Expropriation der Expropriateure als vielmehr die Rechnungsführung und Kontrolle, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und Hebung der Disziplin ist. Das sagten wir im März und April 1918, aber wir stellten überhaupt nicht die Frage, in welchem Verhältnis unsere Wirtschaft zum Markt, zum Handel stehen werde. Als wir z. B. in Verbindung mit der Polemik gegen manche Genossen, die bestritten, daß der Brester Friedensschluß zulässig sei, im Frühjahr 1918 die Frage des Staatskapitalismus stellten, da wurde sie nicht so gestellt, daß wir zurückgehen zum Staatskapitalismus, sondern so, daß unsere Lage leichter und die Lösung unserer sozialistischen Aufgaben näher wäre, wenn wir in Rußland den Staatskapitalismus als herrschendes Wirtschaftssystem hätten. Auf diesen Umstand möchte ich Ihre Aufmerksamkeit besonders lenken, weil mir scheint, das ist notwendig, um zu verstehen, worin die Änderung unserer ökonomischen Politik bestand und wie man diese Änderung einzuschätzen hat.

Ich will ein Beispiel anführen, das die Bedingungen, unter denen sich unser Kampf entfaltete, konkreter, anschaulicher aufzeigen könnte. Vor kurzem bekam ich in Moskau das private Anzeigenblatt „Listok

Objawleni"[17] zu Gesicht. Nach den drei Jahren unserer vorangegangenen ökonomischen Politik machte dieses Anzeigenblatt den Eindruck von etwas ganz Ungewöhnlichem, etwas völlig Neuem und Sonderbarem. Aber vom Standpunkt der allgemeinen Methoden unserer ökonomischen Politik ist daran gar nichts Sonderbares. Man muß sich, wenn man dieses kleine, aber ziemlich charakteristische Beispiel nimmt, ins Gedächtnis zurückrufen, wie die Entwicklung des Kampfes vor sich ging und welches seine Aufgaben und Methoden in unserer Revolution überhaupt waren. Eines der ersten Dekrete Ende 1917 war das Dekret über das staatliche Anzeigenmonopol. Was bedeutete dieses Dekret? Es bedeutete, daß das Proletariat, das die Staatsmacht erobert hatte, einen möglichst allmählichen Übergang zu den neuen sozial-ökonomischen Verhältnissen beabsichtigte — nicht Vernichtung der privaten Presse, sondern ihre Unterstellung unter eine bestimmte staatliche Leitung, ihre Überführung auf das Geleise des Staatskapitalismus. Ein Dekret, welches das staatliche Anzeigenmonopol festlegte, setzte eben damit voraus, daß von Privatunternehmern herausgegebene Zeitungen als allgemeine Erscheinung bestehenblieben, daß eine ökonomische Politik bestehenblieb, die Privatanzeigen erforderlich machte, daß auch das Privateigentum bestehenblieb — daß eine ganze Reihe von Privatbetrieben weiterexistierte, die der Reklame, der Anzeigen bedurften. Das war der Sinn des Dekrets über die Monopolisierung der Privatanzeigen, und nur diesen Sinn konnte es haben. Ähnlich verhält es sich auch mit den Dekreten über das Bankwesen, um aber das Beispiel nicht zu komplizieren, werde ich darüber nicht sprechen.

Was war nun das Schicksal dieses Dekrets über die Monopolisierung der Privatanzeigen, das in den ersten Wochen des Bestehens der Sowjetmacht erlassen worden war? Sein Schicksal war, daß es bald darauf völlig hinweggefegt wurde. Ruft man sich jetzt die Entwicklung des Kampfes und die Bedingungen, unter denen er seitdem verlaufen ist, ins Gedächtnis zurück, so ist es komisch, heutzutage daran zu denken, wie naiv wir waren, daß wir Ende 1917 von der Einführung eines Staatsmonopols auf Privatanzeigen sprechen konnten. Was für Privatanzeigen konnte es denn in einer Periode des erbitterten Kampfes geben! Der Feind, d. h. die kapitalistische Welt, beantwortete dieses Dekret der Sowjetmacht mit der Fortsetzung des Kampfes und mit seiner Steigerung bis zur höchsten Intensität, bis zum Äußersten. Das Dekret setzte eine solche Stabilität der Sowjet-

macht, der proletarischen Diktatur voraus, daß es gar keine andere Wirtschaftsform geben konnte, daß die Notwendigkeit, sich ihr zu fügen, für die ganze Masse der Privatunternehmer und Einzelbesitzer derart einleuchtend war, daß sie den Kampf auf dem Schauplatz aufnehmen würden, den wir als Staatsmacht für diesen Kampf bestimmt haben. Euch bleiben — so sagten wir — die privaten Publikationen, euch bleibt der private Unternehmungsgeist, euch bleibt die zur Werbung für diese Unternehmungen notwendige Freiheit der Anzeigen, sie werden lediglich mit einer staatlichen Steuer belegt, sie werden lediglich in den Händen des Staates konzentriert, das System der Privatanzeigen an sich aber wird keineswegs zerstört, im Gegenteil, es wird euch ein gewisser Vorteil verschafft, wie er stets mit einer richtigen Konzentration des Nachrichtenwesens verknüpft ist. In Wirklichkeit kam es jedoch so, daß wir den Kampf überhaupt nicht auf diesem Schauplatz auszutragen hatten. Der Feind, d. h. die Kapitalistenklasse, beantwortete dieses Dekret der Staatsmacht mit der völligen Negierung dieser ganzen Staatsmacht. Von Anzeigen konnte gar keine Rede sein, weil alles, was an Bürgerlich-Kapitalistischem in unserer Gesellschaftsordnung geblieben war, schon damals seine sämtlichen Kräfte auf den Kampf um die Grundlagen der Macht selbst richtete. Wir, die wir den Kapitalisten vorgeschlagen hatten: „Fügt euch der staatlichen Regelung, fügt euch der Staatsmacht, und ihr werdet statt der vollständigen Zerstörung der Bedingungen, die den alten Interessen, Gewohnheiten und Anschauungen der Bevölkerung entsprechen, die allmähliche Änderung von alledem auf dem Wege der staatlichen Regelung erhalten" — wir wurden vor die Frage unserer Existenz selbst gestellt. Die Taktik, die sich die Kapitalistenklasse zu eigen machte, bestand darin, uns in einen verzweifelten und erbarmungslosen Kampf zu treiben, der uns zu einer unvergleichlich radikaleren Zerschlagung der alten Verhältnisse zwang, als wir beabsichtigt hatten.

Bei dem Dekret über die Monopolisierung der Privatanzeigen kam nichts heraus, es blieb ein Fetzen Papier, das Leben aber, das heißt der Widerstand der Kapitalistenklasse, zwang unsere Staatsmacht, den ganzen Kampf auf eine vollständig andere Ebene zu verlegen, uns nicht mit solch nichtigen, lächerlichen Bagatellen zu befassen, mit denen uns abzugeben wir Ende 1917 die Naivität hatten, sondern mit der Frage: Sein oder Nichtsein — die Sabotage der ganzen Angestelltenklasse brechen

und die Weißgardistenarmee, die von der Bourgeoisie der ganzen Welt Unterstützung erhielt, zurückschlagen.

Diese kleine Episode mit dem Dekret über die Anzeigen gibt, wie mir scheint, nützliche Fingerzeige in der Grundfrage, ob die alte Taktik fehlerhaft oder fehlerfrei war. Gewiß, wenn wir jetzt die Ereignisse aus der Perspektive der darauffolgenden geschichtlichen Entwicklung beurteilen, so können wir nicht umhin, dieses unser Dekret naiv und in einem gewissen Sinne irrig zu finden, aber zugleich war daran doch richtig, daß die Staatsmacht — das Proletariat — den Versuch machte, den Übergang zu den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen sozusagen mit der größten Anpassung an die damals bestehenden Verhältnisse, nach Möglichkeit schrittweise und ohne gewaltsame Eingriffe zu vollziehen. Der Feind dagegen, das heißt die Klasse der Bourgeoisie, setzte alle Hebel in Bewegung, um uns einen erbitterten Kampf in seiner extremsten Erscheinungsform aufzuzwingen. War das strategisch, vom Standpunkt des Feindes aus gesehen, richtig? Natürlich war das richtig, denn wie sollte die Bourgeoisie, ohne auf diesem Gebiet im unmittelbaren Zusammenstoß ihre Kräfte erprobt zu haben, plötzlich dazu kommen, sich der völlig neuen, noch nie dagewesenen proletarischen Macht zu fügen? „Verzeihung, werte Herrschaften", antwortete uns die Bourgeoisie, „wir werden mit euch durchaus nicht über Anzeigen reden, sondern darüber, ob sich vielleicht bei uns noch ein Wrangel, ein Koltschak, ein Denikin finden und ob ihnen die Hilfe der internationalen Bourgeoisie zuteil werden wird, und zwar keineswegs, um die Frage zu lösen, ob ihr eine Staatsbank haben werdet oder nicht." Darüber, über die Staatsbank, wurde bei uns Ende 1917 ebenso wie über die Anzeigen ziemlich viel zusammengeschrieben, was sich dann in ziemlichem Ausmaß nur als vollgeschriebenes Papier herausstellte.

Die Bourgeoisie antwortete uns damals mit der vom Standpunkt ihrer Interessen richtigen Strategie: „Zuerst werden wir um die Grundfrage kämpfen, ob ihr überhaupt eine Staatsmacht seid oder ob euch das nur so scheint, diese Frage aber wird natürlich nicht mehr durch Dekrete entschieden, sondern durch Krieg, durch Gewalt, und das wird wahrscheinlich ein Krieg sein, den nicht nur wir, die aus Rußland vertriebenen Kapitalisten, führen, sondern alle, die an der kapitalistischen Ordnung interessiert sind. Und wenn sich zeigt, daß die übrige Welt genügend interessiert ist, so wird die internationale Bourgeoisie uns, die russischen Kapi-

talisten, unterstützen." Die Bourgeoisie, die so auftrat, handelte vom Standpunkt der Verteidigung ihrer Interessen aus richtig. Solange für sie auch nur ein Funken Hoffnung auf die Entscheidung der Grundfrage durch das wirksamste Mittel — den Krieg — bestand, konnte, ja durfte sie nicht auf die teilweisen Zugeständnisse eingehen, die ihr die Sowjetmacht im Interesse eines mehr allmählichen Übergangs zur neuen Ordnung machen wollte. „Keinen Übergang, und zu keiner neuen Ordnung!" — so antwortete die Bourgeoisie.

Daher kam es zu der Entwicklung der Ereignisse, die wir jetzt vor Augen haben. Einerseits der Sieg des proletarischen Staates in einem Kampf von ungewöhnlicher Großartigkeit, wie sie für die ganze Periode von 1917 und 1918 unter den Verhältnissen einer ungewöhnlichen Volksbegeisterung kennzeichnend war; anderseits der Versuch einer ökonomischen Politik der Sowjetmacht, der ursprünglich auf eine Reihe von allmählichen Änderungen, auf einen behutsameren Übergang zur neuen Ordnung berechnet war, was unter anderem auch in dem von mir angeführten kleinen Beispiel zum Ausdruck kam. Statt dessen bekam sie aus dem feindlichen Lager die Antwort, daß es entschlossen sei zum erbarmungslosen Kampf, um festzustellen, ob sie, die Sowjetmacht, als Staat sich im System der internationalen ökonomischen Beziehungen behaupten könne. Diese Frage konnte nur durch den Krieg entschieden werden, der seinerseits — als Bürgerkrieg — außerordentlich erbittert war. Je schwieriger der Kampf wurde, desto weniger Raum blieb für einen behutsamen Übergang. Bei dieser Logik des Kampfes handelte die Bourgeoisie, wie ich sagte, von ihrem Standpunkt aus richtig. Was aber konnten wir sagen? „Ihr Herren Kapitalisten werdet uns nicht einschüchtern. Wir werden euch auch auf diesem Gebiet schlagen, noch einmal schlagen, nachdem ihr bereits auf dem politischen Kampffeld mitsamt eurer Konstituante geschlagen worden seid." Anders konnten wir nicht handeln. Jede andere Handlungsweise hätte die völlige Preisgabe unserer Positionen bedeutet.

Erinnern Sie sich der Bedingungen, unter denen sich unser Kampf entwickelte, und Sie werden begreifen, worin dieser scheinbar unrichtige und zufällige Wechsel bestand, warum wir, gestützt auf den allgemeinen Enthusiasmus und auf die gesicherte politische Herrschaft, die Konstituante mit Leichtigkeit auseinanderjagen konnten, warum wir zur selben Zeit eine Reihe von Maßnahmen für einen allmählichen, behutsamen Über-

gang zu ökonomischen Umgestaltungen ausprobieren mußten und warum uns schließlich die Logik des Kampfes und der Widerstand der Bourgeoisie zwangen, zu den äußersten, zu den verzweifeltsten, vor nichts haltmachenden Methoden des Bürgerkriegs überzugehen, der Rußland drei Jahre lang verheerte.

Gegen Frühjahr 1921 wurde es klar, daß wir bei dem Versuch, „im Sturmangriff", d. h. in der kürzesten, raschesten, unmittelbarsten Weise zu den sozialistischen Grundlagen der Produktion und Verteilung überzugehen, eine Niederlage erlitten hatten. Die politische Situation im Frühjahr 1921 zeigte uns, daß wir uns unvermeidlich in einer Reihe von wirtschaftlichen Fragen auf die Positionen des Staatskapitalismus zurückziehen, vom „Sturmangriff" zur „Belagerung" übergehen mußten.

Wenn dieser Übergang bei dem einen oder anderen Klagen, Geflenne, Kleinmut, Entrüstung hervorruft, so muß gesagt werden: Eine Niederlage ist nicht so gefährlich wie die Angst davor, seine Niederlage einzugestehen, die Angst, alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Der militärische Kampf ist viel einfacher als der Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus, und wir haben die Koltschak und Co. deshalb besiegt, weil wir uns nicht scheuten, unsere Niederlagen einzugestehen, uns nicht scheuten, ihre Lehren zu beherzigen, das nicht zu Ende Geführte oder schlecht Gemachte viele Male umzuändern.

Genauso muß man auf dem Gebiet des viel komplizierteren und schwierigeren Kampfes der sozialistischen Wirtschaft gegen die kapitalistische Wirtschaft verfahren. Sich nicht scheuen, Niederlagen einzugestehen. Aus der Erfahrung einer Niederlage lernen. Sorgfältiger, behutsamer, systematischer das umändern, was schlecht gemacht worden ist. Ließen wir die Meinung aufkommen, daß das Eingeständnis einer Niederlage, als Preisgabe von Positionen, Kleinmut und Schwächung der Energie im Kampf hervorruft, so müßte man sagen, daß solche Revolutionäre keinen Pfifferling wert sind.

Ich hoffe indes, den Bolschewiki, die durch die dreijährige Erfahrung des Bürgerkriegs gestählt sind, wird niemand etwas Derartiges nachsagen können, Einzelfälle ausgenommen. Unsere Stärke hat darin bestanden und wird darin bestehen, daß wir die schwersten Niederlagen völlig nüchtern beurteilen und aus der Erfahrung solcher Niederlagen lernen, was in unserer Tätigkeit geändert werden muß. Deshalb muß man frei und offen

sprechen. Das ist nicht nur vom Gesichtspunkt der theoretischen Wahrheit, sondern auch praktisch interessant und wichtig. Wir können nicht lernen, unsere Aufgaben heute mit neuen Methoden zu lösen, wenn uns die Erfahrung von gestern nicht die Augen über die Unrichtigkeit der alten Methoden geöffnet hat.

Die Aufgabe des Übergangs zur Neuen Ökonomischen Politik besteht ja darin, daß nach dem Versuch des unmittelbaren sozialistischen Aufbaus unter unerhört schweren Bedingungen, unter den Verhältnissen des Bürgerkriegs, unter Verhältnissen, in denen uns die Bourgeoisie die Formen des erbitterten Kampfes aufzwang, im Frühjahr 1921 für uns die klare Lage eintrat: nicht unmittelbarer sozialistischer Aufbau, sondern auf einer ganzen Reihe von Wirtschaftsgebieten Rückzug zum Staatskapitalismus, nicht Sturmangriff, sondern die sehr schwere, mühevolle und unangenehme Aufgabe einer langwierigen Belagerung, verbunden mit einer ganzen Reihe von Rückzügen. Eben das ist notwendig, um der Lösung der ökonomischen Frage, d. h. der Sicherung des ökonomischen Übergangs zu den Grundlagen des Sozialismus, näherzukommen.

Ich kann heute nicht auf Zahlen oder Ergebnisse oder Tatsachen eingehen, die zeigen würden, was uns diese Politik der Rückkehr zum Staatskapitalismus eingebracht hat. Ich will nur ein einziges kleines Beispiel anführen. Sie wissen, daß eines der Hauptzentren unserer Wirtschaft das Donezbecken ist. Sie wissen, daß wir dort ehemals kapitalistische Großbetriebe haben, die auf dem Niveau der kapitalistischen Betriebe Westeuropas stehen. Sie wissen ferner, daß unsere Aufgabe dort zunächst die Wiederherstellung der großen Industriebetriebe war: Mit einer geringen Zahl von Arbeitern war es für uns leichter, an den Wiederaufbau der Donezindustrie zu gehen. Was aber sehen wir dort heute, nach der politischen Wendung im Frühjahr? Wir beobachten dort das Gegenteil: eine besonders erfolgreiche Entwicklung der Produktion in den kleinen Schächten, die man an Bauern zu verpachten begonnen hat. Wir sehen, wie sich die Beziehungen des Staatskapitalismus entwickeln. Die Bauernschächte arbeiten gut, sie liefern dem Staat ungefähr 30% der von ihnen geförderten Kohle als Pacht. Die Entwicklung der Produktion im Donezbecken zeigt eine allgemeine erhebliche Verbesserung im Vergleich mit der katastrophalen Lage im Sommer dieses Jahres, und dabei spielt die Verbesserung der Produktion in den kleinen Schächten, ihre Ausbeutung auf

der Basis des Staatskapitalismus, eine nicht geringe Rolle. Ich kann mich hier nicht damit befassen, alle einschlägigen Daten zu untersuchen, immerhin aber können Sie an diesem Beispiel anschaulich gewisse praktische Ergebnisse des Wechsels in der Politik sehen. Eine Belebung des Wirtschaftslebens — das aber brauchen wir um jeden Preis —, eine Steigerung der Produktivität, was wir ebenfalls um jeden Preis brauchen — all dies haben wir durch die teilweise Rückkehr zum System des Staatskapitalismus bereits zu erreichen begonnen. Von unserer Kunst, davon, inwieweit wir diese Politik fernerhin richtig anwenden, wird es auch abhängen, wie günstig die weiteren Ergebnisse sein werden.

Ich kehre nunmehr zur Entwicklung meines Grundgedankens zurück. Dieser Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik im Frühjahr, dieser unser Rückzug zu der Art und Weise, den Mitteln und Methoden, wie sich der Staatskapitalismus betätigt — hat er sich als ausreichend erwiesen, um den Rückzug einzustellen und uns schon zum Angriff vorzubereiten? Nein, er hat sich noch als unzureichend erwiesen. Und zwar aus folgendem Grunde. Wenn wir auf den Vergleich zurückkommen, von dem ich am Anfang gesprochen habe (Sturmangriff und Belagerung im Krieg), so haben wir die Neugruppierung der Truppen, die Neuverteilung des Kriegsmaterials usw. noch nicht beendet — kurzum, wir haben die Vorbereitung zu den neuen Operationen, die jetzt, entsprechend der neuen Strategie und Taktik, anders angelegt werden müssen, noch nicht abgeschlossen. Gegenwärtig, da wir den Übergang zum Staatskapitalismus durchmachen, fragt es sich, muß man zu erreichen suchen, daß uns die Methoden, die der vorangegangenen ökonomischen Politik entsprachen, jetzt nicht hindern? Selbstverständlich — und unsere Erfahrung hat es uns gezeigt — müssen wir das erreichen. Im Frühjahr sagten wir, daß wir uns nicht scheuen werden, zum Staatskapitalismus zurückzukehren, und formulierten unsere Aufgaben dahin, daß wir eben den Warenaustausch in Ordnung bringen müssen. Eine ganze Reihe von Dekreten und Verfügungen, eine Unmenge von Artikeln, die ganze Propaganda, die ganze Gesetzgebung seit dem Frühjahr 1921 waren auf die Hebung des Warenaustausches zugeschnitten. Was war in diesem Begriff enthalten? Welches war, wenn man so sagen darf, der in diesem Begriff vorausgesetzte Aufbauplan? Es wurde vorausgesetzt, daß im ganzen Staat die Industrieerzeugnisse gegen die landwirtschaftlichen Produkte mehr oder minder

sozialistisch ausgetauscht werden und daß durch diesen Warenaustausch die Großindustrie als die einzige Grundlage der sozialistischen Organisation wiederaufgebaut wird. Was stellte sich indes heraus? Es stellte sich heraus — heute wissen Sie das alle sehr gut aus der Praxis, aber das geht auch aus unserer ganzen Presse hervor —, daß der Warenaustausch gescheitert ist, gescheitert in dem Sinne, daß er in Kauf und Verkauf einmündete. Und wir sind jetzt genötigt, das zu erkennen, wenn wir nicht den Kopf in den Sand stecken wollen, wenn wir uns nicht wie Leute gebärden wollen, die ihre Niederlage nicht sehen, wenn wir uns nicht scheuen, der Gefahr direkt ins Auge zu sehen. Wir müssen erkennen, daß sich der Rückzug als unzureichend erwiesen hat, daß wir einen zusätzlichen Rückzug antreten müssen, noch weiter zurück, indem wir vom Staatskapitalismus zur staatlichen Regelung des Kaufs und Verkaufs und des Geldumlaufs übergehen. Der Warenaustausch war ein Fehlschlag, der Privatmarkt hat sich als stärker erwiesen als wir, und statt des Warenaustausches ist gewöhnlicher Kauf und Verkauf, ist Handel zustande gekommen.

Man muß sich dem Handel anpassen, sonst wird die Flutwelle des Kaufs und Verkaufs, des Geldumlaufs über uns zusammenschlagen!

Das ist der Grund, warum wir uns in der Lage von Menschen befinden, die immer noch zum Rückzug gezwungen sind, um in der Folge schließlich zum Angriff überzugehen. Das ist der Grund, warum im gegenwärtigen Augenblick die Erkenntnis, daß die früheren Methoden der ökonomischen Politik fehlerhaft sind, sich unter uns allgemein durchsetzen muß. Wir müssen das wissen, um uns klar Rechenschaft darüber abzulegen, was jetzt der springende Punkt ist, was die Eigenart des uns bevorstehenden Übergangs ausmacht. Die außenpolitischen Aufgaben, denen wir im gegenwärtigen Augenblick gegenüberstehen, sind nicht unaufschiebbar. Auch die militärischen Aufgaben sind nicht unaufschiebbar. Wir stehen jetzt hauptsächlich vor ökonomischen Aufgaben, und wir müssen stets daran denken, daß der nächste Übergang kein unmittelbarer Übergang zum sozialistischen Aufbau sein kann.

Mit unserem (ökonomischen) Werk haben wir im Laufe dreier Jahre noch nicht fertig werden können. Bei dem Grad von Verwüstung, Armut und kultureller Rückständigkeit, wie sie bei uns zu verzeichnen waren, war es unmöglich, diese Aufgabe in so kurzer Frist zu lösen. Doch ist der Sturmangriff im allgemeinen nicht spurlos und nutzlos vorübergegangen.

Jetzt befinden wir uns in einer Lage, wo wir noch ein wenig weiter zurückgehen müssen, nicht nur zum Staatskapitalismus, sondern auch zur staatlichen Regelung des Handels und des Geldumlaufs. Nur auf diesem Wege, einem noch langwierigeren Wege, als wir angenommen hatten, können wir das Wirtschaftsleben wiederherstellen. Wiederherstellung eines richtigen Systems der wirtschaftlichen Beziehungen, Wiederherstellung der kleinbäuerlichen Wirtschaft, Wiederherstellung und Hebung der Großindustrie durch eigene Kraft. Ohne das kommen wir aus der Krise nicht heraus. Einen anderen Ausweg gibt es nicht; indessen besteht in unseren Reihen noch keine genügend klare Einsicht in die Notwendigkeit dieser ökonomischen Politik. Wenn wir beispielsweise sagen: Es ist unsere Aufgabe, daß der Staat zum Großkaufmann werde oder lerne, Großhandel zu treiben — eine kommerzielle, kaufmännische Aufgabe —, so klingt das außerordentlich seltsam und für manche Leute auch außerordentlich schrecklich. „Wenn die Kommunisten", sagen diese Leute, „sich schon so weit verstiegen haben, daß jetzt kaufmännische Aufgaben, ganz gewöhnliche, simple, vulgäre, armselige kaufmännische Aufgaben auf die Tagesordnung gesetzt werden, was kann denn da vom Kommunismus noch übrigbleiben? Muß man angesichts dessen nicht vollends verzagen und sagen: Nun ist alles verloren!" Derartige Stimmungen, glaube ich, kann man feststellen, wenn man um sich blickt, sie sind aber außerordentlich gefährlich, weil diese Stimmungen, wenn sie weite Verbreitung finden, nur dazu beitragen würden, vielen den Blick zu trüben und das nüchterne Verständnis für unsere unmittelbaren Aufgaben zu erschweren. Wollte man sich selbst, der Arbeiterklasse, der Masse verhehlen, daß wir auf ökonomischem Gebiet den im Frühjahr 1921 angetretenen Rückzug auch jetzt, im Herbst und Winter 1921/1922, noch fortsetzen, so würde das bedeuten, daß man sich zu völliger Einsichtslosigkeit verurteilt, so würde das bedeuten, daß man nicht den Mut hat, der entstandenen Lage direkt ins Auge zu sehen. Unter solchen Verhältnissen wären Arbeit und Kampf unmöglich.

Wenn eine Armee, nachdem sie sich davon überzeugt hat, daß sie außerstande ist, eine Festung im Sturm zu nehmen, erklären würde, sie wolle die alten Stellungen nicht räumen, sie werde keine neuen Stellungen beziehen, werde nicht zu neuen Methoden übergehen, um die Aufgabe zu lösen — von einer solchen Armee würde man sagen: Wer gelernt hat an-

zugreifen, aber nicht gelernt hat, sich unter bestimmten schweren Bedingungen und in Anpassung an diese Bedingungen zurückzuziehen, der wird den Krieg nicht siegreich beenden. Kriege, die mit einem ununterbrochenen siegreichen Angriff begannen und endeten, hat es in der Weltgeschichte nicht gegeben, und wenn, dann nur als Ausnahme. Das gilt schon für gewöhnliche Kriege. In einem Krieg aber, in dem das Schicksal einer ganzen Klasse entschieden wird, in dem die Frage: Sozialismus oder Kapitalismus? entschieden wird – gibt es da vernünftige Gründe anzunehmen, daß ein Volk, das zum erstenmal diese Aufgabe löst, sofort die einzig richtige, fehlerfreie Methode finden könne? Welche Gründe für eine solche Annahme gibt es? Gar keine! Die Erfahrung lehrt das Gegenteil. Unter den Aufgaben, die wir zu lösen hatten, gab es keine einzige, die nicht von uns einen nochmaligen Beschluß erfordert hätte, sie erneut in Angriff zu nehmen. Ein zweites Mal beginnen, nachdem man eine Niederlage erlitten hat, alles umstellen, sich davon überzeugen, wie man an die Lösung der Aufgabe herangehen kann, obzwar nicht an die endgültig richtige Lösung, aber zumindest eine befriedigende Lösung – so haben wir gearbeitet, so muß man auch künftig arbeiten. Gäbe es angesichts der Perspektive, die sich vor uns eröffnet, in unseren Reihen keine Einmütigkeit, so wäre dies das traurigste Anzeichen dafür, daß sich ein überaus gefährlicher Geist des Kleinmuts in der Partei eingenistet hat. Und umgekehrt, wenn wir uns nicht scheuen, selbst die bittere und harte Wahrheit unverblümt auszusprechen, dann werden wir es lernen, unweigerlich und unbedingt lernen, all und jede Schwierigkeit zu überwinden.

Wir müssen uns auf den Boden der vorhandenen kapitalistischen Verhältnisse stellen. Werden wir vor dieser Aufgabe zurückschrecken? Oder werden wir sagen, das sei keine kommunistische Aufgabe? Das hieße, den revolutionären Kampf nicht begreifen, den Charakter dieses Kampfes nicht begreifen, dieses äußerst angespannten Kampfes, der mit den schroffsten Wendungen verbunden ist, über die wir uns auf keinen Fall hinwegsetzen können.

Ich werde nun einige Ergebnisse zusammenfassen.

Zunächst will ich auf eine Frage eingehen, die viele beschäftigt. Wenn wir jetzt, im Herbst und Winter 1921, einen weiteren Rückzug durchführen, wann werden dann diese Rückzüge ein Ende haben? Diese Frage bekommen wir direkt oder indirekt nicht selten zu hören. Aber diese

Frage erinnert mich an eine ähnlich geartete Frage aus der Zeit des Brester Friedens. Als wir den Brester Frieden schlossen, wurden wir gefragt: „Wenn ihr dem deutschen Imperialismus die und die Zugeständnisse gemacht habt, wann wird dann mit den Zugeständnissen Schluß sein, und wo ist die Garantie, daß diese Zugeständnisse ein Ende haben werden? Und vergrößert ihr durch sie nicht die Gefährlichkeit der Lage?" Natürlich vergrößern wir die Gefährlichkeit unserer Lage, aber man darf die Grundgesetze jedes Krieges nicht vergessen. Das Element des Krieges ist die Gefahr. Im Krieg gibt es keinen einzigen Augenblick, in dem man nicht von Gefahren umgeben wäre. Und was ist die Diktatur des Proletariats? Das ist ein Krieg, und zwar ein Krieg, der viel erbitterter, langwieriger und hartnäckiger ist als alle Kriege, die es jemals gegeben hat. Hier droht uns Gefahr auf Schritt und Tritt.

Die Lage, die durch unsere Neue Ökonomische Politik geschaffen worden ist — Entwicklung kleiner Handelsbetriebe, Verpachtung von Staatsbetrieben usw. —, all dies bedeutet Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse, und das nicht sehen zu wollen, würde bedeuten, völlig den Kopf zu verlieren. Selbstverständlich ist die Stärkung der kapitalistischen Verhältnisse schon an und für sich eine Verschärfung der Gefahr. Können Sie mir aber irgendeinen Weg in der Revolution, irgendwelche Etappen und Methoden der Revolution aufzeigen, bei denen es keine Gefahr gäbe? Das Verschwinden der Gefahr würde das Ende des Krieges und das Aufhören der Diktatur des Proletariats bedeuten, aber davon träumt natürlich in diesem Augenblick niemand von uns. Jeder Schritt in dieser Neuen Ökonomischen Politik bedeutet eine ganze Reihe von Gefahren. Als wir im Frühjahr sagten, daß wir die Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer ersetzen, daß wir den freien Handel mit den nach Entrichtung der Naturalsteuer verbleibenden Überschüssen dekretieren, gaben wir damit dem Kapitalismus Entwicklungsfreiheit. Das nicht zu wissen, würde bedeuten, völlig das Verständnis für die grundlegenden ökonomischen Verhältnisse zu verlieren und sich der Möglichkeit zur Orientierung und zum richtigen Handeln zu berauben. Gewiß, die Kampfmethoden haben sich geändert, es haben sich auch die Gefahrenmomente geändert. Als die Frage der Sowjetmacht, der Auseinanderjagung der Konstituante zur Entscheidung stand, drohte die Gefahr von seiten der Politik. Diese Gefahr erwies sich als ganz geringfügig. Als aber die Epoche des Bürgerkriegs anbrach, der

von den Kapitalisten der ganzen Welt unterstützt wurde, trat die militärische Gefahr in Erscheinung — sie war schon bedrohlicher. Und als wir unsere ökonomische Politik änderten, wurde die Gefahr noch größer, weil die Ökonomik, die sich aus einer Unmenge wirtschaftlicher, alltäglicher Kleinigkeiten zusammensetzt, an die man sich zu gewöhnen pflegt und die man leicht übersieht, von uns besondere Aufmerksamkeit und Anspannung verlangt und mit besonderer Bestimmtheit die Notwendigkeit in den Vordergrund rückt, die richtigen Methoden zu ihrer Bewältigung zu erlernen. Wiederherstellung des Kapitalismus, Entwicklung der Bourgeoisie, Entwicklung bürgerlicher Verhältnisse aus dem Handel heraus usw. — das ist eben die Gefahr, die unserem jetzigen ökonomischen Aufbau, unserem jetzigen allmählichen Herangehen an die Lösung einer Aufgabe, die weit schwieriger ist als die vorhergehenden, eigen ist. Hier darf es nicht den kleinsten Irrtum geben.

Wir müssen begreifen, daß die gegenwärtigen konkreten Bedingungen die staatliche Regelung des Handels und des Geldumlaufs erheischen und daß wir gerade auf diesem Gebiet zeigen müssen, was wir können. Widersprüche gibt es in unserer ökonomischen Wirklichkeit mehr, als es vor der Neuen Ökonomischen Politik gegeben hat: teilweise, kleine Verbesserungen der ökonomischen Lage bei den einen Bevölkerungsschichten, bei wenigen; völliges Mißverhältnis zwischen den ökonomischen Hilfsquellen und den notwendigen Bedürfnissen bei den anderen Schichten, bei der Mehrzahl. Die Widersprüche haben sich vermehrt. Und es ist verständlich, daß wir, solange wir die Zeit des jähen Umbruchs durchmachen, aus diesen Widersprüchen nicht sofort mit einem Satz herauskommen können.

Zum Schluß möchte ich die drei Hauptthemen meines Referats hervorheben. Das erste ist die allgemeine Frage: In welchem Sinne müssen wir die Fehlerhaftigkeit der ökonomischen Politik unserer Partei in der Periode zugeben, die der Neuen Ökonomischen Politik vorausgegangen ist? Ich habe mich bemüht, an einem Kriegsbeispiel klarzumachen, daß es notwendig ist, vom Sturmangriff zur Belagerung überzugehen, daß zunächst der Sturmangriff unvermeidlich und daß es dann unumgänglich ist, sich nach dem Mißlingen des Sturmangriffs der Bedeutung neuer Kampfmethoden bewußt zu werden.

Weiter. Die erste Lehre und die erste Etappe, die sich zum Frühjahr 1921 abgezeichnet hatte, war Entwicklung des Staatskapitalismus auf

neuem Wege. Diesbezüglich haben wir einige Erfolge aufzuweisen, aber es gibt auch unglaubliche Widersprüche. Wir haben dieses Gebiet noch nicht gemeistert.

Und das dritte: Nach dem Rückzug, den wir im Frühjahr 1921 vom sozialistischen Aufbau zum Staatskapitalismus durchführen mußten, sehen wir, daß nunmehr die Regelung des Handels und des Geldumlaufs auf der Tagesordnung steht. So weit vom Kommunismus entfernt uns das Gebiet des Handels auch zu liegen scheint, stehen wir doch gerade auf diesem Gebiet vor einer Aufgabe eigener Art. Erst wenn wir diese Aufgabe gelöst haben, werden wir darangehen können, die absolut unaufschiebbaren ökonomischen Bedürfnisse zu befriedigen, und nur so können wir uns die Möglichkeit sichern, die Großindustrie auf einem zwar längeren, aber zuverlässigeren und dem jetzt für uns auch einzig möglichen Wege wiederaufzubauen.

Das ist das Wichtigste, was wir bei der Neuen Ökonomischen Politik vor Augen haben müssen. Bei der Lösung der Fragen dieser Politik müssen wir die Grundlinien der Entwicklung klar sehen, um uns in dem scheinbaren Chaos zurechtzufinden, das wir zur Zeit in den ökonomischen Verhältnissen beobachten, wo wir neben dem Umbruch des Alten die noch schwachen Keime des Neuen erblicken und nicht selten auch Methoden unserer Tätigkeit sehen, die den neuen Bedingungen nicht entsprechen. Wir müssen, nachdem wir uns die Aufgabe gestellt haben, die Produktivkräfte zu steigern und die Großindustrie als einzige Basis der sozialistischen Gesellschaft wiederaufzubauen, so handeln, daß wir an diese Aufgabe richtig herangehen und sie um jeden Preis lösen.

2

SCHLUSSWORT

Genossen! Bevor ich auf die Bemerkungen eingehe, die in den schriftlichen Anfragen gemacht wurden, möchte ich kurz den Genossen antworten, die hier gesprochen haben. In der Rede des Gen. Larin muß man, scheint mir, ein Mißverständnis klären. Entweder habe ich mich nicht genau ausgedrückt, oder er hat mich nicht richtig verstanden, als er die Frage der Regelung, von der ich sprach, mit der Frage der Regelung der Industrie verband. Das ist offensichtlich falsch. Ich habe von der Regelung des Handels und des Geldumlaufs gesprochen und sie dem Warenaustausch gegenübergestellt. Und was man noch sagen muß: Wenn wir uns zu unserer Politik, zu unseren Verfügungen, zu unserer Propaganda und Agitation so verhalten wollen, daß wir eine Verbesserung dieser Propaganda, Agitation und unserer Dekrete erreichen, dann darf man sich über die Ergebnisse der nächstliegenden Erfahrungen nicht hinwegsetzen. Stimmt es, daß wir im Frühjahr 1921 über den Warenaustausch gesprochen haben? Natürlich stimmt das, Sie alle wissen es. Stimmt es, daß sich das System des Warenaustausches als nicht der Wirklichkeit entsprechend herausgestellt hat, die uns statt des Warenaustausches den Geldumlauf, den Kauf und Verkauf für Geld brachte? Das ist ebenfalls unzweifelhaft, das zeigen die Tatsachen. Damit antworte ich auch den Gen. Stukow und Sorin, die meinten, hier würden Fehler ausgedacht. Das diene Ihnen als anschauliches Beispiel eines nicht ausgedachten, sondern unzweifelhaften Fehlers.

Die Erfahrung unserer ökonomischen Politik der letzten Periode, die im Frühjahr begann, hat gezeigt, daß im Frühjahr 1921 niemand die Richtigkeit der Neuen Ökonomischen Politik bestritten hat, die gesamte Par-

tei hat sie auf den Parteitagen, auf den Konferenzen und in der Presse völlig einmütig angenommen. Die alten Auseinandersetzungen hinterließen in diesem neuen einmütigen Beschluß nicht die geringste Spur. Dieser Beschluß ging davon aus, daß wir mit Hilfe des Warenaustausches imstande sein würden, einen unmittelbareren Übergang zum sozialistischen Aufbau zu bewerkstelligen. Jetzt sehen wir deutlich, daß hier noch ein Umweg, nämlich über den Handel, notwendig ist.

Die Genossen Stukow und Sorin beklagten sich bitterlich, daß man hier von Fehlern spreche, und meinten, man solle sich doch keine Fehler ausdenken. Wenn man sich Fehler ausdenkt, so ist das natürlich eine ganz schlechte Sache. Aber wenn man sich über praktische Fragen so hinwegsetzt wie Gen. Gonikman, so ist das völlig falsch. Er hielt eine lange Rede zu dem Thema, daß „eine historische Erscheinung nicht anders entstehen konnte, als sie entstanden ist". Das ist ganz unbestreitbar und natürlich uns allen aus dem Abc des Kommunismus, aus dem Abc des historischen Materialismus und aus dem Abc des Marxismus bekannt. Hier ein Urteil nach dieser Methode. Die Rede des Gen. Semkow — ist das eine historische Erscheinung oder nicht? Ich behaupte, daß das auch eine historische Erscheinung ist. Gerade der Umstand, daß diese historische Erscheinung nicht anders entstehen konnte, als sie entstanden ist, beweist aber, daß hier weder Fehler ausgedacht worden sind noch fälschlicherweise gewünscht oder geduldet worden wäre, daß die Parteimitglieder mutlos werden, in Verwirrung geraten und in eine gedrückte Stimmung verfallen. Die Genossen Stukow und Sorin haben stark befürchtet, daß es immerhin schädlich gewesen sei, den Fehler so oder anders, ganz oder halb, direkt oder indirekt zuzugeben, weil das Verzagtheit verbreitet und eine niedergedrückte Stimmung hervorgerufen habe. Mit meinen Beispielen wollte ich gerade zeigen, worin der Kern der Frage besteht: Ist es gegenwärtig von praktischer Bedeutung, den Fehler zuzugeben, muß man jetzt etwas ändern, nach allem, was sich ereignet hat und unvermeidlich ereignet hat? Zuerst haben wir einen Sturmangriff gemacht, und erst danach sind wir zur Belagerung übergegangen, das wissen alle, und jetzt wird die Verwirklichung unserer ökonomischen Politik behindert durch die fälschliche Anwendung von Methoden, die unter anderen Bedingungen vielleicht großartig wären, jetzt aber schädlich sind. Dieses Thema haben fast alle Genossen, die hier gesprochen haben, völlig umgangen, aber darauf und

nur darauf kommt es an. Als mein bester Bundesgenosse erwies sich hier gerade Gen. Semkow, weil er diesen Fehler anschaulich darbot. Wäre Gen. Semkow abwesend oder hätte er heute nicht gesprochen, so hätte man wirklich den Eindruck bekommen können: Hat sich dieser Lenin nicht Fehler ausgedacht? Aber Gen. Semkow sagte sehr deutlich: „Was reden Sie von staatlichem Handel! In den Gefängnissen hat man uns nicht beigebracht, Handel zu treiben." Es stimmt, Gen. Semkow, daß man uns in den Gefängnissen nicht beigebracht hat, Handel zu treiben! Aber hat man uns in den Gefängnissen beigebracht, Krieg zu führen? Hat man uns in den Gefängnissen beigebracht, zu regieren? Und die verschiedenen Volkskommissariate unter einen Hut zu bringen und ihre Tätigkeit aufeinander abzustimmen — hat man uns diese reichlich unangenehme Sache irgendwann oder irgendwo beigebracht? Nirgends hat man uns das gelehrt. Nicht gelehrt hat man uns, sondern selber studiert haben wir bestenfalls in den Gefängnissen den Marxismus, die Geschichte der revolutionären Bewegung u. a. Von diesem Standpunkt aus haben sehr viele nicht umsonst in den Gefängnissen gesessen. Wenn man uns sagt: „In den Gefängnissen hat man uns nicht beigebracht, Handel zu treiben", so zeigt sich in diesen Worten eben eine falsche Auffassung von den praktischen Aufgaben unseres heutigen Kampfes und der Tätigkeit der Partei. Und das ist gerade ein Fehler, der darin besteht, daß man Methoden, die sich für den „Sturmangriff" eignen, auf die Periode der „Belagerung" überträgt. Gen. Semkow hat einen Fehler ans Licht gebracht, der in den Reihen der Partei vorhanden ist. Diesen Fehler muß man erkennen und korrigieren.

Wenn wir imstande wären, uns auf den militärischen und politischen Enthusiasmus zu stützen, der eine unbestreitbare und gigantische geschichtliche Kraft gewesen ist und eine sehr große Rolle gespielt hat, der sich viele Jahre lang auch in der internationalen Arbeiterbewegung auswirken wird — wenn uns dieser Enthusiasmus, bei einem bestimmten Niveau der Kultur und bei einer bestimmten Unversehrtheit unserer Fabriken, geholfen hätte, zum unmittelbaren sozialistischen Aufbau überzugehen, dann würden wir uns mit so unangenehmen Dingen wie der kaufmännischen Kalkulation und der Kunst, Handel zu treiben, nicht befassen. Dann wäre das nicht notwendig. Aber jetzt müssen wir uns damit befassen. Warum? Weil wir den wirtschaftlichen Aufbau leiten und ihn leiten

müssen. Der wirtschaftliche Aufbau hat uns in eine solche Lage versetzt, daß wir nicht nur zu so unangenehmen Dingen wie der Pacht greifen müssen, sondern auch zu einer so unangenehmen Sache wie dem Handel. Es war zu erwarten, daß eine solch unangenehme Lage Niedergedrücktheit und Mutlosigkeit hervorrufen wird. Aber wer ist daran schuld? Ist nicht der schuld, bei dem diese Mutlosigkeit, diese Niedergedrücktheit zu beobachten sind? Wenn die ökonomische Wirklichkeit, in die wir kraft der Gesamtheit der Bedingungen in Wirtschaft und Politik, der internationalen wie der russischen, hineingeraten sind, so aussieht, daß nicht der Warenaustausch, sondern der Geldumlauf Tatsache geworden ist; wenn man seine Aufgabe darauf ausrichten muß, den jetzigen Handel, den jetzigen schlechten Geldumlauf zu regeln, sollen wir Kommunisten dann sagen, das ginge uns nichts an? Das wäre ein höchst schädlicher Kleinmut, eine völlig verzweifelte Stimmung und würde jederlei Arbeit unmöglich machen.

Die Verhältnisse, unter denen wir unsere Arbeit leisten, werden nicht nur von uns bestimmt: sie hängen auch vom ökonomischen Kampf und von den Wechselbeziehungen mit anderen Ländern ab. Das Gesamtbild gestaltete sich so, daß wir im Frühjahr dieses Jahres die Frage der Pacht stellten, und jetzt müssen wir sowohl die Frage des Handels als auch die Frage des Geldumlaufs stellen. Sich darüber hinwegzusetzen mit dem Einwand, daß „man uns in den Gefängnissen nicht beigebracht hat, Handel zu treiben", hieße einem unzulässigen Kleinmut unterliegen, hieße seine ökonomische Aufgabe nicht erfüllen. Es wäre viel angenehmer, wenn man den kapitalistischen Handel im Sturm nehmen könnte, und unter bestimmten Bedingungen (Unversehrtheit der Fabriken, hoher Stand der Wirtschaft und Kultur) ist der Versuch eines „Sturmangriffs", d. h. einer direkten Herstellung des Warenaustausches, keineswegs falsch. Aber jetzt besteht der Fehler eben darin, daß wir die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit eines anderen Herangehens nicht einsehen wollen. Das ist kein ausgedachter Fehler, das ist kein der Geschichte angehörender Fehler — das ist eine Lehre, wie man richtig zu verstehen hat, was man jetzt tun kann und tun muß. Kann die Partei ihre Aufgabe erfolgreich lösen, wenn sie mit der Überlegung an sie herangeht: „Man hat uns in den Gefängnissen nicht beigebracht, Handel zu treiben", wir brauchen keine kaufmännische Kalkulation? Vieles, was man uns in den Gefängnissen nicht

beigebracht hat, mußten wir nach der Revolution lernen, und wir haben es gelernt und sehr erfolgreich gelernt.

Ich meine, es ist unsere Pflicht, die kommerziellen Beziehungen und den Handel verstehen zu lernen, und wir werden anfangen, erfolgreich zu lernen, und werden vollends lernen, wenn wir ohne Umschweife über diese Aufgabe sprechen. Wir mußten so weit zurückweichen, daß die Frage des Handels zu einer praktischen Frage der Partei, zu einer Frage des wirtschaftlichen Aufbaus wurde. Wodurch wird der Übergang zu kommerziellen Grundsätzen gebieterisch verlangt? Durch die Umweltbedingungen, durch die tatsächlichen Verhältnisse. Er ist notwendig, damit die Großindustrie rasch wiederaufgebaut und rasch mit der Landwirtschaft verbunden wird, damit ein geregelter Produktenaustausch zustande kommt. In einem Land mit stärker entwickelter Industrie wird das alles viel schneller vor sich gehen; bei uns dagegen geht das auf langwierigen Umwegen vor sich, letzten Endes aber wird, was wir anstreben, erreicht werden. Gegenwärtig aber müssen wir uns an die Aufgaben halten, die der heutige und morgige Tag uns und unserer Partei stellt, die die gesamte staatliche Wirtschaft leiten muß. Jetzt darf man nicht mehr vom Warenaustausch sprechen, denn diese Waffe ist uns aus der Hand geschlagen worden. Das ist, so unangenehm es für uns auch sein mag, eine unbestreitbare Tatsache. Müssen wir deshalb sagen, daß uns nichts mehr zu tun übrigbleibt? Keineswegs. Wir müssen lernen. Wir müssen lernen, die kommerziellen Beziehungen staatlich zu regeln — eine schwierige Aufgabe, aber durchaus nicht unmöglich. Und wir werden diese Aufgabe lösen, denn wir haben Aufgaben gelöst, die für uns nicht weniger neu, notwendig und schwierig waren. Der Genossenschaftshandel ist eine schwierige Aufgabe, aber durchaus nicht unmöglich, man muß sie nur klar erkennen und ernsthaft daran arbeiten. Eben darauf läuft unsere neue Politik hinaus. Gegenwärtig ist bereits eine kleine Zahl von Betrieben auf kaufmännische Kalkulation umgestellt worden, die Bezahlung für geleistete Arbeit erfolgt dort entsprechend den freien Marktpreisen, bei den Abrechnungen ist man auf Goldbasis übergegangen. Aber die Zahl solcher wirtschaftlicher Einheiten ist verschwindend gering, in den meisten Betrieben herrscht ein Chaos, ein völliges Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Existenzbedingungen. Ein Teil der Betriebe ist von der staatlichen Versorgungsliste gestrichen, ein Teil auf halbe Ration gesetzt worden. Wo ist der Ausweg? Es gibt nur

den einen Ausweg, daß wir lernen werden, uns anpassen werden, es verstehen werden, die Aufgaben so zu lösen, wie sie gelöst werden müssen, d. h. entsprechend den gegebenen Bedingungen.

Das ist meine Antwort an die Genossen, die sich in der heutigen Aussprache geäußert haben; jetzt aber möchte ich kurz einige der schriftlichen Anfragen beantworten.

In einer Zuschrift heißt es: „Sie beziehen sich auf Port Arthur, aber können Sie sich nicht vorstellen, daß wir, die wir von der internationalen Bourgeoisie eingekreist sind, Port Arthur sein könnten?"

Ja, Genossen, ich habe bereits darauf hingewiesen, daß das Element des Krieges die Gefahr ist, daß man einen Krieg nicht beginnen darf, ohne damit zu rechnen, daß man eine Niederlage erleiden kann. Wenn wir eine Niederlage erleiden, werden wir uns natürlich in der traurigen Lage von Port Arthur befinden. In meiner ganzen Rede hatte ich das belagerte und nicht nur von unserer Armee belagerte Port Arthur des internationalen Kapitalismus im Auge. Im Innern eines jeden kapitalistischen Landes schwillt die Armee immer mehr an, die dieses Port Arthur des internationalen Kapitalismus belagert.

In einer Zuschrift wird gefragt: „Welches wird unsere Taktik am Tage nach der sozialen Revolution sein, wenn diese nach ein, zwei Jahren ausbricht?" Könnte man auf solche Fragen antworten, so wäre es sehr leicht, Revolutionen zu machen, und wir hätten sie allenthalben dutzendweise gemacht. Auf solche Fragen zu antworten ist unmöglich, weil wir nicht sagen können, was in einem halben Jahr, geschweige denn in einem oder zwei Jahren sein wird. Derartige Fragen zu stellen ist ebenso nutzlos wie der Versuch, die Frage zu entscheiden, welche der kämpfenden Seiten sich in der traurigen Lage der Festung Port Arthur befinden wird. Wir wissen nur das eine, daß die Festung des internationalen Port Arthur zu guter Letzt unweigerlich fallen wird, weil in allen Ländern die Kräfte wachsen, die dieses Port Arthur bezwingen werden. Für uns aber besteht das Grundproblem darin, wie es zu bewerkstelligen ist, daß unter den sehr schwierigen Verhältnissen, in denen wir uns jetzt befinden, die Möglichkeit erhalten bleibt, die Großindustrie wiederaufzubauen. Wir dürfen kaufmännische Kalkulation nicht scheuen, sondern müssen begreifen, daß man nur auf dieser Grundlage erträgliche Bedingungen schaffen kann, die die Arbeiter sowohl hinsichtlich des Arbeitslohns als auch hinsichtlich des Ar-

beitsquantums usw. zufriedenstellen. Nur auf dieser Grundlage kaufmännischer Kalkulation kann man die Wirtschaft aufbauen. Hinderlich sind dabei Vorurteile und Erinnerungen daran, was gestern war. Wenn wir das nicht berücksichtigen, dann werden wir die Neue Ökonomische Politik nicht richtig durchführen können.

Es werden auch solche Fragen gestellt: „Wo sind die Grenzen des Rückzugs?" In einigen Zuschriften geht die Frage in der gleichen Richtung: Wie lange können wir zurückgehen? Ich habe diese Frage vorausgesehen und in meiner ersten Rede einige Worte dazu gesagt. Diese Frage ist der Ausdruck einer gewissen Verzagtheit und Mutlosigkeit und ist durch nichts begründet. Das ist die gleiche Frage, wie wir sie während des Brester Friedensschlusses gehört haben. Diese Frage ist falsch gestellt, weil nur die weitere praktische Durchführung unserer Wendung das Material zu ihrer Beantwortung liefern kann. Wir werden so lange zurückgehen, bis wir es gelernt haben, bis wir darauf vorbereitet sind, zu einem dauerhaften Angriff überzugehen. Mehr kann man darauf nicht antworten. Ein Rückzug ist recht unangenehm, doch wenn man geschlagen wird, fragt man nicht danach, ob es angenehm oder unangenehm ist, die Truppen gehen zurück, und kein Mensch wundert sich darüber. Bei dem Gerede, bis zu welchem Zeitpunkt wir immer nur zurückgehen werden, kommt nichts Vernünftiges heraus. Wozu sollen wir uns vorher Situationen ausmalen, aus denen es keinen Ausweg gibt? Statt dessen muß man an die konkrete Arbeit gehen. Man muß die konkreten Bedingungen, die Lage aufmerksam prüfen und muß feststellen, wo man sich anklammern kann — an einem Flüßchen, einem Berg, einem Sumpf, an dieser oder jener Bahnstation, denn nur dann, wenn wir uns an etwas anklammern können, wird es möglich sein, zum Angriff überzugehen. Man darf sich nicht dem Kleinmut hingeben, man darf die Frage nicht leichter Hand mit agitatorischen Ausrufen abtun, die am rechten Ort sicher sehr wertvoll sind, in dieser Frage aber nichts als Schaden bringen können.

ÜBER DIE BEDEUTUNG DES GOLDES JETZT UND NACH DEM VOLLEN SIEG DES SOZIALISMUS

Die beste Art, den Jahrestag der großen Revolution zu feiern, ist, die Aufmerksamkeit auf ihre ungelösten Aufgaben zu konzentrieren. Die Revolution solcherart zu feiern ist besonders dann angebracht und notwendig, wenn es grundlegende Aufgaben gibt, die von der Revolution noch nicht gelöst worden sind, wenn es erforderlich ist, sich zur Lösung dieser Aufgaben etwas (vom Standpunkt des von der Revolution bisher Geleisteten) Neues zu eigen zu machen.

Neu ist für unsere Revolution gegenwärtig die Notwendigkeit, zu einer „reformistischen", schrittweisen, vorsichtig umgehenden Methode des Handelns in den Grundfragen des wirtschaftlichen Aufbaus zu greifen. Diese „Neuheit" ruft zahlreiche Fragen, Bedenken und Zweifel hervor, die sowohl theoretischer als auch praktischer Natur sind.

Die theoretische Frage lautet: Wie erklärt sich nach einer Reihe revolutionärster Handlungen der Übergang zu außerordentlich „reformistischen" Handlungen auf demselben Kampffeld und angesichts des allgemeinen siegreichen Verlaufs der Revolution im ganzen? Handelt es sich hier nicht um eine „Preisgabe der Positionen", um ein „Eingeständnis des Zusammenbruchs" oder etwas Ähnliches? Die Feinde, von den Reaktionären halbfeudaler Prägung bis zu den Menschewiki oder anderen Rittern der zweieinhalbten Internationale, behaupten natürlich, das sei der Fall. Dafür sind sie ja Feinde, daß sie bei jedem Anlaß und ohne jeden Anlaß Erklärungen solcher Art in die Welt hinausschreien. Die rührende Einheit aller Parteien — von den Feudalen bis zu den Menschewiki — in dieser Frage beweist nur ein übriges Mal, daß alle diese Parteien gegenüber der proletarischen Revolution wirklich „eine reaktionäre Masse" darstellen (wie es,

in Parenthese bemerkt, Engels in seinen Briefen an Bebel 1875 und 1884 vorausgesehen hat).[18]

Aber gewisse . . . „Bedenken" gibt es auch unter Freunden.

Wir werden die Großindustrie wiederherstellen und den unmittelbaren Produktenaustausch in Gang bringen zwischen ihr und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, bei deren Vergesellschaftung wir helfen. Zur Wiederherstellung der Großindustrie werden wir von den Bauern vermittels der Ablieferungspflicht eine bestimmte Menge von Lebensmitteln und Rohstoffen auf Kredit nehmen. Das war der Plan (oder die Methode, das System), den wir mehr als drei Jahre, bis zum Frühjahr 1921, durchführten. Das war ein revolutionäres Herangehen an die Aufgabe im Sinne einer direkten und vollständigen Zerschlagung des Alten, um es durch eine neue ökonomische Gesellschaftsstruktur zu ersetzen.

Seit dem Frühjahr 1921 sind wir dabei, an Stelle dieser Art des Herangehens, dieses Plans, dieser Methode, dieses Systems des Handelns eine ganz andere, reformistische Art zu setzen (wir haben sie noch nicht „gesetzt", sondern sind immer noch erst dabei, sie „zu setzen", und sind uns dessen noch nicht völlig bewußt geworden), nämlich: die alte ökonomische Gesellschaftsstruktur, den Handel, den Kleinbetrieb, das kleine Unternehmertum, den Kapitalismus nicht zu *zerschlagen*, sondern den Handel, das kleine Unternehmertum, den Kapitalismus zu *beleben*, wobei wir uns *lediglich nach Maßgabe* ihrer Belebung vorsichtig und allmählich ihrer bemächtigen oder die Möglichkeit erhalten, sie der staatlichen Regelung zu unterwerfen.

Eine völlig andere Art des Herangehens an die Aufgabe.

Im Vergleich zu dem früheren, revolutionären ist das ein reformistisches Herangehen (Revolution ist eine solche Umgestaltung, die das Alte in der Wurzel trifft und von Grund aus zerschlägt, nicht aber es vorsichtig, langsam und allmählich umformt, in dem Bestreben, möglichst wenig zu zerschlagen).

Es fragt sich nun: Wenn wir nach Erprobung der revolutionären Methoden eingesehen haben, daß sie ein Fehlschlag waren, und zu reformistischen Methoden übergegangen sind, beweist das nicht, daß wir die Revolution überhaupt für einen Fehler erklären? Beweist das nicht, daß man überhaupt nicht mit der Revolution beginnen durfte, sondern mit Reformen beginnen und sich auf Reformen beschränken mußte?

Eine solche Schlußfolgerung ziehen die Menschewiki und ihresgleichen. Aber diese Schlußfolgerung ist entweder ein Sophismus und eine bloße Gaunerei seitens derjenigen, die in der Politik „mit allen Hunden gehetzt" sind, oder eine Kinderei seitens derjenigen, die eine wirkliche Prüfung „nicht durchgemacht" haben. Für den wirklichen Revolutionär besteht die größte Gefahr — vielleicht sogar die einzige Gefahr — darin, daß er den Revolutionismus übertreibt, die Grenzen und Bedingungen der angebrachten und erfolgreichen Anwendung revolutionärer Methoden außer acht läßt. Wirkliche Revolutionäre brachen sich zumeist dann den Hals, wenn sie anfingen, „Revolution" mit großen Buchstaben zu schreiben, die „Revolution" zu etwas fast Göttlichem zu erheben, den Kopf zu verlieren, die Fähigkeit zu verlieren, ganz kaltblütig und nüchtern zu überlegen, abzuwägen und zu prüfen, zu welchem Zeitpunkt, unter welchen Umständen und auf welchem Tätigkeitsgebiet man es verstehen muß, revolutionär zu handeln, und zu welchem Zeitpunkt, unter welchen Umständen und auf welchem Tätigkeitsgebiet man es verstehen muß, zu reformistischem Handeln überzugehen. Wirkliche Revolutionäre werden (im Sinne nicht einer äußeren Niederlage, sondern eines inneren Zusammenbruchs ihrer Sache) nur dann zugrunde gehen — dann aber bestimmt zugrunde gehen —, wenn sie die nüchterne Überlegung verlieren und sich in den Kopf setzen, daß die „große, siegreiche, weltumspannende" Revolution unbedingt alle und jegliche Aufgaben unter allen Umständen auf allen Tätigkeitsgebieten revolutionär lösen könne und müsse.

Wer sich so etwas „in den Kopf setzt", der ist verloren, denn er hat sich in einer grundlegenden Frage eine Dummheit in den Kopf gesetzt, und während eines erbitterten Krieges (die Revolution ist der allererbittertste Krieg) ist die Niederlage die Strafe für eine Dummheit.

Woraus folgt denn, daß die „große, siegreiche, weltumspannende" Revolution nur revolutionäre Methoden anwenden kann und darf? Das folgt aus gar nichts. Ja, das ist ausgesprochen und unbedingt falsch. Daß es falsch ist, ist auf Grund rein theoretischer Leitsätze von selbst klar, wenn man den Boden des Marxismus nicht verläßt. Daß es falsch ist, wird auch durch die Erfahrung unserer Revolution bestätigt. Theoretisch: In jeder Revolution geschehn eine Menge Dummheiten, grade wie zu jeder andern Zeit, sagte Engels[19], und er sagte die Wahrheit. Man muß sich bemühen, möglichst wenig Dummheiten zu machen und die gemachten mög-

lichst schnell zu korrigieren, wobei man möglichst nüchtern beurteilen muß, welche Aufgaben — und wann — man mit revolutionären Methoden lösen kann und welche nicht. Unsere eigene Erfahrung: Der Brester Frieden war ein Musterbeispiel durchaus nicht revolutionären, sondern reformistischen oder sogar schlimmer als reformistischen Handelns, denn das war ein Zurückweichen, während reformistisches Handeln in der Regel langsam, vorsichtig, allmählich vorwärts-, nicht aber zurückführt. Die Richtigkeit unserer Taktik beim Abschluß des Brester Friedens ist heute so schlüssig bewiesen, allen so klar und so allgemein anerkannt, daß man über dieses Thema kein Wort mehr zu verlieren braucht.

Völlig zu Ende geführt ist nur die bürgerlich-demokratische Arbeit unserer Revolution. Und wir haben alles Recht, darauf stolz zu sein. Ihre proletarische oder sozialistische Arbeit läuft auf dreierlei hinaus: 1. Revolutionäres Ausscheiden aus dem imperialistischen Weltkrieg; Entlarvung und *Durchkreuzung* des Gemetzels der zwei Weltgruppen der kapitalistischen Räuber; das ist unserseits völlig zu Ende geführt worden; allseits könnte das nur die Revolution in einer Reihe der fortgeschrittenen Länder zu Ende führen. 2. Schaffung des Sowjetsystems, der Form der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Eine weltgeschichtliche Umwälzung hat stattgefunden. Die Epoche des bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus ist zu Ende. Ein neues Kapitel der Weltgeschichte hat begonnen: die Epoche der proletarischen Diktatur. Nur eine Reihe von Ländern wird das Sowjetsystem und alle sonstigen Formen der proletarischen Diktatur ausbauen und vollenden. Bei uns gibt es auf diesem Gebiet noch sehr, sehr viel Unfertiges. Es wäre unverzeihlich, das nicht zu sehen. Vollenden, umgestalten, wieder von vorn anfangen — das werden wir noch mehr als einmal tun müssen. Jede Stufe, die wir bei der Entwicklung der Produktivkräfte und der Kultur vorwärts und aufwärts kommen, muß von einer weiteren Ausgestaltung und Umgestaltung unseres Sowjetsystems begleitet sein, und wir stehen wirtschaftlich und kulturell auf einer sehr niedrigen Stufe. Umgestaltungen stehen uns noch viele bevor, und sich daran „zu stoßen", wäre der Gipfel des Unsinns (wenn nichts Schlimmeres als Unsinn). 3. Ökonomischer Aufbau der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Auf diesem Gebiet ist das Wichtigste, das Fundamentalste noch nicht zu Ende geführt. Das aber ist unsere ureigenste Sache, die ureigenste sowohl vom prinzipiellen als auch vom praktischen

Standpunkt aus, sowohl vom Standpunkt der RSFSR in der gegenwärtigen Zeit als auch vom internationalen Standpunkt aus.

Da nun das Wichtigste in seiner Grundlage nicht zu Ende geführt ist, so muß man alle Aufmerksamkeit darauf richten. Und die Schwierigkeit liegt hier in der Form des Übergangs.

„Es genügt nicht, Revolutionär und Anhänger des Sozialismus oder Kommunist überhaupt zu sein", schrieb ich im April 1918 in den „Nächsten Aufgaben der Sowjetmacht".[20] „Man muß es verstehen, in jedem Augenblick jenes besondere Kettenglied zu finden, das mit aller Kraft angepackt werden muß, um die ganze Kette zu halten und den Übergang zum nächsten Kettenglied mit fester Hand vorzubereiten, wobei die Reihenfolge der Glieder, ihre Form, ihre Verkettung, ihr Unterschied voneinander in der historischen Kette der Ereignisse nicht so einfach und nicht so simpel sind wie in einer gewöhnlichen, von einem Schmied hergestellten Kette."

Im gegebenen Augenblick ist auf dem Tätigkeitsgebiet, von dem die Rede ist, ein solches Kettenglied die Belebung des inneren *Handels* bei richtiger Regelung (Lenkung) durch den Staat. Der Handel ist jenes „Glied" in der historischen Kette der Ereignisse, in den Übergangsformen unseres sozialistischen Aufbaus der Jahre 1921 und 1922, das von uns, der proletarischen Staatsmacht, von uns, der führenden Kommunistischen Partei, *„mit aller Kraft angepackt werden muß"*. Wenn wir dieses Kettenglied *jetzt* kräftig genug „anpacken", so werden wir uns in nächster Zukunft bestimmt der *ganzen* Kette bemächtigen. Sonst aber werden wir uns der ganzen Kette nicht bemächtigen und das Fundament der sozialistischen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse nicht schaffen können.

Das scheint absonderlich. Kommunismus und Handel?! Etwas gar nicht Zusammenpassendes, Ungereimtes, weit voneinander Entferntes. Denkt man aber *ökonomisch*, so ist das eine vom anderen nicht weiter entfernt als der Kommunismus von der kleinbäuerlichen, patriarchalischen Landwirtschaft.

Wenn wir dereinst im Weltmaßstab gesiegt haben, dann werden wir, glaube ich, in den Straßen einiger der größten Städte der Welt öffentliche Bedürfnisanstalten aus Gold bauen. Das wäre die „gerechteste" und beste anschaulich-belehrende Verwendung des Goldes für die Generationen, die nicht vergessen haben, wie man des Goldes wegen zehn Millionen Men-

schen niedergemetzelt und dreißig Millionen zu Krüppeln gemacht hat in dem „großen Befreiungs"krieg 1914—1918, dem Krieg um die Entscheidung der großen Frage, welcher Frieden schlechter sei, der Brester oder der Versailler, und wie man sich desselben Goldes wegen anschickt, mit Sicherheit zwanzig Millionen Menschen niederzumetzeln und sechzig Millionen zu Krüppeln zu machen in einem Krieg so etwa um 1925 oder um 1928 herum, wenn nicht zwischen Japan und Amerika, so zwischen England und Amerika, oder so ungefähr in dieser Art.

Aber wie „gerecht", wie nützlich, wie human die besagte Verwendung des Goldes auch wäre, so sagen wir dennoch: Wir müssen noch ein bis zwei Jahrzehnte mit derselben Anspannung und mit demselben Erfolg arbeiten, wie wir 1917—1921 gearbeitet haben, und nur auf einem viel ausgedehnteren Tätigkeitsfeld, um es so weit zu bringen. Einstweilen aber muß man in der RSFSR mit dem Gold sparsam umgehen, muß es möglichst teuer verkaufen und möglichst billig dafür Waren einkaufen. Mit den Wölfen muß man heulen, in bezug darauf aber, daß alle Wölfe ausgerottet werden müssen, wie es sich in einer vernünftigen menschlichen Gesellschaft gehört, wollen wir uns an das weise russische Sprichwort halten: „Prahle nicht, bevor du die Schlacht gewonnen hast."

Der Handel ist die einzig mögliche ökonomische Verbindung zwischen den vielen Millionen kleiner Landwirte und der Großindustrie, *wenn* ... *wenn* nicht neben diesen Landwirten eine erstklassige maschinelle Großindustrie mit einem Netz elektrischer Leitungen vorhanden ist, eine Industrie, die sowohl ihrer technischen Leistungsfähigkeit als auch ihren organisatorischen „Überbauten" und Begleiterscheinungen nach fähig ist, die kleinen Landwirte mit größeren Mengen besserer Erzeugnisse rascher und billiger als früher zu versorgen. Im Weltmaßstab ist dieses „Wenn" *schon verwirklicht*, ist diese Bedingung schon gegeben, aber ein einzelnes Land, und noch dazu eines der rückständigsten kapitalistischen Länder, das den Versuch gemacht hat, die *neue* Verbindung der Industrie mit der Landwirtschaft sofort und unmittelbar zu realisieren, in die Tat umzusetzen, praktisch in Gang zu bringen, hat diese Aufgabe nicht durch einen „Sturmangriff" bewältigen können und muß sie jetzt durch eine Reihe von langsamen, allmählichen, vorsichtigen „Belagerungs"operationen bewältigen.

Den Handel zu meistern, ihm eine bestimmte Richtung zu geben, ihm gewisse Schranken zu setzen, das vermag die proletarische Staatsmacht.

Ein kleines, ganz kleines Beispiel: Im Donezbecken hat eine geringe, noch sehr geringe, aber doch unzweifelhafte wirtschaftliche Belebung eingesetzt, teils dank der Steigerung der Arbeitsproduktivität auf den großen Staatsschächten, teils aber dank der Verpachtung der kleinen Bauernschächte. Die proletarische Staatsmacht erhält somit eine geringe (vom Standpunkt fortgeschrittener Länder aus kläglich geringe, bei unserer Armut aber doch merkliche) Menge zusätzlicher Kohle zu einem Selbstkostenpreis, sagen wir, von 100 % und verkauft sie an einzelne Staatsinstitutionen zu 120 %, an einzelne Privatpersonen zu 140 %. (In Parenthese sei bemerkt, daß ich diese Zahlen ganz willkürlich nehme, erstens, weil ich die genauen Zahlen nicht kenne, und zweitens, weil ich sie, selbst wenn sie mir bekannt wären, jetzt nicht veröffentlichen würde.) Das sieht danach aus, als ob wir, wenn auch im bescheidensten Ausmaß, doch *anfangen* würden, den *Umsatz* zwischen Industrie und Landwirtschaft zu meistern, den Großhandel zu meistern, die Aufgabe zu meistern: bei der vorhandenen, kleinen, rückständigen oder bei der großen, aber geschwächten, ruinierten Industrie einhaken, auf der *gegebenen* ökonomischen Grundlage den Handel beleben, dem durchschnittlichen Mittelbauern (das aber ist die Massenfigur, der Vertreter der Masse, der Träger der Elementargewalt) die wirtschaftliche Belebung fühlbar machen und das für eine systematischere und beharrlichere, umfassendere und erfolgreichere Arbeit zur Wiederherstellung der Großindustrie ausnutzen.

Wir dürfen uns nicht vom „Gefühlssozialismus" oder von der altrussischen, halb herrschaftlichen, halb bäuerlichen, patriarchalischen Stimmung übermannen lassen, denen eine instinktive Geringschätzung des Handels eigen ist. Alle und jede ökonomische Übergangsform darf man benutzen und *muß* man, sofern das erforderlich ist, zu benutzen verstehen, um die Verbindung der Bauernschaft mit dem Proletariat zu festigen, um die Volkswirtschaft in dem ruinierten und erschöpften Land unverzüglich zu beleben, um die Industrie zu heben und um weitere, umfassendere und tiefgreifendere Maßnahmen, wie die Elektrifizierung, zu erleichtern.

Das Verhältnis von Reformen und Revolution ist nur vom Marxismus genau und richtig bestimmt worden, wobei Marx dieses Verhältnis nur von der einen Seite sehen konnte, nämlich in einer Situation, die dem ersten mehr oder minder festgegründeten, mehr oder minder dauerhaften

Sieg des Proletariats, sei es auch nur in einem Lande, vorausging. In einer solchen Situation war die Grundlage eines richtigen Verhältnisses die folgende: Reformen sind das Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats. Für die ganze kapitalistische Welt bildet dieses Verhältnis das Fundament der revolutionären Taktik des Proletariats, das Abc, das die käuflichen Führer der II. Internationale und die halb pedantischen, halb affektierten Ritter der zweieinhalbten Internationale verdrehen und verleugnen. Nach dem Sieg des Proletariats, sei es auch nur in einem Lande, tritt etwas Neues in dem Verhältnis von Reformen und Revolution ein. Prinzipiell hat sich nichts geändert, aber in der Form tritt eine Veränderung ein, die Marx persönlich nicht voraussehen konnte, der man sich jedoch nur auf dem Boden der Philosophie und Politik des Marxismus bewußt werden kann. Warum konnten wir den Brester Rückzug richtig vornehmen? Weil wir so weit vorgestoßen waren, daß wir Raum zum Rückzug hatten. Mit so schwindelerregender Schnelligkeit, *binnen wenigen Wochen*, vom 25. Oktober 1917 bis zum Brester Frieden, hatten wir den Sowjetstaat errichtet, waren wir auf revolutionärem Wege aus dem imperialistischen Krieg ausgeschieden, hatten wir die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende geführt, daß uns *sogar* die gewaltige Rückzugsbewegung (der Brester Frieden) immer noch durchaus genügend Positionen beließ, um die „Atempause" auszunutzen und gegen Koltschak, Denikin, Judenitsch, Pilsudski, Wrangel siegreich vorzurücken.

Vor dem Sieg des Proletariats sind Reformen das Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes. Nach dem Sieg sind sie (während sie im internationalen Maßstab nach wie vor ein „Nebenprodukt" bleiben) für das Land, in dem der Sieg errungen ist, außerdem eine notwendige und berechtigte Atempause in den Fällen, wo die Kräfte, nachdem sie aufs höchste angespannt worden sind, zur revolutionären Ausführung dieses oder jenes Übergangs offensichtlich nicht ausreichen. Der Sieg schafft eine solche „Kraftreserve", daß man sogar bei einem erzwungenen Rückzug durchhalten kann — durchhalten sowohl im materiellen wie im moralischen Sinne. Durchhalten im materiellen Sinne heißt ein genügendes Übergewicht an Kräften behalten, damit uns der Gegner nicht vollständig schlagen kann. Durchhalten im moralischen Sinne heißt sich nicht demoralisieren, nicht desorganisieren lassen, die Fähigkeit bewahren, die Lage nüchtern zu beurteilen, Mut und Standhaftigkeit bewahren, sich wenn-

gleich weit, so doch mit Maß zurückziehen, sich so zurückziehen, daß man den Rückzug rechtzeitig einstellen und wieder zum Angriff übergehen kann.

Wir haben uns auf den Staatskapitalismus zurückgezogen. Aber wir haben uns mit Maß zurückgezogen. Wir ziehen uns jetzt auf die staatliche Regelung des Handels zurück. Aber wir werden uns mit Maß zurückziehen. Es sind schon Anzeichen vorhanden, daß das Ende dieses Rückzugs abzusehen ist, daß in nicht allzu ferner Zukunft die Möglichkeit abzusehen ist, diesen Rückzug einzustellen. Je bewußter, je einmütiger, je vorurteilsfreier wir diesen notwendigen Rückzug durchführen, desto rascher wird man ihn einstellen können, desto sicherer, rascher und breiter wird dann unser siegreicher Vormarsch sein.

5. November 1921

„Prawda" Nr. 251, 6./7. November 1921.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda".

REDE ZUM VIERTEN JAHRESTAG DER OKTOBERREVOLUTION AUF EINER FESTVERSAMMLUNG DER ARBEITER DER PROCHOROWSCHEN MANUFAKTUR 6. NOVEMBER 1921[21]

Kurzer Zeitungsbericht

(Der ganze Saal erhebt sich. Lang anhaltender Beifall.) Blicken wir zurück auf die vergangenen vier Jahre, so sehen wir, daß außer dem russischen kein einziges Proletariat in der Welt einen vollen Sieg über die Bourgeoisie errungen hat. Wenn uns das gelungen ist, dann nur deshalb, weil die Bauern und Arbeiter wußten, daß sie für ihren eigenen Boden, für ihre eigene Macht kämpfen. Der Krieg gegen Denikin, Wrangel und Koltschak war der erste Krieg in der Geschichte, in dem die Werktätigen erfolgreich gegen ihre Unterdrücker gekämpft haben. Der zweite Grund für unseren Sieg lag darin, daß die Entente nicht genug ihr ergebener Truppen gegen Rußland aufbieten konnte, weil die Soldaten Frankreichs und die Matrosen Englands nicht ins Feld ziehen wollten, um ihre Brüder zu unterdrücken.

Die vier Jahre brachten uns die Verwirklichung eines unerhörten Wunders: das hungrige, schwache, halbzerstörte Land hat seine Feinde, die mächtigen kapitalistischen Länder, besiegt.

Wir haben uns eine noch nie dagewesene, von keinem vorausgesehene feste internationale Position erkämpft. Jetzt bleibt noch die gewaltige Aufgabe, die Volkswirtschaft in Ordnung zu bringen. Alles, was wir erreicht haben, zeigt, daß wir uns auf die wunderbarste Kraft der Welt stützen — auf die Kraft der Arbeiter und Bauern. Das gibt uns die Zuversicht, daß wir den nächsten Jahrestag im Zeichen des Sieges an der Front der Arbeit begehen werden.

„Prawda" Nr. 252, 9. November 1921.

Nach dem Text der „Prawda".

REDE ZUM VIERTEN JAHRESTAG DER OKTOBERREVOLUTION AUF EINER FESTVERSAMMLUNG VON ARBEITERN, ARBEITERINNEN, ROTARMISTEN UND JUGENDLICHEN DES MOSKAUER STADTBEZIRKS CHAMOWNIKI 7. NOVEMBER 1921

(Das Orchester spielt die „Internationale". Herzlicher Beifall.) Genossen! Ich kann Ihnen von keinem Erlebnis berichten, das für Sie ebenso lehrreich und interessant wäre wie die Erinnerungen der Genossen, die in Moskau an der Revolution teilgenommen und persönlich diesen oder jenen Kampf bestanden haben. Ich war damals nicht in Moskau, und ich werde mich daher auf eine kurze Begrüßung beschränken.

Ein Genosse, der vor mir sprach, beendete seine Rede mit einem Appell an die Arbeiter, selbst verstärkt in den Gewerkschafts- und Sowjetorganen zu arbeiten und ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, und ich möchte diesen Appell unterstützen.

Genossen, wir haben in diesen vier Jahren einen unerhörten Kampf durchgemacht. Und wenn man uns vor vier Jahren gesagt hätte, daß der ausländische Arbeiter der Weltrevolution nicht so sehr nahe ist und daß wir drei Jahre lang einen grausamen Bürgerkrieg zu führen haben, dann hätte wohl niemand geglaubt, daß wir diesen Krieg durchstehen werden. Doch obwohl wir von allen Seiten angegriffen worden sind, haben wir diesem Ansturm standgehalten, und wenn uns das gelungen ist, dann nicht deshalb, weil ein Wunder geschehen wäre (denn vernünftige Leute glauben nicht an Wunder), wir haben deshalb standgehalten, weil die Truppen, die gegen uns aufgeboten wurden, unzuverlässig waren. Und wenn die Engländer nicht Archangelsk und die französischen Matrosen nicht Odessa verlassen hätten, und wenn der ausländische Arbeiter im Soldatenrock,

der gegen uns ins Feld geschickt wurde, nicht mit der Sowjetmacht sympathisiert hätte, wären wir auch jetzt nicht vor einem Angriff gegen uns gesichert. Aber diese Möglichkeit ängstigt uns nicht, denn wir wissen, daß wir in jedem Land viele Verbündete haben. Und der Genosse, der Sie hier zu einträchtiger Arbeit aufrief, hatte recht, und ich unterstütze ihn voll und ganz, denn Sie wissen, daß die Hungersnot im schwierigsten Augenblick über uns hereingebrochen ist und daß die Kapitalisten der ganzen Welt das auszunutzen trachten, um uns in die Knechtschaft zu stürzen. Es gibt jedoch Massen von Arbeitern, die uns treu zur Seite stehen im Kampf gegen die Kapitalisten.

Man nehme zum Beispiel die Saatguthilfe für die Bauern. Sie wissen, daß die Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer ersetzt worden ist, und Sie können jetzt verfolgen, wie gut sich die Naturalsteuer und die Saatgutdarlehen auswirken.

Dieser Tage hatten wir darüber zu beraten, wie man den Bauern in den Hungergebieten helfen kann, die Felder mit Sommergetreide zu bestellen, und wir haben festgestellt, daß die Saatgutmenge, über die der Staat verfügt, bei weitem nicht ausreicht, um wenigstens so viel auszusäen wie 1921. Dafür braucht der Staat 30 Millionen Pud Korn, durch die Naturalsteuer aber werden nur 15 Millionen Pud aufgebracht, die übrigen 15 Millionen Pud müssen wir im Ausland kaufen. In der letzten Zeit sehen wir, daß die englische Bourgeoisie eine Kampagne führt, um das Handelsabkommen mit Sowjetrußland zu zerreißen, aber die Arbeiter Englands sind dagegen. Wir wissen, daß gegenwärtig mit anderen Ländern Verträge abgeschlossen werden, und wir werden die 15 Millionen Pud Getreide kaufen können, so schwer es auch sein mag.

In allen ausländischen Staaten sehen wir Industriekrisen und eine riesige Arbeitslosigkeit. Deutschland, durch den Versailler Schandvertrag niedergehalten, ist für lange Zeit aus seiner internationalen Stellung herausgerissen. Es wird durch den Versailler Frieden so sehr niedergehalten, daß es keinen Handel treiben kann. Die Alliierten haben den unerhörten Versailler Frieden abgeschlossen und gehen trotzdem selbst zugrunde.

Unsere ökonomische Lage verbessert sich von Tag zu Tag.

Meine Bitte besteht darin, dem Appell des Genossen, der vor mir sprach, zu folgen und die Arbeit innerhalb unseres Landes zu verstärken. Man muß begreifen, daß das dringend notwendig ist, denn wir arbeiten an der

Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaft, dazu aber benötigen wir unvergleichlich mehr Energie als früher, und wir sind davon überzeugt, daß wir sie aufbringen werden. (Beifall. Das Orchester spielt die „Internationale".)

Zum erstenmal veröffentlicht.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

REDE ZUM VIERTEN JAHRESTAG DER OKTOBERREVOLUTION AUF EINER FESTVERSAMMLUNG DER ARBEITER DES WERKES „ELEKTROSILA" NR. 3 (VORMALS „DYNAMO") 7. NOVEMBER 1921

Kurzer Zeitungsbericht

An Hand anschaulicher Beispiele beweist Gen. Lenin, daß die Sowjetmacht im Bewußtsein der Werktätigen mit jedem Tag mehr an Bedeutung gewinnt und sie davon überzeugt, daß sie ihrem ganzen Wesen nach die Macht der Werktätigen selbst ist.

„Der Mann mit dem Gewehr, früher im Bewußtsein der werktätigen Massen etwas Schreckliches", sagt Gen. Lenin, „ist jetzt als Vertreter der Roten Armee nicht mehr schrecklich, sondern ist ihr Verteidiger."

„Prawda" Nr. 254,
11. November 1921.

Nach dem Text der „Prawda".

VORWORT ZU DER BROSCHÜRE „ZUR FRAGE DER NEUEN ÖKONOMISCHEN POLITIK (ZWEI ALTE ARTIKEL UND EIN NOCH ÄLTERES NACHWORT)" [22]

Im Frühjahr 1919 hatte ich einmal vor Petrograder Arbeitern ein Referat zu halten. Das Referat wurde wie üblich aufgezeichnet. Es wurde wie üblich sehr schlecht aufgezeichnet, vielleicht auch gar nicht so schlecht, sondern ich habe wie üblich schlecht gesprochen. Die schlecht aufgezeichnete oder schlecht gesprochene Rede wurde wie üblich veröffentlicht.

Da ich all dies „schlecht" und all dies „wie üblich" nur zu gut kenne und zu deutlich fühle, habe ich gleich damals den Petrograder Genossen das Folgende als „Nachwort" zu meiner Rede geschickt (die, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, unter dem Titel „Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht" [23] erschienen ist):

„NACHWORT

Nachdem ich nicht wenig Mühe auf die Korrektur der Aufzeichnung meiner Rede verwandt habe, sehe ich mich gezwungen, mich mit einer dringenden Bitte an alle Genossen zu wenden, die meine Reden für die Presse aufzeichnen wollen.

Meine Bitte besteht darin, sich niemals auf stenografische oder andere Aufzeichnungen meiner Reden zu verlassen, niemals nach ihrer Aufzeichnung zu trachten, niemals die Aufzeichnungen meiner Reden zu drucken.

Statt der Aufzeichnungen meiner Reden sollte man, wenn es nötig ist, Berichte darüber drucken. Ich habe in den Zeitungen Berichte über meine Reden gesehen, die zufriedenstellend waren. Nicht ein einziges Mal aber habe ich eine einigermaßen zufriedenstellende Aufzeichnung einer meiner Reden gesehen. Woher das kommt, ob von einer übermäßigen Schnellig-

keit meiner Rede oder von ihrem falschen Aufbau oder von etwas anderem, kann ich nicht beurteilen, aber es bleibt eine Tatsache. Noch kein einziges Mal habe ich eine befriedigende Aufzeichnung einer meiner Reden, ob stenografisch oder anders, gesehen.

Besser ein guter Bericht über eine Rede als eine schlechte Aufzeichnung. Deshalb bitte ich auch darum, niemals irgendwelche Aufzeichnungen meiner Reden zu drucken. 17. IV. 1919. *N. Lenin.*"

Dieses Nachwort wurde von mir mit folgender Bemerkung nach Petrograd geschickt: „Ich bitte die Petrograder Genossen sehr darum, das Folgende als *Vorwort* oder als *Nachwort* zu meiner Rede zu drucken, sei es auch in kleinster Petitschrift. 17. IV. *Lenin.*"

Der Leser sieht, wie vorsichtig, fast untertänig ich die Petrograder Genossen bat, diese wenigen Zeilen abzudrucken, „sei es auch in kleinster Petitschrift". Wie üblich haben mich die Petrograder, Gen. Sinowjew an der Spitze — wie könnte man es recht milde ausdrücken? — „genasführt". Wie üblich lieben es die Petrograder außerordentlich, ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit um jeden Preis zu demonstrieren — bis zur Mißachtung der Bitte eines Autors, die für alle anderen Menschen, Genossen und Bürger, in allen Ländern und in allen Republiken, sogar in den sowjetischen (mit Ausnahme des unabhängigen Petrograd), verbindlich ist. Als ich mich, nachdem ich festgestellt hatte, daß die Petrograder meine Bitte nicht erfüllten, bei Gen. Sinowjew bitter beklagte, antwortete mir dieser wie üblich: „Die Sache ist passiert, jetzt ist sie nicht mehr wiedergutzumachen und überhaupt, wie konnten wir ein Nachwort drucken, in dem Sie Ihre Broschüre *verlästern.*" So kam zur ... „Unabhängigkeit" noch die List, und ich hatte endgültig das Nachsehen.

Unlängst hat sich die Geschichte mit den schlecht gesprochenen oder (vielleicht auch „und") schlecht aufgezeichneten Reden wiederholt: Das waren meine Reden auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung und auf der Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz. Durch bittere Erfahrung gewitzigt, habe ich mich diesmal entschlossen, einen weniger „untertänigen" Ton anzuschlagen. Ich habe aus meinem Archiv mein altes Vorwort vom 17. IV. 1919 hervorgeholt und gebe es als Vorwort zu meinen beiden Artikeln heraus. Die beiden genannten Reden lasse ich aus dem oben angeführten Grund nicht nachdrucken.

Möge die Wahrheit triumphieren — besser spät als nie. Und sie triumphiert in vielerlei Hinsicht: sowohl darin, daß die Petrograder für ihre übermäßige „Unabhängigkeit" und für ihre List wenigstens ein bißchen bestraft werden; als auch darin, daß das Leserpublikum endlich ganz eindeutig, anschaulich und handgreiflich erfährt, wie wenig Aufzeichnungen meiner Reden taugen; und auch darin, daß diejenigen, die sich für meine Gedankengänge über eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart auf dem Gebiet unserer „Neuen Ökonomischen Politik" interessieren, einen völlig authentischen Text dessen erhalten, was ich in Wirklichkeit sagen wollte und in Wirklichkeit gesagt habe.

N. Lenin

16. XI. 1921

Zuerst veröffentlicht 1930.

Nach dem von W. I. Lenin korrigierten Fahnenabzug.

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE VON ASERBAIDSHAN, NARIMANOW

Baku

Ich wünsche der neu eröffneten Staatsbank von Aserbaidshan, daß sie eine feste Stütze der Neuen Ökonomischen Politik in den Händen der Arbeiter und Bauern der brüderlichen Sowjetrepublik sein möge. Die Spende von 40 Millionen für die Hungernden im Wolgagebiet und in Kurdistan zeigt am besten die Bereitschaft, unter dem Banner der Roten Internationale der Werktätigen zu marschieren.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare der RSFSR
Lenin

Geschrieben zwischen dem 17. und 21. November 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht.

Nach dem von W. I. Lenin unterzeichneten Original.

EIN TALENTIERTES BÜCHLEIN

Es handelt sich um ein Buch des fast bis zur Geistesgestörtheit erbitterten Weißgardisten Arkadi Awertschenko, „Ein Dutzend Dolche in den Rücken der Revolution", Paris 1921. Interessant zu beobachten, wie der bis zur Weißglut gesteigerte Haß sowohl die besonders starken als auch die besonders schwachen Stellen dieses sehr talentiert geschriebenen Buches hervorbrachte. Dort, wo der Verfasser in seinen Erzählungen etwas behandelt, was er nicht kennt, wird es unkünstlerisch. Zum Beispiel die Schilderung Lenins und Trotzkis in ihrem häuslichen Leben. Sehr gehässig zwar, aber keine Ähnlichkeit, ehrenwerter Bürger Awertschenko! Ich versichere Ihnen, daß es bei Lenin und Trotzki überall, also auch an ihrem häuslichen Leben, vieles auszusetzen gibt. Nur, um talentiert über diese Mängel zu schreiben, muß man sie kennen. Sie aber kennen sie nicht.

Dafür behandelt ein großer Teil des Buches Dinge, die Arkadi Awertschenko ausgezeichnet kennt, durchlebt, durchdacht, empfunden hat. Und mit erstaunlichem Talent schildert er Eindrücke und Stimmungen von Vertretern des alten, reichen, vollgefressenen und überfressenen Rußlands der Gutsbesitzer und Fabrikanten. So, gerade so muß die Revolution den Vertretern der herrschenden Klassen erscheinen. Glühender Haß verleiht Awertschenkos Erzählungen zuweilen, ja größtenteils, eine erstaunliche Ausdruckskraft. Es gibt da solche geradezu hervorragenden Sachen wie z. B. „Grashalme unter dem Stiefel", über die Psyche von Kindern, die den Bürgerkrieg erlebt haben und erleben.

Bis zu wirklichem Pathos steigert sich der Verfasser jedoch nur dort, wo er vom Essen spricht. Wie die Reichen im alten Rußland zu essen, wie sie in Petrograd – nein, nicht in Petrograd, in Petersburg – für $14\frac{1}{2}$ Ru-

bel oder für 50 Rubel einen Imbiß zu nehmen pflegten usw. Der Verfasser schildert das geradezu wollüstig: das kennt er, das hat er durchlebt und empfunden, dabei wird er gewiß keinen Schnitzer machen. Seine Sachkenntnis und Aufrichtigkeit sind außergewöhnlich.

In der letzten Erzählung, „Scherben einer zertrümmerten Welt", schildert er einen früheren Senator auf der Krim, in Sewastopol — „er war reich, freigebig, hatte Beziehungen" —, der „jetzt in einem Munitionslager im Tagelohn Granaten auslädt und sortiert", und den früheren Direktor eines „riesigen Metallbetriebes, der als führend auf der Wiborger Seite galt. Jetzt ist er Angestellter eines Kommissionsgeschäftes und hat in letzter Zeit sogar eine gewisse Erfahrung beim Taxieren von getragenen Damenmorgenröcken und von Plüsch-Teddybären erlangt, die in Kommission gegeben werden."

Die beiden Alten denken zurück an das Vergangene, an die Sonnenuntergänge in Petersburg, an seine Straßen, Theater, natürlich an das Essen im „Medwed", im „Wena" und im „Maly Jaroslawez" usw. Und die Erinnerungen werden von Ausrufen unterbrochen: „Was haben wir ihnen getan? Wem waren wir im Wege?" ... „Was hat sie das alles nur gestört?" ... „Warum tun sie Rußland das an?" ...

Arkadi Awertschenko kann nicht begreifen, warum. Die Arbeiter und Bauern verstehen es offenbar ohne Schwierigkeit und brauchen keine Erklärungen.

Einige Erzählungen sind meines Erachtens wert, nachgedruckt zu werden. Ein Talent soll man fördern.

„Prawda" Nr. 263,
22. November 1921.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda".

ENTWURF EINES VORSCHLAGS ÜBER DIE BILDUNG EINER FÖDERATION DER TRANSKAUKASISCHEN REPUBLIKEN[24]

28. XI.

1. Die Föderation der transkaukasischen Republiken ist prinzipiell als absolut richtige und unbedingt zu verwirklichende Maßnahme anzuerkennen; was jedoch die unverzügliche praktische Verwirklichung betrifft, so ist sie als verfrüht zu betrachten, d. h., sie erfordert eine gewisse Zeitspanne, damit sie beraten, propagiert und von unten über die Sowjets durchgeführt werden kann;

2. den Zentralkomitees Georgiens, Armeniens und Aserbaidshans ist (über das Kaukasische Büro) zu empfehlen, die Frage der Föderation von der Partei und den *Arbeiter- und Bauernmassen* in breitestem Umfang beraten zu lassen, energisch **für** die Föderation Propaganda zu machen und die Föderation durch die Sowjetkongresse jeder einzelnen Republik *beschließen zu lassen*; im Falle einer starken Opposition ist dem Politbüro des ZK der KPR genau und rechtzeitig Bericht zu erstatten.

Lenin

Zuerst teilweise veröffentlicht 1923 in dem Buch „Der zwölfte Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Stenografischer Bericht", Moskau, Verlag „Krasnaja Now" (Rotes Neuland).

Vollständig nach dem Manuskript.

REDE AUF DEM I. LANDWIRTSCHAFTSKONGRESS DES MOSKAUER GOUVERNEMENTS 29. NOVEMBER 1921[25]

Kurzer Zeitungsbericht

In seiner kurzen Begrüßungsrede im Namen des Rats der Volkskommissare hob Genosse Lenin hervor, wie außerordentlich wichtig die Arbeit dieses Kongresses und ähnlicher Kongresse in den anderen Gouvernements ist.

„Sie alle wissen", sagte Gen. Lenin, „daß die grundlegende Frage, die jetzt durch alle Zeitumstände in den Vordergrund gerückt wird, die erstrangige Frage sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik unserer Republik, die Hebung unserer Wirtschaft überhaupt und die Hebung der Landwirtschaft in erster Linie ist. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß sich jetzt, nach den vergangenen schweren Jahren des imperialistischen Krieges und sodann des siegreichen Bürgerkriegs, in der Bauernschaft eine tiefgreifende Umwandlung vollzieht. Die Erkenntnis, daß es unmöglich ist, in alter Weise zu wirtschaften, ist zutiefst in die Bauernmassen eingedrungen. Eine ganze Reihe von Anzeichen weist darauf hin, daß das Streben nach Umgestaltung der Wirtschaft und Hebung der landwirtschaftlichen Kultur jetzt von der Bauernschaft so tief, so breit und so scharf empfunden wird wie nie zuvor, und wir müssen erreichen, daß solche Landwirtschaftskongresse wie der Ihrige möglichst oft stattfinden und daß sich die Ergebnisse der Arbeit dieser Kongresse in allernächster Zukunft praktisch auswirken. Die große Katastrophe, die in diesem Jahr über uns hereingebrochen ist – die Hungersnot in einer ganzen Reihe von Gouvernements und die Dürre, die uns allem Anschein nach, wenn nicht im kommenden Jahr, so in den nächsten Jahren, bedrohen kann, macht die Aufgabe, um jeden Preis eine ernsthafte und praktisch sofort fühlbare Verbesserung und Hebung der Landwirtschaft zu erreichen, zur Grundfrage der gesamten Volkswirtschaft. Nur dann, wenn die Verbesserungen, mit denen

bereits in großem Umfang begonnen worden ist, ausnahmslos alle Gouvernements erfassen, werden wir die Hungersnot besiegen und eine wirkliche Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaft erzielen können. Deshalb müssen derartige Kongresse wie der Ihrige in allen Gouvernements tagen und auf die Bauernmassen Einfluß nehmen. Das ist jetzt eine politische Notwendigkeit, möchte ich sogar sagen, denn alle politischen Fragen laufen, da sich unsere internationale Lage verbessert hat, auf ein und dasselbe hinaus: die Produktivität der Landwirtschaft um jeden Preis zu erhöhen. Die Erhöhung ihrer Produktivität wird auch eine Verbesserung unserer Industrie nach sich ziehen." (Die kurze Rede des Gen. Lenin auf dem Kongreß machte auf die Bauerndelegierten einen tiefen Eindruck und wurde mit stürmischem, lang anhaltendem Beifall aufgenommen.)

„Prawda" Nr. 270,
30. November 1921.

Nach dem Text der „Prawda".

ÜBER DIE THESEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI FRANKREICHS ZUR AGRARFRAGE

Zu den in Nr. 95 der „Bauernstimme" (La Voix Paysanne)[26] vom 19. XI. 1921 veröffentlichten *Thesen zur Agrarfrage*, die gezeichnet sind „Zentralkomitee (Le comité directeur) der Kommunistischen Partei Frankreichs", möchte ich folgendes bemerken:

Durchaus richtig, den Beschlüssen der Kongresse der Kommunistischen Internationale entsprechend, und sehr treffend formuliert scheinen mir die Grundgedanken dieser Thesen zu sein, nämlich: 1. die Notwendigkeit der Revolution, damit neue imperialistische Kriege vermieden werden; 2. der Zusammenbruch der pazifistischen und Wilsonschen Ideologie; 3. die unbedingte Notwendigkeit, in der Agrarfrage ein „Programm von Übergangsmaßnahmen" (un programme transitoire) zum Kommunismus aufzustellen, die auf den *freiwilligen* Übergang der Bauern zur Vergesellschaftung der Landwirtschaft zugeschnitten sind und gleichzeitig eine *sofortige* Besserung der Lage der überwiegenden Mehrheit der Landbevölkerung, der Lohnarbeiter und der Kleinbauern, herbeiführen; 4. die sofortige *Konfiskation*, d. h. die Expropriation ohne Entschädigung (sans indemnité), sowohl der brachliegenden Ländereien (les terres arables en friche) als auch der von Kolonen[27], Pächtern oder Lohnarbeitern bearbeiteten Ländereien (les terres mises en valeur par les colons, fermiers ou salariés); 5. die Übergabe dieser Ländereien an die Gesamtheit der Arbeiter, die sie jetzt bearbeiten, mit dem Ziel, daß diese Arbeiter gemäß den Bestimmungen einer neuen Agrargesetzgebung „Produktionsgenossenschaften" (coopératives de production) bilden; 6. die unbedingte Gewährleistung des Rechtes derjenigen „Kleineigentümer, die ihr Land selbst bearbeiten" (les petits propriétaires exploitant eux-mêmes), auf dauernde

(und erbliche) Nutzung ihrer Ländereien; 7. die Notwendigkeit, „Kontinuität und Steigerung der Produktion" („continuité et augmentation de la production") in der Landwirtschaft zu sichern; 8. die Notwendigkeit einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die systematisch die „kommunistische Erziehung der Bauernschaft" („éducation communiste de la classe paysanne") verfolgen.

Da ich mit diesen Grundgedanken der Thesen völlig einverstanden bin, kann ich nur die folgenden einzelnen Bemerkungen zu diesen Thesen insgesamt machen:

1. Der erste Teil der Thesen ist der Frage „Krieg oder Revolution" gewidmet. Hier heißt es unter anderem, und mit vollem Recht, daß „die letzten Ereignisse die pazifistische und Wilsonsche Ideologie getötet haben" („les événements des dernières années ont tué l'idéologie pacifiste et wilsonienne").

Um die Zerschlagung dieser pazifistischen Illusionen zu vollenden, müßte man meiner Meinung nach nicht nur vom Krieg überhaupt sprechen, sondern auch von dem speziell imperialistischen Charakter sowohl des Krieges 1914—1918 als auch des Krieges zwischen Amerika und Japan, der jetzt vorbereitet wird und an dem sich wahrscheinlich England und Frankreich beteiligen werden.

Es besteht kein Zweifel, daß einzig und allein die Revolution des Proletariats allen Kriegen überhaupt ein Ende setzen kann und zweifellos ein Ende setzen wird. Es wäre jedoch eine pazifistische Illusion zu glauben, die siegreiche Revolution des Proletariats in einem Lande, beispielsweise in Frankreich, werde sofort und mit Sicherheit all und jeden Krieg aus der Welt schaffen.

Die Erfahrungen Rußlands haben diese Illusion anschaulich widerlegt. Diese Erfahrungen haben gezeigt, daß man nur durch die Revolution aus dem imperialistischen Krieg ausscheiden konnte und daß die russischen Arbeiter und Bauern *trotz* des ihnen von den Kapitalisten aller Länder aufgezwungenen *Bürgerkriegs* unermeßlich viel durch ihre Revolution gewonnen haben. Wie sehr reaktionäre Kriege und insbesondere imperialistische Kriege (zu denen, auch von seiten Frankreichs, der Krieg 1914 bis 1918 gehört: das hat der Versailler Frieden besonders anschaulich gezeigt) verbrecherisch und verderblich sind, so sehr sind revolutionäre Kriege berechtigt und gerecht, d. h. Kriege zur Verteidigung der unter-

drückten Klassen gegen die Kapitalisten, zur Verteidigung der von den Imperialisten einer kleinen Handvoll Länder unterdrückten Völker gegen die Unterdrücker, zur Verteidigung der sozialistischen Revolution gegen ausländische Invasionen. Je klarer das die Masse der Arbeiter und Bauern Frankreichs erkennen wird, desto weniger wahrscheinlich und weniger lang dauernd werden die unausbleiblichen Versuche der französischen, englischen und anderen Kapitalisten sein, die Revolution der Arbeiter und Bauern in Frankreich durch einen Krieg niederzuwerfen. Im heutigen Europa kann nach dem Siege Sowjetrußlands über *alle* kapitalistischen Länder, die Denikin, Koltschak, Wrangel, Judenitsch und Pilsudski unterstützt haben — im heutigen Europa kann bei der maßlosen und schamlosen Erdrosselung Deutschlands durch den Versailler Frieden der Bürgerkrieg der französischen Kapitalisten gegen die siegreiche sozialistische Revolution in Frankreich nur von ziemlich kurzer Dauer sein, und er wird für die französischen Arbeiter und Bauern tausendmal leichter sein, als er für die russischen war. Doch ist es unbedingt notwendig, klar zu unterscheiden zwischen imperialistischen Kriegen, Kriegen um die Teilung der kapitalistischen Beute, Kriegen zur Erdrosselung kleiner und schwacher Nationen einerseits und revolutionären Kriegen, Kriegen zur Verteidigung gegen die konterrevolutionären Kapitalisten, zur Abschüttelung ihres Jochs anderseits.

Auf Grund der dargelegten Erwägungen würde ich es für richtig halten, an Stelle dessen, was in den Thesen zu der Frage „Krieg oder Revolution" gesagt wurde, etwa folgendes zu sagen:

Die Ereignisse der letzten Jahre haben die ganze Lüge, den ganzen Betrug der pazifistischen und Wilsonschen Ideologie entlarvt. Man muß diese Lüge endgültig zerschlagen. Der Krieg 1914—1918 war nicht nur von seiten Deutschlands, sondern auch von seiten Frankreichs ein imperialistischer, reaktionärer Raubkrieg; das hat der Versailler Frieden, der noch brutaler und niederträchtiger ist als der Frieden von Brest-Litowsk, besonders anschaulich gezeigt. In den neuen Krieg, der sich zwischen Amerika und Japan (oder England) anbahnt und der unter der Bedingung, daß der Kapitalismus bestehenbleibt, unvermeidlich ist, wird unausbleiblich auch das kapitalistische Frankreich hineingezogen werden, da es in alle imperialistischen Verbrechen, Greueltaten und Niederträchtigkeiten unserer imperialistischen Epoche verwickelt ist. Entweder ein neuer Krieg und eine

Reihe von Kriegen zur „Verteidigung" des französischen Imperialismus oder eine sozialistische Revolution – eine andere Wahl gibt es für die Arbeiter und Bauern Frankreichs nicht. Und sie werden sich nicht einschüchtern lassen durch Hinweise der konterrevolutionären Kapitalisten auf den schweren Bürgerkrieg, den diese Sowjetrußland aufgezwungen haben. Die Arbeiter und Bauern Frankreichs haben es verstanden, einen berechtigten, gerechten und revolutionären Krieg gegen ihre Feudalherren zu führen, als diese die Große Französische Revolution des 18. Jahrhunderts abwürgen wollten. Die französischen Arbeiter und Bauern werden es verstehen, einen genauso berechtigten, gerechten und revolutionären Krieg gegen die französischen Kapitalisten zu führen, wenn diese zu Emigranten werden, die eine ausländische Invasion gegen die sozialistische französische Republik organisieren. Für die französischen Arbeiter und Bauern wird es um so leichter sein, ihre Ausbeuter zu zerschmettern, als *ganz* Europa, das durch den niederträchtigen Versailler Frieden zerfleischte, bis aufs Blut gequälte und balkanisierte Europa, direkt wie indirekt auf ihrer Seite stehen wird.

2. Die im nächsten Teil der Thesen enthaltene Behauptung „Die bevorstehende Revolution in Frankreich (cette révolution que nous devons faire) ... wird in gewisser Art eine vorzeitige Revolution sein" (sera en quelque sorte une révolution avant terme), halte ich für falsch, ebenso wie die folgende Behauptung:

„Die von den Theoretikern des Marxismus verkündete Konzentration des Eigentums vollzog sich in der Landwirtschaft nicht regelmäßig." (La concentration de la propriété annoncée par les théoriciens du marxisme ne s'est pas produite avec régularité dans l'agriculture.)

Das ist falsch. Und das sind nicht die Auffassungen von Marx, nicht die Auffassungen des Marxismus, sondern die Auffassungen jener „Theoretiker" des *Quasi*-„Marxismus", die die II. Internationale bis zu dem schmachvollen Bankrott von 1914 gebracht haben. Das sind die Auffassungen jener Pseudomarxisten, die 1914 auf die Seite „ihrer" nationalen Bourgeoisie übergegangen sind und die in längst vergangenen Zeiten kein anderer als Jules Guesde so glänzend verspottet hat, als er gegen Millerand schrieb, daß die zukünftigen Millerands im kommenden Krieg um die Aufteilung der kapitalistischen Beute auf der Seite „ihrer" Kapitalisten stehen werden.

Marx faßte die Formen des Konzentrationsprozesses in der Landwirtschaft nicht vereinfacht und geradlinig auf. Das beweist der dritte Band des „Kapitals". Das beweist der Aufsatz von Engels in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegen das damalige französische Agrarprogramm.[28] Marx war nicht der Meinung, die proletarische Revolution sei nur dann eine „rechtzeitige" Revolution, wenn der letzte Bauer expropriiert sei. Überlassen wir eine solche Auslegung der Auffassungen von Marx den Hyndman, Renaudel, Vandervelde, Südekum, den Herren Turati und Serrati.

Ich würde raten, diese unrichtigen, überflüssigen und die französischen Kommunisten kompromittierenden Behauptungen wegzulassen. Sie sind nicht nötig, um ihren praktisch und theoretisch wichtigen und richtigen Grundgedanken zu beweisen, daß die unmittelbare Anwendung (l'application immédiate) des *ganzen Systems* des Kommunismus auf die Verhältnisse des *bäuerlichen Kleinbetriebs* (bei weitem nicht in Frankreich allein, sondern in allen Ländern, in denen es bäuerliche Kleinbetriebe gibt) *völlig* falsch wäre.

Statt diese unrichtigen Behauptungen aufzustellen, sollte man lieber detaillierter sagen, warum die Bereicherung der französischen Bauern während des Krieges nur vorübergehend ist; warum sich das Geld, das diese Bauern während des Krieges gescheffelt haben, entwertet; warum sich der Druck der Großbanken sowohl auf die Arbeiter als auch auf die Bauern Frankreichs verstärkt; wie sich dieser verstärkte Druck äußert und so weiter und so fort.

3. In den Thesen wird weiter erwähnt, daß die Statistik im Frankreich der Vorkriegszeit 5 700 000 Bauernwirtschaften (exploitations rurales) ausweist, davon 4 850 000 kleine (bis zu 10 Hektar) und 850 000 mit mehr als 10 Hektar Land. Diese Zahlen zeigen — heißt es in den Thesen —, wie ungleichmäßig der Boden in Frankreich verteilt ist. „Aber diese Zahlen", heißt es weiter, „geben keine genaue Vorstellung (mais ils [ces chiffres] ne fournissent aucune précision . . .) von dem Verhältnis, das zwischen der von den Eigentümern bearbeiteten Bodenfläche und den als kapitalistische Profitquelle dienenden Ländereien besteht" (. . . sur le rapport qui existe entre l'étendue des terres travaillées par leurs propriétaires et des terres source de profit capitaliste).

Erstens dienen *auch* jene Ländereien, die von ihren Eigentümern

bearbeitet werden, in Frankreich (wie auch in allen anderen kapitalistischen Ländern) als „kapitalistische Profitquelle". Es wäre theoretisch richtiger und praktisch nützlicher, in den Thesen der Kommunistischen Partei Frankreichs von den Formen dieses Profits zu sprechen, anstatt davon, daß sich die Konzentration des Eigentums in der Landwirtschaft nicht „regelmäßig" (avec régularité) vollzieht.

Zweitens. Es ist richtig, daß die französische Agrarstatistik schlecht ist, schlechter als die deutsche, die amerikanische, die schweizerische und die dänische, und daß sie den *Umfang* der kapitalistisch bewirtschafteten Bodenfläche nicht *genau* bestimmt. Richtig ist auch der in den Thesen weiterhin erwähnte Umstand, daß Lohnarbeiter manchmal Farmen von unter 10 Hektar bearbeiten, während „Farmen von 20—30 Hektar und darüber" (des fermes de 20, 30 hectares et au-dessus) von bäuerlichen Eigentümern selbst bearbeitet werden.

Indessen erlaubt auch die französische Agrarstatistik, sich eine wenngleich nicht ganz genaue, so doch *annähernde* Vorstellung vom Umfang der Bodenfläche zu machen, die kapitalistisch ausgebeutet wird. Ich habe augenblicklich weder das Buch von Compère-Morel noch andere Quellen zur Hand, aber ich erinnere mich, daß die französische Statistik landwirtschaftliche Betriebe von 40 und mehr Hektar gesondert anführt. Es wäre sehr nützlich, diese Zahlen anzuführen, um den französischen Kleinbauern recht anschaulich zu zeigen, was für eine Menge Land die französischen Kapitalisten und Gutsbesitzer (von den Bauern und Arbeitern) an sich gerissen haben. In den Agrarthesen könnte man (und müßte man meiner Ansicht nach) anschaulicher zeigen, und zwar an den Zahlen der französischen Agrarstatistik (wie auch an Hand der Zahlen von Compère-Morel, als dieser noch ein Sozialist war und nicht ein Verteidiger der Kapitalisten und ihres Raubkrieges 1914—1918 und ihres Versailler Raubfriedens), welch große Mehrheit der Landbevölkerung Frankreichs sofortigen, unmittelbaren und sehr erheblichen Nutzen aus der proletarischen Revolution zöge.

4. Meine letzte Bemerkung bezieht sich auf jene Abschnitte der Thesen, in denen von der Notwendigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, von der Bedeutung moderner Maschinen (des machines modernes), insbesondere solcher Maschinen wie der Dreschmaschinen (les batteuses), der Motorpflüge (les charrues à tracteur) usw., gesprochen wird.

Alle diese Hinweise der Thesen sind zweifellos richtig und praktisch notwendig. Es scheint mir nur, daß man nicht im Rahmen der unter dem Kapitalismus üblichen Technik bleiben darf, sondern einen Schritt weiter gehen müßte. Man müßte ein paar Worte darüber sagen, daß es notwendig ist, ganz Frankreich planmäßig und durchgehend zu elektrifizieren, und daß es absolut unmöglich ist, diese Arbeit *zugunsten der Arbeiter und Bauern* ohne Beseitigung der Herrschaft der Bourgeoisie, ohne Eroberung der Macht durch das Proletariat zu leisten. In der französischen Literatur gibt es reiches Material über die Bedeutung der Elektrifizierung für Frankreich. Mir ist nur bekannt, daß ein kleiner Teil davon in das auf Veranlassung unserer Regierung verfaßte Werk über den Plan der Elektrifizierung Rußlands einging und daß nach dem Krieg die technische Vorbereitung der Frage der Elektrifizierung in Frankreich ein gutes Stück vorangekommen ist.

Äußerst wichtig wäre es meiner Ansicht nach sowohl vom theoretischen als auch vom praktisch-agitatorischen Standpunkt aus, in den Thesen zu erwähnen (und überhaupt in der kommunistischen Literatur mehr darüber zu sagen), daß die moderne fortgeschrittene Technik eine *Elektrifizierung des ganzen Landes — und einer Reihe von Nachbarländern* — nach einem *einheitlichen* Plan dringend erforderlich macht; daß eine solche Arbeit gegenwärtig durchaus durchführbar ist; daß die Landwirtschaft und insbesondere die Bauernschaft dabei am meisten gewinnen würde; daß, solange der Kapitalismus und das Privateigentum an den Produktionsmitteln bestehenbleiben, die Elektrifizierung eines ganzen Landes und einer Reihe von Ländern erstens nicht schnell und planmäßig und zweitens *nicht zugunsten* der Arbeiter und Bauern verwirklicht *werden kann.* Unter dem Kapitalismus führt die Elektrifizierung unweigerlich zu einem verschärften *Druck der Großbanken* sowohl auf die Arbeiter als auch *auf die Bauern.* Bereits vor dem Krieg hat nicht etwa irgendein „engstirniger Marxist", sondern der heute patriotisch beflissen vor den Kapitalisten scharwenzelnde Lysis höchstselbst bewiesen, daß Frankreich in Wirklichkeit eine *Finanzoligarchie* ist.

Frankreich besitzt glänzende Möglichkeiten einer Elektrifizierung. Siegt das Proletariat in Frankreich, so wird aus einer planmäßigen Elektrifizierung, die nicht mit dem Privateigentum der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu rechnen hat, gerade die *Kleinbauernschaft unermeßlichen* Nut-

zen ziehen. Bleibt die Macht der Kapitalisten bestehen, so ist es unvermeidlich, daß die Elektrifizierung weder planmäßig noch schnell erfolgen wird und daß sie, sofern sie überhaupt zustande kommt, ein neues Joch für die Bauern, eine neue Knechtschaft für die Bauern, die von der „Finanzoligarchie" ausgeplündert werden, bedeuten wird.

Das sind die wenigen Bemerkungen, die ich zu den meiner Meinung nach im großen und ganzen durchaus richtigen französischen Agrarthesen machen kann.

11. XII. 1921

Zuerst veröffentlicht im März 1922. *Nach dem Manuskript.*

BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS ÜBER DIE PARTEIREINIGUNG UND ÜBER DIE BEDINGUNGEN FÜR DIE AUFNAHME IN DIE PARTEI[29]

Hinsichtlich der Parteireinigung scheint mir, daß die veröffentlichten Tatsachen den großen Erfolg der Parteireinigung im ganzen vollauf beweisen, ungeachtet ziemlich zahlreicher individueller Fehler. Mir scheint, daß im Ergebnis der Parteikonferenz sowohl der eine als auch der andere Umstand hervorzuheben ist. Einen Termin für eine Wiederholung der Reinigung sollte man meines Erachtens nicht festsetzen, um sich in keiner Beziehung die Hände zu binden.

Ich möchte raten, durch Beschluß der Parteikonferenz strengere Bedingungen für die Aufnahme als Mitglied der Partei festzulegen: Dauer der Kandidatenzeit für Arbeiter $1^1/_2$ Jahre (als Arbeiter gilt, wer mindestens 10 Jahre seines Lebens als einfacher Lohnarbeiter in der Großindustrie gearbeitet hat und jetzt mindestens 2—3 Jahre arbeitet), für alle übrigen 3 Jahre.

Eine Verkürzung dieser Fristen um die Hälfte ist in besonderen Fällen zulässig, wenn Parteitreue und kommunistische Prinzipienfestigkeit völlig erwiesen sind und wenn das von einer $^4/_5$-Mehrheit aller Parteigremien, die diese Frage entscheiden, bestätigt wird.

Dieselben Fristen sind für die Kandidatenzeit derjenigen festzusetzen, die bei der jetzigen Reinigung aus der Partei ausgeschlossen worden sind, wenn sie nicht für eine bestimmte Zeit oder wenn sie nicht wegen schimpflicher Vergehen ausgeschlossen worden sind.

Ich bitte Sie, diesen kurzen Brief einem engen Kreis von Genossen zu zeigen und mir, wenn es keine Umstände macht, auf den Namen Fotijewa eine kurze Antwort zu schicken, sei es auch nur in der Form, daß Sie in meinem Brief das anstreichen, womit Sie einverstanden und womit Sie nicht einverstanden sind.

Lenin

19. XII. 1921

Zuerst veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Telefonisch diktiert. Nach der Niederschrift des Sekretärs.

BRIEF AN DAS POLITBÜRO BETREFFEND EINE RESOLUTION DES IX. GESAMTRUSSISCHEN SOWJETKONGRESSES ÜBER DIE INTERNATIONALE LAGE[30]

Ich bitte, die Frage zu erörtern, ob der Sowjetkongreß nicht eine spezielle Resolution gegen die Abenteuerpolitik Polens, Finnlands und Rumäniens (über Japan ist es aus einer Reihe von Gründen besser zu schweigen) annehmen soll. In der Resolution ist eingehend zu erklären, daß (außer der sowjetischen) keine einzige Regierung Rußlands die imperialistische Politik des Zarismus sowie der von den Menschewiki und Sozialrevolutionären unterstützten Provisorischen Regierung gegenüber den Randgebieten des ehemaligen Russischen Reiches als Verbrechen betrachtet hat und es auch nicht als solches betrachten konnte. In der Resolution ist ausführlich darauf einzugehen, in wie hohem Grade wir durch Taten gezeigt haben, daß wir sowohl die Selbstbestimmung der Nationen als auch die friedlichen Beziehungen zu den Staaten, die früher zum Russischen Reich gehörten, zu schätzen wissen. Ausführlich ist zu sagen, daß wir voll und ganz mit der Friedensliebe nicht nur der Arbeiter und Bauern aller erwähnten Länder, sondern auch eines sehr großen Teils der einsichtigen Vertreter der Bourgeoisie und der Regierungen rechnen. Betreffs der Abenteurerelemente soll man mit der schärfsten Drohung schließen, daß wir uns, wenn das abenteuerliche Spiel mit den Banden vom Schlage der einstigen Banden Sawinkows kein Ende nimmt, wenn unsere friedliche Arbeit weiterhin gestört wird, zu einem Volkskrieg erheben und diejenigen, die sich an Abenteuern und am Banditentum beteiligen, ein für allemal vernichten werden.

Eine Kongreßresolution solchen Inhalts hätte den Vorteil, daß wir sie massenhaft in allen Sprachen verbreiten könnten.

Lenin

22. XII. 1921

Zuerst veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Telefonisch diktiert. Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

IX. GESAMTRUSSISCHER SOWJETKONGRESS

23.–28. Dezember 1921

1

ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITIK DER REPUBLIK

Bericht des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare an den IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß 23. Dezember 1921

(Stürmische Ovationen. Rufe: „Hurra!", „Es lebe unser Führer, Gen. Lenin!", „Es lebe der Führer des internationalen Proletariats, Gen. Lenin!" Langanhaltender Beifall.) Genossen! Ich habe die Aufgabe, einen Bericht über die äußere und innere Lage der Republik zu geben. Zum erstenmal bin ich in der Lage, einen solchen Bericht nach Ablauf eines ganzen Jahres zu geben, in dem kein einziger, zumindest kein großer Überfall von seiten der russischen und ausländischen Kapitalisten auf unsere Sowjetmacht erfolgt ist. Es war das erste Jahr, in dem wir uns einer wenn auch völlig unzulänglichen, so doch relativen Ruhe vor Überfällen erfreuten und unsere Kräfte wenigstens einigermaßen auf unsere hauptsächlichste und wichtigste Aufgabe konzentrieren konnten – nämlich darauf, die durch die Kriege zerrüttete Wirtschaft wiederherzustellen, die Rußland durch die herrschenden Ausbeuterklassen geschlagenen Wunden zu heilen und den Grundstein für den sozialistischen Aufbau zu legen.

Vor allem muß ich, wenn ich die internationale Lage unserer Republik behandle, das aussprechen, was ich schon früher gesagt habe, nämlich, daß sich ein gewisses, wenn auch in hohem Grade labiles, aber immerhin ein Gleichgewicht in den internationalen Beziehungen herausgebildet hat. Das beobachten wir jetzt. Höchst sonderbar ist es für diejenigen unter uns, die die Revolution von ihren ersten Anfängen an miterlebten, die unsere unerhörten Schwierigkeiten bei der Durchbrechung der imperialistischen Fronten kannten und unmittelbar verfolgten, jetzt zu sehen, wie sich die Dinge entwickelt haben. Wahrscheinlich hat damals niemand erwartet und

konnte auch niemand erwarten, daß sich die Lage so gestalten würde, wie sie sich gestaltet hat.

Wir stellten uns die künftige Entwicklung (und es ist vielleicht nicht überflüssig, jetzt daran zu erinnern, denn es wird uns und unseren praktischen Schlußfolgerungen in den wichtigsten Wirtschaftsfragen zustatten kommen) einfacher, geradliniger vor, als sie sich ergab. Wir sagten uns, sagten der Arbeiterklasse, sagten allen Werktätigen sowohl Rußlands als auch der anderen Länder: Es gibt keinen anderen Ausweg aus dem verfluchten und verbrecherischen imperialistischen Gemetzel als die Revolution, und indem wir den imperialistischen Krieg durch die Revolution abbrechen, eröffnen wir allen Völkern den einzig möglichen Ausweg aus diesem verbrecherischen Gemetzel. Es schien uns damals — und konnte uns gar nicht anders scheinen —, daß dieser Weg ein klarer, gerader und der leichteste Weg ist. Es stellte sich indes heraus, daß diesen geraden Weg — der allein uns tatsächlich aus den imperialistischen Beziehungen, aus den imperialistischen Verbrechen und dem imperialistischen Krieg, der die ganze übrige Welt weiterhin bedroht, herausgeführt hat —, es stellte sich heraus, daß diesen Weg zu beschreiten den anderen Völkern nicht gelungen ist, zumindest nicht so rasch, wie wir angenommen hatten. Und wenn wir trotzdem jetzt sehen, was sich ergeben hat, wenn wir sehen, wie sich die einzige Sozialistische Sowjetrepublik in der Umkreisung einer ganzen Reihe ihr in Todfeindschaft gegenüberstehender imperialistischer Mächte behauptet, so fragen wir uns: Wie konnte es so kommen?

Man kann ohne jede Übertreibung darauf antworten: Es konnte so kommen, weil unsere Auffassung von den Ereignissen im wesentlichen richtig war, weil unsere Beurteilung des imperialistischen Gemetzels und der Verwirrung, die zwischen den imperialistischen Großmächten entstanden ist, im wesentlichen richtig war. Nur deshalb ergab sich eine so merkwürdige Lage, ein derart labiles, unverständliches und doch bis zu einem gewissen Grade unzweifelhaftes Gleichgewicht, wie wir es jetzt sehen und das darin besteht, daß wir, von allen Seiten von Staaten eingekreist, die sowohl ökonomisch als auch militärisch unermeßlich mächtiger sind als wir und uns durchweg in offener Todfeindschaft gegenüberstehen, dennoch sehen, daß es ihnen nicht gelungen ist, das Vorhaben zu verwirklichen, für das sie drei Jahre lang soviel Mittel und Kräfte vergeudet haben — die

unmittelbare und sofortige Erdrosselung Sowjetrußlands. Wenn wir uns fragen, wie das geschehen konnte, wie es dazu kommen konnte, daß einer der zweifellos rückständigsten und weitaus schwächsten Staaten, dem die stärksten Mächte der Welt in offener Feindschaft gegenüberstehen, dem Ansturm gegen ihn standhielt — wenn wir diese Frage untersuchen, so sehen wir klar, woran es lag: Wir hatten recht in dem, was das Wesentlichste war. Wir hatten die Dinge richtig vorausgesehen und berechnet. Es zeigte sich, daß wir zwar nicht jene schnelle, direkte und unmittelbare Unterstützung von den werktätigen Massen der ganzen Welt erhielten, auf die wir gerechnet und die wir unserer ganzen Politik zugrunde gelegt hatten, daß wir aber soviel Unterstützung anderer Art, eine nicht direkte, nicht schnelle Unterstützung, erhielten, daß gerade diese Unterstützung, gerade die Sympathie, die wir bei den werktätigen Massen — sowohl bei den Arbeitermassen als auch bei den ländlichen, den Bauernmassen — in der ganzen Welt, sogar in den uns am feindlichsten gegenüberstehenden Staaten fanden, daß gerade diese Unterstützung und diese Sympathie die letzte, entscheidende Quelle, die entscheidende Ursache dafür waren, daß alle gegen uns gerichteten Angriffe mit einem Fiasko endeten, daß das Bündnis der Werktätigen aller Länder, das wir verkündet, bekräftigt und innerhalb der Grenzen unserer Republik auch verwirklicht haben, sich auf alle Länder auswirkte. So unsicher diese Stütze auch ist, solange der Kapitalismus noch in den anderen Ländern besteht (das müssen wir natürlich klar sehen und unumwunden zugeben) — so unsicher diese ganze Stütze auch ist, so muß man doch sagen, daß man sich jetzt bereits auf sie stützen kann. Diese Sympathie und diese Unterstützung kamen darin zum Ausdruck, daß die Invasion, die wir im Laufe von drei Jahren durchgemacht haben und die uns unerhörte Verwüstungen und Qualen brachte, daß eine solche Invasion, ich will nicht sagen unmöglich — hier muß man sehr vorsichtig und umsichtig sein —, aber immerhin für unsere Feinde außerordentlich erschwert worden ist. Und gerade hieraus läßt sich letztlich jene merkwürdige, auf den ersten Blick unverständliche Lage erklären, die wir jetzt haben.

Wenn wir die Sympathien für den Bolschewismus und die sozialistische Revolution ganz kaltblütig abwägen, wenn wir die internationale Lage einfach von dem Standpunkt aus betrachten, wie die Kräfte einzuschätzen sind, unabhängig davon, ob diese Kräfte für eine gerechte oder ungerechte

Sache, für die Ausbeuterklasse oder für die werktätigen Massen eintreten — wir wollen das unbeachtet lassen, sondern abzuwägen versuchen, wie diese Kräfte im internationalen Maßstab gruppiert sind —, so werden wir sehen, daß diese Kräfte so gruppiert sind, daß sich unsere Voraussichten, unsere Berechnungen im wesentlichen bestätigt haben, daß sich der Kapitalismus zersetzt und daß nach dem Krieg, der zuerst durch den Brest-Litowsker und dann durch den Versailler Frieden gekrönt wurde — ich weiß wirklich nicht, welcher der schlimmere ist —, der Haß und Widerwille gegen den Krieg auch in jenen Ländern, die als Sieger aus ihm hervorgegangen sind, um so stärker wird, je weiter die Zeit voranschreitet. Und je weiter der Krieg in die Vergangenheit rückt, um so klarer wird nicht nur den Werktätigen, sondern in sehr, sehr hohem Grade auch der Bourgeoisie der Siegerländer, daß sich der Kapitalismus zersetzt, daß die Wirtschaftskrise in der ganzen Welt eine unerträgliche Lage geschaffen hat und daß es trotz aller errungenen Siege keinen Ausweg gibt. Das ist der Grund, warum wir, obwohl wir sowohl ökonomisch als auch politisch und militärisch unermeßlich schwächer sind als alle anderen Staaten, zugleich stärker sind als sie, weil wir alles erkennen und richtig beurteilen, was herauskommt und herauskommen muß bei diesem imperialistischen Wirrwarr, diesem blutigen Knäuel und jenen Widersprüchen (man nehme nur den Widerspruch in der Währungsfrage, von den anderen will ich gar nicht sprechen), in die sie sich verwickelt haben und immer tiefer verwickeln, ohne einen Ausweg zu sehen.

Und nun beobachten wir, wie sich die Meinung der Vertreter der gemäßigten Bourgeoisie ändert, die entschieden und unbedingt von jedem Gedanken an den Sozialismus überhaupt — ich sage schon gar nicht „an diesen schrecklichen Bolschewismus" — weit entfernt ist, daß sogar solche Leute ihre Meinung ändern wie der bekannte Schriftsteller Keynes, dessen Buch in alle Sprachen übersetzt ist, der selbst an den Versailler Verhandlungen teilgenommen hat, der alles darangesetzt hat, seinen Regierungen zu helfen — sogar er mußte in der Folgezeit diesen Weg verlassen, von ihm abgehen, wobei er den Sozialismus nach wie vor verwünscht. Ich wiederhole, er spricht nicht vom Bolschewismus, er will nicht einmal daran denken — er sagt der kapitalistischen Welt: „Das, was ihr macht, bringt euch in eine ausweglose Lage", und er schlägt ihnen sogar so etwas wie die Annullierung der Schulden vor.

Sehr gut, meine Herren! Es wäre längst Zeit für Sie, unserem Beispiel zu folgen.

Erst dieser Tage lasen wir in den Zeitungen eine kurze Mitteilung, daß einer der erfahrensten Führer einer kapitalistischen Regierung, der außerordentlich gewandte und geschickte Lloyd George, eine ebensolche Maßnahme vorzuschlagen beginne und daß Amerika ihm darauf antworten wolle: Entschuldigen Sie, aber wir wollen alles, was uns zusteht, restlos bekommen. Da sagen wir uns: Die Angelegenheiten jener fortgeschrittenen, mächtigen Staaten, die soviel Jahre nach dem Krieg eine so einfache Maßnahme erwägen, stehen nicht gerade glänzend. Für uns war das die leichteste Sache der Welt — haben wir doch ganz andere Schwierigkeiten überwunden! (Beifall.) Wenn wir sehen, wie die Verwirrung in einer solchen Frage immer größer wird, dann sagen wir, ohne im geringsten die uns umgebende Gefahr zu vergessen: So schwach wir auch in ökonomischer und militärischer Hinsicht im Vergleich mit einem beliebigen dieser Staaten sind, die alle zusammen ihren Haß gegen uns auf Schritt und Tritt offen zum Ausdruck bringen, diese Propaganda fürchten wir nicht. Wenn wir etwas andere Ansichten über die Gerechtigkeit der Existenz von Gutsbesitzern und Kapitalisten zum Ausdruck bringen, so gefällt ihnen das nicht, und diese Ansichten werden als verbrecherische Propaganda hingestellt. Das kann ich absolut nicht verstehen, denn diese Propaganda wird in allen Staaten, die unsere ökonomischen Ansichten und Anschauungen nicht teilen, legal getrieben. Aber die Propaganda, daß der Bolschewismus ungeheuerlich, verbrecherisch, usurpatorisch ist — es gibt kein Wort, um dieses Scheusal gebührend zu kennzeichnen —, diese Propaganda wird in allen diesen Ländern offen getrieben. Vor kurzem kam ich mit Christensen zusammen, der im Namen der dortigen Arbeiter- und Bauernpartei für den Posten des Präsidenten der Vereinigten Staaten kandidierte. Genossen, lassen Sie sich durch diese Bezeichnung nicht irreführen. Sie deckt sich durchaus nicht mit dem, was wir in Rußland als Arbeiter- und Bauernpartei zu bezeichnen pflegen. Dort ist das eine bürgerliche Partei von reinem Wasser, die jederlei Sozialismus offen und entschieden feindlich gesinnt ist und von allen bürgerlichen Parteien als vollkommen salonfähig anerkannt wird. Und dieser Mann, ein gebürtiger Däne, jetzt aber Amerikaner, der bei den Präsidentschaftswahlen bis zu einer Million Stimmen erhalten hat (das bedeutet immerhin etwas in den Vereinigten Staaten),

erzählte mir, als er in Dänemark gewagt habe, vor einem, wie er sich ausdrückte, „ebenso wie ich gekleideten" Publikum — und er war gut gekleidet, bürgerlich gekleidet —, als er gewagt habe zu sagen, daß die Bolschewiki keine Verbrecher sind, „hätte man mich fast totgeschlagen" — so sagte er wörtlich. Man hatte ihm gesagt, die Bolschewiki seien Ungeheuer, Usurpatoren: Wie könne jemand bloß auf die Idee kommen, in anständiger Gesellschaft von diesen Leuten zu reden? Derart ist die Atmosphäre der Propaganda, die uns umgibt.

Nichtsdestoweniger sehen wir, daß sich ein gewisses Gleichgewicht herausgebildet hat. Das ist die objektive, von unseren Siegen unabhängige politische Lage, die zeigt, daß wir die tiefen Widersprüche, die mit dem imperialistischen Krieg zusammenhängen, richtiger eingeschätzt haben und sie richtiger beurteilen, als das jemals zuvor geschehen ist und von den anderen Staaten getan wird, die bei all ihren Siegen, bei all ihrer Stärke bis jetzt keinen Ausweg gefunden haben und auch keinen finden. Das ist das Wesentliche an der internationalen Lage, und damit ist zu erklären, was wir jetzt beobachten. Wir haben ein gewisses, im höchsten Grade labiles, aber immerhin unzweifelhaftes, unbestreitbares Gleichgewicht vor uns. Ob es von langer Dauer sein wird, weiß ich nicht, und ich glaube, daß man das nicht wissen kann. Deshalb ist unserseits die größte Vorsicht am Platze. Und das erste Gebot unserer Politik, die erste Lehre, die sich aus unserer Regierungstätigkeit während dieses Jahres ergibt, eine Lehre, die sich alle Arbeiter und Bauern zu eigen machen müssen, ist die: auf der Hut sein, daran denken, daß wir von Leuten, Klassen, Regierungen umgeben sind, die offen den größten Haß gegen uns bekunden. Man muß daran denken, daß wir stets nur um Haaresbreite von einem Überfall entfernt sind. Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um dieses Unheil zu verhüten. Wir haben eine solche Last des imperialistischen Krieges tragen müssen, wie sie wohl kaum ein anderes Volk getragen hat. Wir haben danach die Last des Bürgerkriegs getragen, den uns die Vertreter der herrschenden Klassen aufzwangen, die das Rußland der Emigranten verteidigten — das Rußland der Gutsbesitzer, das Rußland der Kapitalisten. Wir wissen, wir wissen nur zu gut, welche unerhörten Leiden für die Arbeiter und Bauern ein Krieg mit sich bringt. Darum müssen wir uns zu dieser Frage höchst vorsichtig und umsichtig verhalten. Wir gehen auf die größten Zugeständnisse und Opfer ein, wir gehen darauf ein, nur

um den Frieden zu erhalten, den wir um einen so hohen Preis erkauft haben. Wir gehen auf die größten Zugeständnisse und Opfer ein, aber nicht auf jegliche, nicht auf endlose. Das mögen sich die zum Glück wenig zahlreichen Vertreter der kriegslüsternen Parteien und annexionistischen Cliquen Finnlands, Polens und Rumäniens, die darauf spekulieren, gut merken. (Beifall.)

Wer einigermaßen vernünftig und wohlüberlegt, als Politiker, urteilt, der wird zugeben, daß es in Rußland keine Regierung gegeben hat und auch keine geben kann außer der Sowjetregierung, die sich zu solchen Zugeständnissen und solchen Opfern in bezug auf die Nationalitäten bereit fände, sowohl diejenigen, die im Innern unseres Staates leben, als auch diejenigen, die dem Russischen Reich angegliedert waren. Es gibt keine andere Regierung und kann keine geben, die sich so klar bewußt wäre wie wir und so deutlich vor aller Welt aussprächе und erklärte, daß die Haltung des alten Rußlands, des zaristischen Rußlands, des Rußlands der Kriegsparteien, gegenüber den in Rußland ansässigen Völkerschaften verbrecherisch war, daß diese Verhältnisse unzulässig sind, daß sie bei den unterdrückten Nationalitäten berechtigten Protest, Unwillen und Empörung hervorgerufen haben. Es gibt keine andere Regierung und kann keine geben, die diese Lage so offen eingestünde und diese Propaganda triebe, eine Propaganda, die sich gegen den Chauvinismus richtet, eine Propaganda, die das verbrecherische Wesen des alten Rußlands, des zaristischen Rußlands und des Rußlands Kerenskis, aufdeckt, es gibt keine andere Regierung, die Propaganda triebe gegen die gewaltsame Angliederung anderer Nationalitäten an Rußland. Das sind keine leeren Worte — das ist eine einfache politische Tatsache, die für jedermann klar und die völlig unbestreitbar ist. Solange nicht von seiten irgendeiner Nationalität Intrigen gegen uns gesponnen werden, die diese Nationalitäten unfrei machen und sie imperialistisch versklaven, solange sie keine Brücke bauen, damit man uns erdrosseln kann, werden wir uns an Formalitäten nicht stoßen. Wir werden nicht vergessen, daß wir Revolutionäre sind. (Beifall.) Aber es gibt Tatsachen, die unumstößlich und unbestreitbar beweisen, daß die kleinste und wehrloseste Nationalität, wie schwach sie auch sein möge, in dem Rußland, das die Menschewiki und Sozialrevolutionäre besiegt hat, absolut darüber beruhigt sein kann und darf, daß wir ihr gegenüber nichts als friedliche Absichten hegen, daß unsere Propa-

ganda gegen das verbrecherische Wesen der alten Politik der alten Regierungen nicht nachläßt und daß wir nach wie vor den festen Wunsch haben, unter allen Umständen, selbst um den Preis größter Opfer und Zugeständnisse, den Frieden mit allen Nationalitäten, die dem Russischen Reich angehört hatten und nicht bei uns bleiben wollten, aufrechtzuerhalten. Wir haben das bewiesen. Und wir werden das beweisen, so stark die Verwünschungen auch sein mögen, die von allen Seiten auf uns niederhageln. Wir sind der Meinung, daß wir das großartig bewiesen haben, und vor der Versammlung der Vertreter der Arbeiter und Bauern ganz Rußlands, vor der ganzen Millionenmasse der russischen Arbeiter und Bauern erklären wir, daß wir mit allen Kräften bestrebt sein werden, den Frieden weiterhin zu erhalten, daß wir nicht vor großen Zugeständnissen und Opfern zurückscheuen werden, um diesen Frieden zu behaupten.

Aber es gibt eine Grenze, über die hinaus man nicht gehen kann. Wir werden nicht zulassen, daß man sich über die Friedensverträge lustig macht, wir werden keine Versuche zulassen, unsere friedliche Arbeit zu stören. Wir werden das unter keinen Umständen zulassen und werden wie ein Mann aufstehen, um unsere Existenz zu verteidigen. (Beifall.)

Genossen, was ich eben gesagt habe, ist für Sie völlig klar und verständlich, und Sie konnten von niemandem einen anderen Rechenschaftsbericht über unsere Politik erwarten. Sie wußten, daß unsere Politik so ist und nur so sein kann. Leider gibt es jedoch heute auf der Welt zwei Welten: die alte — den Kapitalismus, der in eine Sackgasse geraten ist und niemals nachgeben wird, und die heranwachsende neue Welt, die noch sehr schwach ist, die aber stark und groß werden wird, denn sie ist unbesiegbar. Diese alte Welt hat ihre alte Diplomatie, die nicht glauben kann, daß es möglich ist, offen und ehrlich zu sprechen. Die alte Diplomatie meint, gerade dahinter müsse irgendeine List stecken. (Beifall und Heiterkeit.) Als diese in ökonomischer und militärischer Beziehung allmächtige alte Welt — es ist schon lange her — einen Vertreter der amerikanischen Regierung, nämlich Bullitt, mit dem Vorschlag zu uns schickte, mit Koltschak und Denikin Frieden zu schließen, und zwar einen Frieden, der für uns äußerst ungünstig gewesen wäre, und als wir sagten, daß uns das Blut der Arbeiter und Bauern, das schon so lange in Rußland vergossen wird, so teuer ist, daß wir, obwohl der Frieden für uns äußerst ungünstig ist, dennoch dazu bereit sind, weil wir überzeugt sind, daß sich Koltschak

und Denikin von innen heraus zersetzen werden; als wir das geradeheraus sagten, ohne uns um einen gewählten diplomatischen Ton zu bemühen, kamen sie zu dem Schluß, wir müßten unbedingt Betrüger sein. Und nachdem Bullitt, der mit uns am gemeinsamen Tisch wohlwollend verhandelt hatte, in seine Heimat zurückgekehrt war, gab man ihm einen Fußtritt, zwang ihn, seinen Abschied zu nehmen, und ich wundere mich, daß man ihn nicht nach imperialistischem Brauch wegen Geheimbündelei mit den Bolschewiki ins Zuchthaus gesteckt hat. (Heiterkeit, Beifall.) Es kam aber so, daß wir, die wir damals auf einen für uns denkbar schlechten Frieden eingehen wollten, einen Frieden zu günstigeren Bedingungen erhielten. Das ist eine kleine Lehre. Ich weiß, die alte Diplomatie können wir ebensowenig erlernen, wie wir uns sonst umkrempeln können, aber die Lehren, die wir in dieser Zeit auf dem Gebiet der Diplomatie erteilt haben und die sich die anderen Staaten gefallen lassen mußten, konnten doch nicht ganz spurlos vorübergehen, sie sind sicher im Gedächtnis des einen oder anderen haftengeblieben. (Heiterkeit.) Und darum ist unsere unumwundene Erklärung, daß die Arbeiter und Bauern Rußlands den Segen des Friedens über alles schätzen, daß sie aber diesbezüglich nur bis zu einer gewissen Grenze zu gehen erlauben werden, so aufgefaßt worden, daß sie keine Sekunde, keine Minute lang vergessen werden, welche Lasten sie im imperialistischen und im Bürgerkrieg auf sich nehmen mußten. Diese unsere Mahnung werden, davon bin ich überzeugt, der ganze Kongreß, die ganze Masse der Arbeiter und Bauern, ganz Rußland bestätigen und erhärten. Diese Mahnung wird, davon bin ich überzeugt, bestimmt nicht spurlos vorübergehen und immerhin eine gewisse Rolle spielen, ganz gleich, wie man sich zu ihr stellt und was für eine diplomatische List man nach alter diplomatischer Gewohnheit dahinter vermuten mag.

Das ist es, Genossen, was ich zu unserer internationalen Lage zu sagen für notwendig halte. Es ist bis zu einem gewissen Grade ein labiles Gleichgewicht erreicht worden. Materiell sind wir in ökonomischer und militärischer Hinsicht maßlos schwach, moralisch dagegen — dieser Gedanke ist natürlich nicht unter dem Gesichtspunkt der abstrakten Moral, sondern als reales Kräfteverhältnis aller Klassen in allen Staaten zu verstehen — sind wir stärker als alle anderen. Das ist in der Praxis erprobt, das wird nicht durch Worte, sondern durch Taten bewiesen, das ist bereits einmal bewie-

sen worden, und sollte die Geschichte eine bestimmte Wendung machen, so wird das noch des öftern bewiesen werden. Eben deshalb sagen wir uns: Nachdem wir unsere friedliche Aufbauarbeit in Angriff genommen haben, werden wir alle Kräfte anspannen, um sie ohne Unterbrechung fortzusetzen. Zugleich aber, Genossen, seid auf der Hut, hütet die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und unserer Roten Armee wie euren Augapfel, denkt daran, daß wir nicht das Recht haben, eine Schwächung unserer Arbeiter und Bauern und ihrer Errungenschaften auch nur für eine Sekunde zuzulassen. (Beifall.)

Genossen, von dieser kurzen Darlegung dessen, was in unserer internationalen Lage am wesentlichsten ist, gehe ich nun zu den ökonomischen Verhältnissen über, wie sie sich bei uns und in Westeuropa, in den kapitalistischen Staaten, herauszubilden beginnen. Die größte Schwierigkeit bestand hier darin, daß ohne bestimmte Wechselbeziehungen zwischen uns und den kapitalistischen Staaten gesicherte ökonomische Verhältnisse für uns unmöglich sind. Die Ereignisse zeigen sehr anschaulich, daß sie auch für die kapitalistischen Staaten unmöglich sind. Wir sind aber augenblicklich nicht so altruistisch gesinnt und denken mehr daran, wie wir bei der feindlichen Einstellung der anderen Mächte uns gegenüber weiter existieren können.

Ist aber so etwas überhaupt denkbar, daß eine sozialistische Republik in kapitalistischer Umkreisung bestehen kann? Das schien sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht undenkbar zu sein. Daß es in politischer und militärischer Hinsicht möglich ist, ist indes bereits bewiesen, ist bereits Tatsache. Wie steht es aber in bezug auf den Handel? Wie in bezug auf den Wirtschaftsverkehr? Ist eine Verbindung, eine Hilfe, ein Austausch von Dienstleistungen zwischen dem zurückgebliebenen, zerrütteten agrarischen Rußland und der fortgeschrittenen, industriell reichen Gruppe der kapitalistischen Mächte denn möglich? Hat man uns denn nicht damit gedroht, daß man uns mit Stacheldraht umgeben wird und daß daher keinerlei wirtschaftliche Beziehungen zur Außenwelt bestehen werden? „Der Krieg hat sie nicht erschreckt, also wollen wir sie mit der Blockade in die Knie zwingen."

Genossen, wir haben in diesen vier Jahren viele Drohungen zu hören bekommen, und zwar so schreckliche Drohungen, daß uns keine mehr ins Bockshorn jagen kann. Hinsichtlich der Blockade hat die Erfahrung ge-

zeigt, daß es noch nicht feststeht, für wen sie härter ist: für die Blockierten oder für die Blockierenden. Die Erfahrung hat zweifellos gezeigt, daß man uns im Laufe dieses ersten Jahres, über das ich Ihnen Bericht erstatten kann als über eine Periode wenigstens verhältnismäßig elementarer Ruhe nach geradezu bestialischer Gewaltanwendung, nicht anerkannt, sondern abgelehnt und Beziehungen zu uns für nicht bestehend erklärt hat. Nun, mögen sie nach bürgerlichem Urteil als nicht bestehend betrachtet werden, sie bestehen aber dennoch. Ich halte mich für berechtigt, Ihnen das ohne die geringste Übertreibung als eines der Hauptergebnisse des Berichtsjahres 1921 mitzuteilen.

Ich weiß nicht, ob der Bericht des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten an den IX. Sowjetkongreß heute an Sie verteilt worden ist oder verteilt werden wird. Meiner Meinung nach hat dieser Bericht den Mangel, daß er zu umfangreich ist und daß es schwerfällt, ihn bis zu Ende zu lesen. Vielleicht ist das aber meine persönliche Schwäche, und ich bezweifle nicht, daß die große Mehrheit von Ihnen sowie jeder, der sich für Politik interessiert, diesen Bericht trotzdem, wenn auch nicht sofort, durchlesen wird. Selbst wenn man ihn nicht ganz durchliest, sondern nur ein wenig hineinblickt und darin blättert, sieht man, daß sich Rußland eine ganze Reihe ziemlich regulärer, beständiger Handelsbeziehungen, Vertretungen, Verträge usw. zugelegt hat, wenn man sich so ausdrücken darf. Juristisch sind wir allerdings nicht anerkannt. Das behält seine Bedeutung bei, denn die Gefahr, daß das labile Gleichgewicht gestört wird, die Gefahr, daß neue Versuche gemacht werden, uns zu überfallen, hat sich verstärkt, worüber ich bereits früher sprach. Aber Tatsache bleibt immerhin Tatsache.

Im Jahre 1921, dem ersten Jahr des Handelsverkehrs mit dem Ausland, haben wir einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht. Das hängt teilweise mit dem Verkehrswesen zusammen, wohl der wichtigsten oder einer der wichtigsten Grundlagen unserer gesamten Wirtschaft. Das hängt mit dem Import und Export zusammen. Gestatten Sie mir, dazu ganz kurz einige Zahlen anzuführen. Alle unsere Schwierigkeiten, die unglaublichsten Schwierigkeiten, ihr Schwergewicht und ihr Kernpunkt liegen in der Brennstoff- und Lebensmittelversorgung, in der bäuerlichen Wirtschaft, in der Hungersnot und dem Elend, die über uns hereingebrochen sind. Wir wissen sehr gut, daß das alles mit dem Verkehrswesen zusammen-

hängt; man muß darüber sprechen, und alle Genossen vom Lande draußen sollen wissen und es ihren Genossen im Lande draußen immer wieder sagen, daß wir unsere ganze Energie aufbieten müssen, um die Ernährungs- und Brennstoffkrise zu überwinden. Das sind die Ursachen, unter denen unser Verkehrswesen — das materielle Werkzeug der Beziehungen zum Ausland — nach wie vor leidet.

Organisatorische Verbesserungen wurden in diesem Jahr auf dem Gebiet unseres Verkehrswesen zweifellos erreicht. Im Jahre 1921 haben wir auf Binnenschiffen weit mehr transportiert als 1920. Die Durchschnittsleistung für 1921 beträgt 1000 Pud pro Werst, 1920 waren es 800 Pud pro Werst. Ein organisatorischer Fortschritt ist zweifellos vorhanden. Es muß gesagt werden, daß wir jetzt zum erstenmal aus dem Ausland Hilfe erhalten: Es sind Tausende von Lokomotiven bestellt, und wir haben bereits die ersten 13 aus Schweden und 37 aus Deutschland erhalten. Das ist ein ganz kleiner Anfang, aber immerhin ein Anfang. Wir haben immerhin Hunderte von Zisternen bestellt, und etwa 500 sind 1921 bereits eingetroffen. Wir zahlen für all das außerordentlich hohe, übermäßig hohe Preise, aber es bedeutet dennoch, daß die Großindustrie der fortgeschrittenen Länder uns Hilfe erweist, es bedeutet, daß die Großindustrie der kapitalistischen Länder uns bei der Wiederherstellung unserer Wirtschaft Hilfe erweist, obwohl sie alle von Kapitalisten regiert werden, die uns aus ganzer Seele hassen. Sie alle sind unter Regierungen vereinigt, die in ihrer Presse ununterbrochen darüber schreiben, wie es mit der Anerkennung Sowjetrußlands de jure steht und ob die bolschewistische Regierung gesetzlich oder ungesetzlich ist. Nach langem Hin und Her stellt sie sich nun als gesetzlich heraus, kann aber nicht anerkannt werden. Diese traurige Wahrheit, daß man uns noch nicht anerkennt, darf ich nicht verhehlen, aber ich kann Ihnen sagen, daß sich unsere Handelsbeziehungen dennoch entwickeln.

Alle diese kapitalistischen Länder sind in der Lage, unverschämte Preise von uns zu fordern, und wir müssen sie ihnen zahlen, trotzdem aber helfen sie unserer Wirtschaft. Wie ist das gekommen? Warum handeln sie gegen ihren Willen, gegen das, was die Presse ununterbrochen einhämmert — und diese Presse ist doch hinsichtlich der Auflagenhöhe und hinsichtlich der Stärke und des Hasses, womit sie gegen uns auftritt, der unseren überlegen. Sie bezeichnen uns als Verbrecher, helfen uns aber

trotzdem. Es zeigt sich, daß sie ökonomisch an uns gebunden sind. Es zeigt sich, wie ich Ihnen bereits sagte, daß unsere Überlegung, in großem Maßstab genommen, richtiger ist als ihre Überlegung. Und zwar nicht deshalb, weil es ihnen etwa an Leuten fehlt, die es verstehen, richtig zu überlegen — im Gegenteil, sie haben ihrer mehr als wir —, sondern deshalb, weil man nicht mehr richtig urteilen kann, wenn man dem Untergang entgegengeht. Darum will ich Ihnen ergänzend einige Zahlen mitteilen, die die Entwicklung unseres Außenhandels zeigen. Ich werde nur ganz wenige Zahlen nehmen, die man im Gedächtnis behalten kann. Wenn man die drei Jahre 1918, 1919 und 1920 betrachtet, so beträgt unser Import etwas über 17 Millionen Pud, 1921 dagegen 50 Millionen Pud, d. h. dreimal soviel wie in den drei vorhergegangenen Jahren zusammengenommen. Unser Export betrug in den ersten drei Jahren insgesamt $2^1/_2$ Millionen Pud, 1921 allein aber $11^1/_2$ Mill. Pud. Diese Zahl ist nicht der Rede wert, sie ist erbärmlich, lächerlich klein, diese Zahl sagt jedem sachverständigen Menschen sofort — das ist Armut. Davon zeugen diese Zahlen. Immerhin aber ist es ein Anfang, und wir, die wir den Versuch erlebten, uns direkt zu erdrosseln, die wir jahrelang die Drohungen zu hören bekamen, daß die Beziehungen zu uns, solange wir das bleiben, was wir sind, mit allen Mitteln verhindert werden — wir sehen trotz allem, daß es Kräfte gibt, die stärker sind als diese Drohungen. Wir sehen trotz allem, daß die ökonomische Entwicklung von den anderen falsch, von uns aber richtig vorausberechnet worden ist. Der Anfang ist gemacht. Die ganze Aufmerksamkeit, alle Anstrengungen, alle Sorgfalt müssen wir jetzt darauf richten, daß diese Entwicklung nicht ins Stocken gerät, daß sie weitergeht.

Ich will noch ein kleines Beispiel anführen, um zu zeigen, wie wir im Laufe des Jahres 1921 vorangekommen sind. Im ersten Quartal 1921 betrug der Import annähernd 3 Mill. Pud, im zweiten Quartal 8 Mill. Pud, im dritten 24 Mill. Pud. Wir schreiten trotz allem vorwärts. Diese Zahlen sind verschwindend klein, werden aber immerhin beständig größer. Und wir sehen, wie sie sich im Jahre 1921 vergrößert haben, das ein unerhört schweres Jahr war. Sie wissen, was uns ein solches Unheil wie die Hungersnot gekostet hat, welch ungeheure Qualen sie auch weiterhin der ganzen Landwirtschaft, der Industrie und unserem ganzen Leben bereitet. Obwohl wir ein Land waren, das durch den Krieg so stark zerrüttet wor-

den war, ein Land, das sowohl infolge all der Kriege als auch infolge der Mißwirtschaft der Zaren und Kapitalisten so kolossale Leiden zu ertragen hatte, sind wir jetzt dennoch auf einem Wege, der uns die Möglichkeit eröffnet, unsere Lage zu verbessern, der unaufhörlichen Feindseligkeit gegen uns zum Trotz. Das ist der grundlegende Faktor. Das ist der Grund, weshalb wir, als wir unlängst von der Washingtoner Konferenz[31] lasen, als wir die Nachricht hörten, daß die uns feindlich gesinnten Mächte genötigt sein werden, im Sommer dieses Jahres eine zweite Konferenz einzuberufen, zu der auch Deutschland und Rußland eingeladen werden sollen und auf der die Bedingungen für einen wahren Frieden beraten werden sollen, sagten: Unsere Bedingungen sind klar und deutlich, wir haben sie dargelegt, sie sind veröffentlicht worden. Auf wieviel Feindseligkeit werden wir stoßen? In dieser Hinsicht gibt es keine Illusionen. Aber wir wissen, daß die wirtschaftliche Lage derer, die uns blockiert haben, verwundbar ist. Es gibt eine größere Kraft als den Wunsch, den Willen und den Beschluß beliebiger feindlicher Regierungen oder Klassen; diese Kraft sind die allgemeinen Verhältnisse der Weltwirtschaft, die sie zwingen, mit uns Beziehungen aufzunehmen. Je weiter sie auf diesem Wege gehen werden, desto breiter, desto rascher wird sich das abzeichnen, was ich Ihnen heute im Rechenschaftsbericht für das Jahr 1921 nur an so winzig kleinen Zahlen zeigen konnte.

Ich muß jetzt zu unserer inneren Wirtschaftslage übergehen. Und hier ist die wichtigste Frage, bei der ich in erster Linie verweilen muß, die Frage unserer ökonomischen Politik. Unsere Hauptarbeit im Berichtsjahr 1921 bestand darin, zu dieser Neuen Ökonomischen Politik überzugehen, sie bestand darin, die ersten Schritte auf diesem Wege zu tun, es zu lernen, diese Schritte zu tun, unsere Gesetzgebung und unsere Verwaltung dem anzupassen. Aus der Presse sind Ihnen zahlreiche Tatsachen und Mitteilungen bekannt, die zeigen, wie sich die Arbeit in dieser Beziehung entwickelt hat. Sie werden von mir gewiß nicht verlangen, daß ich hier ergänzende Tatsachen anführe oder diese oder jene Zahlen bringe. Es ist nur notwendig, das Grundlegende festzustellen, das uns alle am meisten zusammenschloß und das wesentlich ist vom Standpunkt der wesentlichsten und grundlegendsten Frage unserer ganzen Revolution und aller künftigen sozialistischen Revolutionen (wenn man sie im Weltmaßstab betrachtet).

Die grundlegendste und wesentlichste Frage ist das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft, ist das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, ist die Fähigkeit der fortgeschrittenen Arbeiter, die die lange, schwere, aber auch dankbare Schule des Großbetriebs durchlaufen haben, die Sache so anzufassen, daß sie die Masse der Bauern, die vom Kapitalismus, von den Gutsbesitzern und durch ihre eigene bettelarme, kümmerliche alte Wirtschaft erdrückt worden sind, für sich gewinnen. Es gilt, den Bauern zu beweisen, daß nur das Bündnis mit den Arbeitern, welche Schwierigkeiten auf diesem Wege auch immer zu überwinden sein mögen — Schwierigkeiten aber gibt es viele, und wir können davor nicht die Augen verschließen —, daß nur dieses Bündnis die Befreiung der Bauernschaft von dem jahrhundertealten Joch der Gutsbesitzer und Kapitalisten verbürgt. Nur die Festigung des Bündnisses zwischen den Arbeitern und Bauern verbürgt die allgemeine Befreiung der Menschheit von solchen Dingen wie dem imperialistischen Gemetzel, das wir in der jüngsten Vergangenheit erlebt haben, und von den schreienden Widersprüchen, die wir gegenwärtig in der kapitalistischen Welt beobachten, in der eine kleine Anzahl, eine winzige Handvoll sehr reicher Großmächte in ihrem Reichtum erstickt, während die Masse der Bevölkerung des Erdballs in Armut lebt und keine Möglichkeit hat, von jener Kultur und jenen reichen Hilfsquellen Gebrauch zu machen, die vorhanden sind, aber mangels Zirkulation keinen Ausfluß finden.

Die Arbeitslosigkeit ist die Hauptgeißel der fortgeschrittenen Länder. Einen anderen Ausweg aus dieser Lage als das feste Bündnis der Bauernschaft und der Arbeiterklasse, die die schwere, aber einzig solide und ernsthafte Schule der Fabrik, der Ausbeutung in der Fabrik und der Vereinigung durch die Fabrik durchgemacht hat — einen anderen Ausweg gibt es nicht. Dieses Bündnis, ein politisches und militärisches Bündnis, haben wir in den schwersten Jahren unserer Republik erprobt. Zum erstenmal ist 1921 dieses Bündnis ökonomischer Natur. Wir haben unsere Sache in dieser Hinsicht noch sehr, sehr schlecht gemacht. Das muß man offen sagen. Man soll diesen Mangel sehen und ihn nicht beschönigen, man muß alle Kräfte darauf richten, ihn zu beheben, und man muß begreifen, daß das die Grundlage unserer Neuen Ökonomischen Politik ist. Um die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft richtig zu gestalten, sind nur zwei Wege denkbar. Wenn sich die Großindustrie in

blühendem Zustand befindet, wenn sie die Kleinbauern sofort mit einer genügenden Produktenmenge oder einer größeren Produktenmenge als früher versorgen und auf diese Weise ein richtiges Verhältnis zwischen den von den Bauern eingehenden Vorräten an landwirtschaftlichen Produkten und den industriellen Erzeugnissen herstellen kann, dann wird die Bauernschaft vollauf zufriedengestellt sein, dann wird die Bauernschaft in ihrer Masse, die parteilose Bauernschaft, kraft der Tatsachen anerkennen, daß diese neue Ordnung besser ist als die kapitalistische Ordnung. Spricht man von einer blühenden Großindustrie, die fähig ist, die Bauernschaft sofort mit allen erforderlichen Produkten zu versorgen, so ist diese Voraussetzung bereits vorhanden; betrachtet man die Frage im Weltmaßstab, so ist die blühende Großindustrie, die die Welt mit allen Produkten versorgen könnte, auf Erden bereits vorhanden, nur versteht man sie nicht anders in Betrieb zu setzen als zu dem Zweck, Geschütze zu bauen, Geschosse und andere Waffen herzustellen, die mit so großem Erfolg 1914 bis 1918 verwendet worden sind. Damals arbeitete die Industrie für den Krieg, und sie versorgte die Menschheit so reichlich mit ihren Produkten, daß es nicht weniger als 10 Mill. Tote und nicht weniger als 20 Mill. Krüppel gab. Das haben wir gesehen, und ein Krieg im 20. Jahrhundert ist immerhin nicht mehr das, was die früheren Kriege waren.

Aus der Mitte der Leute, die jeglichem Sozialismus am feindseligsten und am fremdesten gegenüberstehen, die der bescheidensten sozialistischen Idee mit unerbittlicher Feindschaft gegenüberstehen, ertönte nach diesem Krieg sogar in jenen Ländern, die als Sieger aus ihm hervorgegangen sind, eine große Zahl von Stimmen, die deutlich sagten, daß man einen solchen Krieg wohl kaum noch einmal zulassen könne, selbst wenn es auf der Welt die bösen Bolschewiki nicht gäbe. Das sagen die Vertreter der reichsten Länder. Das ist es, wofür diese reiche, hochentwickelte Großindustrie gearbeitet hat. Sie hat dazu gedient, Krüppel zu produzieren, und es blieb ihr keine Zeit, die Bauern mit ihren Erzeugnissen zu versorgen. Trotzdem kann man mit Recht sagen, daß eine solche Industrie im Weltmaßstab vorhanden ist. Es gibt in der Welt Länder mit einer solchen hochentwickelten Großindustrie, die sofort Hunderte von Millionen rückständiger Bauern versorgen kann. Wir legen das unseren Berechnungen zugrunde. Sie, die Sie Ihre Beobachtungen im täglichen Leben machen, wissen besser als sonst jemand, was von unserer Groß-

industrie übriggeblieben ist, die ohnehin schwach entwickelt war. Im Donezbecken zum Beispiel, dieser Hauptbasis der Großindustrie, ist während des Bürgerkriegs so viel zerstört worden, und es haben sich dort so viele imperialistische Regierungen abgelöst (wie viele dieser Regierungen hat die Ukraine erlebt!) — das konnte sich nicht anders auswirken, als daß von unserer Großindustrie nur verschwindend kleine Reste übriggeblieben sind. Kommt dann noch eine solche Katastrophe wie die Mißernte 1921 hinzu, so kann man verstehen, daß uns der Versuch, die Bauernschaft mit Erzeugnissen der in die Hände des Staates übergegangenen Großindustrie zu versorgen, nicht gelungen ist. Da dieser Versuch nicht gelungen ist, kann es keine andere ökonomische Verbindung zwischen der Bauernschaft und den Arbeitern, d. h. der Landwirtschaft und der Industrie geben als den Austausch, den Handel. Das ist die Kernfrage. Die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer — das ist die Kernfrage unserer ökonomischen Politik, und diese Kernfrage ist äußerst einfach. Wenn es keine blühende Großindustrie gibt, die fähig ist, sich so zu organisieren, daß sie die Bauernschaft sofort mit Produkten versorgen kann, so gibt es für die allmähliche Entwicklung eines mächtigen Bündnisses der Arbeiter und Bauern keinen anderen Weg als den Weg des Handels und der allmählichen Hebung der Landwirtschaft und Industrie über ihren gegenwärtigen Stand hinaus, unter der Leitung und Kontrolle des Arbeiterstaates — einen anderen Weg gibt es nicht. Die absolute Notwendigkeit hat uns diesen Weg gewiesen. Und nur hierin bestehen die Grundlage und der Wesenskern unserer Neuen Ökonomischen Politik.

In der Epoche, da die Hauptaufmerksamkeit und die Hauptkräfte auf politische und militärische Aufgaben gerichtet waren, konnten wir nicht anders als mit größter Schnelligkeit handeln, indem wir mit der Avantgarde vorwärtsstrebten in dem Bewußtsein, daß diese Avantgarde unterstützt werden wird. Im Bereich der großen politischen Umgestaltungen, jenes gewaltigen Werkes, das wir im Laufe von drei Jahren bewältigt haben, als wir uns gegen die herrschenden Weltmächte zur Wehr setzten, war das Bündnis zwischen den Bauern und den Arbeitern durch den bloßen politischen und militärischen Elan gesichert, denn jeder Bauer wußte, spürte und fühlte, daß ihm ein jahrhundertealter Feind gegenüberstand, der Gutsbesitzer, den die Vertreter der anderen Parteien so oder

anders unterstützten. Darum war dieses Bündnis auch so fest und unbesiegbar.

Auf ökonomischem Gebiet muß das Bündnis auf anderen Grundlagen aufgebaut werden. Hier ist eine Veränderung von Wesen und Form des Bündnisses notwendig. Wenn auch nur irgend jemand aus der Kommunistischen Partei, aus der Gewerkschaft oder einfach aus der Zahl der Leute, die mit der Sowjetmacht sympathisieren, diese notwendige Veränderung in Wesen und Form des Bündnisses übersehen hat, um so schlimmer für ihn. Solche Dinge zu übersehen ist in der Revolution unzulässig. Die Veränderung der Form des Bündnisses ist deshalb zur Notwendigkeit geworden, weil das politische Bündnis und das militärische Bündnis nicht ohne weiteres auch auf ökonomischem Gebiet fortgesetzt werden konnten, da wir noch keine Großindustrie haben, da sie durch einen Krieg, wie ihn kein anderer Staat gekannt hat, zerstört worden ist. Die Industrie hat sich ja bis jetzt noch nicht einmal in den Staaten wieder aufgerichtet, die unendlich reicher sind als der unsrige, die durch den Krieg gewonnen und nicht verloren haben. Die Veränderung von Form und Wesen des Bündnisses zwischen den Arbeitern und den Bauern stellte sich als notwendig heraus. Wir sind in der politischen und militärischen Epoche viel weiter gegangen, als es uns das ökonomische Bündnis der Arbeiter und Bauern unmittelbar gestattete. Wir mußten das tun, um den Feind zu besiegen, und wir hatten ein Recht, das zu tun. Wir taten es mit Erfolg, denn wir besiegten unsere Feinde in jener Arena, wo der Kampf damals ausgetragen wurde — in der politischen und militärischen Arena; in der ökonomischen Arena jedoch erlitten wir eine ganze Reihe von Niederlagen. Wir brauchen uns gar nicht zu scheuen, das zuzugeben, ganz im Gegenteil: Wir werden nur dann siegen lernen, wenn wir uns nicht scheuen, unsere Niederlagen und Mängel zuzugeben, wenn wir der Wahrheit, so traurig sie auch sein mag, mutig ins Auge sehen. Auf unsere Verdienste auf dem ersten Gebiet, auf dem politischen und militärischen, dürfen wir mit Recht stolz sein. Sie sind in die Weltgeschichte als eine Errungenschaft eingegangen, die sich noch auf allen Gebieten auswirken wird. Aber auf ökonomischem Gebiet haben wir in dem Jahr, über das ich Ihnen Rechenschaft abzulegen habe, den Weg der Neuen Ökonomischen Politik erst betreten, und wir machen in dieser Beziehung einen Schritt vorwärts. Zugleich beginnen wir in dieser Beziehung eben erst zu lernen, und wir

machen hier unvergleichlich mehr Fehler, wenn wir rückwärts blicken, gebannt von der vergangenen Erfahrung, die großartig, erhaben und majestätisch war, die Weltbedeutung hatte, die aber jene Aufgabe ökonomischen Charakters nicht lösen konnte, welche uns jetzt auferlegt ist unter den Bedingungen eines Landes, dessen Großindustrie zerstört ist, unter Bedingungen, die von uns verlangen, daß wir vor allem lernen, jene ökonomische Verbindung herzustellen, die jetzt unvermeidlich und notwendig ist. Diese Verbindung ist der Handel. Das ist für Kommunisten eine recht unangenehme Entdeckung. Es ist sehr wohl möglich, daß diese Entdeckung äußerst unangenehm ist, sie ist sogar zweifellos unangenehm, wenn wir uns aber von Erwägungen leiten lassen, ob etwas angenehm oder unangenehm ist, dann werden wir auf das Niveau jener „Beinahe-Sozialisten" hinabsinken, die wir in der Epoche der Provisorischen Regierung Kerenskis zur Genüge kennengelernt haben. Die „Sozialisten" dieses Schlages genießen in unserer Republik wohl kaum noch irgendeine Autorität. Unsere Stärke aber lag stets in der Fähigkeit, die realen Verhältnisse zu berücksichtigen und sich nicht vor ihnen zu fürchten, so unangenehm sie auch für uns sein mögen.

Insofern es eine Großindustrie im Weltmaßstab gibt, ist zweifellos ein unmittelbarer Übergang zum Sozialismus möglich, und niemand wird diese Tatsache bestreiten, wie auch niemand bestreiten wird, daß diese Großindustrie entweder den Atem verliert und in den blühendsten und reichsten Siegerländern Arbeitslosigkeit schafft oder nichts anderes tut, als Geschosse für die Ausrottung der Menschen zu fabrizieren. Haben wir aber angesichts der rückständigen Verhältnisse, unter denen wir in die Revolution eingetreten sind, heute nicht die industrielle Entwicklung, die wir brauchen, wollen wir da etwa verzichten? den Mut sinken lassen? Nein. Wir werden uns an die schwere Arbeit machen, denn der Weg, den wir beschritten haben, ist richtig. Zweifellos ist der Weg des Bündnisses der Volksmassen der einzige Weg, auf dem die Arbeit des Bauern und die Arbeit des Arbeiters Arbeit für sich selbst und nicht Arbeit für den Ausbeuter sein wird. Um dies aber unter unseren Verhältnissen zu verwirklichen, ist jene ökonomische Verbindung notwendig, die heute die einzig mögliche ist — die Verbindung durch die Wirtschaft.

Das ist der Grund unseres Rückzugs. Darum mußten wir uns zum Staatskapitalismus zurückziehen, zu den Konzessionen zurückziehen, zum

Handel zurückziehen. Sonst können wir auf Grund der wirtschaftlichen Zerrüttung, in die wir geraten sind, die gebührende Verbindung mit der Bauernschaft nicht wiederherstellen. Sonst droht uns die Gefahr, daß der Vortrupp der Revolution zu weit vorprellt und die Verbindung mit der Bauernmasse verliert. Es gäbe zwischen ihm und der Bauernmasse keine Tuchfühlung mehr, und das wäre der Ruin der Revolution. Das müssen wir besonders nüchtern erwägen, denn daraus ergibt sich vor allem und hauptsächlich das, was wir unsere Neue Ökonomische Politik nennen. Das ist der Grund, warum wir einmütig gesagt haben, daß wir diese Politik ernsthaft und auf lange Zeit, aber natürlich, wie das schon richtig bemerkt worden ist, nicht für ewig durchführen. Sie ist hervorgerufen durch unsere Armut und Zerrüttung und durch die überaus große Schwächung unserer Großindustrie.

Ich werde mir jetzt erlauben, ganz wenige Zahlen zu nennen, um zu zeigen, daß, so schwer uns das auch fiel, so viele Fehler wir auch machten (wir machten ihrer außerordentlich viele), die Arbeit trotzdem vorwärtsgeht. Genossen, ich habe keine zusammenfassenden Angaben über die Entwicklung des Innenhandels, und ich will nur die Angaben über den Umsatz des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften anführen, und zwar für drei Monate. Hier sind sie: Im September betrug der Umsatz des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften 1 Mill. Goldrubel, im Oktober 3 Mill. und im November 6 Mill. Diese Zahlen sind wiederum, wenn man sie absolut nimmt, verschwindend klein; das muß man offen zugeben, denn es wäre schädlicher, sich in dieser Hinsicht Illusionen zu machen. Das sind armselige Zahlen, aber angesichts der Zerrüttung, in die wir geraten sind, sprechen diese Zahlen untrüglich davon, daß eine Vorwärtsbewegung vorhanden ist, daß wir an dieser ökonomischen Grundlage festhalten können. So zahlreich auch die Fehler sind, die wir — sowohl die Gewerkschaften als auch die Kommunistische Partei und der Verwaltungsapparat — begehen, so überzeugen wir uns doch davon, daß wir uns von diesen Fehlern frei machen können und uns allmählich von ihnen frei machen, daß wir den Weg gehen, der die Beziehungen zwischen der Landwirtschaft und der Industrie unter allen Umständen wiederherstellen wird. Wir müssen und können eine Hebung der Produktivkräfte erreichen, wenn auch nur auf der Stufe des bäuerlichen Kleinbetriebs und vorläufig auf der Grundlage der Kleinindustrie, wenn die Wiederherstel-

lung der Großindustrie so schwierig ist. Wir müssen Erfolge erringen, und wir beginnen sie zu erringen, aber man darf nicht vergessen, daß wir es hier mit einem anderen Tempo und anderen Arbeitsverhältnissen zu tun haben und daß es hier schwerer ist, den Sieg zu erringen. Wir können hier unsere Ziele nicht so schnell erreichen, wie uns das auf politischem und militärischem Gebiet gelungen ist. Wir können hier nicht stoßweise und sprungweise vorwärtsgehen, und die Fristen sind hier anders bemessen — sie zählen nach Jahrzehnten. Ja, das sind die Fristen, in denen wir Erfolge im ökonomischen Krieg erkämpfen müssen, und zwar von unseren Nachbarn nicht unterstützt, sondern befehdet.

Unser Weg aber ist der richtige, denn es ist der Weg, den über kurz oder lang unweigerlich auch die anderen Länder beschreiten werden. Wir haben begonnen, auf diesem richtigen Weg zu gehen. Wir müssen uns nur jeden Schritt, auch den kleinsten, im einzelnen überlegen und alle unsere Fehler, auch die kleinsten, beherzigen, dann werden wir auf diesem Wege unser Ziel erreichen.

Genossen, ich müßte jetzt einige Worte über unser Hauptgewerbe, die Landwirtschaft, sagen, aber ich denke, Sie werden zu dieser Frage ein viel ausführlicheres und vollständigeres Referat hören, als ich es halten könnte, ebenso wie über die Hungersnot, über die Gen. Kalinin zu Ihnen sprechen wird.

Es ist Ihnen allen gut bekannt, Genossen, mit welch ungeheurer Wucht die Hungersnot 1921 über uns hereinbrach. Diese Katastrophen des alten Rußlands mußten sich unvermeidlich auch auf uns übertragen, denn der einzige Ausweg hieraus kann nur die Wiederherstellung der Produktivkräfte sein, aber nicht auf der alten, armseligen Basis des Kleinbetriebs, sondern auf einer neuen Basis, auf der Basis der Großindustrie und der Elektrifizierung. Nur darin liegt die Erlösung von unserer Bettelarmut, von den ununterbrochenen Hungersnöten, aber für diese Arbeit lassen sich, wie man sofort sieht, nicht die Fristen setzen, mit denen wir unsere politischen und militärischen Siege maßen. Obwohl wir von feindlichen Staaten umringt sind, haben wir die Blockade durchbrochen. So spärlich die Hilfe auch war, wir haben doch einiges bekommen. Insgesamt beläuft sie sich auf 2½ Mill. Pud. Das war die ganze Hilfe, die wir aus dem Ausland bekamen, die dem hungernden Rußland von den ausländischen Staaten gnädigst erwiesen werden konnte. An Spenden konnten wir an-

nähernd 600 000 Goldrubel sammeln. Das ist eine elend kleine Summe, aber daraus ersehen wir, wie eigennützig sich die europäische Bourgeoisie zu unserer Hungersnot verhalten hat. Sie haben gewiß alle gelesen, wie anfangs, nach den ersten Nachrichten von der Hungersnot, einflußreiche Staatsmänner schwülstig und feierlich erklärten, daß es teuflisch wäre, die Hungersnot zu benutzen, um die Frage der alten Schulden aufzuwerfen. Ich weiß nicht, ob der Teufel schrecklicher ist als der moderne Imperialismus. Ich weiß nur, daß man tatsächlich versucht hat, trotz der Hungersnot von uns die alten Schulden unter besonders harten Bedingungen zurückzuverlangen. Wir verweigern die Zahlung nicht und erklären feierlich, daß wir bereit sind, hierüber sachlich zu verhandeln. Aber wir werden niemals, unter keinen Umständen zulassen, daß man uns aus diesem Anlaß ohne jede Rücksichtnahme, ohne jede Aufrechnung der gegenseitigen Ansprüche und ohne jede sachliche Erörterung der Frage in Schuldknechtschaft verstrickt — Sie alle verstehen das, und es kann darüber kein Zweifel sein.

Ich muß Ihnen mitteilen, daß uns die letzten Tage immerhin einen sehr bedeutsamen Erfolg im Kampf gegen die Hungersnot gebracht haben. Sie haben gewiß in den Zeitungen gelesen, daß in Amerika 20 Mill. Dollar als Hilfe für die Hungernden in Rußland assigniert worden sind, wahrscheinlich unter den gleichen Bedingungen, unter denen die ARA, die amerikanische Organisation für die Unterstützung der Hungernden, Hilfe gewährt. Dieser Tage ist ein Telegramm von Krassin mit der Mitteilung eingetroffen, daß sich die amerikanische Regierung erbietet, uns innerhalb von drei Monaten die Lieferung von Lebensmitteln und Saatgut für diese 20 Mill. Dollar formell zu garantieren, wenn wir uns unserseits bereit erklären könnten, 10 Mill. Dollar (20 Mill. Goldrubel) für den gleichen Zweck auszugeben. Wir haben umgehend unser Einverständnis gegeben und dies telegrafisch mitgeteilt. Man kann demnach sagen, daß wir wahrscheinlich im Laufe der ersten drei Monate Lebensmittel und Saatgut für die Hungernden für 30 Mill. Dollar, d. h. für 60 Mill. Goldrubel sicherstellen werden. Das ist natürlich wenig, das wird keinesfalls dem furchtbaren Unheil, das über uns hereingebrochen ist, abhelfen. Das verstehen Sie alle sehr gut. Aber jedenfalls ist es doch eine Hilfe, die zweifellos dazu beitragen wird, die entsetzliche Not und den entsetzlichen Hunger zu lindern. Und wenn wir bereits im Herbst hinsichtlich der Ver-

sorgung der Hungergebiete mit Saatgut und der Erweiterung der Saatflächen überhaupt einen gewissen Erfolg buchen konnten, so hoffen wir, im Frühjahr einen noch größeren Erfolg zu erzielen.

Im Herbst haben wir in den von der Hungersnot betroffenen Gouvernements ungefähr 75 % der Wintersaatflächen bestellt, in den teilweise von der Mißernte in Mitleidenschaft gezogenen Gouvernements 102 %, in den produzierenden Gouvernements 123 %, in den konsumierenden Gouvernements 126 %. Das zeigt jedenfalls, daß wir, so höllisch schwer auch unsere Verhältnisse waren, der Bauernschaft hinsichtlich der Erweiterung der Saatfläche und der Bekämpfung der Hungersnot dennoch eine gewisse Hilfe erwiesen haben. Unter den Verhältnissen, die jetzt eingetreten sind, können wir, ohne im geringsten zu übertreiben und ohne einen Irrtum befürchten zu müssen, mit Recht erwarten, daß wir der Bauernschaft bei der Sommeraussaat wesentliche Hilfe erweisen werden. Diese Hilfe wird, ich wiederhole es, keineswegs durchgreifend sein. Wir haben keinesfalls genug Vorräte, um der ganzen Not abzuhelfen. Das muß unumwunden gesagt werden. Um so mehr aber müssen wir unsere Kräfte anspannen, um diese Hilfe zu erweitern.

In diesem Zusammenhang muß ich die Gesamtzahlen erwähnen, die sich auf unser Ernährungswesen beziehen. Die Naturalsteuer brachte den Bauern in ihrer Masse, also die gesamte Bauernschaft genommen, im großen und ganzen eine Erleichterung. Das braucht nicht bewiesen zu werden. Es handelt sich nicht nur darum, welche Getreidemenge der Bauer abzuliefern hatte, sondern darum, daß der Bauer sich bei der Naturalsteuer sicherer fühlte und daß sich seine Interessiertheit an der Wirtschaft erhöhte. Dem strebsamen Bauern eröffnete die Naturalsteuer bei Steigerung der Produktivkräfte einen breiteren Weg. Das Ergebnis der Einziehung der Naturalsteuer für das Berichtsjahr ist im allgemeinen so, daß wir sagen müssen: Es gilt, alle unsere Kräfte anzuspannen, um nicht Schiffbruch zu erleiden.

Hier ganz kurz die allgemeine Bilanz, die ich Ihnen nach den letzten Angaben des Volkskommissariats für Ernährungswesen mitteilen kann. Wir brauchen mindestens 230 Mill. Pud, davon 12 Mill. Pud für die Hungernden, 37 Mill. für Saatgut und 15 Mill. für den Reservefonds. Aufbringen können wir aber 109 Mill. durch die Naturalsteuer, 15 Mill. durch die Mahlgebühr, 12½ Mill. durch Rückerstattung der Saatgutdarlehen,

13½ Mill. durch Warenaustausch, 27 Mill. aus der Ukraine und 38 Mill. Pud aus dem Ausland (38 Mill., wenn wir annehmen, daß wir 30 Mill. auf Grund der Transaktion erhalten, von der ich eben sprach, und außerdem 8 Mill. Pud kaufen). Das macht zusammen 215 Mill. Pud. Trotzdem bleibt auf diese Weise ein Defizit, und wir haben kein einziges Pud in Reserve. Ob wir aber noch mehr im Ausland einkaufen können, ist unbekannt. Unser Ernährungsplan ist jetzt ganz knapp bemessen, um die Bauernschaft, die unter der Hungersnot gelitten hat, so wenig wie möglich zu belasten. Haben wir 1920 38 Mill. Personen auf Staatskosten unterhalten, so haben wir diese Zahl jetzt auf 8 Mill. reduziert. Hieraus läßt sich aber nur der eine Schluß ziehen: Die Naturalsteuer muß zu 100 %, d. h. vollständig, aufgebracht werden, koste es, was es wolle. Wir vergessen keineswegs, daß das für die Bauernschaft, die so viel erlitten hat, eine ungeheure Last bedeutet. Ich weiß sehr gut, daß es den Genossen im Lande draußen, auf deren Schultern die ganze Last der Lebensmittelbeschaffung lag, besser bekannt ist als mir, was diese Aufgabe bedeutet, die Naturalsteuer unbedingt jetzt zu 100 % aufzubringen. Ich muß Ihnen aber im Namen der Regierung als Fazit des Rechenschaftsberichtes über unsere Arbeit im Jahre 1921 sagen: Diese Aufgabe, Genossen, muß erfüllt werden, diese Schwierigkeit müssen wir in Kauf nehmen, und diese Last müssen wir bewältigen. Andernfalls ist das Grundlegendste, das Elementarste auf dem Gebiet unseres Verkehrswesens und unserer Industrie nicht gewährleistet, das minimalste, absolut notwendige Budget nicht gewährleistet, ohne das man in der Lage, in der wir uns befinden, umringt von Feinden und bei einem höchst labilen internationalen Gleichgewicht, nicht existieren kann.

Ohne ungeheure Anstrengungen gibt es aus der Lage, in die wir, vom imperialistischen Krieg und vom Bürgerkrieg gepeinigt und von den regierenden Klassen aller Länder gehetzt, geraten sind, keinen Ausweg und kann es keinen geben, und darum muß man ohne Furcht vor der bitteren Wahrheit klipp und klar sagen und im Namen des Kongresses allen Funktionären im Lande draußen einschärfen: „Genossen, die ganze Existenz der Sowjetrepublik, unser ganzer äußerst bescheidener Plan der Wiederherstellung des Verkehrswesens und der Industrie ist darauf aufgebaut, daß wir das allgemeine Ernährungsprogramm erfüllen. Darum ist es eine unbedingte Notwendigkeit, die Naturalsteuer zu 100 % aufzubringen."

Da ich schon beim Plan bin, gehe ich zu der Frage über, wie es bei uns praktisch mit dem Staatsplan bestellt ist. Ich werde beim Brennstoff beginnen, dem Brot für die Industrie, der Grundlage unserer ganzen Tätigkeit auf dem Gebiet der Industrie. Sie haben vermutlich schon heute die Materialien über die Arbeit unserer Staatlichen Plankommission erhalten oder werden sie dieser Tage erhalten. Sie werden einen Bericht über den Kongreß der Elektrotechniker erhalten, der sehr ernst zu nehmendes und reichhaltiges Material ergeben hat. Die besten technischen und wissenschaftlichen Kräfte Rußlands haben dort den Plan überprüft, der als der einzig wissenschaftlich fundierte, kürzeste und nächste Plan für die Wiederherstellung unserer Großindustrie zu gelten hat, zu dessen Erfüllung nicht weniger als 10—15 Jahre erforderlich sind. Ich sagte bereits und werde unermüdlich wiederholen, daß die Fristen, mit denen wir in unserer praktischen Arbeit zu rechnen haben, jetzt nicht mehr dieselben sind, die wir auf dem Gebiet der politischen und militärischen Arbeit gewohnt waren. Sehr viele leitende Funktionäre der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften haben das schon begriffen, es ist aber notwendig, daß das alle begreifen. In der Broschüre des Gen. Krshishanowski, die morgen an Sie verteilt wird — es handelt sich um den Rechenschaftsbericht der Staatlichen Plankommission —, werden Sie unter anderem sehen, wie vom Standpunkt des kollektiven Denkens von Ingenieuren und Agronomen die Frage unseres Staatsplans überhaupt gestellt wird. Sie werden sehen, wie die Ingenieure und Agronomen nicht von dem bei uns üblichen allgemein-politischen oder allgemein-ökonomischen Standpunkt, sondern vom Standpunkt der kollektiven Erfahrung an die Sache herangehen, wobei sie unter anderem berechnen, bis zu welcher Grenze wir uns zurückziehen können. Sie werden in dieser Broschüre die Antwort auf diese Frage vom Standpunkt der Ingenieure und Agronomen finden, und um so wertvoller ist, daß Sie darin als Resultat der Arbeit unserer gesamtstaatlichen Planinstitution im Berichtsjahr Vorschläge finden werden, wie sie die Frage des Verkehrswesens und der Industrie zu lösen gedenken. Selbstverständlich kann ich Ihnen hier nicht den Inhalt dieser Arbeit darlegen.

Ich möchte nur ganz kurz auf die Frage eingehen, wie es um den Brennstoffplan steht, denn auf diesem Gebiet haben wir zu Beginn des Berichtsjahres 1921 ein schweres Fiasko erlitten. Gerade hier haben wir

uns, auf die Besserung der Lage Ende 1920 gestützt, gründlich verrechnet, so daß das Verkehrswesen im Frühjahr 1921 in eine kolossale Krise geriet, eine Krise, die nicht mehr allein durch den Mangel an materiellen Mitteln hervorgerufen war, sondern auch dadurch, daß wir das Entwicklungstempo nicht richtig berechnet hatten. Schon damals wirkte sich der Fehler aus, daß wir die Erfahrungen, die wir in der politischen und militärischen Periode gemacht hatten, auf die wirtschaftlichen Aufgaben übertrugen. Das ist der wichtigste, der grundlegende Fehler, den wir, Genossen, bis zum heutigen Tag auf Schritt und Tritt wiederholen. Es haften uns gegenwärtig viele Fehler an, und man muß sagen, daß es, wenn wir diese Fehler nicht klar erkennen und wenn wir nicht um jeden Preis erreichen, daß diese Fehler korrigiert werden, keine dauerhafte Besserung unserer Wirtschaftslage geben kann. Nach dieser Lektion, die wir erhalten haben, stellen wir den Brennstoffplan für die zweite Hälfte 1921 bereits mit größter Vorsicht auf. Wir halten hier die geringste Übertreibung für unzulässig und bekämpfen sie auf jede Weise. Die allerdings noch unvollständigen Zahlen für Ende Dezember, die mir Gen. Smilga mitteilte, der alle unsere Institutionen für Brennstofferfassung leitet, zeigen, daß wir hier ein Defizit haben, aber das ist bereits ein unbedeutendes Defizit, das überdies auf eine Verbesserung der inneren Struktur unseres Brennstoffhaushalts hinweist — nämlich auf eine Mineralisierung, wie es die Techniker nennen, d. h. auf einen großen Erfolg in der Versorgung Rußlands mit mineralischem Brennstoff, denn nur auf der Basis von mineralischem Brennstoff kann es eine stabile Großindustrie geben, die geeignet ist, als Fundament für die sozialistische Gesellschaft zu dienen.

Wie war nun unser Brennstoffplan zu Beginn des zweiten Halbjahres 1921 berechnet? Wenn wir 2 700 000 Klafter Holz in bedingte Brennstoffeinheiten von 7000 Kalorien umrechnen, wie wir das immer tun und wie das auch auf S. 40 der Broschüre Krshishanowskis geschehen ist, die an Sie verteilt wird, so kommen schätzungsweise 297 Millionen Pud heraus. Die Zahlen zeigen jetzt, daß wir ungefähr 234 Millionen Pud erhalten haben. Hier ist ein riesiges Defizit, auf das ich Ihre Aufmerksamkeit lenken muß. Der Holzbeschaffung durch unsere Brennstoffbehörden haben wir im Berichtsjahr große Aufmerksamkeit geschenkt. Aber gerade diese Arbeit hängt aufs engste mit dem Zustand der Landwirtschaft zusammen. Gerade hier haben der Bauer und sein Pferd die ganze Last zu

tragen. Der Mangel an Brennstoff, Futtermitteln usw. wirkt sich hier sehr auf die Arbeit aus. Und deshalb entsteht ein Defizit. Aus diesem Grunde muß ich jetzt, da wir am Anfang der Brennstoffkampagne für den Winter stehen, wiederum sagen: Genossen, nehmen Sie die Losung mit nach Hause, auf diesem Gebiet alle Kräfte aufs höchste anzuspannen. Bei der Aufstellung unseres Brennstoffhaushalts haben wir nur das Mindestmaß dessen berechnet, was für die Hebung der Industrie absolut notwendig ist, aber dieses Mindestmaß muß um jeden Preis eingehalten werden, so schwer die Verhältnisse auch sein mögen.

Weiter. Wir hatten damit gerechnet, 143 Mill. Pud Kohle zu erhalten, erhielten aber 184 Mill. Pud — das ist ein Erfolg, ein Fortschritt bei der Mineralisierung unseres Brennstoffs, ein Fortschritt im Donezbecken und auch anderer Institutionen, wo eine ganze Reihe Genossen höchst aufopferungsvoll gearbeitet und bei der Verbesserung der Großindustrie praktische Resultate erzielt haben. Ich werde Ihnen ein paar Zahlen über das Donezbecken anführen, denn das Donezbecken ist die Basis, das Hauptzentrum unserer gesamten Industrie. Wir haben damit gerechnet, 80 Mill. Pud Erdöl zu erhalten, was in Brennstoffeinheiten umgerechnet 120 Mill. ergibt. Beim Torf haben wir mit 40 Mill. (19 Mill. Brennstoffeinheiten) gerechnet und 50 Mill. erhalten. Insgesamt rechneten wir mit 579 Mill. Pud, werden aber, wie es scheint, nicht mehr als 562 Mill. erhalten. Im ganzen genommen gibt es ein Brennstoffdefizit. Zwar ist dieses Defizit nicht groß, es macht vielleicht 3—4% aus, jedenfalls aber ist es ein Defizit. Jedenfalls muß zugegeben werden, daß all dies für die Großindustrie eine direkte Gefahr darstellt, denn das festgesetzte Mindestmaß wird nicht ganz eingehalten werden. Ich denke, ich habe Ihnen an Hand dieses Beispiels gezeigt, daß erstens unsere Planbehörden nicht vergeblich gearbeitet haben und daß der Zeitpunkt näher gerückt ist, wo wir unsere Pläne erfüllen werden, zugleich aber zeigt dieses Beispiel, daß wir uns gerade erst aufzurichten beginnen, daß in dieser Beziehung unsere wirtschaftliche Lage noch im höchsten Grade schwer ist, schwierig ist, und daß darum die wichtigste Losung, der wichtigste Kampfruf, der wichtigste Appell, mit dem unser Kongreß seine Arbeit durchführen und beenden muß, den jeder von Ihnen mit nach Hause nehmen muß, so lautet: Es bedarf einer weiteren Kraftanspannung, so schwer sie auch fallen mag, sowohl auf dem Gebiet der Industrie als auch auf dem Gebiet der Land-

wirtschaft. Es gibt keine andere Rettung für die Republik, für die Behauptung, Erhaltung und Festigung der Macht der Arbeiter und Bauern, als energische Arbeit in dieser Beziehung. Daß wir keine geringen Erfolge erzielt haben, das hat insbesondere das Beispiel des Donezbeckens gezeigt, wo mit außerordentlicher Hingabe und außerordentlichem Erfolg solche Genossen gearbeitet haben wie Gen. Pjatakow auf dem Gebiet der Großindustrie und wie Gen. Ruchimowitsch auf dem Gebiet der Kleinindustrie, welch letzterem es zum erstenmal gelungen ist, die Kleinindustrie so weit zu bringen, daß sie einiges wenige lieferte. In der Großindustrie hat die Arbeitsleistung des Häuers die Vorkriegsnorm erreicht, was bei uns früher nicht der Fall war. Die gesamte Kohlenförderung des Donezbeckens belief sich, wenn wir das Jahr 1920 nehmen, auf 272 Mill. Pud. Sie betrug 272 Mill. Pud, 1921 aber beträgt sie 350 Mill. Diese Zahl ist im Vergleich zu der Höchstzahl der Vorkriegszeit — 1 Milliarde 700 Millionen Pud — außerordentlich klein. Immerhin ist es aber etwas. Das zeigt, daß ein ernsthafter Schritt vorwärts gemacht wird. Das ist immerhin ein Schritt vorwärts bei der Wiederherstellung der Großindustrie, und um die Großindustrie wiederherzustellen, dürfen wir keine Opfer scheuen.

Noch ein paar Worte über die Hüttenindustrie. In dieser Hinsicht ist unsere Lage besonders schwer. Wir erzeugen, grob geschätzt, etwa 6% dessen, was in der Vorkriegszeit erzeugt worden ist. In solchen Ruin, in solche Bettelarmut haben der imperialistische Krieg und der Bürgerkrieg Rußland gestürzt! Aber wir kommen natürlich voran. Bei uns entstehen solche Zentren wie „Südstahl", wo Gen. Meshlauk ebenfalls äußerst hingebungsvoll arbeitet. So schwer auch unsere Lage ist, wir sehen hier doch einen großen Erfolg. In der ersten Hälfte 1921 schmolzen wir monatlich 70 000 Pud Roheisen, im Oktober 130 000, im November 270 000, d. h. fast das Vierfache. Wir sehen, daß wir keinen Grund haben, in Panik zu verfallen. Wir verhehlen uns keineswegs, daß die Zahlen, die ich angeführt habe, von einem kläglichen, armseligen Niveau zeugen, wir können aber doch mit diesen Zahlen beweisen, daß wir, wie schwer das Jahr 1921 auch war, welch außerordentliche Schwierigkeiten die Arbeiter- und Bauernklasse auch zu ertragen hatte, dennoch vorankommen, daß wir auf dem rechten Weg sind und, wenn wir alle Kräfte anspannen, darauf hoffen können, daß der Aufstieg noch steiler wird.

Ich hätte noch gern einige Angaben über den Erfolg der Elektrifizierung gemacht. Leider haben wir vorläufig keinen großen Erfolg aufzuweisen. Ich hatte damit gerechnet, daß ich den IX. Kongreß zur Inbetriebnahme einer von der Sowjetmacht erbauten zweiten großen Kraftzentrale beglückwünschen könnte; die erste ist Schatura, die zweite — die neue Zentrale — das Kraftwerk Kaschira, das wir gerade im Dezember zu eröffnen beabsichtigten.[32] Es hätte uns in der ersten Zeit 6000 Kilowatt Strom geliefert — und kann das auch leisten —, was bei den 18000 Kilowatt, die wir in Moskau haben, eine wesentliche Hilfe wäre. Hier hat aber eine ganze Reihe von Hindernissen dazu geführt, daß wir dieses Kraftwerk im Dezember 1921 noch nicht in Betrieb nehmen können. Das wird in Kürze geschehen, spätestens in einigen Wochen. Überhaupt haben Sie sich vermutlich für den Bericht interessiert, der dieser Tage in der „Ekonomitscheskaja Shisn" erschienen und von Ingenieur Lewi unterzeichnet ist — einem der führenden Teilnehmer des VIII. Gesamtrussischen Elektrotechnischen Kongresses und überhaupt einem unserer besten Fachleute. Aus diesem Bericht will ich Ihnen nur kurz die folgenden Zahlen nennen: Wenn wir die Jahre 1918 und 1919 zusammennehmen, so wurden bei uns in dieser Zeit 51 Kraftwerke mit einer Kapazität von 3500 Kilowatt in Betrieb genommen. Wenn wir die Jahre 1920 und 1921 zusammenzählen, so wurden 221 Kraftwerke mit einer Kapazität von 12000 Kilowatt in Betrieb genommen. Vergleicht man diese Zahlen mit denen Westeuropas, so scheinen sie natürlich äußerst kläglich, armselig zu sein. Aber sie zeigen, wie die Sache sogar beim Vorhandensein von Schwierigkeiten, wie sie kein andres Land kennt, vorwärtsgehen kann. Keine geringe Rolle spielte die Ausbreitung kleiner Kraftwerke auf dem Lande. Es muß offen gesagt werden, daß hierfür sehr oft etwas abgezweigt worden ist. Aber auch in diesen Abzweigungen liegt ein gewisser Nutzen. Durch diese kleinen Kraftwerke wurden auf dem Lande Zentren der neuen modernen Großindustrie geschaffen. Obzwar winzig klein, zeigen sie doch den Bauern, daß Rußland nicht bei der Handarbeit haltmacht, nicht beim primitiven Holzpflug stehenbleibt, sondern vorwärtsschreitet, anderen Zeiten entgegen. Und in die Massen der Bauern dringt allmählich der Gedanke ein, daß wir Rußland auf eine andere Basis stellen müssen und können. Die Fristen sind hierfür, wie ich schon sagte, nach Jahrzehnten bemessen, aber die Arbeit hat bereits begonnen, der Gesichtskreis der

Bauern erweitert sich, und zwar teilweise gerade dank dem Umstand, daß unsere kleinen Kraftwerke schneller zunehmen als die großen. Haben wir uns 1921 mit der Inbetriebnahme eines großen Kraftwerks verspätet, so wird es dafür Anfang 1922 ihrer zwei geben: die Kraftwerke Kaschira bei Moskau und Utkina Sawod bei Petrograd.[33] In dieser Beziehung haben wir jedenfalls einen Weg eingeschlagen, auf dem unser Vormarsch gesichert ist, wenn wir mit der gleichen Energie wie früher an die Lösung unserer Aufgaben herangehen.

Noch ein paar Worte über einen weiteren Erfolg – über unseren Erfolg in der Torfgewinnung. Sie ist bei uns 1920 auf 93 Mill. Pud gestiegen und 1921 auf 139 Mill. Pud – das ist wohl das einzige Gebiet, auf dem wir die Vorkriegsnorm bei weitem überboten haben. An Torf sind wir unermeßlich reich wie kein anderes Land der Welt. Hier gab es aber und gibt es teilweise auch heute noch ungeheure Schwierigkeiten, die davon herrühren, daß diese Arbeit, die überhaupt schwer ist, gerade in Rußland schrecklich schwer war. Die Erfindung des Verfahrens der Hydrotorfgewinnung, an der im Hauptausschuß für Torf die Gen. Radtschenko, Menschikow und Morosow gearbeitet haben, erleichtert diese Arbeit. In dieser Hinsicht wurde ein gewaltiger Erfolg erzielt. 1921 arbeiteten im ganzen 2 Torfpumpen – Maschinen für die Hydrotorfgewinnung, die die Arbeiter von der Sträflingsarbeit erlösen, mit der die Torfgewinnung bisher verbunden war. Jetzt sind in Deutschland 20 solcher Maschinen bestellt und für 1922 zugesagt. Die Zusammenarbeit mit einem fortgeschrittenen europäischen Land hat begonnen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, diese Sache fortzusetzen, um die wir nicht herumkommen. Der Reichtum an Mooren und der Vorrat an Torf ist in Rußland so groß wie nirgends sonst, und es ist jetzt möglich, diese Arbeit aus einer Sträflingsarbeit, die nur wenige Arbeiter auf sich nahmen und auf sich nehmen konnten, in eine normalere Arbeit zu verwandeln. Die praktische Zusammenarbeit mit einem modernen, fortgeschrittenen Staat – mit Deutschland – ist insofern erreicht, als dort in den Fabriken bereits Apparate hergestellt werden, die diese Arbeit erleichtern, Apparate, die ganz bestimmt 1922 in Gang gesetzt werden können. Diesem Umstand müssen wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Wir können auf diesem Gebiet sehr, sehr viel leisten, wenn wir alle daran denken und alle den Gedanken weitertragen, daß wir bei Anspannung der Kräfte und Mechanisierung der Arbeit in

Rußland viel eher imstande sind, aus der Wirtschaftskrise herauszukommen, als irgendein anderer Staat.

Jetzt möchte ich auf dem Gebiet unserer ökonomischen Politik noch eine Seite hervorheben. Bei der Einschätzung unserer Neuen Ökonomischen Politik genügt es nicht, auf das zu achten, was besonders wichtig sein könnte. Natürlich besteht das Wesen der Neuen Ökonomischen Politik im Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft, liegt ihr Wesen im Zusammenschluß der Vorhut des Proletariats mit der breiten Bauernmasse. Die Hebung der Produktivkräfte — um jeden Preis, unverzüglich, sofort — hat dank der Neuen Ökonomischen Politik begonnen. Aber die Neue Ökonomische Politik hat noch eine andere Seite — das Lernen. Die Neue Ökonomische Politik ist die Form, bei der wir wirklich beginnen, wirtschaften zu lernen, in dieser Beziehung haben wir aber bis heute unter aller Kritik gearbeitet. Natürlich fällt es dem kommunistischen Führer, dem gewerkschaftlichen Führer der werktätigen Massen schwer, sich vorzustellen, daß jetzt der Handel der Prüfstein unseres Wirtschaftslebens, die einzige Möglichkeit zum Zusammenschluß des Vortrupps des Proletariats mit der Bauernschaft, das einzige Bindeglied ist, das es ermöglicht, mit dem ökonomischen Aufschwung an der gesamten Front zu beginnen. Nehmen wir einen beliebigen Kaufmann, der unter Kontrolle des Staates und des Gerichts Handel treibt (wir haben proletarische Gerichte, und unsere Gerichte sind in der Lage, auf jeden Privatunternehmer aufzupassen, damit er die Gesetze nicht zu seinem Vorteil auslegt, wie das in den bürgerlichen Staaten der Fall ist; vor kurzem gab es in Moskau ein Beispiel hierfür[34], und Sie alle wissen gut, daß wir diesem Beispiel weitere folgen lassen und die Versuche der Herren Privatunternehmer, unsere Gesetze zu übertreten, streng bestrafen werden), so sehen wir, daß immerhin dieser Kaufmann, dieser Privatunternehmer, wenn 100% Gewinn winken, sich darauf versteht, ein Geschäft abzuwickeln — beispielsweise Rohstoff für die Industrie zu beschaffen —, wie es Kommunisten und Gewerkschafter nie und nimmer fertigbringen. Und eben darin liegt die Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik. Gehen Sie in die Lehre. Diese Lehre ist eine sehr ernste Sache, wir alle müssen sie durchmachen. Sie ist außerordentlich hart. Sie läßt sich nicht vergleichen mit Vorlesungen in der Schule und mit der Ablegung dieses oder jenes Examens. Das ist eine Frage des schweren, harten ökonomischen Kampfes, gestellt unter

den Verhältnissen der Armut, unter den Verhältnissen unerhörter Lasten und Schwierigkeiten, von Brotmangel, Hunger und Kälte, aber das ist die einzig richtige Lehre, die wir durchmachen müssen. Hier wäre jeder Versuch, sich vor dieser Aufgabe zu drücken, jeder Versuch, die Augen davor zu verschließen, in der Meinung, das ginge einen nichts an, seitens eines jeden Kommunisten oder Gewerkschafters verbrecherischster und gefährlichster Hochmut. Genossen, wir alle, die wir Sowjetrußland regieren, leiden sehr an dieser Schwäche, und wir müssen das ganz offen zugeben, um uns von diesem Fehler frei zu machen.

Wir gehen an die Aufgaben unseres wirtschaftlichen Aufbaus auf Grund unserer Erfahrungen von gestern heran, und darin liegt gerade unser grundlegender Fehler. Ich möchte Ihnen hier ein französisches Sprichwort anführen, das besagt, daß bei den Menschen Vorzüge und Mängel gewöhnlich eng zusammenhängen. Die Mängel eines Menschen sind gewissermaßen die Fortsetzung seiner Vorzüge. Aber wenn man die Vorzüge weiter fortsetzt, als nötig ist, wenn sie nicht dann in Erscheinung treten, wann es nötig ist, und nicht dort, wo es nötig ist, dann werden sie zu Mängeln. Wahrscheinlich hat das fast jeder von Ihnen im persönlichen Leben und überhaupt beobachtet, und wir beobachten jetzt in der ganzen Entwicklung unserer Revolution wie unserer Partei und unserer Gewerkschaften, der Hauptstütze der Partei, wir beobachten am ganzen Apparat, der Sowjetrußland regiert, diesen Mangel, der gewissermaßen eine Fortsetzung unserer Vorzüge ist. Der größte Vorzug war, daß wir auf politischem und militärischem Gebiet einen welthistorischen Schritt gemacht haben, der in die Weltgeschichte als Ablösung einer Epoche durch eine andere eingegangen ist. Und welche Qualen wir auch noch erdulden müssen — das kann uns niemand streitig machen. Aus dem imperialistischen Krieg und aus unseren Nöten sind wir nur durch die proletarische Revolution herausgekommen, nur deshalb, weil die Sowjetordnung die alte Ordnung abgelöst hat. Das läßt sich nicht mehr rückgängig machen, das ist ein unanfechtbares, unbestreitbares und unverrückbares Verdienst, das unsere Feinde uns durch keinerlei Anstrengung und keinerlei Druck mehr nehmen können, aber gerade dieser Vorzug wird zu einem sehr gefährlichen Mangel, wenn man ihn dort fortsetzt, wo es nicht angebracht ist.

Die politischen und militärischen Aufgaben konnten auf der gegebenen Bewußtseinsstufe der Arbeiter und Bauern durch einen Aufschwung des

Enthusiasmus gelöst werden. Sie alle verstanden, daß der imperialistische Krieg sie würgt; um das zu verstehen, brauchten sie nicht eine neue Stufe des Bewußtseins, eine neue Stufe der Organisation zu erklimmen. Enthusiasmus, Angriffsgeist und Heldentum, die ein Denkmal dessen sind und stets sein werden, was die Revolution vollbringt und was sie zu tun imstande war, halfen diese Aufgaben lösen. Gerade damit haben wir unseren politischen und militärischen Erfolg errungen, aber dieser Vorzug wird jetzt zu unserem gefährlichsten Mangel. Wir blicken zurück und meinen, man könne auch die wirtschaftlichen Aufgaben auf diese Art lösen. Aber gerade darin liegt der Fehler: Hat sich die Lage verändert und müssen wir Aufgaben anderer Art lösen, so dürfen wir hier nicht zurückblicken und versuchen, sie mit Methoden von gestern zu lösen. Man versuche es nicht — es wird nicht gelingen! Und diesen Irrtum müssen wir erkennen. Die kommunistischen und gewerkschaftlichen Funktionäre, die sich, ob als Sowjetfunktionäre oder als gestrige Soldaten, samt und sonders von der alltäglichen, schweren, langjährigen Wirtschaftsarbeit, die Ausdauer, schwere Prüfungen, langwierige Arbeit, Genauigkeit und Beharrlichkeit verlangt, entfernt haben, sich davor drücken und sich mit Erinnerungen daran herausreden, was wir gestern Großes geleistet haben — sie erinnern mich an die Fabel von den Gänsen, die sich damit brüsteten, daß sie „Rom gerettet" hätten, und denen der Bauer darauf mit der Rute antwortete: „Die Ahnen laßt in Ruh', sei euch geraten, sagt lieber, was sind eure eignen Taten?"* Daß wir in den Jahren 1917, 1918, 1919 und 1920 unsere politischen und militärischen Aufgaben mit größtem Heroismus, mit größtem Erfolg gelöst und damit den Grundstein für eine neue Epoche der Weltgeschichte gelegt haben, bestreitet niemand. Das ist unser Verdienst, und weder in der Partei noch in den Gewerkschaften versucht jemand, uns das zu nehmen — aber vor den Sowjetfunktionären und vor den Gewerkschaftsfunktionären steht jetzt eine andere Aufgabe.

Wir sind jetzt von kapitalistischen Staaten umringt, die uns nicht helfen, sondern hindern; wir arbeiten jetzt unter Verhältnissen von Armut, Ruin, Hunger und Not. Entweder Sie lernen, in einem anderen Tempo zu arbeiten, indem Sie die Arbeit nach Jahrzehnten und nicht nach Monaten berechnen, indem Sie sich an die Masse halten, die erschöpft und außerstande ist, die tägliche Arbeit in heroisch-revolutionärem Tempo zu leisten

* Nach I. A. Krylows Fabel „Die Gänse". *Der Übers.*

— entweder Sie lernen das, oder man wird Sie zu Recht als Gänse bezeichnen. Wenn ein beliebiger gewerkschaftlicher oder politischer Funktionär ganz allgemein sagt, daß wir, die Gewerkschaften, wir, die Kommunistische Partei, regieren, so ist das schön und gut. Auf politischem und militärischem Gebiet haben wir das vortrefflich gemacht, aber auf wirtschaftlichem Gebiet machen wir es schlecht. Das muß man einsehen und es besser machen. Jeder beliebigen Gewerkschaft, die in allgemeinen Zügen die Frage stellt, ob sich die Gewerkschaften an der Produktion beteiligen sollen, sage ich: Hört endlich auf zu schwätzen (Beifall), antwortet mir lieber praktisch auf die Frage und sagt (wenn ihr auf verantwortlichem Posten steht, als Menschen mit Autorität, als Funktionäre der Kommunistischen Partei oder der Gewerkschaft): Wo habt ihr die Produktion gut organisiert, wieviel Jahre habt ihr das gemacht, wieviel Menschen sind euch unterstellt — tausend oder zehntausend? Gebt mir ein Verzeichnis derjenigen, die ihr zur Wirtschaftsarbeit heranzieht, zu einer Arbeit, die ihr zu Ende geführt habt; nicht aber so, daß zwanzigerlei angefangen und dann aus Zeitmangel nichts zu Ende geführt wird. Nach unseren sowjetischen Bräuchen ist es nicht üblich, daß man eine Wirtschaftsarbeit bis zu Ende führt, daß man im Laufe einiger Jahre einen Erfolg aufweisen kann, daß man ohne Scheu bei dem Kaufmann in die Lehre geht, der 100% Gewinn herausholt und sich noch einiges dazu einsteckt, es ist vielmehr üblich, daß man eine schöne Resolution über Rohstoff schreibt und erklärt: Wir sind die Vertreter der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaft, des Proletariats. Entschuldigen Sie bitte. Was ist das Proletariat? Das ist die Klasse, die in der Großindustrie arbeitet. Wo aber ist die Großindustrie? Was ist das für ein Proletariat? Wo ist Ihre Industrie? Warum steht sie still? Weil es keinen Rohstoff gibt? Haben Sie es denn fertiggebracht, welchen aufzutreiben? Nein. Sie werden eine Resolution schreiben, daß man welchen auftreiben soll — und dann sitzen Sie in der Patsche, und man wird sagen: Wie dumm; und Sie werden wahrhaftig den Gänsen gleichen, deren Ahnen Rom gerettet haben.

Uns hat die Geschichte jetzt die Aufgabe gestellt, die größte politische Umwälzung durch eine langsame, schwere, mühselige ökonomische Arbeit zu vollenden, deren Fristen recht lang bemessen sind. Große politische Umwälzungen in der Geschichte haben stets eine lange Zeit gebraucht, um verarbeitet zu werden. Alle großen politischen Umwälzungen wurden

durch den Enthusiasmus der Vortrupps entschieden, denen die Masse spontan und halb bewußt folgte. Anders konnte die Entwicklung in einer von Zaren, Gutsbesitzern und Kapitalisten niedergehaltenen Gesellschaft auch nicht verlaufen. Und diesen Teil der Arbeit, d. h. die politische Umwälzung, haben wir so durchgeführt, daß die welthistorische Bedeutung dieser Tat unbestritten ist. Später, nach der großen politischen Umwälzung, tritt jedoch eine andere Aufgabe auf den Plan, die man begreifen muß: Es gilt, diese Umwälzung zu verarbeiten, sie ins Leben umzusetzen, ohne sich damit herauszureden, daß die Sowjetordnung schlecht sei und daß man sie umgestalten müsse. Es gibt bei uns schrecklich viele Leute, die auf Umgestaltungen jedweder Art versessen sind, und durch diese Umgestaltungen wird so großes Unheil angerichtet, wie ich es in meinem ganzen Leben nicht kennengelernt habe. Daß es bei uns im Apparat bei der Organisierung der Massen Mängel gibt, weiß ich ausgezeichnet, und ich mache mich anheischig, Ihnen zu zehn Mängeln, die mir jeder von Ihnen aufzeigen kann, sofort ein weiteres Hundert zu nennen. Aber es geht nicht darum, den Apparat durch eine schnelle Reorganisation zu verbessern, sondern darum, daß diese politische Umwälzung verarbeitet werden muß, damit in Kultur und Wirtschaft ein neues Niveau erreicht wird. Darauf kommt es an. Nicht umgestalten soll man, sondern im Gegenteil helfen, die zahlreichen Mängel zu beseitigen, die es in der Sowjetordnung und im ganzen Verwaltungssystem gibt, damit Dutzenden und Millionen von Menschen geholfen wird. Die ganze Masse der Bauernschaft muß uns helfen, die gewaltige politische Errungenschaft, die wir gemacht haben, zu verarbeiten. Hier heißt es nüchtern bleiben und sich Rechenschaft darüber ablegen, daß wir diese Errungenschaft zwar haben, daß sie aber noch nicht völlig in die Ökonomik des Alltagslebens und in die Existenzbedingungen der Massen eingegangen ist. Hier gibt es Arbeit für ganze Jahrzehnte, und dafür müssen gewaltige Anstrengungen gemacht werden. Diese Arbeit ist nicht in dem Tempo, mit der Schnelligkeit und unter den Bedingungen zu leisten, unter denen wir die militärische Arbeit geleistet haben.

Bevor ich schließe, erlaube ich mir, diese Lehre — daß Mängel zuweilen die Fortsetzung unserer Vorzüge sind — noch auf eine unserer Institutionen, nämlich auf die Gesamtrussische Tscheka auszudehnen. Genossen! Es ist Ihnen allen natürlich bekannt, was für einen wilden Haß diese Institution bei den russischen Emigranten und den zahlreichen Vertretern

der regierenden Klassen der imperialistischen Länder hervorruft, die mit diesen russischen Emigranten unter einem Dach leben. Wie könnte es auch anders sein! Das ist ja die Institution, die unsere schärfste Waffe war gegen die unzähligen Verschwörungen, die unzähligen Anschläge auf die Sowjetmacht seitens der Leute, die unvergleichlich stärker waren als wir. Ihnen, den Kapitalisten und Gutsbesitzern, verblieben alle internationalen Verbindungen, sie genossen jegliche internationale Unterstützung, sie erhielten Unterstützung von Staaten, die unvergleichlich mächtiger sind als unser Staat. Sie wissen aus der Geschichte dieser Verschwörungen, wie diese Leute vorgegangen sind. Sie wissen, daß man darauf nicht anders antworten konnte als mit Repressalien, mit erbarmungslosen, schnellen, sofortigen Repressalien, die sich auf die Sympathie der Arbeiter und Bauern stützten. Das ist das Verdienst unserer Gesamtrussischen Tscheka. Wir werden das stets betonen, wenn wir in direkter oder indirekter Form das Gezeter hören, wie wir es oftmals aus dem Ausland hören, das jene russischen Vertreter anstimmen, die das Wort „Tscheka" in allen Sprachen zu gebrauchen verstehen und es als Muster, als Typus russischer Barbarei bezeichnen.

Meine Herren Kapitalisten, russische und ausländische! Wir wissen, daß ihr diese Institution nicht liebgewinnen könnt. Das wäre ja noch schöner! Sie hat es verstanden, eure Intrigen und Schliche wie niemand sonst unter Bedingungen abzuwehren, da ihr uns zu erdrosseln suchtet, da ihr uns mit Überfällen eingekreist habt, da ihr Verschwörungen im Innern angezettelt habt und vor keinerlei Verbrechen zurückgeschreckt seid, um unsere friedliche Arbeit zu hintertreiben. Wir konnten darauf nicht anders antworten als mit dieser Institution, die jeden Schritt der Verschwörer verfolgte und sich darauf verstand, nicht lange zu überreden, sondern unverzüglich zu strafen. Ohne eine solche Institution kann die Macht der Werktätigen nicht bestehen, solange es auf der Welt noch Ausbeuter gibt, die nicht gewillt sind, den Arbeitern und Bauern ihre Gutsbesitzer- und Kapitalistenrechte auf dem Präsentierteller darzubieten. Das wissen wir sehr gut, aber wir wissen auch, daß die Vorzüge eines Menschen zu seinen Mängeln werden können, und wir wissen, daß die Lage, die sich bei uns herausgebildet hat, gebieterisch verlangt, diese Institution auf die rein politische Sphäre zu beschränken, ihre Tätigkeit auf die Aufgaben zu konzentrieren, bei deren Lösung ihr die Verhältnisse und Be-

dingungen zustatten kommen. Wenn die Versuche der Konterrevolution derart bleiben, wie sie bisher waren — und wir haben keine Beweise dafür, daß sich die Mentalität unserer Gegner in dieser Beziehung geändert hat, wir haben keinen Grund, das anzunehmen —, so werden wir so zu antworten verstehen, daß man unsere Antwort ernst nimmt. Der Sowjetstaat läßt ausländische Vertreter ins Land, die unter dem Vorwand kommen, Hilfe zu leisten, aber diese Vertreter helfen, die Sowjetmacht zu stürzen. Dafür haben wir Beispiele. Wir werden nicht in die Lage eines solchen Staates kommen, denn wir wissen eine solche Institution wie die Gesamtrussische Tscheka zu schätzen und einzusetzen. Das können wir allen und jedem garantieren. Zugleich aber sagen wir ganz deutlich, daß es notwendig ist, die Gesamtrussische Tscheka einer Reform zu unterziehen, ihre Funktionen und Kompetenzen festzulegen und ihre Arbeit auf politische Aufgaben zu beschränken. Wir haben gegenwärtig die Aufgabe, den Warenumlauf zu entwickeln — das erheischt die Neue Ökonomische Politik —, das aber erfordert größere revolutionäre Gesetzlichkeit. Es ist klar, hätten wir unter den Bedingungen des militärischen Angriffs, als der Feind die Sowjetmacht an der Gurgel packte, hätten wir damals diese Aufgabe an die Spitze gestellt, so wären wir Pedanten gewesen, hätten wir Revolution gespielt, aber nicht Revolution gemacht. Je mehr wir in Verhältnisse eintreten, die feste und sichere Machtverhältnisse sind, je stärker sich der Warenumlauf entwickelt, desto nachdrücklicher muß die entschiedene Losung der Verwirklichung größerer revolutionärer Gesetzlichkeit in den Vordergrund gerückt werden, und desto mehr verengt sich die Sphäre der Institution, die auf jeden Schlag der Verschwörer mit einem Gegenschlag antwortet. Das ist das Ergebnis der Erfahrungen, Beobachtungen und Überlegungen, die von der Regierung im Laufe des Berichtsjahres gemacht worden sind.

Zum Schluß muß ich sagen, Genossen, daß die Aufgabe, die wir in diesem Jahr lösen und die wir bis jetzt so schlecht gelöst haben — der Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern zu einem festen ökonomischen Bündnis, selbst unter den Verhältnissen größter Armut und Zerrüttung —, daß diese Aufgabe von uns jetzt richtig gestellt worden ist, daß wir eine richtige Linie bezogen haben und es in dieser Beziehung keine Zweifel geben kann. Und vor dieser Aufgabe steht nicht nur Rußland, sondern die ganze Welt.

Die Aufgabe, die wir jetzt lösen, vorläufig – vorübergehend – allein, scheint eine rein russische Aufgabe zu sein, in Wirklichkeit aber ist es eine Aufgabe, vor der alle Sozialisten stehen werden. Der Kapitalismus ist zum Untergang verurteilt. Bei seinem Untergang kann er noch Millionen und aber Millionen Menschen unglaubliche Qualen bereiten, aber es gibt keine Kraft, die seinen Untergang verhindern könnte. Die neue Gesellschaft, die auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruhen wird, ist unabwendbar. Früher oder später, zwanzig Jahre früher oder zwanzig Jahre später, wird sie kommen, und für sie, für diese Gesellschaft, helfen wir die Formen des Bündnisses der Arbeiter und Bauern ausarbeiten, wenn wir uns bemühen, unsere Neue Ökonomische Politik zu verwirklichen. Wir werden diese Aufgabe lösen und ein derart festes Bündnis der Arbeiter und Bauern schaffen, daß keine Macht der Welt es je zerstören kann. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

„Prawda" Nr. 292,
25. Dezember 1921.

Nach dem Text des Buches „Der Neunte Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Bauern-, Rotarmisten- und Kosakendeputierten. Stenografischer Bericht". Herausgegeben vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee, Moskau 1922, verglichen mit dem Stenogramm.

2

DIREKTIVE FÜR DIE ARBEIT AUF WIRTSCHAFTLICHEM GEBIET, ANGENOMMEN VOM IX. GESAMTRUSSISCHEN SOWJETKONGRESS 28. DEZEMBER 1921

Der IX. Gesamtrussische Sowjetkongreß gibt nach Entgegennahme der Referate und Berichte der Volkskommissariate über die wirtschaftliche Tätigkeit im Berichtsjahr allen zentralen und lokalen Sowjetinstitutionen die nachstehenden grundsätzlichen Anweisungen, die bestimmt sind, die Beschlüsse des Sowjetkongresses zu einzelnen Fragen der Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zu ergänzen und zu verallgemeinern, und die strikt durchgeführt werden müssen:

1. Der Sowjetkongreß befiehlt allen Wirtschaftsorganen, als wichtigste und vordringliche Aufgabe ihrer Tätigkeit zu betrachten, daß bei der Versorgung der Bauernschaft mit einer großen Menge von Waren, die für den Aufschwung der Landwirtschaft und für die Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Masse der Bauernschaft notwendig sind, in kürzester Frist und um jeden Preis dauerhafte praktische Erfolge erzielt werden.

2. Dieses Ziel als das Hauptziel müssen alle leitenden Organe der Industrie stets im Auge behalten, selbstverständlich ohne dabei die hundertprozentige Versorgung der Roten Armee, die im Interesse der ungeschwächten Verteidigungsfähigkeit der Sowjetrepublik an erster Stelle zu stehen hat, auch nur im geringsten zu vernachlässigen.

3. Demselben Ziel muß die Verbesserung der Lage der Arbeiter in dem Sinne untergeordnet sein, daß alle Arbeiterorganisationen (in erster Linie die Gewerkschaften) verpflichtet werden, für eine solche Umstellung der Industrie Sorge zu tragen, die geeignet ist, die Bedürfnisse der Bauernschaft rasch und umfassend zu befriedigen. Dabei sind Lohnerhöhungen und Verbesserungen in der Lebenslage der Industriearbeiter unmittelbar

davon abhängig zu machen, in welchem Grade diesbezüglich Erfolge erreicht werden.

4. Demselben Ziel muß die Tätigkeit des Volkskommissariats für Finanzen untergeordnet sein, dem der IX. Sowjetkongreß die Aufgabe stellt, unter Anspannung aller Kräfte und mit größtmöglicher Schnelligkeit die Emission von Papiergeld einzuschränken und später überhaupt einzustellen und wieder einen geregelten Geldumlauf auf der Basis der Goldwährung einzuführen. Die Ersetzung der Emission durch Steuern muß strikt und ohne die geringste Verschleppung durchgeführt werden.

5. Dasselbe Ziel müssen sich alle für den Innen- und Außenhandel zuständigen Organe und Institutionen, d. h. der Zentralverband der Konsumgenossenschaften, das Volkskommissariat für Außenhandel usw., als ihr Hauptziel stellen. Der Sowjetkongreß wird die Erfolge dieser Institutionen nur an den schnellen praktischen Ergebnissen messen, die bei der Entwicklung des Umsatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie erzielt werden, und beauftragt die leitenden Organe der Sowjetmacht, ebenso zu verfahren. Insbesondere stellt der Sowjetkongreß die Aufgabe, stärker auf die privaten Wirtschaftsunternehmungen zurückzugreifen, was die Gewinnung und Ausfuhr von Rohstoffen sowie jederlei Entwicklung des Handels betrifft. Den Staatsorganen weist er hierbei eine kontrollierende und lenkende Rolle zu, wobei jede Art von Verschleppung und Bürokratismus, die der lebendigen Sache schaden, schonungslos zu ahnden ist.

6. Von allen zuständigen Wirtschaftsorganen und -institutionen verlangt der IX. Sowjetkongreß, daß sie unvergleichlich aufmerksamer und energischer als bisher alle einigermaßen befähigten Kräfte aus den Reihen der parteilosen Arbeiter und Bauern zur staatlichen Tätigkeit auf diesem Gebiet heranziehen.

Der Kongreß stellt fest, daß wir in dieser Beziehung zurückgeblieben sind; — daß in dieser Beziehung nicht systematisch und beharrlich genug gearbeitet wird; — daß der Kreis der Wirtschafts- und Staatsfunktionäre in dieser Beziehung unbedingt und dringend erweitert werden muß; — daß insbesondere jedem Erfolg, der zum wirtschaftlichen Aufschwung beiträgt, regelmäßiger entweder durch den Orden „Banner der Arbeit" oder durch Geldprämien Anerkennung gezollt werden muß.

Der Sowjetkongreß lenkt die Aufmerksamkeit aller Wirtschaftsorgane und der verschiedenartigsten Klassenorganisationen, die nicht rein staat-

lichen Charakter tragen, auf die unbedingte Notwendigkeit, für den wirtschaftlichen Aufbau noch beharrlicher Spezialisten heranzuziehen. Darunter sind sowohl Vertreter der Wissenschaft und Technik als auch Menschen zu verstehen, die sich durch praktische Tätigkeit Erfahrungen und Kenntnisse im Handel, in der Organisation großer Unternehmungen, in der Kontrolle geschäftlicher Transaktionen u. dgl. m. erworben haben. Die zentralen und lokalen Institutionen der RSFSR haben ständig dafür zu sorgen, daß die Lage der Spezialisten verbessert und unter ihrer Leitung ein breiter Kreis von Arbeitern und Bauern angelernt wird.

7. Vom Volkskommissariat für Justiz fordert der IX. Sowjetkongreß unvergleichlich größere Energie in zweierlei Hinsicht:

Erstens müssen die Volksgerichte der Republik die Tätigkeit der privaten Händler und Unternehmer aufmerksam verfolgen; sie dürfen nicht zulassen, daß deren Tätigkeit im geringsten eingeengt wird, müssen jedoch gleichzeitig den kleinsten Versuch, von der strikten Einhaltung der Gesetze der Republik abzuweichen, auf das strengste bestrafen und die breiten Massen der Arbeiter und Bauern dazu erziehen, sich selbständig, rasch und tatkräftig einzuschalten, wenn es gilt, über die Einhaltung der Gesetzlichkeit zu wachen.

Zweitens müssen die Volksgerichte aufmerksamer darauf achten, daß Bürokratismus, Amtsschimmelei und schlechte Wirtschaftsorganisation gerichtlich geahndet werden. Prozesse dieser Art sind notwendig; erstens um das Verantwortungsgefühl gegenüber diesem Übel zu heben, das unter unseren Verhältnissen so schwer zu bekämpfen ist, zum andern, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter- und Bauernmassen auf diese höchst wichtige Frage zu lenken und um das praktische Ziel zu erreichen: größere wirtschaftliche Erfolge.

Der IX. Sowjetkongreß ist der Meinung, daß in der neuen Periode die Aufgabe des Volkskommissariats für Bildungswesen darin besteht, in kürzester Frist auf allen Gebieten einen Stamm von Spezialisten aus Arbeiter- und Bauernkreisen heranzubilden, und empfiehlt, die schulische und außerschulische Bildungsarbeit noch stärker mit den aktuellen wirtschaftlichen Aufgaben sowohl der gesamten Republik als auch des jeweiligen Gebietes und Ortes zu verbinden. Insbesondere stellt der IX. Sowjetkongreß fest, daß bei weitem noch nicht genügend getan wurde, um den Beschluß des VIII. Sowjetkongresses über die Propagierung des Plans der Elektrifizie-

rung Rußlands durchzuführen. Er verlangt, daß bei jedem Kraftwerk alle geeigneten Kräfte mobilisiert und regelmäßig Aussprachen, Vorlesungen und praktische Übungen veranstaltet werden, um die Arbeiter und Bauern mit dem Elektrizitätswesen, dessen Bedeutung und dem Elektrifizierungsplan vertraut zu machen; in den Kreisen, wo es noch kein einziges Kraftwerk gibt, müssen so schnell wie möglich wenigstens kleine Kraftwerke gebaut werden, die zum lokalen Mittelpunkt der erwähnten Propaganda- und Aufklärungsarbeit und zum Ansporn für jederlei Initiative auf diesem Gebiet werden sollen.

Geschrieben am 25. Dezember 1921.
Veröffentlicht am 30. Dezember 1921 in den „Iswestija WZIK" (Nachrichten des Gesamtrussischen ZEK) Nr. 295.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE POLITIK DER ENGLISCHEN ARBEITERPARTEI

Brief an das ZK der KPR(B)

Das Telegramm betreffs der britischen Arbeiterpartei zeigt die außerordentliche Naivität Krassins. Meines Erachtens müssen jetzt zweierlei Maßnahmen getroffen werden: 1. man soll in der Presse eine Reihe von Artikeln mit den verschiedensten Unterschriften veröffentlichen, in denen die Ansichten der sogenannten europäischen Demokratie über die georgische Frage verspottet werden; 2. man soll sofort einen bissigen Journalisten beauftragen, eine ausgemacht höfliche Antwortnote an die englische Arbeiterpartei zu entwerfen. In dieser Note ist aufs eindringlichste darzulegen, daß der Vorschlag über den Abzug unserer Truppen aus Georgien und über die Abhaltung eines Referendums in Georgien durchaus vernünftig wäre und als von Leuten ausgehend betrachtet werden könnte, die den Verstand nicht verloren haben und von der Entente nicht bestochen sind, wenn dieser Vorschlag auf alle Völker des Erdballs ausgedehnt würde. Insbesondere machen wir der britischen Arbeiterpartei, um ihren Führern das Verständnis dafür zu erleichtern, was die modernen imperialistischen Beziehungen in der internationalen Politik bedeuten, den Vorschlag, wohlwollend zu prüfen: erstens den Abzug der englischen Truppen aus Irland und die Abhaltung eines Referendums in Irland; zweitens dasselbe hinsichtlich Indiens; drittens dasselbe hinsichtlich der japanischen Truppen in Korea; viertens dasselbe hinsichtlich aller Länder, in denen sich Truppen irgendeines der großen imperialistischen Staaten befinden. In der Note ist in ausnehmend höflicher Form dem Gedanken Ausdruck zu verleihen, daß Leute, die willens sind, über diese unsere Vorschläge und über das System der imperialistischen Beziehungen in der internationalen Politik nachzudenken, imstande sein könnten, den „inter-

essanten" Charakter der Vorschläge, die wir der englischen Arbeiterpartei machen, zu verstehen. Im großen und ganzen soll der Entwurf der Note eine ausgemacht höfliche und außerordentlich populäre (dem Begriffsvermögen zehnjähriger Kinder angepaßte) Verspottung der idiotischen Führer der englischen Arbeiterpartei sein.

Ich schlage dem Politbüro vor, zu überlegen, ob man nicht eine Abschrift dieses Briefes an Krassin schicken sollte. Ich persönlich spreche mich dafür aus.

Lenin

27. XII. 1921

Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1930 in der „Prawda" Nr. 21.

Telefonisch diktiert. Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

ÜBER DIE ROLLE UND DIE AUFGABEN DER GEWERKSCHAFTEN UNTER DEN VERHÄLTNISSEN DER NEUEN ÖKONOMISCHEN POLITIK

Beschluß des ZK der KPR(B) vom 12. Januar 1922[35]

1. DIE NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Die Neue Ökonomische Politik führt zu einer Reihe wesentlicher Veränderungen in der Lage des Proletariats und folglich auch der Gewerkschaften. Die überwiegende Masse der Produktionsmittel auf dem Gebiet der Industrie und des Verkehrswesens bleibt in den Händen des proletarischen Staates. Zusammen mit der Nationalisierung des Grund und Bodens zeigt dieser Umstand, daß die Neue Ökonomische Politik das Wesen des Arbeiterstaates nicht verändert, die Methoden und Formen des sozialistischen Aufbaus jedoch wesentlich ändert, denn sie läßt auf der Basis einer Befriedigung der vielmillionenköpfigen Bauernschaft über den Markt den ökonomischen Wettstreit zu zwischen dem im Aufbau befindlichen Sozialismus und dem nach Wiedererstehung strebenden Kapitalismus.

Die Änderungen der Formen des sozialistischen Aufbaus werden durch den Umstand hervorgerufen, daß in der gesamten Politik des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht jetzt bei diesem Übergang besondere Methoden anwenden, in vieler Beziehung auf eine andere Art vorgehen als früher, eine Reihe von Positionen sozusagen durch eine „neue Umgehung" erobern, einen Rückzug durchführen, um besser vorbereitet wieder zum Angriff auf den Kapitalismus überzugehen. Insbesondere sind gegenwärtig freier Handel und Kapitalismus, die der staatlichen Regelung unterstehen, zugelassen und entwickeln sich, während anderseits die sozialisierten Staatsbetriebe auf das sogenannte Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, d. h.

auf kommerzielle Grundlage, übergeführt werden, was bei der allgemeinen kulturellen Rückständigkeit und Erschöpfung des Landes unvermeidlich in größerem oder geringerem Maße dahin führen wird, daß im Bewußtsein der Massen die Betriebsleitung und die im Betrieb beschäftigten Arbeiter als einander entgegengestellt erscheinen.

2. DER STAATSKAPITALISMUS IM PROLETARISCHEN STAAT UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Ohne sein Wesen zu ändern, kann der proletarische Staat die Freiheit des Handels und die Entwicklung des Kapitalismus nur bis zu einem bestimmten Grade zulassen und nur unter der Bedingung der staatlichen Regelung (Aufsicht, Kontrolle, Festsetzung der Formen, der Ordnung usw.) des Privathandels und des privatwirtschaftlichen Kapitalismus. Der Erfolg einer solchen Regelung hängt nicht nur von der Staatsmacht ab, sondern noch mehr vom Reifegrad des Proletariats und der werktätigen Massen im allgemeinen, sodann vom Kulturniveau usw. Aber selbst bei vollem Erfolg einer solchen Regelung bleibt der Gegensatz zwischen den Klasseninteressen der Arbeit und des Kapitals unbedingt bestehen. Darum besteht von nun an eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften darin, die Klasseninteressen des Proletariats in seinem Kampf gegen das Kapital in jeder Hinsicht und mit allen Mitteln zu verteidigen. Diese Aufgabe muß offen an eine der ersten Stellen gerückt werden, der Gewerkschaftsapparat muß entsprechend umgebaut, abgeändert oder ergänzt werden (Konfliktkommissionen, Streikfonds, Fonds für gegenseitige Hilfe usw. müssen gegründet, richtiger gesagt, von Fall zu Fall geschaffen werden).

3. DIE STAATLICHEN BETRIEBE, DIE AUF DIE SOGENANNTE WIRTSCHAFTLICHE RECHNUNGSFÜHRUNG ÜBERGEFÜHRT WERDEN, UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Die Überführung der Staatsbetriebe auf die sogenannte wirtschaftliche Rechnungsführung ist unvermeidlich und untrennbar verbunden mit der

Neuen Ökonomischen Politik, und in nächster Zukunft wird dieser Typus unausbleiblich zum vorherrschenden, wenn nicht zum ausschließlichen werden. Faktisch bedeutet das unter den Verhältnissen des zugelassenen und sich entwickelnden freien Handels, daß die Staatsbetriebe weitgehend auf kommerzielle Grundlage übergeführt werden. Dieser Umstand, in Verbindung mit der gebieterischen Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität zu steigern und zu erreichen, daß ein jeder Staatsbetrieb ohne Verlust, mit Gewinn arbeitet, sowie in Verbindung mit dem unvermeidlichen Ressortinteresse und der Übertreibung des Ressorteifers, erzeugt, was die Fragen der Arbeitsbedingungen im Betrieb betrifft, unausbleiblich einen gewissen Interessengegensatz zwischen den Arbeitermassen und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder deren übergeordneten Behörden. Darum haben die Gewerkschaften in bezug auf die sozialisierten Betriebe unbedingt die Pflicht, die Interessen der Werktätigen zu schützen und nach Möglichkeit zur Hebung ihres Lebensstandards beizutragen, indem sie Fehler und Übertreibungen der Wirtschaftsorgane ständig korrigieren, soweit diese bürokratischen Auswüchsen des Staatsapparats entspringen.

4. DER WESENTLICHE UNTERSCHIED ZWISCHEN DEM KLASSENKAMPF DES PROLETARIATS IN EINEM STAAT, DER DAS PRIVATEIGENTUM AM GRUND UND BODEN, AN DEN FABRIKEN USW. ANERKENNT UND WO SICH DIE POLITISCHE MACHT IN HÄNDEN DER KAPITALISTENKLASSE BEFINDET, UND DEM ÖKONOMISCHEN KAMPF DES PROLETARIATS IN EINEM STAAT, DER DAS PRIVATEIGENTUM AM GRUND UND BODEN UND AN DEN MEISTEN GROSSBETRIEBEN NICHT ANERKENNT, IN EINEM STAAT, WO SICH DIE POLITISCHE MACHT IN HÄNDEN DES PROLETARIATS BEFINDET

Solange Klassen bestehen, ist der Klassenkampf unvermeidlich. In der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus ist das Bestehen von Klassen unvermeidlich, und das Programm der KPR sagt mit voller Bestimmtheit, daß wir lediglich die ersten Schritte beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus machen. Darum müssen sowohl die Kom-

munistische Partei und die Sowjetmacht als auch die Gewerkschaften offen anerkennen, daß der ökonomische Kampf besteht und so lange unvermeidlich ist, bis die Elektrifizierung der Industrie und der Landwirtschaft wenigstens in den Grundzügen abgeschlossen und damit die Axt an alle Wurzeln des Kleinbetriebs und der Marktherrschaft gelegt ist.

Anderseits ist es augenscheinlich, daß das Endziel des Streikkampfes unter dem Kapitalismus die Zerstörung des Staatsapparats, der Sturz der Staatsmacht der gegebenen Klasse ist. Aber beim proletarischen Staat vom Übergangstypus, wie es der unsere ist, kann das Endziel jeder Aktion der Arbeiterklasse nur die Festigung des proletarischen Staates und der Staatsmacht der proletarischen Klasse, auf dem Wege des Kampfes gegen bürokratische Auswüchse dieses Staates, gegen seine Fehler und Schwächen, gegen die sich seiner Kontrolle entziehenden Klassengelüste der Kapitalisten usw. sein. Darum können sowohl die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht als auch die Gewerkschaften keinesfalls vergessen und dürfen den Arbeitern und werktätigen Massen niemals verhehlen, daß die Anwendung des Streikkampfes in einem Staat mit proletarischer Staatsmacht ausschließlich erklärt und gerechtfertigt werden kann durch bürokratische Auswüchse des proletarischen Staates und alle möglichen Überreste der kapitalistischen Vergangenheit in seinen Institutionen einerseits und durch die politische Unentwickeltheit und kulturelle Rückständigkeit der werktätigen Massen anderseits.

Deshalb ist es bei Reibungen und Konflikten zwischen einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse und einzelnen Institutionen und Organen des Arbeiterstaates die Aufgabe der Gewerkschaften, mitzuwirken an der möglichst schnellen und schmerzlosen Beilegung der Konflikte mit maximalen Vorteilen für die von ihnen vertretenen Arbeitergruppen, soweit diese Vorteile erreicht werden können ohne Benachteiligung anderer Gruppen und ohne Schaden für die Entwicklung des Arbeiterstaates und seiner Wirtschaft als Ganzes, denn nur diese Entwicklung kann die Grundlage für das materielle und geistige Wohl der Arbeiterklasse schaffen. Die einzig richtige, gesunde und zweckmäßige Methode für die Beilegung von Reibungen und Konflikten zwischen einzelnen Teilen der Arbeiterklasse und Organen des Arbeiterstaates ist eine vermittelnde Beteiligung der Gewerkschaften, die durch ihre entsprechenden Organe entweder mit den interessierten Wirtschaftsorganen auf Grund genau formulierter Forde-

rungen und Vorschläge beider Seiten Verhandlungen aufnehmen oder an die höheren staatlichen Instanzen appellieren.

In Fällen, wo die unrichtige Handlungsweise von Wirtschaftsorganen, die Rückständigkeit gewisser Arbeitergruppen, die provokatorische Tätigkeit konterrevolutionärer Elemente oder schließlich die mangelnde Umsicht der Gewerkschaftsorganisationen selbst zu offenen Konflikten in Form von Streiks in Staatsbetrieben usw. führen, ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, zur schnellsten Liquidierung der Konflikte beizutragen durch Maßnahmen, die sich aus dem Charakter der Gewerkschaftsarbeit ergeben: durch Ergreifung von Maßnahmen zur Beseitigung tatsächlicher Unregelmäßigkeiten und Mißstände und zur Befriedigung berechtigter und erfüllbarer Forderungen der Massen, durch politische Einwirkung auf die Massen usw.

Einer der wichtigsten und unfehlbarsten Gradmesser für die Richtigkeit und den Erfolg der Arbeit einer Gewerkschaft ist der Grad, in dem sie Massenkonflikte in Staatsbetrieben erfolgreich durch eine umsichtige Politik verhütet, die auf den wirklichen und allseitigen Schutz der Interessen der Arbeitermassen sowie auf die rechtzeitige Beseitigung der Anlässe für Konflikte gerichtet ist.

5. DIE RÜCKKEHR ZUR FREIWILLIGEN MITGLIEDSCHAFT IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Die formale Einstellung der Gewerkschaften, wonach ausnahmslos alle in Lohnarbeit stehenden Personen als Gewerkschaftsmitglieder zählen, hat in gewissem Grade zu bürokratischen Auswüchsen in den Gewerkschaften und zu ihrer Losgelöstheit von den breiten Massen ihrer Mitglieder geführt; daher ist es notwendig, mit aller Entschiedenheit den Grundsatz der freiwilligen Mitgliedschaft in bezug auf den individuellen wie auch den kollektiven Eintritt in die Gewerkschaften zu verwirklichen. Von den Gewerkschaftsmitgliedern darf man auf keinen Fall fordern, daß sie bestimmte politische Ansichten vertreten; in diesem Sinne wie auch in der Frage der Stellung zur Religion müssen die Gewerkschaften parteilos sein. Von den Gewerkschaftsmitgliedern ist im proletarischen Staat nur zu fordern, daß sie Verständnis haben für die kameradschaftliche Disziplin und

für die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Kräfte der Arbeiter zum Schutz der Interessen der Werktätigen und zur Unterstützung der Macht der Werktätigen, d. h. der Sowjetmacht. Der proletarische Staat muß den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter sowohl in rechtlicher wie auch in materieller Hinsicht fördern. Aber die Gewerkschaften dürfen keinerlei Rechte ohne Pflichten haben.

6. GEWERKSCHAFTEN UND BETRIEBSLEITUNG

Nach der Eroberung der Staatsmacht besteht das wichtigste und grundlegendste Interesse des Proletariats in der Vergrößerung der Produktenmenge und der gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte der Gesellschaft. Diese im Programm der KPR klar gestellte Aufgabe ist bei uns gegenwärtig durch den Ruin, die Hungersnot und die Zerrüttung der Nachkriegszeit besonders akut geworden. Darum ist ein schneller und möglichst nachhaltiger Erfolg bei der Wiederherstellung der Großindustrie die Voraussetzung, ohne welche der Erfolg des gesamten Werkes der Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals undenkbar, der Sieg des Sozialismus undenkbar ist, aber ein solcher Erfolg erfordert seinerseits, bei der gegenwärtigen Lage Rußlands, unbedingt die Konzentration der gesamten Machtfülle in den Händen der Betriebsleitungen. Diese Leitungen, die in der Regel nach dem Prinzip der Einzelverantwortung zusammengesetzt sind, müssen selbständig sowohl die Festsetzung der Lohnsätze wie auch die Verteilung der Geldmittel, der Verpflegungsrationen, der Arbeitskleidung und jeder sonstigen Versorgung regeln, und zwar auf der Grundlage und in den Grenzen der mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Kollektivverträge, bei größtmöglicher Manövrierfreiheit, bei strengster Kontrolle der tatsächlichen Erfolge hinsichtlich der Steigerung der Produktion ohne Verluste, sondern mit Gewinn, bei sorgfältigster Auswahl der hervorragendsten und tüchtigsten Verwaltungskräfte usw.

Jede unmittelbare Einmischung der Gewerkschaften in die Leitung der Betriebe muß unter diesen Bedingungen als unbedingt schädlich und unzulässig betrachtet werden.

Aber es wäre völlig falsch, diese unbestreitbare Wahrheit in dem Sinne auszulegen, daß die Teilnahme der Gewerkschaften an der sozialistischen

Organisierung der Industrie und an der Leitung der staatlichen Industrie zu verneinen sei. Diese Teilnahme ist notwendig in genau bestimmten, nämlich in den folgenden Formen.

7. DIE ROLLE UND DIE TEILNAHME DER GEWERKSCHAFTEN AN DEN WIRTSCHAFTS- UND STAATSORGANEN DES PROLETARISCHEN STAATES

Das Proletariat ist die Klassenbasis des Staates, der den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht. Das Proletariat kann diese Aufgabe in einem Lande, in welchem die Kleinbauernschaft gewaltig überwiegt, nur dann erfolgreich lösen, wenn es das Bündnis mit der übergroßen Mehrheit der Bauernschaft außerordentlich geschickt, behutsam und allmählich verwirklicht. Die Gewerkschaften müssen die engsten und ständigen Mitarbeiter der Staatsmacht sein, die in ihrer gesamten politischen und wirtschaftlichen Arbeit von der bewußten Vorhut der Arbeiterklasse – der Kommunistischen Partei – geleitet wird. Die Gewerkschaften, die im allgemeinen eine Schule des Kommunismus sind, müssen im besonderen für die gesamte Masse der Arbeiter und sodann auch für alle Werktätigen eine Schule der Verwaltung der sozialistischen Industrie (und nach und nach auch der Landwirtschaft) sein.

Ausgehend von diesen prinzipiellen Leitsätzen sind für die nächste Periode folgende Grundformen der Teilnahme der Gewerkschaften an den Wirtschafts- und Staatsorganen des proletarischen Staates festzulegen:

1. Die Gewerkschaften nehmen an der Zusammensetzung aller Wirtschafts- und Staatsorgane teil, die mit der Wirtschaft zusammenhängen, indem sie ihre Kandidaten aufstellen und Angaben über deren Beschäftigungsdauer, Erfahrung usw. machen. Die Entscheidung der Frage steht ausschließlich den Wirtschaftsorganen zu, die auch die ganze Verantwortung für die Arbeit der entsprechenden Organe tragen. Dabei ziehen die Wirtschaftsorgane die Beurteilung aller Kandidaten in Betracht, die von den entsprechenden Gewerkschaften gegeben wird.

2. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften besteht darin, aus der Masse der Arbeiter und der Werktätigen überhaupt Verwaltungs-

kräfte heranzuziehen und auszubilden. Wenn es heute bei uns Dutzende von Verwaltungsfunktionären der Industrie gibt, die den Anforderungen vollauf genügen, und Hunderte, die den Anforderungen mehr oder weniger genügen, so brauchen wir in der nächsten Zeit Hunderte von den ersteren und Tausende von den letzteren. Die systematische Erfassung aller für eine solche Arbeit geeigneten Arbeiter und Bauern und die eingehende, allseitige, praktische Prüfung des Erfolgs ihrer Ausbildung für die Verwaltungstätigkeit müssen von den Gewerkschaften viel sorgfältiger und energischer durchgeführt werden als bisher.

3. Die Teilnahme der Gewerkschaften an allen Planungsorganen des proletarischen Staates, an der Ausarbeitung der Wirtschaftspläne, der Produktionsprogramme und der Voranschläge für die Verwendung der Fonds zur materiellen Versorgung der Arbeiter, an der Auswahl der Betriebe, die im staatlichen Versorgungssystem bleiben oder die in Pacht bzw. Konzession gegeben werden, usw. ist unbedingt zu verstärken. Die Gewerkschaften, die unmittelbar keinerlei Kontrollfunktionen über die Produktion der privaten und verpachteten Betriebe übernehmen, verwirklichen ihre Teilnahme an der Regelung der privatkapitalistischen Produktion ausschließlich durch die Teilnahme an den entsprechenden staatlichen Organen. Neben der Teilnahme der Gewerkschaften an der gesamten Kultur- und Bildungsarbeit und der Produktionspropaganda soll eine solche Betätigung der Gewerkschaften die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen immer weiter und tiefer hineinziehen in den gesamten staatswirtschaftlichen Aufbau, wobei sie diese bekannt macht mit dem ganzen Kreislauf des Wirtschaftslebens, mit dem ganzen Kreislauf der Industrietätigkeit, von der Rohstoffbeschaffung bis zur Realisierung des Erzeugnisses, und ihnen eine immer konkretere Vorstellung vermittelt sowohl von dem einheitlichen Staatsplan der sozialistischen Wirtschaft als auch von der praktischen Interessiertheit des Arbeiters und Bauern an der Verwirklichung dieses Plans.

4. Die Ausarbeitung der Tarife und Versorgungsnormen usw. bildet einen notwendigen Bestandteil der Arbeit der Gewerkschaften beim Aufbau des Sozialismus und bei ihrer Teilnahme an der Leitung der Industrie. Im besonderen müssen die Disziplinargerichte unentwegt darauf hinwirken, die Arbeitsdisziplin und kulturelle Formen des Kampfes um sie zu heben und die Produktivität zu steigern, ohne sich jedoch im all-

gemeinen in die Funktionen der Volksgerichte und in die Funktionen der Verwaltung einzumischen.

Diese Aufzählung der wichtigsten Funktionen der Gewerkschaften beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft muß selbstverständlich von den entsprechenden Organen der Gewerkschaften und der Sowjetmacht bis in alle Einzelheiten konkretisiert werden. Das Wesentlichste für die Hebung der Volkswirtschaft und die Festigung der Sowjetmacht ist, unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der von den Gewerkschaften geleisteten gewaltigen Arbeit bei der Organisierung und Leitung der Wirtschaft sowie der Fehler, die in der unmittelbaren, unvorbereiteten, nicht kompetenten, unverantwortlichen Einmischung in die Verwaltung bestanden und nicht wenig Schaden angerichtet haben, bewußt und entschieden überzugehen zur beharrlichen, sachlichen, auf eine lange Reihe von Jahren berechneten Arbeit auf dem Gebiet der praktischen Unterweisung der Arbeiter und aller Werktätigen in der Leitung der Volkswirtschaft des ganzen Landes.

8. DIE VERBINDUNG MIT DEN MASSEN ALS GRUNDBEDINGUNG JEDWEDER ARBEIT DER GEWERKSCHAFTEN

Die Verbindung mit den Massen, d. h. mit der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter (und sodann aller Werktätigen) ist die wichtigste, grundlegende Bedingung für den Erfolg jedweder Tätigkeit der Gewerkschaften. Von unten bis zur höchsten Spitze der Gewerkschaftsorganisationen und ihres Apparates muß ein ganzes System von verantwortlichen Genossen, und zwar unbedingt nicht nur aus den Reihen der Kommunisten, geschaffen und praktisch auf Grund der Erfahrung vieler Jahre erprobt werden, von Genossen, die tief im Arbeiterleben verwurzelt bleiben, das Leben der Arbeiter in- und auswendig kennen und es verstehen müssen, in jeder Frage, in jedem Moment die Stimmung der Massen, ihre wirklichen Bestrebungen, Bedürfnisse und Gedanken untrüglich festzustellen, die es verstehen müssen, ohne eine Spur falscher Idealisierung den Grad der Bewußtheit der Massen und die Stärke des Einflusses dieser oder jener Vorurteile und Überreste der Vergangenheit festzustellen, die es verstehen müssen, das grenzenlose Vertrauen der Masse durch kameradschaftliches

Verhalten zu ihr und durch sorgsame Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu gewinnen. Eine der größten und bedrohlichsten Gefahren für die zahlenmäßig bescheidene Kommunistische Partei, die als Vorhut der Arbeiterklasse ein riesiges Land führt, das (vorläufig noch ohne direkte Unterstützung fortgeschrittener Länder) den Übergang zum Sozialismus vollzieht, ist die Gefahr der Loslösung von den Massen, die Gefahr, daß die Vorhut zu weit vorauseilt, ohne „die Front auszurichten", ohne mit der gesamten Armee der Arbeit, d. h. mit der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter- und Bauernmassen, in fester Verbindung zu bleiben. Wie die beste Fabrik mit einem ausgezeichneten Triebwerk und erstklassigen Maschinen stillstehen wird, wenn der Transmissionsmechanismus zwischen dem Triebwerk und den Maschinen nicht funktioniert, so ist eine Katastrophe unseres sozialistischen Aufbaus unvermeidlich, wenn der Transmissionsmechanismus zwischen der Kommunistischen Partei und den Massen — die Gewerkschaften — falsch aufgebaut ist oder nicht richtig funktioniert. Es genügt nicht, diese Wahrheit zu erläutern, an sie zu erinnern, sie zu bestätigen, sie muß in der gesamten Struktur der Gewerkschaften und in ihrer tagtäglichen Arbeit organisatorisch verankert sein.

9. DIE WIDERSPRÜCHE IN DER LAGE DER GEWERKSCHAFTEN BEI DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

Aus all dem oben Dargelegten ergibt sich eine Reihe von Widersprüchen zwischen den verschiedenen Aufgaben der Gewerkschaften. Einerseits ist die Hauptmethode ihrer Tätigkeit die Überzeugung, die Erziehung; anderseits können sie sich als Teilhaber der Staatsmacht nicht der Teilnahme an Zwangsmaßnahmen entziehen. Einerseits ist ihre Hauptaufgabe der Schutz der Interessen der werktätigen Massen im unmittelbarsten und nächstliegenden Sinne des Wortes; anderseits können sie als Teilhaber der Staatsmacht und Erbauer der gesamten Volkswirtschaft als Ganzes nicht auf Druckmittel verzichten. Einerseits müssen sie auf militärische Art arbeiten, denn die Diktatur des Proletariats ist der erbittertste, hartnäckigste, verzweifeltste Klassenkrieg; anderseits sind gerade auf die Gewerkschaften spezifisch militärische Arbeitsmethoden am allerwenigsten

anwendbar. Einerseits müssen sie es verstehen, sich der Masse, ihrem gegebenen Niveau anzupassen; anderseits dürfen sie den Vorurteilen und der Rückständigkeit der Masse gegenüber auf keinen Fall nachsichtig sein, sondern müssen die Masse unentwegt auf ein immer höheres Niveau heben usw. usf. Diese Widersprüche sind nicht zufällig und werden im Laufe einiger Jahrzehnte nicht zu beseitigen sein. Denn solange es Überreste des Kapitalismus und der Kleinproduktion gibt, sind in der gesamten gesellschaftlichen Struktur Widersprüche zwischen diesen Überresten und den Keimen des Sozialismus unvermeidlich.

Die praktischen Schlüsse hieraus sind von zweierlei Art. Erstens: Für die erfolgreiche Arbeit der Gewerkschaften genügt es nicht, ihre Aufgaben richtig zu verstehen, genügt es nicht, sie richtig aufzubauen; es ist noch ein besonderer Takt vonnöten, die Fähigkeit, in jedem konkreten Einzelfall auf eine besondere Art an die Massen heranzugehen, um mit einem Minimum von Reibungen zu erreichen, daß diese Massen in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Beziehung auf eine höhere Stufe gehoben werden.

Der zweite Schluß: Die genannten Widersprüche werden unvermeidlich Konflikte, Mißhelligkeiten, Reibungen usw. erzeugen. Um sie unverzüglich beizulegen, bedarf es einer höheren Instanz, die genügend Autorität besitzt. Solche Instanzen sind die Kommunistische Partei und die internationale Vereinigung der kommunistischen Parteien aller Länder — die Kommunistische Internationale.

10. DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE SPEZIALISTEN

Die Grundsätze zu dieser Frage sind im Programm der KPR dargelegt. Doch werden sie auf dem Papier bleiben, wenn man nicht wiederholt die Aufmerksamkeit auf Tatsachen lenkt, die zeigen, in welchem Grade sie in die Tat umgesetzt werden. Solche Tatsachen der letzten Zeit sind: erstens Fälle der Ermordung von Ingenieuren durch Arbeiter auf sozialisierten Schächten, nicht nur im Ural, sondern auch im Donezbecken; zweitens der Selbstmord des Oberingenieurs der Moskauer Wasserwerke, W. W. Oldenborger, im Zusammenhang mit den unmöglichen Arbeitsbedingungen, die durch das unbefugte und unzulässige Verhalten sowohl der Mitglieder der kommunistischen Zelle als auch der Organe der Sowjetmacht

entstanden waren, was das Gesamtrussische ZEK veranlaßt hat, diese ganze Angelegenheit dem Gericht zu übergeben.

Die Schuld für solche Erscheinungen tragen die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht als Ganzes in unvergleichlich größerem Maße als die Gewerkschaften. Aber jetzt handelt es sich nicht darum, das Maß der politischen Schuld festzustellen, sondern darum, bestimmte politische Schlüsse zu ziehen. Wenn alle unsere führenden Körperschaften, d. h. sowohl die Kommunistische Partei als auch die Sowjetmacht und die Gewerkschaften, es nicht erreichen, daß wir jeden Spezialisten, der gewissenhaft, mit Sachkenntnis und Hingabe arbeitet, auch wenn seine Ideologie dem Kommunismus völlig fremd ist, wie unseren Augapfel hüten, so kann von keinerlei ernsthaften Erfolgen beim sozialistischen Aufbau die Rede sein. Wir werden zwar noch nicht bald so weit sein können, aber wir müssen um jeden Preis dahin kommen, daß die Spezialisten als besondere soziale Schicht, die bis zur Erreichung der höchsten Entwicklungsstufe der kommunistischen Gesellschaft eine besondere Schicht bleiben wird, unter dem Sozialismus besser leben als unter dem Kapitalismus, sowohl in materieller als auch in rechtlicher Beziehung, sowohl im Hinblick auf die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Arbeitern und Bauern als auch in geistiger Hinsicht, d. h. hinsichtlich der Befriedigung, die sie in ihrer Arbeit finden, und des Bewußtseins, daß ihre Arbeit, die von den eigennützigen Interessen der Kapitalistenklasse unabhängig ist, gesellschaftlichen Nutzen bringt. Niemand wird einverstanden sein, eine Behörde als halbwegs erträglich eingerichtet anzuerkennen, in der keine planmäßig organisierte und praktische Ergebnisse zeitigende Arbeit geleistet wird, um für die Spezialisten allseitig zu sorgen, die besten unter ihnen zu fördern, ihre Interessen zu wahren und zu schützen usw.

Diese ganze vielfältige Arbeit müssen die Gewerkschaften leisten (bzw. müssen sie systematisch an der entsprechenden Arbeit aller Behörden teilnehmen) unter dem Gesichtspunkt nicht der Interessen der betreffenden Behörde, sondern der Interessen der Arbeit und der Volkswirtschaft als Ganzes. In bezug auf die Spezialisten obliegt den Gewerkschaften die schwerste und mühevollste Arbeit der tagtäglichen Einwirkung auf die breitesten Massen der Werktätigen, um richtige Beziehungen zwischen ihnen und den Spezialisten herzustellen, und nur eine solche Arbeit kann wirklich ernste praktische Ergebnisse zeitigen.

11. DIE GEWERKSCHAFTEN UND DER KLEINBÜRGERLICHE EINFLUSS AUF DIE ARBEITERKLASSE

Die Gewerkschaften haben nur dann reale Bedeutung, wenn sie sehr breite Schichten parteiloser Arbeiter vereinigen. Daraus ergibt sich unvermeidlich, besonders in einem Lande mit gewaltig überwiegender Bauernschaft, gerade in den Gewerkschaften eine relative Zählebigkeit jener politischen Einflüsse, die den Überbau auf den Resten des Kapitalismus und auf der Basis der Kleinproduktion bilden. Das sind die kleinbürgerlichen, d. h. einerseits die sozialrevolutionär-menschewistischen (die russische Abart der Parteien der II. und der zweieinhalbten Internationale), anderseits die anarchistischen Einflüsse; nur innerhalb dieser Strömungen ist eine halbwegs beträchtliche Anzahl von Personen geblieben, die den Kapitalismus nicht aus eigennützigen Klassenmotiven, sondern ideologisch verteidigen, da sie nach wie vor an eine nicht klassenmäßig bedingte Bedeutung der von ihnen gepredigten „Demokratie", „Gleichheit" und „Freiheit" schlechthin glauben.

Gerade durch die erwähnte sozialökonomische Ursache und nicht durch die Rolle einzelner Gruppen oder gar einzelner Personen sind die bei uns zu beobachtenden Überreste (zuweilen auch das Wiederaufleben) derartiger kleinbürgerlicher Ideen in den Gewerkschaften zu erklären. Sowohl die Kommunistische Partei als auch die Sowjetinstitutionen, die Kultur- und Bildungsarbeit leisten, sowie alle Kommunisten in den Gewerkschaften müssen daher dem ideologischen Kampf gegen die kleinbürgerlichen Einflüsse, Strömungen und Abweichungen innerhalb der Gewerkschaften weit größere Aufmerksamkeit widmen — um so mehr, als die Neue Ökonomische Politik zwangsläufig zu einer gewissen Stärkung des Kapitalismus führt. Ein Gegengewicht dazu in Form des verstärkten Kampfes gegen die kleinbürgerlichen Einflüsse auf die Arbeiterklasse ist dringend notwendig.

ZK der KPR(B)

Geschrieben 30. Dezember 1921 bis 4. Januar 1922.

Veröffentlicht am 17. Januar 1922 in der „Prawda" Nr. 12.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit dem Manuskript.

ENTWURF EINER DIREKTIVE DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK[36]

Das Politbüro weist alle Wirtschaftsorgane darauf hin, daß die Neue Ökonomische Politik jetzt, nach der Parteikonferenz vom Dezember 1921 und nach dem IX. Sowjetkongreß, genügend klar und eindeutig festgelegt ist. Darum ist es notwendig, alle Anstrengungen darauf zu richten, sie so umfassend und schnell wie möglich in die Praxis umzusetzen. Alle allgemeinen Erörterungen, alles Theoretisieren und Diskutieren über das Thema der Neuen Ökonomischen Politik sind in die Debattierklubs und zum Teil in die Presse zu verweisen. Aus dem Rat der Volkskommissare, dem Rat für Arbeit und Verteidigung und allen Wirtschaftsorganen ist dergleichen erbarmungslos zu verbannen.

Vom Volkskommissariat für Finanzen verlangt das Politbüro, alle Anstrengungen auf die schnellstmögliche Neueinführung mehrerer Steuern und Vermehrung der Steuereinnahmen sowie auf praktische, sachliche Korrekturen am gesamten Budget zu konzentrieren. Alle Erörterungen über Fragen der Finanzpolitik, über die Ersetzung der Naturalsteuer durch Geldsteuern u. ä. sind teils in die Debattierklubs, teils in die Presse zu verweisen.

Alle Kommissionen sind auf das minimalste Mindestmaß zu beschränken; die Kommissionsarbeit ist durch Anforderung schriftlicher Anträge oder Gegenvorschläge von allen interessierten Behörden in kürzester Frist (1—2 Tage) zu ersetzen.

Von allen Volkskommissaren verlangt das Politbüro unbedingt technische Schnelligkeit, Energie, Beseitigung von Bürokratismus und Schlendrian in der praktischen Erprobung der Neuen Ökonomischen Politik; das Politbüro verlangt unbedingt die Entlohnung möglichst vieler verantwort-

licher Personen nach dem Prämiensystem für die Beschleunigung und Vergrößerung der Produktion und des Handels, sowohl des Innen- als auch des Außenhandels. Diese Forderung betrifft in erster Linie das Volkskommissariat für Außenhandel, die Staatsbank (besonders ihre Handelsabteilung), den Zentralverband der Konsumgenossenschaften und den Obersten Volkswirtschaftsrat.

Lenin

Nach Annahme im Politbüro ist die Direktive allen Mitgliedern der Kollegien aller Volkskommissariate und allen Mitgliedern des Präsidiums des Gesamtrussischen ZEK mitzuteilen.

Geschrieben zwischen dem 9. und 12. Januar 1922. Zum erstenmal veröffentlicht.

Telefonisch diktiert. Nach einer maschinegeschriebenen Kopie, verglichen mit dem Manuskript.

AN DIE WERKTÄTIGEN DAGESTANS[37]

Dankbar nehme ich das Geschenk, ein Ergebnis der schöpferischen Initiative der werktätigen Massen Dagestans, entgegen.

Ich wünsche Erfolg bei dem schwierigen Werk der wirtschaftlichen Wiedergeburt Dagestans.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare der RSFSR
Lenin

12. I. 1922

„Iswestija WZIK" Nr. 10, 14. Januar 1922.

Telefonisch diktiert. Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

BRIEF AN GENOSSEN ORDSHONIKIDSE ÜBER DIE VERSTÄRKUNG DER GEORGISCHEN ROTEN ARMEE[38]

Gen. Sergo!

Es ist absolut notwendig, auf dem Sowjetkongreß Georgiens einen Beschluß über die unbedingte Verstärkung der *Georgischen* Roten Armee zu fassen und diesen Beschluß *in die Tat* umzusetzen.

Im äußersten Fall, wenn die Bauern dagegen sind, muß der Beschluß wenigstens in allgemeinster Form durchgebracht werden: Es wird als notwendig erachtet, „die Georgische Rote Armee unbedingt zu verstärken, alle Machtorgane und alle werktätigen Massen hierzu aufzurufen" usw.

Aber *in der Praxis* muß die Georgische Rote Armee um jeden Preis und *sofort* ausgebaut und verstärkt werden. Mag es für den Anfang 1 Brigade, ja noch weniger sein. 2000—3000 rote Militärschüler, davon anderthalbtausend Kommunisten, damit sich um diese Schüler (als Stamm) eine Armee entfalten kann, *wenn es nötig sein wird* — das ist absolut notwendig.

Stalin wird vielleicht Genaueres über die militärtechnischen Details der Durchführung hinzufügen.

Ich beschränke mich auf die politische Seite der Sache: Wer das nicht durchführt, den werden wir *ohne weiteres* aus der Partei ausschließen. Hier ist nicht zu spaßen. Das ist politisch absolut notwendig, und Sie persönlich wie das ganze Georgische ZK sind vor der ganzen Partei dafür verantwortlich.

Ich warte auf Antwort. Ihr *Lenin*

13. II.

Das ist sowohl für Gen. Sergo als auch für alle Mitglieder des ZK der Kommunistischen Partei Georgiens.

Zuerst veröffentlicht 1925.

Nach dem von W. I. Lenin ergänzten und unterzeichneten Original.

BRIEF AN D. I. KURSKI

28. II. 1922

Gen. Kurski!

Betrifft Ihren Antwortbrief vom 23. II. (Nr. 255) auf meinen Brief.

Ich werde mich bemühen, ein persönliches Treffen zu ermöglichen, aber ich kann es nicht versprechen, denn um meine Gesundheit steht es schlecht.

Ich hoffe, daß Sie mir *nach* der Versammlung der verantwortlichen Mitarbeiter, die in Verbindung mit meinem Brief stattfindet, noch etwas über die praktischen Ergebnisse dieser Versammlung schreiben werden. Besonders wichtig ist es, eine tatsächliche Kontrolle durchzuführen: Was wird *wirklich* getan? Was wird wirklich erreicht? Die Erfolge der Volksgerichte und der Revolutionstribunale? Wie könnte man das registrieren und kontrollieren?

Zahl der Prozesse wegen Mißbrauch der *NOP*?

Zahl der gerichtlichen Aburteilungen, welche Strafen (insgesamt, nicht in Einzelfällen)?

usw. Mit kommunistischem Gruß *Lenin*

Besonders dringend und wichtig:

PS. Zum *Zivilgesetzbuch*[39]: Ich bin außerstande, mich in die Formulierung der einzelnen Punkte zu vertiefen. Mein Gesundheitszustand erlaubt es nicht.

Ich muß mich auf folgende Punkte beschränken:

1. Der Volkskommissar für Justiz muß *persönlich* verfolgen und nachprüfen, wer für jeden wichtigen Abschnitt des Zivilgesetzbuches verantwortlich ist.

2. Alles, was es in der Literatur und in der Praxis der westeuropäischen Länder *zum Schutz* der Werktätigen gibt, unbedingt übernehmen.

3. Sich nicht darauf beschränken (das ist die Hauptsache). Dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten nicht blindlings folgen. *Nicht „Europa" nacheifern,* **sondern weitergehen,** *was die verstärkte Einmischung des Staates in die „privatrechtlichen Beziehungen", in die Zivilangelegenheiten betrifft.* Wie man das konkret machen soll, kann ich nicht sagen, denn ich bin völlig außerstande, die Frage gründlich zu untersuchen oder mich auch nur in ein einzelnes Gesetz zu vertiefen. Aber daß man das machen muß, ist mir klar. Daß uns jetzt die Gefahr droht, auf diesem Gebiet *nicht genug zu tun* (und nicht die Gefahr, „zu viel" zu tun), das ist mir auch völlig klar. Gerade vor Genua[40] dürfen wir keinen falschen Ton anschlagen, dürfen nicht zurückweichen und nicht die geringste Möglichkeit aus der Hand geben, die Einmischung des Staates in die „zivilrechtlichen" Beziehungen zu *erweitern.*

Lenin

Zuerst veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

NOTIZEN EINES PUBLIZISTEN

Über das Besteigen hoher Berge, über die Schädlichkeit der Verzagtheit, über den Nutzen des Handels, über das Verhältnis zu den Menschewiki u. dgl. m.[41]

I

EINE ART BEISPIEL

Stellen wir uns einen Menschen vor, der einen sehr hohen, steilen und noch unerforschten Berg besteigt. Nehmen wir an, es sei ihm gelungen, nach Überwindung unerhörter Schwierigkeiten und Gefahren viel höher zu steigen als seine Vorgänger, den Gipfel habe er aber dennoch nicht erreicht. Er befindet sich nun in einer Lage, in der ein Weiterkommen in der gewählten Richtung und auf dem eingeschlagenen Weg schon nicht mehr nur schwierig und gefährlich, sondern geradezu unmöglich geworden ist. Er muß umkehren, abwärts steigen, andere Wege suchen, die zwar länger sein mögen, dafür aber die Möglichkeit in Aussicht stellen, den Gipfel zu erreichen. Der Abstieg in dieser in der Welt noch nie erlebten Höhe, auf der sich unser hypothetischer Bergsteiger befindet, bietet vielleicht gar noch größere Gefahren und Schwierigkeiten als der Aufstieg: man tut leichter einen Fehltritt; es ist nicht so bequem, sich die Stelle anzusehen, auf die man den Fuß setzt; es fehlt jene besonders gehobene Stimmung, die durch das unmittelbare Hinaufsteigen, direkt dem Ziel zu, entstanden war, usw. Man muß sich anseilen, ganze Stunden darauf verwenden, mit dem Pickel Stufen oder Stellen zur sicheren Befestigung des Seils auszuhauen, man muß sich mit der Langsamkeit einer Schildkröte fortbewegen, und noch dazu rückwärts, abwärts, weg vom Ziel, und immer noch ist nicht zu sehen, ob dieser verzweifelt gefährliche, qualvolle Abstieg ein Ende nimmt, ob sich ein einigermaßen aussichtsreicher Umweg

finden läßt, auf dem man wieder – kühner, rascher und direkter – vorwärts, aufwärts, dem Gipfel zu gehen könnte.

Es dürfte wohl ganz natürlich sein anzunehmen, daß sich bei einem Menschen, der in eine solche Lage geraten ist, Minuten der Verzagtheit einstellen – trotz der unerhörten Höhe, die er erreicht hat. Und wahrscheinlich wären diese Minuten zahlreicher, häufiger, schwerer, wenn er gewisse Stimmen von unten hören könnte, von Leuten, die aus gefahrloser Ferne, durchs Fernrohr, diesen höchst gefahrvollen Abstieg beobachten, den man nicht einmal (nach dem Muster der „Smena-Wech"-Leute[42]) einen „Abstieg mit Bremse" nennen kann, denn eine Bremse setzt einen gut durchkonstruierten, schon ausprobierten Wagen, eine im voraus gebaute Straße und schon früher erprobte Mechanismen voraus. Hier aber gibt es weder Wagen noch Straße, überhaupt nichts, schlechthin nichts, was vorher erprobt worden wäre!

Die Stimmen von unten aber klingen schadenfroh. Die einen zeigen ihre Schadenfreude offen, johlen und schreien: Gleich wird er abstürzen, geschieht ihm ganz recht, das ist ja Wahnsinn, was er macht! Die andern trachten ihre Schadenfreude zu verbergen, sie machen es vorwiegend wie Juduschka Golowljow*; kummervoll richten sie ihre Blicke zum Himmel: Zu unserem größten Leidwesen bestätigen sich unsere Befürchtungen! Haben wir, die wir unser ganzes Leben auf die Vorbereitung eines vernünftigen Plans zur Besteigung dieses Berges verwandt haben, nicht den Aufschub der Besteigung verlangt, solange unser Plan nicht fix und fertig ausgearbeitet vorliegt? Und wenn wir den Weg so leidenschaftlich bekämpft haben, den dieser Wahnwitzige jetzt selber aufgibt (seht, seht, er ist zurückgegangen, er steigt abwärts, er müht sich stundenlang ab, um die Möglichkeit zu erhalten, eine armselige Elle vorwärtszukommen! Uns aber hat er mit den gemeinsten Worten beschimpft, als wir systematisch Mäßigung und Akkuratesse verlangten!) – wenn wir den Wahnwitzigen so leidenschaftlich verurteilt und alle davor gewarnt haben, ihn nachzuahmen und zu unterstützen, so haben wir das ausschließlich aus Liebe zu dem großen Plan der Besteigung dieses nämlichen Berges getan, um diesen großen Plan als Ganzes nicht zu kompromittieren!

Zum Glück kann unser hypothetischer Bergsteiger unter den in unserem

* Hauptfigur des Romans „Die Herren Golowljow" von Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

Beispiel angenommenen Verhältnissen die Stimmen dieser „wahren Freunde" der Idee des Bergsteigens nicht hören, es könnte ihm sonst vielleicht übel werden. Übelkeit aber, sagt man, ist der Frische des Kopfes und der Festigkeit der Beine nicht zuträglich, zumal in sehr großen Höhen.

II

OHNE METAPHERN

Ein Beispiel ist kein Beweis. Jeder Vergleich hinkt. Das sind unbestrittene und allgemein bekannte Wahrheiten, doch schadet es nicht, an sie zu erinnern, um die Grenzen der Gültigkeit jedes Vergleichs überhaupt anschaulicher darzustellen.

Das Proletariat Rußlands hat in seiner Revolution eine gigantische Höhe erklommen, nicht nur im Vergleich zu den Jahren 1789 und 1793, sondern auch im Vergleich zum Jahre 1871. Man muß sich möglichst nüchtern, klar und anschaulich Rechenschaft darüber ablegen, was wir eigentlich „zu Ende geführt" und was wir nicht zu Ende geführt haben: Der Kopf wird dann frisch bleiben, es wird weder Übelkeit noch Illusionen noch Verzagtheit geben.

Wir haben die bürgerlich-demokratische Revolution so „sauber" wie noch nirgends in der Welt „zu Ende geführt". Das ist eine gewaltige Errungenschaft, die keine Macht mehr rückgängig machen kann.

Wir haben das Ausscheiden aus dem reaktionären imperialistischen Krieg auf revolutionärem Wege zu Ende geführt. Das ist ebenfalls solch eine Errungenschaft, die keine Macht der Welt mehr rückgängig machen kann, und eine um so wertvollere Errungenschaft, als reaktionäre imperialistische Gemetzel in nicht ferner Zukunft unvermeidlich sind, wenn der Kapitalismus bestehenbleibt; aber die Menschen des 20. Jahrhunderts werden sich ein zweites Mal nicht so leicht mit „Basler Manifesten" abspeisen lassen, womit die Renegaten, die Helden der II. und zweieinhalbten Internationale, 1912 und 1914–1918 sich selbst und die Arbeiterschaft zum Narren gehalten haben.

Wir haben den Sowjettypus des Staates geschaffen und damit eine neue weltgeschichtliche Epoche eingeleitet, die Epoche der politischen Herrschaft

des Proletariats, die berufen ist, die Epoche der Herrschaft der Bourgeoisie abzulösen. Auch das kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, obwohl es nur durch die praktische Erfahrung der Arbeiterklasse mehrerer Länder gelingen wird, den Sowjettypus des Staates „zu Ende zu führen".

Nicht zu Ende geführt haben wir jedoch die Errichtung auch nur des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft. Das können die uns feindlichen Kräfte des sterbenden Kapitalismus noch rückgängig machen. Man muß sich dessen klar bewußt sein und es offen zugeben, denn es gibt nichts Gefährlicheres als Illusionen (und Schwindelanfälle, zumal in großen Höhen). Und an dem Eingeständnis dieser bitteren Wahrheit ist entschieden nichts „Schreckliches", nichts, das berechtigten Anlaß auch nur zur geringsten Verzagtheit gäbe, denn wir haben stets die Abc-Wahrheit des Marxismus verkündet und wiederholt, daß zum Sieg des Sozialismus die gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiter mehrerer fortgeschrittener Länder notwendig sind. Wir aber stehen einstweilen immer noch allein, und wir haben in einem rückständigen Lande, in einem Lande, das mehr als die übrigen verwüstet ist, unglaublich viel geleistet. Ja, noch mehr: Wir haben die „Armee" der revolutionären proletarischen Kräfte bewahrt, wir haben ihre „Manövrierfähigkeit" bewahrt, wir haben den klaren Kopf behalten, der uns nüchtern zu beurteilen gestattet, wo, wann und wie weit man zurückgehen muß (um einen kräftigeren Sprung zu tun); wo, wann und wie das nicht zu Ende geführte Werk erneut in Angriff genommen werden muß. Als rettungslos verloren müßte man diejenigen Kommunisten bezeichnen, die sich einbilden wollten, daß man ohne Fehler, ohne Rückzüge, ohne ein vielmaliges Neubeginnen des nicht zu Ende Geführten und des falsch Gemachten solch ein weltgeschichtliches „Unternehmen" wie die Vollendung des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft (besonders in einem Lande der Kleinbauernschaft) zu Ende führen könnte. Diejenigen Kommunisten aber, die weder in Illusionen noch in Verzagtheit verfallen, die sich die Kraft und Geschmeidigkeit des Organismus bewahren, um beim Herangehen an diese überaus schwierige Aufgabe wiederholt „von Anfang zu beginnen", sind nicht verloren (und werden es aller Wahrscheinlichkeit nach auch nie sein).

Und wir dürfen uns um so weniger gestatten, auch nur in die geringste Verzagtheit zu verfallen, es liegen für uns um so weniger Gründe dazu vor, als wir bei all unserer Zerrüttung, Armut, Rückständigkeit und Hun-

gersnot *begonnen* haben, auf dem Gebiet der den Sozialismus vorbereitenden *Wirtschaft* in so manchem *vorwärtszukommen*, während neben uns, in der ganzen Welt, fortgeschrittenere Länder, die tausendmal reicher und militärisch mächtiger sind als wir, *fortfahren*, auf dem Gebiet *„ihrer"* von ihnen so gepriesenen, ihnen vertrauten, seit Jahrhunderten erprobten kapitalistischen Wirtschaft *zurückzufallen*.

III

ÜBER DIE FUCHSJAGD; ÜBER LEVI; ÜBER SERRATI

Man sagt, das aussichtsreichste Verfahren bei der Fuchsjagd sei folgendes: Man kreist die aufgespürten Füchse in einer gewissen Entfernung mittels einer mit roten Fähnchen behängten und in geringer Höhe über dem Schnee angebrachten Leine ein; der Fuchs, der sich vor dem offensichtlich künstlich „von Menschenhand" geschaffenen Ding fürchtet, kommt nur dann und nur dort heraus, wo dieser „Zaun" aus Fähnchen offensteht; und gerade dort erwartet ihn der Jäger. Man sollte meinen, für ein solches von allen gehetztes Tier sei Vorsicht die positivste Eigenschaft. Aber auch hier erweist sich die „Fortsetzung des Vorzugs" als Mangel. Man fängt den Fuchs gerade auf Grund seiner übergroßen Vorsicht.

Ich muß mich eines Fehlers schuldig bekennen, den ich, gleichfalls aus übergroßer Vorsicht, auf dem III. Kongreß der Komintern begangen habe. Auf diesem Kongreß stand ich auf dem äußersten rechten Flügel. Ich bin überzeugt, daß dies die einzig richtige Stellung war, denn eine recht zahlreiche (und „einflußreiche") Gruppe von Delegierten, mit vielen deutschen, ungarischen und italienischen Genossen an der Spitze, nahm eine unmäßig „linke" und unrichtig linke Haltung ein, wobei sie allzuoft die nüchterne Beurteilung der für eine sofortige und unmittelbare revolutionäre Aktion nicht sehr günstigen Lage durch verstärktes Schwenken mit roten Fähnchen ersetzte. Aus Vorsicht, in der Sorge darum, daß diese zweifellos unrichtige Abweichung zum linken Radikalismus nicht der ganzen Taktik der Kommunistischen Internationale eine falsche Richtung gebe, nahm ich Levi in jeder Weise in Schutz und sprach dabei die Ver-

mutung aus, daß er vielleicht aus übergroßem Schrecken über die Fehler der Linken den Kopf verloren habe (ich leugnete nicht, daß er den Kopf verloren hatte) und daß es Fälle gegeben habe, in denen Kommunisten, die den Kopf verloren hatten, ihn dann wieder „fanden". Indem ich – unter dem Druck der „Linken" – sogar die Annahme zuließ, daß Levi ein Menschewik ist, verwies ich darauf, daß sogar eine solche Annahme die Sache noch nicht entscheide. Zum Beispiel beweist die ganze Geschichte des fünfzehnjährigen Kampfes zwischen den Menschewiki und den Bolschewiki in Rußland (1903–1917), wie es auch die drei russischen Revolutionen beweisen, daß die Menschewiki im allgemeinen zweifellos im Unrecht und daß sie in der Tat Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung waren. Das ist eine unbestreitbare Tatsache. Aber diese unbestreitbare Tatsache schafft nicht die andere Tatsache aus der Welt, daß die Menschewiki in *einzelnen* Fällen gegen die Bolschewiki im Recht waren, zum Beispiel in der Frage des Boykotts der Stolypinschen Duma im Jahre 1907.

Seit dem III. Kongreß der Komintern sind schon 8 Monate vergangen. Offenbar ist unser damaliger Streit mit den „Linken" bereits veraltet, bereits durch das Leben entschieden. Es stellte sich heraus, daß ich in bezug auf Levi unrecht hatte, denn er hat mit Erfolg bewiesen, daß er auf den menschewistischen Pfad nicht zufällig, nicht vorübergehend, nicht nur deshalb, weil er im Kampf gegen den sehr gefährlichen Fehler der „Linken" den „Bogen überspannte", sondern auf lange Zeit, auf die Dauer, aus seiner ganzen Natur heraus geraten ist. Statt nach dem III. Kongreß der Komintern ehrlich einzusehen, daß es notwendig war, um Wiederaufnahme in die Partei zu bitten, wie ein Mensch verfahren mußte, der aus Gereiztheit über gewisse Fehler der Linken vorübergehend den Kopf verloren hatte, ging Levi daran, die Partei in kleinlicher Weise mit Schmutz zu bewerfen und ihr heimtückisch ein Bein zu stellen, d. h. den Agenten der Bourgeoisie aus der II. und zweieinhalbten Internationale faktische Dienste zu erweisen. Selbstverständlich hatten die deutschen Kommunisten durchaus recht, die das damit beantworteten, daß sie vor kurzem noch einige Herrschaften aus ihrer Partei ausschlossen, die Paul Levi bei dieser edlen Beschäftigung insgeheim unterstützten.

Die Entwicklung der deutschen und der italienischen kommunistischen Partei nach dem III. Kongreß der Komintern beweist, daß sie den Fehler

der Linken auf diesem Kongreß begriffen haben und ihn korrigieren – allmählich, langsam, aber sicher; die Beschlüsse des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale werden loyal verwirklicht. Die Umgestaltung des alten Typus der parlamentarischen, in Wirklichkeit reformistischen und nur leicht revolutionär übertünchten europäischen Partei zu einem neuen *Typus* der Partei, zu einer wirklich revolutionären, wirklich kommunistischen Partei – das ist eine außerordentlich schwierige Sache. Das Beispiel Frankreichs zeigt diese Schwierigkeit wohl am anschaulichsten. Im täglichen Leben den *Typus* der Parteiarbeit umzubilden, den Alltagstrott zu überwinden, es durchzusetzen, daß die Partei zur Vorhut des revolutionären Proletariats wird, sich dabei nicht von den Massen zu lösen, sondern in immer nähere und engere Verbindung mit ihnen zu kommen, sie zum revolutionären Bewußtsein und zum revolutionären Kampf emporzuheben – das ist das Schwierigste, aber auch das Wichtigste. Wenn die europäischen Kommunisten die (wahrscheinlich sehr kurze) Zeitspanne zwischen den Perioden besonderer Verschärfung der revolutionären Kämpfe, wie sie viele kapitalistische Länder Europas und Amerikas 1921 und Anfang 1922 durchgemacht haben, nicht zu dieser gründlichen, inneren, tiefgreifenden Umgestaltung des ganzen Aufbaus und der ganzen Arbeit ihrer Parteien ausnutzen, so wird das ihrerseits das größte Verbrechen sein. Glücklicherweise gibt es keine Gründe, das zu befürchten. Die nicht lärmende, nicht grelle, nicht marktschreierische, nicht schnelle, aber in die Tiefe gehende Arbeit der Schaffung wirklicher kommunistischer Parteien, wirklicher revolutionärer Vorhuten des Proletariats in Europa und Amerika hat begonnen, und diese Arbeit geht weiter.

Die politischen Lehren, die sich sogar aus der Beobachtung einer so trivialen Sache wie der Fuchsjagd ziehen lassen, erweisen sich als nicht nutzlos: Einerseits führt übergroße Vorsicht zu Fehlern. Anderseits darf man nicht vergessen, daß man, wenn man die nüchterne Beurteilung der Lage durch bloße „Stimmung" oder durch das Schwenken mit roten Fähnchen ersetzt, einen nicht wieder gutzumachenden Fehler begehen kann; daß man zugrunde gehen kann unter Verhältnissen, wo die Schwierigkeiten zwar groß sind, der Untergang aber nicht im geringsten, nicht im allergeringsten zwangsläufig ist.

Paul Levi will sich jetzt bei der Bourgeoisie – und *folglich* bei der II. und

zweieinhalbten Internationale, ihren Agenten – dadurch besonders verdient machen, daß er gerade diejenigen Werke Rosa Luxemburgs neu herausgibt, in denen sie unrecht hatte. Wir antworten darauf mit ein paar Zeilen aus einer trefflichen russischen Fabel: Wohl traf's sich, daß des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöh'n*. Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens; sie irrte 1903 in der Beurteilung des Menschewismus; sie irrte in der Theorie der Akkumulation des Kapitals; sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky u. a. für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat; sie irrte in ihren Gefängnisschriften von 1918 (wobei sie selbst nach der Entlassung aus dem Gefängnis Ende 1918 und Anfang 1919 ihre Fehler zum großen Teil korrigierte). Aber trotz aller dieser ihrer Fehler war sie und bleibt sie ein Adler; und nicht nur die Erinnerung an sie wird den Kommunisten der ganzen Welt immer teuer sein, sondern ihre Biographie und die *vollständige* Ausgabe ihrer Werke (mit der sich die deutschen Kommunisten in unmöglicher Weise verspäten, was nur teilweise mit den unerhört vielen Opfern in ihrem schweren Kampf zu entschuldigen ist) werden eine sehr nützliche Lehre sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt. „Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein stinkender Leichnam" – mit diesem Ausspruch Rosa Luxemburgs wird ihr Name in die Geschichte der Arbeiterbewegung der ganzen Welt eingehen. Auf dem Hinterhof der Arbeiterbewegung aber, zwischen den Misthaufen, werden Hühner vom Schlage Paul Levis, Scheidemanns, Kautskys und dieser ganzen Sippschaft selbstverständlich über die Fehler der großen Kommunistin in ganz besondere Verzückung geraten. Jedem das Seine.

Was Serrati betrifft, so muß man ihn mit einem faulen Ei vergleichen, das mit einem Knall und einem besonders . . . pikanten Aroma platzt. Auf „seinem" Parteitag eine Resolution über die Bereitwilligkeit, sich dem Beschluß des Kongresses der Kommunistischen Internationale zu fügen, annehmen zu lassen, dann zu diesem Kongreß den alten Lazzari zu schicken und zum Schluß die Arbeiter mit der Grobheit eines Roßtäuschers zu prellen – das ist eine Perle. Die italienischen Kommunisten, die eine wirkliche Partei des revolutionären Proletariats in Italien heranbilden,

* Nach I. A. Krylows Fabel „Der Adler und die Hühner". *Der Übers.*

werden den Arbeitermassen jetzt ein anschauliches Beispiel der politischen Schurkerei und des Menschewismus vor Augen führen können. Nicht auf einmal, nicht ohne vielfache Wiederholung des Anschauungsunterrichts wird sich die nützliche, die *abstoßende* Wirkung dieses Musterbeispiels zeigen, aber zeigen wird sie sich unweigerlich. Sich nicht von den Massen lösen; bei der schweren Arbeit der praktischen Entlarvung aller Gaunereien Serratis vor den Augen des einfachen Arbeiters nicht die Geduld verlieren; sich nicht zu der allzu leichten und allergefährlichsten Entscheidung hinreißen lassen, wo Serrati „a" sagt, „minus *a*" zu sagen; die Massen unentwegt zur revolutionären Weltanschauung und zur revolutionären Tat erziehen; den Anschauungsunterricht des Faschismus, der unübertrefflich ist (wenn er auch teuer zu stehen kommt), in der Praxis und durch die Praxis auswerten — und der Sieg ist dem italienischen Kommunismus sicher.

Levi und Serrati sind nicht an und für sich charakteristisch, sondern als modernes Musterbeispiel für den äußersten linken Flügel der kleinbürgerlichen Demokratie, „ihres" Lagers, des Lagers der internationalen Kapitalisten, das unserem Lager gegenübersteht. „Ihr" Lager, das ganze Lager samt und sonders, von Gompers bis Serrati, ist voller Schadenfreude, frohlockt oder vergießt Krokodilstränen über unseren Rückzug, über unseren „Abstieg", über unsere Neue Ökonomische Politik. Gönnen wir ihnen die Schadenfreude. Sollen sie ihre Clownsstücke vorführen: Jedem das Seine. Wir aber werden weder Illusionen noch Verzagtheit Herr über uns werden lassen. Scheuen wir uns nicht, unsere Fehler einzugestehen, scheuen wir nicht die vielfache, immer wiederholte Mühe, sie zu korrigieren — und wir werden den höchsten Gipfel erreichen. Die Sache des internationalen Blocks von Gompers bis Serrati ist eine verlorene Sache.

Geschrieben Ende Februar 1922.
Zuerst veröffentlicht am 16. April 1924 in der „Prawda" Nr. 87.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE INTERNATIONALE UND DIE INNERE LAGE DER SOWJETREPUBLIK

Rede in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Verbandstages der Metallarbeiter 6. März 1922[43]

(Stürmischer Beifall.) Genossen! Gestatten Sie mir, Ihre hergebrachte Ordnung etwas zu durchbrechen und heute nicht die Themen zu behandeln, die auf der Tagesordnung Ihrer Sitzung und Ihres Verbandstages stehen, sondern Ihnen meine Schlußfolgerungen und Erwägungen über die Hauptaufgaben der Politik darzulegen. Bei uns pflegte man sich schon des öfteren an diejenigen zu wenden, die, ohne offizielle Vertreter dieser oder jener staatlichen Institutionen zu sein, faktisch einen gewaltigen Anteil an der staatlichen Tätigkeit haben. Und Sie alle wissen, daß in der Mehrzahl unserer staatlichen Institutionen die wirkliche sachliche Arbeit von diesen oder jenen Vertretern der Arbeiterklasse geleistet wird, darunter natürlich auch — und mit in der vordersten Reihe — von den Metallarbeitern.

Deshalb glaube ich auch, daß es in diesem Falle durchaus nicht unangebracht sein dürfte, Ihre hergebrachte Ordnung zu durchbrechen und nicht so sehr über die Gewerkschafts- und Parteifragen als vielmehr über die politischen Fragen, über unsere internationale und innere Lage zu sprechen. Denn es gibt meiner Überzeugung nach sowohl in unserer internationalen als auch in unserer inneren Lage etwas, das einem gewissen Umschwung in der Politik ähnelt und von jedem Parteimitglied und selbstverständlich auch von jedem klassenbewußten Arbeiter besondere Aufmerksamkeit erfordert, damit dieser Umschwung in der Politik ganz begriffen, richtig aufgefaßt und in der Arbeit — in der Sowjet-, der Partei-, der Gewerkschafts- und jeder sonstigen Arbeit — durchgesetzt wird.

Sie alle wissen natürlich, Genossen, daß bei uns unter den Fragen der internationalen Politik Genua nach wie vor an erster Stelle steht. Nicht,

daß ich sehr fest davon überzeugt wäre, daß es diese Stelle nach wie vor mit Recht einnimmt; denn wenn wir „Genua" sagen, so meinen wir damit die allen längst bekannte Konferenz, die in Italien, in Genua, angesetzt und schon fast ganz vorbereitet war, die sich aber gegenwärtig leider in einem so unbestimmten Zustand befindet, daß niemand weiß (ich befürchte sehr, daß die Initiatoren und Veranstalter von Genua es selbst nicht wissen), ob sie große Aussichten hat, zustande zu kommen, oder ob sie fast gar keine Aussichten hat. Jedenfalls müssen wir uns selbst und allen, die sich für die Geschicke der Arbeiter- und Bauernrepublik einigermaßen interessieren, sagen, daß die Position, die wir in dieser Hinsicht, d. h. in der Frage der Konferenz in Genua eingenommen haben, von allem Anfang an ganz fest gewesen und ebenso fest geblieben ist. Und es ist nicht unsere Schuld, wenn es jemand anderem nicht nur an der Festigkeit, sondern sogar an der elementarsten Entschlossenheit, an der elementarsten Fähigkeit gebricht, seine eigenen Absichten auszuführen. Wir haben von allem Anfang an erklärt, daß *wir Genua begrüßen und nach Genua gehen*, wir haben ausgezeichnet begriffen und durchaus kein Hehl daraus gemacht, daß wir als Kaufleute dorthin gehen, weil wir den Handel mit den kapitalistischen Ländern (solange sie noch nicht ganz zusammengebrochen sind) unbedingt brauchen, und daß wir zu dem Zweck dorthin gehen, um möglichst richtig und möglichst vorteilhaft die politisch angemessenen Bedingungen dieses Handels zu erörtern, und weiter nichts. Das ist natürlich durchaus kein Geheimnis für diejenigen kapitalistischen Staaten, deren Regierungen den ersten Plan der Genueser Konferenz aufstellten und ihre Einberufung betrieben. Diese Staaten wissen ausgezeichnet, daß die Reihe der Handelsverträge, die uns mit verschiedenen kapitalistischen Ländern verknüpfen, immer länger wird. Die Zahl der praktischen Handelsgeschäfte nimmt zu; die Zahl der gemeinsamen russisch-ausländischen Handelsunternehmungen, die bis ins kleinste Detail beraten werden und die verschiedenartigsten Kombinationen verschiedener ausländischer Staaten und verschiedener Zweige unserer Industrie vorsehen, ist gegenwärtig sehr groß. Darum ist die praktische Grundlage dessen, wovon in Genua hauptsächlich die Rede sein wird, den kapitalistischen Staaten vortrefflich bekannt. Und wenn eine Unmenge aller möglichen politischen Gespräche, Mutmaßungen, Projekte den ergänzenden Überbau dieser Grundlage bildet, so muß man verstehen, daß dies nur ein kleiner Über-

bau ist, wie ihn Leute, die daran interessiert sind, sehr oft künstlich errichten, ausdenken und zu verwirklichen trachten.

In den reichlich vier Jahren des Bestehens der Sowjetmacht haben wir selbstverständlich genug praktische Erfahrung erworben (abgesehen davon, daß wir das auch theoretisch gut genug gewußt haben), um dieses diplomatische Spiel, das die Herren Vertreter der bürgerlichen Staaten nach allen Regeln der veralteten bürgerlichen diplomatischen Kunst treiben, gebührend einschätzen zu können. Wir verstehen ausgezeichnet, was diesem Spiel zugrunde liegt: Wir wissen, daß sein Kern der Handel ist. *Die bürgerlichen Länder müssen mit Rußland Handel treiben:* Sie wissen, daß ohne die einen oder anderen Formen wechselseitiger ökonomischer Beziehungen der Verfall bei ihnen so wie bisher weitergehen wird; trotz aller ihrer großartigen Siege, trotz all der endlosen Prahlereien, mit denen sie die Zeitungen und Telegramme der ganzen Welt füllen, geht ihre Wirtschaft doch aus den Fugen, und die einfachste Aufgabe — nicht etwa Neues aufzubauen, sondern nur das Alte wiederherzustellen — können sie nach allen ihren grandiosen Siegen nun schon das vierte Jahr nicht meistern und kommen immer noch nicht damit zu Rande, wie man zu dritt, zu viert, zu fünft (eine ungewöhnlich hohe Zahl, wie Sie sehen, die die Möglichkeit einer Verständigung ungeheuer erschwert) zusammenkommen und eine Kombination finden könnte, die es ermöglichen würde, Handel zu treiben.

Ich begreife wohl, daß Kommunisten wirklich Zeit brauchen, um Handel treiben zu lernen, und daß jeder, der das lernen will, anfangs einige Jahre lang die gröbsten Fehler machen wird; die Geschichte wird ihm verzeihen, weil das für ihn eine neue Sache ist. Da muß man eben die Hirne elastischer machen und jedes kommunistische oder vielmehr russische Oblomowtum* und vieles andere ablegen. Daß aber die Vertreter der bürgerlichen Staaten das Handelsgeschäft von neuem zu lernen haben, das sie seit Jahrhunderten betreiben und auf dem ihr ganzes gesellschaftliches Dasein beruht — das ist sonderbar. Für uns ist das übrigens nicht so sonderbar: Wir haben schon längst gesagt und gewußt, daß sie den imperialistischen Krieg weniger richtig beurteilt haben als wir. Sie pflegten ihn danach zu beurteilen, worauf sie mit der Nase stießen, und drei Jahre nach ihren gigantischen Siegen können sie keinen Ausweg aus der Lage finden.

* Oblomow – Titelheld eines Romans von I. A. Gontscharow. *Der Übers.*

Wir Kommunisten sagten, daß wir den Krieg tiefer und richtiger einschätzen, daß sich seine Widersprüche und Drangsale unvergleichlich breiter auswirken, als die kapitalistischen Staaten annehmen. Und wenn wir als Außenseiter die bürgerlichen Siegerländer betrachteten, sagten wir: Sie werden noch des öfteren an unsere Voraussagen und unsere Einschätzung des Krieges und seiner Folgen denken. Der Umstand, daß sie sich in den einfachsten Dingen nicht mehr zurechtfinden, setzt uns nicht in Erstaunen. Doch gleichzeitig sagen wir: Wir brauchen den Handel mit den kapitalistischen Staaten, solange sie noch als solche existieren. Zu den Verhandlungen mit ihnen gehen wir als Kaufleute, und daß wir das zustande bringen, wird durch die wachsende Zahl der Handelsverträge mit den kapitalistischen Mächten bewiesen, wird durch die Zahl der Geschäftsabschlüsse bewiesen. Wir können sie nicht veröffentlichen, solange sie nicht abgeschlossen sind. Wenn ein kapitalistischer Kaufmann zu uns kommt und sagt: „Solange wir die Besprechungen nicht zum Abschluß gebracht haben, muß das unter uns bleiben" — dann kann man das natürlich vom geschäftlichen Standpunkt aus nicht abschlagen. Aber wir wissen ja, wie viele Verträge in Vorbereitung sind — die bloße Liste dieser Verträge umfaßt mehrere Seiten, und darunter befinden sich Dutzende von konkret besprochenen praktischen Angeboten solider Finanzgruppen. Natürlich wissen das die Herren Vertreter der bürgerlichen Mächte, die in Genua zusammentreten, nicht schlechter als wir: Mag es sonst stehen, wie es will, aber die Verbindung dieser Regierungen mit ihren kapitalistischen Firmen ist natürlich bestehengeblieben. Immerhin ist sogar bei ihnen das Durcheinander noch nicht so groß, daß sie das nicht wüßten.

Wenn wir daher in Telegrammen aus dem Ausland ständig auf Nachrichten stoßen, die den Anschein erwecken, als ob sie keine genaue Vorstellung davon hätten, was in Genua vor sich gehen soll, als ob sie sich etwas Neues ausdächten, als ob sie die Welt mit neuen Bedingungen, die sie Rußland stellen werden, überraschen wollten, so gestatten wir uns, ihnen zu sagen (ich hoffe, daß ich Gelegenheit haben werde, das Lloyd George in Genua persönlich zu sagen): Ihr werdet, meine Herren, damit niemand überraschen. Ihr seid Kaufleute und versteht ausgezeichnet, Handel zu treiben. Wir lernen erst, Handel zu treiben, und treiben ihn sehr schlecht. Aber wir haben Dutzende und Hunderte von Verträgen und Vertragsentwürfen, aus denen ersichtlich ist, wie wir Handel treiben, was

für Geschäfte und unter welchen Bedingungen wir sie abschließen oder abschließen werden. Und wenn wir in den Zeitungen auf alle möglichen Nachrichten stoßen, die darauf berechnet sind, jemanden einzuschüchtern, Nachrichten, daß man uns eine Prüfung auferlegen werde, so lächeln wir darüber ziemlich gelassen. Drohungen haben wir zur Genüge gehört, und zwar ernsthaftere als die Drohungen eines Händlers, der Anstalten macht, die Tür zuzuschlagen, wenn er seinen allerallerletzten Preis bietet. Wir haben von den alliierten Mächten, in deren Händen sich fast die ganze Welt befindet, Drohungen mit Kanonen gehört. *Wir haben uns durch diese Drohungen nicht erschrecken lassen. Vergeßt das bitte nicht, ihr Herren europäischen Diplomaten!*

Wir sind gar nicht erpicht darauf, unser eigenes diplomatisches Prestige, unser Renommee zu wahren, was für die bürgerlichen Staaten so außerordentlich wichtig ist. Wir werden offiziell nicht einmal über diese Drohungen reden. Aber wir haben sie nicht vergessen. Kein einziger Arbeiter, kein einziger Bauer hat bei uns vergessen, er kann nicht vergessen und wird niemals vergessen, daß er gekämpft hat, um die Arbeiter- und Bauernmacht gegen den Bund all der stärksten Mächte zu verteidigen, die die Intervention unterstützt haben. Wir haben eine ganze Kollektion von Verträgen, die diese Staaten im Laufe einer Reihe von Jahren mit den Koltschak und Denikin abgeschlossen haben. Sie sind veröffentlicht, wir kennen sie, die ganze Welt kennt sie. Warum also Versteck spielen und die Sache so hinstellen, als ob wir allesamt das Gedächtnis verloren hätten? Jeder Bauer und jeder Arbeiter weiß, daß er gegen diese Mächte gekämpft hat und daß sie ihn nicht besiegt haben. Und wenn ihr Herren Vertreter der bürgerlichen Staaten euch die Zeit damit vertreiben wollt, daß ihr euer Papier (ihr habt sehr viel davon, mehr als nötig) und eure Tinte verschwendet, eure Telegrafenleitungen und eure Radiostationen überlastet, um der ganzen Welt bekanntzugeben: „Wir werden Rußland einer Prüfung unterziehen", so wollen wir erst noch sehen, wer den kürzeren ziehen wird. Wir sind schon geprüft worden, und zwar geprüft worden nicht durch Worte, nicht durch den Handel, nicht durch den Rubel, sondern durch den Knüppel. Und wir haben bereits durch schwere, blutige und qualvolle Wunden verdient, daß nicht wir selber, sondern unsere Gegner von uns sagen müssen: „Ein Geprügelter ist das Doppelte wert."

Wir haben das auf militärischem Gebiet verdient. Was freilich den

Handel anbelangt, so prügelt man uns Kommunisten leider nicht genug, ich hoffe aber, daß dieser Mangel in nächster Zukunft behoben sein wird, und zwar mit ebensolchem Erfolg.

Ich sagte, daß ich darauf rechne, mit Lloyd George in Genua über diese Themen persönlich sprechen und ihm sagen zu können, daß *man nicht versuchen soll, uns mit Bagatellen einzuschüchtern*, denn dabei büßen nur diejenigen ihr Prestige ein, die uns einschüchtern wollen. Ich hoffe, daß mich meine Krankheit nicht daran hindern wird, die mir seit mehreren Monaten keine Möglichkeit gibt, an den politischen Geschäften unmittelbar teilzunehmen, und mir überhaupt nicht erlaubt, den Sowjetposten, auf den ich gestellt bin, auszufüllen. Ich habe Grund zu der Annahme, daß ich in einigen Wochen imstande sein werde, meine unmittelbare Arbeit wieder aufzunehmen. *Ob sie aber imstande sein werden, sich in einigen Wochen zu dritt oder zu viert darüber zu einigen, wovon sie der ganzen Welt verkündet haben, daß sie sich einig seien — dessen bin ich nicht sicher.* Ich wage sogar zu behaupten, daß niemand in der Welt dessen sicher ist, ja noch mehr, daß sie das selber nicht wissen; denn als die Siegermächte, in deren Händen die Macht über die ganze Welt liegt, in Cannes zusammentraten, nachdem sie sich schon viele Male versammelt hatten — die Zahl ihrer Konferenzen ist endlos, und die europäische bürgerliche Presse macht sich sogar selbst darüber lustig —, da vermochten sie trotzdem nicht recht zu sagen, was sie wollen.

Am richtigsten hat deshalb, unter dem Gesichtspunkt der praktischen Aufgaben und nicht des diplomatischen Bockspringens, Gen. Trotzki die Lage definiert. Am Tage nach der Nachricht, daß in bezug auf Genua alles in bester Ordnung, alles restlos vereinbart sei, daß über Genua volles Einvernehmen herrsche, daß aber die labile Stellung einer der bürgerlichen Regierungen (sie sind so verdächtig labil geworden) einen zeitweiligen Aufschub nötig gemacht habe, veröffentlichte er einen Befehl: „Jeder Rotarmist soll sich mit der internationalen Lage vertraut machen; wir wissen genau, daß es bei ihnen eine stabile Gruppe gibt, die ihr Glück in einer Intervention versuchen will; wir werden auf der Hut sein, und jeder Rotarmist soll wissen, was das diplomatische Spiel bedeutet und was die Gewalt der Waffen bedeutet, die bisher stets alle Klassenkonflikte entschieden hat."

Jeder Rotarmist soll wissen, was dieses Spiel bedeutet und was die Ge-

walt der Waffen bedeutet, und dann wollen wir sehen. Wie sehr auch der Kapitalismus in allen kapitalistischen Ländern daniederliegt, so können doch viele Parteien, die nicht ohne Einfluß sind, ihr Glück in einem solchen Abenteuer versuchen. Und wenn die Regierungen so wenig stabil sind, daß sie eine Tagung nicht rechtzeitig einberufen können, wer weiß dann, in wessen Händen sich diese Regierungen erweisen werden? Wir wissen, daß es bei ihnen einflußreiche Parteien, einflußreiche Persönlichkeiten und Lenker der Wirtschaft gibt, die den Krieg wünschen. Wir wissen das sehr gut, und über das, was den Wirtschaftsverträgen wirklich zugrunde liegt, sind wir zur Genüge unterrichtet. Wir haben ungewöhnlich viel Schweres zu erdulden gehabt und wissen, was für Leiden und Qualen uns ein neuer Krieg auferlegen kann, aber wir sagen, daß wir *das noch einmal ertragen werden, versucht nur einmal, das auszuprobieren!* Die Schlußfolgerung, die Gen. Trotzki zog, als er, anstatt Erwägungen nach Art des diplomatischen Bockspringens anzustellen, seinen kategorischen Befehl veröffentlichte, besteht darin, daß man jedem Rotarmisten von neuem die internationale Lage klarmachen muß, weil die Vertagung der Genueser Konferenz wegen der labilen Stellung der italienischen Regierung die Gefahr eines Krieges bedeutet. *Wir werden erreichen, daß jeder unserer Rotarmisten das weiß.* Das ist für uns um so leichter zu erreichen, als man in Rußland selten eine Familie, einen Rotarmisten antrifft, die das nicht wüßten, und zwar nicht nur aus Zeitungen, Rundschreiben oder Befehlen, sondern aus dem eigenen Dorf, wo der Rotarmist die Krüppel, die Familien gesehen hat, die diesen Krieg durchgehalten haben, wo er die Mißernte, den qualvollen Hunger und Ruin, die höllische Not sieht und weiß, wodurch das alles hervorgerufen worden ist, obgleich er die Pariser Publikationen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre nicht liest, um das mit den bösartigen Eigenschaften der Bolschewiki zu erklären. Es gibt jetzt in seinem ganzen Wesen wohl kaum eine stärkere Stimmung als die der Abwehr (nennen wir es so), der Abwehr gegen diejenigen, die uns den Krieg Koltschaks und Denikins gegen uns aufgezwungen und ihn unterstützt haben. Da brauchen wir keine neuen Agitations- und Propagandakommissionen ins Leben zu rufen.

In der Frage der Genueser Konferenz muß man den Kern der Sache streng unterscheiden von den Zeitungsenten, die die Bourgeoisie losläßt; der Bourgeoisie scheinen sie schreckliche Bomben zu sein, uns aber schüch-

tern sie nicht ein, weil wir ihrer schon viele erlebt haben und sie nicht immer verdienen, daß man sie auch nur mit einem Lächeln beantwortet. Alle Versuche, uns Bedingungen wie Besiegten aufzuzwingen, sind leerer Wahn, auf den es nicht lohnt zu antworten. *Wir knüpfen als Kaufleute Beziehungen an und wissen, was man uns schuldet und was wir den andern schulden und wie hoch ihr rechtmäßiger und sogar erhöhter Profit sein kann.* Wir erhalten viele Angebote, die Zahl unserer Verträge nimmt zu und wird weiter zunehmen, was sich die drei, vier Siegermächte auch in den Kopf setzen mögen; durch diesen Konferenzaufschub werdet ihr verlieren, weil ihr euren eigenen Leuten beweisen werdet, daß ihr selber nicht wißt, was ihr wollt, und daß ihr an der sogenannten Willenskrankheit leidet. Diese Krankheit besteht darin, daß ihr euch in der Wirtschaft und in der Politik nicht zurechtfindet, die wir tiefgründiger als ihr eingeschätzt haben. Bald werden zehn Jahre vergangen sein, seitdem wir das getan haben, aber diese ganze nachfolgende Zerrüttung und der Verfall sind den bürgerlichen Staaten immer noch nicht klar.

Wir sehen die Lage, die sich bei uns herausgebildet hat, bereits klar und können mit voller Bestimmtheit sagen, daß *wir den Rückzug, den wir begonnen haben, bereits einstellen können und ihn auch einstellen. Es ist genug.* Wir sehen vollständig klar und verhehlen nicht, daß die Neue Ökonomische Politik ein Rückzug ist; wir waren über das hinausgegangen, was wir festhalten konnten, aber das ist nun einmal die Logik des Kampfes. Wenn sich jemand dessen erinnert, wie es im Oktober 1917 war, oder wenn einer damals noch politisch unreif war und sich später mit der Lage, wie sie im Jahre 1917 war, vertraut gemacht hat, so weiß er, welch eine Menge von Kompromißvorschlägen die Bolschewiki damals der Bourgeoisie gemacht haben. Sie sagten damals: „Herrschaften, bei euch bricht alles zusammen, wir aber werden an die Macht kommen und sie behaupten. Wollt ihr nicht die Güte haben, euch zu überlegen, wie ihr das, um nach Bauernart zu sprechen, ohne Skandal ordnen könnt?" Wir wissen, es gab nicht nur Skandale, sondern auch Versuche zu Aufständen, die von den Menschewiki und Sozialrevolutionären angezettelt und unterstützt wurden. Früher sagten sie: „Wir sind bereit, sofort die Macht den Sowjets abzutreten." Dieser Tage hatte ich Gelegenheit, in einer Pariser Zeitschrift (dort gibt es sehr viel von dieser Ware) einen Artikel Kerenskis gegen Tschernow zu lesen; Kerenski sagt: „Haben wir uns etwa an die Macht

geklammert? Ich habe bereits während der Demokratischen Beratung erklärt, wenn sich Leute finden, die es übernehmen, eine homogene Regierung zu bilden, so wird die Macht der neuen Regierung ohne jede Erschütterung übergeben werden."

Wir weigerten uns nicht, die Macht allein zu übernehmen. Das erklärten wir schon im Juni 1917.[44] Im Oktober 1917 haben wir das auf dem Sowjetkongreß verwirklicht. Der Sowjetkongreß hatte eine bolschewistische Mehrheit. Da wandte sich Kerenski an die Offiziersschüler, eilte zu Krasnow, wollte eine Armee sammeln und auf Petrograd marschieren. Wir haben sie ein wenig verdroschen, und nun sind sie gekränkt und sagen: „Was für Wüteriche, Usurpatoren, was für Henker!" Wir antworten: „Klagt euch selber an, Freunde! Glaubt nicht, daß die russischen Bauern und Arbeiter eure Taten vergessen haben! Ihr habt uns im Oktober zum Kampf in seiner erbittertsten Form herausgefordert, als Antwort darauf haben wir den Terror und den dreifachen Terror aufgeboten, *und sollte es wieder erforderlich sein, so werden wir ihn noch einmal aufbieten, wenn ihr es noch einmal versuchen solltet.*" Kein einziger Arbeiter, kein einziger Bauer zweifelt daran, daß er notwendig ist; außer hysterischen Intelligenzlern zweifelt niemand daran.

Wir hatten unter den Bedingungen unerhörter ökonomischer Schwierigkeiten gegen einen Feind Krieg zu führen, der unsere Kräfte hundertfach überstieg; es ist verständlich, daß wir dabei auf dem Gebiet außerordentlicher kommunistischer Maßnahmen weit gehen mußten, weiter als nötig; man zwang uns dazu. Unsere Gegner glaubten, sie würden uns den Garaus machen, sie glaubten, uns nicht in Worten, sondern in der Tat zur Unterwerfung zwingen zu können. Sie sagten: „Wir werden uns auf keinerlei Zugeständnisse einlassen." Wir antworteten: „Wenn ihr glaubt, daß wir uns zu extremen kommunistischen Maßnahmen nicht entschließen werden, dann irrt ihr euch." Und wir haben uns entschlossen, wir haben das getan, und wir haben gesiegt. Heute sagen wir, daß wir diese Positionen nicht halten können, wir treten den Rückzug an, weil wir genug erobert haben, um die notwendigen Positionen zu halten. Die ganze weißgardistische Sippschaft mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären an der Spitze frohlockt und sagt: „Aha! Ihr tretet den Rückzug an!" — „Frohlockt nur, damit macht ihr euch selbst etwas vor", sagen wir. Für uns ist es vorteilhaft, wenn unser Gegner, statt sich mit sachlicher Arbeit zu

befassen, sich in Illusionen wiegt. Triumphiert nur, dadurch, daß ihr euch in Illusionen wiegt, bringt ihr uns in eine noch günstigere Lage. Wir haben kolossale Positionen erobert, und hätten wir von 1917 bis 1921 diese Positionen nicht erobert, so hätten wir keinen Raum für einen Rückzug gehabt — sowohl im geographischen als auch im ökonomischen und politischen Sinne. Wir behalten im Bunde mit den Bauern die Macht, und wenn ihr auf die Bedingungen nicht eingehen wollt, die euch vor dem Krieg angeboten wurden, so werdet ihr nach dem Krieg schlechtere Bedingungen erhalten. Das ist in der diplomatischen, ökonomischen und politischen Geschichte von 1917 bis 1921 genau fixiert, so daß es durchaus keine Prahlerei ist. Das ist einfach eine Feststellung, einfach eine Mahnung. Hätten die Herren Kapitalisten im Oktober 1917 unsere Vorschläge angenommen, so hätten sie fünfmal mehr gehabt als heute. Ihr habt drei Jahre lang Krieg geführt. Was habt ihr erreicht? Wollt ihr weiterhin Krieg führen? Wir wissen ganz gut, daß bei weitem nicht alle unter euch Krieg führen wollen. Wir wissen anderseits, daß wir bei der verzweifelten Hungersnot und bei dem jetzigen Zustand unserer Industrie nicht alle Positionen halten können, die wir von 1917 bis 1921 gewonnen haben. Wir haben eine ganze Reihe davon preisgegeben. Aber wir können jetzt sagen, daß *dieser Rückzug in dem Sinne, daß wir den Kapitalisten Zugeständnisse machen, beendet* ist. Wir haben unsere Kräfte und die Kräfte der Kapitalisten gegeneinander abgewogen. Wir haben zu diesem Behuf eine ganze Reihe von Erkundungen durchgeführt, indem wir Verträge mit russischen und ausländischen Kapitalisten abschlossen, und wir sagen, und ich hoffe und bin überzeugt, daß auch der Parteitag das offiziell im Namen der führenden Partei Rußlands sagen wird: *Unseren ökonomischen Rückzug können wir jetzt einstellen. Es ist genug. Weiter zurück werden wir nicht gehen*, sondern uns damit befassen, die Kräfte richtig zu entfalten und zu gruppieren.

Wenn ich sage, daß wir unseren ökonomischen Rückzug einstellen, so bedeutet das nicht, daß ich die höllischen Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, auch nur im geringsten vergessen hätte und daß ich Sie in dieser Hinsicht beruhigen und trösten möchte. Die Frage nach den Grenzen des Rückzugs und danach, ob wir ihn einstellen oder nicht — das ist nicht die Frage danach, was für Schwierigkeiten das sind, vor denen wir stehen. Wir wissen, vor welchen Schwierigkeiten wir stehen. Wir wissen,

was eine Hungersnot in einem Bauernland wie Rußland bedeutet. Wir wissen, daß es uns noch nicht gelungen ist, das durch die Hungersnot hervorgerufene Elend zu beheben. Wir wissen, was die Finanzkrise in einem Lande bedeutet, das Handel zu treiben gezwungen ist und in dem eine solche Unmasse von Papiergeld ausgegeben ist, wie die Welt noch nie gesehen hat. Wir kennen diese Schwierigkeiten, wir wissen, daß sie gewaltig sind. Ich scheue mich nicht zu sagen, daß sie unermeßlich sind. Das schreckt uns keineswegs. Im Gegenteil, wir werden unsere Kraft daraus schöpfen, daß wir den Arbeitern und Bauern offen sagen: „Das sind die Schwierigkeiten, vor denen ihr steht, das ist die Gefahr, die uns von den Westmächten droht. Laßt uns arbeiten und unsere Aufgaben nüchtern ins Auge fassen!" Wenn wir unseren Rückzug einstellen, so heißt das nicht, daß wir diese Gefahren nicht kennen. Wir sehen ihnen direkt ins Auge. Wir sagen: „Hier liegt die Hauptgefahr; die durch die Hungersnot hervorgerufenen Leiden müssen geheilt werden. Wir haben sie noch nicht geheilt. Wir haben die Finanzkrise noch keineswegs überwunden." Man darf also die Worte von der Einstellung des Rückzugs keinesfalls so auffassen, als wären wir der Ansicht, daß wir das Fundament (der neuen Ökonomik) schon gelegt hätten und nun ruhig weitergehen könnten. Nein, das Fundament ist noch nicht gelegt. Wir können der Zukunft noch nicht ruhig entgegensehen. Wir sind von Gefahren umringt, von militärischen, über die ich zur Genüge gesprochen habe, und von noch größeren Gefahren im Innern, wo es ökonomische Gefahren gibt, die in der schrecklichen Ruinierung der Bauernschaft, in der Hungersnot, in der finanziellen Wirrnis bestehen. Sie sind außerordentlich groß. Eine gewaltige Kraftanspannung wird von uns erfordert. Doch wenn man uns einen Krieg aufzwingen sollte, so werden wir zu kämpfen wissen. Aber Kriegführen ist auch für die andern keine so leichte Sache. Es war für sie 1918 leicht, den Krieg zu beginnen, ebenso wie 1919, ihn fortzusetzen. Aber bis 1922 ist viel Wasser, auch viel Blut und viel anderes, die Wolga hinuntergeflossen. Die Arbeiter und Bauern im Westen sind ganz und gar nicht mehr dieselben, die sie 1919 waren. Man kann sie jetzt nicht mehr mit der Behauptung betölpeln, man führe gegen die Deutschen Krieg, und die Bolschewiki seien nur Sendlinge der Deutschen — weiter nichts. Wir verfallen wegen unserer ökonomischen Lage nicht in Panik. Wir haben gegenwärtig Dutzende von Verträgen, die mit russischen und ausländischen Kapita-

listen abgeschlossen worden sind. Wir kennen die Schwierigkeiten, vor denen wir standen und stehen. Wir wissen, warum die russischen Kapitalisten auf diese Verträge eingegangen sind. Wir wissen, unter welchen Bedingungen diese Verträge abgeschlossen worden sind. Die meisten dieser Kapitalisten gehen als Praktiker, als Kaufleute auf diese Verträge ein. Und auch wir tun es als Kaufleute. Aber jeder Kaufmann stellt bis zu einem gewissen Grade die Politik in Rechnung. Ist das ein Kaufmann aus einem halbwegs zivilisierten Land, so wird er mit einer Regierung, von der er nicht in hohem Grade den Eindruck von Festigkeit und Zuverlässigkeit gewinnt, keine Geschäfte abschließen. Ein Kaufmann, der das täte, wäre kein Kaufmann mehr, sondern ein Dummkopf. Die machen aber unter den Kaufleuten nicht die überwältigende Mehrheit aus, weil die ganze Logik des kommerziellen Kampfes sie vom kommerziellen Feld entfernt. War die Einschätzung bei uns früher die: Hat dich Denikin geschlagen, so beweise, daß du ihn schlagen kannst, so ist sie jetzt anders: Hat dich der Kaufmann geschlagen, so beweise, daß du ihn zwingen kannst, ein Geschäft abzuschließen. Wir haben diesen Beweis geliefert. Wir haben bereits eine Anzahl von Verträgen mit den größten kapitalistischen Firmen Rußlands und Westeuropas. Wir wissen, worauf es ihnen ankommt. Sie wissen, worauf es uns ankommt.

Die Aufgabe, vor der wir in unserer Arbeit stehen, ändert sich jetzt etwas. Darüber möchte ich in Ergänzung zu meinem ohnehin etwas lang geratenen Referat nun noch einige Worte sagen.

Im Zusammenhang damit, daß hinsichtlich Genuas Schwankungen zu verzeichnen sind, deren Ende, wie es scheint, nicht abzusehen ist, und daß wir in unserer Innenpolitik so viele Zugeständnisse gemacht haben, müssen wir jetzt sagen: *„Genug, keine weiteren Zugeständnisse!"* Wenn die Herren Kapitalisten glauben, man könne die Sache noch weiter in die Länge ziehen, und je länger sie das täten, desto größer würden die Zugeständnisse sein, so, wiederhole ich, muß man ihnen sagen: *„Genug, morgen werdet ihr gar nichts erhalten!"* Wenn sie aus der Geschichte der Sowjetmacht und ihrer Siege nichts gelernt haben, dann — wie sie wollen. Wir haben unserseits alles getan und das vor der ganzen Welt erklärt. Ich hoffe, der Parteitag wird ebenso bestätigen, daß wir uns weiter nicht zurückziehen. *Der Rückzug ist beendet*, und im Zusammenhang damit ändert sich auch unsere Arbeit.

Es muß festgestellt werden, daß sich bei der Erörterung dieser Frage bei uns bis jetzt noch eine große, fast krankhafte Nervosität bemerkbar macht; man stellt alle möglichen Pläne auf und faßt alle möglichen Beschlüsse. Bei dieser Gelegenheit möchte ich folgendes anführen. Gestern las ich zufällig in den „Iswestija" ein Gedicht von Majakowski über ein politisches Thema.[45] Ich gehöre nicht zu den Verehrern seines dichterischen Talents, obwohl ich meine Inkompetenz auf diesem Gebiet gern zugebe. Aber schon lange habe ich vom politischen und administrativen Standpunkt aus kein solches Vergnügen empfunden. In seinem Gedicht macht er sich weidlich lustig über die vielen Sitzungen und verspottet die Kommunisten, die immerzu Sitzungen und abermals Sitzungen abhalten. Ich weiß nicht, wie es in dem Gedicht um die Poesie bestellt ist, was aber die Politik angeht, so verbürge ich mich, daß das vollständig richtig ist. Wir befinden uns tatsächlich in der Lage von Leuten (und man muß sagen, daß das eine sehr alberne Lage ist), die immerzu Sitzungen abhalten, Kommissionen bilden, Pläne aufstellen — bis ins Unendliche. Es hat einen solchen Typus des russischen Lebens gegeben — Oblomow. Er pflegte immerzu auf dem Bett zu liegen und Pläne zu schmieden. Seitdem ist viel Zeit vergangen. Rußland hat drei Revolutionen durchgemacht, aber die Oblomows sind immer noch da, denn in Oblomow verkörperte sich nicht nur der Gutsbesitzer, sondern auch der Bauer, und nicht nur der Bauer, sondern auch der Intellektuelle, und nicht nur der Intellektuelle, sondern auch der Arbeiter und Kommunist. Es genügt, uns einmal anzusehen, wie wir Sitzungen abhalten, wie wir in den Kommissionen arbeiten, um zu sagen: *Der alte Oblomow ist noch da, und man muß ihn lange waschen, säubern, zausen und walken, damit etwas Vernünftiges herauskommt.* In dieser Hinsicht müssen wir unsere Lage ohne jede Illusion betrachten. Wir haben es keinem von denen nachgemacht, die das Wort „Revolution" mit großen Buchstaben schreiben, wie das die Sozialrevolutionäre tun. Aber wir können die Worte von Marx wiederholen, daß während der Revolution nicht weniger Dummheiten gemacht werden, sondern manchmal sogar noch mehr.[46] Man muß sich diese Dummheiten nüchtern und furchtlos vor Augen halten — das müssen wir Revolutionäre lernen.

Wir haben in dieser Revolution so viel geleistet, was nicht wieder rückgängig zu machen ist, was schon endgültig gesiegt hat und was schon die ganze Welt kennt, daß wir keinesfalls verlegen und nervös zu werden

brauchen. Zur Zeit ist die Lage die, daß wir, gestützt auf die durchgeführte Erkundung, eine Überprüfung des von uns Geleisteten vornehmen — diese Überprüfung ist von sehr großer Bedeutung, von ihr aus müssen wir weitergehen. Und wenn wir einen Kampf gegen die Kapitalisten zu bestehen haben, müssen wir entschlossen unseren neuen Weg gehen. *Wir müssen unsere ganze Organisation so aufbauen, daß an der Spitze der kommerziellen Unternehmungen nicht Leute stehen, die auf diesem Gebiet keine Erfahrung haben.* Bei uns ist es gang und gäbe, daß man an die Spitze einer Institution einen Kommunisten stellt, einen anerkanntermaßen gewissenhaften, im Kampf für den Kommunismus erprobten Menschen, der im Gefängnis gesessen hat, der aber vom Handel nichts versteht, und ausgerechnet den stellt man an die Spitze eines staatlichen Trusts. Er weist unbestreitbar alle Vorzüge eines Kommunisten auf, und dennoch wird ihn der Geschäftsmann hereinlegen — und er wird recht daran tun. Denn ganz unnützerweise hat man die würdigsten, prächtigsten Kommunisten, an deren Ergebenheit kein Mensch zweifeln wird, der seine fünf Sinne beisammen hat, auf einen Platz gestellt, auf den man einen rührigen kaufmännischen Angestellten stellen muß, der seine Arbeit gewissenhaft macht und viel besser damit zurechtkommen wird als der ergebenste Kommunist. Eben hier ist es, wo sich unser Oblomowtum zeigt.

Wir haben an die praktische Arbeit in den Exekutivorganen Kommunisten mit allen ihren vorzüglichen Eigenschaften hingesetzt, die aber für diese Arbeit völlig ungeeignet sind. Wieviel Kommunisten sitzen bei uns in den staatlichen Institutionen. Wir haben gewaltige Materialien, solide wissenschaftliche Werke, die den exaktesten deutschen Gelehrten in Entzücken versetzen würden, wir haben Berge von Papieren, und man braucht 50 Jahre Arbeit der Kommission für die Parteigeschichte[47], multipliziert mit 50, um sich in alledem zurechtzufinden, aber praktisch werdet ihr in einem staatlichen Trust nichts erreichen und nicht erfahren, wer wofür verantwortlich ist. Die praktische Ausführung der Dekrete, von denen wir mehr als genug haben und die wir mit jener Hast backen, die Majakowski geschildert hat, bleibt ohne Kontrolle. Werden die Anordnungen der verantwortlichen kommunistischen Funktionäre bei uns ausgeführt? Verstehen sie es, diese Sache zu organisieren? Nein, das ist nicht der Fall, und deshalb ändert sich auch der Angelpunkt unserer Innenpolitik. Was sind unsere Sitzungen und Kommissionen? Sehr häufig bloße Spielerei. Seit-

dem wir die Parteireinigung begonnen und uns gesagt haben: „Fort mit den Nutznießern und Mitläufern der Partei, mit den Dieben!", ist es bei uns besser geworden. Ungefähr hunderttausend haben wir an die Luft gesetzt, und das ist ausgezeichnet, aber das ist erst ein Anfang. Auf dem Parteitag werden wir diese Frage gründlich erörtern. Und dann, denke ich, werden die Zehntausende, die jetzt nur Kommissionen bilden und praktische Arbeit weder leisten noch zu leisten verstehen, dasselbe Schicksal erleiden. Wenn wir uns dann auf diese Weise gesäubert haben, wird sich unsere Partei mit der praktischen Arbeit befassen und wird das ebenso verstehen, wie sie es auf militärischem Gebiet verstanden hat. Natürlich ist das keine Arbeit von einigen wenigen Monaten, auch nicht von einem Jahr. In dieser Frage müssen wir felsenfest sein. Wir scheuen uns nicht zu sagen, daß sich der Charakter unserer Arbeit geändert hat. Unser schlimmster innerer Feind ist der Bürokrat, der Kommunist, der auf einem verantwortlichen (und auch auf einem nichtverantwortlichen) Sowjetposten sitzt und allgemeine Achtung als gewissenhafter Mensch genießt. Es stimmt, daß er nicht singen kann, doch dafür rührt er keinen Branntwein an.* Er hat es nicht gelernt, den Schlendrian zu bekämpfen, er versteht es nicht, ihn zu bekämpfen, er bemäntelt ihn. *Dieses Feindes müssen wir uns entledigen, und mit Hilfe aller klassenbewußten Arbeiter und Bauern werden wir ihm zu Leibe zu rücken. Im Kampf gegen diesen Feind, gegen diese Stümperei und dieses Oblomowtum wird die ganze Masse der parteilosen Arbeiter und Bauern dem Vortrupp der Kommunistischen Partei wie ein Mann folgen. Diesbezüglich kann es keine Schwankungen geben.*

Ich bin am Schluß und möchte kurz zusammenfassen. Das Spiel mit Genua, das Bockspringen um Genua wird uns nicht im geringsten schwankend machen. Jetzt kann man uns nicht mehr fangen. *Wir gehen zu den Kaufleuten und werden uns auf Geschäfte einlassen, wobei wir unsere Politik der Zugeständnisse fortsetzen, aber ihre Grenzen sind bereits festgelegt.* Was wir den Kaufleuten in unseren Verträgen bisher eingeräumt haben, war ein Schritt zurück in unserer Gesetzgebung, und weiter werden wir nicht gehen.

Im Zusammenhang damit ändern sich unsere Hauptaufgaben in der inneren, besonders in der ökonomischen Politik. Wir brauchen keine neuen Dekrete, keine neuen Institutionen, keine neuen Kampfmethoden.

* Nach I. A. Krylows Fabel „Musikanten". *Der Übers.*

Was wir brauchen, ist eine Kontrolle über die Eignung der Menschen, eine Kontrolle über die wirkliche Durchführung. Die nächste Reinigung wird sich gegen die Kommunisten richten, die sich *einbilden*, Verwaltungsfunktionäre zu sein. Alle diejenigen, die sich nur mit diesen Kommissionen, Beratungen und Besprechungen abgeben, aber nicht die einfachste praktische Arbeit leisten, sollen sich lieber auf das propagandistische und agitatorische und jedes andere nützliche Arbeitsgebiet werfen. Sie klügeln irgend etwas Besonderes und Verzwicktes aus und suchen sich damit zu rechtfertigen, daß es die Neue Ökonomische Politik gebe und daß man etwas Neues ausdenken müsse. Aber das, womit sie beauftragt sind, wird nicht getan. Sie sorgen sich nicht darum, wie sie die Kopeke, die man ihnen anvertraut hat, sparen können, und bemühen sich nicht, zwei Kopeken daraus zu machen, aber stellen Pläne für Milliarden und sogar Billionen von Sowjetgeld auf Gegen dieses Übel werden wir unseren Kampf führen. *Die Menschen kontrollieren und die faktische Durchführung jedes Auftrags kontrollieren* — darin, noch einmal darin und nur darin liegt jetzt der Angelpunkt der ganzen Arbeit, der ganzen Politik. Das ist keine Sache von einigen Monaten, auch nicht von einem Jahr, sondern eine Sache von mehreren Jahren. Wir müssen offiziell im Namen der Partei sagen, wo jetzt der Angelpunkt der Arbeit liegt, und die Reihen entsprechend umgruppieren. Dann werden wir auf diesem neuen Gebiet ebenso Sieger sein, wie wir es bisher auf allen Arbeitsgebieten waren, die die bolschewistische proletarische Macht, unterstützt von der Bauernmasse, in Angriff genommen hat. (Beifall.)

„Prawda" Nr. 54,
8. März 1922.

Nach dem Text der „Prawda".

ÜBER DIE BEDEUTUNG DES STREITBAREN MATERIALISMUS

Über die allgemeinen Aufgaben der Zeitschrift „Pod Snamenem Marxisma"[48] hat Gen. Trotzki in Heft 1/2 schon alles Wesentliche gesagt und es ausgezeichnet gesagt. Ich möchte auf einige Fragen eingehen, die Inhalt und Programm der Arbeit näher bestimmen, welche sich die Redaktion der Zeitschrift in ihrem Geleitwort zu Heft 1/2 zum Ziel gesetzt hat.

In diesem Geleitwort heißt es, nicht alle, die sich um die Zeitschrift „Pod Snamenem Marxisma" vereinigt haben, seien Kommunisten, doch alle seien konsequente Materialisten. Ich denke, daß dieses Bündnis von Kommunisten und Nichtkommunisten unbedingt notwendig ist und die Aufgaben der Zeitschrift richtig bestimmt. Einer der größten und gefährlichsten Fehler von Kommunisten (wie überhaupt von Revolutionären, die erfolgreich den Anfang einer großen Revolution vollbracht haben) ist die Vorstellung, daß eine Revolution von Revolutionären allein durchgeführt werden könne. Umgekehrt, für den Erfolg jeder ernsten revolutionären Arbeit ist es notwendig, zu begreifen und für die Praxis als Richtschnur zu nehmen, daß Revolutionäre lediglich als Avantgarde einer wirklich lebensfähigen und fortschrittlichen Klasse ihre Rolle spielen können. Die Avantgarde erfüllt nur dann die Aufgaben einer Avantgarde, wenn sie es versteht, sich von der unter ihrer Führung stehenden Masse nicht loszulösen, sondern die ganze Masse wirklich vorwärtszuführen. Ohne ein Bündnis mit Nichtkommunisten auf den verschiedenartigsten Tätigkeitsgebieten kann von einem erfolgreichen kommunistischen Aufbau keine Rede sein.

Das bezieht sich auch auf die Arbeit, die sich die Zeitschrift „Pod Snamenem Marxisma" zum Ziel gesetzt hat — auf die Verteidigung des Ma-

terialismus und Marxismus. Die Hauptrichtungen des fortschrittlichen gesellschaftlichen Denkens Rußlands haben glücklicherweise eine wohlfundierte materialistische Tradition. Von G. W. Plechanow ganz zu schweigen, genügt es, Tschernyschewski zu nennen, dem gegenüber die Volkstümler unserer Zeit (die Volkssozialisten, Sozialrevolutionäre u. dgl. m.) nicht selten zurück gegangen sind, weil sie reaktionären philosophischen Moderichtungen nachjagten und sich vom Flitterglanz des angeblich „letzten Wortes" der europäischen Wissenschaft täuschen ließen, unfähig, hinter diesem Flitterglanz die eine oder andere Spielart des Lakaientums vor der Bourgeoisie und ihren Vorurteilen, vor dem reaktionären Geist der Bourgeoisie zu erkennen.

Jedenfalls gibt es bei uns in Rußland noch Materialisten aus dem Lager der Nichtkommunisten — und es wird sie zweifellos noch ziemlich lange geben —, und unsere unbedingte Pflicht ist es, alle Anhänger des konsequenten und streitbaren Materialismus im Kampf gegen die philosophische Reaktion und gegen die philosophischen Vorurteile der sogenannten „gebildeten Gesellschaft" zu gemeinsamer Arbeit heranzuziehen. Dietzgen der Ältere, den man nicht mit seinem Sohn, einem ebenso anmaßenden wie erfolglosen Literaten, verwechseln darf, brachte die Grundauffassung des Marxismus von den philosophischen Richtungen, die in den bürgerlichen Ländern herrschen und unter ihren Gelehrten und Publizisten Ansehen genießen, richtig, treffend und klar zum Ausdruck, als er sagte, daß die Professoren der Philosophie in der modernen Gesellschaft in der Mehrzahl der Fälle tatsächlich nichts anderes sind als „diplomierte Lakaien der Pfafferei".

Unsere russischen Intellektuellen, die sich — wie übrigens auch ihre Kollegen in allen übrigen Ländern — sehr gern für fortschrittliche Leute halten, lieben es durchaus nicht, wenn die Behandlung der Frage in die durch Dietzgens Urteil angegebene Richtung gelenkt wird. Und zwar lieben sie es deshalb nicht, weil ihnen die Wahrheit ein Dorn im Auge ist. Es genügt, ein wenig über die staatliche, ferner die allgemein-ökonomische, die soziale und jede Art sonstiger Abhängigkeit der Gebildeten unserer Zeit von der herrschenden Bourgeoisie nachzudenken, um die absolute Richtigkeit der scharfen Charakteristik Dietzgens zu begreifen. Man braucht sich nur an die übergroße Mehrzahl der in den europäischen Ländern so häufig auftauchenden philosophischen Moderichtungen zu

erinnern, angefangen beispielsweise mit denen, die an die Entdeckung des Radiums anknüpften, bis zu denen, die sich heute an Einstein zu klammern suchen, um eine Vorstellung von dem Zusammenhang zu bekommen, der zwischen den Klasseninteressen und der Klassenstellung der Bourgeoisie sowie der Unterstützung, die sie jeglichen Formen der Religion gewährt, und dem Ideeninhalt der philosophischen Moderichtungen besteht.

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß eine Zeitschrift, die ein Organ des streitbaren Materialismus sein will, erstens ein Kampforgan im Sinne der unentwegten Entlarvung und Verfolgung aller modernen „diplomierten Lakaien der Pfafferei" sein muß, einerlei, ob diese als Repräsentanten der offiziellen Wissenschaft oder als Freischärler auftreten, die sich „demokratisch-radikale oder ideell-sozialistische" Publizisten nennen.

Eine solche Zeitschrift muß zweitens ein Organ des streitbaren Atheismus sein. Wir haben Behörden oder zumindest staatliche Einrichtungen, die für diese Arbeit zuständig sind. Sie wird jedoch äußerst träge, äußerst unbefriedigend geleistet, da sich offenbar der Druck der allgemeinen Verhältnisse unseres echt russischen (obzwar sowjetischen) Bürokratismus auf sie auswirkt. Es ist daher außerordentlich wichtig, daß in Ergänzung der von den entsprechenden staatlichen Einrichtungen geleisteten Arbeit, zur Korrektur und Belebung dieser Arbeit eine Zeitschrift, die ein Organ des streitbaren Materialismus werden will, unermüdlich atheistische Propaganda treibt und für den Atheismus kämpft. Die gesamte einschlägige Literatur in allen Sprachen muß aufmerksam verfolgt und alles, was auf diesem Gebiet von irgendwelchem Wert ist, übersetzt oder mindestens besprochen werden.

Engels hat den Führern des modernen Proletariats schon vor langer Zeit den Rat gegeben, die kämpferische atheistische Literatur vom Ende des 18. Jahrhunderts zur Massenverbreitung unter dem Volk zu übersetzen.[49] Zu unserer Schande haben wir dies bisher noch nicht getan (einer von den zahlreichen Beweisen dafür, daß es viel leichter ist, in einer revolutionären Epoche die Macht zu erobern, als diese Macht richtig zu gebrauchen). Zuweilen will man diese unsere Trägheit, Untätigkeit und Ungeschicktheit mit allerhand „tiefgründigen" Erwägungen rechtfertigen, zum Beispiel damit, daß die alte atheistische Literatur des 18. Jahrhunderts veraltet, unwissenschaftlich, naiv usw. sei. Es gibt nichts Schlimmeres als der-

gleichen pseudowissenschaftliche Sophismen, hinter denen sich entweder Pedanterie oder ein vollkommenes Unverständnis für den Marxismus verbirgt. Natürlich finden sich in den atheistischen Schriften der Revolutionäre des 18. Jahrhunderts nicht wenig unwissenschaftliche und naive Dinge. Aber niemand hindert die Herausgeber dieser Schriften daran, sie zu kürzen und ihnen kurze Nachworte beizugeben, in denen auf den Fortschritt, den die Menschheit seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in der wissenschaftlichen Kritik der Religion gemacht hat, auf die entsprechenden neuesten Werke usw. hingewiesen wird. Es wäre der größte und schlimmste Fehler, den ein Marxist begehen kann, zu glauben, die Millionenmassen des Volkes (besonders der Bauern und Handwerker), die von der ganzen modernen Gesellschaft zu geistiger Finsternis, Unwissenheit und Befangenheit in Vorurteilen verdammt sind, könnten aus dieser Finsternis nur auf dem geraden Weg rein marxistischer Aufklärung herauskommen. Diesen Massen muß man in der atheistischen Propaganda die mannigfaltigsten Kenntnisse vermitteln, man muß sie mit Tatsachen aus den allerverschiedensten Lebensgebieten bekannt machen, muß bald so, bald anders an sie herantreten, um ihr Interesse wachzurufen, muß sie aus dem religiösen Schlaf erwecken, sie von den verschiedensten Seiten her, mit den verschiedensten Methoden aufrütteln u. dgl. m.

Die schlagfertige, lebendige, talentvolle, geistreich und offen die herrschende Pfafferei attackierende Publizistik der alten Atheisten des 18. Jahrhunderts wird zur Aufrüttelung der Menschen aus ihrem religiösen Schlaf fast durchweg tausendmal geeigneter sein als die langweiligen, trockenen, fast niemals durch geschickt ausgewählte Tatsachen erläuterten Wiedergaben des Marxismus, die in unserer Literatur überwiegen und (sagen wir es offen) den Marxismus häufig entstellen. Alle größeren Werke von Marx und Engels liegen bei uns in Übersetzungen vor. Es gibt nicht den geringsten Grund zu der Befürchtung, daß der alte Atheismus und der alte Materialismus bei uns unergänzt bleiben könnten durch die Korrekturen, die Marx und Engels vorgenommen haben. Die Hauptsache — das gerade vergessen unsere vermeintlich marxistischen, in Wirklichkeit aber den Marxismus verunstaltenden Kommunisten zumeist — besteht darin, daß man es verstehen muß, die noch ganz unentwickelten Massen für eine bewußte Einstellung zu den religiösen Fragen und für eine bewußte Kritik an den Religionen zu interessieren.

Anderseits betrachte man die Vertreter der modernen wissenschaftlichen Religionskritik. Fast stets „ergänzen" diese Vertreter der gebildeten Bourgeoisie ihre eigene Widerlegung der religiösen Vorurteile durch Argumente, die sie sogleich als ideelle Sklaven der Bourgeoisie, als „diplomierte Lakaien der Pfafferei" entlarven.

Zwei Beispiele: Professor R. J. Wipper gab 1918 ein Büchlein „Der Ursprung des Christentums" (Verlag „Pharos", Moskau) heraus. Der Verfasser berichtet zwar über die wichtigsten Erkenntnisse der modernen Wissenschaft, führt jedoch nicht nur keinen Kampf gegen die Vorurteile und den Betrug, diese Waffen, deren sich die Kirche als politische Organisation bedient, er macht nicht nur einen Bogen um diese Fragen, sondern erhebt auch noch den geradezu lächerlichen und im höchsten Grade reaktionären Anspruch, über den beiden „Extremen", dem idealistischen wie dem materialistischen, zu stehen. Das ist Liebedienerei vor der herrschenden Bourgeoisie, die in der ganzen Welt Hunderte Millionen Rubel von dem den Werktätigen abgepreßten Profit zur Unterstützung der Religion verwendet.

Der bekannte deutsche Gelehrte Arthur Drews widerlegt in seinem Buch „Die Christusmythe" die religiösen Vorurteile und Märchen, er beweist, daß es einen Christus niemals gegeben hat, spricht sich aber am Schluß des Buches für die Religion aus, freilich für eine erneuerte, frisch aufgeputzte, schlau zurechtgemachte Religion, die fähig wäre, „der täglich immer mächtiger anschwellenden naturalistischen Flutwelle" zu widerstehen (S. 238 der 4. deutschen Auflage, 1910). Hier haben wir es mit einem direkten, bewußten Reaktionär zu tun, der den Ausbeutern unverhüllt hilft, die alten und verfaulten religiösen Vorurteile durch funkelnagelneue, noch widerlichere und niederträchtigere Vorurteile zu ersetzen.

Das bedeutet nicht, daß man Drews nicht übersetzen sollte. Das bedeutet, daß die Kommunisten und alle konsequenten Materialisten, wenn sie bis zu einem gewissen Grade ihr Bündnis mit dem progressiven Teil der Bourgeoisie verwirklichen, diese unentwegt entlarven müssen, sobald sie ins Reaktionäre verfällt. Das bedeutet, daß es Verrat am Marxismus und Materialismus wäre, wenn man ein Bündnis mit den Vertretern der Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts, d. h. der Epoche, da diese revolutionär war, verschmähen wollte, denn im Kampf gegen die herrschenden reli-

giösen Dunkelmänner ist es unsere Pflicht, mit den Drews ein „Bündnis" in dieser oder jener Form, in diesem oder jenem Grade einzugehen.

Die Zeitschrift „Pod Snamenem Marxisma", die ein Organ des streitbaren Materialismus sein will, muß der atheistischen Propaganda, der Berichterstattung über die entsprechende Literatur und der Behebung der gewaltigen Mängel unserer staatlichen Tätigkeit auf diesem Gebiet viel Platz einräumen. Besonders wichtig ist es, die Bücher und Broschüren auszuwerten, die viele konkrete Tatsachen und Gegenüberstellungen enthalten, aus denen der Zusammenhang der Klasseninteressen und Klassenorganisationen der modernen Bourgeoisie mit den Organisationen der religiösen Institutionen und der religiösen Propaganda sichtbar wird.

Außerordentlich wichtig sind alle Materialien, die sich auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika beziehen, wo der offizielle, amtliche, staatliche Zusammenhang zwischen Religion und Kapital weniger in Erscheinung tritt. Dafür sehen wir dort um so klarer, daß die sogenannte „moderne Demokratie" (die die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre und zum Teil auch die Anarchisten usw. so unvernünftig verherrlichen) nichts anderes darstellt als die Freiheit, das zu predigen, was für die Bourgeoisie vorteilhaft ist, vorteilhaft ist es für sie aber, wenn die reaktionärsten Ideen, die Religion, der Obskurantismus, die Verteidigung der Ausbeuter u. dgl. m. gepredigt werden.

Man darf wohl erwarten, daß die Zeitschrift, die ein Organ des streitbaren Materialismus sein will, unserem Leserpublikum einen Überblick über die atheistische Literatur bieten wird, versehen mit Hinweisen, für welchen Leserkreis und in welcher Hinsicht diese oder jene Schriften geeignet sein könnten, und mit Angabe, was bei uns schon erschienen ist (als bereits erschienen können nur brauchbare Übersetzungen, deren es nicht allzu viele gibt, betrachtet werden) und was noch herausgegeben werden muß.

Nicht minder wichtig, wenn nicht gar noch wichtiger, als das Bündnis mit den konsequenten Materialisten, die nicht der Partei der Kommunisten angehören, ist für die vom streitbaren Materialismus zu leistende Arbeit das Bündnis mit den Vertretern der modernen Naturwissenschaft, die dem Materialismus zuneigen und sich nicht scheuen, ihn entgegen den in der sogenannten „gebildeten Gesellschaft" herrschenden philosophischen

Modeschwankungen zum Idealismus und Skeptizismus zu verfechten und zu propagieren.

Der in Heft 1/2 der Zeitschrift „Pod Snamenem Marxisma" erschienene Artikel A. Timirjasews über die Relativitätstheorie Einsteins läßt uns hoffen, daß es der Zeitschrift gelingen wird, auch dieses zweite Bündnis zu verwirklichen. Man muß ihm größere Aufmerksamkeit zuwenden. Man muß bedenken, daß gerade aus dem jähen Umbruch, den die moderne Naturwissenschaft durchmacht, unausgesetzt reaktionäre philosophische Schulen und Richtungen, große wie kleine, emporsprießen. Die Fragen, welche die jüngste Revolution auf dem Gebiet der Naturwissenschaft aufwirft, aufmerksam zu verfolgen und hierzu Naturforscher für die Mitarbeit an der philosophischen Zeitschrift zu gewinnen ist daher eine Aufgabe, ohne deren Lösung der streitbare Materialismus schlechthin weder streitbar noch materialistisch sein kann. Wenn Timirjasew im ersten Heft der Zeitschrift hervorheben mußte, daß schon eine Unzahl Vertreter der bürgerlichen Intelligenz in allen Ländern die Theorie Einsteins, der nach Timirjasews Worten persönlich keinerlei aktiven Feldzug gegen die Grundlagen des Materialismus führt, auszuschlachten versucht, so gilt das nicht nur für Einstein allein, sondern für eine ganze Reihe, wenn nicht die Mehrzahl aller großen Neuerer in der Naturwissenschaft seit dem Ende des 19. Jahrhunderts.

Und um einer solchen Erscheinung nicht ratlos gegenüberzustehen, müssen wir begreifen, daß sich ohne eine gediegene philosophische Grundlage keine Naturwissenschaft, kein Materialismus im Kampf gegen den Ansturm der bürgerlichen Ideen und gegen die Wiederherstellung der bürgerlichen Weltanschauung behaupten kann. Um diesen Kampf bestehen und mit vollem Erfolg zu Ende führen zu können, muß der Naturforscher moderner Materialist, bewußter Anhänger des von Marx vertretenen Materialismus sein, das heißt, er muß dialektischer Materialist sein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Mitarbeiter der Zeitschrift „Pod Snamenem Marxisma" das systematische Studium der Dialektik Hegels vom materialistischen Standpunkt aus organisieren, d. h. jener Dialektik, die Marx sowohl in seinem „Kapital" wie auch in seinen historischen und politischen Schriften praktisch angewandt hat, und zwar mit so viel Erfolg, daß jetzt jeder Tag, da im Osten (Japan, Indien, China) neue Klassen zum Leben und zum Kampf erwachen – d. h. jene Hunderte

Millionen der Menschheit, die den größeren Teil der Erdbevölkerung ausmachen und die durch ihre geschichtliche Untätigkeit und ihren geschichtlichen Schlaf bisher den Stillstand und die Fäulnis in vielen fortgeschrittenen Staaten Europas bedingt haben —, daß jeder Tag, da neue Völker und neue Klassen zum Leben erwachen, den Marxismus immer mehr bekräftigt.

Gewiß ist ein solches Studium, eine solche Auslegung und eine solche Propaganda der Hegelschen Dialektik außerordentlich schwierig, und die ersten Versuche in dieser Richtung werden zweifellos mit Fehlern behaftet sein. Aber nur der macht keine Fehler, der nichts tut. Gestützt auf die Marxsche Anwendung der materialistisch aufgefaßten Dialektik Hegels, können und müssen wir diese Dialektik nach allen Seiten hin ausarbeiten, in der Zeitschrift Auszüge aus den Hauptwerken Hegels veröffentlichen und sie materialistisch auslegen, indem wir sie durch Musterbeispiele der Anwendung der Dialektik bei Marx kommentieren, ebenso aber auch durch Musterbeispiele der Dialektik auf dem Gebiet der ökonomischen und politischen Verhältnisse, wie sie uns die neueste Geschichte, besonders der moderne imperialistische Krieg und die Revolution, in so ungewöhnlich großer Anzahl bieten. Die Gruppe der Redakteure und Mitarbeiter der Zeitschrift „Pod Snamenem Marxisma" sollte nach meiner Meinung eine Art „Gesellschaft materialistischer Freunde der Hegelschen Dialektik" sein. Die modernen Naturforscher werden (wenn sie es verstehen, danach zu suchen, und wir es lernen, ihnen dabei zu helfen) in der materialistisch gedeuteten Dialektik Hegels eine Reihe von Antworten auf die philosophischen Fragen finden, die durch die Revolution in der Naturwissenschaft aufgeworfen werden und bei denen die intellektuellen Anbeter der bürgerlichen Mode zur Reaktion „abgleiten".

Stellt man sich eine solche Aufgabe nicht und arbeitet man nicht systematisch an ihrer Lösung, so kann der Materialismus kein streitbarer Materialismus sein. Er wird, um einen Ausdruck Schtschedrins zu gebrauchen, sich nicht so sehr schlagen als vielmehr geschlagen werden. Ohne eine solche Aufgabenstellung werden die großen Naturforscher auch künftig ebenso häufig wie bisher in ihren philosophischen Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen hilflos sein. Denn die Naturwissenschaft schreitet so schnell voran, macht eine Periode so tiefgehenden revolutionären Umbruchs auf allen Gebieten durch, daß sie ohne

philosophische Schlußfolgerungen unter keinen Umständen auskommen kann.

Zum Schluß möchte ich noch ein Beispiel anführen, das zwar nicht das Gebiet der Philosophie, aber doch jedenfalls das Gebiet der gesellschaftlichen Fragen betrifft, denen die Zeitschrift „Pod Snamenem Marxisma" ebenfalls Beachtung schenken will.

Es ist eines von den Beispielen dafür, wie die moderne Quasi-Wissenschaft in Wirklichkeit als Schrittmacher der krassesten und niederträchtigsten reaktionären Anschauungen dient.

Unlängst erhielt ich die Zeitschrift „Ekonomist" Nr. 1 (1922) zugesandt, die von der XI. Abteilung der „Russischen Technischen Gesellschaft" herausgegeben wird. Der junge Kommunist, der mir diese Zeitschrift zusandte (und der wahrscheinlich keine Zeit hatte, sich mit ihrem Inhalt bekannt zu machen), sprach sich über die Zeitschrift unvorsichtigerweise außerordentlich lobend aus. In Wirklichkeit stellt diese Zeitschrift — ich weiß nicht, inwieweit bewußt — ein Organ moderner Anhänger der Leibeigenschaft dar, die sich natürlich in die Toga der Wissenschaftlichkeit, des Demokratismus u. dgl. m. hüllen.

Ein gewisser Herr P. A. Sorokin veröffentlicht in dieser Zeitschrift weitschweifige, angeblich „soziologische" Untersuchungen „Über den Einfluß des Krieges". Der gelehrte Artikel strotzt von gelehrten Hinweisen auf die „soziologischen" Werke des Verfassers und seiner zahlreichen ausländischen Lehrer und Kollegen. Seine Gelehrtheit sieht so aus:

Auf Seite 83 lese ich:

„Auf 10 000 Ehen in Petrograd kommen gegenwärtig 92,2 Ehescheidungen – eine phantastische Zahl, wobei von 100 geschiedenen Ehen 51,1 weniger als ein Jahr dauerten, 11% hatten eine Dauer von nicht einmal einem Monat, 22% von weniger als zwei Monaten, 41% von weniger als drei–sechs Monaten und nur 26% von über sechs Monaten. Diese Zahlen besagen, daß die moderne gesetzliche Ehe die Form ist, die dem Wesen nach außereheliche geschlechtliche Beziehungen verbirgt und Liebhabern ‚galanter Abenteuer' die Möglichkeit gibt, mit ‚gesetzlichem' Segen ihren Gelüsten zu frönen." („Ekonomist" Nr. 1, S. 83.)

Sicher rechnen sich sowohl dieser Herr als selbst auch die „Russische Technische Gesellschaft", die die Zeitschrift herausgibt und derartige Betrachtungen veröffentlicht, zu den Verfechtern der Demokratie und betrachten es als schwere Beleidigung, wenn man sie als das bezeichnet, was

sie in Wirklichkeit sind, nämlich als Anhänger der Leibeigenschaft, als Reaktionäre, als „diplomierte Lakaien der Pfafferei".

Die oberflächlichste Bekanntschaft mit der Gesetzgebung der bürgerlichen Länder über Ehe, Scheidung und uneheliche Kinder wie auch mit der wahren Lage der Dinge in dieser Hinsicht zeigt jedem, der sich für diese Frage interessiert, daß sich die moderne bürgerliche Demokratie selbst in den demokratischsten bürgerlichen Republiken in dieser Beziehung gerade als Fürsprecherin der Leibeigenschaft gegenüber der Frau und den unehelichen Kindern erweist.

Das hindert die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre und einen Teil der Anarchisten sowie alle entsprechenden Parteien des Westens natürlich nicht, mit ihrem Geschrei über die Demokratie und deren Verletzung durch die Bolschewiki fortzufahren. In Wirklichkeit stellt gerade die bolschewistische Revolution in Fragen wie der Ehe, der Ehescheidung und der Lage der unehelichen Kinder die einzige konsequent demokratische Revolution dar. Das ist aber eine Frage, die unmittelbar die Interessen der größeren Bevölkerungshälfte in jedem Lande berührt. Erst die bolschewistische Revolution hat, trotz der großen Zahl der vorangegangenen und sich demokratisch nennenden bürgerlichen Revolutionen, in dieser Beziehung zum erstenmal einen entschiedenen Kampf geführt, und zwar sowohl gegen die reaktionären und leibeigenschaftlichen Zustände als auch gegen die übliche Heuchelei der herrschenden und besitzenden Klassen.

Wenn dem Herrn Sorokin 92 Ehescheidungen auf 10000 Ehen eine phantastische Zahl zu sein scheinen, so bleibt uns nur die Annahme übrig, daß der Verfasser entweder in einem vom Leben so abgeschlossenen Kloster gelebt hat und erzogen worden ist, daß wohl kaum jemand an die Existenz eines solchen Klosters glauben wird, oder daß dieser Verfasser die Wahrheit zugunsten der Reaktion und der Bourgeoisie verfälscht. Wer auch nur einigermaßen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in den bürgerlichen Ländern vertraut ist, der weiß, daß die faktische Zahl der faktischen (natürlich nicht von der Kirche und dem Gesetz sanktionierten) Ehescheidungen überall unvergleichlich höher ist. Rußland unterscheidet sich in dieser Hinsicht von den anderen Ländern lediglich dadurch, daß seine Gesetze die Heuchelei und die rechtlose Lage der Frau und ihres Kindes nicht sanktionieren, sondern offen und im Namen der Staatsmacht jeder Heuchelei und jeder Rechtlosigkeit den systematischen Krieg erklären.

Eine marxistische Zeitschrift wird auch gegen die modernen „gebildeten" Anhänger der Leibeigenschaft dieser Sorte Krieg führen müssen. Wahrscheinlich bezieht bei uns ein nicht geringer Teil dieser Leute sogar Staatsgelder und steht im Staatsdienst, um die Jugend aufzuklären, obwohl sie dazu nicht mehr taugen, als notorische Kinderschänder in der Rolle von Erziehern an Schulen für die unterste Altersstufe taugen würden.

Die Arbeiterklasse Rußlands hat es vermocht, die Macht zu erobern, aber es noch nicht gelernt, sie zu gebrauchen, denn sonst hätte sie derartige Lehrer und Mitglieder gelehrter Gesellschaften schon längst aufs höflichste in die Länder der bürgerlichen „Demokratie" hinauskomplimentiert. Dort ist für solche Leibeigenschaftsapostel gerade der richtige Platz.

Sie wird es lernen, wenn sie nur will.

12. III. 1922

„Pod Znamenem Marxisma" Nr. 3, März 1922.
Unterschrift: N. Lenin

Nach dem Text der Zeitschrift „Pod Znamenem Marxisma".

AN DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS

Über die Thesen des Gen. Preobrashenski[50]

1. Die Überschrift paßt nicht. Das sind keine „Grundprinzipien", die sind im Programm bereits festgelegt, sondern es müßte heißen „Über die Arbeit der KPR auf dem Lande unter den gegenwärtigen Verhältnissen".

Ich schlage vor: Der Autor wird beauftragt, die Thesen zu *kürzen* und sie entsprechend dieser neuen Themenstellung teilweise abzuändern. Insbesondere sind die Wiederholungen von allgemeinen Grundsätzen zu kürzen (sie sind in einem Flugblatt angebracht, das den künftigen Parteitagsbeschluß erklären und kommentieren wird) und die *praktischen*, besonders die *organisatorischen* Schlußfolgerungen ausführlicher zu entwickeln.

2. In der Überschrift von Abschnitt I: „die sozialen Verhältnisse" anstatt der Einzahl.

(Die Abschrift ist schludrig: „Vereinigung" statt „*Verarmung*"
„landlos" statt „pferdelos" . . .)

3. In Abschnitt I sind besonders viele Längen: vieles davon gehört in eine Broschüre.

4. Über den „genossenschaftlichen Zusammenschluß" wird in Abschnitt I und in anderen Abschnitten nackt und abstrakt gesprochen. Das ist schon tausendmal gesagt worden und ist einem über. Man muß es ganz anders darlegen, darf nicht die nackte Losung „Schließt euch zu Genossenschaften zusammen!" wiederholen, sondern muß *konkret zeigen*, worin die *praktische Erfahrung* des genossenschaftlichen Zusammenschlusses besteht und *wie* er zu fördern ist. Wenn der Autor über dieses Material nicht verfügt, dann muß in den Parteitagsbeschluß die *Forderung* aufgenommen werden, dieses Material zu sammeln und es zu bearbeiten,

aber nicht akademisch, sondern praktisch. (Alle Thesen des Gen. Preobrashenski sind super- und hyperakademisch; intelligenzlerisches, sektiererisches, literarisches Geschreibsel, aber keine praktische Arbeit auf staatlichem und wirtschaftlichem Gebiet.)

5. „Mit Ausnahme der Kollektivwirtschaften" nicht Entwicklung, sondern „Tendenz zum Niedergang" (bei der Dorfarmut). Das taugt nichts. Erstens ist nicht bewiesen, daß es bei den „Kollektiven" überhaupt besser ist. Man soll die Bauern nicht durch falsches kommunistisches Eigenlob verärgern. Zweitens nicht „Tendenz zum Niedergang", sondern Stagnation der Entwicklung *überall*; Niedergang *oft*.

6. Daß sich die „wirtschaftlich stärkere Bauernschaft" „für die Aufgabe ‚*begeistert*', die landwirtschaftliche Kultur" zu verbessern, ist ungeschickt ausgedrückt und leider auch „kommunistische Prahlerei". Man muß sagen: „beginnt, wenn auch langsam" (Abschnitt I).

7. „Die bäuerliche (?) Gleichheit verschwindet" (?). So kann man nicht sagen.

Das Ende von Abschnitt I ist völlig unbrauchbar: ein Artikel und keine Thesen; Vermutungen ohne Belege.

8. In Abschnitt II ist der Anfang höchst unpopulär. Und im Grunde hat das in den Thesen nichts zu suchen. Das ist aus einer anderen Oper.

9. Der zweite Satz in Abschnitt II (gegen die „Methoden der Komitees der Dorfarmut") ist schädlich und falsch, denn ein Krieg z. B. kann dazu zwingen, Methoden der Komitees der Dorfarmut anzuwenden.

Das muß man ganz anders ausdrücken, z. B. so: In Anbetracht der überragenden Bedeutung, die der Hebung der Landwirtschaft und der Vermehrung ihrer Produkte zukommt, muß die Politik des Proletariats gegenüber dem Kulakentum und der wohlhabenden Bauernschaft im gegenwärtigen Augenblick hauptsächlich darauf gerichtet sein, deren Ausbeuterbestrebungen usw. *einzuschränken*.

Wie unser Staat diese Bestrebungen einschränken, wie er die Dorfarmut schützen soll und kann, das ist der springende Punkt. Das muß man studieren und unbedingt in der Praxis studieren, allgemeine Phrasen aber sind *sinnlos*.

10. Die letzten Worte in Abschnitt II sind richtig, aber nicht populär und nicht entwickelt. Muß bearbeitet werden.

11. In Abschnitt III ist der Satz „Die Loslösung" usw. völlig entstellt.

12. Überhaupt überwiegen im ganzen Abschnitt III Gemeinplätze. Das führt zu nichts. Sie so nackt zu wiederholen ist schädlich; es ruft Übelkeit hervor, Langeweile, Widerwillen gegen das Wiedergekäute.

Statt dessen sollte man lieber wenigstens einen *Kreis* auswählen und an Hand einer *sachlichen* Analyse zeigen, wie man „beim genossenschaftlichen Zusammenschluß" helfen muß, anstatt die Bauern durch *alberne, sich kommunistisch gebärdende Genossenschaftsspielerei* zu verärgern; — wie und wobei haben wir *tatsächlich* zu agronomischen Verbesserungen u. a. beigetragen, wie müssen wir dazu beitragen usw.

Das Thema ist nicht richtig angepackt. Diese Art des Herangehens ist schädlich. Allen wird übel von allgemeinen Phrasen. Sie *erzeugen* Bürokratismus und begünstigen ihn.

13. Der Anfang von Abschnitt IV ist besonders mißlungen. Ein unpopulärer Artikel, aber keine Thesen für einen Parteitag.

Weiter. „Direktiven auf dem Verordnungsweg", das ist es, was der Autor empfiehlt. Das ist grundfalsch. Der Bürokratismus würgt uns ja gerade deshalb, weil wir noch immer mit „Direktiven auf dem Verordnungsweg" liebäugeln. Etwas Schlechteres und Schädlicheres hätte sich der Autor nicht ausdenken können.

Weiter. Auf einem Parteitag der KPR davon zu sprechen, daß „die Beschlüsse des IX. Sowjetkongresses verwirklicht werden müssen", ist ein unerhörter Skandal. Dafür Thesen zu schreiben!!

Der ganze Abschnitt taugt nichts. Gemeinplätze. Phrasen. Wünsche, die allen über sind. Genau das ist „kommunistischer Bürokratismus" *von heute.*

Statt dessen sollte man lieber die *praktischen* Erfahrungen, sei es auch nur eines Kreises — oder auch nur eines Amtsbezirks — nehmen und diese Angaben nicht akademisch, sondern *praktisch* bearbeiten: Lernt, meine lieben kommunistischen Bürokraten, *das und das nicht zu tun* (konkret, mit Beispielen und mit Nennung der Orte, unter genauer Anführung von Tatsachen), dafür aber *das und das zu tun* (ebenso konkret).

In bezug auf die „Genossenschaften" ist diese Unzulänglichkeit der Thesen hier, in Abschnitt IV, besonders groß und besonders schädlich.

14. In Abschnitt V werden die „Arbeiter der Sowjetwirtschaften" als „Kader des landwirtschaftlichen Proletariats" bezeichnet. Das ist falsch. Das ist „kommunistischer Hochmut". Viel häufiger sind das *n i c h t* Proletarier, sondern sowohl „Paupers" als auch Kleinbürger und was immer

man will. Man darf sich nicht einem leeren Wahn hingeben. Das ist schädlich. Das ist die Hauptquelle unseres Bürokratismus. Das verärgert die Bauern *unnötigerweise*, das kränkt sie. Es wäre vorerst klüger, über die „Kader des landwirtschaftlichen Proletariats" in unseren Sowjetwirtschaften zu schweigen.

Weiter heißt es richtig, daß die Organisierung dieses „Proletariats" („eines äußerst ungleichartigen und buntscheckigen": richtig! und deshalb nicht „Kadern", sondern eher ... etwas Unanständigem ähnlich) „sehr schwierig ist".

Richtig! Und deshalb darf man nicht solche Dinge sagen wie „der Personalbestand der Sowjetwirtschaften muß von Kleinbesitzerelementen gesäubert werden", denn das ruft (wie etwa die Forderung, die Bauernhäuser von schlechter Luft zu säubern) *Gelächter* hervor, und zwar mit Recht.

Besser gar nichts sagen.

15. (Erst !) in Abschnitt VI wird an die praktischen Aufgaben herangegangen. Aber auch das geschieht so schwach, gründet sich so wenig auf praktische Erfahrungen, daß man (in Abänderung des oben in Punkt 1 gemachten Vorschlags) den Schluß ziehen muß:

die Thesen für unbrauchbar zu erklären;

den Autor plus Ossinski plus Theodorowitsch plus Jakowenko zu beauftragen, auf dem Parteitag eine Beratung von Delegierten, die auf dem Lande arbeiten, zu organisieren;

zum Thema der Beratung keinesfalls „Prinzipien" u. ä. zu machen, sondern ausschließlich *die Untersuchung und Einschätzung der praktischen Erfahrungen:*

Wie erfolgt der genossenschaftliche Zusammenschluß?

Wie kämpft man gegen die schlechten Sowjetwirtschaften? gegen die schlechten Genossenschaften und Kollektive?

Wie ist der Gesamtrussische Land- und Forstarbeiterverband zu verstärken? (Hier den Autor für Arbeit *auf lange Zeit* einsetzen.)

Vom ZK ist die Aufgabe dieser Beratung festzulegen — auf keinen Fall in die Wiederholung von Gemeinplätzen verfallen, sondern ausschließlich

die örtlichen *praktischen* Erfahrungen (im Kreis, im Amtsbezirk, im Dorf) eingehend untersuchen; wenn es ihrer nur wenige gibt (sicherlich gibt es nur wenige, denn niemand hat sich die Mühe gemacht, sie zu sammeln; nicht gesammelte Erfahrungen dagegen gibt es sehr viele), dann sollte der Parteitag lieber

(a) eine Kommission zur Untersuchung dieser praktischen Erfahrungen wählen;

(b) sie dem Zentralkomitee unterstellen;

(c) den Gen. Preobrashenski in diese Kommission einbeziehen;

(d) ihn auch in den Gesamtrussischen Land- und Forstarbeiterverband einbeziehen . . .

(e) die Kommission beauftragen, Erfahrungen zu sammeln, sie zu bearbeiten und (nach einer Reihe von Artikeln)

einen *Brief des ZK* (des neuen) über die Organisation der Arbeit auf dem Lande auszuarbeiten, der ganz konkrete Hinweise enthalten muß, *wie* der genossenschaftliche Zusammenschluß erfolgen soll, *wie* die Kulaken „einzuschränken" sind, ohne daß das Wachstum der Produktivkräfte aufgehalten wird, *wie* der Gesamtrussische Land- und Forstarbeiterverband arbeiten muß, *wie* er verstärkt werden kann usw. usf.

Vom ZK ist (ungefähr) folgende Parteitagsresolution auszuarbeiten:

Die Tatsachen zeigen und die spezielle Parteitagskommission bestätigt, daß der Hauptmangel in der Arbeit der Partei auf dem Lande darin besteht, daß die praktischen Erfahrungen nicht studiert werden. Das ist die Wurzel allen Übels und des ganzen Bürokratismus. Der Parteitag beauftragt das ZK, dagegen in erster Linie zu kämpfen, unter anderem mit Hilfe der und der Kommission, von deren Mitgliedern 1 — (oder 2, 3) *ständig* im Gesamtrussischen Land- und Forstarbeiterverband arbeiten werden.

Die Kommission muß Flugblätter und Broschüren herausgeben und die Praxis systematisch untersuchen, um Ratschläge geben und Anordnungen treffen zu können, wie die Arbeit durchzuführen ist und wie nicht.

16. III. 1922 *Lenin*

Zuerst veröffentlicht 1925. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINER ANTWORT AN E. VANDERVELDE[51]

17. März 1922

Kein einziges Mitglied der Sowjetregierung in Rußland hat jemals daran gezweifelt, daß die Vertreter der Zweiten Internationale unbeirrt stets eine Politik durchgeführt haben, die mit geringen Abweichungen auch von den Vertretern der „Wiener sozialistischen Vereinigung" durchgeführt worden ist. Namentlich haben sie eine Politik des direkten wie des indirekten Bündnisses mit jenen Ausbeuterklassen getrieben, die in allen Ländern die Kommunisten verfolgt und gemordet haben, wofür es in der demokratischen Republik Deutschland besonders zahlreiche und anschauliche Beispiele gibt. Nur durch diese Übereinstimmung und die politische Verwandtschaft zwischen den Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, die faktisch den Überfall Koltschaks, Denikins u. a. auf Rußland unterstützt haben, kann man sich das Vertrauen erklären, das bestimmte politische Kreise in Westeuropa heute den Sozialrevolutionären und den Menschewiki entgegenbringen. In Wirklichkeit ist in der Angelegenheit der Sozialrevolutionäre, von der Sie schreiben, nicht nur kein Urteil gefällt worden, sondern es hat nicht einmal ein Prozeß stattgefunden, und den Angeklagten ist noch keine Anklageschrift überreicht worden. Jedenfalls halte ich es für meine Pflicht hinzuzufügen, daß die Sowjetregierung sachliche Vorschläge, wie beispielsweise den Vorschlag, Gefangene auszutauschen bzw. diese oder jene Kategorien von Gefangenen freizulassen, nicht abgelehnt hat, als solche Vorschläge von der Regierung Denikins während seines direkten Überfalls auf Sowjetrußland, der die Wiedererrichtung der Macht der Gutsbesitzer zum Ziele hatte, gemacht worden waren.

Zum erstenmal veröffentlicht.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

VORWORT ZU I. I. STEPANOWS BUCH „DIE ELEKTRIFIZIERUNG DER RSFSR IM ZUSAMMENHANG MIT DER ÜBERGANGSPHASE DER WELTWIRTSCHAFT"

Von ganzem Herzen empfehle ich die vorliegende Arbeit des Gen. Stepanow allen Kommunisten zur Beachtung.

Es ist dem Verfasser gelungen, äußerst schwierige und wichtige Fragen ausgezeichnet darzulegen. Der Verfasser hat gut daran getan, daß er sich entschloß, ein Buch nicht für die Intellektuellen zu schreiben (wie es bei uns in Nachahmung der schlechtesten Manieren bürgerlicher Schriftsteller Brauch ist), sondern für die Werktätigen, für die wirkliche Masse des Volkes, für die einfachen Arbeiter und Bauern. Im Anhang bringt der Verfasser ein Literaturverzeichnis sowohl für diejenigen, denen es schwerfällt, bestimmte Stellen in der Darlegung des Gen. Stepanow ohne Erläuterungen zu verstehen, als auch für diejenigen, die sich mit den wichtigsten Werken der russischen und der ausländischen Literatur zu der behandelten Frage überhaupt vertraut machen wollen. Besonders hervorzuheben ist der Anfang des Kapitels VI, wo der Verfasser ausgezeichnet die Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik erläutert und dann vortrefflich den „leichten" Skeptizismus widerlegt, der hinsichtlich der Elektrifizierung gang und gäbe ist; hinter diesem Skeptizismus verbirgt sich gewöhnlich die Tatsache, daß über den Gegenstand nicht ernsthaft nachgedacht wird (wenn dieser Skeptizismus nicht, was auch bisweilen vorkommt, als Deckmantel dient für die feindliche Einstellung von Weißgardisten, Sozialrevolutionären und Menschewiki zu jeder sowjetischen Aufbauarbeit überhaupt).

Was uns vor allem zu einer wirklichen (und nicht bürokratisch-fruchtlosen) Arbeit auf dem Gebiet der Volksbildung fehlt, das sind gerade solche „Handbücher für Schulen" (für alle, unbedingt alle Schulen, die es überhaupt gibt) wie das vorliegende. Wenn alle unsere marxistischen Schriftsteller, anstatt ihre Kräfte auf das allen schon zum Halse heraushängende politische Wortgeprassel in Zeitungen und Zeitschriften zu verschwenden, darangingen, ebensolche Handbücher bzw. Lehrbücher zu ausnahmslos allen Fragen des gesellschaftlichen Lebens abzufassen, dann hätten wir nicht den schmählichen Zustand, daß fast fünf Jahre nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in *seinen*, des Proletariats, staatlichen Schulen und Universitäten alte bürgerliche Gelehrte die Jugend alten bürgerlichen Plunder lehren (vielmehr, sie damit verderben).

Der achte Sowjetkongreß hat beschlossen, daß der Unterricht über den Elektrifizierungsplan in allen — ausnahmslos allen — Lehranstalten der RSFSR obligatorisch ist.[52] Dieser Beschluß ist, wie auch viele andere, infolge unserer (unserer, der Bolschewiki) Kulturlosigkeit auf dem Papier geblieben. Jetzt, mit dem Erscheinen des vorliegenden „Handbuchs für Schulen" des Gen. Stepanow, muß erreicht werden — und wir werden es erreichen! —, daß in jeder Kreisbibliothek (und dann auch in jeder Amtsbezirksbibliothek) einige Exemplare dieses „Handbuchs" vorhanden sind; — daß bei jedem Kraftwerk in Rußland (und es gibt ihrer über 800) nicht nur dieses Buch ausliegt, sondern daß auch unbedingt allgemeinverständliche populäre Vorträge über die Elektrizität und über die Elektrifizierung der RSFSR sowie über die Technik überhaupt veranstaltet werden; — daß jeder Volksschullehrer dieses „Handbuch" liest und beherrscht (zur Unterstützung ist in jedem Kreis ein Zirkel oder eine Gruppe von Ingenieuren und Physiklehrern zu organisieren) und es nicht nur selbst liest, versteht und beherrscht, sondern auch imstande ist, den Schülern und überhaupt der Bauernjugend den Inhalt einfach und verständlich wiederzugeben.

Das zu erreichen wird nicht wenig Mühe kosten. Wir sind arm und kulturell rückständig. Das ist kein Unglück. Wenn wir nur einsehen, daß wir lernen müssen. Wenn wir nur lernen wollen. Wenn wir nur klar begreifen, daß der Arbeiter und der Bauer jetzt lernen muß, nicht um Guts-

besitzern und Kapitalisten „Nutzen" und Profit zu bringen, sondern um das *eigene* Leben besser zu gestalten.

Dies alles aber ist bei uns vorhanden. Und deshalb werden wir lernen und werden erfolgreich lernen.

N. Lenin

18. III. 1922

„Prawda" Nr. 64, 21. März 1922.

Nach dem Text des Buches: J. Stepanow, „Die Elektrifizierung der RSFSR im Zusammenhang mit der Übergangsphase der Weltwirtschaft", Moskau 1922, verglichen mit dem Manuskript.

BRIEF AN J. W. STALIN ÜBER DIE ARBEIT DER STELLVERTRETER (DER STELLVERTRETER DES VORSITZENDEN DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE UND DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG)

21. III. 1922

Ich habe mit Zjurupa und Rykow gesprochen. Ich hoffe, die Arbeit wird gut vorankommen. Übrigens betrifft eine Frage Ihr Volkskommissariat. Die Hauptaufgabe von Zjurupa und Rykow ist (muß jetzt sein) die Kontrolle der Durchführung und die Auswahl von Leuten.

Es werden Helfer gebraucht. Der Apparat der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare allein reicht dafür nicht aus, und ihn zu vergrößern ist nicht rationell. Ich habe den Gedanken geäußert, daß man dafür (als unmittelbare Hilfe für Zjurupa und Rykow bei der Kontrolle der Durchführung und bei der Aufsicht über die *unteren Organe* der Volkskommissariate) die Arbeiter- und Bauerninspektion ausnutzen soll. Ich möchte wissen, ob Sie das gutheißen; wenn ja, bedarf es einer schriftlichen Abmachung zwischen Ihnen und den Stellvertretern, und an der Ausarbeitung dieser Abmachung möchte ich teilnehmen.

Das Ziel ist, aus den besten Mitarbeitern der Arbeiter- und Bauerninspektion, die Zjurupa und Rykow in Absprache mit Ihnen auswählen, Leute zu machen (indem sie sowohl von Ihnen als auch von den beiden Stellvertretern an *praktischen* Aufträgen geprüft werden), die besonders und unbedingt zuverlässig und imstande sind, schnell und unbedingt a) die Durchführung *durchzusetzen*; b) die Durchführung zu kontrollieren; c) die richtige Struktur des *Apparats* in dem einen oder anderen Volkskommissariat, in der einen oder anderen Abteilung, im Moskauer oder im Petrograder Sowjet usw. zu überprüfen; d) Instruktionen zu geben, *wie* die Arbeit zu organisieren ist.

Diese Leute arbeiten nicht anders, als daß sie den Stellvertretern und

Ihnen über den Gang und das Ergebnis der Arbeit *persönlich* berichten. Diese Leute müssen *sehr* langsam ausgewählt werden, mit der Maßgabe, sie erst nach vielfältiger Prüfung sozusagen zu „sonderbevollmächtigten" Inspektoren und Instrukteuren zu machen; ihre Zahl ist *allmählich* auf einige Dutzend zu bringen. Sie werden ihrerseits die *(faktische)* Heranziehung parteiloser Arbeiter und Bauern zur Arbeiter- und Bauerninspektion verwirklichen.

Wenn Sie einverstanden sind, dann schicken Sie eine Kopie dieses Briefes mit Ihren Bemerkungen an Zjurupa und Rykow. Wenn Sie Einwände haben, schreiben (und telefonieren) Sie mir sofort. Ich möchte darüber im Referat auf dem Parteitag sprechen.

Lenin

Zuerst veröffentlicht
am 21. Januar 1930
in der „Prawda" Nr. 21.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

ZUM VIERJÄHRIGEN JUBILÄUM DER „BEDNOTA"[53]

Ich beglückwünsche die Redaktion der „Bednota" zum vierjährigen Bestehen der Zeitung.

Vier Jahre lang hat sich die Zeitung ehrenvoll und erfolgreich bemüht, den Interessen der werktätigen Bauernschaft zu dienen. Der Krieg, der den Völkern von den Kapitalisten und Gutsbesitzern aufgezwungen wurde, hat Rußland so verheert, daß unsere werktätige Bauernschaft immer noch arm geblieben ist. Viel Arbeit und schwere Arbeit steht den werktätigen Massen Rußlands noch bevor, bis die Folgen des Krieges, Hungersnot und Armut, Not und Zerstörung, überwunden werden können.

Aber diese schwere Arbeit werden sowohl die Bauern als auch die Arbeiter Rußlands auf sich nehmen und zu Ende führen, koste es, was es wolle. Bei dieser Arbeit werden die Arbeiter und Bauern von dem Bewußtsein gestützt und gestärkt, daß sie jetzt für sich selbst, für die Verbesserung ihres Lebens arbeiten werden, nicht aber für die Bereicherung der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Das Bündnis der Arbeiter und Bauern — das ist es, was uns die Sowjetmacht gebracht hat. Darin liegt ihre Stärke. Das ist das Unterpfand für unsere Erfolge und für unseren endgültigen Sieg.

Dieses Bündnis sicherte uns den Sieg über Koltschak und Denikin, die mit Unterstützung ausländischer, von den Kapitalisten geschickter Truppen die Herrschaft der Gutsbesitzer in Rußland wiederaufrichten wollten.

Jetzt sind die ausländischen Kapitalisten gezwungen, mit Sowjetrußland Handelsverträge abzuschließen. Diese Verträge werden uns helfen, die notwendigen landwirtschaftlichen Geräte, Maschinen und andere Gegen-

stände für die Wiederherstellung der zerrütteten bäuerlichen Wirtschaft zu erhalten.

Wir erleben jetzt, nach dem Hungerjahr, ein sehr schweres Frühjahr. Aber wir werden den Mut nicht verlieren. Wie groß die Not der Arbeiter und Bauern auch sein mag, wir haben uns jetzt das Recht und die Möglichkeit erkämpft, für uns selbst und nicht für den Gutsbesitzer zu arbeiten. Und wir werden die zerrüttete Wirtschaft wiederherstellen und verbessern.

N. Lenin

23. III. 1922

„Bednota" Nr. 1183, 26. März 1922.

Nach dem Manuskript.

BRIEF ÜBER DEN PLAN FÜR DEN POLITISCHEN BERICHT AUF DEM XI. PARTEITAG[54]

23. III. 1922

Gen. Molotow!

Ich bitte Sie, der Plenartagung des ZK zu übermitteln:

1. Meine Bitte, mich wegen Krankheit von der Teilnahme an der Plenartagung zu befreien (es übersteigt meine Kraft, sowohl an der Plenartagung teilzunehmen als auch das Referat auf dem Parteitag zu halten);

2. wenn sich zur Erläuterung des unten beigefügten Plans für das Referat meine Anwesenheit auf der Plenartagung als notwendig erweist, so kann ich unbedingt kommen und werde 2—3 Stunden nach telefonischem Anruf da sein.

3. Nachstehend der Plan des von mir vorgesehenen politischen Berichts des ZK auf dem Parteitag:

im wesentlichen Wiederholung, in einigen Punkten Weiterführung dessen, was in der Rede auf dem Verbandstag der Metallarbeiter am 6. III. 1922 gesagt worden ist. Ganz kurz über Genua. Etwas ausführlicher über die NÖP und über den Begriff „Staatskapitalismus".

Einstellung des (ökonomischen) Rückzugs und Aufgabe, die Kräfte umzugruppieren. Warnung seitens der Bourgeoisie, die uns durch den Mund des „Smena-Wech"-Mannes Ustrjalow erklären läßt, die NÖP sei keine „Taktik", sondern eine „Evolution" des Bolschewismus.

Das Wichtigste, woran es uns mangelt, ist Kultur, ist die Kunst, zu verwalten: Illustration dieser Feststellung an Hand einiger Beispiele. Ökonomisch und politisch sichert uns die

NÖP vollauf die Möglichkeit, das Fundament der sozialistischen Wirtschaft zu errichten. Es kommt „nur" auf die kulturellen Kräfte des Proletariats und seiner Avantgarde an.

Darüber, was von unserer Revolution unveräußerlich erkämpft worden ist, und darüber, was von ihr noch nicht zu Ende geführt worden ist.

Möglichkeit einer Intervention. Gefahr einer Finanzkrise. Die „Atempause" ausnutzen: den Schwerpunkt der Arbeit auf die Auswahl von Menschen und auf die Kontrolle der faktischen Durchführung verlegen.

Die Kluft zwischen der Größe der Aufgaben, mit deren Durchführung begonnen worden ist, und der Armut, sowohl der materiellen als auch der kulturellen.

Ergänzend zum Bericht auf die Rolle der zwei Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Vorsitzenden des Rats für Arbeit und Verteidigung hinweisen; auf meinen diesbezüglichen Briefwechsel mit A. D. Zjurupa von Ende Januar 1922; auf die Leitsätze über die neue Organisation der Arbeit mit möglichst umfassender Kontrolle der Durchführung, die jetzt von uns zu dritt (plus Rykow) ausgearbeitet werden.

Den Rat der Volkskommissare von Kleinkram befreien; seine Funktionen genauer von denen des Rats für Arbeit und Verteidigung und des Kleinen Rats der Volkskommissare abgrenzen. Die Autorität des Rats der Volkskommissare dadurch heben, daß die leitenden Genossen, die Volkskommissare, an seinen Sitzungen teilnehmen, und nicht nur ihre Stellvertreter.

In Verbindung damit und entsprechend den mehrfachen mündlichen Erklärungen des Gen. Kalinin sowie der beigefügten schriftlichen Mitteilung des Gen. Jenukidse dem Parteitag im Namen des ZK vorschlagen, den oben dargelegten Plan gutzuheißen und auch die Einberufung des Gesamtrussischen ZEK zu längeren Tagungen zwecks Ausarbeitung grundlegender Fragen der Gesetzgebung und

zwecks systematischer Kontrolle der Arbeit der Volkskommissariate und des Rats der Volkskommissare zu billigen.

Schließlich müssen die Funktionen der Partei (und ihres ZK) und der Sowjetmacht viel genauer voneinander abgegrenzt werden; die Verantwortlichkeit und Selbständigkeit der Sowjetfunktionäre und der Sowjetinstitutionen sind zu erhöhen und der Partei die Gesamtleitung der Arbeit aller Staatsorgane zusammen zu überlassen, ohne die gegenwärtige allzu häufige, unregelmäßige und oft kleinliche Einmischung.

Einen entsprechenden Resolutionsentwurf ausarbeiten und auf dem Parteitag einbringen.

4. Ich bitte die Plenartagung des ZK, einen zusätzlichen Referenten des ZK zu bestimmen, denn mein Referat ist zu allgemein, außerdem bin ich nicht absolut davon überzeugt, daß ich imstande sein werde, es zu halten, die Hauptsache aber — an der laufenden Arbeit des Politbüros habe ich seit Monaten nicht mehr teilgenommen.

Mit kommunistischem Gruß
Lenin

Zuerst veröffentlicht
am 30. August 1928
in der „Prawda" Nr. 201.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE BEDINGUNGEN FÜR DIE AUFNAHME NEUER PARTEIMITGLIEDER

1

An Genossen Molotow

Ich bitte, auf der Plenartagung des ZK meinen nachstehenden Antrag einzubringen:

Ich halte es für äußerst wichtig, die Kandidatenzeit bei der Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei zu verlängern. Von Sinowjew ist sie auf ein halbes Jahr für Arbeiter und auf ein Jahr für sonstige festgesetzt worden. Ich schlage vor, die halbjährige Kandidatenzeit nur für solche Arbeiter zu belassen, die nicht weniger als zehn Jahre tatsächlich als Arbeiter in großen Industriebetrieben beschäftigt waren. Für die übrigen Arbeiter sind anderthalb Jahre, für Bauern und Rotarmisten zwei Jahre und für alle sonstigen drei Jahre festzusetzen. Besondere Ausnahmen sind zulässig, wenn das Zentralkomitee und die Zentrale Kontrollkommission sie gemeinsam genehmigen.

Ich halte es für höchst gefährlich, die von Sinowjew vorgeschlagenen kurzen Fristen unverändert beizubehalten. Ohne Zweifel werden bei uns ständig Personen als Arbeiter bezeichnet, die nicht die geringste ernsthafte Schule im Sinne der Großindustrie durchgemacht haben. Unter die Kategorie der Arbeiter fallen sehr oft waschechte Kleinbürger, die sich zufällig und nur für ganz kurze Zeit in Arbeiter verwandelt haben. Alle klugen Weißgardisten berücksichtigen ganz bestimmt den Umstand, daß der angeblich proletarische Charakter unserer Partei in Wirklichkeit nicht die geringste Gewähr dafür bietet, daß in ihr nicht Kleinbesitzerelemente, und

zwar in kürzester Frist, das Übergewicht bekommen. Angesichts der bei uns vorherrschenden unexakten, unsystematischen Arbeitsweise werden die kurzen Fristen der Kandidatenzeit in Wirklichkeit ein vollständiges Fehlen jeder ernsthaften Kontrolle darüber bedeuten, ob die Kandidaten wirklich einigermaßen erprobte Kommunisten sind. Wenn wir 300000 bis 400000 Mitglieder in unserer Partei haben, so ist auch diese Zahl übermäßig hoch, denn entschieden alle Fakten sprechen dafür, daß das Niveau der jetzigen Parteimitglieder ungenügend ist. Deshalb bestehe ich nachdrücklich darauf, daß die Kandidatenzeit verlängert wird und daß ferner das Organisationsbüro den Auftrag erhält, Bestimmungen auszuarbeiten und streng anzuwenden, die die Kandidatenzeit wirklich zu einer sehr ernsthaften Probezeit und nicht zu einer leeren Formalität machen.

Ich bin der Meinung, daß diese Frage auf dem Parteitag besonders eingehend behandelt werden muß.

24. III. 1922 *Lenin*

2

An Genossen Molotow

mit der Bitte, das Schreiben allen Mitgliedern des ZK zum Lesen zu geben, bevor die Bedingungen für die Aufnahme neuer Parteimitglieder auf dem Parteitag behandelt werden

Nachdem ich den Beschluß der Plenartagung vom 25. III. über die Fristen der Kandidatenzeit für den Eintritt neuer Mitglieder in die Partei gelesen habe, möchte ich gegen diesen Beschluß auf dem Parteitag Einspruch erheben. Da ich jedoch befürchte, daß ich nicht imstande sein werde, auf dem Parteitag aufzutreten, bitte ich meine nachstehenden Erwägungen durchzulesen:

Ohne Zweifel ist unsere Partei gegenwärtig, was die Mehrzahl ihrer Mitglieder betrifft, nicht genügend proletarisch zusammengesetzt. Das kann wohl niemand bestreiten, und eine einfache Nachprüfung an Hand der Statistik wird diese Feststellung bestätigen. Seit dem Krieg ist die Fabrikarbeiterschaft in Rußland ihrer Zusammensetzung nach weit weniger proletarisch als früher, weil während des Krieges diejenigen in die Fabriken gingen, die sich dem Militärdienst entziehen wollten. Das ist eine allgemein bekannte Tatsache. Anderseits ist es ebenso unzweifelhaft, daß unsere Partei jetzt im allgemeinen und durchschnittlich (wenn man das Niveau der großen Mehrzahl ihrer Mitglieder nimmt) politisch weniger geschult ist, als dies für eine wirklich proletarische Führung in solch einem schwierigen Augenblick notwendig ist, zumal bei dem gewaltigen Übergewicht der Bauernschaft, die rasch zu einer selbständigen Klassenpolitik erwacht. Ferner muß man in Betracht ziehen, daß die Versuchung, in die Regierungspartei einzutreten, gegenwärtig riesig groß ist. Man braucht sich nur alle die literarischen Erzeugnisse der „Smena-Wech"-Leute zu vergegenwärtigen, um sich davon zu überzeugen, welch ein allem Proletarischen fernstehendes Publikum heute von den politischen Erfolgen der Bolschewiki mitgerissen ist. Sollte uns die Konferenz von Genua einen

neuen politischen Erfolg bringen, so wird der Andrang von kleinbürgerlichen und allem Proletarischen geradezu feindseligen Elementen in die Partei gigantisch zunehmen. Eine halbjährige Kandidatenzeit für Arbeiter vermag diesen Andrang keinesfalls einzudämmen, denn nichts ist leichter, als sich eine solche kurze Kandidatenzeit künstlich zu verschaffen, um so mehr, als es sehr vielen intellektuellen und halbintellektuellen Elementen unter unseren Verhältnissen nicht die geringsten Schwierigkeiten bereiten dürfte, Arbeiter zu werden. Aus alledem ziehe ich den Schluß — der in meinen Augen noch dadurch bekräftigt wird, daß die Weißgardisten die nichtproletarische Zusammensetzung unserer Partei ganz bewußt in Rechnung stellen —, daß wir die Fristen der Kandidatenzeit beträchtlich verlängern müssen und daß es, wenn es bei den sechs Monaten für Arbeiter bleiben soll, unbedingt notwendig ist, um nicht uns selbst und andere zu betrügen, den Begriff „Arbeiter" so festzulegen, daß unter diesen Begriff nur diejenigen fallen, die tatsächlich auf Grund ihrer Lebenslage zu einer proletarischen Denkweise gekommen sein müssen. Das ist aber unmöglich, wenn man nicht viele Jahre in der Fabrik gewesen ist, und zwar ohne irgendwelche Nebenabsichten, vielmehr infolge der allgemeinen ökonomischen und sozialen Lebensverhältnisse.

Will man nicht vor der Wirklichkeit die Augen verschließen, so muß man zugeben, daß gegenwärtig die proletarische Politik der Partei nicht durch ihre Zusammensetzung, sondern durch die gewaltige, ungeschmälerte Autorität jener ganz dünnen Schicht bestimmt wird, die man die alte Parteigarde nennen kann. Es genügt ein kleiner innerer Kampf in dieser Schicht, und ihre Autorität wird, wenn nicht untergraben, so doch jedenfalls so weit geschwächt, daß die Entscheidung schon nicht mehr von ihr abhängen wird.

Es ist deshalb notwendig: 1. alle Fristen der Kandidatenzeit zu verlängern; 2. mit besonders detaillierten Einzelheiten festzulegen, worin das wirkliche Durchmachen der Kandidatenzeit bestehen soll, welches die konkreten und praktischen Bedingungen für die Kontrolle darüber sein sollen, daß die Kandidatenzeit wirklich durchgemacht wird und nicht eine leere Formalität bleibt; 3. in den Institutionen, die über die Aufnahme neuer Parteimitglieder zu entscheiden haben, muß eine qualifizierte Mehrheit geschaffen werden; 4. die Aufnahme muß von der Entscheidung nicht nur der Gouvernements-Parteikomitees, sondern auch der Kontrollkommis-

sionen abhängig gemacht werden; 5. es müssen noch weitere Maßnahmen ausgearbeitet werden, die es der Partei erleichtern sollen, sich derjenigen Mitglieder zu entledigen, die gar keine Kommunisten in dem Sinne sind, daß sie die proletarische Politik ganz bewußt durchführen. Ich schlage keine neue Generalreinigung der Partei vor, denn ich glaube, daß das jetzt praktisch undurchführbar ist, aber irgendwelche Mittel zu einer faktischen Reinigung der Partei, d. h. zu einer Verringerung ihres Bestandes, müssen gefunden werden, und wenn man darüber nachdenkt, dann kann eine Reihe geeigneter Maßnahmen ausfindig gemacht werden. Davon bin ich überzeugt.

Wenn möglich, möchte ich die Mitglieder des ZK, die dieses Schreiben lesen, bitten, mir zu antworten, sei es auch nur durch einen kurzen Anruf bei einer der Sekretärinnen des Rats der Volkskommissare.

Lenin

26. III. 1922

Zuerst veröffentlicht im Dezember 1925.

Telefonisch diktiert. Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

XI. PARTEITAG DER KPR(B)[55]

27. März–2. April 1922

Veröffentlicht 1922 in dem Buch „Elfter Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Stenografischer Bericht", Moskau, Verlagsabteilung des ZK der KPR.

Nach dem Text des Buches, verglichen mit dem Stenogramm, Rede bei der Schließung des Parteitags nach dem Manuskript.

1

REDE BEI DER ERÖFFNUNG DES PARTEITAGS 27. MÄRZ

Genossen! Im Auftrag des Zentralkomitees der Partei erkläre ich den XI. Parteitag der KPR für eröffnet.

Genossen! Zu diesem Parteitag haben Sie sich das erstemal nach einem ganzen Jahr versammelt, in dessen Verlauf uns die Intervention und Invasion der kapitalistischen Staaten, zumindest in ihrer direkten Form, nicht gestört haben. Das ist das erste Jahr, in dem wir die Möglichkeit haben, unsere Kräfte den wirklichen, wichtigsten, grundlegenden Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu widmen.

In dieser Hinsicht haben wir zweifellos erst die ersten Schritte gemacht. Aber ich bin überzeugt, wenn wir das von uns Vollbrachte mit der gebotenen Nüchternheit einschätzen und uns nicht fürchten, der Wirklichkeit, die nicht immer angenehm, sondern manchmal auch recht unangenehm ist, offen ins Auge zu sehen, dann werden wir alle Schwierigkeiten, die sich erst jetzt in ihrem ganzen Ausmaß vor uns abzeichnen, ohne Zweifel überwinden.

Die Katastrophen, die in diesem Jahr über uns hereingebrochen sind, dürften fast noch schwerer gewesen sein als in den vorangegangenen Jahren.

Alle Folgen des imperialistischen Krieges und des Krieges, den uns die Kapitalisten aufgezwungen haben, alle diese Folgen haben sich gleichsam zusammengetan und uns mit Hungersnot und fürchterlichster Zerrüttung überfallen. Diese Schwierigkeiten sind jetzt bei weitem noch nicht überwunden. Und niemand von uns rechnet damit, daß sie schnell überwunden werden können.

Aber wenn wir die Einheit unserer Partei bewahren und festigen, wenn

wir aus den internationalen Schwierigkeiten ebenso erfolgreich hervorgehen wie bisher, wenn wir alle Kräfte auf die Lösung der Aufgaben ausrichten, die sich jetzt mit zwingender Notwendigkeit aus den gegenwärtigen Verhältnissen ergeben, dann besteht kein Zweifel, daß wir alle diese Schwierigkeiten überwinden werden.

In der ganzen Welt wächst die kommunistische Bewegung, obzwar bei weitem nicht so rasch, wie es diejenigen von uns erwartet hatten, die das Tempo der Zeit des Krieges und seiner Beendigung als Maßstab nahmen, so doch auf jeden Fall solide und dauerhaft, in die Breite und Tiefe. Und wenn wir es in Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien, die es jetzt bereits in allen Ländern der Welt gibt, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, verstehen, unsere Lage nüchtern zu beurteilen, und uns nicht scheuen, unsere Fehler einzusehen, dann werden wir aus allen diesen Schwierigkeiten als Sieger hervorgehen.

2

POLITISCHER BERICHT DES ZENTRALKOMITEES DER KPR(B) 27. MÄRZ

(Beifall.) Genossen! Gestatten Sie mir, den politischen Bericht des Zentralkomitees nicht mit dem Jahresanfang, sondern mit dem Jahresende zu beginnen. Die brennendste Tagesfrage der Politik ist augenblicklich Genua. Da aber in unserer Presse darüber schon sehr viel gesagt worden ist und da ich in meiner Rede vom 6. März, die veröffentlicht wurde, Gelegenheit hatte, das Wesentliche zu dieser Frage zu sagen, so möchte ich, falls von Ihrer Seite kein besonderes Verlangen geäußert werden sollte, irgendwelche Einzelheiten darzulegen, um die Erlaubnis bitten, auf die Details dieser Frage nicht einzugehen.

Über Genua wissen Sie im allgemeinen alles, denn die Presse hat dieser Frage viel Platz eingeräumt — meines Erachtens sogar übermäßig viel, zum Nachteil der wirklichen, praktischen und dringlichen Erfordernisse unseres Aufbaus im allgemeinen und unseres wirtschaftlichen Aufbaus im besonderen. In Europa wie in allen bürgerlichen Ländern liebt man es begreiflicherweise sehr, die Köpfe mit allem möglichen Wortgeprassel über Genua zu beschäftigen oder vollzustopfen. Und wir ahmen ihnen diesmal (allerdings nicht nur diesmal) nach und tun es viel zu sehr.

Ich muß sagen, daß wir im ZK die sorgfältigsten Maßnahmen getroffen haben, um eine Delegation aus unseren besten Diplomaten zusammenzustellen (und wir haben jetzt eine stattliche Zahl von Sowjetdiplomaten, es ist nicht mehr so wie zu Beginn des Bestehens der Sowjetrepublik). Wir haben im ZK genügend detaillierte Direktiven für unsere Diplomaten in Genua ausgearbeitet, haben sehr viel Zeit darauf verwandt, haben sie mehrere Male besprochen und wieder von neuem besprochen. Und es versteht sich von selbst, daß hier die Frage, ich möchte nicht sagen des Krie-

ges, weil dieses Wort eine Mißdeutung hervorrufen könnte, aber jedenfalls des Wettkampfes steht. Im bürgerlichen Lager gibt es eine außerordentlich starke Strömung, die viel mächtiger als die anderen Strömungen ist und dazu neigt, die Genueser Konferenz zu vereiteln. Es gibt andere Strömungen, die sie um jeden Preis durchsetzen wollen, die erreichen wollen, daß sie zusammentritt. Diese letztgenannten Strömungen haben jetzt die Oberhand gewonnen. Es gibt schließlich im Lager aller bürgerlichen Länder eine Strömung, die man als pazifistisch bezeichnen könnte und zu der auch die ganze II. und die zweieinhalbte Internationale gerechnet werden müssen. Das ist dasjenige Lager der Bourgeoisie, das eine Reihe pazifistischer Vorschläge durchzusetzen und so etwas wie eine pazifistische Politik zu umreißen versucht. Wir haben als Kommunisten über diesen Pazifismus bestimmte Anschauungen, deren Darlegung hier völlig überflüssig ist. Es ist klar, daß wir nicht als Kommunisten, sondern als Kaufleute nach Genua gehen. Wir müssen Handel treiben, und sie müssen Handel treiben. Wir möchten, daß dieser Handel zu unserem Vorteil ausschlage, und sie möchten, daß er ihnen Vorteil bringe. Wie sich der Kampf entwickeln wird, das wird, wenigstens zu einem kleinen Teil, von der Kunst unserer Diplomaten abhängen.

Wenn wir als Kaufleute nach Genua gehen, so ist es uns begreiflicherweise nicht gleichgültig, ob wir es mit jenen Vertretern des bürgerlichen Lagers zu tun haben, die zur kriegerischen Lösung der Frage neigen, oder mit jenen Vertretern des bürgerlichen Lagers, die zum Pazifismus neigen, mag er auch noch so unzulänglich sein und — vom Standpunkt des Kommunismus — keinerlei Kritik standhalten. Das wäre wahrhaftig ein schlechter Kaufmann, der es nicht verstünde, diesen Unterschied zu erfassen und ihm zur Erreichung praktischer Ziele seine Taktik anzupassen.

Wir gehen nach Genua mit dem praktischen Ziel, den Handel auszudehnen und Bedingungen zu schaffen, unter denen er sich am weitesten und erfolgreichsten entwickeln könnte. Aber wir bürgen keineswegs für einen Erfolg der Genueser Konferenz. Dafür bürgen zu wollen wäre lächerlich und sinnlos. Ich muß sagen, daß bei einer ganz nüchternen und vorsichtigen Einschätzung der Möglichkeiten, die Genua zur Zeit bietet, es dennoch, glaube ich, nicht übertrieben sein dürfte zu sagen, daß wir dieses unser Ziel erreichen werden.

Auf dem Wege über Genua, wenn unsere dortigen Verhandlungs-

partner genügend verständig und nicht allzu starrköpfig sein werden; ohne Genua, falls es ihnen einfallen sollte, sich auf die Hinterbeine zu stellen. Aber unser Ziel werden wir erreichen!

Es ist doch so, daß die unaufschiebbarsten, dringlichsten, in den letzten Jahren klar in Erscheinung getretenen praktischen Interessen aller kapitalistischen Mächte die Entwicklung, Regelung und Ausdehnung des Handels mit Rußland erheischen. Sind derartige Interessen aber einmal vorhanden, so kann man zwar streiten, kann sich zanken, kann in verschiedenen Kombinationen auseinandergehen — es ist sogar durchaus wahrscheinlich, daß es dazu kommen wird —, aber zu guter Letzt wird sich doch diese grundlegende wirtschaftliche Notwendigkeit selbst ihren Weg bahnen. Und ich glaube, daß wir diesbezüglich ruhig sein können. Ich verbürge mich nicht für den Zeitpunkt, ich verbürge mich nicht für den Erfolg, aber gerade in dieser Versammlung hier kann ziemlich zuversichtlich gesagt werden, daß die Entwicklung normaler Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetrepublik und der ganzen übrigen, der kapitalistischen Welt unausbleiblich weitergehen wird. Welche Unterbrechungen dabei eintreten können, darauf werde ich an gegebener Stelle in meinem Bericht zu sprechen kommen, jetzt aber, denke ich, kann ich mich, was Genua betrifft, auf das Gesagte beschränken.

Selbstverständlich können Genossen, die den Wunsch haben, die Frage eingehender kennenzulernen, und die sich mit der in den Zeitungen veröffentlichen Liste der Delegationsmitglieder nicht zufriedengeben, eine Kommission oder Sektion wählen und in das gesamte Material des ZK, in den Schriftwechsel und die Direktiven Einsicht nehmen. Die Einzelheiten haben wir natürlich nur bedingt festgelegt, weil bisher noch nicht genau bekannt ist, wer sich in diesem Genua an den Tisch setzen wird und was für Bedingungen oder Vorbedingungen oder Vorbehalte man dabei vorbringen wird. Sie allesamt hier zu analysieren wäre höchst unzweckmäßig, ich glaube, sogar praktisch unmöglich. Ich wiederhole, der Parteitag hat durch eine Sektion oder Kommission die volle Möglichkeit, alle Dokumente zu dieser Frage, die veröffentlichten wie die dem ZK vorliegenden, zu sammeln.

Ich will mich auf das Gesagte beschränken, da ich der Überzeugung bin, daß es nicht diese Frage ist, die uns die größten Schwierigkeiten bereitet. Nicht das ist es, worauf die gesamte Partei ihr Hauptaugenmerk richten

muß. Die europäische bürgerliche Presse vergrößert und übertreibt die Bedeutung dieser Konferenz künstlich und mit Vorbedacht, um die werktätigen Massen zu betrügen (so machen es stets neun Zehntel der gesamten bürgerlichen Presse in allen diesen freien demokratischen Ländern und Republiken). Wir haben uns von dieser Presse ein wenig beeinflussen lassen. Wie immer lassen sich unsere Zeitungen noch von den alten bürgerlichen Gewohnheiten beeinflussen, wollen nicht auf das neue sozialistische Geleise übergehen, und wir haben mehr Lärm geschlagen, als es der Gegenstand verdient. Für Kommunisten, besonders wenn sie so ernste Jahre durchgemacht haben wie wir seit 1917 und so ernste Kombinationen der Politik erlebt haben wie wir seither, bietet Genua im Grunde genommen keine großen Schwierigkeiten. Ich entsinne mich nicht, daß es innerhalb des ZK oder überhaupt in unserer Partei in dieser Frage zu irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten gekommen wäre. Das ist natürlich, denn vom Standpunkt der Kommunisten, selbst wenn man die verschiedenen Schattierungen unter ihnen im Auge hat, gibt es hier nichts Strittiges. Wir gehen, ich wiederhole es, als Kaufleute nach Genua, um möglichst vorteilhafte Formen für die Entwicklung des Handels zu erzielen, der eingesetzt hat, der vonstatten geht und der, selbst wenn es jemandem gelänge, ihn für diese oder jene Zeitspanne gewaltsam zu unterbrechen, sich dennoch nach dieser Unterbrechung unweigerlich entwickeln wird.

Ich beschränke mich daher auf diese kurzen Ausführungen über Genua und gehe nun zu den Fragen über, die meines Erachtens die Hauptfragen der Politik im vergangenen Jahr und die Hauptfragen der Politik im kommenden Jahr sind. Mir scheint (oder zumindest bin ich es so gewohnt), daß wir im politischen Bericht des ZK nicht einfach darüber sprechen sollen, was im Berichtsjahr geschehen ist, sondern darüber, welche politischen Lehren sich im Berichtsjahr ergeben haben — die wichtigsten, die grundlegenden Lehren, um unsere Politik für das kommende Jahr richtig zu bestimmen, um aus dem abgelaufenen Jahr etwas zu lernen.

Die Hauptfrage ist natürlich die Neue Ökonomische Politik. Das ganze Berichtsjahr verlief im Zeichen der Neuen Ökonomischen Politik. Wenn wir in diesem Jahr irgendeine große, ernsthafte und unverrückbare Errungenschaft erzielt haben (das steht für mich noch nicht so ohne weiteres fest), so lediglich die, daß wir etwas von den Anfangsgründen dieser Neuen

Ökonomischen Politik gelernt haben. Wir haben in der Tat in diesem Jahr auf dem Gebiet der Neuen Ökonomischen Politik außerordentlich viel gelernt. Die Probe aufs Exempel aber, ob wir wirklich und inwieweit wir gelernt haben, wird wahrscheinlich erst durch die weiteren Ereignisse gemacht werden, durch Geschehnisse, die von unserem Wollen sehr wenig abhängen, wie beispielsweise die bevorstehende Finanzkrise. Mir scheint, das Wichtigste, was man hinsichtlich unserer Neuen Ökonomischen Politik als Grundlage für alle Erörterungen im Auge behalten muß, sowohl um das Fazit aus den Erfahrungen des abgelaufenen Jahres als auch um die praktischen Lehren für das kommende Jahr zu ziehen — das sind die folgenden drei Punkte.

Erstens ist uns die Neue Ökonomische Politik vor allem wichtig als eine Probe darauf, ob wir wirklich den Zusammenschluß mit der bäuerlichen Wirtschaft erreichen. In der vorhergegangenen Entwicklungsperiode unserer Revolution, als die ganze Aufmerksamkeit und alle Kräfte hauptsächlich von der Aufgabe beansprucht, ja fast ganz absorbiert waren, die Invasion abzuwehren, konnten wir über diesen Zusammenschluß nicht genügend nachdenken — wir hatten anderes zu tun. Man konnte und mußte ihn bis zu einem gewissen Grade vernachlässigen, als wir vor der absolut unaufschiebbaren und direkten, alles überragenden Aufgabe standen, die Gefahr abzuwehren, von den gigantischen Kräften des Weltimperialismus sofort erdrückt zu werden.

Die Wendung zur Neuen Ökonomischen Politik wurde auf dem letzten Parteitag mit außergewöhnlicher Einmütigkeit beschlossen, sogar mit größerer Einmütigkeit, als andere Fragen in unserer Partei (die sich, das muß man sagen, überhaupt durch große Einmütigkeit auszeichnet) entschieden wurden. Diese Einmütigkeit zeigte, daß die Notwendigkeit vollauf herangereift war, auf neue Art an die sozialistische Wirtschaft heranzugehen. Menschen, die in vielen Fragen auseinandergingen, die die Lage von verschiedenen Standpunkten aus einschätzten, kamen einmütig und sehr rasch, ohne alle Schwankungen, zu dem Schluß, daß wir nicht richtig an die sozialistische Wirtschaft, an die Errichtung ihres Fundaments herangehen und daß es nur ein einziges Mittel gibt, richtig heranzugehen — das ist die Neue Ökonomische Politik. Wir mußten infolge der Entwicklung der Kriegsereignisse, infolge der Entwicklung der politischen Ereignisse, infolge der Entwicklung des Kapitalismus im alten zivilisierten

Westen und der Entwicklung der sozialen und politischen Verhältnisse in den Kolonien als erste in die alte bürgerliche Welt eine Bresche schlagen zu einem Zeitpunkt, als unser Land ökonomisch wenn nicht das rückständigste, so doch eines der rückständigsten Länder war. Die gewaltige Mehrheit der Bauernschaft unseres Landes betreibt eine individuelle Kleinwirtschaft. Der Aufbau dessen, was wir von unserem in Aussicht genommenen Programm des kommunistischen Gemeinwesens sofort verwirklichen zu können glaubten, vollzog sich bis zu einem gewissen Grade abseits von dem, was in der breitesten Bauernmasse vor sich ging, der wir sehr schwere Pflichten auferlegten, was wir damit rechtfertigten, daß der Krieg keinerlei Schwankungen in dieser Beziehung zulasse. Und diese Rechtfertigung wurde von der Bauernschaft im großen und ganzen akzeptiert, trotz der Fehler, die wir nicht vermeiden konnten. Die Bauernmasse sah und begriff im allgemeinen, daß diese ungeheuren Lasten, die ihr auferlegt wurden, notwendig waren, um die Arbeiter- und Bauernmacht gegen die Gutsbesitzer zu behaupten, um nicht von der kapitalistischen Invasion, die uns alle Errungenschaften der Revolution zu entreißen drohte, erwürgt zu werden. Aber einen Zusammenschluß zwischen der Wirtschaft, die in den nationalisierten, sozialisierten Fabriken, Werken und Sowjetwirtschaften aufgebaut wurde, und der bäuerlichen Wirtschaft gab es nicht.

Das haben wir auf dem letzten Parteitag klar gesehen. Das haben wir so klar gesehen, daß es in der Partei keinerlei Schwankungen in bezug darauf gab, daß die Neue Ökonomische Politik unvermeidlich ist.

Es ist erheiternd zu beobachten, wie dieser unser Beschluß in den außerordentlich zahlreichen Presseorganen aller möglichen russischen Parteien im Ausland eingeschätzt wird. Der Unterschied zwischen diesen Einschätzungen ist nur ganz geringfügig: In der Vergangenheit lebend, behaupten sie auch jetzt noch, die linken Kommunisten wären bis heute noch gegen die Neue Ökonomische Politik. Diese Leute haben sich im Jahre 1921 an das erinnert, was im Jahre 1918 war und was die linken Kommunisten bei uns selbst vergessen haben, und sie käuen und wiederkäuen das endlos, wobei sie versichern, diese Bolschewiki, bekanntlich arglistige und verlogene Leute, täten alles, um vor Europa zu verheimlichen, daß es hier bei ihnen selber Meinungsverschiedenheiten gebe. Liest man das, so denkt man: Laßt sie in ihrem Irrtum verharren. Wenn sie

von dem, was bei uns vor sich geht, solche Vorstellungen haben, dann kann man danach beurteilen, wie es in den Köpfen dieser angeblich höchst gebildeten Menschen einer vergangenen Zeit aussieht, die sich jetzt ins Ausland davongemacht haben. Wir wissen, daß es bei uns keinerlei Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, und zwar deshalb nicht, weil die praktische Notwendigkeit, an die Errichtung des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft anders heranzugehen, für alle klar war.

Einen Zusammenschluß zwischen der bäuerlichen Wirtschaft und der neuen Wirtschaft, die wir zu schaffen versuchten, gab es bei uns nicht. Gibt es ihn jetzt? Noch nicht. Wir nähern uns ihm erst. Die ganze Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik, die man in unserer Presse noch häufig überall sonstwo sucht, nur nicht da, wo sie zu suchen ist — diese ganze Bedeutung liegt darin und nur darin: den Zusammenschluß zwischen der bäuerlichen Wirtschaft und der neuen Wirtschaft herzustellen, die wir mit ungeheurer Anstrengung schaffen. und darin besteht unser Verdienst, sonst wären wir keine Kommunisten, keine Revolutionäre.

Die neue Wirtschaft begannen wir auf völlig neue Art aufzubauen, ohne Rücksicht auf irgend etwas Altes. Und hätten wir mit ihrem Aufbau nicht begonnen, so wären wir gleich in den ersten Monaten, gleich in den ersten Jahren aufs Haupt geschlagen worden. Aber das bedeutet nicht, daß wir uns darauf versteifen, die neue Ökonomik, die wir mit so grenzenloser Kühnheit begonnen haben, nun auch unabänderlich in der gleichen Weise fortzuführen. Woraus folgt denn das? Aus rein gar nichts.

Wir haben von allem Anfang an gesagt, daß wir ein völlig neuartiges Werk zu vollbringen haben und daß unser Werk, wenn uns die Genossen Arbeiter der kapitalistisch höher entwickelten Länder nicht rasch zu Hilfe kommen, unglaublich schwierig sein und es dabei zweifellos eine Reihe von Fehlern geben wird. Die Hauptsache ist: Man muß nüchtern zu sehen verstehen, wo solche Fehler unterlaufen sind, und alles von Anfang an umgestalten. Wenn man nicht zweimal, sondern sogar viele Male alles von Anfang an umgestalten muß, so wird das zeigen, daß wir an unsere Aufgabe, die größte, die es je in der Welt gegeben hat, ohne Vorurteile, mit nüchternem Blick herangehen.

Das Grundlegende in der Neuen Ökonomischen Politik ist jetzt, sich die Erfahrungen des verflossenen Jahres richtig zu eigen zu machen. Das muß man tun, und wir wollen das tun. Und wenn wir das um jeden Preis

erreichen wollen (und wir wollen und werden es erreichen!), so müssen wir wissen: Die grundlegende, entscheidende, allem anderen übergeordnete Aufgabe der NÖP ist die Herstellung des Zusammenschlusses zwischen der neuen Ökonomik, die wir aufzubauen begonnen haben (sehr schlecht, sehr ungeschickt, aber immerhin aufzubauen begonnen haben, auf der Grundlage einer völlig neuen sozialistischen Wirtschaft, einer neuen Produktion, einer neuen Verteilung), und der bäuerlichen Ökonomik, die die Wirtschaft von Millionen und aber Millionen Bauern ist.

Diesen Zusammenschluß gab es nicht, und diesen Zusammenschluß müssen wir vor allem herstellen. Dieser Erwägung muß alles untergeordnet werden. Wir müssen noch klären, wie weit es der Neuen Ökonomischen Politik gelungen ist, diesen Zusammenschluß herbeizuführen, ohne das zu zerstören, was wir, wenn auch ungeschickt, aufzubauen begonnen haben.

Wir bauen unsere Wirtschaft in Verbindung mit der Bauernschaft auf. Wir müssen sie wiederholt umgestalten und sie so einrichten, daß ein Zusammenschluß bestehe zwischen unserer Arbeit an der sozialistischen Großindustrie und Landwirtschaft und der Arbeit, mit der jeder Bauer beschäftigt ist und die er leistet, so gut er kann, um aus der Not herauszukommen, ohne zu klügeln (denn wie sollte er klügeln, wo es gilt, der direkten Gefahr eines qualvollen Hungertodes zu entgehen, ihr zu entrinnen?).

Man muß diesen Zusammenschluß zeigen, damit wir ihn klar sehen, damit das ganze Volk ihn sehe, damit die gesamte Bauernmasse sehe, daß zwischen ihrem heutigen schweren, unerhört zerrütteten, unerhört armseligen, qualvollen Leben und der Arbeit, die im Namen fernliegender sozialistischer Ideale geleistet wird, ein Zusammenhang besteht. Man muß es verstehen, dem einfachen werktätigen Durchschnittsmenschen begreiflich zu machen, daß er eine gewisse Verbesserung erhalten hat, und zwar nicht so, wie sie manche Bauern in der Epoche der Gutsbesitzerherrschaft und des Kapitalismus erhielten, als jeder Schritt zu Verbesserungen (es gab zweifellos Verbesserungen, und sehr große) mit Verhöhnung, Beschimpfung, Verspottung der Bauern, mit Gewaltanwendung gegen die Masse verknüpft war, die in Rußland kein Bauer vergessen hat und auf Jahrzehnte hinaus nicht vergessen wird. Unser Ziel ist, den neuen Zusammenschluß herzustellen, dem Bauern durch Taten zu beweisen, daß

wir mit dem beginnen, was ihm verständlich, vertraut und heute bei all seiner Armut erreichbar ist, nicht aber mit etwas, was vom Standpunkt des Bauern fern und phantastisch ist. Unser Ziel ist, zu beweisen, daß wir ihm zu helfen verstehen, daß die Kommunisten dem verarmten, verelendeten, qualvoll hungernden Kleinbauern, der sich jetzt in einer schweren Lage befindet, sofort praktisch helfen. Entweder werden wir das beweisen, oder er wird uns zum Teufel jagen. Das ist völlig unausbleiblich.

Darin eben liegt die Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik, das eben ist die Grundlage unserer ganzen Politik. Hier haben wir die Hauptlehre aus dem ganzen abgelaufenen Jahr der Anwendung der Neuen Ökonomischen Politik und sozusagen unsere politische Hauptregel für das kommende Jahr. Der Bauer gewährt uns Kredit, und er kann natürlich nach dem Erlebten nicht umhin, ihn zu gewähren. Die Bauern in ihrer Masse willigen ein: „Nun, wenn ihr's nicht besser könnt, werden wir warten, vielleicht werdet ihr's noch lernen." Doch dieser Kredit kann nicht unerschöpflich sein.

Das muß man wissen und sich, nachdem man den Kredit erhalten hat, immerhin etwas beeilen. Man muß wissen, daß der Zeitpunkt naht, wo uns das Bauernland keinen weiteren Kredit gewähren wird, wo es, um einen kommerziellen Ausdruck zu gebrauchen, Barzahlung fordern wird. „Jetzt, sehr verehrte Machthaber, nach soviel Monaten und soviel Jahren Aufschub habt ihr doch sicher das richtigste, zuverlässigste Mittel gefunden, durch das ihr uns helft, aus der Not, dem Elend, dem Hunger, dem Ruin herauszukommen. Ihr könnt das, ihr habt es bewiesen." Das ist das Examen, das unweigerlich auf uns zukommt, und dieses Examen wird in letzter Instanz alles entscheiden: sowohl das Schicksal der NÖP als auch das Schicksal der kommunistischen Macht in Rußland.

Werden wir imstande sein, unser unmittelbares Werk zu Ende zu führen oder nicht? Taugt diese Neue Ökonomische Politik nun zu etwas oder nicht? Wird sich der Rückzug als richtig herausstellen, so gilt es, sich nach dem Rückzug mit der Bauernmasse zusammenzuschließen und gemeinsam mit ihr, zwar hundertmal langsamer, dafür aber fest und unbeirrt vorwärtszuschreiten, damit sie stets sehe, daß wir trotz allem vorwärtsschreiten. Dann wird unsere Sache absolut unbesiegbar sein, und keine Kraft der Welt wird uns besiegen. Bis jetzt, im ersten Jahr, haben wir das noch nicht erreicht. Das muß unumwunden ausgesprochen werden.

Aber ich bin fest davon überzeugt (und unsere Neue Ökonomische Politik gibt die Möglichkeit, diesen Schluß mit voller Klarheit und Sicherheit zu ziehen), daß wir diese Aufgabe lösen werden, wenn wir die ganze ungeheure Gefahr erkennen, die in der NÖP steckt, und alle unsere Kräfte auf die schwachen Punkte richten.

Es gilt, sich eng mit der Bauernmasse, mit der einfachen, werktätigen Bauernschaft zusammenzuschließen und zu beginnen, sich vorwärtszubewegen, zwar unvergleichlich, unendlich langsamer, als wir uns erträumt haben, dafür aber so, daß wirklich die ganze Masse mit uns vorwärtsschreiten wird. Dann wird auch zu gegebener Zeit eine solche Beschleunigung dieser Bewegung einsetzen, von der wir augenblicklich nicht einmal zu träumen wagen. Das ist meiner Meinung nach die erste grundlegende politische Lehre aus der Neuen Ökonomischen Politik.

Die zweite, speziellere Lehre ist die Überprüfung der staatlichen und der kapitalistischen Betriebe durch den Wettbewerb. Bei uns werden jetzt gemischte Gesellschaften gegründet — ich werde später noch ein paar Worte darüber sagen —, die ebenso wie unser gesamter staatlicher Handel und unsere gesamte Neue Ökonomische Politik eine Anwendung von Handelsmethoden, von kapitalistischen Methoden durch uns Kommunisten darstellen. Sie haben auch die Bedeutung, daß hier ein praktischer Wettbewerb zwischen den kapitalistischen Methoden und unseren Methoden zustande kommt. Man vergleiche praktisch! Wir haben bisher Programme geschrieben und Versprechungen gemacht. Seinerzeit war das absolut notwendig. Ohne ein Programm und ohne Versprechungen kann man nicht mit der Weltrevolution kommen. Wenn uns die Weißgardisten, darunter auch die Menschewiki, deshalb beschimpfen, so zeigt das nur, daß die Menschewiki und die Sozialisten der II. und der zweieinhalbten Internationale keine Ahnung davon haben, wie die Entwicklung einer Revolution überhaupt vor sich geht. Anders als so konnten wir nicht anfangen.

Doch jetzt stehen die Dinge so, daß wir schon eine ernste Überprüfung unserer Arbeit vornehmen müssen, nicht eine Überprüfung, wie sie durch die Kontrollinstanzen erfolgt, die von den Kommunisten selbst geschaffen werden, mögen diese Kontrollinstanzen auch noch so vortrefflich sein und mögen sie im System der Sowjetinstitutionen wie der Parteiinstitutionen auch fast ideale Kontrollinstanzen sein. Nicht diese Überprüfung brauchen

wir, sondern eine, die vom Standpunkt der Ökonomik der Massen eine Überprüfung darstellt.

Der Kapitalist verstand sich auf die Versorgung. Er tat das schlecht, er tat das räuberisch, er beleidigte uns, er plünderte uns aus. Das wissen die einfachen Arbeiter und Bauern, die sich nicht über den Kommunismus auslassen, weil sie nicht wissen, was das für ein Ding ist.

„Aber die Kapitalisten verstanden sich immerhin auf die Versorgung, versteht ihr euch darauf? Ihr versteht euch nicht darauf." Das waren doch die Stimmen, die man im vorigen Frühjahr hören konnte, zwar nicht immer klar, aber sie bildeten den Untergrund der ganzen vorjährigen Frühjahrskrise. „Ihr seid prächtige Menschen, aber die Sache, die ökonomische Sache, an die ihr euch gemacht habt, die schafft ihr nicht." Das ist, auf die einfachste Formel gebracht, die vernichtende Kritik, die im vergangenen Jahr die Bauernschaft — und auf dem Wege über die Bauernschaft eine ganze Reihe von Arbeiterschichten — gegen die Kommunistische Partei richtete. Und eben darum gewinnt dieser Punkt in der Frage der NÖP, dieser alte Punkt, so große Bedeutung.

Was gebraucht wird, ist eine echte Prüfung. Nebenan ist der Kapitalist tätig, er handelt wie ein Räuber, er schindet Profite, aber er versteht seine Sache. Ihr aber — ihr probiert es auf neue Art: Profite gibt es bei euch nicht, die Grundsätze sind kommunistisch, die Ideale gut — mit einem Wort, ihr seid wahre Heilige, ihr solltet schon bei Lebzeiten in den Himmel kommen —, aber versteht ihr praktisch zu arbeiten? Das muß man nachprüfen, wirklich nachprüfen, nicht etwa so nachprüfen, daß die Zentrale Kontrollkommission eine Untersuchung anstellt und einen Verweis beschließt und das Gesamtrussische ZEK eine Strafe verhängt — nein, es muß eine wirkliche Überprüfung sein vom Standpunkt der Ökonomik des Volkes.

Den Kommunisten wurde jeder mögliche Aufschub gewährt, es wurde ihnen so viel Kredit gegeben, wie keiner anderen Regierung gegeben worden ist. Natürlich haben die Kommunisten geholfen, die Kapitalisten, die Gutsbesitzer loszuwerden, die Bauernschaft schätzt das, und sie hat Kredit gegeben, Aufschub gewährt, aber alles bis zu einem gewissen Termin. Dann aber erfolgt schon die Prüfung: Versteht ihr es, nicht schlechter zu wirtschaften als die anderen? Der alte Kapitalist versteht es, ihr aber versteht es nicht.

Das ist die erste Lehre, der erste Hauptteil des politischen Berichts des ZK. Wir verstehen nicht zu wirtschaften. Das ist im Laufe eines Jahres bewiesen worden. Ich würde sehr gern einige Gostrusts* (um mich in dieser schönen russischen Sprache auszudrücken, die Turgenjew so gelobt hat**) als Beispiel anführen und zeigen, wie wir zu wirtschaften verstehen.

Leider habe ich aus einer Reihe von Gründen, hauptsächlich infolge Krankheit, diesen Teil des Berichts nicht ausarbeiten können und muß mich darauf beschränken, meiner Überzeugung Ausdruck zu geben, die auf der Beobachtung dessen beruht, was vor sich geht. In diesem Jahr haben wir völlig klar bewiesen, daß wir nicht zu wirtschaften verstehen. Das ist die grundlegende Lehre. Entweder werden wir im nächsten Jahr das Gegenteil beweisen, oder die Sowjetmacht kann nicht weiterexistieren. Und die größte Gefahr ist die, daß nicht alle das einsehen. Wenn alle Kommunisten, die verantwortlichen Funktionäre, klar einsähen: wir verstehen es nicht, wir wollen die Anfangsgründe erlernen, dann hätten wir gewonnenes Spiel — das wäre nach meiner Meinung die fundamentale, grundlegende Schlußfolgerung. Aber man sieht das nicht ein und glaubt, wenn jemand so denkt, dann sind das ungebildete Leute, die haben den Kommunismus nicht studiert — vielleicht werden sie ihn noch studieren und begreifen. Nein, entschuldigen Sie, nicht darum handelt es sich, daß der Bauer oder der parteilose Arbeiter den Kommunismus nicht studiert haben, sondern darum, daß die Zeiten vorbei sind, wo man das Programm entwickeln und das Volk zur Verwirklichung dieses großen Programms aufrufen mußte. Diese Zeit ist vorbei, heute gilt es zu beweisen, daß wir es in der gegenwärtigen schwierigen Lage verstehen, der Wirtschaft des Arbeiters und des Bauern praktisch zu helfen, damit sie sehen, daß wir den Wettkampf bestanden haben.

Die gemischten Gesellschaften, die wir zu gründen begonnen haben, an denen sowohl Privatkapitalisten — russische und ausländische — als auch Kommunisten beteiligt sind, diese Gesellschaften sind eine der Formen, in denen man den Wettbewerb richtig organisieren kann, in denen man

* Staatliche Trusts. *Der Übers.*

** Lenin verspottet hier die Unsitte, Kurznamen durch Zusammenziehung von Silben mehrerer Wörter zu bilden. Vgl. auch Werke, Bd. 31, S. 357, und den vorliegenden Band, S. 262. *Der Übers.*

zeigen und lernen kann, daß wir es nicht schlechter als die Kapitalisten verstehen, den Zusammenschluß mit der bäuerlichen Wirtschaft zu bewerkstelligen, daß wir ihre Bedürfnisse befriedigen und der Bauernschaft, so wie sie jetzt ist, bei all ihrer Unwissenheit — denn sie in kurzer Zeit umzumodeln ist nicht möglich —, helfen können, vorwärtszuschreiten.

Das also ist der Wettkampf, vor dem wir als vor einer absolut unaufschiebbaren Aufgabe stehen. Das ist der Kern der Neuen Ökonomischen Politik und meiner Überzeugung nach der springende Punkt der Parteipolitik. Rein politische Probleme und Schwierigkeiten haben wir mehr als genug. Und Sie kennen sie: Genua und die Interventionsgefahr. Die Schwierigkeiten sind groß, aber sie alle sind ein Nichts im Vergleich zu dieser Schwierigkeit. Dort haben wir schon gesehen, wie es gemacht wird, dort haben wir viel gelernt, haben die bürgerliche Diplomatie erprobt. Das ist etwas, was uns die Menschewiki fünfzehn Jahre lang beigebracht und wobei sie uns manches Nützliche beigebracht haben. Das ist nichts Neues.

Hier aber geht es um eine Sache, die wir in der Wirtschaft fertigbringen müssen: Es gilt, den Wettkampf mit dem simplen Kommis, mit dem einfachen Kapitalisten, mit dem Kaufmann zu bestehen, der zum Bauern kommen und nicht über den Kommunismus diskutieren wird — stellen Sie sich vor, er wird gar nicht über den Kommunismus diskutieren —, sondern argumentieren wird: Wenn etwas zu beschaffen, etwas richtig einzuhandeln, etwas zu bauen ist, bitte schön, ich werde zwar teuer bauen, aber die Kommunisten werden vielleicht noch teurer bauen, wenn nicht gar zehnmal so teuer. Das ist die Agitation, auf die es jetzt ankommt, das ist die Grundfrage der Wirtschaft.

Ich wiederhole, Aufschub und Kredit haben wir vom Volk dank unserer richtigen Politik erhalten, und das sind, um mich in der Sprache der NÖP auszudrücken, Wechsel, aber Termine sind auf diesen Wechseln nicht angegeben, und wann sie zur Einlösung vorgelegt werden, darüber gibt der Text des Wechsels keine Auskunft. Darin liegt die Gefahr, das ist das Besondere, das diese politischen Wechsel von gewöhnlichen Handelswechseln unterscheidet. Darauf müssen wir alle Aufmerksamkeit richten und dürfen uns nicht damit zufriedengeben, daß überall in den staatlichen Trusts und gemischten Gesellschaften verantwortliche und sehr gute Kommunisten sitzen — das nützt gar nichts, weil sie nicht zu wirtschaften verstehen und in dieser Hinsicht schlechter sind als ein gewöhnlicher kapita-

listischer Kommis, der die Schule einer großen Fabrik und einer großen Firma durchgemacht hat. Wir begreifen das nicht, weil es hier noch kommunistischen Hochmut gibt — Komtschwanstwo, um mich wieder der schönen russischen Sprache zu bedienen. Die Sache ist die, daß der verantwortliche Kommunist — auch der beste, anerkannt ehrliche und ergebene Kommunist, der das Zuchthaus ertragen und den Tod nicht gefürchtet hat — es nicht versteht, Handel zu treiben, weil er nicht vom Fach ist, weil er das nicht gelernt hat und nicht lernen will und nicht begreift, daß er mit dem Abc anfangen muß. Der Kommunist, der Revolutionär, der die größte Revolution der Welt vollbracht hat, auf den, wenn nicht vierzig Jahrhunderte von den Pyramiden, so doch vierzig europäische Länder mit der Hoffnung auf Erlösung vom Kapitalismus blicken — er muß von einem simplen Handlungsgehilfen lernen, der zehn Jahre in einer Mehlhandlung herumgelaufen ist, der das Geschäft versteht, während er, der verantwortliche Kommunist und ergebene Revolutionär, weit davon entfernt, es zu verstehen, nicht einmal versteht, daß er es nicht versteht.

Wenn wir daher, Genossen, auch nur diese erste Unkenntnis korrigieren, so wird das ein ganz gewaltiger Sieg sein. Wir müssen von diesem Parteitag mit der Überzeugung heimkehren, daß wir das nicht gewußt haben, und werden beim Abc zu lernen anfangen. Wir haben immerhin noch nicht aufgehört, Revolutionäre zu sein (obwohl viele, und nicht einmal ganz grundlos, behaupten, wir wären verbürokratisiert), und können die einfache Wahrheit begreifen, daß man es bei einem neuen, ungewöhnlich schwierigen Werk verstehen muß, mehrmals von vorn anzufangen: Man hat angefangen, ist in eine Sackgasse geraten — beginne von neuem, packe die Sache anders an, stelle dich zehnmal um, aber setze dich durch, spiele dich nicht auf, brüste dich nicht damit, daß du Kommunist bist, wo doch irgendein parteiloser, vielleicht weißgardistischer, sogar sicher weißgardistischer Kommis sich auf die Sache versteht, die ökonomisch um jeden Preis gemacht werden muß, während du dich nicht darauf verstehst. Wenn du als verantwortlicher Kommunist, der hundert Würden und Titel hat, der „Ritter" kommunistischer und sowjetischer Orden ist — wenn du das begreifst, dann wirst du dein Ziel erreichen, denn das läßt sich erlernen.

Einige, wenn auch winzige Erfolge haben wir in diesem Jahr zu verzeichnen, doch sie sind ganz minimal. Die Hauptsache, es fehlt an der

Einsicht und an der weitverbreiteten, von allen Kommunisten geteilten Überzeugung, daß wir, die verantwortlichen und ergebensten russischen Kommunisten, gegenwärtig weniger davon verstehen als der erstbeste alte Handlungsgehilfe. Man muß, ich wiederhole es, von vorn anfangen zu lernen. Wenn wir uns darüber klar sind, dann werden wir das Examen bestehen, und es ist ein ernstes Examen, das die herannahende Finanzkrise veranstalten wird, ein Examen, das der russische und internationale Markt veranstalten wird, dem wir unterworfen sind, mit dem wir verbunden sind, von dem wir uns nicht losreißen können. Dieses Examen ist ernst, denn hier kann man uns ökonomisch und politisch schlagen.

So und nur so steht die Frage, weil es sich hier um einen ernsten Wettkampf handelt, weil dieser Wettkampf entscheidend ist. Wir haben alle möglichen Mittel und Wege angewandt, um aus unseren politischen und ökonomischen Schwierigkeiten herauszukommen. Wir können uns voller Stolz rühmen, daß wir bisher alle diese Mittel und Wege in verschiedenen Kombinationen, entsprechend den verschiedenen Umständen, anzuwenden verstanden haben, aber jetzt haben wir keinen anderen Ausweg mehr. Gestatten Sie mir, Ihnen das ohne Übertreibung zu sagen, denn in diesem Sinne ist es wirklich das entscheidende „letzte Gefecht", nicht gegen den internationalen Kapitalismus — dort wird es noch viele entscheidende „letzte Gefechte" geben —, nein, aber gegen den russischen Kapitalismus, gegen den Kapitalismus, der aus dem bäuerlichen Kleinbetrieb hervorwächst, der von ihm gestützt wird. Hier steht uns in nächster Zukunft ein Kampf bevor, dessen Zeitpunkt man nicht genau bestimmen kann. Hier steht das entscheidende „letzte Gefecht" bevor, hier sind keine Umgehungsmanöver mehr möglich, weder politische noch irgendwelche andere, denn das ist das Examen des Wettkampfes mit dem Privatkapital. Entweder werden wir dieses Examen des Wettkampfes mit dem Privatkapital bestehen, oder es gibt ein volles Fiasko. Um dieses Examen zu bestehen, dazu haben wir die politische Macht und eine ganze Menge ökonomischer und anderer Hilfsquellen, alles, was Sie wollen — außer der Sachkenntnis. Die Sachkenntnis fehlt uns. Wenn wir jedoch diese einfache Lehre aus den Erfahrungen des abgelaufenen Jahres ziehen und sie uns zur Richtschnur für das ganze Jahr 1922 machen, dann werden wir auch diese Schwierigkeit überwinden, obwohl sie weit größer ist als die vorhergegangene Schwierigkeit, weil sie in uns selbst liegt. Das ist etwas ganz

anderes als irgendein äußerer Feind. Diese Schwierigkeit besteht darin, daß wir selbst die peinliche Wahrheit, die uns aufgezwungen ist, nicht erkennen wollen und daß wir nicht in die peinliche Lage kommen wollen, um die wir doch nicht herumkommen werden: von vorn anfangen zu lernen. Das ist die zweite Lehre, die sich meiner Ansicht nach aus der Neuen Ökonomischen Politik ergibt.

Die dritte, ergänzende Lehre betrifft den Staatskapitalismus. Schade, daß Gen. Bucharin nicht auf dem Parteitag anwesend ist, ich hätte gern mit ihm ein wenig gestritten, aber ich werde das lieber bis zum nächsten Parteitag aufschieben. In der Frage des Staatskapitalismus machen, wie mir scheint, unsere Presse und unsere Partei überhaupt den Fehler, daß wir in intelligenzlerische Denkweise, in Liberalismus verfallen, darüber klügeln, wie man den Staatskapitalismus zu verstehen habe, und in alten Büchern nachschlagen. Aber dort ist von etwas ganz anderem die Rede: dort ist über den Staatskapitalismus geschrieben, der unter dem Kapitalismus vorkommt, aber es gibt kein einziges Buch, wo über den Staatskapitalismus geschrieben wäre, der unter dem Kommunismus vorkommt. Nicht einmal Marx kam auf den Gedanken, auch nur ein einziges Wort darüber zu schreiben, und starb, ohne ein einziges genaues Zitat und unwiderlegliche Hinweise hinterlassen zu haben. Deshalb müssen wir uns jetzt selber aus der Klemme ziehen. Aber wenn man im Geiste all das überblickt, was unsere Presse zur Frage des Staatskapitalismus zu sagen hat, wie ich es zu tun versuchte, als ich mich auf diesen Bericht vorbereitete, dann gewinnt man die Überzeugung, daß man dort weit am Ziel vorbeischießt, in eine ganz falsche Richtung schaut.

Staatskapitalismus — das ist nach der gesamten ökonomischen Literatur jener Kapitalismus, der im kapitalistischen System vorkommt, wenn sich die Staatsmacht diese oder jene kapitalistischen Betriebe direkt unterordnet. Aber unser Staat ist ein proletarischer Staat, er stützt sich auf das Proletariat, er gibt dem Proletariat alle politischen Vorrechte und zieht durch das Proletariat die Bauernschaft in ihrer Masse zu sich heran (Sie erinnern sich, daß wir diese Arbeit mit den Komitees der Dorfarmut begonnen haben). Deshalb stiftet der Staatskapitalismus bei vielen, sehr vielen Verwirrung. Um dem zu entgehen, muß man den Grundgedanken festhalten, daß der Staatskapitalismus in der Form, wie wir ihn bei uns haben, in keiner Theorie, in keiner Literatur analysiert wird, und zwar

aus dem einfachen Grunde, weil alle mit diesem Wort verknüpften landläufigen Begriffe der bürgerlichen Staatsmacht in der kapitalistischen Gesellschaft angepaßt sind. Wir haben jedoch ein Gemeinwesen, das aus dem kapitalistischen Geleise herausgesprungen, in das neue Geleise aber noch nicht gekommen ist, geführt aber wird dieser Staat nicht von der Bourgeoisie, sondern vom Proletariat. Wir wollen nicht begreifen, daß, wenn wir „Staat" sagen, dieser Staat wir sind, das Proletariat, die Vorhut der Arbeiterklasse. Staatskapitalismus — das ist jener Kapitalismus, den wir einzuschränken, dessen Grenzen wir festzulegen wissen; dieser Staatskapitalismus ist mit dem Staat verbunden, der Staat aber — das sind die Arbeiter, das ist der fortgeschrittene Teil der Arbeiter, das ist die Vorhut, das sind wir.

Staatskapitalismus — das ist jener Kapitalismus, den wir in bestimmten Grenzen organisieren müssen und den wir bisher noch nicht zu organisieren verstehen. Das ist der springende Punkt. Und es hängt nur von uns ab, wie dieser Staatskapitalismus aussehen wird. Politische Macht haben wir genug, vollkommen genug; ökonomische Mittel stehen uns ebenfalls genug zur Verfügung, ungenügend aber ist die Sachkenntnis der Vorhut der Arbeiterklasse, die an die Spitze gestellt ist, um die Sache unmittelbar zu leiten, um die Grenzen festzulegen, um sich abzugrenzen, um sich die anderen unterzuordnen, nicht aber sich unterordnen zu lassen. Dazu bedarf es nur der Sachkenntnis, und die haben wir nicht.

Das ist doch eine Lage, wie sie in der Geschichte überhaupt noch nie dagewesen ist: Das Proletariat, die revolutionäre Vorhut, besitzt durchaus genug politische Macht, zugleich aber gibt es Staatskapitalismus. Der Kernpunkt der Frage besteht darin, zu begreifen, daß das jener Kapitalismus ist, den wir zulassen können und müssen, den wir in bestimmten Grenzen organisieren können und müssen, denn dieser Kapitalismus ist notwendig für die breite Bauernschaft und das Privatkapital, das so Handel treiben soll, daß die Bedürfnisse der Bauernschaft befriedigt werden. Das ganze muß so organisiert werden, daß der gewohnte Ablauf der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Umsatzes möglich ist, denn das braucht das Volk, sonst kann es nicht leben. Alles übrige ist für sie, für dieses Lager, nicht absolut notwendig, mit allem übrigen können sie sich abfinden. Versteht es, ihr Kommunisten, ihr Arbeiter, ihr, der klassenbewußte Teil des Proletariats, der es übernommen hat, den Staat zu

regieren – versteht es, die Sache so zu machen, daß der Staat, den ihr in die Hände genommen habt, nach eurem Willen funktioniert! Wir haben nun ein Jahr hinter uns, der Staat ist in unseren Händen – aber hat er unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik in diesem Jahr nach unserem Willen funktioniert? Nein. Das wollen wir nicht zugeben: Er hat nicht nach unserem Willen funktioniert. Wie hat er denn funktioniert? Das Steuer entgleitet den Händen: Scheinbar sitzt ein Mensch da, der den Wagen lenkt, aber der Wagen fährt nicht dorthin, wohin er ihn lenkt, sondern dorthin, wohin ein anderer ihn lenkt – jemand, der illegal ist, der gesetzwidrig handelt, der von Gott weiß woher kommt, Spekulanten oder Privatkapitalisten, oder die einen und die andern zugleich –, jedenfalls fährt der Wagen nicht ganz so und sehr häufig ganz und gar nicht so, wie derjenige, der am Steuer dieses Wagens sitzt, sich einbildet. Das ist das Grundlegende, was man in der Frage des Staatskapitalismus im Auge behalten muß. Auf diesem grundlegenden Gebiet muß man von vorn zu lernen anfangen, und nur dann, wenn wir uns das restlos aneignen und bewußt machen, können wir dafür bürgen, daß wir es erlernen werden.

Ich komme nun zur Frage der Einstellung des Rückzugs, worüber ich schon in meiner Rede auf dem Verbandstag der Metallarbeiter zu sprechen Gelegenheit hatte. Ich bin seitdem auf keine Einwände gestoßen – weder in der Parteipresse noch in Privatbriefen von Genossen noch im Zentralkomitee. Das Zentralkomitee hat meinen Plan gutgeheißen, und dieser Plan bestand darin, auch im Bericht des Zentralkomitees auf dem gegenwärtigen Parteitag nachdrücklich zu betonen, daß der Rückzug eingestellt wird, und den Parteitag zu ersuchen, die entsprechende Direktive *schon im Namen der Gesamtpartei, schon als bindend zu geben.* Ein Jahr lang befanden wir uns auf dem Rückzug. Wir müssen jetzt im Namen der Partei sagen: Genug! Das Ziel, das mit dem Rückzug verfolgt wurde, ist erreicht. Diese Periode geht zu Ende oder ist zu Ende. Nun setzen wir uns ein anderes Ziel: die Kräfte umzugruppieren. Wir sind an einem neuen Punkt angelangt, den Rückzug haben wir im großen und ganzen doch verhältnismäßig geordnet durchgeführt. Allerdings hat es von verschiedenen Seiten her nicht an Stimmen gefehlt, die diesen Rückzug in einen panikartigen verwandeln wollten. Die einen von der Seite her, daß sie sagten, ihr habt den Rückzug in diesem oder jenem Teil nicht richtig durch-

geführt – so zum Beispiel einige Vertreter der Gruppe, die die Bezeichnung „Arbeiteropposition" trug. (Ich meine, daß sie diese Bezeichnung zu Unrecht trugen.) Vor lauter Übereifer sind sie nicht in das Zimmer geraten, in das sie wollten, und haben das jetzt anschaulich enthüllt. Damals sahen sie nicht, daß ihre Tätigkeit nicht darauf gerichtet war, unser Manöver zu korrigieren, sondern daß ihre Tätigkeit in Wirklichkeit nur einen Sinn hatte – sie verbreitete Panik, sie hinderte uns, den Rückzug diszipliniert durchzuführen.

Ein Rückzug ist eine schwierige Sache, besonders für Revolutionäre, die anzugreifen gewohnt sind, besonders dann, wenn sie mehrere Jahre lang mit größtem Erfolg anzugreifen gewohnt waren, besonders wenn sie von Revolutionären anderer Länder umringt sind, die nur davon träumen, zum Angriff überzugehen. Angesichts unseres Rückzugs brachen manche von ihnen sogar in unstatthafter, kindischer Weise in Tränen aus, wie das auf der letzten Tagung des erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale geschah. Aus den allerbesten kommunistischen Gefühlen und kommunistischen Bestrebungen heraus brachen einige Genossen in Tränen aus, weil die guten russischen Kommunisten, man stelle sich das nur vor, den Rückzug antraten. Vielleicht fällt es mir heute schon schwer, mich in diese westeuropäische Mentalität zu versetzen, obwohl ich doch eine stattliche Anzahl von Jahren als Emigrant in diesen schönen demokratischen Ländern gelebt habe. Aber vielleicht ist das von ihrem Standpunkt aus so schwer zu begreifen, daß man darüber in Tränen ausbrechen kann. Wir jedenfalls haben keine Zeit, uns mit Sentimentalitäten abzugeben. Uns war klar, daß es für uns, gerade weil wir viele Jahre lang so erfolgreich angegriffen und so viele ungewöhnliche Siege errungen hatten (und das alles in einem unglaublich verwüsteten Land, dem die materiellen Voraussetzungen fehlten!), absolut notwendig war, den Angriff zu sichern, absolut notwendig war, nachdem wir soviel erobert hatten, den Rückzug anzutreten. Wir konnten nicht alle Stellungen halten, die wir im Sturm erobert hatten, anderseits aber hatten wir nur dank dem Umstand, daß wir, getragen von der Woge des Enthusiasmus der Arbeiter und Bauern, im Sturm unermeßlich viel erobert hatten, so viel Raum, daß wir uns sehr weit zurückziehen konnten und uns auch gegenwärtig noch weit zurückziehen können, ohne das Wichtigste und Grundlegende auch nur im geringsten aufzugeben. Der Rückzug verlief im großen und ganzen ziem-

lich geordnet, obwohl Panikstimmen, zu denen auch die „Arbeiteropposition" gehörte (und darum war sie so ungeheuer schädlich!), in einzelnen Fällen dazu führten, daß der oder jener abgeschnitten, die Disziplin verletzt und der geordnete Rückzug zerstört wurde. Das gefährlichste bei einem Rückzug ist die Panik. Wenn sich eine ganze Armee (ich spreche hier in übertragenem Sinne) zurückzieht, dann kann die Stimmung nicht so gut sein, wie wenn alle auf dem Vormarsch sind. Hier wird man schon auf Schritt und Tritt auf eine bis zu einem gewissen Grade gedrückte Stimmung stoßen. Es gab bei uns sogar Dichter, die schrieben, daß in Moskau Hunger und Kälte herrschen, „während es früher schön und sauber war, blühen jetzt Handel und Schwarzmarkt". Es gibt bei uns eine ganze Reihe derartiger poetischer Erzeugnisse.

Es ist begreiflich, daß das durch den Rückzug erzeugt wird. Und darin liegt die ungeheure Gefahr: Nach einem siegreichen, großartigen Angriff ist der Rückzug schrecklich schwer; die Verhältnisse liegen hier ganz anders. Dort drängen und stürmen alle von selber vorwärts, selbst wenn man für die Aufrechterhaltung der Disziplin nicht sorgt. Hier dagegen muß die Disziplin bewußter sein, und sie ist hundertmal nötiger, denn wenn eine ganze Armee auf dem Rückzug ist, dann weiß sie nicht, dann sieht sie nicht, wo sie zum Stehen kommen wird, sie sieht nur den Rückzug — da genügen manchmal schon ein paar Panikstimmen, damit alle die Flucht ergreifen. Die Gefahr ist hier ungeheuer. Wenn eine wirkliche Armee so einen Rückzug macht, stellt man Maschinengewehre auf, und wenn der geordnete Rückzug in eine regellose Flucht ausartet, kommandiert man: „Feuer!" Und mit Recht.

Wenn jemand, sei es auch von der besten Absicht geleitet, in einem Augenblick Panik verbreitet, wo wir einen unerhört schwierigen Rückzug durchführen und wo alles darauf ankommt, daß volle Ordnung gewahrt bleibt — in solch einem Augenblick muß die geringste Verletzung der Disziplin streng, hart, erbarmungslos bestraft werden, und das gilt nicht nur hinsichtlich mancher unserer innerparteilichen Angelegenheiten, sondern noch mehr trifft das auf solche Herrschaften zu wie die Menschewiki oder alle die Herren aus der zweieinhalbten Internationale.

Dieser Tage las ich in Heft 20 der „Kommunistischen Internationale" einen Artikel des Gen. Rákosi über eine neue Broschüre Otto Bauers, bei dem wir alle einmal gelernt haben, der aber nach dem Kriege ebenso wie

Kautsky ein jämmerlicher Spießbürger geworden ist. Er schreibt jetzt: „Sie ziehen sich also zum Kapitalismus zurück; wir haben immer gesagt: es ist eine bürgerliche Revolution."

Sowohl die Menschewiki als auch die Sozialrevolutionäre, die allesamt solche Dinge predigen, wundern sich, wenn wir erklären, daß wir Leute, die so etwas sagen, erschießen werden. Sie sind erstaunt, aber die Frage ist doch klar: Wenn sich eine Armee zurückzieht, so bedarf es dabei einer hundertmal stärkeren Disziplin als beim Angriff, weil beim Angriff alle vorwärts stürmen. Wenn aber jetzt alle anfangen wollten, rückwärts zu stürmen, so wäre das der unvermeidliche und sofortige Untergang.

Gerade in solch einem Augenblick ist es das allerwichtigste, den Rückzug geordnet durchzuführen, die äußerste Grenze des Rückzugs genau festzulegen und nicht in Panik zu verfallen. Und wenn ein Menschewik sagt: „Ihr zieht euch jetzt zurück, ich aber bin immer für den Rückzug gewesen, ich bin mit euch einverstanden, ich bin euer Mann, laßt uns den Rückzug gemeinsam machen", dann antworten wir ihm: „Wer den Menschewismus öffentlich manifestiert, den müssen unsere Revolutionsgerichte erschießen lassen, sonst sind das nicht unsere, sondern wer weiß was für Gerichte."

Sie können das durchaus nicht begreifen und sagen: „Was für Diktatorenallüren diese Leute doch haben!" Sie glauben bis heute, daß wir die Menschewiki verfolgen, weil sie in Genf mit uns gestritten haben. Wären wir aber diesen Weg gegangen, so hätten wir uns wahrscheinlich nicht einmal zwei Monate an der Macht gehalten. Wahrhaftig, die Art von Predigt, wie sie Otto Bauer, die Führer der II. und der zweieinhalbten Internationale, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre vom Stapel lassen, spiegelt ihre eigene Natur wider: „Die Revolution ist zu weit gegangen. Was du heute sagst, haben wir immer gesagt. Gestattet uns, das noch einmal zu wiederholen." Wir aber antworten darauf: „Gestattet uns, euch dafür an die Wand zu stellen. Entweder unterlaßt es gefälligst, eure Ansichten auszusprechen, oder aber, wenn ihr in der gegenwärtigen Lage, wo wir uns in weit schwierigeren Verhältnissen befinden als bei der direkten Invasion der Weißen, eure politischen Ansichten auszusprechen wünscht, dann werden wir, entschuldigt schon, mit euch verfahren wie mit den schlimmsten und schädlichsten weißgardistischen Elementen." Das dürfen wir nicht vergessen.

Wenn ich von der Einstellung des Rückzugs spreche, so will ich damit keineswegs sagen, daß wir schon gelernt hätten, Handel zu treiben. Umgekehrt, ich bin der gegenteiligen Meinung, und ich wäre falsch verstanden worden, und es wäre bewiesen, daß ich meine Gedanken nicht richtig darzulegen weiß, wenn meine Rede einen solchen Eindruck hinterließe.

Aber die Sache ist die, daß mit der Nervosität und der geschäftigen Hast, die infolge der NÖP bei uns aufgekommen sind, mit dem Bestreben, alles neuzuschaffen und anzupassen — daß damit Schluß gemacht werden muß. Wir haben heute eine Anzahl von gemischten Gesellschaften. Allerdings sind es sehr wenige. Es sind bei uns mit Beteiligung ausländischer Kapitalisten neun vom Außenhandelskommissariat bestätigte Gesellschaften gegründet worden, die Sokolnikow-Kommission hat sechs bestätigt, und die Forstwirtschaftsverwaltung des Nordgebiets hat Verträge über zwei abgeschlossen. Augenblicklich gibt es also siebzehn Gesellschaften mit einem Kapital von vielen Millionen, die von verschiedenen Instanzen bestätigt worden sind. (Natürlich herrscht bei uns auch in den Instanzen ziemlich viel Wirrwarr, so daß möglicherweise etwas übersehen worden ist.) Jedenfalls aber gibt es augenblicklich bei uns Gesellschaften mit Beteiligung russischer und ausländischer Kapitalisten. Es sind ihrer nicht viele. Dieser kleine, aber praktische Anfang zeigt, daß die Kommunisten für voll genommen werden, und zwar auf Grund ihrer Praxis und nicht ihrer Einschätzung durch so hohe Körperschaften wie die ZKK und das Gesamtrussische ZEK. Natürlich ist die ZKK eine sehr gute Einrichtung, und wir werden ihr jetzt mehr Macht geben. Und dennoch, wenn diese Körperschaften Kommunisten überprüfen, so — man stelle sich das vor! — wird ihre Autorität auf dem internationalen Markt nicht anerkannt. (Heiterkeit.) Gehen aber gewöhnliche Kapitalisten, russische und ausländische, zusammen mit Kommunisten in eine gemischte Gesellschaft, so sagen wir: „Wie man's auch nimmt, etwas bringen wir immerhin fertig, mag es noch so schlecht, mag es noch so dürftig sein, aber für den Anfang haben wir doch schon etwas erreicht." Es ist freilich nicht allzuviel; man bedenke, schon vor einem Jahr haben wir verkündet, daß wir alle Energie (und man sagt, wir hätten viel Energie) auf diese Sache verwenden, und nach einem Jahr sind es erst siebzehn Gesellschaften!

Das zeigt, wie höllisch unbeholfen und schwerfällig wir sind, wieviel Oblomowtum noch in uns steckt, für das man uns noch unweigerlich

prügeln wird. Aber immerhin, ich wiederhole, der Anfang ist gemacht, das Gelände erkundet. Die Kapitalisten wären nicht zu uns gekommen, wenn nicht die elementaren Bedingungen für ihre Tätigkeit vorhanden wären. Wenn aber auch nur ein geringfügiger Teil von ihnen gekommen ist, so zeigt das doch, daß wir einen Teilsieg errungen haben.

Gewiß, sie werden uns innerhalb dieser Gesellschaften noch übers Ohr hauen, so übers Ohr hauen, daß man dann Jahre brauchen wird, um ins klare zu kommen. Aber das macht nichts. Ich sage nicht, daß das ein Sieg ist — es ist eine Erkundung, die zeigt, daß wir schon ein Tätigkeitsfeld haben, ein Stück Gelände haben und daß wir den Rückzug schon einstellen können.

Die Erkundung hat eine minimale Zahl von Verträgen mit Kapitalisten gebracht, aber immerhin, sie sind abgeschlossen. Daraus muß man lernen und in dieser Richtung weiter tätig sein. In diesem Sinne ist es Zeit, Schluß zu machen mit der Nervosität, dem Geschrei, der geschäftigen Hast. Ein Schriftstück jagt das andere, ein Fernspruch den anderen: „Kann man uns nicht auch reorganisieren, da wir nun doch die NÖP haben?" Alle rennen geschäftig durcheinander, es geht drunter und drüber; praktische Arbeit leistet keiner, aber alle diskutieren, wie man sich der NÖP anpassen könne, und es kommt nichts dabei heraus.

Die Geschäftsleute aber lachen über die Kommunisten und sagen wahrscheinlich: „Früher hat es Oberstimmungsmacher[56] gegeben, jetzt gibt es Obergeredemacher." Daß die Kapitalisten sich über uns lustig gemacht haben, weil wir uns verspätet, weil wir die Zeit verschlafen haben — darüber besteht nicht der geringste Zweifel, und in diesem Sinne sage ich, daß man diese Direktive auch im Namen des Parteitags bestätigen muß.

Der Rückzug ist beendet. Die wichtigsten Methoden, nach denen man mit den Kapitalisten zu arbeiten hat, sind festgelegt. Muster sind vorhanden, wenn auch in verschwindend geringer Anzahl.

Hört auf zu klügeln, über die NÖP zu reden; Verse sollen die Dichter machen, dazu sind sie ja Dichter. Ihr Wirtschaftler aber sollt über die NÖP nicht reden, sondern die Zahl dieser Gesellschaften vergrößern, die Zahl der Kommunisten überprüfen, die es verstehen, den Wettbewerb mit den Kapitalisten in Gang zu bringen.

Der Rückzug ist beendet, jetzt geht es um die Umgruppierung der Kräfte. Das ist die Direktive, die der Parteitag ausgeben muß, die dem

Durcheinander, dem Wirrwarr ein Ende setzen muß. Beruhigt euch, klügelt nicht, das wird man euch als Minus ankreiden. Du mußt praktisch beweisen, daß du nicht schlechter arbeitest als die Kapitalisten. Die Kapitalisten stellen den ökonomischen Zusammenschluß mit der Bauernschaft her, um sich zu bereichern; du aber mußt den Zusammenschluß mit der bäuerlichen Wirtschaft herstellen, um die ökonomische Macht unseres proletarischen Staates zu stärken. Du hast das Übergewicht gegenüber den Kapitalisten, weil die Staatsmacht in deinen Händen ist, weil du über eine ganze Reihe ökonomischer Mittel verfügst, du verstehst sie nur nicht zu nutzen; betrachte die Dinge nüchterner, lege den Flitter, das kommunistische Festgewand ab, lerne ganz einfach eine einfache Sache, und dann werden wir den Privatkapitalisten schlagen. Wir haben die Staatsmacht, wir verfügen über eine Menge ökonomischer Mittel; wenn wir den Kapitalismus schlagen und den Zusammenschluß mit der bäuerlichen Wirtschaft herstellen, dann werden wir eine absolut unbesiegbare Kraft sein. Und dann wird der Aufbau des Sozialismus nicht Sache des Tropfens im Meere sein, der sich Kommunistische Partei nennt, sondern Sache der ganzen werktätigen Masse; dann wird der einfache Bauer sehen, daß wir ihm helfen, und dann wird er uns folgen, so daß dieser Vormarsch zwar hundertmal langsamer, dafür aber millionenmal fester und sicherer wird.

In diesem Sinne also muß man von der Einstellung des Rückzugs sprechen, und es wäre richtig, diese Losung — in der einen oder anderen Form — in einen Parteitagsbeschluß zu verwandeln.

Ich möchte im Zusammenhang damit die Frage berühren, wie die Neue Ökonomische Politik der Bolschewiki zu bewerten ist — als Evolution oder Taktik? So ist die Frage von den „Smena-Wech"-Leuten gestellt worden, die, wie Sie wissen, eine Strömung vertreten, die unter den russischen Emigranten Fuß gefaßt hat, eine gesellschaftlich-politische Strömung, an deren Spitze angesehene kadettische Politiker, einige Minister der ehemaligen Koltschakregierung, stehen — Leute, die zu der Überzeugung gekommen sind, daß die Sowjetmacht den russischen Staat aufbaut und daß man deshalb für sie sein müsse. „Was für einen Staat aber baut diese Sowjetmacht auf? Die Kommunisten sagen, einen kommunistischen Staat, und versichern, die NÖP sei Taktik: Die Bolschewiki würden in der gegenwärtigen schwierigen Lage die Privatkapitalisten schonen, sich dann

aber durchsetzen. Die Bolschewiki können sagen, was ihnen beliebt, aber in Wirklichkeit ist das keine Taktik, sondern eine Evolution, eine innere Wandlung, sie werden zum gewöhnlichen bürgerlichen Staat kommen, und wir müssen sie unterstützen. Die Geschichte geht verschiedene Wege" — so urteilen die „Smena-Wech"-Leute.

Manche von ihnen spielen sich als Kommunisten auf, es gibt aber auch offenherzigere Leute, unter ihnen Ustrjalow. Ich glaube, er war Minister unter Koltschak. Er ist mit seinen Freunden nicht einverstanden und sagt: „Ihr mögt es mit dem Kommunismus halten, wie ihr wollt, ich aber behaupte, das ist bei ihnen keine Taktik, sondern eine Evolution." Ich glaube, dieser Ustrjalow bringt uns mit seiner offenherzigen Erklärung großen Nutzen. Wir bekommen — besonders ich von Amts wegen — sehr viel süßliches kommunistisches Geflunker zu hören, Tag für Tag, und manchmal wird einem ganz fürchterlich übel davon. Und da kommt nun an Stelle dieses kommunistischen Geflunkers eine Nummer der „Smena Wech" und sagt geradeheraus: „Das ist bei euch gar nicht so, das bildet ihr euch nur ein, in Wirklichkeit aber werdet ihr in dem gewöhnlichen bürgerlichen Sumpf landen, und dort werden kommunistische Fähnchen mit allen möglichen Schlagworten darauf hängen." Das ist sehr nützlich, weil wir darin schon kein bloßes Nachbeten dessen sehen, was wir ständig rings um uns hören, sondern einfach die Klassenwahrheit des Klassenfeindes. Es ist sehr nützlich, sich solche Dinge anzusehen, die nicht geschrieben werden, weil es im kommunistischen Staat üblich ist, so zu schreiben, oder verboten ist, anders zu schreiben, sondern weil das wirklich eine Klassenwahrheit ist, grob und offen ausgesprochen vom Klassenfeind. „Ich bin für Unterstützung der Sowjetmacht in Rußland", sagt Ustrjalow, obwohl er Kadett, Bourgeois war und die Intervention unterstützt hat, „ich bin für die Unterstützung der Sowjetmacht, weil sie den Weg beschritten hat, auf dem sie bei der gewöhnlichen bürgerlichen Staatsmacht landet."

Das ist eine sehr nützliche Sache, die man, wie mir scheint, im Auge behalten muß; und es ist viel besser für uns, wenn die „Smena-Wech"-Leute so schreiben, als wenn sich einige von ihnen fast als Kommunisten aufspielen, so daß man von weitem kaum noch unterscheiden kann, ob sie an Gott glauben oder an die kommunistische Revolution. Solche offenherzigen Feinde sind nützlich, das muß man frei heraus sagen. Derlei Dinge, von denen Ustrjalow spricht, sind möglich, das muß man offen

aussprechen. Die Geschichte kennt alle möglichen Sorten von Metamorphosen; sich auf Überzeugungstreue, Ergebenheit und sonstige prächtige seelische Eigenschaften verlassen — das sollte man in der Politik ganz und gar nicht ernst nehmen. Prächtige seelische Eigenschaften besitzt eine kleine Zahl von Menschen, den historischen Ausgang dagegen entscheiden gigantische Massen, die mit dieser kleinen Zahl von Menschen, wenn sie ihnen nicht passen, manchmal nicht allzu höflich umspringen.

Dafür hat es viele Beispiele gegeben, und darum muß man diese offenherzige Erklärung der „Smena-Wech"-Leute begrüßen. Der Feind spricht die Klassenwahrheit aus und weist damit auf die Gefahr hin, vor der wir stehen. Der Feind strebt danach, daß das unvermeidlich werde. Die „Smena-Wech"-Leute bringen die Stimmung von Tausenden und Zehntausenden aller möglichen Bourgeois oder Sowjetangestellten, die unsere Neue Ökonomische Politik mitmachen, zum Ausdruck. Das ist die grundlegende und wirkliche Gefahr. Und darum muß man dieser Frage das Hauptaugenmerk zuwenden: In der Tat, wer wird die Oberhand gewinnen? Ich sprach vom Wettkampf. Ein direkter Ansturm gegen uns findet nicht statt, man packt uns nicht an der Gurgel. Was morgen sein wird, das werden wir noch sehen, aber heute greift man uns nicht mit der Waffe in der Hand an, und nichtsdestoweniger ist der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft hundertmal erbitterter und gefährlicher geworden, weil wir nicht immer klar sehen, wo wir einem Feind gegenüberstehen und wer unser Freund ist.

Ich sprach vom kommunistischen Wettbewerb nicht vom Standpunkt der kommunistischen Sympathien, sondern vom Standpunkt der Entwicklung der Formen der Wirtschaft und der Formen der Gesellschaftsstruktur. Das ist kein Wettbewerb, das ist ein erbitterter, wütender Kampf, wenn nicht das letzte, so doch fast das letzte Gefecht auf Leben und Tod zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

Und da muß klar die Frage gestellt werden — worin besteht unsere Stärke und woran mangelt es uns? Politische Macht haben wir vollauf zur Genüge. Es dürfte sich hier schwerlich jemand finden, der behaupten wollte, daß die Kommunisten, die Kommunistische Partei, nicht genug Macht besäßen, um eine bestimmte praktische Frage zu lösen, sich in einem bestimmten Geschäftsbereich durchzusetzen. Die entscheidende ökonomische Macht ist in unseren Händen. Alle ausschlaggebenden Groß-

betriebe, die Eisenbahnen usw. — sie alle sind in unseren Händen. Die Pacht, so stark sie stellenweise auch entwickelt sein mag, spielt im allgemeinen eine höchst untergeordnete Rolle, das ist im allgemeinen ein ganz verschwindend kleiner Bruchteil. Die ökonomische Macht, die der proletarische Staat Rußlands in Händen hat, genügt vollauf, um den Übergang zum Kommunismus zu sichern. Woran also mangelt es? Es liegt klar auf der Hand, woran es mangelt: Es mangelt der Schicht von Kommunisten, die leitende Funktionen in der Verwaltung ausüben, an Kultur. Man nehme doch Moskau — die 4700 verantwortlichen Kommunisten — und dazu dieses bürokratische Ungetüm, diesen Haufen, wer leitet da und wer wird geleitet? Ich bezweifle sehr, ob man sagen könnte, daß die Kommunisten diesen Haufen leiten. Um die Wahrheit zu sagen, nicht sie leiten, sondern sie werden geleitet. Hier ist etwas geschehen, das dem gleicht, wovon man uns als Kindern in der Geschichtsstunde erzählt hat. Man hat uns gelehrt: Es kommt vor, daß ein Volk ein anderes unterwirft, und dann ist dieses Volk, das ein anderes unterworfen hat, das Eroberervolk, das andere aber, das unterworfen wurde, ist das besiegte Volk. Das ist sehr einfach und jedem verständlich. Wie steht es aber mit der Kultur dieser Völker? Da ist es nicht so einfach. Wenn das Eroberervolk eine höhere Kultur hat als das besiegte Volk, dann zwingt es ihm seine Kultur auf, ist es aber umgekehrt, dann kommt es vor, daß das besiegte Volk seine Kultur dem Eroberer aufzwingt. Ist nicht etwas Ähnliches in der Hauptstadt der RSFSR geschehen, ist hier nicht der Fall eingetreten, daß 4700 Kommunisten (fast eine ganze Division, und allesamt die besten) einer fremden Kultur unterlegen sind? Allerdings könnte hier der falsche Eindruck entstehen, daß die Besiegten eine hohe Kultur besitzen. Nichts dergleichen. Ihre Kultur ist armselig, ist sehr niedrig, aber dennoch steht sie höher als die unsrige. So jämmerlich, so armselig sie sein mag, sie steht dennoch höher als die unserer verantwortlichen kommunistischen Funktionäre, weil diese die Kunst der Verwaltung nicht genügend beherrschen. Die Kommunisten, die an die Spitze von Institutionen treten — und manchmal werden sie absichtlich von Saboteuren, die sich ein Aushängeschild verschaffen wollen, geschickt vorgeschoben —, erweisen sich häufig als die Übertölpelten. Dieses Eingeständnis ist sehr unangenehm. Oder zumindest nicht sehr angenehm, aber mir scheint, daß man es machen muß, denn das ist jetzt der Kern der Frage. Darauf läuft meines Erachtens

die politische Lehre dieses Jahres hinaus, und in diesem Zeichen wird der Kampf im Jahr 1922 verlaufen.

Werden die verantwortlichen Kommunisten der RSFSR und der KPR begreifen können, daß sie die Kunst der Verwaltung nicht beherrschen? Daß sie sich einbilden zu leiten, während sie in Wirklichkeit geleitet werden? Wenn sie das begreifen können, werden sie die Sache natürlich erlernen, weil man das erlernen kann, aber dazu muß man lernen, und bei uns will man nicht lernen. Bei uns wirft man nach rechts und links mit Befehlen und Dekreten herum, und dabei kommt ganz und gar nicht das heraus, was man will.

Der Wettbewerb und der Wettkampf, den wir auf die Tagesordnung gesetzt haben, als wir die NÖP proklamierten, das ist ein ernster Wettbewerb. Es scheint, daß er in allen staatlichen Institutionen veranstaltet wird, aber in Wirklichkeit ist das eine weitere Form des Kampfes zweier Klassen, die einander unversöhnlich feindlich gegenüberstehen. Das ist eine weitere Form des Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, das ist ein Kampf, der noch nicht ausgetragen ist und der selbst in den zentralen Institutionen Moskaus in kultureller Hinsicht noch nicht überholt ist. Denn oft verstehen die bürgerlichen Fachleute die Sache besser als unsere besten Kommunisten, die alle Macht, alle Möglichkeiten haben und die mit ihren Rechten und ihrer Macht keinen einzigen Schritt zu machen verstehen.

Ich möchte aus einem Buch von Alexander Todorski ein Zitat anführen. Das Buch ist in der Stadt Wesjegonsk erschienen (es gibt eine Kreisstadt dieses Namens im Gouvernement Twer), und zwar zum ersten Jahrestag der Sowjetrevolution in Rußland, am 7. November 1918, also in längst entschwundenen Zeiten. Dieser Wesjegonsker Genosse ist offenbar Parteimitglied. Ich habe dieses Buch vor langem gelesen und bürge nicht dafür, daß mir diesbezüglich kein Irrtum unterläuft. Er spricht davon, wie er die Einrichtung zweier Sowjetbetriebe in Angriff genommen, wie er zwei Bourgeois herangezogen und das auf die damalige Art und Weise getan hat: unter Androhung des Freiheitsentzugs und der Konfiskation des gesamten Vermögens. Sie wurden herangezogen, um den Betrieb wieder in Gang zu bringen. Wir wissen, wie man 1918 die Bourgeoisie heranzuziehen pflegte (H e i t e r k e i t), so daß es nicht lohnt, darauf näher einzugehen; jetzt ziehen wir sie mit anderen Methoden heran. Aber nun

seine Schlußfolgerung: „Damit ist die Sache erst halb getan — es genügt nicht, die Bourgeoisie zu besiegen, ihr den Rest zu geben, man muß sie zwingen, für uns zu arbeiten."

Das sind ausgezeichnete Worte. Ausgezeichnete Worte, die zeigen, daß sogar in der Stadt Wesjegonsk, sogar im Jahre 1918 eine richtige Auffassung von den Beziehungen zwischen dem siegreichen Proletariat und der besiegten Bourgeoisie vorhanden war.

Damit ist die Sache erst halb getan, wenn wir dem Ausbeuter auf die Finger klopfen, ihn unschädlich machen und ihm den Rest geben. Aber in Moskau bilden sich 90 von 100 unserer verantwortlichen Funktionäre ein, daß damit alles getan sei, d. h. damit, daß man ihnen den Rest gibt, sie unschädlich macht, ihnen auf die Finger klopft. Was ich über die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre, die Weißgardisten gesagt habe, all dies führt häufig dazu, sie unschädlich zu machen, ihnen auf die Finger zu klopfen (vielleicht nicht nur auf die Finger, vielleicht auch auf eine andere Stelle) und den Rest zu geben. Aber damit ist die Sache doch erst halb getan. Sogar im Jahre 1918, als das von dem Wesjegonsker Genossen gesagt wurde, war damit die Sache nur halb getan, heute aber ist damit sogar weniger als ein Viertel getan. Wir müssen sie zwingen und so vorgehen, daß sie mit ihren Händen für uns arbeiten, nicht aber so, daß die verantwortlichen Kommunisten an der Spitze stehen, Ämter und Würden haben und im Fahrwasser der Bourgeoisie segeln. Das ist der springende Punkt.

Die kommunistische Gesellschaft mit den Händen der Kommunisten aufbauen zu wollen ist eine kindische, eine ganz kindische Idee. Die Kommunisten sind ein Tropfen im Meer, ein Tropfen im Volksmeer. Sie werden nur dann imstande sein, das Volk auf ihren Weg zu führen, wenn sie den Weg nicht nur im Sinne der weltgeschichtlichen Richtung richtig bestimmen. In diesem Sinne haben wir unseren Weg absolut richtig bestimmt, und jeder Staat bringt die Bestätigung dafür, daß wir ihn richtig bestimmt haben, aber auch in unserer Heimat, in unserem Lande müssen wir diesen Weg richtig bestimmen. Er wird nicht nur dadurch bestimmt, sondern auch dadurch, daß es keine Intervention geben wird, und dadurch, daß wir es verstehen, dem Bauern für Getreide Ware zu liefern. Der Bauer wird sagen: „Du bist ein prachtvoller Mensch, du hast unsere Heimat verteidigt; wir haben dafür auf dich gehört, aber wenn du nicht

zu wirtschaften verstehst, dann scher dich davon!" Jawohl, das wird der Bauer sagen.

Die Wirtschaft werden wir dann leiten können, wenn die Kommunisten es verstehen werden, diese Wirtschaft mit fremden Händen aufzubauen, selber aber von dieser Bourgeoisie lernen und sie auf den Weg lenken werden, den die Kommunisten wollen. Wenn sich der Kommunist aber einbildet, er wisse alles, denn er sei ja ein verantwortlicher Kommunist, und sich sagt: Ich habe schon ganz andere Leute besiegt als einen hergelaufenen Handlungsgehilfen, wir haben die Gegner an den Fronten geschlagen, und was für Gegner — wenn eine solche Stimmung vorherrscht, so ist das unser Verderb.

Es ist der unwichtigste Teil dessen, was wir zu tun haben, wenn wir den Ausbeuter unschädlich machen, ihm auf die Finger klopfen und ihn zurechtstutzen. Das muß man tun. Und unsere Staatliche Politische Verwaltung und unsere Gerichte sollen das nicht so schlapp machen wie bisher, sondern daran denken, daß sie proletarische Gerichte sind, von einer Welt von Feinden umringt. Das ist nicht schwierig, das haben wir im wesentlichen gelernt. Hier muß ein gewisser Druck ausgeübt werden, doch das ist leicht.

Der zweite Teil des Sieges aber besteht darin, mit nichtkommunistischen Händen den Kommunismus aufzubauen, es zu verstehen, praktisch das zu tun, was ökonomisch getan werden muß, nämlich den Zusammenschluß mit der bäuerlichen Wirtschaft zu finden, die Bauern zufriedenzustellen, damit der Bauer sagt: „Mag der Hunger noch so schwer, noch so drükkend, noch so qualvoll sein, aber ich sehe, daß die Staatsmacht, obwohl sie ungewohnt, obwohl sie ungewöhnlich ist, doch einen praktischen, real spürbaren Nutzen bringt." Man muß erreichen, daß die zahlreichen, uns um ein vielfaches übertreffenden Elemente, mit denen wir zusammenarbeiten, so arbeiten, daß wir ihre Arbeit beobachten können, daß wir diese Arbeit begreifen, daß mit ihren Händen etwas für den Kommunismus Nützliches getan wird. Das ist der Angelpunkt der gegenwärtigen Lage, denn wenn einzelne Kommunisten das auch verstanden und gesehen haben, so ist doch in der breiten Masse unserer Partei diese Einsicht in die Notwendigkeit, die Parteilosen zur Arbeit heranzuziehen, nicht vorhanden. Wieviel Rundschreiben wurden darüber verfaßt, wieviel wurde geredet, aber ist im Laufe eines Jahres etwas geleistet worden? Nichts.

Von hundert Komitees unserer Partei werden nicht einmal fünf ihre praktischen Ergebnisse vorweisen können. So weit sind wir hinter dem Erfordernis zurückgeblieben, das jetzt auf der Tagesordnung steht, so sehr leben wir in den Traditionen der Jahre 1918 und 1919. Das waren große Jahre, und es wurde ein gewaltiges weltgeschichtliches Werk vollbracht. Richtete man aber den Blick nur zurück auf diese Jahre und sähe nicht, welche Aufgabe jetzt auf der Tagesordnung steht, so wäre das der Untergang, der sichere, absolute Untergang, und der springende Punkt ist eben, daß wir das nicht erkennen wollen.

Ich möchte nun zwei praktische Beispiele anführen, um zu zeigen, was bei unserer Verwaltungstätigkeit herauskommt. Ich habe schon gesagt, daß es richtiger wäre, dafür einen unserer Staatstrusts zu nehmen. Ich muß um Entschuldigung bitten, daß ich diesen richtigen Weg nicht einschlagen kann, weil dazu erforderlich gewesen wäre, die Unterlagen über wenigstens einen Staatstrust ganz konkret zu studieren, aber ich hatte leider keine Möglichkeit, dieses Studium vorzunehmen, und darum nehme ich zwei kleinere Beispiele. Das eine Beispiel: Die Moskauer Konsumgenossenschaft hat das Volkskommissariat für Außenhandel des Bürokratismus bezichtigt; das zweite Beispiel betrifft das Donezbecken.

Das erste Beispiel ist wenig geeignet, aber ich habe keine Möglichkeit, ein besseres zu wählen. Den Grundgedanken kann ich auch an diesem Beispiel illustrieren. In den letzten Monaten war es mir, wie Sie aus den Zeitungen wissen, nicht möglich, mich mit den Dingen unmittelbar zu beschäftigen, ich arbeitete nicht im Rat der Volkskommissare und war auch nicht im ZK. Bei den kurzen und seltenen Besuchen in Moskau fielen mir die verzweifelten und schrecklichen Klagen über das Außenhandelskommissariat auf. Daß das Außenhandelskommissariat schlecht arbeitet, daß dort Bürokratismus herrscht, habe ich niemals auch nur einen Augenblick bezweifelt. Als aber die Klagen besonders heftig wurden, versuchte ich dahinterzukommen — ich wollte einen konkreten Fall herausgreifen, wenigstens einmal der Sache auf den Grund gehen und klären, wie es dort zugeht, warum diese Maschine nicht läuft.

Die Moskauer Konsumgenossenschaft mußte Konserven kaufen. Zu diesem Zweck tauchte ein französischer Staatsbürger auf. Ich weiß nicht, ob er das im Interesse der internationalen Politik und mit Wissen der führenden Männer der Entente oder mit Billigung Poincarés und anderer

Feinde der Sowjetmacht tat (ich denke, unsere Historiker werden darüber nach der Konferenz von Genua Klarheit schaffen), aber Tatsache ist, daß die französische Bourgeoisie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch daran mitwirkte, da ein Vertreter der französischen Bourgeoisie in Moskau auftauchte und Konserven verkaufte. Moskau hungert, im Sommer wird es noch mehr hungern, Fleisch hat man nicht herangeschafft und wird auch — dank all den bekannten Eigenschaften unseres Volkskommissariats für Verkehrswesen — sicherlich keines heranschaffen.

Die Fleischkonserven (natürlich wenn sie nicht ganz verdorben sind — das wird erst eine künftige Untersuchung zeigen) werden gegen Sowjetgeld verkauft. Was kann einfacher sein? Indes stellt sich heraus, wenn man es sich auf Sowjetart und gründlich überlegt, so ist das durchaus nicht einfach. Ich hatte nicht die Möglichkeit, die Angelegenheit unmittelbar zu verfolgen, ließ aber eine Untersuchung vornehmen und besitze jetzt ein Heft, in dem dargelegt ist, wie sich diese berühmte Geschichte abgespielt hat. Sie begann damit, daß am 11. Februar auf Grund eines Berichts des Gen. Kamenew ein Beschluß des Politbüros des ZK der KPR zustande kam, der es als erwünscht bezeichnete, Lebensmittel im Ausland einzukaufen; natürlich, wie könnten denn russische Staatsbürger ohne das Politbüro des ZK der KPR eine solche Frage entscheiden! Man stelle sich vor: Wie hätten denn 4700 verantwortliche Funktionäre (das sind nur die registrierten) ohne das Politbüro des ZK über den Einkauf von Lebensmitteln im Ausland entscheiden können? Diese Vorstellung gehört selbstverständlich ins Reich des Übernatürlichen. Gen. Kamenew kennt offensichtlich unsere Politik und die Wirklichkeit ausgezeichnet und verließ sich deshalb nicht allzusehr auf die große Zahl verantwortlicher Funktionäre, sondern packte sogleich den Stier bei den Hörnern, und wenn nicht den Stier, so jedenfalls das Politbüro, das ohne weiteres (ich habe nicht gehört, daß es darüber eine Debatte gegeben hätte) eine Resolution faßte: „Das Volkskommissariat für Außenhandel wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland erwünscht ist, wobei die Zölle" usw. Das Volkskommissariat für Außenhandel ist also aufmerksam gemacht. Die Sache beginnt in Gang zu kommen. Das war am 11. Februar. Ich erinnere mich, daß ich in den letzten Februartagen oder ungefähr um diese Zeit in Moskau war, und worauf ich als erstes stieß, das waren Klagerufe, geradezu verzweifelte Klagerufe der Moskauer Ge-

nossen. Was ist los? Wir können und können keine Lebensmittel kaufen. Warum nicht? Bürokratismus im Außenhandelskommissariat. Ich hatte lange nicht mehr an der laufenden Arbeit teilgenommen und wußte damals nicht, daß es darüber einen Beschluß des Politbüros gibt, daher sagte ich nur zum Leiter der Geschäftsstelle: Nachprüfen, Unterlagen beschaffen und mir zeigen. Und die Sache endete damit, daß Kamenew mit Krassin nach dessen Ankunft darüber sprach, die Sache wurde geregelt, und wir kauften die Konserven. Ende gut, alles gut.

Daß Kamenew und Krassin sich miteinander verständigen und die vom Politbüro des ZK der KPR geforderte politische Linie richtig festlegen können, daran habe ich nicht den geringsten Zweifel. Würden Kamenew und Krassin über die politische Linie auch in Handelsfragen entscheiden, so hätten wir die beste aller Sowjetrepubliken der Welt, aber es geht doch nicht an, daß man bei jedem Geschäftsabschluß das Mitglied des Politbüros Kamenew und Krassin herbeizerrt — letzterer war mit den diplomatischen Angelegenheiten vor Genua beschäftigt, mit Angelegenheiten, die eine ungeheure, kräftezehrende Arbeit erheischten —, daß man diese Genossen herbeizerrt, um bei einem französischen Staatsbürger Konserven zu kaufen. So kann man nicht arbeiten. Das ist keine neue, keine ökonomische und überhaupt keine Politik, sondern einfach ein Hohn. Jetzt liegen mir die Untersuchungsergebnisse in dieser Sache vor. Es liegen mir sogar die Ergebnisse zweier Untersuchungen vor: Die eine wurde vom Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare Gorbunow und seinem Stellvertreter Miroschnikow durchgeführt, die andere von der Staatlichen Politischen Verwaltung. Weshalb sich eigentlich die Staatliche Politische Verwaltung für diese Sache interessiert hat, weiß ich nicht, und ich bin nicht fest davon überzeugt, daß das richtig ist, doch will ich darauf nicht weiter eingehen, weil ich befürchte, es könnte eine neue Untersuchung nötig werden. Wichtig ist nur, daß das Material zusammengetragen worden ist und sich jetzt in meinen Händen befindet.

Wie kam es, daß mir, als ich Ende Februar nach Moskau kam, ein wahres Wehgeschrei entgegentönte: „Wir können die Konserven nicht kaufen" — wo doch der Dampfer in Libau liegt und die Konserven dort lagern und man sogar Sowjetgeld für wirkliche Konserven annehmen will! (Heiterkeit.) Wenn sich diese Konserven nicht als völlig verdorben erweisen (und ich betone jetzt „wenn", weil ich nicht ganz sicher

bin, ob ich dann nicht eine zweite Untersuchung anordnen werde über deren Ergebnisse freilich schon auf einem anderen Parteitag zu berichten sein wird), wenn sich also die Konserven nicht als verdorben erweisen – gekauft sind sie –, so frage ich: Woran liegt es, daß eine solche Sache ohne Kamenew und Krassin nicht vom Fleck kommen konnte? Aus dem Untersuchungsmaterial, das mir vorliegt, ersehe ich, daß der eine verantwortliche Kommunist den anderen verantwortlichen Kommunisten zum Teufel geschickt hat. Aus demselben Untersuchungsmaterial ersehe ich, daß der eine verantwortliche Kommunist zu dem anderen verantwortlichen Kommunisten gesagt hat: „Künftig werde ich mit Ihnen ohne einen Notar überhaupt nicht sprechen." Als ich diese Geschichte durchgelesen hatte, erinnerte ich mich, wie ich vor 25 Jahren, als ich in der Verbannung in Sibirien war, als Rechtsberater fungieren mußte. Ich war ein illegaler Rechtsanwalt, weil ich administrativ verschickt war, und so etwas war verboten; da es aber andere nicht gab, so kamen die Leute zu mir und erzählten von manchen Dingen. Aber das schwierigste dabei war, herauszufinden, worum es sich handelte. Kommt da eine Frau und beginnt natürlich von der Verwandtschaft zu erzählen, und es kostete ungeheure Mühe, herauszukriegen, um was es sich handelte. Ich sage: „Bring eine Abschrift." Sie erzählt von einer weißen Kuh. Sagst du ihr: „Bring eine Abschrift", so geht sie fort und sagt: „Ohne Abschrift will er von der weißen Kuh nichts hören." Wir haben in unserer Kolonie über diese Abschrift herzlich gelacht. Aber einen kleinen Fortschritt habe ich doch durchsetzen können: Wenn sie zu mir kamen, brachten sie eine Abschrift mit, und man konnte feststellen, worum es sich handelte, worüber sie sich beschwerten und wo sie der Schuh drückte. Das war vor 25 Jahren in Sibirien (an einem Ort, von wo es viele hundert Werst bis zur nächsten Bahnstation waren).

Aber warum brauchte man nach drei Jahren Revolution in der Hauptstadt der Sowjetrepublik zwei Untersuchungen, das Eingreifen Kamenews und Krassins und Direktiven des Politbüros, um Konserven zu kaufen? Woran mangelte es? An politischer Macht? Nein. Auch Geld fand sich, so daß sowohl die ökonomische als auch die politische Macht vorhanden waren. Alle Institutionen waren zur Stelle. Woran mangelte es? An Kultur bei 99 Prozent der Mitarbeiter der Moskauer Konsumgenossenschaft, gegen die ich nichts habe und die ich für ausgezeichnete Kommunisten

halte, und der Mitarbeiter des Außenhandelskommissariats – sie konnten nicht kultiviert an die Sache herangehen.

Als ich zum erstenmal davon hörte, machte ich dem ZK schriftlich den Vorschlag: Meiner Meinung nach soll man alle – außer den Mitgliedern des Gesamtrussischen ZEK, die bekanntlich Immunität genießen –, alle aus den Moskauer Institutionen außer den Mitgliedern des Gesamtrussischen ZEK auf 6 Stunden, und aus dem Außenhandelskommissariat auf 36 Stunden in das schlechteste Moskauer Gefängnis stecken. Und nun hat sich herausgestellt, daß der Schuldige nicht gefunden worden ist. (H e i t e r k e i t.) In der Tat, aus dem, was ich erzählt habe, ist ganz offensichtlich, daß der Schuldige nicht gefunden werden kann. Es ist einfach die gewöhnliche Unfähigkeit des russischen Intellektuellen, eine Sache praktisch anzufassen – Begriffsstutzigkeit und Schlamperei. Erst mischt man sich ein und tut etwas, dann überlegt man, und wenn bei den Leuten nichts herauskommt, rennen sie zu Kamenew, um sich zu beklagen, und bringen die Sache vors Politbüro. Gewiß, vors Politbüro müssen alle schwierigen Staatsfragen gebracht werden – darauf werde ich noch zu sprechen kommen –, aber man soll zuerst überlegen und dann erst handeln. Trittst du auf, dann bemühe dich gefälligst, mit Dokumenten aufzutreten. Zuerst schicke ein Telegramm, es gibt auch noch Telefone in Moskau, rufe die entsprechenden Institutionen an, übergib Zjurupa eine Kopie, sage: Ich halte das Geschäft für eilig und werde die Leute wegen Verschleppung belangen. Über diese elementare Kultur muß man nachdenken und an die Sache mit Überlegung herangehen; läßt sich die Sache nicht sofort, in zwei Minuten, durch einen Anruf erledigen, so nimm die Dokumente, rüste dich mit ihnen aus und sage: „Wenn du den Amtsschimmel reitest, bringe ich dich ins Gefängnis." Aber nein, keine Spur von Überlegung, keine Vorbereitung; die übliche Geschäftigkeit, mehrere Kommissionen, alle sind müde, abgehetzt, krank, und die Sache kommt erst dann vom Fleck, wenn man Kamenew mit Krassin zusammenbringen kann. Das ist typisch. Und nicht etwa nur in der Hauptstadt Moskau beobachten wir das, sondern auch in anderen Hauptstädten, in den Hauptstädten aller unabhängigen Republiken und einzelnen Gebiete, und in kleineren Städten kommen solche Dinge ständig vor und sogar noch hundertmal schlimmere.

In unserem Kampf darf man nicht vergessen, daß den Kommunisten

Überlegung not tut. Sie werden Ihnen ausgezeichnet vom revolutionären Kampf, vom Stand des revolutionären Kampfes in der ganzen Welt erzählen. Um aber aus der verzweifelten Not und Armut herauszukommen, dazu braucht man Überlegung, Kultur und Ordnungssinn — daran fehlt es ihnen. Wollte man den verantwortlichen Kommunisten vorwerfen, daß sie an die Sache nicht gewissenhaft herangehen, so wäre das falsch. In ihrer gewaltigen Mehrheit — zu 99 Prozent — sind sie nicht nur gewissenhaft, sondern haben auch ihre Ergebenheit für die Revolution unter den schwierigsten Verhältnissen sowohl vor dem Sturz des Zarismus als auch nach der Revolution unter Beweis gestellt und buchstäblich ihr Leben eingesetzt. Die Ursachen darin suchen zu wollen wäre grundfalsch. Was not tut, ist ein kultiviertes Herangehen an die einfachste Staatsangelegenheit, ist die Einsicht, daß das eine staatliche, eine geschäftliche Angelegenheit ist; wenn es Hindernisse gibt, so muß man es verstehen, sie zu beseitigen, und die Schuldigen wegen Bürokratismus vor Gericht stellen. Wir haben in Moskau ein proletarisches Gericht, und es muß diejenigen belangen, die schuld daran sind, wenn einige zehntausend Pud Konserven nicht gekauft werden. Ich denke, das proletarische Gericht weiß zu strafen, um aber strafen zu können, muß man die Schuldigen finden, ich garantiere Ihnen aber, daß man die Schuldigen nicht finden kann. Jeder von Ihnen kann Einblick nehmen in diese Sache — es gibt keine Schuldigen, dafür aber Wirrwarr, Durcheinander und Unverstand. Keiner versteht die Sache anzupacken, keiner begreift, daß man an eine Staatsangelegenheit nicht so, sondern anders herangehen muß. Und das ganze Weißgardistengesindel, die Saboteure machen sich das zunutze. Es hat bei uns eine Zeit des wütenden Kampfes gegen die Saboteure gegeben, und dieser Kampf steht auch heute auf der Tagesordnung; es stimmt natürlich, daß es Saboteure gibt, und man muß sie bekämpfen. Aber kann man gegen sie kämpfen, wenn die Lage so ist, wie ich geschildert habe? Das ist schädlicher als jede Sabotage, der Saboteur braucht ja nichts anderes, als zu sehen, daß zwei Kommunisten miteinander darüber streiten, in welchem Augenblick man sich um eine prinzipielle Direktive zum Ankauf von Lebensmitteln an das Politbüro wenden soll — und in diesen Spalt hineinzukriechen. Wenn sich ein halbwegs gescheiter Saboteur neben den einen oder den anderen Kommunisten oder neben beide der Reihe nach stellt und sie unterstützt, dann ist es aus. Die Sache ist für immer verloren. Und wer ist schuld? Niemand.

Weil zwei Kommunisten, verantwortliche, ergebene Revolutionäre, um des Kaisers Bart streiten, um die Frage streiten, in welchem Augenblick man die Frage vor das Politbüro bringen soll, um eine prinzipielle Direktive zum Ankauf von Lebensmitteln zu erhalten.

So also steht die Frage, darin liegt die Schwierigkeit. Jeder beliebige Kommis, der die Schule eines kapitalistischen Großunternehmens durchgemacht hat, versteht so etwas zu machen, aber 99 von 100 verantwortlichen Kommunisten verstehen es nicht und wollen nicht einsehen, daß sie es nicht verstehen, daß sie ganz von vorn anfangen müssen zu lernen. Wenn wir das nicht begreifen und uns nicht von neuem hinsetzen, um von der Vorbereitungsklasse an zu lernen, so werden wir auf keinen Fall die ökonomische Aufgabe lösen, die jetzt die Grundlage der gesamten Politik bildet.

Das andere Beispiel, das ich anführen möchte, ist das Donezbecken. Sie wissen, daß es das Zentrum, die eigentliche Grundlage unserer ganzen Wirtschaft ist. Von irgendeiner Wiederherstellung der Großindustrie in Rußland, von irgendeinem wirklichen Aufbau des Sozialismus kann gar keine Rede sein — denn man kann den Sozialismus nicht anders als auf dem Wege über die Großindustrie aufbauen —, wenn wir das Donezbekken nicht wiederherstellen, es nicht auf die gebührende Höhe bringen. Im ZK haben wir unsere Aufmerksamkeit darauf gerichtet.

In bezug auf dieses Gebiet ging es nicht darum, daß eine unbedeutende kleine Frage unberechtigter-, lächerlicher-, unsinnigerweise vor das Politbüro gebracht wurde, sondern es ging um eine wichtige, absolut unaufschiebbare Angelegenheit.

Das ZK hat darauf zu achten, daß in solchen wichtigen Zentren, der Grundlage und dem Fundament unserer gesamten Wirtschaft, wirklich vernünftig gearbeitet wird, und dort standen an der Spitze der Zentralverwaltung der Steinkohlenindustrie nicht nur unzweifelhaft treu ergebene, sondern wirklich gebildete und außerordentlich fähige Leute, ja, ich dürfte mich wohl kaum täuschen, wenn ich sage: begabte Leute, und deshalb war die Aufmerksamkeit des ZK dorthin gerichtet. Die Ukraine ist eine unabhängige Republik, das ist sehr schön, aber in bezug auf die Partei schlägt sie manchmal — wie soll ich mich recht höflich ausdrükken? — eine Umgehungstaktik ein, und wir werden ihnen gelegentlich auf den Leib rücken müssen, denn dort sitzen schlaue Kerle, und das dortige ZK — ich will nicht sagen, daß es uns hintergeht, aber irgendwie hält es

sich ein wenig abseits von uns. Um das Ganze zu überblicken, haben wir die Sache im hiesigen ZK untersucht und Reibungen und Meinungsverschiedenheiten festgestellt. Dort gibt es eine Kommission für die Ausbeutung der kleinen Gruben. Natürlich gibt es zwischen dieser Kommission und der Zentralverwaltung der Steinkohlenindustrie starke Reibungen. Aber wir, das ZK, haben immerhin eine gewisse Erfahrung, und wir beschlossen einstimmig, die führenden Kreise nicht zu entfernen; träten Reibungen auf, so sollten sie uns gemeldet werden, gegebenenfalls sogar mit allen Einzelheiten, denn wenn wir im dortigen Gebiet nicht nur ergebene, sondern auch fähige Leute haben, so muß man bestrebt sein, sie zu unterstützen, damit sie bis zu Ende lernen, sofern man annimmt, daß sie noch nicht ausgelernt haben. Das Ende vom Lied war, daß in der Ukraine ein Parteitag stattfand – ich weiß nicht, was dort herausgekommen ist, es ging ziemlich drunter und drüber. Ich erkundigte mich bei ukrainischen Genossen und bat Gen. Ordshonikidse speziell, auch das ZK beauftragte ihn, hinzufahren und festzustellen, was dort los war. Anscheinend gab es dort Intrigen und ein heilloses Durcheinander, und die Kommission für die Parteigeschichte wird sich selbst nach 10 Jahren nicht darin zurechtfinden, wenn sie sich damit befaßt. Faktisch kam es aber so, daß diese Gruppe, entgegen den einstimmigen Direktiven des ZK, durch eine andere Gruppe ersetzt wurde. Worum ging es hier? Im Grunde darum, daß ein Teil dieser Gruppe, ungeachtet all ihrer hohen Qualitäten, einen gewissen Fehler begangen hatte. Sie waren in die Lage von Leuten geraten, die zuviel administrierten. Wir haben es dort mit Arbeitern zu tun. Wenn man von „Arbeitern" spricht, so meint man sehr häufig, das bedeute Fabrikproletariat. Das bedeutet es durchaus nicht. Seit dem Krieg sind bei uns Leute in die Fabriken und Werke gegangen, die gar keine Proletarier sind, die vielmehr hineingingen, um sich vor dem Krieg zu drücken; und sind heute die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse bei uns etwa derart, daß echte Proletarier in die Fabriken und Werke gehen? Das trifft nicht zu. Das ist richtig nach Marx, aber Marx hat nicht über Rußland geschrieben, sondern über den gesamten Kapitalismus als Ganzes, angefangen mit dem 15. Jahrhundert. Für den Zeitraum von sechshundert Jahren ist das richtig, aber für das Rußland von heute trifft es nicht zu. Sehr häufig sind diejenigen, die in die Fabriken gehen, nicht Proletarier, sondern allerlei zufällige Elemente.

Es verstehen, die Arbeit richtig zu organisieren, so zu organisieren, daß man nicht zurückbleibt, daß man vorkommende Reibungen rechtzeitig beseitigt und das Administrieren nicht von der Politik trennt — darin besteht die Aufgabe. Denn unsere Politik und unser Administrieren beruhen darauf, daß die ganze Vorhut mit der gesamten proletarischen Masse, mit der gesamten Bauernmasse verbunden ist. Wenn irgend jemand diese Rädchen vergißt, wenn er sich zum bloßen Administrieren hinreißen läßt, so wird die Sache schiefgehen. Der Fehler, den die Funktionäre des Donezbeckens begangen haben, ist im Vergleich zu anderen unserer Fehler verschwindend klein, doch ist das ein typisches Beispiel. Denn im ZK wurde einmütig die Forderung gestellt: „Laßt diese Gruppe auf ihrem Posten; bringt selbst kleine Konflikte vor das ZK, weil das Donezbecken nicht ein zufälliger Bezirk ist, sondern ein Bezirk, ohne den der sozialistische Aufbau nur ein frommer Wunsch bleibt" — aber unsere ganze politische Macht, die ganze Autorität des ZK erwiesen sich als unzureichend.

Diesmal lag der Fehler natürlich daran, daß zuviel administriert worden war; außerdem gab es noch eine Menge anderer Fehler.

Das diene Ihnen als Beispiel dafür, daß es bei dem ganzen Problem nicht um die politische Macht geht, sondern darum, daß man es verstehen muß zu verwalten, daß man es verstehen muß, die Menschen an ihren richtigen Platz zu stellen, daß man es verstehen muß, kleine Zusammenstöße zu vermeiden, damit die Wirtschaftsarbeit des Staates keine Unterbrechung erfährt. Daran fehlt es bei uns — und hier steckt der Fehler.

Ich glaube, wenn wir von unserer Revolution sprechen und die Geschicke der Revolution abwägen, müssen wir die Aufgaben der Revolution streng abtrennen, die restlos gelöst sind und die als etwas völlig Unverrückbares in die Geschichte der welthistorischen Abkehr vom Kapitalismus eingegangen sind. Unsere Revolution hat solche Leistungen aufzuweisen. Die Menschewiki und Otto Bauer — der Vertreter der zweieinhalbten Internationale — mögen zwar schreien: „Bei denen dort handelt es sich um eine bürgerliche Revolution", wir aber sagen, daß es unsere Aufgabe ist, die bürgerliche Revolution zu Ende zu führen. Wie sich eine weißgardistische Publikation ausgedrückt hat: 400 Jahre lang hat man in unseren staatlichen Institutionen Mist angesammelt. Wir aber haben diesen Mist in vier Jahren weggeräumt — das ist unser großes Verdienst. Was aber haben die Menschewiki und Sozialrevolutionäre getan? Nichts. Nicht

bei uns und nicht einmal in dem fortgeschrittenen, aufgeklärten Deutschland, nicht einmal dort können sie den mittelalterlichen Mist wegräumen. Und unser großes Verdienst machen sie uns zum Vorwurf. Daß wir die Sache der Revolution zu Ende geführt haben – das ist unser unvergängliches Verdienst.

Jetzt riecht es nach Krieg. Die Arbeiterverbände, wie zum Beispiel die reformistischen Gewerkschaften, nehmen Resolutionen gegen den Krieg an und drohen mit dem Streik gegen den Krieg. Vor kurzem, wenn ich nicht irre, las ich ein Zeitungstelegramm, daß in der französischen Deputiertenkammer ein prachtvoller Kommunist eine Rede gegen den Krieg gehalten und erklärt hat, die Arbeiterschaft werde den Aufstand dem Krieg vorziehen. Man kann die Frage nicht so stellen, wie wir sie 1912 gestellt haben, als das Basler Manifest veröffentlicht wurde. Erst die russische Revolution hat gezeigt, wie man aus dem Krieg ausscheiden kann und welche Mühe das kostet, was es bedeutet, aus einem reaktionären Krieg auf revolutionärem Wege auszuscheiden. Reaktionäre imperialistische Kriege sind an allen Ecken und Enden der Welt unausbleiblich. Und daß damals Millionen und aber Millionen niedergemetzelt worden sind und jetzt abermals niedergemetzelt werden sollen, das kann die Menschheit bei der Entscheidung aller derartigen Fragen nicht vergessen und wird sie nicht vergessen. Wir leben ja im 20. Jahrhundert, und das einzige Volk, das aus dem reaktionären Krieg auf revolutionärem Wege ausgeschieden ist, nicht zum Nutzen dieser oder jener Regierung, sondern im Kampf gegen sie – das ist das russische Volk, und es war die russische Revolution, die es aus dem Krieg herausgeführt hat. Und was die russische Revolution errungen hat, ist unzerstörbar. Das kann keine Macht der Welt rückgängig machen, ebenso wie keine Macht rückgängig machen kann, was mit dem Sowjetstaat geschaffen worden ist. Das ist ein welthistorischer Sieg. Jahrhundertelang waren die Staaten nach bürgerlichem Typus aufgebaut, und zum erstenmal ist nun die Form eines nichtbürgerlichen Staates gefunden worden. Vielleicht ist unser Apparat schlecht, aber man sagt, die erste Dampfmaschine, die erfunden wurde, sei auch schlecht gewesen, und es ist sogar fraglich, ob sie funktioniert hat. Doch nicht darauf kommt es an, sondern darauf, daß die Erfindung gemacht worden ist. Mag die erste Dampfmaschine ihrer Form nach auch nichts getaugt haben, so haben wir doch heute die Lokomotive. Mag unser Staatsapparat noch

so miserabel sein, so ist er doch geschaffen, die große geschichtliche Erfindung ist gemacht, ein Staat von proletarischem Typus ist geschaffen — und darum mag ganz Europa, mögen Tausende von bürgerlichen Zeitungen erzählen, was für Mißstände und welches Elend bei uns herrschen, daß das werktätige Volk nichts als Qualen durchzumachen hat — dennoch fühlen sich in der ganzen Welt alle Arbeiter zum Sowjetstaat hingezogen. Das sind die großen Errungenschaften, die wir erzielt haben und die unverrückbar sind. Doch für uns, die Vertreter der Kommunistischen Partei, bedeutet das nur, daß die Tür aufgemacht ist. Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, das Fundament der sozialistischen Wirtschaft zu errichten. Ist das vollbracht? Nein, es ist nicht vollbracht. Wir haben noch kein sozialistisches Fundament. Die Kommunisten, die sich einbilden, das Fundament sei schon vorhanden, machen einen ganz großen Fehler. Die Hauptsache ist jetzt, daß wir das, was bei uns das welthistorische Verdienst der russischen Revolution ausmacht, sicher, klar und nüchtern von dem trennen, was wir im höchsten Grade schlecht ausführen, was noch nicht geschaffen ist und was wir noch viele Male umarbeiten müssen.

Die politischen Ereignisse sind stets sehr verworren und kompliziert. Man kann sie mit einer Kette vergleichen. Will man die ganze Kette festhalten, so muß man das Hauptkettenglied packen. Man kann sich nicht künstlich das Kettenglied auswählen, das man packen will. Was war im Jahre 1917 der Angelpunkt? Das Ausscheiden aus dem Krieg, wonach das ganze Volk verlangte, und dahinter trat alles andere zurück. Das revolutionäre Rußland brachte es fertig, aus dem Krieg auszuscheiden. Es kostete große Anstrengungen, doch dafür wurde dem Hauptbedürfnis des Volkes Rechnung getragen, und das brachte uns den Sieg für viele Jahre. Das Volk spürte, der Bauer sah, jeder von der Front heimkehrende Soldat begriff ausgezeichnet, daß er in der Sowjetmacht eine demokratischere, eine den Werktätigen näherstehende Staatsmacht erhält. So viele Dummheiten und Ungereimtheiten wir uns auch auf anderen Gebieten leisten mochten, da wir diese Hauptaufgabe gelöst hatten, war alles im Lot.

Was war in den Jahren 1919 und 1920 der Angelpunkt? Der militärische Widerstand. Gegen uns marschierte, uns würgte die Weltmacht der Entente — und es bedurfte keiner Propaganda, jeder parteilose Bauer merkte, was los ist. Der Gutsbesitzer kommt. Die Kommunisten ver-

stehen, gegen ihn zu kämpfen. Deshalb waren die Bauern in ihrer Masse für die Kommunisten, und deshalb siegten wir.

Im Jahre 1921 war der Angelpunkt der geordnete Rückzug. Und dazu bedurfte es strengster Disziplin. Die „Arbeiteropposition" sagte: „Ihr unterschätzt die Arbeiter, die Arbeiter müssen mehr Initiative an den Tag legen." Die Initiative, sagten wir, muß darin bestehen, den Rückzug geordnet durchzuführen und strengste Disziplin zu halten. Wer die geringste Panikstimmung hineinträgt oder die Disziplin bricht, würde die Revolution zugrunde richten, weil es nichts Schwierigeres gibt als einen Rückzug mit Menschen, die gewohnt sind, Eroberungen zu machen, die von revolutionären Anschauungen und Idealen durchdrungen sind und im Grunde ihrer Seele jeden Rückzug für etwas Schändliches halten. Die Hauptgefahr besteht darin, daß die Ordnung gestört werden könnte, und die Hauptaufgabe darin, die Ordnung zu wahren.

Und was ist heute der Angelpunkt? Dieser Angelpunkt liegt — darauf wollte ich eben in meinem Referat hinführen und dahingehend möchte ich es zusammenfassen — nicht in der Politik, im Sinne eines Richtungswechsels. Darüber wird im Zusammenhang mit der NÖP maßlos viel geredet. Das alles wird ins Blaue hineingeredet. Das ist höchst schädliches Geschwätz. Im Zusammenhang mit der NÖP beginnt man bei uns geschäftig zu werden, Institutionen umzustellen, neue Institutionen zu gründen. Das ist höchst schädliches Geschwätz. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo es hauptsächlich auf die Menschen, auf die Auswahl der Menschen ankommt. Das zu begreifen fällt einem Revolutionär schwer, der gewohnt ist, gegen Kleinigkeitskrämerei, gegen Kulturgeckentum anzukämpfen, der statt der Umgestaltung der Institutionen die Rolle der Persönlichkeit in den Vordergrund gerückt hat. Aber wir sind jetzt in einer Lage, die man politisch nüchtern beurteilen muß — wir sind so weit vorgerückt, daß wir nicht alle Stellungen halten können und halten dürfen.

In internationaler Hinsicht ist die Besserung unserer Lage in diesen letzten Jahren gigantisch. Den Sowjettypus des Staates haben wir erkämpft, das ist ein Fortschritt der ganzen Menschheit, und die Kommunistische Internationale liefert uns durch Meldungen aus jedem beliebigen Land täglich die Bestätigung dafür. Darüber besteht bei niemand auch nur der geringste Zweifel. Aber im Sinne der praktischen Arbeit steht die Sache so, daß die Bauernschaft die Kommunisten nicht unterstützen wird,

wenn diese nicht imstande sein sollten, ihr praktische Hilfe zu erweisen. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht nicht, daß man Gesetze macht, bessere Dekrete erläßt usw. Es gab bei uns eine Zeit, da Dekrete als eine Form der Propaganda dienten. Man spottete über uns, man sagte, die Bolschewiki verstünden nicht, daß ihre Dekrete nicht durchgeführt werden; die ganze weißgardistische Presse war voll von Spötteleien darüber, aber diese Periode war berechtigt, als die Bolschewiki die Macht ergriffen und dem einfachen Bauern, dem einfachen Arbeiter erklärten: So möchten wir den Staat verwaltet haben, hier habt ihr ein Dekret, probiert es aus. Wir übermittelten dem einfachen Arbeiter und Bauern unsere Vorstellungen von der Politik sogleich in Form von Dekreten. Dadurch gewannen wir das gewaltige Vertrauen, das wir unter den Volksmassen besaßen und besitzen. Das war eine Zeit, eine Periode, die am Anfang der Revolution notwendig war, sonst hätten wir uns nicht an die Spitze der revolutionären Welle stellen können, sondern wären ins Hintertreffen geraten. Sonst hätten wir nicht das Vertrauen aller Arbeiter und Bauern gewonnen, die ein Leben auf neuen Grundlagen aufbauen wollten. Doch diese Periode ist vorbei, wir aber wollen das nicht begreifen. Heute werden die Bauern und Arbeiter lachen, wenn man vorschreiben wollte, die und die Institution zu errichten bzw. umzugestalten. Heute wird sich der einfache Arbeiter und Bauer dafür nicht interessieren, und sie haben recht, denn hier liegt der Schwerpunkt nicht. Du, Kommunist, darfst jetzt dem Volk nicht damit kommen. Obwohl wir, die wir in den staatlichen Institutionen sitzen, stets mit solchem Kleinkram überhäuft sind, ist es nicht dieses Kettenglied, das es zu ergreifen gilt, nicht das ist der Angelpunkt, der Angelpunkt ist vielmehr, daß die Menschen nicht an den richtigen Platz gestellt sind, daß ein verantwortlicher Kommunist, der die ganze Revolution glänzend durchlaufen hat, mit einem Handels- und Industrieposten betraut ist, von dem er nichts versteht und wo er uns hindert, die Wahrheit zu sehen, weil sich hinter seinem Rücken Geschäftemacher und Gauner ausgezeichnet zu verstecken wissen. Es handelt sich darum, daß es bei uns keine praktische Kontrolle darüber gibt, was durchgeführt worden ist. Das ist eine prosaische, eine kleine Aufgabe, das ist Kleinarbeit, aber wir leben nach der größten politischen Umwälzung unter solchen Verhältnissen, daß wir eine Zeitlang inmitten der kapitalistischen Wirtschaftsform existieren müssen, und der Angelpunkt der ganzen Lage liegt nicht in der

Politik im engeren Sinne des Wortes (was in den Zeitungen geredet wird, ist politisches Wortgeprassel, und daran ist nichts Sozialistisches), der Angelpunkt der ganzen Lage liegt nicht in Resolutionen, nicht in Institutionen, nicht in Umorganisierung. Soweit diese Dinge für uns notwendig sind, werden wir das machen, aber kommt dem Volk nicht damit, sucht lieber die nötigen Leute aus und kontrolliert die praktische Durchführung — das wird das Volk zu schätzen wissen.

In der Volksmasse sind wir immerhin nur ein Tropfen im Meer, und wir können nur dann regieren, wenn wir richtig zum Ausdruck bringen, was das Volk erkennt. Andernfalls wird die Kommunistische Partei nicht das Proletariat führen und das Proletariat nicht die Massen führen, und die ganze Maschinerie wird zerfallen. Heute sehen das Volk und die gesamten werktätigen Massen das Wesentliche für sich nur darin, daß man der verzweifelten Notlage und dem Hunger praktisch abhilft und zeigt, daß wirklich eine Besserung eintritt, die der Bauer nötig hat, die dem entspricht, was er gewöhnt ist. Der Bauer kennt den Markt, er kennt den Handel. Die direkte kommunistische Verteilung haben wir nicht einführen können. Dazu mangelte es an Fabriken und an deren Ausrüstungen. Wir müssen also durch den Handel liefern, aber nicht schlechter liefern, als es der Kapitalist getan hat, sonst kann das Volk eine solche Regierung nicht ertragen. Das ist der Angelpunkt in der jetzigen Lage. Und wenn nichts Überraschendes eintritt, dann muß das zum Angelpunkt unserer ganzen Arbeit für 1922 werden — unter drei Bedingungen.

Erstens unter der Bedingung, daß es keine Intervention geben wird. Wir tun durch unsere Diplomatie alles, um sie zu vermeiden, nichtsdestoweniger ist sie jeden Tag möglich. Wir müssen wirklich auf der Hut sein und müssen zugunsten der Roten Armee gewisse schwere Opfer bringen, wobei wir natürlich das Ausmaß dieser Opfer streng festlegen. Uns steht die ganze Welt der Bourgeoisie gegenüber, die nur nach einer Form sucht, uns zu erwürgen. Unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre sind nichts anderes als Agenten dieser Bourgeoisie. Das ist ihre politische Stellung.

Die zweite Bedingung: wenn die Finanzkrise nicht allzu heftig sein wird. Sie ist im Anzug. Sie werden darüber beim Punkt über die Finanzpolitik hören. Wenn sie allzu heftig und schwer wird, so werden wir vieles wieder umstellen und alle Kräfte auf diese eine Aufgabe werfen müssen. Wenn die Krise nicht allzu schwer wird, so kann sie sogar nützlich sein:

sie wird unter den Kommunisten in allen möglichen staatlichen Trusts etwas aufräumen. Man darf nur nicht vergessen, das zu tun. Die Finanzkrise rüttelt Institutionen und Betriebe durch, und in erster Linie platzen die untauglichen unter ihnen. Man muß nur darauf achten, daß nicht alle Schuld auf die Spezialisten abgewälzt wird, während man von den verantwortlichen Kommunisten sagt, sie seien sehr gut, hätten an den Fronten gekämpft und immer gut gearbeitet. Wenn also die Finanzkrise nicht übermäßig schwer sein sollte, wird man aus ihr Nutzen ziehen und ein wenig säubern können, nicht so, wie es die Zentrale Kontrollkommission oder die Zentrale Überprüfungskommission[57] tun, sondern man wird alle verantwortlichen Kommunisten in den Wirtschaftsinstitutionen gründlich durchkämmen.

Und die dritte Bedingung ist, daß während dieser Zeit keine politischen Fehler gemacht werden. Wenn wir politische Fehler machen, dann wird natürlich der ganze wirtschaftliche Aufbau untergraben werden, dann werden wir uns mit Diskussionen über Berichtigung und Ausrichtung zu beschäftigen haben. Wenn aber solche leidigen Fehler nicht vorkommen, dann werden in der nächsten Zukunft nicht Dekrete und nicht die Politik im engeren Sinne des Wortes, nicht Institutionen und nicht deren Organisation den Angelpunkt bilden — damit wird man sich, soweit das notwendig ist, in den Kreisen der verantwortlichen Kommunisten und in den Sowjetinstitutionen befassen —, sondern der Angelpunkt der gesamten Arbeit wird in der Auswahl der Menschen und in der Kontrolle der Durchführung liegen. Wenn wir in dieser Hinsicht praktisch lernen, praktischen Nutzen bringen, dann werden wir wieder alle Schwierigkeiten überwinden.

Zum Schluß muß ich noch die praktische Seite der Frage unserer Sowjetorgane, der höchsten Institutionen, und des Verhältnisses der Partei zu ihnen berühren. Es hat sich bei uns ein unrichtiges Verhältnis zwischen der Partei und den Sowjetinstitutionen herausgebildet, und diesbezüglich herrscht bei uns volle Einmütigkeit. Ich habe an einem Beispiel gezeigt, wie man eine konkrete kleine Angelegenheit schon vor das Politbüro bringt. Formal ist es sehr schwer, sich davon frei zu machen, weil bei uns eine einzige Regierungspartei am Ruder ist und man einem Parteimitglied nicht verbieten kann, Beschwerde zu führen. Deshalb wird aus dem Rat der Volkskommissare alles vor das Politbüro geschleppt. Ein Großteil der

Schuld trifft hier auch mich, weil die Verbindung zwischen dem Rat der Volkskommissare und dem Politbüro weitgehend von mir persönlich aufrechterhalten wurde. Und als ich ausscheiden mußte, stellte sich heraus, daß die zwei Räder nicht sofort ineinandergreifen, und Kamenew hatte eine dreifache Arbeitslast zu tragen, um diese Verbindungen aufrechtzuerhalten.

Was die grundlegenden Direktiven betrifft, so besteht hierüber im ZK volle Einmütigkeit, und ich hoffe, daß der Parteitag dieser Frage große Aufmerksamkeit zuwenden und die Direktiven in dem Sinne bestätigen wird, daß man das Politbüro und das ZK von Kleinkram befreien und die Arbeit der verantwortlichen Funktionäre auf eine höhere Stufe heben muß. Die Volkskommissare müssen für ihre Arbeit die Verantwortung tragen, anstatt daß sie zuerst in den Rat der Volkskommissare und dann ins Politbüro laufen. Formal können wir das Recht der Beschwerde beim ZK nicht aufheben, weil unsere Partei die einzige Regierungspartei ist. Hier muß man jedwede Anrufung wegen Kleinigkeiten unterbinden, dafür aber muß man die Autorität des Rats der Volkskommissare dergestalt heben, daß mehr die Volkskommissare mitarbeiten und nicht ihre Stellvertreter; man muß den Charakter der Arbeit des Rats der Volkskommissare in der Richtung ändern, in der ich es im letzten Jahr nicht zu tun vermocht habe: weitaus mehr Aufmerksamkeit darauf richten, daß auf die Kontrolle der Durchführung geachtet wird.

Im Zusammenhang damit muß man darauf achten, daß die Kommissionen des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung eingeschränkt werden, damit sie ihre eigenen Angelegenheiten kennen und entscheiden und ihre Kräfte nicht auf eine endlose Zahl von Kommissionen verzetteln. Dieser Tage wurde eine Überprüfung der Kommissionen vorgenommen. Man zählte 120 Kommissionen. Und wie viele erwiesen sich als nötig? 16 Kommissionen. Und das ist nicht die erste Überprüfung. Statt sich für seine Arbeit verantwortlich zu fühlen, im Rat der Volkskommissare einen Beschluß zu fassen und zu wissen, daß man dafür Rede und Antwort stehen wird, versteckt man sich hinter Kommissionen. In den Kommissionen findet sich selbst der Teufel nicht zurecht, niemand kennt sich aus, wer verantwortlich ist; alles ist durcheinandergewürfelt, und schließlich wird ein Beschluß gefaßt, für den alle verantwortlich sind.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß es notwendig ist, die Autonomie und die Tätigkeit der Gebietswirtschaftsräte zu erweitern und zu entfalten. Die Einteilung Rußlands in Gebiete ist jetzt bei uns nach wissenschaftlichen Grundsätzen vorgenommen worden, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und klimatischen Bedingungen, der Lebensweise der Bevölkerung, der Bedingungen für die Brennstoffversorgung, für die örtliche Industrie usw. Auf Grund dieser Einteilung sind Wirtschaftsräte der Bezirke und Gebiete geschaffen worden. Natürlich wird es teilweise Korrekturen geben, aber man muß die Autorität dieser Wirtschaftsräte heben.

Ferner muß erreicht werden, daß das Gesamtrussische ZEK energischer arbeitet und regelmäßig zu Tagungen zusammentritt, die von längerer Dauer sein müssen. Die Tagungen sollen die Gesetzentwürfe beraten, die manchmal in aller Eile im Rat der Volkskommissare eingebracht werden, ohne daß es unbedingt notwendig wäre. Es ist besser, damit zu warten und den örtlichen Funktionären Zeit zu sorgfältiger Überlegung zu geben und strengere Anforderungen an die Verfasser der Gesetze zu stellen, was bei uns nicht geschieht.

Wenn die Tagungen des Gesamtrussischen ZEK erst länger dauern, dann werden sie sich in Sektionen und Unterkommissionen aufteilen und die Arbeit strenger kontrollieren können, um das durchzusetzen, was meines Erachtens den Angelpunkt, den Kernpunkt der gegenwärtigen politischen Lage bildet: das Schwergewicht auf die Auswahl der Menschen, auf die Kontrolle der tatsächlichen Durchführung verlegen.

Man muß einsehen und darf sich dieser Einsicht nicht verschließen, daß die verantwortlichen Kommunisten in 99 von 100 Fällen nicht an den Platz gestellt sind, für den sie sich jetzt eignen, daß sie ihre Arbeit nicht leisten können und jetzt lernen müssen. Wenn das als richtig erkannt wird und da wir dazu vollauf die Möglichkeit haben — und nach der allgemeinen internationalen Lage zu urteilen, reicht uns die Zeit, um erfolgreich zu lernen —, dann muß das getan werden, koste es, was es wolle. (Stürmischer Beifall.)

3

SCHLUSSWORT ZUM POLITISCHEN BERICHT DES ZK DER KPR(B) 28. MÄRZ

(Beifall.) Vor allem werde ich etwas Zeit aufwenden müssen, um an den hier von den Genossen Preobrashenski und Ossinski gemachten Bemerkungen Kritik zu üben. Ich denke, daß die Genossen Preobrashenski und Ossinski im Wesentlichsten und Grundlegenden völlig am Ziel vorbei geschossen haben, und gerade durch ihre Reden haben sie gezeigt, wie falsch ihre Linie, ihre Vorstellung von der Politik ist.

Gen. Preobrashenski sprach über den Kapitalismus und darüber, daß wir über das Programm eine allgemeine Diskussion entfachen müßten. Meiner Meinung nach wäre das eine höchst unproduktive und unangebrachte Zeitvergeudung.

Zunächst zur Frage des Staatskapitalismus.

„Staatskapitalismus ist Kapitalismus", sagte Preobrashenski, „und nur so kann und muß man ihn verstehen." Ich behaupte, daß das Scholastik ist. Bisher konnte noch niemand ein solches Buch über den Kapitalismus in der Geschichte der Menschheit schreiben, weil wir das erst jetzt zum erstenmal erleben. Bisher wurden halbwegs angängige Bücher über den Staatskapitalismus unter der Voraussetzung und in der Annahme geschrieben, daß Staatskapitalismus Kapitalismus ist. Jetzt ist es anders gekommen, und kein Marx und kein Marxist konnten das voraussehen. Man darf nicht rückwärts schauen. Werden Sie Geschichte schreiben, so werden Sie das ausgezeichnet tun, werden Sie aber ein Lehrbuch schreiben, so werden Sie schreiben: Staatskapitalismus — das ist ein im höchsten Grade unerwarteter und von absolut niemand vorausgesehener Kapitalismus, denn es konnte ja niemand voraussehen, daß das Proletariat in einem der am wenigsten entwickelten Länder die Macht er-

greifen und sich zunächst bemühen wird, die Großproduktion und die Verteilung für die Bauern zu organisieren, daß es aber dann, weil es in Anbetracht des Kulturstandes diese Aufgabe nicht bewältigen kann, den Kapitalismus heranziehen wird. Das alles hat man niemals vorausgesehen, aber es ist eine ganz unbestreitbare Tatsache.

Die Rede Larins zeigt eine völlig unklare Vorstellung darüber, was die Neue Ökonomische Politik ist und wie man sich zu ihr stellen muß.

Es wurde kein einziger ernsthafter Einwand dagegen vorgebracht, daß es notwendig war, zur Neuen Ökonomischen Politik überzugehen. Das Proletariat scheut sich nicht zuzugeben, daß in der Revolution manches hervorragend gelungen ist, daß ihm aber auch manches mißlungen ist. Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, daß sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft lag, daß sie sich scheuten, von ihren Schwächen zu sprechen. Wir aber werden nicht zugrunde gehen, weil wir uns nicht scheuen, von unseren Schwächen zu sprechen, und es lernen werden, die Schwächen zu überwinden. (Beifall.) Der Kapitalismus, den wir zugelassen haben, mußte zugelassen werden. Wenn er häßlich und schlecht ist, können wir das korrigieren, denn die Macht ist in unserer Hand, und wir brauchen nichts zu fürchten. Das erkennen alle an, und es ist lächerlich, das mit Panikmacherei zu verwechseln. Würden wir uns scheuen, das anzuerkennen, so würden wir unweigerlich zugrunde gehen. Aber daß wir das erlernen werden und es lernen wollen, zeigen die drei — vier — fünf Jahre, in denen wir kompliziertere Dinge in kürzeren Zeitspannen erlernt haben. Allerdings hat uns damals die Notwendigkeit angetrieben. Im Krieg wurden wir außerordentlich energisch angetrieben, und wohl an keiner einzigen Front, in keinem einzigen Feldzug kam es vor, daß wir nicht angetrieben wurden: Zuerst kam der Feind bis auf hundert Werst an Moskau heran, dann näherte er sich Orjol, dann stand er fünf Werst vor Petrograd. Da besannen wir uns erst richtig, begannen sowohl zu lernen als auch das Erlernte anzuwenden, und vertrieben den Feind.

Tausendmal schwieriger ist die Lage, wenn man es mit einem Feind zu tun hat, der hier im ökonomischen Alltag steht. Die Streitigkeiten, die in der Literatur bisher über den Staatskapitalismus laut wurden, diese Streitigkeiten können bestenfalls in ein Geschichtslehrbuch eingehen. Ich leugne keineswegs den Nutzen von Lehrbüchern und habe unlängst

geschrieben, daß es besser wäre, wenn unsere Publizisten den Zeitungen, dem politischen Wortgeprassel weniger Aufmerksamkeit zuwenden und statt dessen Lehrbücher schreiben würden. Das brächten viele, darunter auch Gen. Larin, wunderbar fertig. Dort wären seine Qualitäten außerordentlich nutzbringend, und dann wäre bei uns die Aufgabe gelöst, die Gen. Trotzki richtig hervorhob, als er erklärte, die Hauptsache sei jetzt die Erziehung der jungen Generation, dazu fehle es uns aber an Lehrmitteln. In der Tat, woraus lernt sie die Gesellschaftswissenschaften? Aus altem bürgerlichem Plunder. Das ist eine Schmach! Und das, obwohl wir Hunderte marxistischer Publizisten haben, die Lehrbücher über alle gesellschaftlichen Fragen liefern könnten, sie aber nicht liefern, weil sie sich nicht mit dem befassen und ihre Aufmerksamkeit nicht darauf richten, was nötig ist.

Hinsichtlich des Staatskapitalismus muß man das wissen, was zur Agitations- und Propagandalosung gemacht werden, was erläutert werden muß, damit es praktisch verstanden wird. Das ist, daß der Staatskapitalismus bei uns jetzt nicht dasselbe ist, worüber die Deutschen geschrieben haben. Das ist ein von uns zugelassener Kapitalismus. Stimmt das oder stimmt es nicht? Alle wissen, daß das stimmt!

Wir haben auf einem Parteitag der Kommunisten den Beschluß gefaßt, daß der Staatskapitalismus von unserem proletarischen Staat zugelassen wird, und der Staat sind wir. Haben wir ihn schlecht zugelassen, so ist das unsere eigene Schuld, und wir dürfen sie auf niemand anderen abwälzen! Man muß lernen, man muß zu erreichen suchen, daß der Staatskapitalismus im proletarischen Staat nicht imstande ist und es nicht wagt, die ihm vom Proletariat gesetzten Grenzen und Bedingungen, die für das Proletariat vorteilhaften Bedingungen, zu überschreiten. Und hier wurde richtig bemerkt, daß wir mit der Bauernmacht als Masse rechnen und ihr freien Handel zugestehen mußten. Jeder vernünftige Arbeiter begreift, daß das für die proletarische Diktatur notwendig ist, und nur Gen. Schljapnikow bringt es fertig, darüber zu spotten und zu höhnen. Das haben sich alle zu eigen gemacht, das ist tausendmal wiedergekäut worden, und Sie wollen es einfach nicht begreifen. Wenn der Bauer unter den gegenwärtigen Bedingungen und in bestimmtem Umfang den freien Handel braucht, dann müssen wir ihn gewähren, aber das heißt nicht, daß wir erlauben, mit Fusel zu handeln. Das werden wir bestrafen. Das heißt

nicht, daß wir erlauben, mit politischer Literatur zu handeln, die sich menschewistische und sozialrevolutionäre Literatur nennt und die durchweg von den Kapitalisten der ganzen Welt ausgehalten wird.

Das ist es, was ich meinte, als ich die Maschinengewehre erwähnte, und Gen. Schljapnikow hätte das verstehen müssen. Was er sagt, ist glatter Unsinn!

Damit werden Sie niemand Angst einjagen und bei niemand Mitleid erregen! (Beifall. Heiterkeit.)

Armer Schljapnikow! Lenin schickt sich an, Maschinengewehre auf ihn zu richten.

Es handelt sich um Einwirkungsmaßnahmen der Partei und keineswegs um irgendwelche Maschinengewehre. Maschinengewehre kommen in Frage bei denjenigen, die sich jetzt bei uns Menschewiki und Sozialrevolutionäre nennen und die so schlußfolgern: Ihr sprecht vom Rückzug zum Kapitalismus, und wir sagen dasselbe: Wir sind mit euch einer Meinung! Wir bekommen das ständig zu hören, und im Ausland wird eine riesige Agitation getrieben, daß die Bolschewiki die Menschewiki und Sozialrevolutionäre in Gefängnissen halten wollen, aber selbst den Kapitalismus zulassen. Gewiß, wir lassen den Kapitalismus zu, aber nur insoweit, als es für die Bauernschaft notwendig ist. Das muß sein! Sonst kann der Bauer nicht leben und wirtschaften. Aber ohne die sozialrevolutionäre und menschewistische Propaganda, behaupten wir, kann der russische Bauer leben. Und wer das Gegenteil behauptet, dem sagen wir, daß wir lieber bis auf den letzten Mann untergehen wollen, aber zurückweichen werden wir vor ihm nicht! Und unsere Gerichte müssen das alles verstehen. Wenn wir von der Gesamtrussischen Tscheka zu staatlichen politischen Gerichten übergehen, so muß man auf dem Parteitag sagen, daß wir über den Klassen stehende Gerichte nicht anerkennen. Wir brauchen gewählte, proletarische Gerichte, und die Gerichte müssen wissen, was wir zulassen. Die Mitglieder des Gerichts müssen ganz genau wissen, was Staatskapitalismus ist.

Das ist die politische Losung des Tages und nicht ein Streit darüber, was die deutschen Professoren unter Staatskapitalismus verstanden haben und was wir unter Staatskapitalismus verstehen. Seitdem haben wir sehr viel durchgemacht, und es ziemt sich ganz und gar nicht, rückwärts zu schauen.

Wie weit Preobrashenskis politische Blindheit geht, zeigt seine Überlegung über das Wirtschaftsbüro oder über das Programm. Dieses Pro-

gramm ist eine so wunderbare Sache, und wir entstellen es so! Und wie kann das geschehen? Das kommt daher, daß man Buchstabe für Buchstabe, Zeile für Zeile liest und das, was darüber hinausgeht, nicht sehen will. Man fischt ein Zitat heraus und sagt: Hier gab es Streit. Man sagt, richtig war die Linie der Arbeiterfakultäten und der kommunistischen Zellen, nicht aber derjenigen, die sagten: „Geht mit diesen Spezialisten etwas behutsamer, etwas maßvoller um." Daß die kommunistischen Zellen vortreffliche Zellen und die Arbeiterfakultäten vortreffliche Fakultäten sind, das stimmt, aber sie sind nicht gegen Fehler gefeit, sie sind keine Heiligen.

Ja, die kommunistischen Zellen sind Vertreter unserer Partei, und die Arbeiterfakultäten sind Vertreter unserer Klasse, aber daß sie Fehler machen und daß wir sie korrigieren müssen, das ist eine Binsenwahrheit. Wie hier zu korrigieren ist, weiß ich nicht, weil ich an den Sitzungen des ZK, in denen diese Frage erörtert wurde, nicht teilgenommen habe. Aber ich weiß, daß es bei uns, was die Haltung der Arbeiterfakultäten und der kommunistischen Zellen gegenüber den Professoren betrifft, Überspitzungen gibt. Als jedoch das ZK, nachdem es die Sache von allen Seiten beleuchtet hatte, feststellte, daß es hier Überspitzungen gab und daß man den Professoren gegenüber, die uns fremd, die nicht Vertreter unserer Klasse sind, einen behutsameren Kurs einschlagen muß – da tritt Preobrashenski auf den Plan, zieht das Programm aus der Tasche und sagt: Dieser Schicht darf man keine politischen Zugeständnisse machen, sonst verletzen wir das Programm.[58]

Wenn wir anfangen, die Partei so zu lenken, dann führt das sicherlich zu unserem Untergang. Nicht deshalb, weil Gen. Preobrashenski die Politik im allgemeinen nicht richtig versteht, sondern weil er an alles von der Seite herangeht, die seine Stärke ausmacht: Er ist ein Theoretiker, der sich in einem bestimmten Rahmen hält, in den gewohnten und üblichen Begriffen denkt, ein Propagandist, der sich mit verschiedenen Maßnahmen befaßt, die propagandistische Ziele verfolgen. Alle kennen und schätzen diese starke Seite, aber wenn er vom politischen und administrativen Standpunkt aus herangeht, dann kommt etwas Monströses heraus. Ein Wirtschaftsbüro schaffen?! Eben erst haben doch alle gesagt und zugestimmt, und es wurde volle Einmütigkeit erzielt (das aber ist sehr wichtig, denn von dieser Einigkeit hängt auch das Handeln ab), daß der Parteiapparat und der Sowjetapparat voneinander abgegrenzt werden müssen.

Es ist schrecklich schwer, das zu tun — wir haben keine Leute! Preobrashenski hat hier leichthin eingeworfen, daß Stalin in zwei Volkskommissariaten sitzt.[59] Aber wer von uns ist ohne Sünde? Wer hat nicht gleichzeitig mehrere Verpflichtungen übernommen? Und wie soll man es auch anders machen? Was können wir jetzt tun, um die gegenwärtige Lage im Volkskommissariat für Angelegenheiten der Nationalitäten zu gewährleisten, um mit allen turkestanischen, kaukasischen und sonstigen Fragen zurechtzukommen? Das sind doch alles politische Fragen! Und diese Fragen müssen gelöst werden, denn das sind Fragen, die die europäischen Staaten jahrhundertelang beschäftigt haben und die in den demokratischen Republiken nur zu einem verschwindend kleinen Teil gelöst sind. Wir sind dabei, sie zu lösen, und wir brauchen einen Menschen, zu dem jeder beliebige Vertreter einer Nation kommen kann, um ihm ausführlich zu erzählen, was er auf dem Herzen hat. Wo ist ein solcher Mensch zu finden? Ich glaube, auch Preobrashenski könnte keine andere Kandidatur nennen als die des Genossen Stalin.

Dasselbe gilt für die Arbeiter- und Bauerninspektion. Eine großartige Sache. Um aber die Kontrolle richtig handhaben zu können, ist es notwendig, daß an der Spitze ein Mann steht, der Autorität genießt, sonst werden wir in kleinlichen Intrigen steckenbleiben und versinken.

Gen. Preobrashenski schlägt ein Wirtschaftsbüro vor, dann wäre aber alles, was wir über Trennung von Parteiarbeit und Sowjetarbeit gesagt haben, in den Wind geredet. Gen. Preobrashenski schlägt ein scheinbar schönes Schema vor: einerseits Politbüro, anderseits Wirtschaftsbüro und Organisationsbüro. Aber glatt nimmt sich das nur auf dem Papier aus, im Leben ist es lächerlich! Ich verstehe absolut nicht, wie ein Mensch, der Sinn für lebendige Politik hat, nach fünfjährigem Bestehen der Sowjetmacht einen solchen Vorschlag machen und darauf bestehen kann!

Wodurch unterscheidet sich bei uns das Orgbüro vom Politbüro? Man kann doch unmöglich genau abgrenzen, welche Frage politischer und welche organisatorischer Natur ist. Jede politische Frage kann eine organisatorische sein und umgekehrt. Und nur die eingebürgerte Praxis, daß man jede beliebige Frage aus dem Orgbüro in das Politbüro überweisen kann, hat eine richtige Arbeitsweise des ZK ermöglicht.

Hat irgendwann jemand etwas anderes vorgeschlagen? Niemals hat jemand etwas anderes vorgeschlagen, denn vom Standpunkt der Vernunft

kann man keinen anderen Ausweg vorschlagen. Man kann das Politische und das Organisatorische nicht mechanisch voneinander trennen. Politik wird von Menschen gemacht, und wenn andere Leute Papierchen schreiben, dann kommt dabei nichts heraus.

Sie wissen doch, es gab Revolutionen, da wurden in Parlamentsversammlungen Papierchen geschrieben, durchgeführt aber wurden sie von Menschen einer anderen Klasse. Dann gab man ihnen einen Fußtritt und warf sie hinaus. Die organisatorischen Fragen kann man nicht von der Politik trennen. Politik ist konzentrierte Ökonomik.

Gen. Kossior beklagt sich über das ZK, er hat Namen genannt (ich habe sie alle aufgeschrieben) — ich bin nicht im Bilde und kann darauf nicht antworten, aber wenn sich der Parteitag dafür interessiert, dann ist es Ihre Pflicht, eine Kommission zu wählen, die sich jeden Namen vornimmt und Kossior und die entsprechenden Personen einem hochnotpeinlichen Verhör unterzieht. Hier geht es darum, daß das ZK, wenn man ihm das Recht nimmt, die Menschen nach seinem Ermessen einzusetzen, die Politik nicht lenken kann. Obzwar uns auch Fehler unterlaufen, wenn wir den einen oder andern hier abziehen und dort einsetzen, erlaube ich mir dennoch die Meinung, daß das Politbüro des ZK während der ganzen Zeit seiner Tätigkeit ein Minimum von Fehlern gemacht hat. Das ist kein Eigenlob. Die Arbeit des Politbüros wird nicht von Kommissionen geprüft, nicht von den Leuten, die von unserer Partei selbst eingesetzt worden sind, sie wird vielmehr von den Weißgardisten geprüft, sie wird von unseren Feinden geprüft — und ein Beweis dafür sind die Ergebnisse der Politik, in der es keine groben Fehler gab.

Ossinskis starke Seite ist die Energie, die Tatkraft, mit der er sich in eine Sache hineinkniet, die er in Angriff nimmt. Man muß es so einrichten, daß diese starke Seite derart eingespannt wird, daß seine schwache Seite dahinter zurücktritt (obwohl Ossinski schreien wird, denn er ist ein energischer Mann — trotzdem muß man das tun, sonst ist er als Funktionär geliefert). Ich denke, wir haben im ZK Maßnahmen getroffen, um seine schwachen und seine starken Seiten auszugleichen.

Das beste Anklagematerial gegen Ossinski — wenn ich gegen ihn polemisieren wollte, aber ich will das nicht — das beste Material wäre, Ossinskis heutige Rede abzudrucken und an der Wandtafel anzuschlagen ... Der Mann wäre erledigt ...

Er, dieser Mann, stellvertretender Volkskommissar und leitender Mitarbeiter in einem der wichtigsten Volkskommissariate, er, der in den vordersten Reihen jener Leute steht, die zu jeder Frage eine Plattform liefern — er schlug vor, zum Kabinettsystem überzugehen. Ich behaupte, daß dieser Mann für immer völlig erledigt ist. Ich beabsichtige nicht, das zu analysieren und weitschweifig zu polemisieren, wir sind einzig daran interessiert, daß eine so hervorragende Kraft wie Ossinski richtig ausgenutzt wird. Wenn sich Gen. Ossinski nicht kameradschaftlich zu den Ratschlägen verhält, die man ihm mehrfach im ZK gegeben hat und an denen ich nicht unbeteiligt bin, und wenn er sich diesbezüglich nicht mäßigt, dann fällt er unweigerlich und endgültig in den Sumpf, wie das heute geschehen ist.

Das pflegt den Leuten sehr unangenehm zu sein, die gern ihre Natur herauskehren; dieses Streben ist berechtigt, wenn jemand von der Natur reich ausgestattet ist, und er möchte das zeigen. Das ist nur recht und billig. Aber das ZK muß darauf achten, daß es Nutzen bringt, wenn die Natur herausgekehrt wird. Das ZK muß es so einrichten, daß die Überlegung über das Kabinett beschnitten wird, sogar dann, wenn der Mann, der sozusagen der Beschneidung unterzogen wird, sich beklagen sollte. Das wird nützlich sein. Man muß maßhalten mit seinen Fähigkeiten, um nicht in diesem Sumpf zu landen, muß sich mit den Genossen in den Volkskommissariaten beraten und eine gemeinsame Linie verfolgen. Ist denn bei uns auch nur in einem einzigen Volkskommissariat je etwas ohne Auseinandersetzungen zustande gekommen? Das gab es nicht.

„Verbesserung des Systems der Leitung und psychologische Mobilisierung der Massen." Das ist glatter Mord! Würde sich der Parteitag auf einen solchen Standpunkt der politischen Reaktion stellen, so wäre das die sicherste und beste Methode des Selbstmords.

„Verbesserung des Systems der Leitung." Gebe Gott, daß wir einen Weg finden, um aus dem jetzt bestehenden Durcheinander herauszukommen.

Wir haben kein System?! Fünf Jahre lang sind die besten Kräfte darauf verwandt worden, dieses System zu schaffen! Dieses System ist ein gewaltiger Schritt vorwärts.

Der praktische Apparat ist schlecht! Wissen wir, wie die Sache steht? Wir wissen es nicht! Aber Ossinski spricht, als wüßte er es. Er ist im-

stande, sich hinzusetzen und in 10 Minuten ein System der Leitung zu Papier zu bringen, und wenn dieser Wunsch nicht eingedämmt wird, so wird das schädlich und ein politischer Fehler sein. Unter anderen Umständen aber, wenn er sich auch weiterhin mit solchem Eifer zur Arbeit verhält, wie er das jetzt tut, wird die Arbeit sehr nutzbringend sein.

Das diene Ihnen als Illustration. Nun darüber, was Preobrashenski und Ossinski bewiesen haben und Larin ganz besonders bewiesen hat, als ich über das Wichtigste sprach. Sehen Sie, was er gemacht hat. Er hat mich beschuldigt und sehr vergnügt gescherzt und gelacht.

Das kann er großartig, das ist seine starke Seite. Hinge diese starke Seite des Gen. Larin nicht damit zusammen, daß er sie auf die staatliche Arbeit anwenden muß, so brächte Gen. Larin der Republik tausendmal mehr Nutzen, denn er ist ein sehr fähiger Mensch und verfügt über eine reiche Phantasie. Diese Fähigkeit ist außerordentlich wertvoll. Es ist falsch zu glauben, daß nur der Dichter Phantasie braucht. Das ist ein dummes Vorurteil! Sogar in der Mathematik braucht man sie, sogar die Entdeckung der Differential- und der Integralrechnung wäre ohne Phantasie unmöglich gewesen. Phantasie ist eine höchst wertvolle Eigenschaft, aber Gen. Larin hat ein bißchen zuviel davon. Ich würde zum Beispiel sagen, wenn man den ganzen Vorrat von Larins Phantasie gleichmäßig auf sämtliche Mitglieder der KPR verteilen würde, dann käme ein sehr gutes Ergebnis heraus. (Heiterkeit, Beifall.) Aber solange wir diese Operation nicht durchführen können, darf man Larin keinesfalls eine staatliche, wirtschaftliche, mit Planung verbundene, ökonomische Arbeit anvertrauen. Es wäre dasselbe wie im alten Obersten Volkswirtschaftsrat, als Rykow noch nicht wieder gesund war und „J. Larin" im Namen des ganzen Obersten Volkswirtschaftsrats arbeitete und unterzeichnete; es war nicht deshalb schlecht, weil Gen. Larin etwa nur seine schlechtesten Eigenschaften offenbarte, im Gegenteil — seine besten Fähigkeiten, denn an seiner Ergebenheit und Sachkenntnis zweifelt niemand, trotzdem aber war die Arbeit falsch organisiert!

Genau das habe ich gesagt. Freilich sind das alles banale Lebensregeln. Was allerdings die betrifft, so hat mich Kamkow bereits auf dem Parteitag der Sozialrevolutionäre ausgelacht. Kamkow sagte: „Lenin predigt heute: ‚Du sollst nicht stehlen', und morgen fügt er hinzu: ‚Du sollst nicht ehebrechen'. Das ist Lenins ganze Weisheit." Das habe ich von dem Sozial-

revolutionär Kamkow bereits 1918 gehört. Und wenn Kamkow, der diese Argumente mit Kanonendonner begleitete, keinen Eindruck machte, dann wird Larin um so weniger Eindruck machen. Jetzt muß man diese Aufgaben auf die Hauptmomente unserer Neuen Ökonomischen Politik anwenden. Hier versuchte Gen. Larin, die Partei in einer falschen Richtung zu führen; wäre er aber mit etwas beschäftigt, wofür er eine Menge Fähigkeiten mitbringen und womit er der Jugend großen Nutzen bringen würde und wo er uns keinen solchen Streich spielen könnte, wie er ihn sich in der Staatlichen Plankommission geleistet hat, dann wäre das etwas ganz anderes. Dort hinterließe Gen. Larin Spuren für die junge Generation. Ich denke, ich habe mich deutlich genug ausgedrückt. Und es gäbe nicht die Verwirrung, die Larin hier hineingetragen hat.

Ich habe gesagt, daß Kamenew im Politbüro eine Direktive beantragte, die Einfuhr von Lebensmitteln für nützlich zu erachten und Konserven für sowjetisches Geld zu kaufen. Larin hat hier gesessen und alles ausgezeichnet gehört, er erinnert sich sehr wohl an alles, tritt dann auf die Tribüne und sagt: „Lenin hat wegen seiner Krankheit — wir wollen ihm diesmal verzeihen — vergessen, daß man sich wegen Ausgaben aus dem Goldfonds an das Politbüro wenden muß." Hätte Gen. Kamenew vorgeschlagen, daß wir für den Ankauf von Konserven französischen Spekulanten etwas aus dem Goldfonds geben sollen, so hätten wir ihn gar nicht erst angehört. Nicht eine einzige Goldkopeke haben wir für die Konserven ausgegeben, wir haben dafür sowjetisches Papiergeld gegeben und sie — stellen Sie sich vor — gekauft. Wulfson hat mir gestern sogar versichert, diese Konserven seien von guter Qualität (obwohl sie noch nicht angekommen sind). Aber ich glaube ihm nicht, wir wollen sie erst probieren, denn hier kann noch Betrug im Spiele sein. Es geht jedoch darum, daß Larin sich hier selber geirrt hat: nicht eine einzige Kopeke in Gold haben wir ausgegeben, sondern 160 Milliarden sowjetisches Papiergeld.

Natürlich wäre es lächerlich und unsinnig zu glauben, Larin spräche aus böser Absicht so; nein, nicht das ist es, vielmehr geht seine Phantasie Billionen Kilometer mit ihm durch, und daher kommt die ganze Konfusion.

Ferner sagte er, die Staatliche Plankommission hätte vorgeschlagen, drei Viertel des Eisenbahntransports zu verpachten. Gut, daß er das auf dem Parteitag sagte, wo ihn Krshishanowski sofort widerlegte. Das klappt nicht immer so. Aber glauben Sie, daß man nur auf dem Parteitag so zu

sprechen versucht? Man braucht sich bloß in der ZKK zu erkundigen, wie sie den Fall des Moskauer Debattierklubs[60] untersuchten, warum es überhaupt zum Fall des Moskauer Debattierklubs kam, wo die Genossen Larin und Rjasanow... (Zwischenruf Rjasanows: „Über den Goldfonds habe ich dort nicht gesprochen, es wurden schlimmere Dinge gesagt.") Ich war nicht in Moskau und habe an der Untersuchung nicht teilgenommen, sondern erhielt nur eine kurze Information. (Rjasanow: „Man darf nicht jedem Gerücht glauben.") Ich weiß das aus einem Gespräch mit Gen. Solz, das ist kein Gerücht, sondern ein Gespräch mit jemand, der vom Parteitag, der höchsten Instanz, in die ZKK delegiert wurde, und er hat mir das gesagt, und was er mir gesagt hat, kann keinerlei Zweifel hervorrufen. Man muß sehr leichtsinnig sein, um das als Gerücht zu bezeichnen. Die ZKK hat das Treiben des Debattierklubs untersucht und mußte einstimmig feststellen, daß die Sache nicht in Ordnung war. Mir ist klar, worin der Fehler besteht. Larin hat sich heute so ganz nebenbei, denn er hat sich hinreißen lassen, seine eigene Rede hat ihn angefeuert, zu der Behauptung verstiegen, man hätte drei Viertel des Eisenbahntransports verpachten wollen, und das ZK hätte das korrigiert. Krshishanowski sagt, daß nichts dergleichen geschehen ist — das ZK hat nichts korrigiert, aber Larin hat Verwirrung gestiftet. So geht es ständig.

Wir haben in vier Jahren nicht lernen können, den nützlichen Mitarbeiter Larin an eine wirklich nützliche Arbeit zu setzen und ihn von solcher Arbeit wegzunehmen, bei der er gegen seinen Willen Schaden bringt.

Es klingt geradezu widernatürlich: Diktatur des Proletariats, terroristische Macht, Sieg über alle Armeen der Welt, nur kein Sieg über die Armee eines Larin. Eine vollständige Niederlage! Er kümmert sich immer um das, worum er sich nicht kümmern sollte. Sein umfangreiches Wissen und seine Fähigkeit, die Menschen zu begeistern, könnten der jungen Generation, die im dunkeln tappt, wirklichen Nutzen bringen. Wir verstehen sein Wissen nicht auszunutzen, daher kommt es zu Reibungen und zu Widerstand; das Politbüro, das Orgbüro des ZK, die Plenartagungen des ZK, denen man vorwirft, sie besäßen übermäßig viel Macht, haben, wie sich zeigt, zuwenig Macht oder Autorität, um alle Genossen an den richtigen Platz zu stellen.

Darüber muß man nachdenken und dieses Problem ernsthaft erörtern.

Darin liegt der Schwerpunkt der Arbeit, das muß man korrigieren. Wenn wir das korrigieren, werden wir aus den Schwierigkeiten herauskommen. Wir werden das durch eine Korrektur erreichen, nicht aber dadurch, daß wir über die neuen Aufgaben des Agrarprogramms sprechen, wie das Ossinski und Larin getan haben. Ich habe darüber eine Beurteilung an das ZK geschrieben.[61] Jetzt werde ich nicht darüber sprechen – jedes Parteimitglied, das sich dafür interessiert, hat das Recht, sie im Sekretariat einzusehen und durchzulesen. Bitte schön! Wenn wir die Kräfte Larins und Ossinskis richtig einsetzen und ihren falschen Bestrebungen einen Riegel vorschieben, werden wir aus der Verwendung ihrer Kräfte gewaltigen Nutzen ziehen.

Ich schließe mit ein paar Worten über Schljapnikow. Ich wollte mehr über ihn sagen. Trotzki, der im Auftrag des ZK zusammen mit Sinowjew in der Komintern eine Antwort auf die Erklärung der 22[62] gab, hat dieses Thema zu 99 Prozent erschöpft.

Gen. Schljapnikow hat erstens so getan, als ob er nicht verstanden hätte, was ich über Maschinengewehre und Panikmacher sagte; er scherzte darüber, daß man über ihn so oft zu Gericht gesessen hätte. Genossen, ein Scherz ist gewiß eine gute Sache. Ohne Scherze kommt man natürlich in einer großen Versammlung nicht aus, denn die Leute sind ermüdet; man muß das menschlich verstehen. Aber es gibt Dinge, über die man nicht scherzen darf; es gibt solche Dinge wie die Einheit der Partei.

In einer Situation, wo wir von allen Seiten von Feinden umgeben sind, wo die internationale Bourgeoisie klug genug ist, Miljukow eine Linksschwenkung machen zu lassen, die Sozialrevolutionäre mit Geld für die Herausgabe beliebiger Zeitungen zu versehen, Vandervelde und Otto Bauer vorzuschieben, damit sie wegen des Gerichtsverfahrens gegen die Sozialrevolutionäre eine Kampagne organisieren und schreien, die Bolschewiki seien Bestien; wo diese Leute, die jahrhundertelang gelernt haben, Politik zu machen, über Milliarden von Goldrubeln, Francs usw. verfügen, wo wir all dies gegen uns haben – in einer solchen Situation zu scherzen, wie Gen. Schljapnikow scherzt, daß man „über mich im ZK zu Gericht gesessen hat" usw., das ist traurig, Genossen. Der Parteitag muß bestimmte Schlußfolgerungen ziehen. Wir halten im ZK nicht ohne Grund Gerichtssitzungen ab! Das Gericht über Schljapnikow hat stattgefunden, und es fehlten im ZK nur drei Stimmen, um ihn aus der Partei auszuschließen.[63] Die auf dem Parteitag versammelten Mitglieder der Partei

sollten sich dafür interessieren und das Protokoll dieser Sitzung des ZK einsehen. Darüber scherzt man nicht!

Sie haben das legitime Recht, sich an die Komintern zu wenden. Aber schon lange vorher war die große Mehrheit des ZK für den Ausschluß des Gen. Schljapnikow — nur die vorgeschriebenen zwei Drittel der Stimmen wurden nicht erreicht. Darüber darf man nicht scherzen! Sie sollten sich wirklich darüber informieren, daß Gen. Schljapnikow in der Fraktionssitzung der Teilnehmer am Verbandstag der Metallarbeiter direkt für die Spaltung agitiert hat.

Über die Rolle der Broschüre von Genossin Kollontai[64] hat Gen. Trotzki gesprochen.

Wenn wir mit solchen Dingen scherzen, dann kann keine Rede davon sein, daß wir die schwierige Lage, in der wir uns befinden, meistern werden. Dafür, daß wir sie meistern, habe ich drei Bedingungen genannt: erstens — wenn es keine Intervention geben wird, zweitens — wenn die Finanzkrise nicht zu schwer sein wird, drittens — daß wir keine politischen Fehler machen.

Einer der Redner hier sagte, ich hätte von politischen Komplikationen gesprochen. Nein, ich habe von politischen Fehlern gesprochen. Wenn wir keinen politischen Fehler machen, dann kann ich sagen, daß 99 Prozent der Partei mit uns gehen werden ebenso wie die parteilosen Arbeiter und Bauern, die begreifen werden, daß jetzt eine Zeit des Lernens ist.

Ich erinnere daran, daß Gen. Trotzki in seinem Artikel zum Jahrestag der Roten Armee schrieb: „Ein Jahr des Lernens." Sowohl für die Partei als auch für die Arbeiterklasse ist diese Losung gleichermaßen zutreffend. Wir haben während dieser Zeit viele heroische Menschen um uns geschart, die den Umschwung in der Weltgeschichte unbedingt gefestigt haben. Das ist keine Rechtfertigung dafür, daß wir die Aufgabe, vor der wir jetzt stehen — „ein Jahr des Lernens" — nicht verstanden haben.

Wir stehen jetzt viel stärker da, als wir vor einem Jahr dagestanden haben. Natürlich wird die Bourgeoisie auch jetzt versuchen, eine neue Intervention zu unternehmen, aber es wird ihr schwerer fallen als früher, heute ist das schwerer als gestern.

Um wirklich lernen zu können, dürfen wir keinen politischen Fehler zulassen. Wir dürfen nicht die Zeit damit vergeuden, mit der Einheit der Partei zu spielen, wie dies Gen. Schljapnikow tut. Damit darf man nicht

spielen! Wir wissen, daß wir durch den Kampf innerhalb der Partei nicht wenig verlieren. Genossen, diese Lehre dürfen wir nicht vergessen! Und hinsichtlich dieses Jahres kann das ZK mit vollem Recht sagen, daß die Partei zu diesem Parteitag weniger fraktionell gespalten und mehr geeint gekommen ist als im vergangenen Jahr. Ich möchte nicht prahlen, daß alles Fraktionelle aus unserer Partei verschwunden ist. Aber daß dieser Fraktionsgeist geringer geworden ist, das ist eine ganz unbestreitbare, bereits bewiesene Tatsache.

Sie wissen, daß die „Arbeiteropposition" nur noch ein Bruchstück der einstigen Gruppe ist. Vergleichen Sie die Unterschriften der Erklärung der 22 mit den Unterschriften der Plattform, die vor dem X. Parteitag erschienen war. Es sind nicht mehr alle Unterschriften. Den Leuten, die von ihrem legitimen Recht, sich an die Komintern zu wenden, Gebrauch gemacht haben, muß man sagen, daß es nicht legitim war, für Mjasnikow einzutreten. Die Geschichte mit Mjasnikow hat sich im Sommer des vergangenen Jahres zugetragen. Ich war damals nicht in Moskau und schrieb ihm einen langen Brief[65], den er in seiner Broschüre veröffentlichte. Ich sah, daß er ein fähiger Mensch ist, daß es sich lohnt, mit ihm zu sprechen, aber man muß diesem Menschen sagen, daß es unzulässig ist, wenn er mit einer solchen Kritik auftritt.

Er schreibt einen Brief: Nehmt in dem betreffenden Bezirk alle Unzufriedenen zusammen. Ja, es ist sehr leicht, in dem betreffenden Bezirk alle Unzufriedenen zusammenzunehmen. Das sind die Reden, die Schljapnikow hier gehalten hat und die Gen. Medwedew anderswo hält. (Zwischenruf Medwedews: „Wer informiert Sie?") Mich informieren die Instanzen, die vom Parteitag der KPR eingesetzt sind: das Orgbüro des ZK, das Sekretariat des ZK, die ZKK. Wenden Sie sich an diese Instanzen, wenn Sie wollen, und Sie werden sehen, was für Reden Gen. Medwedew hält. Wenn das nicht aufhört, dann werden wir die Einheit nicht bewahren, das aber ist wohl die größte Errungenschaft: unsere Fehler schonungslos aufdecken und über sie sprechen. Wenn wir das klar erkennen — und auf diesem Parteitag wird das erreicht —, dann besteht nicht der geringste Zweifel, daß wir sie zu überwinden vermögen. (Stürmischer Beifall.)

4

REDE BEI DER SCHLIESSUNG DES PARTEITAGS 2. APRIL

Genossen! Wir sind am Schluß der Arbeit unseres Parteitags angelangt.

Der erste Unterschied, der bei einem Vergleich dieses Parteitags mit dem vorigen ins Auge fällt, ist die größere Geschlossenheit, die größere Einmütigkeit, die größere organisatorische Einheit.

Nur ein kleiner Teil eines Teils der Opposition auf dem vorigen Parteitag hat sich außerhalb der Partei gestellt.

In der Frage der Gewerkschaften und in der Frage der Neuen Ökonomischen Politik haben sich in unserer Partei keine Meinungsverschiedenheiten gezeigt oder jedenfalls nicht in irgendwie bemerkbarem Ausmaß gezeigt.

Das Grundlegende und Hauptsächliche, was uns dieser Parteitag an „Neuem" gegeben hat, das ist der lebendige Beweis, daß unsere Feinde unrecht haben, die unermüdlich behaupteten und behaupten, unsere Partei werde altersschwach, verliere die Elastizität des Geistes und die Elastizität ihres ganzen Organismus.

Nein, diese Elastizität haben wir nicht verloren.

Als es nötig war — nach der gesamten objektiven Lage der Dinge sowohl in Rußland als auch in der ganzen Welt — vorzustoßen, den Feind mit grenzenloser Kühnheit, Schnelligkeit und Entschlossenheit anzugreifen, da griffen wir auch an. Und wenn es nötig sein sollte, werden wir dasselbe noch einmal und noch mehr als einmal zu tun wissen.

Wir haben damit unsere Revolution auf eine in der Welt noch nie gesehene Höhe gehoben. Keine Macht der Welt, wieviel Unheil, Elend und Qualen sie auch noch über Millionen und aber Millionen von Menschen bringen mag, wird die Haupterrungenschaften unserer Revolution

rückgängig machen können, denn das sind jetzt schon nicht mehr „unsere" sondern weltgeschichtliche Errungenschaften.

Und als sich zum Frühjahr 1921 herausstellte, daß unserem Vortrupp der Revolution die Gefahr drohte, sich von der Masse des Volkes, von der Masse der Bauernschaft, die er mit Geschick vorwärtsführen soll, zu lösen, da beschlossen wir einmütig und felsenfest, den Rückzug anzutreten. Und im abgelaufenen Jahr zogen wir uns, im großen und ganzen, in revolutionärer Ordnung zurück.

Die Revolutionen des Proletariats, die in allen fortgeschrittenen Ländern der Welt heranreifen, werden ihre Aufgabe nicht lösen können, wenn sie die Fähigkeit, hingebungsvoll zu kämpfen und anzugreifen, nicht mit der Fähigkeit vereinen, sich in revolutionärer Ordnung zurückzuziehen. Die Erfahrung der zweiten Etappe unseres Kampfes, d. h. die Erfahrung des Rückzugs, wird vermutlich in Zukunft den Arbeitern zumindest in einigen Ländern ebenfalls zugute kommen, wie unsere Erfahrung der ersten Etappe der Revolution, die Erfahrung des grenzenlos kühnen Angriffs, zweifellos den Arbeitern aller Länder zugute kommen wird.

Nunmehr haben wir beschlossen, den Rückzug für beendet zu erklären.

Das bedeutet, daß unsere ganze politische Aufgabe ein neues Gesicht annimmt.

Der Angelpunkt liegt jetzt darin, daß die Avantgarde nicht davor zurückscheut, an sich selbst zu arbeiten, sich selbst umzumodeln, ihre unzulängliche Vorbildung, ihr unzulängliches Können offen einzugestehen. Der Angelpunkt liegt darin, daß man sich jetzt in ungleich größerer und gewaltigerer Masse vorwärtsbewegt, nicht anders als gemeinsam mit der Bauernschaft, indem man ihr durch die Tat, durch die Praxis, durch die Erfahrung beweist, daß wir lernen und erlernen werden, wie man ihr helfen, wie man sie vorwärtsführen soll. Diese Aufgabe kann bei der gegebenen internationalen Lage, bei dem gegebenen Stand der Produktivkräfte Rußlands nur dann gelöst werden, wenn ihre Lösung sehr langsam, behutsam, sachkundig erfolgt und jeder unserer Schritte tausendfach praktisch überprüft wird.

Sollten sich in unserer Partei Stimmen gegen dieses äußerst langsame und äußerst behutsame Vorgehen erheben, so werden das vereinzelte Stimmen sein.

Die Partei hat als Ganzes begriffen, und sie wird das jetzt durch Taten

beweisen, daß es notwendig ist, ihre Arbeit im gegenwärtigen Augenblick gerade so und nur so einzurichten. Und da wir das begriffen haben, werden wir auch imstande sein, unser Ziel zu erreichen!

Ich erkläre den XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands für geschlossen.

ZUM RESOLUTIONSENTWURF DES XI. PARTEITAGS ÜBER DIE ARBEIT AUF DEM LANDE[66]

Brief an N. Ossinski

1. IV. 1922

Gen. Ossinski!

Ich habe mir das Gespräch, das wir über die Arbeit der landwirtschaftlichen Sektion des Parteitags hatten, durch den Kopf gehen lassen und bin zu dem Schluß gekommen, daß jetzt folgende Aufgabe am wichtigsten ist:

> sich nicht die Hände binden (weder der Partei noch der Sowjetmacht) durch irgendwelche Vorschriften, Direktiven oder Anordnungen, solange wir nicht genügend Tatsachen aus dem Wirtschaftsleben im Lande draußen gesammelt haben, solange wir nicht genügend die tatsächlichen Bedingungen und Bedürfnisse der heutigen bäuerlichen Wirtschaft untersucht haben;
>
> auf keinen Fall zulassen, was gegenwärtig äußerst gefährlich und schändlich wäre und worauf die örtlichen Organe leicht verfallen könnten, nämlich: eine unnütze und erfolglose, übereilte und durch die Praxis nicht überprüfte Reglementierung.

Der letzte Sowjetkongreß hat die Linie gegeben. Die Aufgabe des Parteitags besteht meiner Ansicht nach darin, in der landwirtschaftlichen Sektion ihre Anwendung vom Standpunkt der *örtlichen Praxis* und *Erfahrung* zu beraten; sowohl das Zentralkomitee der KPR als auch das Volkskommissariat für Landwirtschaft (die Sowjetmacht überhaupt) anzuweisen, die der Überprüfung dienenden Fakten sorgfältiger und vollständiger zu sammeln; der kommunistischen Fraktion der nächsten Tagung

des Gesamtrussischen ZEK die Anweisung oder, richtiger gesagt, die Direktive zu geben, bei der Detaillisierung des Beschlusses des Sowjetkongresses, d. h. bei der Umwandlung dieses Beschlusses in neue und mehr ins einzelne gehende Gesetze, so vorsichtig wie möglich zu sein, damit die erfolgreiche Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion nicht durch eine ungeschickte Einmischung erschwert wird.

Am meisten auf der Welt muß man sich meiner Meinung nach jetzt eben vor einer ungeschickten Einmischung hüten, solange wir die wirklichen Bedürfnisse des *örtlichen* landwirtschaftlichen Lebens und die wirklichen Fähigkeiten unseres örtlichen Machtapparats (die Fähigkeiten, nicht Böses zu tun in der redlichen Absicht, Gutes zu tun) nicht gründlich studiert haben.

Deshalb würde ich mir die erwünschte Resolution des Parteitags auf Grund der Arbeit der landwirtschaftlichen Sektion *ungefähr* in folgender Form vorstellen:

1. Der Parteitag nimmt die Mitteilung über die Arbeit der landwirtschaftlichen Sektion zur Kenntnis; er konstatiert die Unzulänglichkeit des gesammelten Materials über die Erfahrungen in der örtlichen Arbeit und stellt sowohl der Partei als auch den kommunistischen Fraktionen in allen Sowjetinstitutionen die vordringliche Aufgabe, die örtlichen praktischen Erfahrungen sorgfältig zu sammeln und höchst aufmerksam zu studieren.

2. Der Parteitag hält die Maßnahmen zur Auseinanderjagung (oder überstürzten Ummodelung?) von Einrichtungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften für falsch und empfiehlt, in dieser Hinsicht die größte Vorsicht walten zu lassen.

3. Was die Bedingungen für die Verwendung von Lohnarbeit in der Landwirtschaft und die Pacht von Grund und Boden betrifft, so empfiehlt der Parteitag allen auf diesem Gebiet tätigen Funktionären, weder das eine noch das andere durch überflüssige Formalitäten zu erschweren und sich darauf zu beschränken, den Beschluß des letzten Sowjetkongresses durchzuführen sowie zu untersuchen, durch welche praktischen Maßnahmen Extreme und schädliche Übertreibungen

in der erwähnten Hinsicht zweckmäßig eingeschränkt werden können.

4. Das vordringlichste und wichtigste Ziel der gesamten Parteiarbeit unter der Bauernschaft sieht der Parteitag in der praktischen Hilfe bei der sofortigen Erweiterung der Saatfläche, der Vergrößerung der Anbaufläche, der Vermehrung der landwirtschaftlichen Produkte und bei der Linderung der schweren Not der Bauernschaft; dabei ist die Hilfe für den ärmsten Teil der Bauernschaft mit allen Kräften und Mitteln zu unterstützen und zu fördern und durch beharrliche Arbeit die Ausarbeitung von Maßnahmen anzustreben, die sich hierfür sogar unter den gegenwärtigen schwierigen Bedingungen in der Praxis als geeignet erweisen.

Mit kommunistischem Gruß
Lenin

Zuerst veröffentlicht 1925. *Nach dem Manuskript.*

WIR HABEN ZU TEUER BEZAHLT[67]

Man stelle sich vor, daß ein Vertreter der Kommunisten in einen Raum eindringen muß, in dem die Beauftragten der Bourgeoisie vor einer ziemlich zahlreichen Versammlung von Arbeitern ihre Propaganda treiben. Man stelle sich ferner vor, daß die Bourgeoisie von uns für den Eintritt in diesen Raum eine hohe Bezahlung verlangt. Wenn die Bezahlung nicht vorher vereinbart war, so müssen wir selbstverständlich feilschen, um das Budget unserer Partei nicht zu stark zu belasten. Wenn wir für den Eintritt in diesen Raum zu teuer bezahlt haben, so haben wir zweifellos einen Fehler begangen. Aber lieber teuer bezahlen — wenigstens solange wir das Feilschen nicht gehörig gelernt haben —, als auf die Möglichkeit verzichten, unser Wort an Arbeiter zu richten, die bisher sozusagen unter der ausschließlichen „Botmäßigkeit" der Reformisten, d. h. der treuesten Freunde der Bourgeoisie, gestanden haben.

Dieser Vergleich fiel mir ein, als ich in der heutigen „Prawda" den telegrafischen Bericht aus Berlin über die Bedingungen las, unter denen zwischen den Vertretern der drei Internationalen eine Vereinbarung erzielt worden ist.

Unsere Vertreter haben nach meiner Überzeugung falsch gehandelt, als sie zu den folgenden zwei Bedingungen ihre Zustimmung gaben: erste Bedingung, daß die Sowjetmacht in der Strafsache gegen die 47 Sozialrevolutionäre nicht die Todesstrafe verhängen wird; zweite Bedingung, daß die Sowjetmacht den Vertretern aller drei Internationalen die Anwesenheit bei der Gerichtsverhandlung erlauben wird.

Diese beiden Bedingungen sind nichts anderes als ein politisches Zugeständnis, das das revolutionäre Proletariat der reaktionären Bourgeoisie

gemacht hat. Sollte irgend jemand an der Richtigkeit dieser Definition zweifeln, so braucht man einem solchen Menschen zur Aufdeckung seiner politischen Naivität nur die Frage zu stellen: Würde die englische oder eine andere zeitgenössische Regierung ihre Zustimmung dazu geben, daß Vertreter aller drei Internationalen beim Prozeß gegen die des Aufstands angeklagten irischen Arbeiter anwesend sind? Oder beim Prozeß gegen die wegen des kürzlichen Aufstands in Südafrika[68] angeklagten Arbeiter? Wäre die englische oder eine andere Regierung in diesen und ähnlichen Fällen bereit, das Versprechen zu geben, daß sie über ihre politischen Gegner nicht die Todesstrafe verhängt? Man braucht über diese Frage nur kurz nachzudenken, um die folgende einfache Wahrheit zu begreifen: Wir haben es in der ganzen Welt mit dem Kampf der reaktionären Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat zu tun. Im gegebenen Fall macht die Kommunistische Internationale, die in diesem Kampf die eine Seite vertritt, der anderen Seite, der reaktionären Bourgeoisie, ein politisches Zugeständnis. Denn alle Welt weiß (mit Ausnahme derer, die die offenkundige Wahrheit verhehlen wollen), daß die Sozialrevolutionäre auf die Kommunisten geschossen und Aufstände gegen sie angezettelt haben, wobei sie faktisch, und manchmal auch formell, mit der ganzen internationalen reaktionären Bourgeoisie in Einheitsfront vorgegangen sind.

Es fragt sich, was für ein Zugeständnis hat uns dafür die internationale Bourgeoisie gemacht? Darauf kann es nur eine einzige Antwort geben: Sie hat uns keinerlei Zugeständnis gemacht.

Nur Betrachtungen, die diese einfache und klare Wahrheit des Klassenkampfes verschleiern, nur Betrachtungen, die den Arbeitern und werktätigen Massen Sand in die Augen streuen, können diese offenkundige Wahrheit zu verschleiern suchen. Mit der in Berlin von den Vertretern der III. Internationale unterzeichneten Vereinbarung haben wir der internationalen Bourgeoisie bereits zwei politische Zugeständnisse gemacht. Von ihr haben wir dafür keinerlei Zugeständnis erhalten.

Die Vertreter der II. und der zweieinhalbten Internationale haben die Rolle von Erpressern eines politischen Zugeständnisses gespielt, das das Proletariat der Bourgeoisie gemacht hat, wobei sie sich entschieden weigerten, irgendein politisches Zugeständnis der internationalen Bourgeoisie zugunsten des revolutionären Proletariats durchzusetzen oder auch nur den

Versuch dazu zu machen. Natürlich wurde diese unbestreitbare politische Tatsache von den geschickten Vertretern der bürgerlichen Diplomatie verschleiert (die Bourgeoisie hat die Vertreter ihrer Klasse viele Jahrhunderte hindurch zu guten Diplomaten ausgebildet), aber der Versuch, diese Tatsache zu verschleiern, ändert nicht das geringste an der Tatsache selbst. Ob diese oder jene Vertreter der II. und der zweieinhalbten Internationale direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie in Verbindung gestanden haben, das ist im gegebenen Fall eine völlig untergeordnete Frage. Wir beschuldigen sie nicht der direkten Verbindung. Es tut ganz und gar nichts zur Sache, ob hier eine direkte oder eine ziemlich verworrene indirekte Verbindung bestanden hat. Zur Sache gehört nur, daß die Komintern unter dem Druck der Bevollmächtigten der II. und der zweieinhalbten Internationale der internationalen Bourgeoisie ein politisches Zugeständnis gemacht hat und daß wir im Austausch dafür keinerlei Zugeständnis erhalten haben.

Was für eine Schlußfolgerung ergibt sich daraus?

Vor allem die, daß Radek, Bucharin und die anderen Genossen, die die Kommunistische Internationale vertraten, falsch gehandelt haben.

Weiter. Folgt daraus, daß wir das von ihnen unterzeichnete Abkommen zerreißen sollen? Nein. Ich denke, daß eine derartige Schlußfolgerung unrichtig wäre und daß wir das unterzeichnete Abkommen nicht zu zerreißen brauchen. Wir haben bloß die Schlußfolgerung zu ziehen, daß sich die bürgerlichen Diplomaten diesmal geschickter gezeigt haben als die unseren und daß wir das nächste Mal — wenn die Bezahlung für den Einlaß in den Raum nicht im voraus vereinbart wird — geschickter feilschen und manövrieren müssen. Wir werden es uns zur Regel machen müssen, der internationalen Bourgeoisie keine politischen Zugeständnisse zu machen (so geschickt auch diese Zugeständnisse durch beliebige Vermittler verschleiert sein mögen), wenn wir dafür nicht mehr oder minder gleichwertige Zugeständnisse von der internationalen Bourgeoisie zugunsten Sowjetrußlands oder zugunsten anderer Kampftrupps des mit dem Kapitalismus ringenden internationalen Proletariats erhalten.

Es ist möglich, daß die italienischen Kommunisten und ein Teil der französischen Kommunisten und Syndikalisten, die gegen die Taktik der Einheitsfront waren, aus den oben angeführten Betrachtungen die Schlußfolgerung ziehen werden, daß die Einheitsfronttaktik verfehlt sei. Diese

Schlußfolgerung wäre offenkundig falsch. Wenn die Bevollmächtigten der Kommunisten für den Eintritt in einen Raum, in dem sie eine gewisse, wenn auch nicht große Möglichkeit haben, sich an die bisher unter ausschließlicher „Botmäßigkeit" der Reformisten stehenden Arbeiter zu wenden, zu teuer bezahlt haben, so muß man danach trachten, diesen Fehler beim nächsten Mal zu vermeiden. Doch wäre es ein unvergleichlich größerer Fehler, alle Bedingungen und jede Bezahlung für das Eindringen in diesen, ziemlich stark bewachten, verschlossenen Raum abzulehnen. Der Fehler Radeks, Bucharins und der anderen Genossen ist nicht groß; er ist dies um so weniger, als wir uns höchstens dem Risiko aussetzen, daß die Gegner Sowjetrußlands, durch das Ergebnis der Berliner Beratung angespornt, zwei oder drei vielleicht erfolgreiche Attentate auf einzelne Personen unternehmen werden. Denn sie wissen jetzt im voraus, daß sie auf Kommunisten schießen können und dabei Aussichten haben, daß eine Beratung wie die Berliner die Kommunisten hindern wird, auf sie zu schießen.

Auf jeden Fall haben wir jedoch in den verschlossenen Raum eine gewisse Bresche geschlagen. Auf jeden Fall ist es dem Gen. Radek gelungen, wenigstens vor einem Teil der Arbeiter die Tatsache zu enthüllen, daß sich die II. Internationale geweigert hat, die Losung der Annullierung des Versailler Vertrages unter die Demonstrationslosungen aufzunehmen. Der große Fehler der italienischen Kommunisten und eines Teils der französischen Kommunisten und Syndikalisten besteht darin, daß sie sich mit dem Wissen begnügen, das sie haben. Sie geben sich damit zufrieden, daß sie genau wissen, daß die Vertreter der II. und der zweieinhalbten Internationale, ebenso wie die Herren Paul Levi, Serrati usw. höchst geschickte Beauftragte der Bourgeoisie und Wegbereiter ihres Einflusses sind. Aber die Leute und die Arbeiter, die das wirklich mit Sicherheit wissen und die Bedeutung dieser Tatsache wirklich begreifen, sind in Italien wie in England, in Amerika wie in Frankreich zweifellos eine Minderheit. Die Kommunisten dürfen nicht im eigenen Saft schmoren, sondern müssen lernen, so zu handeln, daß sie, ohne vor gewissen Opfern haltzumachen, ohne die beim Beginn eines jeden neuen und schwierigen Werkes unvermeidlichen Fehler zu scheuen, in den verschlossenen Raum eindringen, in dem die Vertreter der Bourgeoisie auf die Arbeiter einwirken. Kommunisten, die das nicht verstehen wollen und das nicht lernen wollen, können nicht dar-

auf hoffen, unter der Arbeiterschaft die Mehrheit zu erlangen, jedenfalls aber erschweren und verzögern sie die Erlangung dieser Mehrheit. Das aber ist für Kommunisten und für alle wirklichen Anhänger der Arbeiterrevolution schon eine völlig unverzeihliche Sache.

Die Bourgeoisie hat sich in Person ihrer Diplomaten noch einmal geschickter gezeigt als die Vertreter der Kommunistischen Internationale. Das ist die Lehre der Berliner Beratung. Diese Lehre werden wir nicht vergessen. Wir werden aus dieser Lehre alle notwendigen Schlußfolgerungen ziehen. Die Vertreter der II. und der zweieinhalbten Internationale brauchen die Einheitsfront, denn sie hoffen, uns durch übermäßige Zugeständnisse von unserer Seite zu schwächen; sie hoffen, in unseren, den kommunistischen Raum ohne jede Bezahlung einzudringen; sie hoffen, die Arbeiter mittels der Einheitsfronttaktik von der Richtigkeit der reformistischen und von der Unrichtigkeit der revolutionären Taktik zu überzeugen. Wir brauchen die Einheitsfront, weil wir die Arbeiter vom Gegenteil zu überzeugen hoffen. Die Fehler unserer kommunistischen Vertreter aber werden wir ihnen selbst und denjenigen Parteien zur Last legen, die diese Fehler begehen, und wir werden bestrebt sein, am Beispiel dieser Fehler zu lernen und zu erreichen, daß sie sich in Zukunft nicht wiederholen. Keinesfalls jedoch werden wir Fehler unserer Kommunisten den Massen des Proletariats zur Last legen, das in der ganzen Welt dem Ansturm des angreifenden Kapitals gegenübersteht. Um diesen Massen im Kampf gegen das Kapital zu helfen, um ihnen zu helfen, die „knifflige Mechanik" der zwei Fronten in der ganzen internationalen Wirtschaft und in der ganzen internationalen Politik zu begreifen — um dessentwillen haben wir die Taktik der Einheitsfront aufgegriffen und werden sie zu Ende führen.

9. April 1922

„Prawda" Nr. 81,
11. April 1922.
Unterschrift: L e n i n.

Telefonisch diktiert.
Nach dem Text der „Prawda".

VERORDNUNG ÜBER DIE ARBEIT DER STELLVERTRETER (DER STELLVERTRETER DES VORSITZENDEN DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE UND DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG)[69]

I. DIE ALLGEMEINEN UND GRUNDLEGENDEN AUFGABEN DER STELLVERTRETER

1. Die Hauptarbeit der Stellvertreter, für die sie speziell verantwortlich sind und der alles übrige untergeordnet sein muß, besteht darin, die tatsächliche Durchführung der Dekrete, Gesetze und Verordnungen zu kontrollieren; die Stellenpläne der Sowjetinstitutionen zu kürzen; die Verbesserung und Vereinfachung der Arbeitsweise dieser Institutionen zu überwachen; Bürokratismus und Schlendrian zu bekämpfen.

Alles weitere läuft auf eine Detaillisierung dieser Hauptaufgabe oder auf einzelne Ergänzungen dazu hinaus.

Den Stellvertretern obliegt:

2. Darauf zu achten, daß Sowjetangelegenheiten in anderen Institutionen, und zwar sowohl in den Sowjet- als auch in den Parteiinstitutionen (Präsidium des Gesamtrussischen ZEK, Polit- und Orgbüro des Zentralkomitees der KPR — usw. ohne jede Ausnahme), nur mit Wissen und unter Teilnahme der Stellvertreter behandelt werden.

3. Den Rat der Volkskommissare und den Rat für Arbeit und Verteidigung maximal von kleinen Fragen zu entlasten, die teils (und vorwiegend) von den zuständigen Verwaltungsbehörden gelöst werden müssen, teils (nämlich in unaufschiebbaren und außerordentlich wichtigen Fällen) durch unmittelbare Verfügung der Stellvertreter zu lösen sind.

4. Sorgfältig darüber zu wachen, daß die disponierenden Sitzungen des

Rats für Arbeit und Verteidigung und insbesondere der *Kleine Rat der Volkskommissare*[70] ihre Arbeit nicht über das unbedingt Notwendige hinaus ausdehnen, ihre Tätigkeit und die ihnen obliegenden Aufgaben nicht komplizieren und keine bürokratische Aufblähung und Hypertrophie ihrer Funktionen zulassen, sondern von jedem Volkskommissar und von jeder einzelnen Institution größere Selbständigkeit in ihrer Arbeit und größere Verantwortlichkeit fordern.

5. Die Volkskommissare und die unabhängigen Institutionen zur selbständigen und verantwortlichen Leitung im Rahmen der ihnen zustehenden Rechte und der ihnen auferlegten Pflichten anzuhalten.

6. Darauf zu achten, daß die Verantwortlichkeit vor allem der Kollegiumsmitglieder und der wichtigsten Sowjetfunktionäre, aber auch aller anderen Mitarbeiter des Staatsapparats, ganz genau und individuell festgelegt wird, und einen erbarmungslosen Kampf zu führen gegen die herrschende Verschwommenheit und Unklarheit in der Frage, was jeder im einzelnen zu tun hat, und gegen die sich daraus ergebende völlige Verantwortungslosigkeit.

7. Eine bestimmte Anzahl nicht nur der höheren, sondern unbedingt auch der mittleren und unteren Sowjetfunktionäre persönlich kennenzulernen, indem man sie zu sich bestellt und nach Möglichkeit in einzelne Institutionen Moskaus und in die Provinz fährt, um die Menschen zu prüfen und auszuwählen sowie den Sowjetapparat tatsächlich zu verbessern.

8. Diejenigen Volkskommissariate, ihre Abteilungen und Institutionen, die eine gewisse Zeit lang außerordentlich vorrangige Bedeutung erlangen, sind in Kampfzustand zu versetzen und durch Arbeitskräfte, Mittel, persönliche Ratschläge der Stellvertreter u. ä. maximal zu unterstützen.

II. SPEZIELLE FRAGEN BETREFFEND DIE ARBEIT DER STELLVERTRETER

9. Ungefähr $^9/_{10}$ ihrer Arbeit müssen die Stellvertreter den Volkskommissariaten für Wirtschaft widmen, $^1/_{10}$ den übrigen.

10. Für die nächste Zeit sind Finanzfragen an die erste Stelle gerückt, ihnen müssen die Stellvertreter größte Aufmerksamkeit schenken.

11. Besonders dringlich ist die Einführung eines Prämiensystems, die Entlohnung der Sowjetangestellten nach der Höhe des Umsatzes und nach der Höhe des Gewinns im Volkskommissariat für Außenhandel, in den Genossenschaften und in den anderen Institutionen, die Handel treiben.

Es ist notwendig, eine systematische Erforschung und Vorbereitung von Maßnahmen vorzunehmen, um das Prämiensystem auf die gesamte Entlohnung aller Sowjetangestellten überhaupt auszudehnen.

12. Alle Vorarbeiten zur Schaffung eines besonderen Volkskommissariats für Binnenhandel oder zur Angliederung dieses Ressorts an das Volkskommissariat für Außenhandel oder an den Obersten Volkswirtschaftsrat sind einzustellen. Beim *Rat für Arbeit und Verteidigung* ist eine besondere *„Kommission für Binnenhandel"* mit einem minimalen Sekretariat und den Gouvernements-Wirtschaftsberatungen als einzigen örtlichen Organen zu gründen.

13. Äußerst wichtig ist es, die Arbeit der staatlichen Trusts zu verfolgen, um die leidlich funktionierenden von der Mehrzahl der schauderhaft funktionierenden zu trennen und die letzteren unnachgiebig zu schließen, die (tatsächliche) Rolle der Kommunisten in den Leitungen der staatlichen Trusts zu überprüfen und Personen zu bestimmen, die für die Leitung, und zwar eine erfolgreiche Leitung, wirklich verantwortlich sind.

14. Jeder Stellvertreter soll die Verantwortung für die Schaffung von ein oder zwei mustergültigen Abteilungen oder Institutionen in einem der Volkskommissariate übernehmen, um Normen für den Stellenplan zu erarbeiten, diese Normen zu überprüfen, die besten Arbeitsmethoden und Kontrollmaßnahmen festzulegen.

Die Arbeitsmethoden, die Verfahren zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Kontrollmaßnahmen, die in diesen wenigen, aber wirklich mustergültigen Institutionen erarbeitet werden, müssen dann allmählich in allen Sowjetinstitutionen eingeführt werden.

In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Frage und in Anbetracht des hartnäckigen Widerstands der Sowjetbürokratie, die sich an den bürokratischen Zopf klammert, ist ein zäher Kampf für die Schaffung einiger mustergültiger Institutionen notwendig, die als Vorbild und Maßstab für die übrigen dienen sollen. Im Einvernehmen mit den zuständigen Institutionen (ZK des Verbandes der Sowjetangestellten,

Gesamtrussischer Zentralrat der Gewerkschaften, Institut für Arbeit usw. usf.) und unter der Kontrolle der Stellvertreter soll die beste neueste Literatur, insbesondere die amerikanische und die deutsche, über Arbeits- und Verwaltungsorganisation übersetzt und herausgegeben werden.

15. Es muß darauf geachtet werden — wenn auch anfangs nur in ganz wenigen Institutionen —, daß die Kommunisten innerhalb der Sowjetinstitutionen neu verteilt werden, wobei danach zu streben ist, daß die Kommunisten ausschließlich solche Stellen einnehmen (sowohl an der obersten Spitze als auch auf der untersten Sprosse der hierarchischen Stufenleiter), wo es ihnen möglich ist, tatsächlich den Arbeitsablauf zu kontrollieren, tatsächlich gegen Bürokratismus und Schlendrian zu kämpfen, tatsächlich eine sofortige Verbesserung der Lage durchzusetzen und das Schicksal jener unglücklichen Bürger zu erleichtern, die gezwungen sind, unseren miserablen Sowjetapparat in Anspruch zu nehmen.

Auf die Kommunisten, die auf der hierarchischen Stufenleiter die unteren Stellen einnehmen, ist besonderes Augenmerk zu richten, denn sie sind in der Praxis oft wichtiger als die Obenstehenden.

16. Die Berichte der Gouvernements-Wirtschaftsberatungen müssen regelmäßig gelesen werden: erstens von den Mitgliedern der Staatlichen Plankommission und den Mitarbeitern der Statistischen Zentralverwaltung sowie der „Ekonomitscheskaja Shisn", und zwar so, daß jeder, der sie liest, ganz kurze Auswertungen für die Presse oder für seine Institution macht und für rechtzeitige Hinweise und Schlußfolgerungen, die notwendig sind, haftet; zweitens von einer Gruppe von (mindestens) einigen Dutzend Kommunisten, die möglichst nicht zu den Angestellten gehören sollen und imstande sind, die Berichte nicht vom behördlichen, sondern *nur* vom kommunistischen Standpunkt aus zu lesen.

Die von Gen. Miljutin geleitete Gruppe in Petrograd muß die Berichte der Gouvernements-Wirtschaftsberatungen so verteilen lassen, daß sie gelesen und in Zeitungen, Zeitschriften, zusammenfassenden Broschüren usw. ausgenutzt werden.

Es muß unbeirrt darum gekämpft werden, daß der Kreis der unbedingt zu druckenden Berichte aller möglichen Wirtschaftsinstitutionen (sowohl der Kreis-Wirtschaftsberatungen als auch der staatlichen Trusts, der „gemischten Gesellschaften" usw. usf.) allmählich erweitert wird, denn wenn nicht ein immer größerer Teil der Bevölkerung es lernt, in den Bibliothe-

ken derartige Berichte zu benutzen, kann von einer wirklichen Umwandlung eines halbasiatischen Landes in ein kulturell hochstehendes Land und in ein sozialistisches Land nicht die Rede sein.

17. Die „Ekonomitscheskaja Shisn" muß zu einem tatsächlichen Organ des *Rats für Arbeit und Verteidigung* werden, zu einem *Organ der wirtschaftlichen Leitung*. Beide Stellvertreter müssen die Zeitung regelmäßig lesen und erbarmungslos die bei allen Publizisten und Sowjetfunktionären herrschende Tendenz bekämpfen, diese Zeitung auf das Niveau eines gewöhnlichen „halb unabhängigen", bürgerlich-intelligenzlerischen Organs hinabzudrücken, das „Meinungen", Ansichten und Gezänk wiedergibt, ohne die Berichte zusammenzufassen, ohne ihr regelmäßiges Eintreffen zu kontrollieren, ohne die wirtschaftliche Arbeit der *einzelnen Institutionen* ernsthaft zu analysieren, ohne die tauglichen und die untauglichen Institutionen, *Personen*, Arbeitsmethoden usw. ernsthaft zu kritisieren.

Um die „Ekonomitscheskaja Shisn" zu einem tatsächlichen Organ der *wirtschaftlichen Leitung*, zu einem tatsächlichen Organ des sozialistischen Aufbaus zu machen, muß man einen jahrelangen Kampf führen, aber um so notwendiger ist es, ihn unbeirrt und systematisch zu führen.

18. Dasselbe gilt für die Statistische Zentralverwaltung. Sie darf kein „akademisches" und kein „unabhängiges" Organ sein, wie sie das jetzt nach altem bürgerlichem Brauch zu $^9/_{10}$ ist, sie muß vielmehr ein Organ des sozialistischen Aufbaus sein, der Prüfung, Kontrolle und Erfassung alles dessen, was ein sozialistischer Staat jetzt, sofort, in erster Linie wissen muß. Der Widerstand der alten Gewohnheiten wird auch hier unweigerlich sehr hartnäckig sein, aber um so hartnäckiger muß auch der Kampf sein. (Ich bitte die Stellvertreter, meinen Briefwechsel über dieses Thema mit dem Redakteur der „Ekonomitscheskaja Shisn" und mit der Statistischen Zentralverwaltung vom Sommer 1921 durchzusehen.*)

III. DIE ARBEITSWEISE DER STELLVERTRETER; IHR APPARAT

19. Die Stellvertreter machen sich so weit wie möglich frei von Kleinigkeiten und von überflüssigen Zusammenkünften mit den Volkskommis-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 16–18 und 10–15. *Die Red.*

saren und Kollegiumsmitgliedern, die ihnen gewöhnlich eine Masse Zeit rauben und ihnen dadurch die Möglichkeit nehmen, sich mit der Kontrolle der faktischen Arbeit zu befassen.

20. Die Stellvertreter machen sich so weit wie möglich frei von der Teilnahme an Kommissionen verschiedener Art.

21. Die Stellvertreter bemühen sich mit allen Mitteln um die Auflösung von bestehenden Kommissionen (die zu $^9/_{10}$ überflüssig sind und die Eigenschaft haben, sehr bald nach ihrer Auflösung in etwas anderem Gewande wieder aufzuerstehen) und wirken der Bildung neuer Kommissionen entgegen.

22. Wenn Kommissionsarbeit unumgänglich ist, vermeiden die Stellvertreter auf jede Weise, persönlich daran teilzunehmen, und beschränken sich nach Möglichkeit darauf, die Beschlüsse der Kommissionen endgültig zu bestätigen bzw. ihre Arbeit zu beschleunigen und ihre Beschlüsse ordnungsgemäß zur Bestätigung weiterzuleiten.

23. Zum Apparat der Stellvertreter gehören erstens die Leiter der Geschäftsstellen des *Rats der Volkskommissare* und des *Rats für Arbeit und Verteidigung*, ihre Mitarbeiter und Sekretäre. Über das unbedingt notwendige Mindestmaß hinaus — und zwar nur eines solchen, das die *persönliche* Aufsicht der Stellvertreter vollauf zuläßt (nicht zu groß) — darf dieser Apparat keinesfalls ausgedehnt werden. Zweitens erteilen die Stellvertreter einzelnen Mitgliedern des Kleinen Rats der Volkskommissare Sonderaufträge. Drittens hat der Hauptapparat der Stellvertreter das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion zu sein.

Die Stellvertreter suchen sich aus diesem Volkskommissariat persönlich Mitarbeiter und ausführende Personen aus, leiten sie an und kontrollieren ihre Arbeit, wobei sie sich insbesondere um eine verstärkte Beteiligung von parteilosen Arbeitern und Bauern an dieser Arbeit bemühen (das ist eine außerordentlich schwierige, aber zugleich eine solche Sache, ohne deren allmähliche Entwicklung die Sowjetmacht zum sicheren Untergang verurteilt wäre).

24. Die Stellvertreter müssen bestrebt sein, öfter als bisher für Bürokratismus, Schlendrian, Nachlässigkeit, Unpünktlichkeit usw. kraft ihrer persönlichen Machtbefugnisse administrative Strafen zu verhängen (der von Gen. Zjurupa hierzu vorbereitete Gesetzentwurf ist zu beschleuni-

gen). In schwerwiegenderen Fällen ist es notwendig, die Schuldigen ihres Amtes zu entheben, sie vor Gericht zu stellen und durch das Volkskommissariat für Justiz eindrucksvolle öffentliche Prozesse zu veranstalten.

IV. ÜBER DIE EINHELLIGKEIT IN DER ARBEIT DER BEIDEN STELLVERTRETER

25. Um völlige Einhelligkeit in der Arbeit der beiden Stellvertreter herbeizuführen, teilen sie einander in Kopien die wichtigsten Anordnungen mit und machen es sich zur Gewohnheit, die Anordnungen, Anweisungen u. ä., die sie mündlich bei persönlichen Besprechungen treffen, systematisch stenografisch aufnehmen zu lassen (natürlich in kürzester Form und nur das Wichtigste). Die Anzahl der Stenografinnen in der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare ist zu diesem Zweck so weit zu erhöhen, daß während der ganzen Arbeitszeit der Stellvertreter je zwei Stenografinnen Dienst tun. Notfalls soll man einige der besten Diktaphone im Ausland bestellen.

26. Dasselbe gilt für die wichtigsten Berichte, sowohl die schriftlichen als auch die mündlichen.

27. In notwendigen und wichtigen Fällen beraten die Stellvertreter miteinander, um eine einhellige Auffassung über die Aufgaben und das Vorgehen zu erzielen und um Überschneidungen und Widersprüche in der Arbeit nach Möglichkeit auszuschalten.

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Stellvertretern entscheidet der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare und in dessen Abwesenheit das Politbüro des ZK oder ein von ihm speziell benannter Genosse.

V. DIE ARBEITSTEILUNG ZWISCHEN DEN STELLVERTRETERN

28. Für die nächsten Monate, bis zu einer besonderen Verordnung, wird folgende Arbeitsteilung zwischen den Stellvertretern festgelegt.

29. Gen. Zjurupa führt den Vorsitz im Großen Rat der Volkskommissare (nach zwei Stunden wird der Vorsitz Gen. Rykow übergeben). Der

Stellvertreter, der nicht den Vorsitz führt, hat im Großen Rat der Volkskommissare und im Rat für Arbeit und Verteidigung (in der Plenarsitzung) unbedingt anwesend zu sein.

Gen. Zjurupa unterschreibt die zu veröffentlichenden Verordnungen des Großen Rats der Volkskommissare und die telegrafischen Verfügungen in seinem Namen, er überwacht ferner die Kommissionen des Großen und Kleinen Rats der Volkskommissare und die Arbeit des Kleinen Rats der Volkskommissare. Er führt auch die unmittelbare Aufsicht über die Geschäftsstelle und das Sekretariat des Großen Rats der Volkskommissare und ist zugleich verantwortlich dafür, daß dieser Apparat und der Apparat des *Rats für Arbeit und Verteidigung* eine absolute Einheit sind, daß es keinerlei Zwiespältigkeit, keinerlei Unstimmigkeit gibt.

30. Gen. Rykow führt den Vorsitz in den Plenarsitzungen des *Rats für Arbeit und Verteidigung*, unterschreibt dessen zu veröffentlichende Verordnungen und seine telegrafischen Verfügungen und beaufsichtigt unmittelbar die Geschäftsstelle und das Sekretariat des *Rats für Arbeit und Verteidigung* (unter der obengenannten Bedingung, daß dieser Apparat und der Apparat des Großen Rats der Volkskommissare ein unteilbares Ganzes bilden).

31. Was die Kontrolle der Durchführung, die Überwachung der Kürzung der Stellenpläne und der Verbesserung des Apparats sowie einzelne kleine laufende Fragen betrifft, die keine Entscheidung des Großen Rats der Volkskommissare und des *Rats für Arbeit und Verteidigung* erheischen, so werden die Volkskommissariate unter die beiden Stellvertreter wie folgt aufgeteilt:

dem Gen. Zjurupa unterstehen:

das Volkskommissariat für Landwirtschaft
das Volkskommissariat für Verkehrswesen
der Oberste Volkswirtschaftsrat
das Volkskommissariat für Post- und Fernmeldewesen
das Volkskommissariat für Justiz
das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten
das Volkskommissariat für Angelegenheiten der Nationalitäten
das Volkskommissariat für Bildungswesen

dem Gen. Rykow unterstehen:

das Volkskommissariat für Finanzen
das Volkskommissariat für Außenhandel
die Kommission für Binnenhandel
der Zentralverband der Konsumgenossenschaften
das Volkskommissariat für Arbeit (und teilweise der Gesamtrussische Zentralrat der Gewerkschaften)
das Volkskommissariat für soziale Fürsorge
das Volkskommissariat für Ernährungswesen
das Volkskommissariat für Heereswesen
das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten
das Volkskommissariat für Gesundheitswesen
die Statistische Zentralverwaltung
die Gebiets-Wirtschaftsberatungen
das Konzessionskomitee
die Staatliche Plankommission

11. IV. 1922

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Zuerst veröffentlicht 1928. *Nach dem Manuskript.*

BRIEF AN DAS POLITBÜRO

15. IV.

Soeben erhielt ich das Buch „Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen von 1910 bis 1914"[71].

Der Wälzer, der 733 Seiten umfaßt, ist mit so schamloser echt sowjetischer Schlampigkeit herausgegeben, daß man die Leute dafür ins Gefängnis sperren müßte. Kein Preis. Keine Unterschrift des oder der Verantwortlichen. Kein Register!! Eine einfache *Liste* von Namen, *liederlich* zusammengestellt. U s w.

Ich schlage vor:

1. Hanecki und Karachan zu verpflichten, binnen zwei Tagen alle für die Ausgabe verantwortlichen Personen festzustellen;
2. dieselben — den Verkauf des Buches aufzuhalten;
3. ein Blatt als Einlage mit einem Hinweis auf die Unzulänglichkeiten vorzubereiten;
4. ein vernünftiges Register vorzubereiten; mit einem Wort, bis Donnerstag dem ZK einen *kurzen* Bericht zu geben über alle Schlampereien, alle Mängel der Ausgabe und die Mittel und Wege, sie zu beseitigen.

Lenin

PS. Im — *nicht unterschriebenen!!* — „Vorwort" wird M. N. Pokrowski genannt, aber es ist klar, daß für die *Ausgabe*, für die *technische Seite* nicht er, der an der *Zusammenstellung* des Materials gearbeitet hat, verantwortlich ist.

Zum erstenmal veröffentlicht. *Nach dem Manuskript.*

VORWORT ZU DER BROSCHÜRE „ALTE ARTIKEL ÜBER ZEITNAHE THEMEN"

Vorwort zur Ausgabe von 1922[72]

Die Anregung zur Herausgabe der vorliegenden Broschüre stammt nicht von mir, sondern von den Moskauer Kommunisten. Ich war ursprünglich dagegen, das Alte neu herauszugeben, da ich dieses Alte für veraltet hielt.

Nachdem ich den von den Moskauer Genossen vorbereiteten Text der Broschüre durchgelesen hatte, überzeugte ich mich davon, daß in diesem Fall das Alte weniger veraltet ist, als zu erwarten war. Zum größten Teil ist das Alte in diesem Fall überhaupt nicht veraltet, obwohl seither vier Jahre ungewöhnlich stürmischer und rascher revolutionärer Entwicklung vergangen sind.

Im großen gesehen wiederholen sich gegenwärtig, im Frühjahr 1922, die grundlegenden Besonderheiten der Lage vom Frühjahr 1918. Damals gab es eine „Atempause" zwischen zwei Kriegen: zwischen dem imperialistischen Krieg, den wir im Februar 1918 beendeten (richtiger wäre es zu sagen: fast beendeten), und dem Bürgerkrieg, der durch den ersten Sieg über die Konterrevolutionäre vom Schlage eines Bogajewski nicht beendet war, sondern von den Tschechoslowaken, von Kornilow, Denikin und Co. erst noch vorbereitet wurde.

Jetzt bedeutet Genua wiederum eine „Atempause" in einem unvergleichlich größeren, weltweiten Maßstab, eine Atempause zwischen dem Krieg gegen Sowjetrußland, den die Bourgeoisie der ganzen Welt geführt und verloren hat, und einem neuen Krieg, den diese Bourgeoisie vorbereitet, den sie aber bis jetzt noch nicht ganz vorbereitet hat. (Ich schreibe diese Zeilen am 28. April 1922, da neueste Nachrichten von der drohenden Gefahr eines Bruchs berichten.)

Heute wie damals läuft die ganze Sowjetpolitik in ihrem „Kern" auf Organisation, auf Rechnungsführung und Kontrolle, auf langsames, vorsichtiges, sachliches Herangehen an die praktische Aufgabe, an die Überprüfung der tatsächlich geleisteten Arbeit, an das Studium unserer praktischen Erfahrungen hinaus. Darüber hatte ich vor wenigen Wochen auf dem XI. Parteitag der KPR zu sprechen. Diese „Linie" wurde vom Parteitag bezogen, wie aus seiner Resolution zum Bericht des ZK und aus anderen Resolutionen zu ersehen ist. Diese Linie versuchte ich in der Schlußrede auf dem XI. Parteitag zusammenzufassen.

Der Nachdruck der alten Broschüre von 1918 ist jetzt nicht ohne Nutzen, denn die damaligen Streitigkeiten tragen dazu bei, vieles hinsichtlich der gegenwärtigen Aufgaben unserer Partei zu klären. Solche Reden wie die Reden der Genossen Preobrashenski, Ossinski und Larin auf dem XI. Parteitag, in der Diskussion zum Bericht des ZK, haben anschaulich gezeigt, daß die Aufmerksamkeit sehr vieler und sehr angesehener führender Funktionäre der Partei nicht auf das gerichtet ist, worauf sie gerichtet sein sollte. Der „Kern" der Aufgaben unserer Politik ist in diesen Reden nicht richtig bestimmt. Ich hoffe, in nicht zu ferner Zukunft werde ich mich mit den Lesern ausführlicher darüber aussprechen können. Einstweilen aber muß ich mich auf die Bemerkung beschränken, daß es sich in der neuaufgelegten Broschüre gerade darum handelt, zu klären, warum damals *(wie auch heute)* die Aufgabe in den Vordergrund getreten ist: „arbeiten lernen", die Menschen richtiger verteilen, die persönliche Verantwortlichkeit eines jeden für eine genau bestimmte Arbeit durchsetzen, die praktischen Arbeitserfahrungen aufmerksamer studieren und kontrollieren, nicht aber „neuen" Plänen nachjagen für neue Institutionen oder strukturellen Neuaufbau, Reorganisation u. dgl. m.

Zum Schluß noch eine unbedingt notwendige Bemerkung. Aus der vorliegenden Broschüre habe ich mein Schlußwort im Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee vom Frühjahr 1918[73] herausgenommen. Diese Rede ist so aufgezeichnet, daß sie zu nichts taugt. Ich muß aus diesem Anlaß wiederholen, was ich einmal, 1919 oder 1920, in einem Brief an die Petrograder Genossen gesagt habe, in einem Brief gesagt habe, der zur Veröffentlichung bestimmt war, der von ihnen aber leider nicht veröffentlicht worden ist.* Und zwar: Ich hafte nicht für den Wortlaut meiner

* Siehe den vorliegenden Band, S. 104–106. *Die Red.*

Reden, wie sie gewöhnlich in den Zeitungen wiedergegeben werden, und bitte dringend, diese Reden nicht nachzudrucken, wenigstens nicht ohne zwingende und besondere Notwendigkeit, und keinesfalls ohne Bezugnahme auf diese meine exakte Erklärung. Sei es nun, daß ich oft zu schnell spreche, sei es, daß ich oft stilistisch sehr inkorrekt spreche, sei es, daß die Reden bei uns gewöhnlich flüchtig und sehr unbefriedigend aufgezeichnet werden, ob aus diesen Gründen und noch irgendwelchen anderen oder allen zusammengenommen — fest steht jedenfalls, daß ich für den Wortlaut meiner aufgezeichneten Reden die Verantwortung nicht übernehme und bitte, sie nicht nachzudrucken. Sollen diejenigen die Verantwortung tragen, die die Rede aufzeichnen. Für den Nachdruck aber, wenn ein Bedürfnis dafür vorhanden ist, genügen vollauf die Broschüren und Artikel, für deren Text ich unbedingt und restlos einstehe.

28. IV. 1922 *N. Lenin*

Veröffentlicht 1922 in der Broschüre: N. Lenin (W. I. Uljanow), „Alte Artikel über zeitnahe Themen", Moskau.

Nach dem Manuskript.

TELEGRAMM AN DIE ARBEITER UND INGENIEURE DES ERDÖLTRUSTS VON ASERBAIDSHAN

Baku

In der Nacht vom 9. zum 10. April versuchten Feinde der Arbeiterklasse, durch eine Reihe von Brandstiftungen die Surachany-Erdölfelder von Baku zu zerstören. Nachdem ich erfahren habe, welch ungewöhnlichen Heldenmut und welche Selbstaufopferung die Arbeiter und Ingenieure der Erdölfelder an den Tag legten, die das Feuer unter größter Lebensgefahr lokalisierten, halte ich es für meine Pflicht, den Arbeitern und Ingenieuren der Surachany-Erdölfelder im Namen Sowjetrußlands den Dank auszusprechen. Beispiele solchen Heldenmuts zeigen am besten, daß die Sowjetrepublik trotz aller Schwierigkeiten, trotz der unaufhörlichen Verschwörungen der sozialrevolutionären und weißgardistischen Feinde der Arbeiterrepublik aus allen diesen Schwierigkeiten als Sieger hervorgehen wird.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Geschrieben am 28. April 1922.
Zuerst veröffentlicht 1942.

Nach dem von W. I. Lenin unterzeichneten Original.

ZUM ZEHNJÄHRIGEN JUBILÄUM DER „PRAWDA"

Zehn Jahre sind vergangen seit der Gründung der legalen „Prawda", der — nach den *zaristischen* Gesetzen — legalen bolschewistischen Tageszeitung. Und vor diesem Jahrzehnt liegt ungefähr noch ein Jahrzehnt: neun Jahre (1903—1912), von der Entstehung des Bolschewismus an gerechnet, und wenn man von der Gründung der ihrer Richtung nach völlig „bolschewistischen" alten „Iskra" (1900) an rechnet, dreizehn Jahre (1900—1912).

Zehnjähriges Jubiläum einer in Rußland erscheinenden bolschewistischen Tageszeitung ... Erst zehn Jahre sind seitdem vergangen! Dem Inhalt des Kampfes und der Bewegung nach aber kommt diese Zeit hundert Jahren gleich. Das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten fünf Jahren ist geradezu übernatürlich, wenn man mit dem alten Maß mißt, dem Maß der europäischen Philister vom Schlage der Helden der II. und der zweieinhalbten Internationale, dieser zivilisierten Philister, die gewöhnt sind, es für „natürlich" zu halten, daß Hunderte Millionen Menschen (über eine Milliarde, um genau zu sein) in den Kolonien, in den halbabhängigen und in den ganz armen Ländern dulden, daß man mit ihnen wie mit den Indern oder mit den Chinesen verfährt, daß sie unerhörte Ausbeutung und direkte Ausplünderung, Hunger und Gewalt und Hohn dulden, alles deshalb, damit die „Zivilisierten" „frei", „demokratisch" und „parlamentarisch" die Frage entscheiden können, ob die Beute friedlich geteilt werden soll oder ob man zehn, zwanzig Millionen niedermetzeln soll, um die imperialistische Beute aufzuteilen — gestern zwischen Deutschland und England, morgen zwischen Japan und Amerika (bei einer so oder anders gearteten Beteiligung Frankreichs und Englands).

Die Hauptursache für diese enorme Beschleunigung der internationalen Entwicklung liegt darin, daß neue Hunderte und aber Hunderte Millionen Menschen in diese Entwicklung einbezogen wurden. Das alte bürgerliche und imperialistische Europa, das daran gewöhnt ist, sich für den Nabel der

Welt zu halten, ist verfault und im ersten imperialistischen Gemetzel wie ein stinkendes Geschwür geplatzt. Wie sehr auch die Spengler und alle gebildeten Spießer, die imstande sind, über ihn in Begeisterung zu geraten (oder sich wenigstens mit ihm zu beschäftigen), aus diesem Grunde auch jammern mögen, so ist dieser Niedergang des alten Europas doch nur eine Episode in der Geschichte des Untergangs der Weltbourgeoisie, die sich bei der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung der Mehrheit der Erdbevölkerung überfressen hat.

Diese Mehrheit ist jetzt erwacht und in eine solche Bewegung geraten, daß auch die stärksten und „gewaltigsten" Mächte nicht imstande sind, sie aufzuhalten. Wie könnten sie auch! Die gegenwärtigen „Sieger" des ersten imperialistischen Gemetzels sind nicht einmal imstande, das kleine, winzig kleine Irland zu besiegen, sind nicht einmal imstande, den Wirrwarr, der unter ihnen selbst in Finanz- und Währungsfragen entstanden ist, zu überwinden. Und in Indien und China brodelt es. Das sind mehr als 700 Millionen Menschen. Das ist, wenn wir die an sie grenzenden und ihnen ganz ähnlichen asiatischen Länder hinzuzählen, die größere Hälfte der Erdbevölkerung. Dort rückt, unaufhaltsam und immer rascher, das Jahr 1905 heran — mit dem wesentlichen und riesengroßen Unterschied, daß 1905 die Revolution in Rußland (wenigstens anfangs) noch isoliert verlaufen konnte, d. h. ohne sofort andere Länder in die Revolution hineinzuziehen. Die in Indien und China heranreifende Revolution aber wird und ist schon jetzt in den revolutionären Kampf, in die revolutionäre Bewegung, in die internationale Revolution hineingezogen.

Das zehnjährige Jubiläum der legalen bolschewistischen Tageszeitung „Prawda" führt uns anschaulich einen Markstein in der enormen Beschleunigung der großen Weltrevolution vor Augen. In den Jahren 1906/1907 hatte der Zarismus die Revolution, wie es schien, aufs Haupt geschlagen. Der bolschewistischen Partei gelang es wenige Jahre später — *in anderer Form, auf eine andere Weise* —, in die Zitadelle des Feindes vorzudringen und mit der täglichen, „legalen" Arbeit der Unterminierung der verfluchten zaristischen und gutsherrlichen Selbstherrschaft von innen her zu beginnen. Es vergingen noch einige Jahre, und die vom Bolschewismus organisierte proletarische Revolution siegte.

Als die alte „Iskra" im Jahre 1900 gegründet wurde, war daran knapp ein Dutzend Revolutionäre beteiligt. Als der Bolschewismus entstand,

waren daran, auf dem illegalen Parteitag in Brüssel und London 1903, ungefähr vierzig Revolutionäre beteiligt.

In den Jahren 1912/1913, als die legale bolschewistische „Prawda" entstand, hatte sie Zehntausende und Hunderttausende Arbeiter hinter sich, die mit ihren Kopeke für Kopeke gesammelten Beiträgen sowohl den Terror des Zarismus als auch die Konkurrenz der kleinbürgerlichen Verräter am Sozialismus, der Menschewiki, überwanden.

Im November 1917 stimmten bei den Wahlen zur Konstituante von 36 Millionen 9 Millionen für die Bolschewiki. In Wirklichkeit aber, nicht bei der Abstimmung, sondern im Kampf, war Ende Oktober und im November 1917 die *Mehrheit* des Proletariats und der politisch bewußten Bauernschaft für die Bolschewiki — in Gestalt der Mehrheit der Delegierten des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses, in Gestalt der Mehrheit des aktivsten und bewußtesten Teils des werktätigen Volkes, nämlich der damaligen Zwölfmillionenarmee.

Diese Zahlen illustrieren ein klein wenig die „Beschleunigung" der internationalen revolutionären Bewegung während der letzten zwanzig Jahre. Es ist eine sehr kleine, sehr unvollständige Illustration, in der in groben Umrissen die Geschichte lediglich eines Hundertfünfzigmillionenvolkes dargestellt ist, während in diesen zwanzig Jahren die Revolution in Ländern mit einer Bevölkerung bis zu einer Milliarde und mehr (ganz Asien, und auch Südafrika nicht zu vergessen, das unlängst seinen Anspruch, *Mensch* und nicht Sklave zu sein, geltend machte, und zwar auf nicht ganz „parlamentarische" Art) begann und zu einer unbesiegbaren Kraft wurde.

Und wenn irgendwelche, man entschuldige den Ausdruck, „Spenglerjünger" daraus schließen sollten (bei den „superklugen" Führern der II. und der zweieinhalbten Internationale muß man auf jede Dummheit gefaßt sein), bei dieser Rechnung sei das Proletariat Europas und Amerikas in die revolutionären Kräfte nicht einbezogen, so geben wir zur Antwort: Die eben erwähnten „superklugen" Führer argumentieren immer so, als ob sich aus dem Umstand, daß neun Monate nach der Empfängnis die Geburt des Kindes zu erwarten ist, die Möglichkeit ergäbe, sowohl Stunde und Minute der Geburt als auch die Lage des Kindes bei der Geburt sowie den Zustand der Gebärenden während der Geburt und den genauen Grad der Schmerzen und Gefahren, die Kind und Mutter durchzumachen

haben, zu bestimmen. „Superkluge" Leute! Sie können durchaus nicht begreifen, daß vom Standpunkt der Entwicklung der internationalen Revolution der Übergang vom Chartismus zu den vor der Bourgeoisie liebedienernden Henderson oder von Varlin zu Renaudel oder von Wilhelm Liebknecht und Bebel zu Südekum, Scheidemann und Noske nichts anderes ist als der „Übergang" eines Autos *von* einer glatten und ebenen, Hunderte Kilometer langen Chaussee *in* eine kleine schmutzige, stinkende Pfütze auf derselben Chaussee, in eine kleine, wenige Meter lange Pfütze.

Die Menschen machen ihre Geschichte selbst. Die Chartisten, die Varlin und Liebknecht machen sie jedoch mit ihrem Hirn und ihrem Herzen. Die Führer der II. und der zweieinhalbten Internationale dagegen „machen" sie mit ganz andern Körperteilen: sie düngen den Boden für neue Chartisten, für neue Varlins und neue Liebknechts.

In der gegenwärtigen *äußerst schwierigen* Situation wäre Selbstbetrug für die Revolutionäre von größtem Schaden. Obwohl der Bolschewismus zu einer internationalen Kraft *geworden ist*, obwohl es in *allen* zivilisierten und fortgeschrittenen Ländern schon wieder neue Chartisten, neue Varlins, neue Liebknechts gibt, die sich als legale (so legal, wie es vor zehn Jahren unter dem Zarismus unsere „Prawda" war) kommunistische Parteien entwickeln, so bleibt dennoch die internationale Bourgeoisie vorläufig immer noch unvergleichlich stärker als ihr Klassengegner. Diese Bourgeoisie, die ihr möglichstes getan hat, um die Geburt zu erschweren, um die Gefahren und Qualen der Geburt der proletarischen Macht in Rußland zu verzehnfachen, ist noch in der Lage, Millionen und aber Millionen Menschen durch weißgardistische und imperialistische Kriege usw. zu Qualen und Tod zu verdammen. Das dürfen wir nicht vergessen. Mit dieser Besonderheit der gegenwärtigen Sachlage müssen wir unsere Taktik geschickt in Einklang bringen. Quälen, foltern und morden kann die Bourgeoisie einstweilen noch ungehindert. Aber den unvermeidlichen und — unter dem welthistorischen Gesichtspunkt betrachtet — gar nicht fernen endgültigen Sieg des revolutionären Proletariats kann sie nicht aufhalten.

2. V. 1922

„Prawda" Nr. 98, 5. Mai 1922.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda".

BRIEF
FÜR DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS

Antwort auf die Bemerkungen betreffend die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare)

Ich bitte um Entschuldigung wegen der Verspätung meiner Antwort, die durch die Scherereien mit der Entfernung der Kugel verursacht ist.[74]

Die Bemerkungen des Gen. Rykow sind „kritisch", aber nicht konkret, und bedürfen keiner Antwort.

Die Bemerkung des Gen. Tomski über das Prinzip der Prämierung halte ich für falsch. Das Fiasko des gewerkschaftlichen Prämiensystems, das nach den Worten des Gen. Tomski in eine „Ausplünderung des Staates" ausgeartet ist, muß uns veranlassen, beharrlicher an der Untersuchung und Verbesserung der Methoden für die Anwendung des Prämiensystems zu arbeiten, und darf keineswegs dazu führen, daß wir uns davon lossagen.

Die Bemerkungen des Gen. Trotzki sind zum Teil auch nicht konkret (z. B. die „Befürchtungen" in Punkt 4) und bedürfen keiner Antwort; zum Teil tauchen darin unsere alten Meinungsverschiedenheiten mit Gen. Trotzki wieder auf, die des öfteren im Politbüro beobachtet werden konnten. Darauf werde ich kurz antworten, und zwar zu den zwei Hauptpunkten: a) die Arbeiter- und Bauerninspektion und b) die Staatliche Plankommission.

a) Hinsichtlich der Arbeiter- und Bauerninspektion hat Gen. Trotzki zutiefst unrecht. Bei unserem schrecklichen „Ressortgeist", der sogar unter den besten Kommunisten gang und gäbe ist, bei dem niedrigen Niveau der Angestellten, bei dem innerbehördlichen Intrigantentum (das schlimmer ist als jedes Intrigantentum innerhalb der Arbeiter- und Bauerninspektion) kann man jetzt ohne die Arbeiter- und Bauerninspektion nicht auskommen. An ihr kann und muß man systematisch und beharrlich arbeiten, um

sie zu einem Apparat der Kontrolle und Verbesserung der gesamten staatlichen Arbeit zu machen. Ein anderes praktisches Mittel der Kontrolle, Verbesserung und Anleitung zur Arbeit gibt es nicht. Wenn es gegenwärtig in der Arbeiter- und Bauerninspektion einen Apparat von ungefähr 12000 Menschen gibt, einen schlechten und schlecht bezahlten Apparat, so muß man ihn einschränken und verbessern; beispielsweise bei der Hälfte der bisherigen Gehaltssumme $^1/_6$ lassen, d. h. das Gehalt verdreifachen; zuerst Dutzende, dann Hunderte der besten, unbedingt ehrlichen und fähigen Mitarbeiter auswählen, die es auch jetzt gibt, die aber nicht registriert, nicht erfaßt, nicht gruppiert, nicht organisiert sind. Das kann und muß man tun. Sonst ist es unmöglich, gegen Ressortgeist und Bürokratismus zu kämpfen. Sonst kann man den parteilosen Arbeitern und Bauern das Regieren nicht beibringen; von dieser Aufgabe darf man sich jetzt aber weder prinzipiell noch praktisch lossagen.

b) Hinsichtlich der Staatlichen Plankommission hat Gen. Trotzki nicht nur zutiefst unrecht, er ist auch erstaunlich schlecht über das unterrichtet, worüber er urteilt. Die Staatliche Plankommission leidet keineswegs an Akademismus, ganz im Gegenteil, sie leidet an Überlastung mit einem Wust von kleinlichem, alltäglichem „Krimskrams". Gen. Krshishanowski gibt aus Weichherzigkeit zu sehr den Bitten derer nach, die ihm zusetzen, sofort zu „helfen".

Obzwar ich die wirklichen Mängel der Staatlichen Plankommission gut kenne, habe ich, um die Mitglieder des Politbüros an Hand von Material zu informieren, das auf objektiven Tatsachen und nicht auf Phantasien fußt, Gen. Krshishanowski gefragt, ob seine Arbeit an „Abstraktheit" leide und welche genauen Angaben es darüber gebe. Gen. Krshishanowski schickte mir eine Liste von Fragen, mit denen sich das Präsidium der Staatlichen Plankommission während zwei Monaten — Februar und März 1922 — zu befassen hatte. Ergebnis: aa) Planfragen — 17%; bb) wichtige Wirtschaftsfragen — 37%; cc) „Krimskrams" — 46%. Diese Materialien kann ich jedem Mitglied des Politbüros zur Durchsicht schicken.

Das zweite Schreiben des Gen. Trotzki, datiert vom 23. IV. 1922 und adressiert an die Stellvertreter, mit einer Kopie für das Sekretariat des Politbüros (die Kopie für mich ist wohl zufällig vergessen worden), enthält erstens eine außerordentlich erregte, aber grundfalsche „Kritik" am Beschluß des Politbüros über die Schaffung des Finanzdreigespanns

(Sokolnikow und die beiden Stellvertreter), das als Hemmschuh zwischen dem Kleinen und dem Großen Rat der Volkskommissare bezeichnet wird. Daß eine solche Kritik den Stellvertretern zugeleitet wird, entspricht weder einer planmäßigen noch überhaupt irgendeiner organisierten staatlichen Arbeit.

Zweitens enthält dieses Schreiben die schon erwähnten grundfalschen und der Wahrheit diametral entgegengesetzten Beschuldigungen der Staatlichen Plankommission wegen Akademismus, Beschuldigungen, die in der folgenden, von geradezu unglaublicher Uninformiertheit zeugenden Erklärung des Gen. Trotzki gipfeln: „Außer einer Festlegung des Umfangs der Emission", schreibt er, „und außer einer Verteilung der Geldmittel unter die Behörden gibt es zur Zeit keinerlei Wirtschaftsplan und kann es auch keinen geben. Dabei hat, *soweit ich urteilen kann*, die Staatliche Plankommission zu diesen Grundfragen *keinerlei Beziehung*."

Die hervorgehobenen Worte veranlassen mich, nur die Frage zu stellen: Wozu denn ohne Information „urteilen"? Jedes Mitglied des ZK und jedes Mitglied des *Rats für Arbeit und Verteidigung* kann sich leicht informieren. Sich informieren würde bedeuten zu erfahren, daß es in der Staatlichen Plankommission eine Sektion Finanzwirtschaft gibt, die eben an den genannten Fragen arbeitet. Natürlich gibt es in dieser Arbeit Mängel, aber man soll sie nicht in der Richtung des Akademismus suchen, sondern genau in der entgegengesetzten Richtung.

5. V. *Lenin*

Zuerst teilweise veröffentlicht 1928. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIV-KOMITEES ZUM BERICHT DER DELEGATION AUF DER GENUAKONFERENZ

Es ist der Entwurf einer Resolution des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zum Bericht Joffes in ungefähr folgender Weise auszuarbeiten:

1. Die Delegation des Gesamtrussischen ZEK hat ihre Aufgaben richtig erfüllt, indem sie die volle Souveränität der RSFSR verteidigte, die Versuche einer Unterjochung und einer Wiederherstellung des Privateigentums bekämpfte und einen Vertrag mit Deutschland schloß.

2. Die internationale politische und wirtschaftliche Lage weist folgende charakteristische Züge auf:

— politisch: kein Frieden und Gefahr neuer imperialistischer Kriege [Irland; Indien; China u. a.; Zuspitzung der Beziehungen zwischen England und Frankreich, zwischen Japan und den Vereinigten Staaten *u s w. u s f.* ((ausführlicher))]

3. — wirtschaftlich: die „Sieger"länder, diese Weltmächte, die sich durch den Krieg (= Raub) bereichert haben, können $3^1/_2$ Jahre nach Kriegsende nicht einmal ihre früheren kapitalistischen Beziehungen wiederherstellen [Währungschaos; Nichteinhaltung und Nichteinhaltbarkeit des Versailler Vertrags; keine Bezahlung der Schulden an die Vereinigten Staaten *u s w. u s f. — (a u s f ü b r l i c h e r)*].

4. Daher muß Punkt 1 der Beschlüsse von Cannes die *Gleichberechtigung* der beiden *Eigentumssysteme* (des kapitalistischen oder privaten Eigentums und des kommunistischen, das *vorläufig* nur in der RSFSR gültig ist) anerkennen und somit, wenn auch nur indirekt, den Zusammenbruch, den Bankrott des ersten Eigentumssystems und die Unvermeidlich-

keit eines *Übereinkommens* mit dem zweiten als einem gleichberechtigten Partner zugeben.

5. Die anderen Punkte der Bedingungen von Cannes wie auch die Memoranden u. a. der Großmächte in Genua widersprechen dem und verdammen sich damit selbst zur Leblosigkeit.

6. Eine wirkliche Gleichberechtigung der beiden Eigentumssysteme, *wenigstens als vorläufiger Zustand, solange nicht die ganze Welt* vom Privateigentum und dem *ökonomischen Chaos* und den Kriegen, die es erzeugt, zur höheren Form des Eigentums *übergegangen ist*, findet sich nur im Vertrag von Rapallo[75]. Deshalb

begrüßt das Gesamtrussische ZEK den Rapallovertrag als den einzigen richtigen Ausweg aus den Schwierigkeiten, dem Chaos und der Kriegsgefahr (solange zwei Eigentumssysteme, darunter ein so veraltetes wie das kapitalistische Eigentum, bestehen);

erkennt es als normal für die Beziehungen der RSFSR zu kapitalistischen Staaten *nur* einen solchen Typus von Verträgen an;

— beauftragt es den Rat der Volkskommissare und das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, die Politik in diesem Geiste durchzuführen;

— beauftragt es das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK, dies durch ein Abkommen mit allen Republiken zu bestätigen, die mit der RSFSR eine Föderation bilden;

— weist es das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und den Rat der Volkskommissare an, nur in äußersten Fällen, die den werktätigen Massen der RSFSR ganz besondere Vorteile bringen u. dgl. m., davon eine Ausnahme zu machen, d. h. vom Typus des Rapallovertrags abzugehen.

Geschrieben am 15. oder 16. Mai 1922. *Nach dem Manuskript.*
Zum erstenmal veröffentlicht.

BRIEF AN D. I. KURSKI

17. V. 1922

Gen. Kurski! Als Ergänzung zu unserem Gespräch schicke ich Ihnen den Entwurf eines zusätzlichen Paragraphen zum Strafgesetzbuch.[76] Das ist ein Rohentwurf, der natürlich noch gründlich ausgearbeitet und überarbeitet werden muß. Der Grundgedanke ist hoffentlich trotz aller Mängel des Rohentwurfs klar: offen eine prinzipielle und politisch wahrheitsgetreue (nicht nur eine eng juristische) These aufstellen, die das *Wesen* und die *Rechtfertigung* des Terrors, seine Notwendigkeit und seine Grenzen motiviert.

Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen — das zu versprechen wäre Selbstbetrug oder Betrug —, sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern. Die Formulierung muß so weitgefaßt wie möglich sein, denn nur das revolutionäre Rechtsbewußtsein und das revolutionäre Gewissen legen die Bedingungen fest für die mehr oder minder breite Anwendung in der Praxis.

Mit kommunistischem Gruß
Lenin

Variante 1:

Die Propaganda oder Agitation oder die Beteiligung an einer Organisation oder die Förderung von Organisationen, die (Propaganda und Agitation) darauf hinwirken, den Teil der internationalen Bourgeoisie zu unterstützen, der die Gleichberechtigung des den Kapitalismus ablösenden kommunistischen Eigentumssystems nicht anerkennt und, sei es durch Intervention oder Blockade oder Spionage oder Finanzierung der Presse und ähnliche Mittel, seinen gewaltsamen Sturz anstrebt,

wird mit dem höchsten Strafmaß geahndet, das bei mildernden Umständen in Freiheitsentzug oder in Ausweisung umgewandelt werden kann.

Variante 2:

a) Die Propaganda oder Agitation, die objektiv dem Teil der internationalen Bourgeoisie dient, der usw. bis zum Schluß.

b) Dieselbe Strafe haben diejenigen zu gewärtigen, die sich der Beteiligung an Organisationen oder der Förderung von Organisationen oder Personen schuldig machen, die eine Tätigkeit ausüben, die obengenannten Charakter trägt (deren Tätigkeit obengenannten Charakter trägt).

Variante 2 **b**: Die Propaganda oder Agitation, die objektiv dem Teil der internationalen Bourgeoisie dient bzw. zu dienen geeignet ist, der usw. bis zum Schluß.

Zuerst veröffentlicht 1924. *Nach dem Manuskript.*

BRIEFE ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER RADIOTECHNIK

1

An Genossen Stalin mit der Bitte, den Brief bei allen Mitgliedern des Politbüros zirkulieren zu lassen

Genosse Stalin!

Beiliegend zwei Berichte: der erste stammt von Professor Ossadtschi, einem Spezialisten für Elektrizität, für telegrafische und telefonische Radioverbindung, der zweite von Bontsch-Brujewitsch (kein Verwandter der bekannten Brüder Bontsch-Brujewitsch, von denen der eine Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare, der andere ein bedeutender zaristischer General war). Dieser Bontsch-Brujewitsch, dessen Bericht ich beilege, ist ein hervorragender Fachmann und Erfinder auf dem Gebiet der Radiotechnik, ein führender Mitarbeiter des Radiolaboratoriums in Nishni-Nowgorod.

Aus diesen Berichten ist ersichtlich, daß mit unserer Technik die Möglichkeit drahtloser Übertragung der lebendigen menschlichen Rede auf eine ziemlich große Entfernung durchaus zu verwirklichen ist; durchaus zu verwirklichen ist auch die Inbetriebnahme vieler hundert Empfänger, die imstande wären, in Moskau gehaltene Reden, Referate und Lektionen in Hunderte von Orten der Republik zu übertragen, die von Moskau Hunderte, ja unter gewissen Umständen Tausende Werst entfernt sind.

Ich bin der Meinung, daß die Verwirklichung dieses Plans für uns eine unbedingte Notwendigkeit darstellt sowohl vom Standpunkt der Propaganda und Agitation besonders für die des Lesens und Schreibens unkun-

digen Massen der Bevölkerung als auch zur Übertragung von Lektionen. Angesichts der absoluten Untauglichkeit, ja sogar Schädlichkeit der meisten von uns zugelassenen bürgerlichen Professoren für Gesellschaftswissenschaften bleibt uns kein anderer Ausweg als zu erreichen, daß unsere wenigen kommunistischen Professoren, die in der Lage sind, Lektionen über Gesellschaftswissenschaften zu halten, diese Lektionen für Hunderte von Orten in allen Gegenden der Föderation lesen.

Deshalb meine ich, man sollte auf keinen Fall die Mittel scheuen, um die Organisierung der drahtlosen Telefonie zu Ende zu führen und wirklich brauchbare Lautsprechergeräte herzustellen.

Ich schlage vor, den Beschluß zu fassen, für die Organisierung der Arbeiten des Radiolaboratoriums in Nishni-Nowgorod über das Budget hinaus bis zu 100000 Goldrubel aus dem Goldfonds als Sonderaufwendung bereitzustellen, mit dem Ziel, die Vollendung der von diesem Laboratorium begonnenen Arbeiten zur Aufstellung von wirklich brauchbaren Lautsprechergeräten und vielen hundert Empfängern in der ganzen Republik, die geeignet sind, in Moskau oder einem anderen Zentrum gehaltene Reden, Referate und Lektionen für breite Massen wiederzugeben, maximal zu beschleunigen.

Der Rat für Arbeit und Verteidigung ist zu beauftragen, eine besondere Kontrolle über die Verwendung dieses Fonds einzurichten und vielleicht, falls sich das als zweckmäßig erweist, aus dem erwähnten Fonds Prämien für einen besonders raschen und erfolgreichen Verlauf der Arbeit auszusetzen.[77]

Hinzufügen möchte ich, daß die heutigen „Iswestija" über eine englische Erfindung auf dem Gebiet der drahtlosen Telegrafie berichten, die es gestattet, Funktelegramme geheim zu übermitteln. Wenn es gelänge, diese Erfindung zu kaufen, dann bekäme die drahtlose Telefonie und Telegrafie eine noch größere Bedeutung im Militärwesen.

Lenin

19. V. 1922

Zuerst veröffentlicht
am 21. Januar 1949
in der „Prawda" Nr. 21.

Telefonisch diktiert.
Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

2

An Genossen Stalin

Was das heutige Schreiben von Bontsch-Brujewitsch betrifft, so glaube ich, daß wir das Radiolaboratorium nicht aus dem Goldfonds finanzieren dürfen, ohne ihm spezielle Aufgaben zu stellen.

Deshalb schlage ich vor, daß der Rat für Arbeit und Verteidigung beauftragt wird zu klären, welche Summen benötigt werden, damit das Radiolaboratorium die Arbeiten zur Vervollkommnung und Produktion von Lautsprechergeräten und Empfängern maximal beschleunigen kann. Nur dafür dürfen wir meines Erachtens über das Budget hinaus einen bestimmten Betrag in Gold bereitstellen.

Lenin

19. V. 1922

Zuerst veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Telefonisch diktiert. Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

ÜBER „DOPPELTE" UNTERORDNUNG UND GESETZLICHKEIT[78]

Für das Politbüro

Die Frage der Staatsanwaltschaft hat in der Kommission des Zentralexekutivkomitees, die bestimmt wurde, um die Arbeiten der Tagung des Gesamtrussischen ZEK zu leiten, Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen. Wenn diese Meinungsverschiedenheiten nicht die automatische Weiterleitung der Frage an das Politbüro zur Folge haben, so halte ich meinerseits die Frage für so wichtig, daß ich vorschlage, sie zur Entscheidung an das Politbüro zu überweisen.

Das Wesen der Meinungsverschiedenheiten besteht in folgendem: Die Mehrheit der vom Gesamtrussischen ZEK gewählten Kommission hat sich in der Frage der Staatsanwaltschaft dagegen ausgesprochen, daß die örtlichen Vertreter der Staatsanwaltschaft nur vom Zentrum ernannt werden und nur dem Zentrum unterstellt sein sollen. Die Mehrheit fordert die sogenannte „doppelte" Unterordnung, die im allgemeinen für alle örtlichen Funktionäre festgesetzt ist, d. h. ihre Unterordnung einerseits unter das Zentrum in Gestalt des entsprechenden Volkskommissariats und anderseits unter das örtliche Gouvernements-Exekutivkomitee.

Dieselbe Mehrheit der Kommission des Gesamtrussischen ZEK spricht den örtlichen Vertretern der Staatsanwaltschaft das Recht ab, beliebige Beschlüsse der örtlichen Gouvernements-Exekutivkomitees und überhaupt der örtlichen Behörden vom Standpunkt der Gesetzlichkeit anzufechten.

Ich kann mir schwer vorstellen, mit welchem Argument ein so offensichtlich falscher Beschluß der Mehrheit der Kommission des Gesamtrussischen ZEK verteidigt werden kann. Ich habe nur Argumente von der Art gehört, daß die Verteidigung der „doppelten" Unterordnung im gegebenen Fall ein rechtmäßiger Kampf gegen den bürokratischen Zentralis-

mus, für die notwendige Selbständigkeit der örtlichen Machtorgane und gegen das dünkelhafte Verhalten des Zentrums zu den Mitgliedern der Gouvernements-Exekutivkomitees sei. Ist denn die Auffassung dünkelhaft, daß es nicht eine Kalugaer und Kasaner Gesetzlichkeit geben kann, sondern daß die Gesetzlichkeit für ganz Rußland und sogar für die gesamte Föderation der Sowjetrepubliken einheitlich sein muß? Der grundlegende Fehler der Auffassung, die in der Mehrheit der Kommission des Gesamtrussischen ZEK gesiegt hat, besteht darin, daß sie das Prinzip der „doppelten" Unterordnung falsch anwenden. Die „doppelte" Unterordnung ist dort notwendig, wo man es verstehen muß, den wirklich vorhandenen unvermeidlichen Unterschieden Rechnung zu tragen. Im Gouvernement Kaluga ist die Landwirtschaft eine andere als im Gouvernement Kasan. Dasselbe gilt auch für die gesamte Industrie. Dasselbe gilt auch für die gesamte administrative oder Verwaltungstätigkeit. Die örtlichen Unterschiede in allen diesen Fragen nicht zu berücksichtigen würde bedeuten, in bürokratischen Zentralismus usw. zu verfallen, würde bedeuten, die örtlichen Funktionäre an der Berücksichtigung der örtlichen Unterschiede zu hindern, welche die Grundlage einer vernünftigen Arbeit bildet. Bei alledem muß jedoch die Gesetzlichkeit einheitlich sein. Ein Grundübel unseres ganzen Lebens und unserer ganzen Kulturlosigkeit ist die Duldung der althergebrachten russischen Auffassung und Gewohnheit von Halbwilden, die eine Kalugaer Gesetzlichkeit zum Unterschied von einer Kasaner Gesetzlichkeit beibehalten wollen. Man muß bedenken, daß zum Unterschied von jedweder Verwaltungsbehörde die Staatsanwaltschaft keine administrativen Machtbefugnisse hat und in keiner administrativen Frage beschließende Stimme besitzt. Der Staatsanwalt hat das Recht und die Pflicht, nur eines zu tun: darüber zu wachen, daß sich eine wirklich einheitliche Auffassung von der Gesetzlichkeit in der gesamten Republik durchsetzt, ungeachtet aller örtlichen Unterschiede und entgegen allen wie auch immer gearteten örtlichen Einflüssen. Das einzige Recht und die einzige Pflicht des Staatsanwalts ist es, eine Sache vor das Gericht zu bringen, das sein Urteil zu fällen hat. Was sind das nun für Gerichte? Die Gerichte sind bei uns örtliche Gerichte. Die Richter werden von den örtlichen Sowjets gewählt. Das Machtorgan, dem der Staatsanwalt das Urteil in einem von ihm eingeleiteten Verfahren wegen einer Gesetzesverletzung anheimstellt, ist also ein örtliches Machtorgan, das verpflichtet ist, einer-

seits die einheitlichen, für die ganze Föderation festgelegten Gesetze unbedingt zu beachten und anderseits bei der Bestimmung des Strafmaßes alle örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Es besitzt dabei das Recht, zu erklären, daß zwar das Gesetz in dem und dem Fall zweifellos verletzt worden ist, daß sich das Gericht aber auf Grund der und der Umstände, die den Einheimischen wohlbekannt und in der örtlichen Gerichtsverhandlung zutage getreten sind, veranlaßt sieht, die Strafe in bezug auf die und die Personen zu mildern oder sogar die und die Personen freizusprechen. Wenn wir diese elementare Voraussetzung für die Herstellung einer einheitlichen Gesetzlichkeit in der gesamten Föderation nicht um jeden Preis erfüllen, dann kann von keinerlei Rechtsschutz und keinerlei Schaffung kultureller Zustände auch nur die Rede sein.

Genauso ist es prinzipiell falsch zu sagen, der Staatsanwalt dürfe nicht das Recht haben, die Beschlüsse der Gouvernements-Exekutivkomitees und der anderen örtlichen Machtorgane anzufechten; vom Standpunkt der Gesetzlichkeit sei die Arbeiter- und Bauerninspektion verpflichtet, über diese Beschlüsse zu urteilen.

Die Arbeiter- und Bauerninspektion urteilt nicht nur vom Standpunkt der Gesetzlichkeit, sondern auch vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit. Der Staatsanwalt ist verantwortlich dafür, daß kein einziger Beschluß irgendeiner Lokalbehörde dem Gesetz widerspricht, und nur von diesem Standpunkt aus ist der Staatsanwalt verpflichtet, gegen jeden ungesetzlichen Beschluß Einspruch zu erheben, wobei der Staatsanwalt nicht das Recht hat, den Beschluß außer Kraft zu setzen, sondern nur verpflichtet ist, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Auffassung von der Gesetzlichkeit in der gesamten Republik zu einer absolut gleichen wird. Deshalb ist der Beschluß der Mehrheit der Kommission des Gesamtrussischen ZEK nicht nur prinzipiell im höchsten Grade falsch, wendet er nicht nur das Prinzip der „doppelten" Unterordnung grundfalsch an, sondern untergräbt auch jede Arbeit zur Herstellung von Gesetzlichkeit und eines Mindestmaßes an Kultur.

Ferner muß bei der Entscheidung dieser Frage die Bedeutung der örtlichen Einflüsse berücksichtigt werden. Es besteht kein Zweifel, daß uns ein Meer von Ungesetzlichkeit umgibt und daß der örtliche Einfluß einer der größten, wenn nicht der größte Gegner der Herstellung gesetzlicher und kultureller Zustände ist. Es gibt wohl kaum jemanden, der nicht

davon gehört hat, daß sich während der Parteireinigung überwiegend die Tatsache zeigte, daß in den meisten örtlichen Überprüfungskommissionen die Durchführung der Parteireinigung dazu benutzt wurde, persönliche und lokale Rechnungen zu begleichen. Diese Tatsache ist unbestreitbar und ziemlich schwerwiegend. Es wird wohl kaum jemand zu bestreiten wagen, daß es unserer Partei leichter fällt, ein Dutzend zuverlässiger Kommunisten zu finden, die juristisch genügend gebildet und fähig sind, allen rein örtlichen Einflüssen zu widerstehen, als Hunderte ebensolcher Genossen zu finden. Aber gerade darauf läuft die Frage hinaus, wenn man von „doppelter" Unterordnung der Staatsanwaltschaft und von der Notwendigkeit spricht, sie nur dem Zentrum unterzuordnen. Im Zentrum allerdings müssen wir etwa zehn Menschen finden, die in Gestalt des Generalstaatsanwalts, des Obersten Gerichtshofes und des Kollegiums des Volkskommissariats für Justiz die zentrale Macht der Staatsanwaltschaft verkörpern werden. (Ich lasse die Frage beiseite, ob der Generalstaatsanwalt die Macht einzelverantwortlich ausübt oder ob er diese Macht mit dem Obersten Gerichtshof und dem Kollegium des Volkskommissariats für Justiz teilt, denn diese Frage ist absolut zweitrangig und kann so oder anders gelöst werden, je nachdem, ob die Partei die ganze Machtfülle einem einzelnen anvertraut oder sie unter die genannten drei Instanzen aufteilt.) Diese zehn Menschen, die sich im Zentrum befinden, arbeiten unter strengster Beobachtung und in unmittelbarstem Kontakt mit den drei Parteikörperschaften, die eine maximale Garantie gegen örtliche und persönliche Einflüsse bieten, nämlich: das Orgbüro des ZK, das Politbüro des ZK und die Zentrale Kontrollkommission, wobei diese letzte Körperschaft, d. h. die ZKK, nur dem Parteitag verantwortlich und so aufgebaut ist, daß für die Mitglieder der ZKK keinerlei Möglichkeit besteht, gleichzeitig in irgendeinem Volkskommissariat, in irgendeiner selbständigen Behörde und in irgendeinem Organ der Sowjetmacht tätig zu sein. Es ist klar, daß wir unter diesen Bedingungen von allen Garantien, die man sich bisher ausgedacht hat, die höchstmögliche Garantie haben, daß die Partei ein kleines zentrales Kollegium schaffen wird, das tatsächlich imstande ist, den örtlichen Einflüssen, dem örtlichen und jedwedem Bürokratismus zu widerstehen und eine wirklich einheitliche Anwendung der Gesetzlichkeit in der gesamten Republik und in der gesamten Föderation durchzusetzen. Daher werden etwaige Fehler dieses zentralen juristischen Kollegiums sofort an

Ort und Stelle durch jene Parteiorgane korrigiert, die überhaupt alle Grundbegriffe und alle Grundregeln für unsere gesamte Parteiarbeit und Sowjetarbeit in der Republik allgemein festsetzen.

Wenn wir davon abgingen, so hieße das, daß wir insgeheim der Auffassung huldigen, die niemand direkt und offen verteidigt, nämlich der Auffassung, als seien bei uns die Kultur und die untrennbar mit ihr verbundene Gesetzlichkeit schon so hoch entwickelt, daß wir uns dafür verbürgen können, bei uns hundert Staatsanwälte zu finden, die absolut tadelfrei sind in dem Sinne, daß sie niemals irgendwelchen örtlichen Einflüssen unterliegen und ganz von selbst eine einheitliche Gesetzlichkeit in der ganzen Republik durchsetzen werden.

Zusammenfassend ziehe ich den Schluß, daß die Verteidigung der „doppelten" Unterordnung in bezug auf die Staatsanwaltschaft und der Entzug ihres Rechtes, beliebige Beschlüsse der Lokalbehörden anzufechten, nicht nur prinzipiell falsch ist, nicht nur unsere Hauptaufgabe der unentwegten Einführung der Gesetzlichkeit behindert, sondern auch die Interessen und Vorurteile der örtlichen Bürokratie und der örtlichen Einflüsse zum Ausdruck bringt, d. h. der schlimmsten Scheidewand zwischen den Werktätigen und der örtlichen und zentralen Sowjetmacht wie auch der zentralen Macht der KPR.

Deshalb empfehle ich dem ZK, in diesem Fall die „doppelte" Unterordnung abzulehnen, die Unterordnung der örtlichen Staatsanwaltschaft nur unter das *Zentrum* festzulegen und für die Staatsanwaltschaft das Recht und die Pflicht beizubehalten, alle und jegliche Beschlüsse der Lokalbehörden vom Standpunkt der Gesetzlichkeit dieser Beschlüsse oder Anordnungen anzufechten, ohne das Recht, diese außer Kraft zu setzen, sondern ausschließlich mit dem Recht, die Angelegenheit dem Gericht zur Entscheidung zu übergeben.

Lenin

20. V. 1922

Zuerst veröffentlicht
am 23. April 1925
in der „Prawda" Nr. 91.

Telefonisch diktiert.
Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

EIN LÖFFEL TEER IN EINEM FASS VOLL HONIG

Herr O. A. Jermanski hat ein sehr nützliches und sehr gutes Buch geschrieben: „Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylorsystem". (Staatsverlag, 1922.) Das ist eine Neubearbeitung seines 1918 erschienenen Buches „Das Taylorsystem". Das Buch ist beträchtlich erweitert worden; hinzugefügt wurden sehr wichtige Anlagen: I. „Produktive Arbeit und Kultur"; II. „Das Problem der Ermüdung". Einer der wichtigsten Teile, der früher „Arbeit und Erholung" hieß und insgesamt nur 16 Seiten umfaßte, ist jetzt auf 70 Seiten angewachsen (Kapitel III: „Die Arbeit des Menschen").

Das Buch gibt eine ausführliche Darstellung des Taylorsystems, und zwar, was besonders wichtig ist, sowohl seiner positiven als auch *seiner negativen Seite*, und bringt die hauptsächlichen wissenschaftlichen Angaben über das physiologische Soll und Haben in der menschlichen Maschine. Im großen ganzen ist das Buch meines Erachtens durchaus geeignet, als obligatorisches Lehrbuch für alle Gewerkschaftsschulen und überhaupt alle Mittelschulen anerkannt zu werden. Arbeiten lernen, das ist gegenwärtig die Hauptaufgabe wirklich des ganzen Volkes in der Sowjetrepublik. Erreichen, daß alle lesen und schreiben können; auf keinen Fall dabei stehenbleiben, sondern um jeden Preis weitergehen und alles wirklich Wertvolle aus der europäischen und amerikanischen Wissenschaft übernehmen — das ist unsere vorrangige und wichtigste Aufgabe.

Einen ernsten Mangel hat Jermanskis Buch, einen Mangel, der womöglich seiner Anerkennung als Lehrbuch im Wege stehen wird. Das ist die Redseligkeit des Verfassers. Ohne jede Notwendigkeit wiederholt er viele Male ein und dasselbe. Vielleicht kann dem Verfasser in diesem Fall bis zu einem gewissen Grade der Umstand als Entschuldigung dienen, daß er

beim Schreiben seines Buches nicht die Absicht hatte, ein Lehrbuch daraus zu machen. Indes spricht der Verfasser auf S. VIII des Vorworts davon, daß er den Wert seines Buches in der populären Darlegung wissenschaftlicher Probleme sieht. Damit hat er recht. Aber zu einer populären Darlegung gehört auch, daß Wiederholungen beseitigt werden. Das „Volk" hat keine Zeit, dicke Bücher zu lesen. Jermanskis Buch ist zu umfangreich, und zwar ohne jede Notwendigkeit. Das steht seiner Popularität im Wege . . .*

Geschrieben im September 1922,
nach dem 10.
Zuerst veröffentlicht 1928. *Nach dem Manuskript.*

* Damit bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

BRIEF AN DEN V. GESAMTRUSSISCHEN GEWERKSCHAFTSKONGRESS[79]

17. IX. 1922

Werte Genossen!

Zum erstenmal nach langer Krankheit komme ich dazu, mich – wenn auch nur schriftlich – an einen Kongreß zu wenden. Gestatten Sie mir deshalb, mich auf herzliche Grüße und einige kurze Worte über die Lage und die Aufgaben unserer Industrie und unserer Republik zu beschränken. Unsere Lage ist besonders schwierig, weil es an Mitteln zur Wiederherstellung des Grundkapitals, der Maschinen, Werkzeuge, Gebäude usw. fehlt; aber gerade diese Industrie, die sogenannte „Schwerindustrie", ist doch die Hauptbasis des Sozialismus. In den kapitalistischen Staaten wird dieses Grundkapital in der Regel mit Hilfe von Anleihen wiederhergestellt. Uns will man keine Anleihen geben, bevor wir nicht das Eigentum der Kapitalisten und der Gutsbesitzer wiederherstellen, aber das können wir nicht und werden wir nicht tun. So bleibt der außerordentlich schwierige und lange Weg: nach und nach Ersparnisse anzusammeln, die Steuern zu erhöhen, um allmählich die zerstörten Eisenbahnen, Maschinen, Gebäude usw. wiederherzustellen. Wir stehen einstweilen in der ganzen Welt allein, als der einzige Staat, in dem die werktätigen Bauern unter Führung der Arbeiter den Sozialismus aufbauen und die Führung durch die Kapitalisten entschieden ablehnen, die unter dem Deckmantel aller möglichen hochtrabenden Redensarten über Demokratie, Freiheit usw. in Wirklichkeit das Privateigentum der Kapitalisten und Gutsbesitzer festigen, die Herrschaft einiger weniger Geldsäcke errichten, den ganzen Erdball untereinander aufteilen und um dessen Neuaufteilung, um die Versklavung der nach Hunderten von Millionen zählenden schwächeren und rückständigeren Völker gegeneinander Krieg führen.

Solange wir allein bleiben, lastet die Aufgabe der Wiederherstellung unserer Volkswirtschaft ungemein schwer auf unseren Schultern. Es ist notwendig, daß alle Bauern und alle Arbeiter ihre Kräfte aufs äußerste anspannen, es ist notwendig, unseren Staatsapparat, der noch sehr schlecht ist, zu vervollkommnen und zu verbilligen, um die Lage der Werktätigen zu verbessern und unsere durch den imperialistischen Krieg und den Bürgerkrieg zerstörte Wirtschaft wenigstens allmählich wiederherzustellen.

Möge jeder bewußte Bauer und Arbeiter, der unter der Einwirkung der schweren Lebensbedingungen oder der außerordentlichen Langsamkeit unseres staatlichen Aufbaus kleinmütig werden sollte, sich der jüngsten Vergangenheit mit ihrer Herrschaft der Kapitalisten und Gutsbesitzer erinnern. Diese Erinnerung wird ihm die Kraft zur Arbeit wiedergeben. Mit allen Kräften, von allen Seiten die Arbeit verstärken und verbessern — darin liegt die einzige Rettung der Arbeiter- und Bauernmacht.

Mit kameradschaftlichem Gruß

W. Uljanow (Lenin)

„Trud" (Die Arbeit),
18. September 1922,
und „Prawda" Nr. 210,
19. September 1922.

Nach dem Manuskript.

NOTIZ FÜR DAS POLITBÜRO ÜBER DEN KAMPF GEGEN DEN GROSSMACHTCHAUVINISMUS[80]

Dem großrussischen Chauvinismus erkläre ich den Kampf auf Leben und Tod. Sobald ich erst den verfluchten Zahn los bin, werde ich mich mit allen gesunden Zähnen auf ihn stürzen.

Man muß *unbedingt* darauf bestehen, daß im Zentralexekutivkomitee der Union der Reihe nach

ein Russe
ein Ukrainer
ein Georgier usw.

den Vorsitz führt.

Unbedingt!

Ihr *Lenin*

Geschrieben am 6. Oktober 1922.
Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1937 in der „Prawda" Nr. 21.

Nach dem Manuskript.

AN DIE ARBEITER DER STADT BAKU

Moskau, 6. X. 1922

Liebe Genossen! Soeben habe ich einen kurzen Bericht des Gen. Serebrowski über die Lage in der Erdölindustrie Aserbaidshans gehört. Diese Lage ist in vieler Hinsicht sehr schwierig. Ich sende Euch herzliche Grüße und bitte Euch, die nächste Zeit auf jeden Fall durchzuhalten. In der ersten Zeit ist es für uns besonders schwer. Später wird es leichter sein. Den Sieg müssen und werden wir erringen, koste es, was es wolle.

Nochmals sende ich Euch die besten kommunistischen Grüße.

W. Uljanow (Lenin)

„Bakinski Rabotschi"
(Der Arbeiter von Baku)
Nr. 251, 7. November 1922.

Nach dem Manuskript.

AN DEN KONGRESS DES KJVR[81]

Liebe Freunde! Ich bedaure sehr, daß ich Euch nicht persönlich begrüßen kann. Ich wünsche Eurem V. Kongreß viel Erfolg. Ich bin überzeugt, die Jugend wird sich so erfolgreich zu entwickeln wissen, daß sie, wenn die nächste Etappe der Weltrevolution heranreift, durchaus auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen wird.

Mit heißem kommunistischem Gruß
W. Uljanow (Lenin)

11. X. 1922

„Prawda" Nr. 230,
12. Oktober 1922.

Nach dem Manuskript.

BRIEF ÜBER DAS AUSSENHANDELSMONOPOL

13. X. 1922

Der Beschluß der Plenartagung des ZK vom 6. X. (Prot. Nr. 7, P. 3) legt eine scheinbar unwichtige Teilreform fest: „eine Reihe einzelner Bestimmungen des *Rats für Arbeit und Verteidigung* betreffend die vorübergehende Erlaubnis zur Ein- und Ausfuhr einzelner Warenkategorien oder hinsichtlich einzelner Grenzübergänge durchzuführen".[82]

In Wirklichkeit ist das jedoch eine Durchbrechung des Außenhandelsmonopols. Es ist nicht verwunderlich, daß Gen. Sokolnikow das angestrebt und durchgesetzt hat. Er hat das seit jeher angestrebt, er ist ein Freund von Paradoxen und hat immer zu beweisen versucht, daß das Monopol für uns gar nicht vorteilhaft sei. Aber es ist verwunderlich, daß Leute, die grundsätzlich für das Monopol sind, dafür stimmten, ohne sich bei einem Wirtschaftler eingehend erkundigt zu haben.

Was bedeutet der angenommene Beschluß?

Für die Ein- und Ausfuhr werden Einkaufskontore eröffnet. Der Besitzer des Kontors darf *lediglich* speziell genannte Waren kaufen und verkaufen.

Wo bleibt aber die Kontrolle? Wo sind die Mittel der Kontrolle?

Flachs kostet in Rußland $4^1/_2$ Rubel, in England 14 Rubel. Wir alle haben im „Kapital" gelesen, daß sich das Kapital bei raschem Anwachsen der Zinsen und Profite innerlich verwandelt und kühner wird. Alle erinnern sich, daß das Kapital fähig ist, sich Hals über Kopf in Risiken zu stürzen, und das hat Marx bereits lange vor dem Krieg und vor den „Sprüngen" des Krieges festgestellt.

Und jetzt? Welche Kraft wird die Bauern und die Händler von einem

höchst vorteilhaften Geschäft zurückhalten? Soll man Rußland mit einem neuen Netz von Aufpassern bedecken? Soll man den Nachbarn des Einkaufskontors einfangen und ihm zu beweisen suchen, daß der Flachs, den er verkauft, für heimliche Ausfuhr bestimmt ist?

Die Paradoxe des Gen. Sokolnikow sind stets geistreich, aber man muß doch einen Unterschied machen zwischen Paradoxen und bitterer Wahrheit.

Irgendeine „Gesetzlichkeit" ist in einer derartigen Frage im bäuerlichen Rußland absolut unmöglich. Irgendein Vergleich mit Schmuggel schlechthin (das sei Jacke wie Hose, auch geschmuggelt werde ja gegen das Monopol, was das Zeug halte) ist absolut falsch: ein Schmugglerspezialist an der Grenze ist etwas anderes, als wenn es sich um die *ganze* Bauernschaft handelt, die sich *insgesamt* verteidigen und gegen die Staatsmacht kämpfen wird, die sie ihres „eigenen" Vorteils zu berauben versucht.

Noch bevor wir das Regime des Monopols erprobt haben, das eben erst anfängt, uns Millionen einzubringen (und uns Dutzende und mehr Millionen einbringen wird), richten wir ein völliges Chaos an, rütteln wir an den Stützpfeilern, die wir kaum zu errichten begonnen haben.

Wir haben begonnen, ein System zu errichten, sowohl das Außenhandelsmonopol als auch das Genossenschaftswesen aufzubauen. In etwa zwei Jahren werden einige Ergebnisse vorliegen. Der Gewinn aus dem Außenhandel bemißt sich nach Hunderten von Prozenten, wir *fangen an*, Millionen und Dutzende Millionen einzunehmen. Wir haben *angefangen*, gemischte Gesellschaften zu gründen; wir haben angefangen zu lernen, die *Hälfte* ihres (sagenhaften) Gewinns zu erhalten. Wir sehen bereits eine bestimmte Perspektive für eine höchst solide Staatseinnahme. Wir geben das alles auf in der Hoffnung auf Zollgebühren, die nicht im entferntesten einen derartigen Gewinn abwerfen können, wir geben das alles auf und jagen einem Phantom nach!

Die Frage wurde übereilt vor die Plenartagung gebracht. Irgendeine ernsthafte Aussprache gab es nicht. Wir haben keine Ursache, uns zu beeilen. Jetzt erst beginnen die Wirtschaftler, in die Sache einzudringen. Die wichtigsten Fragen der Handelspolitik von heute auf morgen zu entscheiden, ohne Material gesammelt, ohne das *Für* und *Wider* an Hand von Dokumenten und Zahlen erwogen zu haben — wo ist da auch nur ein Schimmer von richtigem Verhalten zur Sache? Müde Menschen stimmen

in wenigen Minuten ab und basta. Weniger komplizierte politische Fragen haben wir immer wieder erwogen und nicht selten Monate gebraucht, um sie zu entscheiden.

Ich bedaure sehr, daß ich an diesem Tag durch meine Krankheit verhindert war, an der Sitzung teilzunehmen, und daß ich jetzt gezwungen bin, um eine Ausnahme von der Regel zu bitten.

Aber ich denke, daß man diese Frage abwägen und studieren muß, daß Eile schädlich ist.

Ich schlage vor: die Entscheidung dieser Frage um zwei Monate zu vertagen, d. h. bis zur nächsten Plenartagung; und bis dahin zusammengefaßte und geprüfte *Unterlagen* über die Erfahrungen unserer Handelspolitik zu sammeln.

W. Uljanow (Lenin)

PS. Im gestrigen Gespräch mit Genossen Stalin — (ich war auf der Plenartagung nicht anwesend und habe versucht, mich bei Genossen zu informieren, die daran teilgenommen haben) — kamen wir unter anderem auch auf die eventuelle zeitweilige Öffnung der Häfen von Petrograd und Noworossisk zu sprechen. Mir scheint, beide Beispiele zeigen die große Gefahr derartiger Experimente, beträfen sie auch nur eine sehr kleine Liste von Waren. Durch die Öffnung des Petrograder Hafens wird der Flachsschmuggel über die finnische Grenze in erschreckendem Ausmaß zunehmen. An Stelle des Kampfes gegen berufsmäßige Schmuggler werden wir den Kampf gegen die *gesamte Bauernschaft* des Flachsbaugebiets zu führen haben. Fast sicher werden wir in diesem Kampf geschlagen werden, und zwar in nicht wiedergutzumachender Weise. Die Öffnung des Hafens von Noworossisk wird zu einem raschen Auspumpen der Getreideüberschüsse führen: Ist das umsichtig, wo wir nur kleine Vorräte für den Kriegsfall haben? wo eine Reihe systematischer Maßnahmen, um sie zu vergrößern, noch keine Resultate zeitigen konnten?

Ferner muß man folgendes bedenken. Durch das Außenhandelsmonopol wurde die Quelle erschlossen für den Zustrom von Gold nach Rußland. Jetzt erst wird es möglich, zu kalkulieren: Die erste Reise eines bestimmten Kaufmanns auf ein halbes Jahr nach Rußland hat ihm, sagen wir, hundert Prozent Gewinn eingebracht; er erhöht uns den Preis für den Kauf eines solchen Rechts von 25 auf 50% zugunsten des Außenhandels.

Wir haben erstmalig die Möglichkeit erhalten, sowohl zu lernen als auch den Umfang dieses Gewinns zu *vergrößern*. Mit einem Mal geht das alles verloren, die ganze Arbeit stockt, denn wenn teilweise und zeitweilig verschiedene Häfen geöffnet werden, dann *wird kein einziger Kaufmann auch nur einen Groschen für ein derartiges „Monopol" zahlen*. Das ist klar. Man muß die Sache mehrmals überlegen und berechnen, ehe man ein solches Risiko eingeht. Dazu kommt noch das politische Risiko, daß wir nicht diejenigen ausländischen Kaufleute hereinlassen, deren Namen wir kennen und die wir kontrollieren, sondern überhaupt die ganze Kleinbourgeoisie.

Mit dem Außenhandel haben wir begonnen, auf einen Goldzustrom zu rechnen. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht, außer etwa das Branntweinmonopol, aber dem stehen sowohl ernsthafte moralische Erwägungen als auch eine Reihe sachlicher Einwände Sokolnikows entgegen.

Lenin

PPS. Soeben teilt man mir mit ($^1/_2$2 Uhr), daß eine Reihe von Wirtschaftlern um Aufschub bittet. Ich habe dieses Gesuch noch nicht gelesen, unterstütze es aber energisch. Es handelt sich nur um etwa zwei Monate.

Lenin

Zum erstenmal veröffentlicht. *Nach dem Manuskript.*

AN DEN GESAMTRUSSISCHEN KONGRESS DER FINANZANGESTELLTEN[83]

Werte Genossen!

Die Festigung der sowjetischen Finanzen ist eine der schwierigsten Aufgaben, aber diese Aufgabe steht jetzt im Vordergrund, und ohne ihre Lösung ist es unmöglich, erhebliche Fortschritte zu erzielen, sowohl in der Sicherung der Unabhängigkeit Sowjetrußlands vom internationalen Kapital als auch in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes. Unser Finanzapparat muß alle seine Kräfte anspannen, um binnen kürzester Frist imstande zu sein, dem Arbeiter- und Bauernstaat durch die Aufbringung von Steuern die Mittel zu sichern, die für eine ordnungsgemäße Arbeit aller Staatsorgane erforderlich sind.

Ich begrüße den Gesamtrussischen Kongreß der Finanzangestellten und gebe der festen Überzeugung Ausdruck, daß die Finanzangestellten die von den werktätigen Massen Sowjetrußlands in sie gesetzten Erwartungen beim Aufbau der Finanzwirtschaft rechtfertigen werden.

20. Oktober 1922 *W. Uljanow (Lenin)*

„Prawda" Nr. 240, 24. Oktober 1922.

Nach dem Text der „Prawda".

AN DIE GESELLSCHAFT DER FREUNDE SOWJETRUSSLANDS (IN AMERIKA)[84]

20. X. 1922

Werte Genossen!

Ich habe soeben durch eine spezielle Anfrage beim Permer Gouvernements-Exekutivkomitee die in unseren Zeitungen erschienenen außerordentlich erfreulichen Mitteilungen über die Arbeit nachgeprüft, die die Mitglieder Ihrer Gesellschaft unter Leitung von Harold Ware mit der Traktorenabteilung des Permer Gouvernements in der Sowjetwirtschaft „Toikino" geleistet haben.

Ungeachtet der ungeheuren Schwierigkeiten, insbesondere angesichts der äußerst großen Entfernung der genannten Arbeitsstelle vom Zentrum und auch angesichts der Verwüstungen durch Koltschak während des Bürgerkriegs, haben Sie Erfolge erzielt, die man als einzig dastehend bezeichnen muß.

Ich möchte Ihnen meine tiefe Anerkennung aussprechen und bitte, das in dem Organ Ihrer Gesellschaft und, wenn möglich, auch in der allgemeinen Presse der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu veröffentlichen.

Ich werde beim Präsidium des Gesamtrussischen ZEK beantragen, diese Sowjetwirtschaft als Musterwirtschaft anzuerkennen und ihr sowohl bei den Bauarbeiten als auch bei der Versorgung mit Benzin, Metall und anderen für die Einrichtung einer Reparaturwerkstatt notwendigen Materialien besondere und außerordentliche Unterstützung zu gewähren.

Nochmals drücke ich Ihnen im Namen unserer Republik meine tiefe Dankbarkeit aus und bitte Sie, dessen eingedenk zu sein, daß keine andere Art der Unterstützung für uns so aktuell und so wichtig ist wie die, die Sie uns erweisen.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
Lenin

„Prawda" Nr. 240, 24. Oktober 1922. *Nach dem Text der „Prawda".*

AN DIE GESELLSCHAFT FÜR TECHNISCHE UNTERSTÜTZUNG SOWJETRUSSLANDS[85]

20. X. 1922

Werte Genossen!

In unseren Zeitungen erschienen außerordentlich erfreuliche Mitteilungen über die Arbeit der Mitglieder Ihrer Gesellschaft in Sowjetwirtschaften des Kreises Kirsanow im Gouvernement Tambow und bei der Station Mitino im Gouvernement Odessa sowie über die Arbeit einer Gruppe von Bergleuten des Donezbeckens.

Ungeachtet der ungeheuren Schwierigkeiten, und insbesondere angesichts der Verwüstungen während des Bürgerkriegs, haben Sie Erfolge erzielt, die man als außerordentlich bezeichnen muß.

Ich möchte Ihnen meine tiefe Anerkennung aussprechen und bitte, das in dem Organ Ihrer Gesellschaft und, wenn möglich, auch in der allgemeinen Presse der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu veröffentlichen.

Ich werde beim Präsidium des Gesamtrussischen ZEK beantragen, die hervorragendsten Wirtschaften als Musterwirtschaften anzuerkennen und ihnen die für eine günstige Entwicklung ihrer Arbeit notwendige besondere und außerordentliche Unterstützung zu gewähren.

Nochmals drücke ich Ihnen im Namen unserer Republik meine tiefe Dankbarkeit aus und bitte Sie, dessen eingedenk zu sein, daß Ihre Unterstützung bei der Bodenbestellung mit Traktoren für uns besonders aktuell und wichtig ist.

Es ist mir ein besonderes Vergnügen, Ihnen anläßlich der von Ihnen geplanten Organisierung von 200 landwirtschaftlichen Kommunen gratulieren zu können.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
Lenin

„Prawda" Nr. 240, 24. Oktober 1922. *Nach dem Text der „Prawda".*

DEM BEFREITEN PRIMORJE ZUM GRUSS[86]

Tschita. An den Vorsitzenden des Ministerrats
der Fernöstlichen Republik

Die Rote Armee hat zum fünften Jahrestag der siegreichen Oktoberrevolution einen weiteren entscheidenden Schritt getan, um das Territorium der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und der mit ihr verbündeten Republiken vollständig von den Truppen der ausländischen Okkupanten zu säubern. Die Einnahme Wladiwostoks durch die revolutionäre Volksarmee der Fernöstlichen Republik vereinigt die russischen Staatsbürger, die das schwere Joch des japanischen Imperialismus getragen haben, mit den werktätigen Massen Rußlands. Ich beglückwünsche alle Werktätigen Rußlands und die heldenhafte Rote Armee zu diesem neuen Sieg und bitte die Regierung der Fernöstlichen Republik, allen Arbeitern und Bauern der befreiten Gebiete sowie der Stadt Wladiwostok den Gruß des Rats der Volkskommissare der RSFSR zu übermitteln.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare der RSFSR
W. Uljanow (Lenin)

Moskau, 26. X. 1922

„Prawda" Nr. 243,
27. Oktober 1922.

Nach dem Text der „Prawda".

INTERVIEW FÜR DEN KORRESPONDENTEN DES „OBSERVER" UND DES „MANCHESTER GUARDIAN", FARBMAN[87]

1. Frage. Die antirussische Presse stellt den Empfang Herriots in Moskau und die französisch-russischen Verhandlungen als einen entscheidenden Umschwung in der Außenpolitik Sowjetrußlands dar.

Stimmt das? Stimmt es, daß Rußland die englische Politik im Nahen Osten als eine Herausforderung betrachtet und bereit ist, mit Frankreich ein gegen England gerichtetes Abkommen zu treffen?

Antwort. Ich halte es für absolut falsch, den Empfang Herriots in Moskau und die französisch-russischen Verhandlungen als irgendeinen und sei es auch noch so kleinen Umschwung in der Politik Sowjetrußlands im allgemeinen und als eine Wendung gegen England im besonderen darzustellen. Zweifellos schätzen wir sowohl den Empfang Herriots in Moskau als auch jenen Schritt zur Annäherung an Frankreich oder zu Verhandlungen mit Frankreich, die jetzt möglich, wahrscheinlich und, man sollte meinen, auch notwendig geworden sind, außerordentlich hoch ein. Jede Annäherung an Frankreich ist für uns außerordentlich wünschenswert, besonders deshalb, weil die Handelsinteressen Rußlands eine Annäherung an diese stärkste Kontinentalmacht dringend erfordern. Aber wir sind davon überzeugt, daß diese Annäherung es nicht im geringsten erforderlich macht, unsere Politik gegenüber England in irgendeiner Weise zu ändern. Wir sind der Ansicht, daß vollauf freundschaftliche Beziehungen zu beiden Mächten durchaus möglich sind und unser Ziel darstellen. Wir sind der Ansicht, daß gerade die Entwicklung der Handelsbeziehungen unbedingt außerordentlich stark in der Richtung wirken wird, dieses Ziel zu erreichen. Wir sind der Ansicht, daß die richtig verstandenen Interessen Englands und Frankreichs gleichermaßen in dieser Richtung

wirken werden. Wir sind der Ansicht, daß die gegenseitigen Interessen Englands und Frankreichs, insofern sie Rußland betreffen, in keinem Fall Elemente einer unvermeidlichen Feindschaft zwischen England und Frankreich enthalten. Im Gegenteil, wir meinen sogar, daß in friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen dieser Mächte zu Rußland eine der Garantien (ich möchte beinahe sagen: die stärkste Garantie) dafür liegt, daß Frieden und Freundschaft zwischen England und Frankreich recht lange währen und daß alle unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglichen und wahrscheinlichen Differenzen zwischen Frankreich und England am raschesten und sichersten eine glückliche Lösung finden werden.

2. *Frage.* Ist die faktische Beendigung des griechisch-türkischen Krieges, der von England unterstützt wurde, nicht der günstigste Zeitpunkt für den Abschluß eines englisch-russischen Abkommens?

Antwort. Natürlich werden durch die Beendigung des griechisch-türkischen Krieges, der von England unterstützt wurde, die Chancen für den Abschluß eines englisch-russischen Abkommens in gewisser Hinsicht vergrößert. Ein solches Abkommen haben wir schon vor Beendigung dieses Krieges angestrebt und werden es jetzt mit noch größerer Energie anstreben. Allerdings sind einige Fragen, die mit der Beendigung dieses Krieges zusammenhängen, Gegenstand unserer Meinungsverschiedenheiten mit England. Aber erstens ist der Frieden, der den griechisch-türkischen Krieg abgelöst hat, unserer Meinung nach ein solcher Gewinn für die internationale Politik überhaupt, daß wir dank dem griechisch-türkischen Frieden eine Verbesserung der allgemeinen Bedingungen dieser Politik erhoffen. Zweitens halten wir die Differenzen, die wir mit England haben, keineswegs für unüberwindlich. Im Gegenteil, wir hoffen, daß uns die nächste Zukunft in Verbindung mit den verschiedenen Stadien des Nahostproblems zeigen wird, inwieweit sich unsere Hoffnung bestätigt, daß gerade das Ende des griechisch-türkischen Krieges auch das Ende jener Konflikte und Differenzen sein wird, die diesen nunmehr beendeten Krieg in den Vordergrund der internationalen Politik gerückt haben. Wir tun alles, damit die Beendigung dieses Krieges auch die Reibungen und Meinungsverschiedenheiten mit England beende, und wir hoffen, daß die Interessen der englischen Regierung auch in diesem Falle über alle Einflüsterungen und oft unaufrichtigen Redereien der antirussischen Presse die Oberhand gewinnen werden.

3. *Frage.* Halten Sie die Beteiligung Rußlands am Ostproblem nur für eine Prestigefrage, oder gehen Sie ausschließlich von den realen Interessen Rußlands aus? Ist die russische Regierung mit dem französischen Vorschlag einverstanden, Rußland nur zu dem Teil der Konferenz[88] zuzulassen, der über die Frage der Meerengen entscheiden wird?

Antwort. Die Beteiligung Rußlands an der Lösung des Nahostproblems halte ich keineswegs für eine Prestigefrage. Ich hoffe, wir haben durch unsere ganze internationale Politik während fünf Jahren zur Genüge bewiesen, daß wir uns Prestigefragen gegenüber völlig gleichgültig verhalten und daß wir niemals dazu fähig sind, nur des Prestiges wegen irgendeine Forderung zu stellen oder wirkliche Chancen auf einen Frieden zwischen den Großmächten zu verschlechtern. Ich bin davon überzeugt, daß in den Volksmassen keines einzigen anderen Staates ein solcher Gleichmut und sogar eine solche Bereitschaft vorhanden ist, der Frage des Prestiges als solchem mit heiterstem Spott zu begegnen. Wir glauben, daß die Diplomatie in der gegenwärtigen Epoche immer schneller dazu kommt, sich zu Prestigefragen ähnlich zu verhalten.

Unsere Nahostpolitik ist für uns eine Sache von überaus realem und unmittelbarem Lebensinteresse Rußlands und einer ganzen Reihe mit ihm föderierter Staaten. Könnten alle diese Staaten ihre Forderung, an der Nahostkonferenz teilzunehmen, nicht durchsetzen, so würde das eine solche Masse von Elementen der Feindseligkeit, der Konflikte und der Unzufriedenheit bedeuten, so würde das solche Erschwernisse in reinen Handelsfragen zwischen dem Osten Europas einerseits und allen anderen Staaten anderseits bedeuten, daß für ein friedliches Zusammenleben entweder keinerlei Boden bliebe oder dieses Zusammenleben außerordentlich erschwert würde.

Daher mißfällt der russischen Regierung der Pariser Vorschlag, Rußland nur zu dem Teil der Konferenz zuzulassen, der über die Frage der Meerengen entscheiden wird. Wir glauben, daß eine solche Einschränkung unweigerlich zu einer Reihe von höchst praktischen und unmittelbaren, insbesondere von ökonomischen, Unbequemlichkeiten führen wird, unter denen aller Wahrscheinlichkeit nach Frankreich und England selbst in allernächster Zukunft zu leiden haben werden.

4. *Frage.* Wie sieht das russische Programm zur Lösung der Frage der Meerengen aus?

Antwort. Unser Programm hinsichtlich der Meerengen (vorläufig natürlich erst ein ungefähres) enthält unter anderem:

Erstens Befriedigung der nationalen Bestrebungen der Türkei. Wir sind der Ansicht, daß das nicht nur die Interessen der nationalen Unabhängigkeit erfordern. Unsere fünfjährigen Erfahrungen bei der Lösung der nationalen Frage in einem Staat, der solch eine Fülle von Nationalitäten in sich vereint, wie sie schwerlich in anderen Ländern zu finden ist, geben uns die feste Überzeugung, daß die einzig richtige Stellung zu den Interessen der Nationen in derartigen Fällen die maximale Befriedigung dieser Interessen und die Schaffung von Verhältnissen ist, die jede Möglichkeit eines Konflikts auf diesem Boden ausschließen. Auf Grund unserer Erfahrungen haben wir die unerschütterliche Überzeugung gewonnen, daß nur größte Beachtung der Interessen der verschiedenen Nationen Konflikten den Boden entzieht, das gegenseitige Mißtrauen beseitigt, die Furcht vor irgendwelchen Intrigen beseitigt und — besonders bei Arbeitern und Bauern, die verschiedene Sprachen sprechen — das Vertrauen schafft, ohne das weder friedliche Beziehungen zwischen den Völkern noch eine halbwegs erfolgreiche Entwicklung alles dessen, was es an Wertvollem in der modernen Zivilisation gibt, überhaupt möglich sind.

Zweitens enthält unser Programm die Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe in Friedens- und in Kriegszeiten. Das ist im unmittelbaren nächstliegenden Interesse des Handels aller Mächte, nicht nur derjenigen, deren Territorium unmittelbar an diese Meerengen grenzt, sondern auch aller übrigen. Man muß bedenken, daß pazifistische Phrasen, Redensarten und Beteuerungen, manchmal sogar Schwüre gegen den Krieg und für den Frieden in der ganzen Welt außergewöhnlich oft zu hören sind, während wir der Bereitschaft, wirkliche Schritte, seien es auch nur die allereinfachsten, zur Sicherung des Friedens zu tun, in den meisten Staaten, besonders in den modernen zivilisierten Staaten, außergewöhnlich selten begegnen. Aber wir möchten sowohl in dieser wie auch in ähnlichen Fragen möglichst wenig allgemeine Erklärungen, feierliche Versprechungen und pompöse Formeln hören und dafür möglichst viele ganz einfache, ganz klare Beschlüsse und Maßnahmen sehen, die tatsächlich zum Frieden führen, von der völligen Beseitigung der Kriegsgefahr gar nicht zu sprechen.

Drittens enthält unser Programm hinsichtlich der Meerengen die volle Freiheit der Handelsschiffahrt. Und nach dem, was ich soeben gesagt habe,

halte ich es für völlig überflüssig, diesen Punkt zu erläutern und zu konkretisieren.

5. Frage. Ist die russische Regierung mit einer Kontrolle der Meerengen durch den Völkerbund einverstanden, vorausgesetzt, daß ihm auch Rußland, die Türkei, Deutschland und die Vereinigten Staaten angehören würden?

Oder fordert Rußland die Bildung einer besonderen Kommission zur Kontrolle der Meerengen?

Antwort. Wir sind natürlich Gegner des Völkerbundes, und ich denke, daß nicht nur unsere ökonomische und politische Ordnung mit ihren Besonderheiten unsere ablehnende Haltung zum Völkerbund hervorruft, sondern daß auch die Interessen des Friedens, betrachtet vom Standpunkt der konkreten Bedingungen der gesamten gegenwärtigen internationalen Politik überhaupt, unsere ablehnende Haltung vollauf rechtfertigen. Der Völkerbund trägt so offenkundig alle Züge seiner Herkunft aus dem Weltkrieg, ist so untrennbar mit dem Versailler Vertrag verbunden, ermangelt so ganz und gar dessen, was auch nur entfernt einer realen Herstellung der Gleichberechtigung der Nationen ähnelt, was reale Aussichten für ein friedliches Zusammenleben zwischen ihnen eröffnet, daß mir scheint, unsere ablehnende Haltung gegenüber dem Völkerbund ist verständlich und bedarf keiner weiteren Kommentare.

6. Frage. Bedeutet die Weigerung, das Abkommen mit Urquhart zu ratifizieren, einen Sieg der „linken Kommunisten"? Welches sind die objektiven Bedingungen, die es ermöglichen würden, die Verhandlungen wiederaufzunehmen und den Vertrag mit Urquhart zu ratifizieren?

Antwort. Die Frage des Abschlusses eines Vertrags mit Urquhart[89] wurde von unserer Regierung schon aufgeworfen, als ich krank und nicht in der Lage war, an den Regierungsgeschäften teilzunehmen. Daher bin ich zur Zeit über alle Details dieser Frage noch nicht vollständig informiert. Aber ich kann trotzdem mit aller Bestimmtheit sagen, daß von einem Sieg der linken Kommunisten gegenwärtig gar keine Rede ist und sein kann. Das weiß ich aus eigener unmittelbarer Beobachtung des Gangs der Regierungsgeschäfte.

Die Sache ist die, daß das ungerechtfertigte Auftreten Englands, das in dem Wunsch zum Ausdruck kam, uns nicht zur Konferenz zuzulassen, so unerwartet war, eine solche Empörung in Rußland auslöste und nicht nur

die rechten und die linken Kommunisten, sondern auch die große Masse der parteilosen russischen Bevölkerung, die Arbeiter und Bauern dermaßen zusammenschweißte, daß es zu keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den linken und den rechten Kommunisten kam und auch nicht kommen konnte.

Die Motivierung für unsere Ablehnung des Vertrags mit Urquhart hat, kann man sagen, nicht nur die Stimmung der gesamten Partei, sondern gerade des ganzen Volkes, d. h. die Stimmung der ganzen Arbeiter- und der ganzen Bauernmasse unmittelbar zum Ausdruck gebracht.

Die Wiederaufnahme von Verhandlungen und die künftige Ratifizierung des Vertrags mit Urquhart hängen vor allem davon ab, daß England die himmelschreienden Ungerechtigkeiten gegenüber Rußland aus der Welt schafft, die mit jeder Art Schmälerung seiner Rechte auf die Teilnahme an der Konferenz über die Nahostprobleme zusammenhängen. Was hingegen die uns von Urquhart vorgelegten konkreten Bedingungen betrifft, so hatte ich noch keine Zeit, mich mit ihnen eingehend genug zu befassen, und kann nur sagen, daß die Regierung beschlossen hat, den Befürwortern und Gegnern dieses Abkommens so bald wie möglich Gelegenheit zu geben, sich in unserer Presse zu äußern, um aus einer möglichst objektiven und motivierten Diskussion Material zu erhalten für eine ernsthafte Prüfung aller „Für" und „Wider" und für eine Lösung dieser Frage in einem Geiste, der den Interessen Rußlands weitestgehend entspricht.

7. *Frage.* Inwieweit sind die Beschuldigungen der antirussischen Presse in England berechtigt, in denen behauptet wird, daß die kürzlichen Verhaftungen von Industriellen in Moskau das Ende der Neuen Ökonomischen Politik und die Rückkehr zur Politik der Nationalisierung und der Konfiskation bedeuten?

Antwort. Zu Ihrer Frage betreffend die Beschuldigung der antirussischen Presse in England, wonach wir „Industrielle in Moskau" verhaftet haben, muß ich sagen, daß ich gerade heute in unserer Zeitung („Iswestija") eine Notiz mit der Überschrift „Verhaftung von Spekulanten der schwarzen Börse" gelesen habe. Kein geringerer als der Leiter der Ökonomischen Verwaltung bei der Staatlichen Politischen Verwaltung, Gen. S. B. Kaznelson, schreibt in dieser Notiz, daß von irgendeiner Verhaftung von Industriellen überhaupt nicht die Rede war und daß „die von Feinden der Sowjetmacht sowohl im Innern der RSFSR als auch im Ausland ver-

breiteten Gerüchte, wonach diese Verhaftungen eine Verfolgung des freien Handels darstellen, in Wirklichkeit *absolut unsinnige* Hirngespinste sind, denen die bestimmte konterrevolutionäre Absicht zugrunde liegt, die sich anbahnenden wirtschaftlichen Beziehungen zu Westeuropa zu stören".

In Wirklichkeit sind ausschließlich Spekulanten der sogenannten schwarzen Börse verhaftet worden, und im Besitz unserer Behörden befinden sich Unterlagen, aus denen die Verbindung dieser Börsen- und Valutaschieber zu einigen Mitarbeitern ausländischer Missionen in Moskau hervorgeht, wobei aus diesen Angaben nicht nur der Verkauf von Platin, Gold (Barren) hervorgeht, sondern auch *die Organisierung eines Schmuggels dieser Werte ins Ausland.*

Daraus können Sie sehen, daß die Gerüchte, wir machten mit der „Neuen Ökonomischen Politik" Schluß, absolut gegenstandslos sind und daß die Beschuldigungen der antirussischen Presse in England, die durch unerhört dreiste Entstellung der Dinge und durch Betrug unsere Politik in falschem Licht darzustellen versucht, im höchsten Grade verlogen sind. In Wirklichkeit war in irgendwelchen Regierungskreisen absolut gar keine Rede davon, mit der „Neuen Ökonomischen Politik" Schluß zu machen und zur alten zurückzukehren. Die ganze Regierungstätigkeit ist, unter anderem auf der zur Zeit stattfindenden Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, darauf gerichtet, das, was man als Neue Ökonomische Politik bezeichnet, möglichst fest gesetzlich zu verankern, um jede Möglichkeit einer Abweichung davon auszuschalten.

27. X. 1922

„Prawda" Nr. 254,
10. November 1922.

Nach einer von W. I. Lenin korrigierten maschinegeschriebenen Kopie.

REDE AUF DER IV. TAGUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES DER IX. WAHLPERIODE 31. OKTOBER 1922[90]

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall. Alle erheben sich.) Genossen! Gestatten Sie, daß ich mich nur auf einige Begrüßungsworte beschränke. Vor allem ist es natürlich angebracht, unsere Grüße der Roten Armee zu senden, die dieser Tage wieder einmal ihren Heldenmut bewies, als sie Wladiwostok einnahm und das ganze Territorium der letzten unter den mit Sowjetrußland verbundenen Republiken säuberte. Ich bin überzeugt, daß ich die allgemeine Meinung ausspreche, wenn ich sage, daß wir alle hier diese neue Heldentat der Roten Armee begrüßen und auch begrüßen, daß zur Beendigung des Krieges offensichtlich ein ziemlich entscheidender Schritt getan worden ist: Die letzten Kräfte der Weißgardisten sind ins Meer geworfen worden. (Beifall.) Ich denke, unsere Rote Armee hat uns für lange Zeit von jeder möglichen Wiederholung eines Ansturms der Weißgardisten gegen Rußland oder irgendeine der Republiken befreit, die direkt oder indirekt, eng oder mehr oder weniger entfernt mit uns verbunden sind.

Um aber nicht unversehens in den Ton übertriebenen Eigenlobs zu verfallen, müssen wir zugleich auch sagen, daß dabei nicht nur der Heldenmut und die Stärke der Roten Armee eine Rolle gespielt haben, sondern auch die internationale Lage und unsere Diplomatie.

Es gab eine Zeit, in der Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika Verträge über die Unterstützung Koltschaks unterzeichnet haben. Diese Zeit liegt so weit zurück, daß viele von uns sie wohl ganz vergessen haben dürften. Aber es hat eine solche Zeit gegeben. Und wenn wir erreicht haben, daß derartige Verträge bereits unmöglich sind, daß die Japaner

ungeachtet ihrer ganzen militärischen Stärke ihren Abzug erklärten und dieses Versprechen erfüllten, so liegt hier natürlich auch ein Verdienst unserer Diplomatie vor. In allernächster Zeit werden sich unsere Diplomaten noch einmal in einer Frage von erstrangiger Bedeutung zu bewähren haben, in einer Frage, an der wir zutiefst interessiert sind — ich meine die Nahostkonferenz, die England am 13. November in Lausanne einberuft. Ich bin überzeugt, daß unsere Diplomaten auch dort ihren Mann stehen werden und daß wir die Interessen aller föderativen Republiken gemeinsam mit der RSFSR auch dort zu behaupten wissen werden; jedenfalls werden wir zu erreichen verstehen, daß wir den Massen klar zeigen, wo das Hindernis ist, worin es besteht und in welchem Grade es unseren höchst berechtigten Wünschen und Bestrebungen zuwiderläuft, und nicht nur den unseren, sondern auch denen aller Staaten, die an der Frage der Meerengen interessiert sind.

Auf diese kurzen Bemerkungen über die Außenpolitik möchte ich mich beschränken und gehe jetzt zu der von Ihnen geleisteten Arbeit über.

Ich glaube, wir haben hier gar nicht geringe Erfolge erzielt, obwohl die geleistete Arbeit vielleicht manchem auf den ersten Blick nicht so wichtig erschien oder erscheint. Nehmen wir das erste Gesetzbuch, das Sie schon in Kraft gesetzt haben — das Arbeitsgesetzbuch. Es ist eine große Errungenschaft der Sowjetmacht, daß wir zu einer Zeit, wo alle Länder gegen die Arbeiterklasse zu Felde ziehen, mit einem Gesetzbuch hervortreten, das die Grundlagen der Arbeitergesetzgebung, wie zum Beispiel den Achtstundentag, fest verankert. Zwar könnte man vielleicht betreffs dieses Gesetzbuches diesen oder jenen weitergehenden Wunsch äußern. Ich meine jedoch, daß ein solches Verlangen nicht richtig wäre.

Wir müssen berücksichtigen, daß wir im Vergleich zu all den Staaten, in denen jetzt ein toller kapitalistischer Konkurrenzkampf vor sich geht, in denen es Millionen und aber Millionen Arbeitslose gibt, in denen die Kapitalisten sich selbst zu mächtigen kapitalistischen Vereinigungen zusammenschließen und einen Feldzug gegen die Arbeiterklasse organisieren — daß wir im Vergleich zu ihnen kulturell weniger entwickelt sind, daß der Stand der Produktivkräfte bei uns niedriger ist als bei ihnen allen, daß wir schlechter zu arbeiten verstehen als sie alle. Es ist vielleicht sehr unangenehm, daß wir das zugeben müssen. Aber ich denke, gerade

deshalb, weil wir solche Dinge nicht mit schönfärberischen Phrasen und amtlichen Verlautbarungen zudecken, sondern sie offen eingestehen, gerade deshalb, weil wir uns all dessen bewußt sind und uns nicht scheuen, es von der Tribüne herab zu sagen, weil zur Abstellung dieser Dinge mehr Kräfte eingesetzt sind als in jedem beliebigen anderen Staat, werden wir auch erreichen, daß wir die anderen Staaten mit einer Schnelligkeit einholen, die sie sich nicht träumen ließen.

Natürlich ist das keine phantastische Schnelligkeit, natürlich bedarf es einiger Jahre beharrlichster Arbeit, um das zu erreichen. Von heute auf morgen bringt man selbstverständlich nichts zustande. Wir haben schon fünf Jahre hinter uns und haben gesehen, mit welcher Schnelligkeit sich gesellschaftliche Verhältnisse ändern. Wir haben verstehen gelernt, was Zeit bedeutet. Und wir müssen das auch weiterhin lernen. An eine phantastische Schnelligkeit irgendwelcher Veränderungen wird bei uns niemand glauben, aber dafür an eine wirkliche Schnelligkeit, an eine Schnelligkeit im Vergleich zu jeder beliebigen Periode der bisherigen geschichtlichen Entwicklung — an eine solche Schnelligkeit, wenn die Bewegung von einer wahrhaft revolutionären Partei geleitet wird, an eine solche Schnelligkeit glauben wir, und eine solche Schnelligkeit werden wir um jeden Preis erreichen.

Nun komme ich zum Bodengesetzbuch, das von Ihnen beschlossen worden ist. Sie wissen, in dieser Beziehung haben unsere Gesetze nach dem berühmten 25. Oktober 1917, zum Unterschied von allen anderen Gesetzen, vom ersten Tage an sofort eine Regelung der Bodenfrage getroffen, die technisch und vielleicht auch juristisch sehr unvollkommen war, die aber alles Wesentliche enthielt, was für den Bauern absolut notwendig ist und was sein Bündnis mit dem Arbeiter gewährleistet hat. Und seitdem haben wir, so schwer es uns auch fiel, die verflossenen fünf Jahre in ununterbrochenen Kriegen durchzustehen, unsere Bemühungen nicht aufgegeben, das Bedürfnis des Bauern nach Land maximal zu befriedigen. Und wenn sich das jetzt von Ihnen angenommene Gesetz auch in dieser oder jener Beziehung als verbesserungsbedürftig erweisen sollte, so werden wir diese weiteren Korrekturen, die weiteren Verbesserungen ebenso ohne jede Schwierigkeit annehmen, wie Sie eben jetzt die Korrekturen und Verbesserungen zu unserem Strafgesetzbuch angenommen haben. Die Frage des Bodens, die Frage der Lebenshaltung der übergroßen Mehr-

heit der Bevölkerung — der bäuerlichen Bevölkerung — ist für uns eine grundlegende Frage. In dieser Hinsicht haben wir bereits erreicht, daß der russische Bauer weiß, daß jeder Vorschlag, die alten Gesetze abzuändern, bei uns niemals auf Widerstand stößt, sondern stets Unterstützung und wohlwollendstes Verständnis in unserer höchsten gesetzgebenden Körperschaft findet.

Dann hatten Sie noch solche Fragen zu behandeln wie das Zivilgesetzbuch und das allgemeine Gerichtswesen. Bei der Politik, die wir strikt durchführen und in bezug auf die es bei uns keine Schwankungen geben kann, ist das für die breite Masse der Bevölkerung eine äußerst wichtige Frage. Wir haben uns auch hier bemüht, den Trennungsstrich zu ziehen zwischen dem, was eine berechtigte Befriedigung der Bedürfnisse eines jeden Bürgers im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Umschwung ist, und dem, was Mißbräuche der NÖP sind, die in allen Staaten als legal gelten, die wir aber nicht legalisieren wollen. Inwieweit diese Korrekturen, die Sie speziell mit diesem Ziel vorgenommen und die Sie gutgeheißen haben, erfolgreich sein werden, wird die Zukunft zeigen. Wir werden uns in dieser Hinsicht keinesfalls die Hände binden. Wenn die Praxis des Lebens Mißbräuche zutage fördert, die wir früher nicht wahrgenommen haben, werden wir sofort die notwendigen Korrekturen vornehmen. Was das betrifft, so wissen Sie alle natürlich sehr wohl, daß die anderen Staaten eine solche Schnelligkeit in der Gesetzgebung, wie sie bei uns üblich ist, leider nicht kennen. Wir wollen sehen, ob die nahe Zukunft sie nicht zwingen wird, sich auch darum zu kümmern, Sowjetrußland in dieser Hinsicht ein wenig einzuholen.

Von anderen nicht weniger wichtigen Fragen sei eine Frage herausgegriffen, die Sie hier ebenfalls endgültig entschieden haben. Das ist die Frage der örtlichen Sowjetkongresse und der Gouvernements-Exekutivkomitees. Das ist eine Frage, mit deren Lösung man bisher bei allen früheren Systemen der Gesetzgebung und bei allen früheren Verfassungen sehr gezögert hat. Das wurde für unwichtig gehalten. Man glaubte, in der Provinz könne man alles beim alten lassen. Wir denken entgegengesetzt. Wenn unsere Revolution wirkliche Erfolge erzielte, dann unserer Überzeugung nach deshalb, weil wir gerade den örtlichen Machtorganen, den örtlichen Erfahrungen immer die größte Aufmerksamkeit geschenkt haben. Wenn die Revolution im Oktober 1917 mit einem Schlage solche

Erfolge erzielte, daß uns gegen das Frühjahr 1918 der Krieg schon beendet zu sein schien — in Wirklichkeit hatte er erst angefangen, und zwar in der schlimmsten Form des Bürgerkriegs angefangen; in Wirklichkeit bedeutete der Frieden mit den Deutschen eine Unterstützung der schlimmsten Elemente des Bürgerkriegs durch diese Deutschen; in Wirklichkeit bedeutete der damalige Frieden mit den Deutschen, der im Herbst zusammenbrach, durchweg eine Unterstützung dieser Elemente auch durch die alliierten Mächte, die uns dazu noch des Friedensschlusses mit den Deutschen beschuldigten. Und wenn sich, sage ich, die Revolution mit solcher Schnelligkeit in wenigen Monaten, ja wenigen Wochen, ausbreitete und durchsetzte, so deshalb, weil wir uns voll und ganz auf die örtlichen Kräfte stützten, weil wir ihnen die Möglichkeit voller Handlungsfreiheit ließen, weil wir eben von der Peripherie jenen Enthusiasmus erwarteten, der unsere Revolution unüberwindlich machte und sie zu raschem Handeln befähigte. Ich weiß, daß die Peripherie seitdem viele höchst unterschiedliche, nun, sagen wir, Perturbationen durchzumachen hatte. Die Stellung der Peripherie zum Zentrum war für uns eine nicht geringe Aufgabe, und ich möchte durchaus nicht behaupten, daß wir diese Aufgabe immer ideal gelöst hätten. Bei dem allgemeinen Kulturniveau, das wir haben, ist an solch eine ideale Lösung auch gar nicht zu denken. Aber daß sie aufrichtiger, lebenswahrer und dauerhafter als in jedem beliebigen anderen Staat gelöst worden ist, das können wir kühn behaupten.

Zum Schluß berühre ich nur noch eine Frage, die mich besonders interessiert und die, meine ich, auch Sie alle interessieren muß, obwohl sie formal gesehen weder auf Ihrer Tagesordnung noch in der Fragenliste steht. Das ist die Frage unseres Staatsapparats — eine alte und ewig neue Frage.

Im August 1918 haben wir eine Zählung unseres Apparats in Moskau vorgenommen. Wir erhielten eine Zahl von 231 000 Staats- und Sowjetangestellten in Moskau. Diese Zahl umfaßte die Angestellten sowohl der zentralen als auch der städtischen Moskauer Institutionen. Unlängst, im Oktober 1922, haben wir diese Zählung noch einmal vorgenommen, in der Überzeugung, daß wir unseren aufgeblasenen Apparat eingeschränkt hätten und daß er sicher schon kleiner sein müsse. Er kam auf rund 243 000 Personen. Da haben Sie das Fazit aller Einschränkungen. Dieses Beispiel erheischt, daß noch eine große Arbeit geleistet wird, um es zu

untersuchen und Vergleiche anzustellen. Damals, als wir 1918 sozusagen im ersten Eifer der Reform eine solche Zählung vornahmen, konnten wir, offen gesagt, fast nichts Brauchbares aus ihren Ergebnissen ableiten. Wir hatten anderes zu tun. Der Bürgerkrieg ließ uns keine freie Minute. Jetzt hoffen wir, daß das getan wird. Wir sind davon überzeugt, daß unser Apparat, der an sehr vielen Mängeln leidet, der um weit mehr als das Doppelte zu groß ist, der sehr oft nicht für uns, sondern gegen uns arbeitet — diese Wahrheit auszusprechen, braucht man sich nicht zu scheuen, auch wenn es von der Tribüne der höchsten gesetzgebenden Körperschaft unserer Republik aus geschieht —, verbessert werden wird. Um ihn zu verbessern ist viel Arbeit und Geschick erforderlich. Es sind bei uns Anfänge zu sehr ernsthafter Arbeit an der Frage vorhanden, worin diese Verbesserung konkret bestehen muß, aber bisher sind das nur Anfänge — einzelne Artikel und einzelne örtliche Untersuchungen. Wenn wir alle von hier mit dem Entschluß weggehen, dieser Frage weit mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als es bisher gewöhnlich geschehen ist, mit dem Entschluß, weniger Zeit durch Hast und Durcheinander zu verlieren — und wir alle verlieren dadurch unverhältnismäßig viel Zeit —, und wenn wir unseren Apparat wirklich untersuchen und Jahr für Jahr daran arbeiten werden, dann wird das eine gewaltige Errungenschaft sein, und das wird auch unseren Erfolg gewährleisten. Wir müssen den Mut haben zu sagen, daß wir unseren Apparat spontan schaffen. Die besten Arbeiter nahmen die schwersten Pflichten auf sich, sowohl auf militärischem als auch auf zivilem Gebiet, sie machten dabei auf Schritt und Tritt Fehler, aber sie verstanden es, sich zu korrigieren und zu arbeiten. Das Mißverhältnis zwischen diesen mutigen Menschen, die vielleicht nach Dutzenden zählen, und jenen Hunderten, die dasitzen und die Arbeit sabotieren oder halb sabotieren, sich in Berge von Papier vergraben, dieses Mißverhältnis hat unsere lebendige Sache sehr oft in einem unermeßlichen Papiermeer fast untergehen lassen. Wir werden diese Frage, die wir bisher nicht studieren konnten, aufs gründlichste studieren müssen. Jahre werden vergehen müssen, Jahre werden wir lernen müssen, weil das Kulturniveau unserer Arbeiter niedrig ist und es den Arbeitern schwerfällt, die völlig neue Sache der Produktion in die Hand zu nehmen, aber nur auf die Arbeiter allein, auf ihre Aufrichtigkeit und ihren Enthusiasmus können wir uns verlassen. Jahre werden vergehen müssen, bis wir

erreichen, daß unser Staatsapparat verbessert wird, daß er die höchsten Stufen der Kultur erklimmt — nicht im Sinne einzelner Personen, sondern in seinem ganzen Umfang. Ich bin überzeugt, wenn wir künftig unsere Kräfte einer solchen Arbeit widmen, dann werden wir unbedingt und unumgänglich zu den besten Ergebnissen gelangen. (Anhaltender Beifall.)

„Prawda" Nr. 247,
1. November 1922.

Nach dem Text der „Prawda",
verglichen mit dem Stenogramm.

AN DIE „PETROGRADSKAJA PRAWDA"[91]

1. XI. 1922

Liebe Genossen! Von ganzem Herzen beglückwünsche ich Sie zum fünften Jahrestag der Oktoberrevolution und wünsche, daß wir im kommenden Jahrfünft an der friedlichen Front mit dem gleichen Erfolg kämpfen werden wie bisher an der militärischen Front.

Mit den besten Grüßen und Wünschen
Ihr *W. Uljanow (Lenin)*

„Petrogradskaja Prawda" Nr. 251, 5. November 1922.

Nach dem Manuskript.

AN DIE „PRAWDA"

Liebe Genossen! Ich beglückwünsche Sie herzlich zum fünften Jahrestag der Oktoberrevolution. Es ist mein Wunsch, daß wir im kommenden Jahrfünft, und zwar in friedlicher Arbeit, nicht weniger erreichen, als wir bisher mit der Waffe in der Hand erreicht haben.

Ihr *Lenin*

2. XI. 1922

„Prawda" Nr. 252,
7. November 1922.

Nach dem Manuskript.

AN DIE ERSTE INTERNATIONALE KONFERENZ DER KOMMUNISTISCHEN GENOSSENSCHAFTLER[92]

Ich begrüße die völlig zeitgemäße Einberufung der Internationalen Konferenz der kommunistischen Genossenschaftler und wünsche ihr vollen Erfolg.

Gemeinsam mit den Konferenzteilnehmern lege ich mir Rechenschaft ab über die Kompliziertheit und Schwierigkeit der gestellten Aufgabe — der Eroberung des genossenschaftlichen Apparats zum Nutzen der Weltrevolution.

Ich werde mich sehr freuen, wenn es uns gelingen wird, durch die Erfahrung der in Rußland durchgeführten Arbeit auch der allgemeinen Sache Nutzen zu bringen.

Geschrieben am 2. November 1922.
Veröffentlicht am 3. November 1922 in der „Prawda" Nr. 249.

Nach dem Text der „Prawda".

AN DEN GESAMTRUSSISCHEN KONGRESS DER STATISTIKER[93]

4. November 1922

Ich danke Ihnen von Herzen für die Grüße und bitte, meinen Dank und die besten Wünsche für eine erfolgreiche Arbeit entgegenzunehmen.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

„Prawda" Nr. 251,
5. November 1922.

Nach dem von W. I. Lenin unterzeichneten Original.

INTERVIEW FÜR DEN KORRESPONDENTEN DES „MANCHESTER GUARDIAN", A. RANSOME

ERSTE VARIANTE

1. Frage. Ich habe eine große ökonomische Belebung vorgefunden, alle kaufen und verkaufen, und offensichtlich entsteht eine neue Handelsklasse. Ich frage: *Wieso sind die NÖP-Leute keine politische Kraft, und wieso gibt es bei ihnen keine Anzeichen des Bestrebens, eine politische Kraft zu sein?*

Antwort. Ihre erste Frage erinnert mich an ein Gespräch, das ich vor langer, langer Zeit in London hatte. Es war an einem Samstagabend. Ich ging mit einem Freund spazieren, vor etwa zwanzig Jahren. Die Straßen waren ungewöhnlich belebt. Überall hatten sich auf den Straßen Händler niedergelassen, die ihre Waren mittels kleiner Metallröhrchen mit Öl oder etwas Ähnlichem beleuchteten. Die Lichtchen waren sehr schön. Der Verkehr auf den Straßen war geradezu außergewöhnlich. Alle kauften oder verkauften.

In Rußland gab es damals eine Richtung, deren Anhänger wir als „Ökonomisten" bezeichneten. Unter dieser etwas burschikosen Bezeichnung verstanden wir die naive Vereinfachung der Marxschen Auffassungen des historischen Materialismus. Mein Freund war ein „Ökonomist" und fing sogleich an, seine Weisheit auszukramen. Dieser ungewöhnlichen ökonomischen Betriebsamkeit, meinte er, müßte das Bestreben folgen, eine politische Kraft zu sein. Ich habe über eine solche Mißdeutung von Marx nur gelacht. Eine Vielzahl von Kleinhändlern und ihre äußerst lebhafte Tätigkeit zeugen noch keineswegs von großer ökonomischer Kraft einer Klasse, von der man auf „politische Kraft" schließen kann und muß. London ist sicher auf einem etwas komplizierteren Wege zu einer welt-

weiten, und zwar sowohl ökonomischen als auch politischen Kraft des Handels geworden, als es sich mein Gesprächspartner vorstellte, und die Straßenhändler in London waren ungeachtet ihrer bemerkenswerten Lebhaftigkeit von „politischer" Kraft oder auch nur von dem Streben danach ziemlich weit entfernt.

Ich fürchte, daß Ihre Frage, warum es denn bei unserem „NÖP-Mann" (d. h. dem Straßenhändler? dem Kleinhändler?) keine „Anzeichen des Bestrebens, eine politische Kraft zu sein", gibt, bei uns ein Lächeln hervorrufen wird und wir darauf antworten werden: aus demselben Grunde, aus dem es bei der Menschenmenge auf den Straßen Londons, die an den Samstagen auf den Straßen kaufte und verkaufte, in England keine „Anzeichen des Bestrebens, eine politische Kraft zu sein", gab.

2. *Frage.* Ich gewinne den Eindruck, daß in Rußland gegenwärtig der Kauf und Verkauf und der Tausch äußerst gewinnbringend sind, während eine Produktion nur in den seltensten Fällen möglich ist. Der Kauf und Verkauf und der Tausch befinden sich in den Händen der NÖP-Leute. Die gewinnbringende Produktion erfolgt größtenteils im kleinen Maßstab und befindet sich in den Händen von Privatpersonen. Die *verlustbringende* Produktion befindet sich in den Händen des Staates. Ich frage: *Bedeutet das nicht eine ständige ökonomische Erstarkung der NÖP-Leute und eine ständige Schwächung des Staates?*

Antwort. Ich fürchte, daß Ihre zweite Frage ebenfalls von einem fast „ökonomistischen" Standpunkt in dem obenerwähnten Sinne gestellt wird. Bastiat war, scheint es, ernstlich der Meinung, daß „die alten Griechen und Römer vom Raub lebten". Er hat sich nicht sehr um die „ökonomische" Frage gekümmert, woher denn das kam, was diese vom Raub lebenden Personen raubten.

Sie „gewinnen den Eindruck, daß in Rußland gegenwärtig der Kauf und Verkauf und der Tausch sehr gewinnbringend sind", „während eine Produktion nur in den seltensten Fällen möglich ist".

Ich war sehr erstaunt, eine solche Schlußfolgerung auf Grund von Beobachtungen in den Moskauer Straßen zu lesen. Wo bleiben denn, dachte ich, die Millionen und aber Millionen russischer Bauern? Daß sie das Land bebauen, ist doch wohl nicht selten und nicht sehr selten, sondern überwiegend der Fall in Rußland? „Sogar" ein häufigerer Fall als der „Kauf und Verkauf" irgendwelcher Dinge durch die „NÖP-Leute"? Und anscheinend ist die bäuerliche Produktion in Rußland nicht nur „möglich",

sondern auch äußerst „gewinnbringend". Woher kämen sonst die Hunderte Millionen Pud Naturalsteuer, die unsere Bauern dem Staat bereits so ungewöhnlich schnell und leicht entrichtet haben? Woher käme der allgemeine Aufschwung der Bautätigkeit sowohl in den Dörfern des unermeßlichen Rußlands als auch in den Städten, der jetzt von jedermann beobachtet wird?

Versteht der Fragesteller etwa unter „äußerst gewinnbringendem Verkauf und Tausch" den Kleinhandel, wo ein Kleinhändler manchmal Millionen und aber Millionen Gewinne in russischer Währung einstreicht, deren Kurs fällt, wo eine Million auf dem freien Markt weniger wert ist, als früher ein Rubel wert war? Ein solcher Irrtum ist doch kaum möglich, denn unser Staat streicht jetzt — bereits seit einigen Monaten — die „überflüssigen" Nullen auf unserem Papiergeld. Gestern war es eine Billion, aber heute werden vier Nullen gestrichen, und es bleiben zehn Millionen. Der Staat wird davon nicht reicher, aber anzunehmen, daß er „geschwächt wird", ist sehr seltsam, denn ein Schritt vorwärts zur Verbesserung des Geldes ist hier offensichtlich. Der NÖP-Mann fängt an zu sehen, wie die Stabilisierung des Rubels beginnt; z. B. war das in diesem Sommer zu sehen; der NÖP-Mann fängt an zu begreifen, daß das „Streichen" der Nullen auch weitergehen wird, und ich bezweifle, daß es durch sein „Bestreben, eine politische Kraft zu sein", aufgehalten wird.

Ich wende mich wieder der Produktion zu. Der Boden ist bei uns in den Händen des Staates. Die Kleinbauern, die ihn besitzen, entrichten die Steuer vorbildlich. Die Industrieproduktion lebt sichtlich auf, was die sogenannte Leichtindustrie betrifft, und sie ist oft entweder Eigentum des Staates unter der Verwaltung seiner Angestellten oder im Besitz von Pächtern.

Deshalb besteht kein Grund, „eine ständige Schwächung des Staates" zu befürchten.

Man *muß nicht zwischen Produktion und Handel unterscheiden, sondern* zwischen der Produktion in der Leichtindustrie und der Produktion in der Schwerindustrie. Diese letztere ist wirklich unvorteilhaft, und daher rührt die wirklich schwierige Lage unseres Staates. Darüber weiter unten.

3. *Frage.* Es gibt Andeutungen, daß der Versuch gemacht wird, den NÖP-Mann (durch Besteuerung) zu zwingen, die Produktion finanziell zu unterstützen. Ich frage: *Wird das nicht lediglich zur Erhöhung der Preise, zur*

Erhöhung des Gewinns der NÖP-Leute und indirekt zu der Notwendigkeit führen, den Arbeitslohn zu erhöhen – und somit eine Rückkehr zur früheren Lage bedeuten?

Antwort. In den Händen des Staates befinden sich Hunderte Millionen Pud Getreide. Unter solchen Umständen ist keinesfalls zu erwarten, daß die Steuern *„lediglich"* die Preise erhöhen werden. Die Steuern werden uns auch eine Einnahme von den NÖP-Leuten und den Produzenten zur Unterstützung der Industrie bringen, insbesondere zur Unterstützung der Schwerindustrie.

4. Frage. Nach den üblichen kapitalistischen Maßstäben zu urteilen, müßte die ökonomische Lage schlechter sein. Nach den kommunistischen Maßstäben zu urteilen, müßte die Lage auch schlechter sein (Niedergang der Schwerindustrie). Dennoch gibt jeder, den ich treffe, zu, daß seine Lage besser ist als vor einem Jahr. Offenbar geht etwas vor sich, was sich weder mit der kapitalistischen noch mit der kommunistischen Ideologie verträgt. Sowohl diese als auch jene setzen einen Fortschritt voraus. Aber wenn wir nun zurückgehen, anstatt vorwärtszugehen? Ich frage: *Ist es denn unmöglich, daß wir nicht zu neuem Wohlstand vorwärtsschreiten, sondern zur alten Lage zurückkehren?* Ist es denn unmöglich, daß sich Rußland rückwärts bewegt, zur Periode der landwirtschaftlichen Produktion, die seinen Bedürfnissen ungefähr entspricht, und zum belebten Binnenhandel, der von ausländischer Einfuhr nur unbedeutend berührt wird? Ist denn nicht eine ähnliche Periode unter der proletarischen Diktatur denkbar, wie sie früher unter der feudalen Diktatur bestanden hat?

Antwort. Zuerst wollen wir nach den „üblichen kapitalistischen Maßstäben urteilen". Den ganzen Sommer über war unser Rubel stabil. Das ist ein sichtbarer Beginn der Verbesserung. Die Belebung der bäuerlichen Produktion und der Leichtindustrie ist ebenfalls unzweifelhaft. Auch eine Verbesserung. Schließlich hat unsere Staatsbank einen Reingewinn von nicht weniger als 20 Millionen Goldrubel erzielt (dies zumindest; in Wirklichkeit mehr). Das ist wenig, aber zweifellos eine Verbesserung. Das ist wenig, aber zweifellos ein Anfang, um den Fonds für die Schwerindustrie zu vergrößern.

Weiter. Gehen wir nun zur Beurteilung nach den kommunistischen Maßstäben über. Alle drei aufgezählten Umstände sind auch vom kommunistischen Gesichtspunkt aus Pluspunkte, denn bei uns liegt die Staatsgewalt in den Händen der Arbeiter. Sowohl der *Schritt* zur Stabilisierung des Rubels als auch die Belebung der bäuerlichen Produktion und der

Leichtindustrie und auch der *Beginn* der Gewinne der Staatsbank (das heißt des Staates) — all dies ist **auch** vom kommunistischen Gesichtspunkt aus ein Plus.

Wie ist so etwas möglich, daß Kapitalismus und Kommunismus einander entgegengesetzt sind, aber verschiedene Umstände von *den beiden einander entgegengesetzten Gesichtspunkten* aus *Pluspunkte* darstellen? Das ist möglich, denn der Übergang zum Kommunismus ist **auch** über den Staatskapitalismus möglich, wenn die Macht im Staat in den Händen der Arbeiterklasse liegt. Genau das ist „gegenwärtig bei uns der Fall".

Der Niedergang der Schwerindustrie ist unser Minus. Der Beginn von Einnahmen aus der Staatsbank und aus dem Außenhandel ist die Vorbereitung zu einer Verbesserung der Lage auch auf diesem Gebiet. Die Schwierigkeiten dabei sind groß, aber die Sache ist keineswegs hoffnungslos.

Weiter. Ist es nicht möglich, daß wir zu einer Art „feudaler Diktatur" zurückkehren? Das ist keineswegs möglich, denn langsam, mit Unterbrechungen, mit zeitweiligen Schritten nach rückwärts steigen wir auf der Linie des Staatskapitalismus empor. Und das ist eine Linie, die uns vorwärtsführt, zum Sozialismus und zum Kommunismus (als der höchsten Stufe des Sozialismus), keineswegs aber zurück zum Feudalismus.

Es wächst der Außenhandel; es verstärkt sich, wenn auch mit Unterbrechungen, die Stabilisierung des Rubels; ein Aufschwung in der Industrie sowohl in Petrograd als auch in Moskau ist offensichtlich; ein kleiner, sehr kleiner Anfang ist gemacht in der Bereitstellung von staatlichen Mitteln zur Unterstützung der Schwerindustrie usw. Das alles beweist, daß Rußland vorwärtsgeht und nicht rückwärts, obzwar, ich wiederhole, sehr langsam und mit Unterbrechungen.

5. *Frage.* Oder sind wir Zeugen eines traurigen Schauspiels der *Vergeudung von Kapital, das in der Produktion verwendet werden sollte?*

Antwort. Diese Frage ist bereits durch das vorher Dargelegte beantwortet.

6. *Frage.* Außer diesen Fragen hätte der „Manchester Guardian" gern aus Ihrem Munde ein Dementi der zur Zeit in Moskau lebhaft zirkulierenden Gerüchte gehört, wonach diesen Winter erneut das Kartensystem eingeführt wird und die Warenlager der NÖP-Leute vollständig requiriert werden.

Antwort. Gern bestätige ich die völlige Haltlosigkeit der Gerüchte, daß wir vorhätten, zum Kartensystem zurückzukehren oder die „Warenlager der NÖP-Leute vollständig zu requirieren".

Das sind Ammenmärchen. Wir denken nicht im entferntesten an etwas Derartiges.

Man kann sich im gegenwärtigen Rußland auch nichts Derartiges vorstellen. Das sind böswillig in die Welt gesetzte Gerüchte von Leuten, die auf uns sehr böse, aber nicht sehr klug sind.

7. *Frage.* Habe ich recht mit der Annahme, daß der Vertrag mit Urquhart nicht endgültig abgelehnt, sondern nur bis zur Wiederherstellung normaler freundschaftlicher Beziehungen zur englischen Regierung aufgeschoben ist?

Antwort. In bezug auf Urquhart haben Sie absolut recht. Ich wiederhole, was ich kürzlich Farbman gesagt habe.* Die Konzession Urquharts haben wir nicht endgültig abgelehnt. Wir haben sie nur aus dem von uns öffentlich genannten politischen Grund abgelehnt. Wir haben in unserer Presse eine offene Erörterung aller *Für* und *Wider* begonnen. Und wir hoffen, daß wir uns nach dieser Erörterung sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht eine endgültige Meinung bilden werden.

5. XI. 1922

In englischer Sprache veröffentlicht am 22. November 1922 in der Zeitung „The Manchester Guardian" Nr. 23 797.

In russischer Sprache zuerst veröffentlicht 1930.

Nach dem Manuskript.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 369–375. *Die Red.*

ZWEITE (UNVOLLENDETE) VARIANTE

Auf Ihre Fragen antworte ich:

1. Ich denke, daß der „NÖP-Mann", d. h. der Vertreter des wachsenden Handels bei der „Neuen Ökonomischen Politik", eine politische Kraft zu sein wünscht, aber keinerlei Anzeichen dafür erkennen läßt bzw. sich so verhält, daß seine Wünsche verborgen bleiben. Er muß bestrebt sein, seine Wünsche zu verheimlichen, denn sonst riskiert er, auf eine ernsthafte Opposition seitens unserer Staatsmacht zu stoßen, ja manchmal auf etwas Schlimmeres als auf Opposition, d. h. auf direkte Feindseligkeit.

Ich bin der Meinung, daß angesichts der Konzentration der überwiegenden Mehrzahl der Produktionsmittel in den Händen unserer Staatsmacht das wirkliche ökonomische Bedürfnis der Kleinbourgeoisie die Freiheit des Kaufs und Verkaufs von Gebrauchsgegenständen ist. Unsere Gesetzgebung garantiert der Kleinbourgeoisie diese Freiheit.

Das Wort NÖP-Mann, das Sie verwenden, führt zu gewissen Mißverständnissen. Das Wort ist gebildet aus der Abkürzung „NÖP", was „Neue Ökonomische Politik" bedeutet, und dem Zusatz „Mann", was „Mensch oder Vertreter dieser Neuen Ökonomischen Politik" bedeutet. In der Zeitungssprache kam das Wort anfangs als scherzhafte Bezeichnung für den Kleinhändler oder für jemanden auf, der die Freiheit des Handels für jederlei Art von Mißbrauch ausnutzt.

Äußerlich gesehen, fällt an der Neuen Ökonomischen Politik vor allem auf, daß ein „NÖP-Mann" dieses Schlages oder jeder, der „verkauft und kauft", wie Sie schreiben, in Erscheinung tritt.

Aber die wirkliche ökonomische Tätigkeit der tatsächlichen Mehrheit der Bevölkerung besteht keineswegs darin. Es genügt zum Beispiel, auf

die Tätigkeit der großen Masse der Bauernschaft hinzuweisen, die gerade jetzt mit äußerster Energie und mit größter Selbstaufopferung wieder ihre Felder bestellt und an der Wiederherstellung ihrer landwirtschaftlichen Produktionswerkzeuge, ihrer Wohnungen, Gebäude usw. arbeitet. Anderseits arbeiten gerade jetzt die Industriearbeiter mit ebensolcher rühmenswerter Energie an der Verbesserung der Arbeitsinstrumente, an der Ersetzung der abgenutzten Arbeitsinstrumente durch neue, an der Erneuerung der zerstörten, baufälligen oder beschädigten Gebäude usw.

Der „NÖP-Mann", wenn man schon diesen Ausdruck gebrauchen will, der weit mehr zur scherzhaften Zeitungssprache als in das Gebiet ernsthafter Termini der politischen Ökonomie gehört, macht viel mehr Lärm, als es seiner ökonomischen Kraft zukommt. Ich befürchte daher, daß jemand, der auf unseren „NÖP-Mann" jene vereinfachte These des historischen Materialismus anwendet, daß der ökonomischen die politische Kraft folgen müsse, Gefahr läuft, sich sehr gründlich zu irren und sogar das Opfer einer ganzen Reihe lächerlicher Mißverständnisse zu werden.

Das wirkliche Wesen der Neuen Ökonomischen Politik besteht erstens darin, daß der proletarische Staat *den Kleinproduzenten die Freiheit des Handels zugestand*, und zweitens darin, daß *der proletarische Staat auf die Produktionsmittel für das Großkapital eine ganze Reihe von Prinzipien anwendet, die man in der kapitalistischen Ökonomik als „Staatskapitalismus" bezeichnete.*

Ich glaube, daß der „NÖP-Mann", der daraus den Schluß zieht, daß es für ihn wünschenswert sei, eine politische Kraft zu werden, Gefahr läuft, sich nicht nur zu irren, sondern auch wegen seiner vulgären Auffassung des Marxismus Objekt von Zeitungswitzen zu werden.

2. Ihr Eindruck, daß gegenwärtig in Rußland Kauf und Verkauf einen ungewöhnlich hohen Gewinn abwerfen, „während eine Produktion nur in den seltensten Fällen möglich ist", scheint mir geeignet, ziemlich gerechtfertigte Spöttereien über die politische Ökonomie des „Herrn ‚NÖP-Mann'" hervorzurufen.

Wenn ich nicht irre, zählt in Rußland die überwiegende Mehrheit zur kleinbäuerlichen Bevölkerung, die sich jetzt mit ungewöhnlichem Eifer auf die Produktion geworfen und (teils durch staatliche Unterstützung mit Saatgut usw.) gewaltige, fast unglaubliche Erfolge erzielt hat, besonders wenn man die unerhörten Zerstörungen infolge des Bürgerkriegs, der

Hungersnot usw. in Betracht zieht. Die Kleinbauern erzielten dabei solche Erfolge, daß sie mit ungewöhnlicher Leichtigkeit und fast ohne jeden Zwang die staatliche Steuer entrichtet haben, die sich auf Hunderte Millionen Pud Getreide beläuft.

Daher meine ich, es wird richtiger sein zu sagen: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat eine dem Umfang nach sehr kleine Produktion, die sich in den Händen von Privatpersonen befindet, und diese bringt den größten Gewinn. Das bezieht sich auf die gesamte landwirtschaftliche Produktion der Bauernschaft. Einen ebensolchen oder etwas kleineren Gewinn bringt die Industrieproduktion, die sich teils in den Händen von Privatpersonen befindet, teils in den Händen staatlicher Pächter oder jener staatlichen Betriebe, die Gebrauchsgegenstände für die ländliche Bevölkerung erzeugen.

Die wirklich nicht gewinnbringende Produktion, die in den Händen des Staates verbleibt, ist nur das, was man, um die wissenschaftliche Terminologie der politischen Ökonomie zu verwenden, als Produktion der Produktionsmittel (Erze, Metalle usw.) oder als Produktion des fixen Kapitals bezeichnen müßte. In der kapitalistischen Ökonomik bedarf diese Art Kapital für seine Reproduktion gewöhnlich staatlicher Kredite, durch die mit einem Schlage außerordentlich hohe Summen (Hunderte Millionen Rubel oder sogar Dollar) für die Reorganisation einer Reihe von Betrieben bereitgestellt werden, die so die zerstörten Produktionsmittel wiederherstellen können.

Uns verspricht die Wiederherstellung der zerstörten Produktionsmittel für lange Zeit keinerlei Gewinn, sie ist, wie Sie sich ausdrücken, „verlustbringend". Wir müssen eine ziemlich lange Zeit für die Reproduktion des fixen Kapitals die Einkünfte aus Konzessionen oder staatliche Subsidien verwenden.

Das ist die ökonomische Wirklichkeit von heute. Wie Sie sehen, betrachte ich diese Wirklichkeit wesentlich anders als Sie. Ich fürchte, daß Ihre Ansicht, bei uns gehe eine „ständige ökonomische Erstarkung der NÖP-Leute" und eine „ständige ökonomische Schwächung des Staates" vor sich, wohl den Spott verdient, den Marx über die vulgäre politische Ökonomie ausgegossen hat.

Ich allerdings erlaube mir die altmodische Meinung, daß man nach Marx von irgendeiner anderen, nichtmarxistischen politischen Ökonomie

nur sprechen kann, um Spießbürger, seien es auch „hochzivilisierte" Spießbürger, zu verdummen.

Abschließend zur Frage der „politischen Kraft": Die Arbeiter und die Bauern – das ist die Grundlage der politischen Kraft in Rußland. In allen kapitalistischen Ländern werden die Bauern von den Gutsbesitzern wie von den Kapitalisten ausgeplündert. Je bewußter die Bauern werden, um so besser verstehen sie das. Daher wird die Masse der Bevölkerung den „kaufenden und verkaufenden" NÖP-Leuten nicht folgen.

3. Wird die Besteuerung der „NÖP-Leute" nicht lediglich zur Erhöhung des Arbeitslohns und der Preise führen, anstatt Mittel für die Produktion zu liefern?

– Nein, denn die Grundlage für die Preise wird das Getreide bilden. Ein gewisser Teil davon befindet sich in den Händen des Staates, gesammelt in Form der Steuer. Selbständigen Einfluß auf die Preise wird der NÖP-Mann nicht haben können, denn er ist kein Produzent. Das Außenhandelsmonopol, möchte ich nebenbei bemerken, wird uns helfen, den NÖP-Mann in Schach zu halten, denn die Preise werden ohne ihn festgesetzt werden, abhängig vom Produktionspreis im Ausland plus unseren staatlichen Aufschlag, der als Subsidium der Produktion dient.

Ich fürchte, Sie fassen manchmal den steigenden Nominalwert unseres Papiergeldes infolge der steigenden Emission als eine Erhöhung der Preise durch die NÖP-Leute auf. Das wäre ein Fehler.

Geschrieben zwischen dem 27. Oktober und 5. November 1922.

Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1926 in der „Prawda" Nr. 17.

Nach einer von W. I. Lenin korrigierten maschinegeschriebenen Kopie.

AN DIE KONFERENZ PARTEILOSER ARBEITERINNEN UND BÄUERINNEN MOSKAUS UND DES MOSKAUER GOUVERNEMENTS[96]

Liebe Genossinnen! Herzlichen Dank für die freundlichen Wünsche und Grüße. Ich bedaure außerordentlich, daß ich nicht persönlich anwesend sein kann. Ich beglückwünsche Sie zum fünften Jahrestag der Revolution und wünsche der Tagung vollen Erfolg.

Ihr *Lenin*

6. XI. 1922

Veröffentlicht im November 1922.

Nach einer Fotokopie des Manuskripts.

AN DIE ARBEITER DES EHEMALIGEN MICHELSON-WERKS[95]

Liebe Genossen! Ich bedaure sehr, daß mich eine Unpäßlichkeit gerade heute zwang, zu Hause zu bleiben. Ich sende Ihnen die herzlichsten Grüße und Wünsche zum fünfjährigen Jubiläum. Für das kommende Jahrfünft wünsche ich Ihnen eine erfolgreiche Arbeit.

Ihr *W. Uljanow (Lenin)*

7. XI. 1922

Zuerst veröffentlicht 1942. *Nach dem Manuskript.*

AN DIE ARBEITER UND ANGESTELLTEN DES STAATLICHEN KRAFTWERKS „ELEKTROPEREDATSCHA"[96]

Liebe Genossen!

Heute, am fünften Jahrestag der Revolution, begrüße ich mit besonderer Freude die Eröffnung Ihres Klubs und spreche die Hoffnung aus, daß Sie, die Arbeiter und Angestellten des staatlichen Kraftwerks „Elektroperedatscha", es verstehen werden, diesen Klub mit vereinten Kräften zu einer Schlüsselstellung für die Aufklärung der Arbeiter zu machen.

7. XI. 1922

W. Uljanow (Lenin)

Zuerst veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem von W. I. Lenin korrigierten und unterzeichneten Original.

AN DIE ARBEITER DER STODOLER TUCHFABRIK IN KLINZY[97]

8. XI. 1922

Liebe Genossen!

Herzlichen Dank für die Grüße und das Geschenk. Im Vertrauen gesagt, soll man mir keine Geschenke schicken. Ich bitte sehr, diese vertrauliche Bitte möglichst allen Arbeitern weiterzuerzählen.

Besten Dank und die besten Grüße und Wünsche.

Ihr *W. Uljanow (Lenin)*

Zuerst veröffentlicht 1924. *Nach dem Manuskript.*

IV. KONGRESS
DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE[98]

5. November–5. Dezember 1922

1

AN DEN IV. WELTKONGRESS DER KOMINTERN, AN DEN PETROGRADER SOWJET DER ARBEITER- UND ROTARMISTENDEPUTIERTEN

Ich bedaure außerordentlich, daß ich in der ersten Sitzung des Kongresses nicht anwesend sein kann und mich auf eine schriftliche Begrüßung beschränken muß.

Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, denen die kommunistischen Parteien begegnen, wächst und erstarkt die Komintern. Die Hauptaufgabe besteht nach wie vor in der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter. Und diese Aufgabe werden wir trotz allem lösen.

Die Vereinigung der II. und der zweieinhalbten Internationale wird der revolutionären Bewegung des Proletariats von Nutzen sein: weniger Fiktionen, weniger Betrug — das ist für die Arbeiterklasse immer von Nutzen.

Den Petrograder Arbeitern und ihrem neuen Sowjet, die den IV. Kongreß der Komintern in ihrer Stadt empfangen, die besten Wünsche und herzliche Grüße.

Die Petrograder Arbeiter müssen auch an der wirtschaftlichen Front zu den ersten gehören. Mit Freude hören wir vom Beginn der wirtschaftlichen Wiedergeburt Petrograds. Auf Ihre Einladung, Petrograd zu besuchen, hoffe ich in nächster Zeit mit meiner Ankunft antworten zu können.

Die Sowjetmacht in Rußland feiert das erste Jahrfünft ihres Bestehens. Sie ist stabiler denn je. Der Bürgerkrieg ist beendet. Die ersten wirtschaftlichen Erfolge sind zu verzeichnen. Es ist der größte Stolz Sowjetrußlands, den Arbeitern der ganzen Welt in ihrem schweren Kampf um die Niederwerfung des Kapitalismus zu helfen. Der Sieg wird unser sein.

Es lebe die Kommunistische Internationale!

W. Uljanow (Lenin)

Moskau, 4. November 1922

„Prawda" Nr. 253, 9. November 1922.

Nach dem Text der „Prawda".

2

FÜNF JAHRE RUSSISCHE REVOLUTION UND DIE PERSPEKTIVEN DER WELTREVOLUTION

Referat auf dem IV. Kongreß der Komintern
13. November 1922

(Lenins Erscheinen wird mit lang anhaltenden Beifallsstürmen und Ovationen des ganzen Saales begrüßt. Alle erheben sich und singen die „Internationale".) Genossen! Ich bin in der Rednerliste als Hauptreferent angegeben, aber Sie werden verstehen, daß ich nach meiner langen Krankheit nicht in der Lage bin, ein größeres Referat zu halten. Ich kann nur eine Einführung zu den wichtigsten Fragen geben. Mein Thema kann nur ganz beschränkt sein. Das Thema „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution" ist zu umfangreich und groß, als daß es ein einzelner Redner in einer Rede überhaupt erschöpfen könnte. Darum greife ich für mich nur einen kleinen Teil aus dieser Materie heraus, nämlich die Frage der Neuen Ökonomischen Politik. Ich wähle absichtlich nur diesen kleinen Teil, um Sie in diese Materie einzuführen, die jetzt das wichtigste ist — oder wenigstens für mich das wichtigste ist, weil ich jetzt gerade daran arbeite.

Ich werde also über das Thema sprechen: Wie haben wir die Neue Ökonomische Politik begonnen, und welche Resultate haben wir mit dieser Politik erzielt? Wenn ich mich auf diese Frage beschränke, werde ich vielleicht imstande sein, Ihnen einen allgemeinen Überblick und eine allgemeine Vorstellung davon zu geben.

Wenn ich damit beginne, wie wir zu dieser Neuen Ökonomischen Politik gekommen sind, so muß ich auf einen Artikel zurückgreifen, den ich im Jahre 1918 geschrieben habe.[99] Anfang 1918 habe ich nämlich in einer kurzen Polemik die Frage berührt, wie wir uns zum Staatskapitalismus zu stellen haben. Ich schrieb damals:

„Der Staatskapitalismus wäre ein *Schritt vorwärts* gegenüber der jetzigen" (d. h. gegenüber der damaligen) „Lage der Dinge in unserer Sowjetrepublik. Hätten wir in etwa einem halben Jahr den Staatskapitalismus errichtet, so wäre das ein gewaltiger Erfolg und die sicherste Garantie dafür, daß sich in einem Jahr der Sozialismus bei uns endgültig festigt und unbesiegbar wird."

Das wurde natürlich zu einer Zeit gesagt, als wir noch dümmer waren als heute, aber doch nicht so dumm, um solche Themen nicht behandeln zu können.

Ich war also damals im Jahre 1918 der Meinung, daß gegenüber der damaligen wirtschaftlichen Lage der Sowjetrepublik der Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts wäre. Das klingt sehr seltsam und vielleicht sogar widersinnig, denn auch damals war unsere Republik eine sozialistische Republik; damals trafen wir täglich so schnell wie möglich — wahrscheinlich allzu schnell — verschiedene neue wirtschaftliche Maßnahmen, die nicht anders als sozialistische genannt werden konnten. Und trotzdem meinte ich damals, daß der Staatskapitalismus gegenüber der damaligen Wirtschaftslage der Sowjetrepublik einen Schritt vorwärts bedeutet, und ich erläuterte diesen Gedanken weiter, indem ich einfach die Elemente der wirtschaftlichen Struktur Rußlands aufzählte. Diese Elemente waren nach meiner Meinung: „1. eine patriarchalische, d. h. im höchsten Grade primitive Landwirtschaft; 2. die kleine Warenproduktion (hierher gehört die Mehrzahl der Bauern, die mit Getreide handeln); 3. Privatkapitalismus; 4. Staatskapitalismus und 5. Sozialismus." Alle diese ökonomischen Elemente waren im damaligen Rußland vertreten. Damals machte ich mir zur Aufgabe, klarzustellen, in welchem Verhältnis diese Elemente zueinander stehen und ob wir vielleicht ein nichtsozialistisches Element, nämlich den Staatskapitalismus, höher einzuschätzen haben als den Sozialismus. Ich wiederhole: Es wird allen recht seltsam erscheinen, daß in einer Republik, die sich für sozialistisch erklärt hat, ein nichtsozialistisches Element höher bewertet erscheint, als höherstehend anerkannt wird als der Sozialismus. Doch die Sache wird verständlich, wenn Sie sich erinnern, daß wir damals die ökonomische Struktur Rußlands keineswegs als einheitlich und hochstehend betrachteten, sondern uns vollständig bewußt waren, daß wir in Rußland sowohl eine patriarchalische Landwirtschaft, d. h. die primitivste Form der Landwirtschaft, als auch eine sozialistische Form haben. Welche

Rolle könnte nun der Staatskapitalismus unter solchen Umständen spielen?

Ich fragte mich weiter, welches dieser Elemente überwiegt? Es ist klar, daß in einem kleinbürgerlichen Milieu das kleinbürgerliche Element vorherrscht. Damals war ich mir klar darüber, daß das kleinbürgerliche Element überwiegt; anders zu denken war unmöglich. Die Frage, die ich mir damals stellte – es geschah in einer speziellen Polemik, die nicht zur heutigen Frage gehört –, war: Wie stellen wir uns zum Staatskapitalismus? Und da sagte ich mir: Der Staatskapitalismus, obwohl seine Form keine sozialistische ist, wäre für uns und für Rußland günstiger als die jetzige Form. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß wir die Wurzeln und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, obwohl wir schon die soziale Revolution vollzogen hatten, nicht überschätzten, sondern daß wir schon damals bis zu einem gewissen Grade begriffen hatten: Ja, es wäre besser, wenn wir erst zum Staatskapitalismus und darauf zum Sozialismus gelangten.

Ich muß diesen Teil ganz besonders betonen, weil ich glaube, daß sich nur daraus erklären läßt, erstens, was die heutige ökonomische Politik darstellt, und zweitens, daß sich daraus auch für die Kommunistische Internationale sehr wichtige und auch praktische Schlußfolgerungen ergeben. Ich will nicht sagen, daß wir damit schon im voraus einen fertigen Rückzugsplan gehabt hätten. So war es nicht. Einen Rückzugsplan stellten damals diese kurzen polemischen Zeilen keineswegs dar. Von der Freiheit des Handels z. B. – ein sehr wichtiger Punkt und für den Staatskapitalismus von grundlegender Bedeutung – steht hier kein Wort. Immerhin war eine allgemeine, eine vage Idee des Rückzugs doch darin gegeben. Und ich glaube, daß wir das nicht nur als ein Land, das in seiner wirtschaftlichen Struktur weit zurückgeblieben war und bis heute geblieben ist, sondern auch als Kommunistische Internationale, auch in den westeuropäischen fortgeschrittenen Ländern beachten müssen. Gegenwärtig sind wir beispielsweise mit der Ausarbeitung eines Programms beschäftigt. Ich für meinen Teil glaube, daß wir am besten daran tun würden, wenn wir jetzt alle Programme nur im allgemeinen erörtern, gewissermaßen die erste Lesung vornehmen und sie alle drucken lassen, aber nicht, um sofort, schon in diesem Jahre darüber zu beschließen. Warum? Zunächst natürlich darum, glaube ich, weil wir sie schwerlich alle gut durchdacht haben. Weiter

aber auch noch darum, weil wir den Gedanken des Rückzugs und seiner Sicherung noch fast gar nicht durchdacht haben. Das aber ist eine Frage, die wir bei einer so weitgehenden Veränderung der Welt, wie dem Sturz des Kapitalismus und dem Aufbau des Sozialismus mit seinen gewaltigen Schwierigkeiten, unbedingt beachten müssen. Wir müssen nicht nur wissen, wie wir zu handeln haben, wenn wir direkt zum Angriff übergehen und dabei siegen. Das ist in revolutionären Zeiten gar nicht so schwer, aber das ist auch gar nicht so wichtig, zum mindesten nicht ausschlaggebend. Während der Revolution gibt es immer Momente, in denen der Gegner den Kopf verliert, und wenn wir ihn in einem solchen Moment angreifen, können wir sehr leicht siegen. Aber das besagt noch nichts, weil unser Gegner, wenn er ruhig überlegt, vorher seine Kräfte sammelt usw. Er kann uns dann sehr leicht zum Angriff provozieren und uns auf Jahre hinaus zurückwerfen. Ich meine also, die Idee, daß wir den Rückzug vorbereiten müssen, ist sehr wichtig, und zwar nicht nur vom theoretischen Standpunkt aus. Auch vom praktischen Standpunkt aus müssen jetzt alle Parteien, die sich anschicken, in nächster Zeit zum direkten Angriff gegen den Kapitalismus überzugehen, auch daran denken, wie der Rückzug zu sichern ist. Ich glaube, wenn wir diese Lehre nebst allen anderen Lehren aus der Geschichte unserer Revolution ziehen, so wird uns das sicher nicht zum Schaden gereichen, ja uns höchstwahrscheinlich in einer großen Anzahl von Fällen nützlich sein.

Nachdem ich nun betont habe, daß wir den Staatskapitalismus schon 1918 als mögliche Rückzugsstellung bezeichnet haben, gehe ich zu den Resultaten unserer Neuen Ökonomischen Politik über. Ich wiederhole: Damals war das noch eine ganz vage Idee, im Jahre 1921 aber, nachdem wir die wichtigste Etappe des Bürgerkriegs schon zurückgelegt, und zwar siegreich zurückgelegt hatten, kam es zu einer großen — ich glaube, der größten — inneren politischen Krise Sowjetrußlands, die dazu führte, daß nicht nur ein sehr großer Teil der Bauern unzufrieden war, sondern auch ein großer Teil der Arbeiter. Das war das erste und, ich hoffe, auch das letzte Mal in der Geschichte Sowjetrußlands, daß wir die großen Massen der Bauern gegen uns hatten, zwar nicht bewußt, so doch instinktiv, stimmungsmäßig. Was war die Ursache dieser eigentümlichen und für uns natürlich sehr unangenehmen Lage? Die Ursache war, daß wir bei unserem ökonomischen Vordringen zu weit gegangen waren, daß wir unsere

Basis nicht genügend gesichert hatten, daß die Massen schon fühlten, was wir damals noch nicht bewußt zu formulieren vermochten, was aber auch wir nach ganz kurzer Zeit, nach einigen Wochen, erkannten, nämlich daß der direkte Übergang zu einer rein sozialistischen Wirtschaftsform, zur rein sozialistischen Verteilung der Güter unsere Kräfte übersteigt und daß wir, wenn wir es nicht fertigbrächten, den Rückzug derart vorzunehmen, daß wir uns auf leichtere Aufgaben beschränken, zugrunde gehen werden. Die Krise setzte, glaube ich, im Februar 1921 ein. Schon im Frühling desselben Jahres beschlossen wir einstimmig — große Differenzen habe ich diesbezüglich bei uns nicht gesehen —, zur Neuen Ökonomischen Politik überzugehen. Heute, nach anderthalb Jahren, Ende 1922, sind wir nun imstande, einige Vergleiche anzustellen. Was hat sich ereignet? Wie haben wir diese mehr als anderthalb Jahre überstanden? Was ist das Ergebnis? Hat uns dieser Rückzug Nutzen gebracht und uns wirklich gerettet, oder ist das nicht der Fall und das Ergebnis noch unbestimmt? Das ist die Hauptfrage, die ich mir stelle, und ich glaube, diese Hauptfrage ist auch von größter Wichtigkeit für alle kommunistischen Parteien, denn wenn die Antwort negativ ausfiele, so würden wir alle zugrunde gehen. Ich glaube, wir können diese Frage mit ruhigem Gewissen bejahend beantworten, und zwar in dem Sinne, daß die anderthalb Jahre, die seitdem verflossen sind, positiv und absolut beweisen, daß wir dieses Examen bestanden haben.

Ich werde das jetzt zu beweisen versuchen. Ich muß dazu ganz kurz alle Bestandteile unserer Wirtschaft aufzählen.

Zunächst will ich auf unser Finanzsystem und auf den berühmten russischen Rubel eingehen. Ich denke, man kann den russischen Rubel als berühmt bezeichnen, schon deshalb, weil die Menge dieser Rubel jetzt eine Quadrillion übersteigt. (Heiterkeit.) Das ist schon etwas. Eine astronomische Ziffer. (Heiterkeit.) Ich bin sicher, daß hier nicht einmal alle wissen, was diese Ziffer bedeutet. Doch wir halten diese Zahlen, und zwar vom Standpunkt der ökonomischen Wissenschaft, nicht für so wichtig, denn man kann ja die Nullen streichen. (Heiterkeit.) Wir haben in dieser Kunst, die vom ökonomischen Standpunkt aus völlig belanglos ist, schon etwas geleistet, und ich bin überzeugt, daß wir im weiteren Verlauf der Dinge noch viel Größeres in dieser Kunst leisten werden. Wirklich wichtig dagegen ist die Frage der Stabilisierung des Rubelkurses.

Daran arbeiten wir, arbeiten unsere besten Kräfte, und dieser Aufgabe messen wir entscheidende Bedeutung bei. Gelingt es uns, den Rubel für längere Zeit und später für immer zu stabilisieren, so haben wir gewonnen. Dann sind alle diese astronomischen Ziffern, diese Trillionen und Quadrillionen ein Nichts. Dann werden wir unsere Wirtschaft auf festen Boden stellen und auf festem Boden weiterentwickeln können. Zu dieser Frage glaube ich Ihnen ziemlich wichtige und entscheidende Tatsachen vorbringen zu können. Im Jahre 1921 dauerte die Periode der Stabilität des Papierrubelkurses weniger als drei Monate. Im Jahre 1922, also in diesem Jahr, das freilich noch nicht zu Ende ist, dauerte diese Periode schon mehr als fünf Monate. Ich glaube, das genügt schon. Das genügt natürlich nicht, wenn Sie wissenschaftlich bewiesen haben wollen, daß wir diese Aufgabe in Zukunft voll und ganz lösen werden. Doch das vollständig und restlos zu beweisen ist meiner Meinung nach überhaupt unmöglich. Die mitgeteilten Tatsachen beweisen, daß wir seit dem vorigen Jahr, als wir unsere Neue Ökonomische Politik begannen, bis heute schon gelernt haben vorwärtszuschreiten. Wenn wir das gelernt haben, dann bin ich sicher, daß wir, wenn wir nicht eine besondere Dummheit machen, auch fernerhin lernen werden, auf diesem Wege weitere Fortschritte zu machen. Das wichtigste ist jedoch der Handel, nämlich der Warenumsatz, der uns not tut. Und wenn wir damit im Verlauf zweier Jahre fertig geworden sind, obwohl wir im Krieg gestanden haben (Sie wissen, daß Wladiwostok erst vor einigen Wochen genommen worden ist), obwohl wir unsere ökonomische Tätigkeit erst jetzt systematisch und überlegt beginnen können — wenn wir trotzdem erreicht haben, daß die Stabilitätsperiode des Papierrubels von drei auf fünf Monate gestiegen ist, so glaube ich sagen zu dürfen, daß wir damit zufrieden sein können. Denn wir stehen allein. Wir bekamen und bekommen keine Anleihen. Kein einziger von den mächtigen kapitalistischen Staaten, die ihre kapitalistische Wirtschaft so „glänzend" organisieren, daß sie auch heute noch nicht wissen, wohin sie gehen, hat uns geholfen. Mit dem Versailler Frieden haben sie ein Finanzsystem geschaffen, in dem sie sich selber nicht zurechtfinden. Wenn diese großen kapitalistischen Staaten so wirtschaften, so nehme ich an, daß wir, die Zurückgebliebenen, die Ungebildeten, schon damit zufrieden sein können, daß wir das Wichtigste, die Bedingungen für die Stabilisierung des Rubels, begriffen haben. Das wird nicht durch irgendeine theoretische Analyse,

sondern durch die Praxis bewiesen, und das ist, glaube ich, wichtiger als alle theoretischen Diskussionen der Welt. Die Praxis aber zeigt, daß wir hier Entscheidendes geleistet, nämlich angefangen haben, die Wirtschaft in die Richtung auf die Stabilisierung des Rubels zu bringen, was für den Handel, für den freien Warenumsatz, für die Bauern und für die enorme Masse der Kleinproduzenten von allergrößter Bedeutung ist.

Nun wende ich mich unseren sozialen Zielen zu. Das wichtigste ist natürlich die Bauernschaft. Im Jahre 1921 standen wir zweifellos der Unzufriedenheit der großen Masse der Bauern gegenüber. Dann hatten wir die Hungersnot, und das bedeutete für die Bauernschaft die schwerste Prüfung. Es ist ganz natürlich, daß damals das ganze Ausland schrie: „Seht, da habt ihr das Resultat der sozialistischen Wirtschaft." Selbstverständlich verschwiegen sie, daß die Hungersnot das ungeheuerliche Resultat des Bürgerkriegs war. Alle die Gutsbesitzer und Kapitalisten, die 1918 die Offensive gegen uns ergriffen hatten, stellten die Sache so dar, als ob die Hungersnot das Resultat der sozialistischen Wirtschaft sei. Die Hungersnot war wirklich ein großes und ernstes Unglück, ein Unglück, das unsere ganze organisatorische und revolutionäre Arbeit zunichte zu machen drohte.

Also frage ich jetzt: Wie stehen nach diesem ungewöhnlichen und unerwarteten Unglück die Dinge heute, nachdem wir die Neue Ökonomische Politik eingeführt, nachdem wir den Bauern die Freiheit des Handels gewährt haben? Die Antwort ist klar und steht allen deutlich vor Augen, nämlich: Die Bauernschaft ist in einem Jahr nicht nur mit der Hungersnot fertig geworden, sondern hat auch die Naturalsteuer in solchem Umfang entrichtet, daß wir schon jetzt mehrere Hunderte von Millionen Pud bekommen haben, und zwar fast ohne Anwendung von Zwangsmaßnahmen. Die Bauernaufstände, die früher, bis 1921, sozusagen das allgemeine Bild Rußlands bestimmt haben, sind fast vollständig verschwunden. Die Bauern sind mit ihrer gegenwärtigen Lage zufrieden. Das können wir getrost behaupten. Wir glauben, solche Beweise sind viel wichtiger als irgendwelche statistischen Beweise. Daß die Bauernschaft bei uns der entscheidende Faktor ist, das bezweifelt niemand. Diese Bauernschaft befindet sich jetzt in einem solchen Zustand, daß wir von ihrer Seite keinerlei Bewegung gegen uns zu befürchten haben. Das sagen wir mit vollem Bewußtsein, ohne zu übertreiben. Das ist schon erreicht. Die Bauernschaft

mag mit unserer Macht in der einen oder anderen Hinsicht unzufrieden sein, sie mag klagen, das ist natürlich und unvermeidlich, weil unser Apparat und unsere staatliche Wirtschaft noch zu schlecht sind, als daß dem vorgebeugt werden könnte, eine ernsthafte Unzufriedenheit der gesamten Bauernschaft mit uns ist aber auf alle Fälle ausgeschlossen. Das haben wir in einem Jahr erreicht. Ich glaube, daß das schon sehr viel ist.

Ich komme nun zur Leichtindustrie. Wir müssen nämlich bei der Industrie unterscheiden zwischen der Schwer- und der Leichtindustrie, weil sich diese beiden Arten von Industrie in verschiedener Lage befinden. Was die Leichtindustrie betrifft, so kann ich getrost sagen: Hier sehen wir einen allgemeinen Aufschwung. Ich werde nicht auf Einzelheiten eingehen. Es gehört nicht zu meiner Aufgabe, statistische Belege zu erbringen. Doch dieser allgemeine Eindruck gründet sich auf Tatsachen, und ich kann dafür garantieren, daß ihm nichts Unrichtiges oder Ungenaues zugrunde liegt. Wir haben einen allgemeinen Aufschwung der Leichtindustrie zu verzeichnen und im Zusammenhang damit eine deutliche Besserung der Lage der Arbeiter sowohl in Petrograd als auch in Moskau. In anderen Bezirken ist das in geringerem Grade der Fall, weil dort die Schwerindustrie vorherrscht, so daß man das nicht verallgemeinern darf. Doch ich wiederhole: Die Leichtindustrie ist unbedingt im Aufstieg begriffen, und die Besserung der Lage der Petrograder und Moskauer Arbeiter steht außer Zweifel. In beiden Städten waren die Arbeiter im Frühjahr 1921 unzufrieden. Jetzt ist das nicht mehr der Fall. Wir, die wir die Lage und die Stimmung der Arbeiter täglich verfolgen, irren uns darin nicht.

Die dritte Frage betrifft die Schwerindustrie. Hier muß ich sagen, daß die Lage immer noch schwer ist. Eine gewisse Wendung ist jedoch in der Zeit von 1921 bis 1922 eingetreten. Wir können also hoffen, daß sich die Lage in nächster Zukunft bessern wird. Die notwendigen Mittel dazu haben wir teilweise schon aufgebracht. In einem kapitalistischen Land wäre zur Besserung der Lage der Schwerindustrie unbedingt eine Anleihe in Höhe von Hunderten von Millionen erforderlich, ohne die eine Besserung unmöglich wäre. Die Wirtschaftsgeschichte der kapitalistischen Länder beweist, daß zur Hebung der Schwerindustrie in zurückgebliebenen Ländern nur langfristige Hundertmillionenanleihen in Dollars oder Goldrubel geeignete Mittel wären. Wir hatten keine derartigen Anleihen und haben bisher nichts bekommen. Was man bis jetzt über Konzessionen und

anderes geschrieben hat, ist fast alles auf dem Papier geblieben. Geschrieben haben wir darüber in der letzten Zeit viel, insbesondere auch über die Urquhart-Konzession. Unsere Konzessionspolitik scheint mir indes ausgezeichnet zu sein. Trotzdem aber haben wir noch keine einträgliche Konzession. Das bitte ich nicht zu vergessen. Die Lage der Schwerindustrie stellt somit für unser zurückgebliebenes Land wirklich ein sehr schweres Problem dar, da wir auf Anleihen bei reichen Staaten nicht rechnen konnten. Dennoch sehen wir bereits eine merkliche Besserung, und wir sehen ferner, daß unsere Handelstätigkeit uns schon ein gewisses Kapital eingebracht hat. Allerdings zunächst ein Kapital von sehr bescheidenem Umfang, nicht viel mehr als zwanzig Millionen Goldrubel, aber ein Anfang ist gemacht. Unser Handel liefert uns Mittel, die wir zur Hebung der Schwerindustrie verwenden können. Zur Zeit befindet sich unsere Schwerindustrie jedenfalls immer noch in einer sehr schweren Lage. Doch ich glaube, daß wir schon imstande sind, etwas zu sparen. Das werden wir auch weiter tun, wenn es auch oft auf Kosten der Bevölkerung geschieht. Wir müssen jetzt trotzdem sparen. Wir arbeiten jetzt daran, unseren Staatshaushalt zu verringern, unseren Staatsapparat einzuschränken. Über unseren Staatsapparat werde ich später noch einige Worte sagen. Wir müssen den Staatsapparat auf jeden Fall verkleinern, wir müssen soviel wie möglich sparen. Wir sparen an allem, sogar an den Schulen. Das muß sein, denn wir wissen, daß wir ohne Rettung der Schwerindustrie, ohne ihre Wiederherstellung keine Industrie aufbauen können, ohne diese aber sind wir als selbständiges Land überhaupt verloren. Das wissen wir sehr wohl.

Die Rettung Rußlands liegt nicht nur in einer guten Ernte der Bauern — das ist zuwenig — und nicht nur in dem guten Zustand der Leichtindustrie, die der Bauernschaft Gebrauchsgegenstände liefert — das ist ebenfalls zuwenig —, wir bedürfen noch der *Schwer*industrie. Sie auf einen guten Stand zu bringen, erfordert aber eine Arbeit von mehreren Jahren.

Die Schwerindustrie braucht staatliche Subsidien. Treiben wir die nicht auf, so sind wir als zivilisierter Staat — als sozialistischer ganz zu schweigen — zugrunde gerichtet. In dieser Hinsicht also haben wir den entscheidenden Schritt gemacht. Wir haben die Mittel aufgebracht, die nötig sind, um die Schwerindustrie auf eigene Beine zu stellen. Die Summe, die wir bisher aufgebracht haben, übersteigt zwar nur wenig zwanzig Millionen

Goldrubel, aber sie ist jedenfalls da und einzig dazu bestimmt, für die Hebung unserer Schwerindustrie verwendet zu werden.

Ich glaube, Ihnen im allgemeinen und in Kürze, wie ich es angekündigt habe, die wichtigsten Elemente unserer Volkswirtschaft vor Augen geführt zu haben, und ich glaube, aus alledem den Schluß ziehen zu dürfen, daß die Neue Ökonomische Politik jetzt schon ein Plus ergeben hat. Es liegt jetzt schon der Beweis vor, daß wir imstande sind, als Staat Handel zu treiben, unsere festen Positionen in Landwirtschaft und Industrie zu sichern und vorwärtszuschreiten. Das hat die praktische Tätigkeit bewiesen. Ich denke, daß das vorläufig genügt. Wir werden noch viel lernen müssen, und wir haben begriffen, daß wir noch lernen müssen. Seit fünf Jahren halten wir die Macht, und dabei haben wir uns alle diese fünf Jahre hindurch im Kriegszustand befunden. Wir haben also Erfolg gehabt.

Das ist verständlich, weil die Bauernschaft für uns war. Schwerlich ist es möglich, mehr für uns zu sein, als es die Bauern waren. Sie verstanden, daß hinter den Weißen der Gutsbesitzer steht, den sie mehr als alles auf der Welt hassen. Deshalb hielt die Bauernschaft mit größtem Enthusiasmus, mit fester Treue zu uns. Es war nicht schwer zu erreichen, daß die Bauernschaft uns gegen die Weißen verteidigte. Die Bauern, die den Krieg vordem gehaßt hatten, taten nun alles Erdenkliche für den Krieg gegen die Weißen, für den Bürgerkrieg gegen die Gutsbesitzer. Trotzdem war das noch nicht alles, denn es betraf ja eigentlich nur die Frage, ob die Macht in den Händen der Gutsbesitzer oder der Bauern bleiben sollte. Uns genügte das nicht. Die Bauern verstehen, daß wir die Macht für die Arbeiter ergriffen haben und daß wir das Ziel verfolgen, die sozialistische Ordnung mit Hilfe dieser Macht aufzubauen. Daher war die wichtigste Frage für uns die ökonomische Vorbereitung der sozialistischen Wirtschaft. Wir konnten sie nicht auf direktem Wege vorbereiten. Wir mußten es auf indirektem Wege tun. Der Staatskapitalismus, den wir bei uns geschaffen haben, ist ein eigenartiger Staatskapitalismus. Er entspricht nicht dem gewöhnlichen Begriff des Staatskapitalismus. Wir halten alle Kommandohöhen in unseren Händen, wir haben den Grund und Boden, der dem Staat gehört. Das ist sehr wichtig, wenn auch unsere Gegner die Sache so darstellen, als ob das nichts bedeute. Das ist falsch. Daß der Grund und Boden dem Staat gehört, ist außerordentlich wichtig und hat große praktische Bedeutung in wirtschaftlicher Hinsicht. Das haben wir erreicht, und

ich muß sagen, daß sich auch unsere ganze weitere Tätigkeit nur in diesem Rahmen entwickeln darf. Wir haben schon erreicht, daß unsere Bauernschaft zufrieden ist, daß sich die Industrie hebt und daß der Handel auflebt. Ich habe schon gesagt, unser Staatskapitalismus unterscheidet sich von einem buchstäblich aufgefaßten Staatskapitalismus dadurch, daß der proletarische Staat nicht nur den Grund und Boden, sondern auch alle wichtigsten Teile der Industrie in seinen Händen hält. Wir haben vor allem einen gewissen Teil der kleinen und mittleren Industrie in Pacht gegeben, alles andere dagegen bleibt in unseren Händen. Was den Handel betrifft, so möchte ich noch betonen, daß wir danach trachten, gemischte Gesellschaften zu gründen, und daß wir sie bereits gründen, d. h. Gesellschaften, in denen ein Teil des Kapitals Privatkapitalisten, und zwar ausländischen, gehört, der andere Teil aber uns. Erstens lernen wir dadurch, Handel zu treiben, und das haben wir nötig, und zweitens haben wir, wenn wir es für nötig befinden, ja immer die Möglichkeit, eine solche Gesellschaft wieder aufzulösen, so daß wir sozusagen nichts riskieren. Beim Privatkapitalisten gehen wir in die Lehre und suchen herauszufinden, wie wir vorwärtskommen können und was für Fehler wir machen. Mir scheint, daß ich mich auf diese Ausführungen beschränken kann.

Ich möchte noch einige geringfügige Punkte berühren. Es ist zweifellos, daß wir eine enorme Zahl von Dummheiten gemacht haben und noch machen werden. Niemand kann das besser beurteilen und deutlicher sehen als ich. (Heiterkeit.) Warum machen wir denn Dummheiten? Das ist klar: Erstens sind wir ein rückständiges Land, zweitens ist unsere Bildung minimal, drittens erhalten wir keine Hilfe. Kein einziges zivilisiertes Land hilft uns. Im Gegenteil, sie arbeiten alle gegen uns. Viertens ist unser Staatsapparat schuld. Wir haben den alten Staatsapparat übernommen, und das war unser Unglück. Der Staatsapparat arbeitet sehr oft gegen uns. Die Sache war die, daß uns der Staatsapparat 1917, nachdem wir die Macht ergriffen hatten, sabotierte. Wir erschraken damals sehr und baten: „Bitte schön, kommen Sie zu uns zurück." Und alle kamen zurück. Das war unser Unglück. Wir haben jetzt eine enorme Masse von Angestellten, aber wir haben noch nicht genügend gebildete Kräfte, um wirklich über sie zu verfügen. Tatsächlich geschieht es sehr oft, daß der Apparat hier oben, wo wir die Staatsmacht haben, einigermaßen funktioniert, während sie unten eigenmächtig schalten und walten, und zwar so, daß sie oft gegen

unsere Maßnahmen arbeiten. Oben haben wir, ich weiß nicht wieviel, aber ich glaube sicher, nur einige tausend, Maximum einige zehntausend der Unsrigen, unten dagegen haben wir Hunderttausende alter, vom Zaren, aber auch von der bürgerlichen Gesellschaft übernommener Beamter, die teils bewußt, teils unbewußt gegen uns arbeiten. Hier läßt sich in kurzer Zeit nichts machen, das ist ganz sicher. Hier müssen wir mehrere Jahre arbeiten, um den Apparat zu ändern, zu vervollkommnen und neue Kräfte heranzuziehen. Wir machen das in ziemlich schnellem Tempo, vielleicht in zu schnellem Tempo. Es sind Sowjetschulen, Arbeiterfakultäten gegründet worden, mehrere hunderttausend junger Leute lernen, lernen vielleicht zu schnell, aber jedenfalls ist die Arbeit begonnen, und ich denke, diese Arbeit wird auch ihre Früchte tragen. Wenn wir nicht zu hastig arbeiten, dann werden wir in einigen Jahren eine Masse von jungen Menschen bekommen, die imstande sein werden, den Apparat von Grund aus zu verändern.

Ich habe gesagt, daß wir eine enorme Zahl von Dummheiten gemacht haben, aber ich muß in dieser Hinsicht auch etwas über unsere Gegner sagen. Wenn unsere Gegner uns einen Spiegel vorhalten und sagen, Lenin selbst gebe zu, daß die Bolschewiki eine enorme Zahl von Dummheiten gemacht haben, so möchte ich darauf antworten: Ja, aber wissen Sie, unsere Dummheiten sind doch von wesentlich anderer Art als die Ihrigen. Wir haben erst begonnen zu lernen, und wir lernen so systematisch, daß wir überzeugt sind, gute Ergebnisse zu erzielen. Doch wenn unsere Gegner, also die Kapitalisten und die Helden der II. Internationale, die von uns gemachten Dummheiten hervorheben, so möchte ich mir hier einen Vergleich erlauben, indem ich die Worte eines berühmten russischen Schriftstellers anführe, die ich ein wenig abändere, so daß sie folgendes Gesicht erhalten: Wenn die Bolschewiki Dummheiten machen, so heißt das, daß der Bolschewik sagt: $2 \times 2 = 5$; wenn aber seine Gegner, d. h. die Kapitalisten und die Helden der II. Internationale, Dummheiten machen, so heißt das, daß sie sagen: $2 \times 2 =$ Stearinkerze. Das ist nicht schwer zu beweisen. Nehmen Sie zum Beispiel den von Amerika, England, Frankreich und Japan mit Koltschak geschlossenen Vertrag. Ich frage Sie: Gibt es gebildetere und mächtigere Staaten in der Welt? Und was kam heraus? Sie versprachen Koltschak Hilfe, ohne zu rechnen, ohne zu denken, ohne zu beobachten. Das war ein Fiasko, das ich nicht einmal menschlich verständlich finden kann.

Oder ein anderes, noch näherliegendes und bedeutsameres Beispiel: der Versailler Frieden. Ich frage Sie: Was haben da die „großen", die „glorreichen" Mächte geschaffen? Wie können sie jetzt aus diesem Wirrwarr, aus diesem Widersinn einen Ausweg finden? Ich glaube, es ist keine Übertreibung, wenn ich wiederhole, daß unsere Dummheiten noch nichts sind im Vergleich zu den Dummheiten, die die kapitalistischen Staaten, die kapitalistische Welt und die II. Internationale alle miteinander machen. Deshalb meine ich, daß die Perspektiven der Weltrevolution — das ist ein Thema, das ich kurz berühren muß — günstig sind. Und unter einer bestimmten Bedingung, glaube ich, werden sie noch besser werden. Über diese Bedingung möchte ich noch einige Worte sagen.

Auf dem III. Kongreß 1921 haben wir eine Resolution angenommen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien und über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit. Diese Resolution ist ausgezeichnet, aber sie ist fast ausgesprochen russisch, d. h., es ist alles den russischen Verhältnissen entnommen. Das ist das Gute an der Resolution, aber das ist auch das Schlechte. Das Schlechte deshalb, weil ich überzeugt bin, daß fast kein Ausländer sie lesen kann – ich habe diese Resolution noch einmal durchgelesen, bevor ich das sage. Erstens ist sie zu lang, sie hat 50 oder mehr Paragraphen. So etwas können Ausländer gewöhnlich nicht lesen. Zweitens, wenn sie doch gelesen wird, so kann kein Ausländer sie verstehen, eben weil sie zu russisch ist. Nicht als ob sie russisch geschrieben wäre — sie ist ausgezeichnet in alle Sprachen übersetzt —, sondern weil sie durch und durch von russischem Geist durchdrungen ist. Und drittens, wenn ein Ausländer sie auch ausnahmsweise versteht, so kann er sie nicht durchführen. Das ist der dritte Mangel. Ich habe mit einigen Delegierten, die hierher gekommen sind, ein wenig gesprochen, und ich hoffe, im weiteren Verlauf des Kongresses werde ich die Möglichkeit finden — zwar nicht selbst am Kongreß teilzunehmen, denn das kann ich leider nicht —, mit einer größeren Zahl von Delegierten aus verschiedenen Ländern ausführlich zu sprechen. Mein Eindruck ist, daß wir mit dieser Resolution einen großen Fehler gemacht haben, nämlich daß wir uns selbst den Weg zu einem weiteren Fortschritt versperrt haben. Wie gesagt, die Resolution ist ausgezeichnet, ich unterschreibe alle ihre 50 oder mehr Paragraphen. Aber wir haben nicht verstanden, wie wir mit unserer russischen Erfahrung an die Ausländer heranzugehen haben. Alles, was in der Resolution gesagt

wird, ist toter Buchstabe geblieben. Und wenn wir das nicht begreifen, werden wir nicht vorwärtskommen. Ich glaube, für uns alle, sowohl für die russischen als auch für die ausländischen Genossen, ist das wichtigste, daß wir jetzt, nach fünf Jahren russischer Revolution, lernen müssen. Erst jetzt haben wir die Möglichkeit zu lernen. Ich weiß nicht, wie lange diese Möglichkeit bestehen wird. Ich weiß nicht, wie lange uns die kapitalistischen Mächte die Möglichkeit geben werden, in Ruhe zu lernen. Aber jeden Augenblick, den wir frei sind von militärischer Tätigkeit, vom Krieg, müssen wir ausnutzen, um zu lernen, und zwar von Anfang an.

Die ganze Partei und alle Schichten in Rußland beweisen das durch ihren Bildungshunger. Das Streben nach Bildung beweist, daß für uns jetzt die wichtigste Aufgabe darin besteht, zu lernen und zu lernen. Aber auch die ausländischen Genossen müssen lernen, nicht in dem Sinne, wie wir lernen müssen — lesen, schreiben und das Gelesene verstehen, was uns noch not tut. Man streitet sich darüber, ob das zur proletarischen oder zur bürgerlichen Kultur gehört. Ich lasse diese Frage offen. Fest steht jedenfalls: Wir müssen zunächst lesen, schreiben und das Gelesene verstehen lernen. Die Ausländer haben das nicht mehr nötig. Was sie nötig haben, ist schon etwas Höheres. Dazu gehört vor allem, daß sie das, was wir über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien geschrieben und was die Ausländer unterzeichnet haben, ohne es gelesen und ohne es verstanden zu haben, nun auch verstehen. Das müssen sie sich als erste Aufgabe stellen. Man muß diese Resolution zur Durchführung bringen. Man kann das nicht über Nacht tun, das ist absolut unmöglich. Die Resolution ist zu russisch, sie widerspiegelt die russische Erfahrung, deshalb ist sie von den Ausländern nicht verstanden worden, deshalb können die Ausländer sich nicht damit begnügen, sie wie ein Heiligenbild an die Wand zu hängen und davor zu beten. Damit ist nichts erreicht. Sie müssen ein Stück der russischen Erfahrung in sich aufnehmen. Wie wird das geschehen? Das weiß ich nicht. Vielleicht werden uns zum Beispiel die Faschisten in Italien gute Dienste leisten, indem sie den Italienern klarmachen, daß sie noch nicht genügend aufgeklärt sind und daß ihr Land noch nicht gegen Schwarzhunderterbanden gefeit ist. Vielleicht wird das sehr nützlich sein. Wir Russen müssen auch nach Mitteln und Wegen suchen, den Ausländern die Grundlagen dieser Resolution klarzumachen. Sonst sind sie absolut nicht imstande, diese Resolution durchzuführen. Ich

bin davon überzeugt, daß wir in diesem Sinne nicht nur den russischen, sondern auch den ausländischen Genossen sagen müssen, daß das wichtigste in der jetzt anbrechenden Periode das Lernen ist. Wir lernen im allgemeinen Sinne, sie dagegen müssen im speziellen Sinne lernen, um die Organisation, den Aufbau, die Methode und den Inhalt der revolutionären Arbeit wirklich zu verstehen. Wenn das geschieht, dann werden, davon bin ich überzeugt, die Perspektiven der Weltrevolution nicht nur gut, sondern ausgezeichnet sein. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall. Zurufe: „Es lebe unser Genosse Lenin!", die neue Ovationen auslösen.)

„Prawda" Nr. 258, 15. November 1922.

Nach dem von W. I. Lenin korrigierten deutschsprachigen Stenogramm, verglichen mit dem russischen Text des „Bulletins des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale" Nr. 8 vom 16. November 1922.

BEGRÜSSUNG DER GESAMTRUSSISCHEN LANDWIRTSCHAFTSAUSSTELLUNG[100]

Ich messe der Ausstellung sehr große Bedeutung bei und bin überzeugt, daß alle Organisationen sie voll unterstützen werden. Von Herzen wünsche ich ihr größten Erfolg.

W. Uljanow (Lenin)

14. XI. 1922

Veröffentlicht 1923. *Nach dem Manuskript.*

AN DIE GRUPPE „CLARTÉ“ [101]

15. November 1922

Liebe Freunde!

Ich benutze die Gelegenheit, Ihnen meine besten Grüße zu senden. Ich war sehr krank und bekam über ein Jahr lang kein einziges Werk Ihrer Gruppe zu Gesicht. Ich hoffe, daß Ihre Organisation „des anciens combattants“* noch besteht und daß sie nicht nur zahlenmäßig wächst und erstarkt, sondern auch ideell, im Sinne der Vertiefung und Verbreiterung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Es lohnt sich, dem Kampf gegen einen solchen Krieg sein Leben zu weihen. In diesem Kampf muß man unbeugsam sein und alle Sophismen zur Verteidigung des Krieges bis in die letzten Schlupfwinkel verfolgen.

Die besten Grüße

Ihr *Lenin*

In französischer Sprache zuerst veröffentlicht 1925 in der Zeitschrift „Clarté“ Nr. 71.

In russischer Sprache zuerst veröffentlicht 1930.

Nach dem Manuskript.

---

* ehemaliger Kriegsteilnehmer. *Die Red.*

REDE IN DER PLENARSITZUNG DES MOSKAUER SOWJETS 20. NOVEMBER 1922[102]

(Stürmischer Beifall, „Die Internationale".) Genossen! Ich bedaure sehr und entschuldige mich sehr, daß ich nicht früher zu Ihrer Sitzung kommen konnte. Soviel ich weiß, wollten Sie mir schon vor einigen Wochen die Möglichkeit geben, den Moskauer Sowjet zu besuchen. Das konnte ich nicht tun, weil ich durch meine Krankheit, seit Dezember, die Arbeitsfähigkeit, um einen Fachausdruck zu gebrauchen, für ziemlich lange Zeit einbüßte und infolge verringerter Arbeitsfähigkeit das jetzige Auftreten von Woche zu Woche verschieben mußte. Ich mußte auch einen sehr erheblichen Teil der Arbeit, die ich, wie Sie sich erinnern werden, zuerst auf Gen. Zjurupa und dann auf Gen. Rykow abgewälzt hatte, zusätzlich noch Gen. Kamenew aufhalsen. Und man muß sagen, daß er, um einen Vergleich anzuwenden, den ich bereits gebraucht habe, plötzlich zwei Fuhren zu ziehen hatte. Allerdings muß man, um im Bild zu bleiben, sagen, daß sich das Pferd als ausnehmend fähig und wacker erwiesen hat. Aber dennoch geht es nicht an, daß einer zwei Fuhren zieht, und ich warte jetzt mit Ungeduld auf die Zeit, wo die Genossen Zjurupa und Rykow zurückkommen und wir die Arbeit wenigstens etwas gerecht verteilen werden. Ich allerdings muß infolge meiner verringerten Arbeitsfähigkeit den Dingen viel längere Zeit zusehen, als mir lieb ist.

Als ich im Dezember 1921 die Arbeit vollständig unterbrechen mußte, näherte sich das Jahr dem Ende. Damals vollzogen wir den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik, und es zeigte sich gleich damals, daß dieser Übergang, obwohl wir ihn seit Anfang 1921 in Angriff genommen hatten, ziemlich schwierig, ja, ich möchte sagen, sehr schwierig war. Es sind mehr als anderthalb Jahre vergangen, seitdem wir diesen Übergang vollziehen,

so daß es, sollte man meinen, schon an der Zeit wäre, daß die Mehrzahl die neuen Plätze eingenommen und sich entsprechend den neuen Verhältnissen, insbesondere den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, eingerichtet hätte.

In der Außenpolitik hatten wir am allerwenigsten Veränderungen zu verzeichnen. Hier setzten wir den Kurs fort, der früher eingeschlagen worden war, und ich glaube, ich kann Ihnen mit reinem Gewissen sagen, daß wir ihn durchaus folgerichtig und mit größtem Erfolg fortgesetzt haben. Es ist übrigens nicht nötig, Ihnen ausführlich darüber zu berichten: die Einnahme von Wladiwostok, die darauffolgende Demonstration und das Bekenntnis zum föderativen Staat, das Sie dieser Tage in den Zeitungen gelesen haben[103], bewiesen und zeigten sonnenklar, daß wir in dieser Hinsicht nichts zu ändern brauchen. Wir befinden uns auf einem Wege, der vollkommen klar und genau vorgezeichnet ist, und wir haben uns, sichtbar für die Staaten der ganzen Welt, den Erfolg gesichert, obwohl manche von ihnen vorziehen, bis auf den heutigen Tag zu erklären, daß sie sich mit uns nicht an einen Tisch setzen wollen. Nichtsdestoweniger kommen die ökonomischen Beziehungen und in ihrem Gefolge die diplomatischen Beziehungen in Gang, sie müssen in Gang kommen und werden ganz bestimmt in Gang kommen. Jeder Staat, der dem entgegenwirkt, läuft Gefahr, zu spät zu kommen und vielleicht in bezug auf manchen, ziemlich wesentlichen, Punkt in eine nachteilige Lage zu geraten. Das alles sehen wir jetzt, und zwar nicht nur aus den Zeitungen. Ich glaube, daß sich die Genossen auch auf ihren Auslandsreisen davon überzeugen, wie groß die eingetretenen Veränderungen sind. In dieser Hinsicht brauchten wir sozusagen, um einen alten Vergleich heranzuziehen, nicht umzusteigen, weder in andere Züge noch in andere Postkutschen.

Was dagegen unsere Innenpolitik betrifft, so bereitet uns hier das Umsteigen, das wir im Frühjahr 1921 vorgenommen haben und das uns durch Umstände von außerordentlicher Stärke und Überzeugungskraft diktiert worden ist, so daß es darüber keine Diskussionen und keine Differenzen unter uns gab — so bereitet uns dieses Umsteigen nach wie vor einige Schwierigkeiten, bereitet es uns nach wie vor, möchte ich sagen, große Schwierigkeiten. Nicht etwa deshalb, weil wir über die Notwendigkeit der Schwenkung Zweifel hätten — diesbezüglich gibt es keine Zweifel —, und nicht deshalb, weil wir Zweifel hätten, ob die Probe auf diese unsere

Neue Ökonomische Politik jene Erfolge brachte, die wir erwartet hatten. Auch in dieser Hinsicht gibt es, das kann ich mit völliger Bestimmtheit sagen, weder in den Reihen unserer Partei noch in den Reihen der gewaltigen Masse der parteilosen Arbeiter und Bauern irgendwelche Zweifel.

In diesem Sinne bereitet die Frage keine Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten kommen daher, daß wir uns vor eine Aufgabe gestellt sahen, deren Bewältigung sehr oft die Heranziehung neuer Leute, die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen und außerordentlicher Methoden erfordert. Wir haben noch Zweifel an der Richtigkeit des einen oder anderen, es kommen Änderungen nach der einen oder anderen Richtung vor, und man muß sagen, daß das eine wie das andere noch ziemlich lange Zeit so bleiben wird. „Neue Ökonomische Politik"! Eine seltsame Bezeichnung. Diese Politik wird als Neue Ökonomische Politik bezeichnet, weil sie eine Schwenkung zurück vornimmt. Wir gehen jetzt zurück, treten gleichsam den Rückzug an, wir tun das jedoch, um zuerst zurückzugehen, dann aber einen Anlauf zu nehmen und einen um so größeren Sprung vorwärts zu machen. Nur unter dieser einen Bedingung sind wir bei der Durchführung unserer Neuen Ökonomischen Politik zurückgegangen. Wo und wie wir uns jetzt umgruppieren, anpassen, reorganisieren müssen, um nach dem Rückzug den hartnäckigsten Vormarsch anzutreten, wissen wir noch nicht. Um alle diese Aktionen in normaler Ordnung durchzuführen, muß man, wie das Sprichwort sagt, nicht zehnmal, sondern hundertmal abmessen, bevor man sich entscheidet. Das muß man, um jener ungeheuren Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich uns bei der Lösung aller unserer Aufgaben und Probleme entgegenstellen. Sie wissen sehr wohl, wieviel Opfer gebracht werden mußten, um das zu erreichen, was erreicht worden ist. Sie wissen, wie lange der Bürgerkrieg gedauert und wieviel Kräfte er verschlungen hat. Und nun hat die Einnahme von Wladiwostok (Wladiwostok liegt zwar weit von hier, aber es ist doch unsere Stadt) (anhaltender Beifall) uns allen den allgemeinen Drang zu uns, zu unseren Errungenschaften gezeigt. Hier wie dort — die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik. Dieser Drang hat uns sowohl von den inneren als auch von den äußeren Feinden befreit, die uns angegriffen haben. Ich meine Japan.

Wir haben eine ganz bestimmte diplomatische Konstellation erkämpft, und sie ist nichts anderes als eine diplomatische Konstellation, die von der

ganzen Welt anerkannt wird. Sie alle sehen das. Sie sehen die Ergebnisse, aber wieviel Zeit war dazu erforderlich! Wir haben jetzt die Anerkennung unserer Rechte durch unsere Feinde sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Handelspolitik erreicht. Das beweist der Abschluß der Handelsverträge.

Wir können sehen, warum es uns, die wir vor anderthalb Jahren den Weg der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik beschritten haben, so unglaublich schwerfällt, auf diesem Wege vorwärtszukommen. Wir leben in den Verhältnissen eines Staates, der durch den Krieg so sehr zerstört, so sehr aus jedem einigermaßen normalen Geleise geworfen worden ist, so viel gelitten und erduldet hat, daß wir jetzt notgedrungen alle unsere Berechnungen mit einem kleinen, ganz kleinen Prozentsatz beginnen — dem Prozentsatz der Vorkriegszeit. Diesen Maßstab legen wir an unsere Lebensverhältnisse an, legen ihn mitunter sehr ungeduldig und hitzig an, und immer wieder müssen wir uns überzeugen, daß wir es hier mit unermeßlichen Schwierigkeiten zu tun haben. Die Aufgabe, die wir uns hier gestellt haben, erscheint um so unermeßlicher, als wir sie mit den Verhältnissen eines gewöhnlichen bürgerlichen Staates vergleichen. Wir haben uns diese Aufgabe deshalb gestellt, weil wir begriffen haben, daß wir Hilfe von den reichsten Mächten, wie sie unter solchen Umständen üblich ist, nicht zu erwarten haben. Nach dem Bürgerkrieg wurde über uns fast ein Boykott verhängt, d. h., uns wurde gesagt: Jene ökonomische Verbindung, die wir zu unterhalten gewohnt sind und die in der kapitalistischen Welt als normal gilt, werden wir euch nicht gewähren.

Mehr als anderthalb Jahre sind verstrichen, seitdem wir den Weg der Neuen Ökonomischen Politik beschritten haben, noch beträchtlich längere Zeit ist vergangen, seitdem wir den ersten internationalen Vertrag abgeschlossen haben, und nichtsdestoweniger wirkt sich bis heute dieser Boykott durch die ganze Bourgeoisie und alle Regierungen immer noch aus. Als wir die neuen ökonomischen Verhältnisse herbeiführten, konnten wir auf nichts anderes rechnen, und trotzdem hegten wir keinen Zweifel daran, daß wir den Übergang vollziehen müssen und den Erfolg ganz allein erreichen müssen. Je weiter, desto klarer zeigt sich, daß jede Hilfe, die uns gewährt werden könnte, die uns die kapitalistischen Mächte gewähren werden, diesen Umstand nicht nur nicht beseitigen, sondern ihn aller Wahrscheinlichkeit nach in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle noch

verstärken, noch verschärfen wird. „Ganz allein" – sagten wir uns. „Ganz allein" – sagte uns fast jeder kapitalistische Staat, mit dem wir irgendwelche Geschäfte machten, mit dem wir irgendwelche Vereinbarungen trafen, mit dem wir in irgendwelche Verhandlungen traten. Und darin eben liegt die besondere Schwierigkeit. Wir müssen uns dieser Schwierigkeit bewußt werden. Wir haben in mehr als dreijähriger Arbeit, einer unglaublich schweren, von unglaublichem Heroismus erfüllten Arbeit, unsere eigene Staatsordnung geschaffen. Unter den Verhältnissen, in denen wir uns bisher befanden, hatten wir keine Zeit, zu untersuchen, ob wir nicht etwas zerbrechen, was man nicht zu zerbrechen braucht, hatten wir keine Zeit, zu untersuchen, ob es nicht zu viele Opfer geben wird, denn Opfer gab es ziemlich viel, weil der Kampf, den wir damals aufnahmen (das wissen Sie sehr wohl, ich brauche mich darüber nicht zu verbreiten), ein Kampf auf Leben und Tod gegen die alte Gesellschaftsordnung war, gegen die wir kämpften, um uns das Recht auf die Existenz, auf die friedliche Entwicklung zu schmieden. Dieses Recht haben wir erkämpft. Das sind nicht unsere Worte, nicht die Aussagen von Zeugen, denen Voreingenommenheit zu unseren Gunsten vorgeworfen werden könnte. Das ist das Zeugnis von Leuten, die im Lager unserer Feinde stehen und die natürlich voreingenommen sind, aber ganz und gar nicht zu unseren Gunsten, sondern genau umgekehrt. Diese Zeugen befanden sich im Lager Denikins, sie standen an der Spitze der Okkupation. Und wir wissen, daß uns ihre Voreingenommenheit teuer zu stehen kam, uns viele Zerstörungen kostete. Ihretwegen erlitten wir alle möglichen Verluste, büßten wir Werte aller Art ein und in unerhört großem Ausmaß den höchsten Wert – das menschliche Leben. Jetzt müssen wir mit aller Aufmerksamkeit unsere Aufgaben ins Auge fassen und begreifen, daß die Hauptaufgabe jetzt darin bestehen wird, die alten Errungenschaften nicht preiszugeben. Keine einzige der alten Errungenschaften werden wir preisgeben. (Beifall.) Zugleich stehen wir vor einer völlig neuen Aufgabe; das Alte kann zum direkten Hemmnis werden. Diese Aufgabe ist am schwersten zu begreifen. Man muß sie aber begreifen, um nun arbeiten zu lernen, wo es gilt, sich sozusagen ganz umzukrempeln. Ich glaube, Genossen, diese Worte und Losungen sind verständlich, denn im Laufe fast eines Jahres, da ich nicht anwesend sein konnte, haben Sie, die Sie mit der Arbeit unmittelbar zu tun haben, in den verschiedensten Tonarten,

aus hunderterlei Anlässen, praktisch darüber reden und nachdenken müssen, und ich bin überzeugt, daß die Überlegungen darüber Sie nur zu der einen Schlußfolgerung führen können: Von uns wird jetzt noch mehr jene Elastizität verlangt, die wir bisher auf den Schlachtfeldern des Bürgerkriegs angewandt haben.

Auf das Alte dürfen wir nicht verzichten. Eine ganze Reihe von Zugeständnissen, durch die wir uns den kapitalistischen Mächten anpassen — diese Reihe von Zugeständnissen gibt den Mächten die volle Möglichkeit, mit uns Beziehungen aufzunehmen, und sichert ihnen einen Profit, mitunter vielleicht einen größeren, als er sein sollte. Zugleich überlassen wir ihnen nur einen geringen Teil der Produktionsmittel, die sich fast alle in den Händen unseres Staates befinden. Dieser Tage wurde in den Zeitungen die Frage der Konzession erörtert, die von dem Engländer Urquhart vorgeschlagen wird, der bisher fast die ganze Zeit hindurch im Bürgerkrieg gegen uns stand. Er sagte: „Wir werden unser Ziel im Bürgerkrieg gegen Rußland erreichen, gegen dasselbe Rußland, das gewagt hat, uns das und das wegzunehmen." Und nach alledem mußten wir Beziehungen zu ihm aufnehmen. Wir lehnten das nicht ab, wir gingen mit größter Freude darauf ein, aber wir sagten: „Verzeihung, was wir erkämpft haben, werden wir nicht wieder hergeben. Unser Rußland ist so groß, es gibt bei uns so viele wirtschaftliche Möglichkeiten, und wir halten es für unser gutes Recht, Ihr liebenswürdiges Angebot nicht abzulehnen, aber wir werden es als kaltblütige Geschäftsleute erörtern." Unsere ersten Gespräche blieben allerdings erfolglos, denn es war uns aus politischen Gründen nicht möglich, auf sein Angebot einzugehen. Wir mußten ihm mit einer Absage antworten. Solange uns die Engländer kein Mitspracherecht in der Frage der Meerengen, der Dardanellen, zugestehen wollten, mußten wir mit einer Absage antworten, aber gleich nach dieser Absage mußten wir darangehen, diese Frage auf ihren sachlichen Kern hin zu prüfen. Wir berieten, ob das für uns vorteilhaft ist oder nicht, ob es für uns vorteilhaft ist, diese Konzession zu erteilen, und wenn ja, unter welchen Umständen. Wir mußten über den Preis sprechen. Das, Genossen, zeigt Ihnen deutlich, bis zu welchem Grade wir jetzt anders an die Fragen herangehen müssen, als wir es früher getan haben. Früher sagte der Kommunist: „Ich gebe mein Leben hin", und das schien ihm sehr einfach zu sein, obwohl es nicht jedesmal so einfach war. Jetzt dagegen stehen wir Kom-

munisten vor einer völlig anderen Aufgabe. Wir müssen jetzt alles berechnen, und jeder von Ihnen muß lernen, berechnend zu sein. Wir müssen in einer kapitalistischen Umgebung berechnen, wie wir unsere Existenz sichern, wie wir Vorteile von unseren Gegnern erlangen, die natürlich mit uns feilschen werden, die das Feilschen ja niemals verlernt haben und die auf unsere Kosten feilschen werden. Das vergessen wir ebenfalls nicht und stellen uns keineswegs vor, daß sich irgendwo Vertreter des Handels in Lämmer verwandelt haben und, zu Lämmern geworden, uns alle möglichen Güter umsonst überlassen. Das gibt es nicht, und darauf hoffen wir nicht, wir rechnen vielmehr darauf, daß wir, die wir gewohnt sind, uns zur Wehr zu setzen, uns auch hier, nachdem wir uns umgekrempelt haben, als fähig erweisen werden, sowohl Handel zu treiben als auch Gewinn zu machen und aus schwierigen ökonomischen Situationen herauszukommen. Gerade diese Aufgabe ist sehr schwierig. Und an dieser Aufgabe arbeiten wir. Ich möchte, daß wir uns klar Rechenschaft geben und darüber ablegen, wie tief die Kluft zwischen der alten und der neuen Aufgabe ist. Aber so tief diese Kluft auch sein mag, wir haben im Krieg zu manövrieren gelernt und müssen verstehen, daß das Manöver, das uns jetzt bevorsteht, in dem wir uns jetzt befinden, das allerschwierigste ist. Dafür ist aber dieses Manöver offenbar das letzte. Wir müssen hier unsere Kraft erproben und beweisen, daß wir nicht nur unsere gestrigen Weisheiten auswendig gelernt haben und längst Bekanntes wiederholen. Entschuldigen Sie bitte, wir haben angefangen umzulernen und werden so umlernen, daß wir einen bestimmten und für alle offenkundigen Erfolg erzielen werden. Und im Namen dieses Umlernens, glaube ich, müssen wir einander jetzt noch einmal das feste Versprechen geben, daß wir als Neue Ökonomische Politik die von uns vorgenommene Kehrtwendung bezeichnen, und zwar eine solche Kehrtwendung, daß wir von dem Neuen nichts abgeben, zugleich aber den Kapitalisten solche Vorteile bieten, die jeden Staat, so feindlich er uns auch gegenüberstehen mag, veranlassen werden, sich auf Abmachungen und Beziehungen mit uns einzulassen. Gen. Krassin, der viele Unterredungen mit Urquhart hatte, diesem Haupt und dieser Stütze der ganzen Intervention, sagte, daß Urquhart nach all den Versuchen, uns das alte Regime um jeden Preis in ganz Rußland wiederaufzuzwingen, sich zusammen mit ihm, Krassin, an einen Tisch setzt und zu reden anfängt: „Wie teuer? Wieviel? Auf wieviel

Jahre?" (Beifall.) Von hier ist es noch ziemlich weit bis zum Abschluß einer Reihe von Konzessionsgeschäften, um auf diese Weise in ganz präzise und — vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft — unerschütterliche Vertragsbeziehungen zu treten, aber wir sehen jetzt schon, daß wir dahin kommen werden, ja fast gekommen sind, wenn auch noch nicht ganz. Das, Genossen, muß man erkennen und darf nicht überheblich werden. Es ist noch lange nicht in vollem Maße das erreicht, was uns stark und selbständig machen und uns die ruhige Gewißheit verschaffen wird, daß wir keinerlei kapitalistische Geschäfte zu fürchten brauchen, die ruhige Gewißheit, daß wir jedes Geschäft abschließen können, so schwierig es auch sei, daß wir in sein Wesen eindringen und es bewältigen werden. Deshalb muß die Arbeit auf diesem Gebiet — die politische sowohl wie die Parteiarbeit —, die wir begonnen haben, fortgesetzt werden, deshalb ist es notwendig, daß wir von den alten Methoden zu völlig neuen übergehen.

Unser Apparat ist der alte geblieben, und unsere Aufgabe besteht jetzt darin, ihn auf neue Art umzugestalten. Wir können ihn nicht mit einem Schlage umgestalten, aber wir müssen die Sache so anpacken, daß die Kommunisten, über die wir verfügen, richtig verteilt werden. Es muß so sein, daß sie, diese Kommunisten, den Apparat beherrschen, an dessen Spitze sie gestellt worden sind, und nicht so, wie es bei uns häufig der Fall ist, daß dieser Apparat sie beherrscht. Hier darf man nichts verheimlichen, man muß offen darüber sprechen. Vor solchen Aufgaben also stehen wir, und solche Schwierigkeiten erwarten uns, und zwar zu einer Zeit, wo wir unseren Weg sachlicher Arbeit beschritten haben, wo wir an den Sozialismus nicht wie an ein farbenprächtiges Heiligenbild herantreten dürfen. Wir müssen den richtigen Kurs einschlagen, es ist notwendig, alles zu überprüfen, damit die Massen und die ganze Bevölkerung unseren Weg überprüfen und sagen: „Ja, das ist besser als das alte System." Das ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Unsere Partei, eine kleine Gruppe von Menschen im Vergleich zur ganzen Bevölkerung des Landes, hat dieses Werk in Angriff genommen. Dieses Körnchen hat sich die Aufgabe gestellt, alles umzugestalten, und es wird alles umgestalten. Daß das keine Utopie ist, sondern etwas, wofür die Menschen leben, haben wir bewiesen. Das haben wir alle gesehen, das ist bereits getan. Man muß so umgestalten, daß die ganze Mehrheit der werktätigen Massen, der Bauern-

und der Arbeitermassen, sagt: „Nicht ihr lobt euch, sondern wir loben euch, wir sagen, daß ihr bessere Ergebnisse erzielt habt, nach deren Erreichung es keinem vernünftigen Menschen jemals einfallen wird, zum alten zurückkehren zu wollen." Aber so weit sind wir noch nicht. *Deshalb ist die NÖP nach wie vor die wichtigste, die nächste, die alles erschöpfende Losung des heutigen Tages.* Wir werden keine einzige Losung vergessen, die wir gestern gelernt haben. Das können wir völlig gelassen, ohne im geringsten zu schwanken, jedermann sagen, und jeder unserer Schritte bezeugt das. Aber wir müssen uns der Neuen Ökonomischen Politik erst noch anpassen. Alle ihre negativen Seiten, die man nicht aufzuzählen braucht, die Sie ausgezeichnet kennen, muß man umzubiegen und auf ein bestimmtes Mindestmaß zu reduzieren verstehen, alles muß man wohlberechnet einzurichten verstehen. Unsere Gesetzgebung gibt die volle Möglichkeit dazu. Werden wir damit zurechtkommen? Das steht noch bei weitem nicht fest. Wir studieren die Sache. Jede Nummer unserer Parteizeitung bringt ein Dutzend Artikel, die Ihnen berichten: In der und der Fabrik, bei dem und dem Fabrikanten sind die Pachtbedingungen die und die, dort dagegen, wo der Direktor ein Genosse von uns, ein Kommunist ist, sind die Verhältnisse so und so. Wirft das einen Ertrag ab oder nicht, bewährt es sich oder nicht? Wir sind bis zum innersten Kern der Alltagsfragen vorgedrungen, und das ist eine gewaltige Errungenschaft. Der Sozialismus ist jetzt bereits keine Frage der fernen Zukunft oder irgendeines abstrakten Schemas oder irgendeines Heiligenbildes. Hinsichtlich der Heiligenbilder sind wir bei der alten, sehr schlechten Meinung geblieben. Wir haben den Sozialismus in das Alltagsleben einbezogen, und hier müssen wir uns zurechtfinden. Das eben ist die Aufgabe unserer Tage, das eben ist die Aufgabe unserer Epoche. Gestatten Sie mir, mit dem Ausdruck der Überzeugung zu schließen, daß wir, so schwer diese Aufgabe auch sein mag, so neu sie im Vergleich zu unserer früheren Aufgabe auch ist und so viele Schwierigkeiten sie uns auch bereitet — daß wir alle zusammen, obzwar nicht morgen, aber in einigen Jahren diese Aufgabe um jeden Preis lösen werden, so daß aus dem Rußland der NÖP das sozialistische Rußland werden wird. (Stürmischer und anhaltender Beifall.)

„Prawda" Nr. 263,
21. November 1922.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit dem Stenogramm.

AN DAS PRÄSIDIUM DES V. GESAMTRUSSISCHEN VERBANDSTAGES DER SOWJETANGESTELLTEN[105]

22. XI. 1922

Liebe Genossen!

Die gegenwärtig aktuellste und für die nächsten Jahre wichtigste Aufgabe ist die systematische Verminderung und Verbilligung des Sowjetapparats durch Reduzierung des Apparats, bessere Organisation, Beseitigung des Amtsschimmels, des Bürokratismus und Verringerung der unproduktiven Ausgaben. Ihrem Verband steht in dieser Hinsicht eine große Arbeit bevor.

Ich wünsche dem V. Gesamtrussischen Verbandstag der Sowjetangestellten Erfolg und eine fruchtbringende Arbeit und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß er speziell die Frage des Sowjetapparats behandeln wird.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

„Iswestija WZIK" Nr. 267, 25. November 1922.

Nach dem von W. I. Lenin korrigierten und unterzeichneten Original.

AN DEN VERBANDSTAG DER MITARBEITER DES BILDUNGSWESENS[105]

Ich danke Ihnen für Ihr Grußschreiben, Genossen, und wünsche Ihnen, daß Sie der Ihnen übertragenen großen und verantwortungsvollen Aufgabe gerecht werden, die junge Generation für den Aufbau des neuen Lebens vorzubereiten.

Lenin

Geschrieben am 26. November 1922.

Veröffentlicht im Dezember 1922 in der Zeitschrift „Rabotnik Prosweschtschenija" (Der Mitarbeiter des Bildungswesens) Nr. 10.

Nach dem Text der Zeitschrift.

AN DEN III. WELTKONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN JUGENDINTERNATIONALE IN MOSKAU[106]

4. XII. 1922

Liebe Genossen!

Ich bedaure, daß ich Sie nicht persönlich begrüßen kann. Ich sende Ihnen die besten Wünsche für den Erfolg Ihrer Arbeit. Ich hoffe, daß Sie trotz der hohen Stellung nicht die Hauptsache vergessen werden — die Notwendigkeit, durch sachliche Arbeit die Vorbereitung der Jugend und das Lernen voranzubringen.

Mit bestem kommunistischem Gruß
W. Uljanow (Lenin)

„Prawda" Nr. 275,
5. Dezember 1922.

Nach dem von W. I. Lenin korrigierten und unterzeichneten Original.

BEMERKUNGEN ZU DEN AUFGABEN UNSERER DELEGATION IM HAAG[107]

In der Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr im Zusammenhang mit der Konferenz im Haag glaube ich, daß die größte Schwierigkeit darin besteht, das Vorurteil zu überwinden, daß diese Frage einfach, klar und verhältnismäßig leicht sei.

„Antworten wir auf den Krieg mit dem Streik oder mit der Revolution!", so sagen gewöhnlich alle angesehenen Führer der Reformisten zur Arbeiterklasse. Und sehr häufig befriedigt und beruhigt der Scheinradikalismus dieser Antworten die Arbeiter, Genossenschaftler und Bauern.

Vielleicht bestünde das richtigste Verfahren darin, mit der schärfsten Widerlegung einer derartigen Meinung den Anfang zu machen. Man erkläre, daß besonders jetzt, nach dem kürzlich beendeten Krieg, nur die dümmsten oder hoffnungslos verlogene Leute behaupten können, eine solche Antwort auf die Frage nach dem Kampf gegen den Krieg tauge etwas. Man erkläre, daß es unmöglich ist, auf den Krieg mit dem Streik zu „antworten", genauso wie es unmöglich ist, auf den Krieg mit der Revolution, im einfachsten und buchstäblichen Sinne dieser Ausdrücke, zu „antworten".

Man muß den Leuten die reale Situation erklären: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird, und wie hilflos die gewöhnliche Organisation der Arbeiter, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, angesichts eines tatsächlich heraufziehenden Krieges ist.

Man muß den Leuten immer und immer wieder ganz konkret erklären, wie die Dinge während des letzten Krieges lagen und warum sie nicht anders liegen konnten.

Man muß insbesondere die Bedeutung des Umstands erklären, daß die „Vaterlandsverteidigung" zu einer unvermeidlichen Frage wird, die die gewaltige Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird.

Deshalb erstens Aufklärung über die „Vaterlandsverteidigung"; zweitens, im Zusammenhang damit, Aufklärung über den „Defätismus" und schließlich Aufklärung über die einzig mögliche Art und Weise, gegen den Krieg zu kämpfen, nämlich Aufrechterhaltung und Bildung einer illegalen Organisation zur *lang währenden* Arbeit aller am Krieg teilnehmenden Revolutionäre gegen den Krieg — das alles muß in den Vordergrund gerückt werden.

Boykott des Krieges ist eine dumme Phrase. Die Kommunisten müssen in jeden beliebigen reaktionären Krieg gehen.

Wünschenswert ist, an Beispielen etwa aus der deutschen Vorkriegsliteratur und insbesondere an Beispielen des Basler Kongresses von 1912 ganz besonders konkret zu zeigen, daß die theoretische Anerkennung dessen, daß der Krieg ein Verbrechen, daß der Krieg für einen Sozialisten unzulässig ist usw., sich als leeres Gerede erweist, weil in einer solchen Fragestellung nichts Konkretes enthalten ist. Wir geben den Massen keinerlei wirklich lebendige Vorstellung davon, wie der Krieg hereinbrechen kann und hereinbrechen wird. Die herrschende Presse aber, die täglich in einer unermeßlichen Zahl von Exemplaren erscheint, vertuscht diese Frage, verbreitet darüber solche Lügen, daß die schwache sozialistische Presse dagegen völlig machtlos ist, um so mehr, als sie auch in Friedenszeiten in diesem Punkt grundfalsche Ansichten vertritt. Die kommunistische Presse wird sich in der Mehrzahl der Länder wahrscheinlich ebenfalls blamieren.

Ich denke, unsere Delegierten auf dem internationalen Kongreß der Genossenschaftler und Trade-Unionisten sollen die Aufgaben unter sich teilen und alle die Sophismen, mit denen man den Krieg in der gegenwärtigen Zeit zu rechtfertigen pflegt, in allen Details gründlich zerpflücken.

Das Hauptmittel, die Massen in den Krieg hineinzuziehen, sind vielleicht gerade die Sophismen, mit denen die bürgerliche Presse operiert, und der wichtigste Umstand, der unsere Machtlosigkeit gegenüber dem Krieg erklärt, ist der, daß wir entweder diese Sophismen nicht von vorn-

herein zerpflücken oder, mehr noch, daß wir sie mit der billigen, prahlerischen und gänzlich hohlen Phrase abtun, wir würden den Krieg nicht zulassen, wir verstünden vollkommen den verbrecherischen Charakter des Krieges usw. im Geiste des Basler Manifests von 1912.

Mir scheint, wenn wir auf der Haager Konferenz einige Leute haben werden, die fähig sind, in dieser oder jener Sprache eine Rede gegen den Krieg zu halten, so wird das allerwichtigste die Widerlegung der Meinung sein, als seien die Anwesenden Gegner des Krieges, als verstünden sie, wie der Krieg im allerunerwartetsten Augenblick über sie hereinbrechen kann und muß, als begriffen sie irgend etwas von der Art und Weise des Kampfes gegen den Krieg, als wären sie irgendwie imstande, einen vernünftigen und zum Ziel führenden Weg im Kampf gegen den Krieg einzuschlagen.

Angesichts der unlängst mit dem Krieg gemachten Erfahrung müssen wir klarmachen, welch eine Masse sowohl von theoretischen als auch von praktischen Fragen am Tage nach der Kriegserklärung auftauchen wird, wobei der übergroßen Mehrzahl der zum Heeresdienst Einberufenen jede Möglichkeit genommen sein wird, zu diesen Fragen mit halbwegs klarem Kopf und mit halbwegs gewissenhafter Unvoreingenommenheit Stellung zu nehmen.

Ich glaube, daß man diese Frage mit ungewöhnlicher Ausführlichkeit klarstellen muß, und zwar in doppelter Weise:

Erstens in der Weise, daß man schildert und analysiert, was während des vorigen Krieges gewesen ist, und allen Anwesenden erklärt, daß sie das nicht wissen oder daß sie so tun, als ob sie es wüßten, während sie in Wirklichkeit die Augen vor dem verschließen, was den eigentlichen Kernpunkt der Frage bildet, ohne dessen Kenntnis von einem Kampf gegen den Krieg gar keine Rede sein kann. Zu diesem Punkt, glaube ich, ist eine Untersuchung aller Schattierungen, aller Meinungen nötig, die damals anläßlich des Krieges unter den russischen Sozialisten aufgetreten sind. Man muß beweisen, daß diese Schattierungen nicht zufällig aufgetreten, sondern durch die innerste Natur der modernen Kriege überhaupt ins Leben gerufen worden sind. Man muß beweisen, daß ohne eine Analyse dieser Meinungen und ohne eine Klarstellung der Art und Weise, wie sie unvermeidlich entstehen und wie sie für die Frage des Kampfes gegen den Krieg entscheidende Bedeutung haben — daß ohne eine solche Analyse

von einer Vorbereitung auf den Krieg und sogar von einer bewußten Stellungnahme zu ihm gar keine Rede sein kann.

Zweitens muß man die gegenwärtigen Konflikte, und seien es die allergeringfügigsten, als Beispiele nehmen und an Hand dieser Beispiele klarmachen, wie der Krieg jeden Tag ausbrechen kann wegen eines Streites zwischen England und Frankreich um irgendeine Einzelheit des Vertrages mit der Türkei oder zwischen Amerika und Japan wegen einer bedeutungslosen Meinungsverschiedenheit über eine beliebige Frage im Pazifischen Raum oder zwischen beliebigen Großmächten wegen kolonialer Streitigkeiten oder wegen Streitigkeiten über ihre Zollpolitik oder überhaupt über ihre Handelspolitik usw. usf. Sollte sich der geringste Zweifel daran ergeben, daß wir die Möglichkeit haben werden, im Haag unsere Rede gegen den Krieg völlig frei und vollständig vorzutragen, so soll man sich, meine ich, eine Reihe von Kniffen ausdenken, um wenigstens die Hauptsache zu sagen, und dann das, was man nicht bis zu Ende hat aussprechen können, in einer Broschüre veröffentlichen. Man muß es darauf ankommen lassen, daß der Vorsitzende die Rede unterbricht.

Ich denke, daß zu demselben Zweck zur Teilnahme an der Delegation außer Rednern, die fähig und verpflichtet sind, eine Rede gegen den Krieg im ganzen, d. h. mit Entwicklung aller Hauptargumente und aller Bedingungen für den Kampf gegen den Krieg, zu halten, noch Leute eingeladen werden sollen, die alle drei wichtigen Fremdsprachen beherrschen und sich der Aufgabe widmen müßten, mit den Delegierten Gespräche zu führen und zu erfahren, inwieweit sie die Hauptargumente begriffen haben und inwieweit die Notwendigkeit besteht, diese oder jene Argumente vorzubringen oder Beispiele heranzuziehen.

Vielleicht wird bei einer Reihe von Fragen nur die Heranziehung von faktischen Beispielen aus dem Gebiet des letzten Krieges geeignet sein, eine ernstliche Wirkung zu erzielen. Vielleicht läßt sich bei einer Reihe von anderen Fragen nur durch Erläuterung der modernen Konflikte zwischen den Staaten und ihres Zusammenhangs mit einem möglichen bewaffneten Zusammenstoß eine ernstliche Wirkung erzielen.

In der Frage des Kampfes gegen den Krieg gibt es, soweit ich mich erinnere, eine ganze Anzahl von Erklärungen, die unsere kommunistischen Abgeordneten in den Parlamenten wie auch in Reden außerhalb der Parlamente abgegeben haben und die ungeheuerlich falsche und

ungeheuerlich leichtfertige Dinge über den Kampf gegen den Krieg enthalten. Ich denke, daß man gegen derartige Erklärungen, besonders wenn sie bereits nach dem Kriege abgegeben worden sind, mit aller Entschiedenheit auftreten und dabei rücksichtslos den Namen eines jeden derartigen Redners nennen muß. Man kann sein Urteil über solch einen Redner nach Belieben mildern, besonders wenn das nötig ist, aber man darf keinen einzigen Fall dieser Art mit Stillschweigen übergehen, denn leichtfertiges Verhalten zu dieser Frage ist ein Übel, das schwerer wiegt als alles andere und dem gegenüber absolut keine Nachsicht geübt werden darf.

Es gibt eine Anzahl Beschlüsse von Arbeiterkongressen, die unverzeihlich dumm und leichtfertig sind.

Man muß unverzüglich alle zugänglichen Materialien sammeln und sowohl alle einzelnen Teile und Teilchen des Themas als auch die ganze „Strategie" auf dem Kongreß eingehend erörtern.

Unserseits darf bei einer solchen Frage nicht nur ein Fehler, sondern auch eine wesentliche Unvollständigkeit nicht geduldet werden.

4. XII. 1922

Zuerst veröffentlicht
am 26. April 1924
in der „Prawda" Nr. 96.
Unterschrift: L e n i n.

Nach einem von W. I. Lenin korrigierten und unterzeichneten maschinegeschriebenen Exemplar.

EINIGE WORTE ÜBER N. J. FEDOSSEJEW[108]

Meine Erinnerungen an Nikolai Jewgrafowitsch Fedossejew beziehen sich auf den Beginn der neunziger Jahre. Für ihre Genauigkeit kann ich mich nicht verbürgen.

Damals lebte ich in der Provinz, nämlich in Kasan und Samara. Ich hörte von Fedossejew während meines Aufenthalts in Kasan, bin ihm aber nicht persönlich begegnet. Im Frühjahr 1889 siedelte ich in das Gouvernement Samara über, wo ich gegen Ende des Sommers 1889 von der Verhaftung Fedossejews und anderer Mitglieder Kasaner Zirkel hörte — unter anderem auch des Zirkels, an dem ich teilgenommen hatte. Ich glaube, auch ich hätte leicht verhaftet werden können, wenn ich diesen Sommer in Kasan geblieben wäre. Bald danach begann sich der Marxismus als Richtung auszubreiten und in die sozialdemokratische Richtung einzumünden, die von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" in Westeuropa schon bedeutend früher verkündet worden war.

N. J. Fedossejew war einer der ersten, die ihre Zugehörigkeit zur marxistischen Richtung erklärten. Ich erinnere mich, daß aus diesem Grunde seine Polemik gegen N. K. Michailowski begann, der ihm auf einen seiner illegalen Briefe im „Russkoje Bogatstwo" [Russischer Reichtum] antwortete. Aus diesem Anlaß begann mein Briefwechsel mit N. J. Fedossejew. Ich erinnere mich, daß als Vermittlerin Hopfenhaus zwischen uns tätig war, mit der ich einmal zusammenkam, als ich erfolglos versuchte, mich in Wladimir mit Fedossejew zu treffen. Ich fuhr dorthin in der Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, aus dem Gefängnis herauszukommen, aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht.[109]

Später wurde Fedossejew gleichzeitig mit mir nach Ostsibirien verbannt

und machte in Sibirien seinem Leben durch Selbstmord ein Ende, vermutlich infolge schwerer persönlicher Erlebnisse, die mit besonders ungünstigen Lebensverhältnissen zusammenhingen.

Soweit ich mich erinnere, betraf mein Briefwechsel mit Fedossejew Fragen der marxistischen oder sozialdemokratischen Weltanschauung, die damals aufgetaucht waren. Besonders ist mir im Gedächtnis geblieben, daß sich Fedossejew bei allen, die ihn kannten, ungewöhnlicher Sympathie erfreute als der Typus eines Revolutionärs der alten Zeit, der seiner Sache ganz ergeben war und vielleicht seine Lage durch diese oder jene Erklärungen oder durch unvorsichtige Schritte gegenüber den Gendarmen verschlechterte.

Es ist möglich, daß ich irgendwo etwas von den Briefen oder Manuskripten Fedossejews aufbewahrt habe, aber ob sie erhalten geblieben sind und ob man sie auffinden kann — darüber kann ich nichts Bestimmtes sagen.

Jedenfalls hat Fedossejew zu jener Zeit im Wolgagebiet und in einigen Gegenden Zentralrußlands eine außerordentlich große Rolle gespielt, und viele haben damals bei ihrer Wendung zum Marxismus zweifellos unter einem sehr, sehr starken Einfluß dieses ungewöhnlich begabten und seiner Sache ungewöhnlich ergebenen Revolutionärs gestanden.

6. XII. 1922

Veröffentlicht 1923 in dem Buch „Nikolai Jewgrafowitsch Fedossejew. Ein Pionier des revolutionären Marxismus in Rußland (Sammelband von Erinnerungen)", Moskau–Petrograd. Unterschrift: L e n i n.

Nach dem Text des Sammelbandes.

AN DEN GESAMTUKRAINISCHEN SOWJETKONGRESS[110]

10. XII. 1922

Ich begrüße die Eröffnung des Gesamtukrainischen Sowjetkongresses.

Eine der wichtigsten Fragen, die der Kongreß zu erörtern hat, ist der Zusammenschluß der Republiken. Von der richtigen Lösung dieser Frage hängt die weitere Organisation unseres Staatsapparats ab, dessen himmelschreiende Mängel durch die letzte in Moskau, Petrograd und Charkow durchgeführte Zählung der Sowjetangestellten so drastisch und anschaulich aufgedeckt wurden.

Die zweite Frage, welcher der Kongreß seine besondere Aufmerksamkeit schenken muß, ist die Frage unserer Schwerindustrie. Die Produktivität des Donezbeckens, der Erdölindustrie und des Hüttenwesens auf das Vorkriegsniveau zu heben — das ist die grundlegende Aufgabe unserer gesamten Wirtschaft, auf deren Lösung alle unsere Bemühungen gerichtet werden müssen.

Ich gebe meiner festen Zuversicht Ausdruck, daß der Kongreß den richtigen Weg zur Lösung dieser Aufgaben finden wird, und wünsche ihm von ganzem Herzen vollen Erfolg.

Lenin

„Kommunist" (Charkow) Nr. 285, 12. Dezember 1922.

Nach dem Text des „Kommunist", verglichen mit einer maschinegeschriebenen Kopie.

ÜBER DAS AUSSENHANDELSMONOPOL[111]

An Genossen Stalin für die Plenartagung des ZK

Ich halte es für das wichtigste, den Brief des Gen. Bucharin zu zergliedern. Im ersten Punkt sagt er, daß „weder bei Lenin noch bei Krassin auch nur eine Silbe über die zahllosen Verluste gesagt wird, die der Wirtschaft des Landes dadurch entstehen, daß das Volkskommissariat für Außenhandel arbeitsunfähig ist, was sich aus seiner ‚prinzipiellen' Struktur ergibt, auch nur ein Wort über die Verluste, die dadurch entstehen, daß wir selbst nicht imstande sind (und aus durchaus verständlichen Gründen lange Zeit nicht imstande sein werden), den bäuerlichen Warenfonds zu mobilisieren und ihn dem internationalen Warenverkehr zuzuführen".

Diese Behauptung ist direkt falsch, denn bei Krassin wird im Paragraph II klar und deutlich von der Gründung gemischter Gesellschaften gesprochen, die ein Mittel darstellen, um erstens den bäuerlichen Warenfonds zu mobilisieren und zweitens von dem durch diese Mobilisierung erzielten Gewinn nicht weniger als die Hälfte in unsere Staatskasse fließen zu lassen. Somit umgeht das Wesen der Frage also gerade Bucharin, der nicht sehen will, daß „die Mobilisierung des bäuerlichen Warenfonds" die Einnahmen vollständig und ausschließlich den NÖP-Leuten in die Hände spielen wird. Die Frage ist die, ob unser Volkskommissariat für Außenhandel zum Nutzen der NÖP-Leute arbeiten wird oder ob es zum Nutzen des proletarischen Staates arbeiten wird. Das ist eine so grundlegende Frage, daß man sich darüber unbedingt auf dem Parteitag auseinandersetzen kann und muß.

Die Arbeitsunfähigkeit des Volkskommissariats für Außenhandel ist im

Vergleich zu dieser ersten, grundlegenden, prinzipiellen Frage eine völlig untergeordnete Frage, denn diese Arbeitsunfähigkeit ist weder größer noch kleiner als die Arbeitsunfähigkeit aller unserer Volkskommissariate, die von deren allgemeiner sozialer Struktur abhängt und von uns lange Jahre hartnäckiger Arbeit zur Hebung der Bildung und des Niveaus überhaupt erfordert.

Im zweiten Punkt seiner Thesen erklärt Bucharin, daß „solche Punkte, wie zum Beispiel Paragraph 5 der Thesen Krassins, voll und ganz auch auf die Konzessionen schlechthin anwendbar sind". Das ist wiederum eine himmelschreiende Unwahrheit, denn die 5. These Krassins besagt, daß „im Dorf der übelste Ausbeuter, Aufkäufer, Spekulant, Agent des Auslandskapitals, der mit dem Dollar, dem Pfund, der schwedischen Krone manipuliert, künstlich eingeführt wird". Nichts dergleichen ergibt sich bei den Konzessionsverträgen, in denen wir nicht nur ein bestimmtes Territorium vorsehen, sondern auch eine besondere Erlaubnis für den Handel mit gewissen Gütern, und überdies, was das wichtigste ist, den Handel mit diesen oder jenen Gütern, die in Konzession gegeben werden, in unserer Hand behalten. Ohne auch nur mit einem Wort auf die Argumente Krassins zu antworten, daß wir den freien Handel nicht in dem Rahmen halten können, den der Beschluß der Plenartagung vom 6. X. vorsieht, daß man uns den Handel kraft des Drucks nicht nur der Schmuggler, sondern der gesamten Bauernschaft aus der Hand reißen wird, ohne auf dieses grundlegende ökonomische und klassenmäßige Argument auch nur mit einer Silbe einzugehen, bringt Bucharin gegen Krassin Beschuldigungen vor, die durch ihre Haltlosigkeit in Erstaunen versetzen.

Im dritten Punkt seines Briefes schreibt Bucharin: „Paragraph 3 von Krassin". (Aus Versehen nennt er Paragraph 3 statt 4.) „Unsere Grenze ist intakt", und er fragt: „Was heißt das? Das heißt real, daß nichts getan wird. Das ist genauso wie ein Warenhaus mit einem schönen Aushängeschild, in dem es nichts gibt (Hauptsperrsystem)." Krassin sagt völlig eindeutig, daß unsere Grenze nicht so sehr dank dem Zoll- oder Grenzschutz intakt ist als vielmehr dank dem Bestehen des Außenhandelsmonopols. Auf diese klare, direkte und unbestreitbare Tatsache kann Bucharin nicht ein einziges Wort erwidern und tut es auch nicht. Der Ausdruck „Hauptsperrsystem" gehört zu jener Kategorie von Ausdrücken, auf die Marx seinerzeit mit dem Ausdruck „Freihändler vulgaris" geant-

wortet hat, denn hier gibt es nichts außer einer ganz vulgären freihändlerischen Phrase.

Weiterhin beschuldigt Bucharin im vierten Punkt Krassin, er sehe nicht, daß wir unsere Zollpolitik vervollkommnen müßten, und im gleichen Atemzug beschuldigt er mich, ich sei im Irrtum, wenn ich von Aufsehern im ganzen Land spreche, während es sich in Wirklichkeit lediglich um die Grenzstellen für die Einfuhr und Ausfuhr handle. Auch hier verblüffen die Einwände Bucharins durch ihre Leichtfertigkeit und gehen am Ziel vorbei, denn Krassin sieht nicht nur, daß unsere Zollpolitik vervollkommnet werden muß, er erkennt das nicht nur voll und ganz an, sondern weist auch mit einer Genauigkeit darauf hin, die nicht die Spur eines Zweifels läßt. Diese Vervollkommnung besteht nämlich darin, daß wir erstens das System des Außenhandelsmonopols und zweitens das System der Gründung gemischter Gesellschaften eingeführt haben.

Bucharin sieht nicht – das ist sein verblüffendster und dabei rein theoretischer Fehler –, daß in der Epoche des Imperialismus und des ungeheuerlichen Unterschieds zwischen den armen und den unglaublich reichen Ländern keinerlei Zollpolitik wirksam sein kann. Bucharin beruft sich einige Male auf den Zollschutz, ohne zu sehen, daß ein beliebiges reiches Industrieland unter den erwähnten Bedingungen diesen Schutz völlig zunichte machen kann. Es braucht dazu nur eine Ausfuhrprämie für die Einfuhr solcher Waren nach Rußland festzusetzen, die bei uns mit einer Zollprämie belegt sind. Dafür steht jedem beliebigen Industrieland mehr als genug Geld zur Verfügung, und durch eine solche Maßnahme wird jedes beliebige Industrieland unsere einheimische Industrie ganz bestimmt zugrunde richten.

Darum bedeuten alle Erörterungen Bucharins über die Zollpolitik in der Praxis nichts anderes als die völlige Schutzlosigkeit der russischen Industrie und den nur ganz leicht verschleierten Übergang zum System des Freihandels. Dagegen müssen wir mit allen Kräften kämpfen, und zwar bis zum Parteitag kämpfen, denn es kann jetzt, in der Epoche des Imperialismus, von keiner anderen ernsthaften Zollpolitik auch nur die Rede sein als vom System des Außenhandelsmonopols.

Die von Bucharin (im fünften Punkt) erhobene Beschuldigung, daß Krassin die große Wichtigkeit einer verstärkten Zirkulation nicht verstehe, wird völlig durch das entkräftet, was Krassin über die gemischten Gesell-

schaften gesagt hat, denn diese gemischten Gesellschaften verfolgen kein anderes Ziel als eben eine Verstärkung der Zirkulation unter Wahrung eines realen und nicht wie beim Zollschutz fiktiven Schutzes unserer russischen Industrie.

Weiter, wenn Bucharin im sechsten Punkt den Einwand gegen mich erhebt, er halte es nicht für wichtig, daß der Bauer ein höchst vorteilhaftes Geschäft machen werde, und der Kampf werde sich nicht zwischen dem Bauern und der Sowjetmacht abspielen, sondern zwischen der Sowjetmacht und dem Exporteur, so ist das wiederum grundfalsch, denn der Exporteur mobilisiert angesichts der von mir beispielsweise genannten Preisunterschiede (Flachs kostet in Rußland 4,50 Rubel, in England dagegen 14 Rubel) aufs rascheste, sicherste und unzweifelhafteste die gesamte Bauernschaft um sich. Praktisch stellt sich Bucharin auf den Standpunkt der Verteidigung des Spekulanten, des Kleinbürgers und der bäuerlichen Oberschichten gegen das Industrieproletariat, das absolut nicht in der Lage ist, seine Industrie wiederherzustellen und Rußland zu einem Industrieland zu machen, wenn das Land nicht ausschließlich durch das Außenhandelsmonopol, sondern nur irgendwie durch die Zollpolitik geschützt ist. Jeder andere Protektionismus ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen Rußlands ein völlig fiktiver, papierner Protektionismus, der dem Proletariat nichts gibt. Vom Standpunkt des Proletariats und seiner Industrie ist deshalb dieser Kampf von ganz grundlegender, prinzipieller Bedeutung. Das System der gemischten Gesellschaften ist das einzige System, das in der Lage ist, den schlechten Apparat des Volkskommissariats für Außenhandel wirklich zu verbessern, denn bei diesem System arbeiten neben uns der ausländische und der russische Kaufmann. Könnten wir nicht einmal unter solchen Umständen etwas lernen und erlernen und dabei auslernen, so wäre unser Volk ganz hoffnungslos ein Volk von Dummköpfen.

Würden wir dagegen von „Zollschutz" reden, so hieße das, daß wir unsere Augen vor den Gefahren verschließen, die von Krassin mit aller Klarheit aufgezeigt und die von Bucharin in keinem einzigen Punkt widerlegt worden sind.

Ich möchte noch hinzufügen, daß die teilweise Öffnung der Grenzen ernste Gefahren für die Währung mit sich bringt, denn wir werden praktisch in die Lage Deutschlands geraten, daß sie ernste Gefahren mit sich

bringt, was das Eindringen von kleinbürgerlichen Elementen und allen möglichen Agenten des Emigranten-Rußlands betrifft, ohne daß wir die kleinste Möglichkeit der Kontrolle haben.

Sich der gemischten Gesellschaften bedienen, um ernsthaft und ausdauernd zu lernen — das ist der einzige Weg zur Wiederherstellung unserer Industrie.

Lenin

13. XII. 1922

Zuerst vollständig veröffentlicht 1930 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 2–3 (97–98).

Telefonisch diktiert. Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES ZK BETREFFS DER MÖGLICHKEIT, AUF DEM X. GESAMTRUSSISCHEN SOWJETKONGRESS ZU SPRECHEN[112]

Ich habe jetzt meine Angelegenheiten endgültig erledigt und kann ruhig wegfahren. Es ist nur ein Umstand geblieben, der mich außerordentlich stark beunruhigt — die Unmöglichkeit, auf dem Sowjetkongreß zu sprechen. Am Dienstag werden mich die Ärzte besuchen, und wir werden beraten, ob wenigstens eine kleine Chance dafür besteht. Auf die Rede verzichten zu müssen empfände ich als sehr unangenehm, um kein stärkeres Wort zu gebrauchen. Das Konzept der Rede habe ich bereits vor einigen Tagen geschrieben. Ich schlage daher vor, ohne die Vorbereitungen dafür einzustellen, daß ein anderer an meiner Stelle spricht, bis Mittwoch die Möglichkeit offenzulassen, daß ich selber auftreten werde, vielleicht mit einer Rede, die wesentlich kürzer ist als sonst, beispielsweise von etwa dreiviertel Stunde Dauer. Eine solche Rede wird die Rede meines Stellvertreters keineswegs stören (ganz gleich, wen Sie damit beauftragen), aber sie wird, denke ich, sowohl politisch als auch im persönlichen Sinne nützlich sein, denn sie wird einen Anlaß zu großer Beunruhigung beseitigen. Ich bitte, das zu beachten und mich, wenn sich die Eröffnung des Kongresses noch hinziehen sollte, über meinen Sekretär rechtzeitig zu benachrichtigen.

Lenin

15. XII. 1922

Zuerst veröffentlicht 1930.

Telefonisch diktiert. Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

TAGEBUCHBLÄTTER

Die dieser Tage herausgegebene Arbeit über die Elementarbildung der Bevölkerung Rußlands nach den Angaben der Volkszählung von 1920 („Elementarbildung in Rußland", Moskau 1922, Statistische Zentralverwaltung, Abteilung für Volksbildungsstatistik) stellt eine sehr wichtige Erscheinung dar.

Ich führe nachstehend eine dieser Arbeit entnommene Tabelle über die Elementarbildung der Bevölkerung Rußlands für die Jahre 1897 und 1920 an.

Es konnten lesen und schreiben:

	von 1000 männl. Einwohnern		von 1000 weibl. Einwohnern		von 1000 Personen der Gesamtbevölkerung	
	1897	1920	1897	1920	1897	1920
1. im Europäischen Rußland	326	422	136	255	229	330
2. im Nordkaukasus	241	357	56	215	150	281
3. in Sibirien (West)	170	307	46	134	108	218
Insgesamt	318	409	131	244	223	319

Während wir über proletarische Kultur und über ihr Verhältnis zur bürgerlichen Kultur geschwatzt haben, bieten uns die Tatsachen Zahlen dar, die zeigen, daß es bei uns sogar um die bürgerliche Kultur sehr schwach bestellt ist. Es hat sich, wie ja auch zu erwarten war, herausgestellt, daß wir noch sehr weit von der allgemeinen Schulbildung entfernt sind und daß sogar unser Fortschritt im Vergleich zu den zaristischen

Zeiten (1897) ein allzu langsamer ist. Das ist eine strenge Warnung und ein ernster Vorwurf an die Adresse derjenigen, die in Träumereien von der „proletarischen Kultur" geschwelgt haben und bis jetzt schwelgen. Das zeigt, wieviel dringende Kleinarbeit wir noch zu leisten haben, um das Niveau eines gewöhnlichen zivilisierten westeuropäischen Staates zu erreichen. Das zeigt ferner, welche Unmenge von Arbeit uns jetzt bevorsteht, damit wir auf dem Boden unserer proletarischen Errungenschaften tatsächlich ein einigermaßen hohes Kulturniveau erreichen.

Wir dürfen uns auf diese unbestreitbare, aber allzu theoretische These nicht beschränken. Wir müssen bei der nächsten Überprüfung unseres Vierteljahrbudgets die Arbeit auch praktisch in Angriff nehmen. Natürlich müssen in erster Linie die Ausgaben nicht etwa des Volkskommissariats für Bildungswesen, sondern anderer Ressorts gekürzt werden, damit die frei werdenden Summen für die Bedürfnisse des Volkskommissariats für Bildungswesen verwendet werden können. Wir sollten in einem Jahr wie dem jetzigen, wo wir mit Getreide verhältnismäßig leidlich versorgt sind, bei der Erhöhung der Brotzuteilung an die Lehrerschaft nicht knausern.

Die Arbeit, die jetzt auf dem Gebiet der Volksbildung geleistet wird, kann, allgemein gesprochen, nicht als allzu engbegrenzt bezeichnet werden. Es wird gar nicht so wenig getan, um die alte Lehrerschaft aufzurütteln, sie an die neuen Aufgaben heranzuführen, sie für die neuen Gesichtspunkte der Pädagogik zu interessieren, ihr Interesse an solchen Fragen wie der Frage der Religion zu wecken.

Das Wichtigste aber tun wir nicht. Wir sorgen nicht oder sorgen bei weitem nicht genug dafür, daß der Volksschullehrer auf die Höhe gehoben wird, ohne die von irgendwelcher Kultur gar keine Rede sein kann: weder von proletarischer noch sogar von bürgerlicher Kultur. Es muß die Rede sein von der halbasiatischen Kulturlosigkeit, aus der wir bisher nicht herausgekommen sind und aus der wir ohne ernste Anstrengungen nicht herauskommen können, obwohl wir die Möglichkeit dazu haben, denn die Volksmassen sind nirgends so an wahrer Kultur interessiert wie bei uns; nirgends werden die Fragen dieser Kultur so tiefschürfend und so folgerichtig gestellt wie bei uns; nirgends, in keinem anderen Lande, liegt die Staatsmacht in den Händen der Arbeiterklasse, die in ihrer Masse die Unzulänglichkeiten ihrer, ich will nicht sagen, Kul-

tur, aber ihrer Elementarbildung ausgezeichnet begreift; nirgends ist sie bereit, zur Verbesserung ihrer Lage in dieser Hinsicht solche Opfer zu bringen und bringt sie solche Opfer wie bei uns.

Bei uns wird noch viel zuwenig, unermeßlich wenig getan, um unseren ganzen Staatshaushalt in der Richtung umzustellen, daß vor allem den Bedürfnissen der elementaren Volksbildung Rechnung getragen wird. Selbst im Volkskommissariat für Bildungswesen kann man auf Schritt und Tritt übermäßig aufgeblähte Stellenpläne irgendeines Staatsverlages finden, ohne jede Rücksicht darauf, daß der Staat sich in erster Linie nicht um das Verlagswesen kümmern soll, sondern darum, daß es des Lesens Kundige gibt und daß die Zahl der Menschen, die lesen können, stetig größer wird, damit das Verlagswesen im künftigen Rußland zu größerer politischer Wirksamkeit gelange. Wir widmen, nach alter (schlechter) Gewohnheit, technischen Fragen wie dem Verlagswesen immer noch viel mehr Zeit und Kraft als der allgemein-politischen Frage der Volksbildung.

Nimmt man die Hauptverwaltung für Berufsausbildung, so kann man auch hier, davon sind wir überzeugt, sehr viel Überflüssiges finden, das durch Ressortinteressen aufgebauscht ist und den Anforderungen einer umfassenden Volksbildung nicht entspricht. Bei weitem nicht alles läßt sich in der Hauptverwaltung für Berufsausbildung durch den berechtigten Wunsch rechtfertigen, zunächst die Ausbildung unserer Jugend in den Fabriken und Werken zu heben und sie in eine praktische Richtung zu lenken. Wollte man die Stellenpläne der Hauptverwaltung für Berufsausbildung aufmerksam durchsehen, so würde sich herausstellen, daß von diesem Standpunkt aus vieles, sehr vieles aufgebauscht und fiktiv ist und abgeschafft werden muß. Im proletarisch-bäuerlichen Staat kann und muß man noch sehr, sehr viel einsparen, um die elementare Volksbildung auszubauen, indem man alle möglichen Institutionen schließt, die entweder zur Hälfte vornehme Spielereien sind oder Einrichtungen darstellen, ohne die wir bei dem Stand der elementaren Volksbildung, den uns die Statistik anzeigt, noch auskommen können, noch lange auskommen können und auskommen müssen.

Der Volksschullehrer muß bei uns so hoch gestellt werden, wie er in der bürgerlichen Gesellschaft nie gestanden hat, nicht steht und nicht stehen kann. Das ist eine Wahrheit, die keiner Beweise bedarf. Zu diesem

Stand der Dinge müssen wir kommen durch systematische, unablässige, zähe Arbeit, um sowohl sein geistiges Niveau zu heben als auch ihn allseitig auf seine wahrhaft hohe Berufung vorzubereiten und — vor allem und hauptsächlich — seine materielle Lage zu verbessern.

Es gilt, die Arbeit zur Organisierung der Volksschullehrer systematisch zu verstärken, um sie aus einer Stütze der bürgerlichen Ordnung, die sie bis jetzt in ausnahmslos allen kapitalistischen Ländern sind, zu einer Stütze der Sowjetordnung zu machen, um durch sie die Bauernschaft vom Bündnis mit der Bourgeoisie abzubringen und sie für das Bündnis mit dem Proletariat zu gewinnen.

In Kürze sei hervorgehoben, daß hierbei systematische Fahrten ins Dorf, die übrigens bei uns schon durchgeführt werden und die man planmäßig weiterentwickeln soll, eine besondere Rolle spielen müssen. Für solche Maßnahmen wie diese Fahrten ist es nicht schade, Geld zu geben, das wir oft genug für einen noch fast gänzlich der alten Geschichtsepoche angehörenden Staatsapparat zum Fenster hinauswerfen.

Ich hatte zu einer Rede auf dem Sowjetkongreß im Dezember 1922, die ich dann nicht halten konnte, Material über die Patenschaft von städtischen Arbeitern über die Landbevölkerung gesammelt. Einiges Material hierzu hat mir Gen. Chodorowski verschafft, und ich stelle jetzt den Genossen anheim, dieses Thema auszuarbeiten, da ich selbst nicht dazu kam, es auszuarbeiten und durch den Sowjetkongreß der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Die grundlegende politische Frage ist hier das Verhältnis zwischen Stadt und Land, eine Frage, die für unsere ganze Revolution entscheidende Bedeutung hat. Während der bürgerliche Staat systematisch alle Anstrengungen darauf richtet, die städtischen Arbeiter zu verdummen, und diesem Zweck die gesamte auf Kosten des Staates, auf Kosten der zaristischen und der bürgerlichen Parteien erscheinende Literatur anpaßt, können und müssen wir unsere Macht dazu benutzen, aus dem städtischen Arbeiter wirklich einen Vermittler der kommunistischen Ideen unter dem Landproletariat zu machen.

Ich sagte „kommunistische" und beeile mich, einen Vorbehalt zu machen, da ich fürchte, ein Mißverständnis hervorzurufen oder allzu buchstäblich verstanden zu werden. Das darf auf keinen Fall so aufgefaßt werden, als sollten wir sofort rein kommunistische Ideen im engsten Sinne

des Wortes ins Dorf tragen. Solange bei uns auf dem flachen Lande die materielle Grundlage für den Kommunismus nicht gegeben ist, würde das für den Kommunismus, man kann sagen, schädlich sein, würde das, man kann sagen, verhängnisvoll sein.

Nein. Man muß damit anfangen, den Verkehr zwischen Stadt und Land herzustellen, und darf sich nicht von vornherein das Ziel setzen, den Kommunismus ins Dorf zu verpflanzen. Ein solches Ziel kann gegenwärtig nicht erreicht werden. Ein solches Ziel ist nicht zeitgemäß. Sich dieses Ziel setzen hieße der Sache Schaden statt Nutzen bringen.

Aber den Verkehr zwischen den Arbeitern der Stadt und den Werktätigen des flachen Landes herzustellen, jene Form der Kameradschaftlichkeit zwischen ihnen zu schaffen, die sich leicht erreichen läßt — das ist unsere Pflicht, das ist eine der Hauptaufgaben der Arbeiterklasse, die an der Macht steht. Zu diesem Zweck ist es notwendig, eine Reihe von Vereinigungen (der Partei, der Gewerkschaften oder spezieller Art) der Betriebsarbeiter zu gründen, die sich systematisch das Ziel setzen, dem Dorf bei seiner kulturellen Entwicklung zu helfen.

Wird es gelingen, alle Stadtzellen auf alle Dorfzellen „aufzuteilen", damit jede Arbeiterzelle, die einer entsprechenden Zelle im Dorf „zugeteilt" ist, bei jeder Gelegenheit, in jedem Fall systematisch dafür sorgt, daß dieses oder jenes kulturelle Bedürfnis ihrer Patenzelle befriedigt wird? Oder wird es gelingen, andere Formen der Verbindung ausfindig zu machen? Ich beschränke mich hier darauf, die Frage lediglich aufzuwerfen, um die Aufmerksamkeit der Genossen darauf zu lenken, um auf die Erfahrung Westsibiriens hinzuweisen (auf diese Erfahrung hat mich Gen. Chodorowski aufmerksam gemacht) und um diese gigantische kulturelle Aufgabe von welthistorischer Bedeutung in ihrem ganzen Umfang deutlich zu machen.

Abgesehen von unserem offiziellen Staatshaushalt oder unseren offiziellen Beziehungen tun wir für das Dorf so gut wie nichts. Allerdings nehmen die kulturellen Beziehungen zwischen Stadt und Land bei uns von selbst, und zwar unvermeidlich, einen anderen Charakter an. Unter dem Kapitalismus gab die Stadt dem Dorf das, was das Dorf politisch, wirtschaftlich, moralisch, physisch usw. demoralisierte. Bei uns beginnt die Stadt von selbst, dem Dorf das gerade Gegenteil davon zu geben. Aber das alles geht eben von selbst, spontan vor sich, und das alles kann verstärkt

(und sodann hundertfach vermehrt) werden, wenn man in diese Arbeit Bewußtheit, Planmäßigkeit und Systematik hineinträgt.

Wir werden erst dann vorwärtszuschreiten beginnen (und werden dann bestimmt hundertmal schneller vorwärtskommen), wenn wir diese Frage studieren und wenn wir alle möglichen Arbeitervereinigungen gründen — dabei aber mit allen Mitteln ihre Verbürokratisierung verhindern —, um diese Frage aufzurollen, zu behandeln und sie praktisch zu lösen.

2. Januar 1923

„Prawda" Nr. 2,
4. Januar 1923.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit der stenografischen Niederschrift.

ÜBER DAS GENOSSENSCHAFTSWESEN

I

Dem Genossenschaftswesen wird bei uns, wie mir scheint, nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Wohl kaum alle begreifen, daß das Genossenschaftswesen jetzt, seit der Oktoberrevolution und unabhängig von der NÖP (umgekehrt, in dieser Beziehung muß man sagen: gerade dank der NÖP), bei uns eine ganz außerordentliche Bedeutung gewinnt. In den Träumereien der alten Genossenschaftler ist vieles phantastisch. Sie wirken wegen ihrer Phantasterei oft lächerlich. Aber worin besteht ihre Phantasterei? Darin, daß diese Leute die wesentliche, grundlegende Bedeutung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse zum Sturz der Ausbeuterherrschaft nicht verstehen. Dieser Sturz ist bei uns jetzt Tatsache geworden, und nun wird vieles von dem, was an den Träumereien der alten Genossenschaftler phantastisch, sogar romantisch, ja abgeschmackt war, zur ungeschminkten Wirklichkeit.

Bei uns ist wirklich, da die Staatsmacht in den Händen der Arbeiterklasse liegt, da alle Produktionsmittel dieser Staatsmacht gehören — bei uns ist wirklich nur die Aufgabe übriggeblieben, die Bevölkerung genossenschaftlich zusammenzuschließen. Unter der Voraussetzung des maximalen genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bevölkerung erreicht jener Sozialismus, der früher berechtigten Spott, mitleidiges Lächeln, geringschätziges Verhalten seitens derjenigen hervorrief, die mit Recht von der Notwendigkeit des Klassenkampfes, des Kampfes um die politische Macht usw. überzeugt waren, von selbst das Ziel. Nun geben sich aber nicht alle Genossen Rechenschaft darüber, welche gigantische, unermeß-

liche Bedeutung der genossenschaftliche Zusammenschluß Rußlands jetzt für uns gewinnt. Mit der NÖP haben wir dem Bauern als Händler, dem Prinzip des privaten Handels ein Zugeständnis gemacht; gerade daraus folgt (entgegen der landläufigen Meinung) die gigantische Bedeutung des Genossenschaftswesens. Unter der Herrschaft der NÖP ist ein genügend breiter und tiefer genossenschaftlicher Zusammenschluß der russischen Bevölkerung im Grunde genommen alles, was wir brauchen, weil wir jetzt jenen Grad der Vereinigung der Privatinteressen, der privaten Handelsinteressen, ihrer Überwachung und Kontrolle durch den Staat, den Grad ihrer Unterordnung unter die allgemeinen Interessen gefunden haben, der früher für viele, viele Sozialisten einen Stein des Anstoßes bildete. In der Tat, die Verfügungsgewalt des Staates über alle großen Produktionsmittel, die Staatsmacht in den Händen des Proletariats, das Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen Klein- und Zwergbauern, die Sicherung der Führerstellung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. — ist das nicht alles, was notwendig ist, um aus den Genossenschaften, allein aus den Genossenschaften, die wir früher geringschätzig als krämerhaft behandelt haben und die wir in gewisser Hinsicht jetzt, unter der NÖP, ebenso zu behandeln berechtigt sind, ist das nicht alles, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten? Das ist noch nicht die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu dieser Errichtung notwendig und hinreichend ist.

Eben dieser Umstand wird von vielen unserer Praktiker unterschätzt. Man blickt bei uns auf die Genossenschaften von oben herab und begreift nicht, welche außerordentliche Bedeutung diese Genossenschaften haben, erstens von der prinzipiellen Seite her gesehen (das Eigentum an den Produktionsmitteln in den Händen des Staates), zweitens unter dem Gesichtspunkt des Übergangs zu neuen Zuständen auf einem Wege, der möglichst *einfach, leicht und zugänglich für den Bauern* ist.

Und das ist ja doch wiederum die Hauptsache. Es ist eine Sache, über alle möglichen Arbeitervereinigungen zum Aufbau des Sozialismus zu phantasieren, und eine andere Sache, diesen Sozialismus praktisch so aufbauen zu lernen, daß *jeder* Kleinbauer an diesem Aufbau teilnehmen kann. Gerade diese Stufe haben wir jetzt erreicht. Und es steht außer Zweifel, daß wir, nachdem wir diese Stufe erreicht haben, sie uns viel zuwenig zunutze machen.

Wir haben beim Übergang zur NÖP den Bogen überspannt, nicht in der Beziehung, daß wir dem Prinzip der Gewerbe- und Handelsfreiheit zuviel Platz eingeräumt hätten, sondern wir haben beim Übergang zur NÖP den Bogen in der Beziehung überspannt, daß wir vergessen haben, an die Genossenschaften zu denken, daß wir jetzt die Genossenschaften unterschätzen, daß wir schon begonnen haben, die riesige Bedeutung der Genossenschaften in dem oben angedeuteten zweifachen Sinn dieser Bedeutung zu vergessen.

Ich habe die Absicht, mich nun mit dem Leser darüber zu unterhalten, was man, von diesem „Genossenschafts"prinzip ausgehend, praktisch sofort tun kann und muß. Mit welchen Mitteln kann und muß man sofort beginnen, dieses „Genossenschafts"prinzip so zu entwickeln, daß seine sozialistische Bedeutung allen und jedem einleuchtet?

Man muß für die Genossenschaften eine solche politische Lage schaffen, daß nicht nur die Genossenschaften überhaupt und immer eine gewisse Vergünstigung genießen, sondern daß diese Vergünstigung rein materieller Natur ist (Höhe der Bankzinsen usw.). Man muß den Genossenschaften aus staatlichen Mitteln Darlehen geben, die, wenn auch nur um ein geringes, die Mittel übersteigen, die wir den Privatbetrieben, selbst den Betrieben der Schwerindustrie usw., als Darlehen gewähren.

Jede Gesellschaftsordnung entsteht nur, wenn sie durch eine bestimmte Klasse finanziell unterstützt wird. Man braucht nicht an jene Hunderte und aber Hunderte Millionen Rubel zu erinnern, die die Geburt des „freien" Kapitalismus kostete. Jetzt müssen wir erkennen, daß gegenwärtig diejenige Gesellschaftsordnung, die wir über das gewöhnliche Maß hinaus unterstützen müssen, die genossenschaftliche Ordnung ist, und diese Erkenntnis in die Tat umsetzen. Aber unterstützen müssen wir sie im wahren Sinne dieses Wortes, d. h., es genügt nicht, unter dieser Unterstützung die Förderung eines beliebigen genossenschaftlichen Umsatzes zu verstehen, unter dieser Unterstützung muß man die Unterstützung eines solchen genossenschaftlichen Umsatzes verstehen, an dem *wirkliche Massen der Bevölkerung wirklich teilnehmen.* Dem Bauern, der sich am Genossenschaftsumsatz beteiligt, eine Prämie zu gewähren, das ist unbedingt eine richtige Form, doch gilt es hierbei, diese Beteiligung zu kontrollieren und zu prüfen, ob es eine bewußte und qualitativ einwandfreie Beteiligung ist — das ist der Kernpunkt der Frage. Wenn der Genossen-

schaftler in ein Dorf kommt und dort einen Genossenschaftsladen einrichtet, so ist die Bevölkerung, strenggenommen, daran nicht beteiligt, gleichzeitig aber wird sie, vom eigenen Vorteil geleitet, schleunigst versuchen, sich daran zu beteiligen.

Diese Sache hat auch noch eine andere Seite. Vom Standpunkt des „zivilisierten" (vor allem des lese- und schreibkundigen) Europäers müssen wir nur noch sehr wenig tun, um ausnahmslos alle zu veranlassen, sich an den Transaktionen der Genossenschaften zu beteiligen, und zwar nicht passiv, sondern aktiv. Eigentlich bleibt uns *„nur"* eines zu tun: unsere Bevölkerung so „zivilisiert" zu machen, daß sie alle aus der allgemeinen Beteiligung an den Genossenschaften entspringenden Vorteile einsieht und diese Beteiligung organisiert. *„Nur"* das. Wir brauchen jetzt keine anderen Weisheiten, um zum Sozialismus überzugehen. Um aber dieses „Nur" zu vollbringen, bedarf es einer ganzen Umwälzung, einer ganzen Periode kultureller Entwicklung der gesamten Volksmasse. Deshalb müssen wir uns zur Regel machen: möglichst wenig Klügeleien und möglichst wenig Floskeln. Die NÖP bedeutet in dieser Hinsicht insofern einen Fortschritt, als sie sich dem Niveau des allergewöhnlichsten Bauern anpaßt, als sie von ihm nichts Höheres verlangt. Um aber durch die NÖP die Beteiligung ausnahmslos der gesamten Bevölkerung an den Genossenschaften herbeizuführen, dazu bedarf es einer ganzen geschichtlichen Epoche. Wir können im günstigsten Fall diese Epoche in ein, zwei Jahrzehnten durchschreiten. Aber dennoch wird das eine besondere geschichtliche Epoche sein, und ohne diese geschichtliche Epoche, ohne allgemeine Elementarbildung der gesamten Bevölkerung, ohne einen genügend hohen Grad von Aufgeweckтheit, ohne die Bevölkerung in ausreichendem Grade daran gewöhnt zu haben, Bücher zu gebrauchen, und ohne die materielle Grundlage dafür, ohne eine gewisse Sicherung, sagen wir, gegen Mißernte, gegen Hungersnot usw. — ohne das können wir unser Ziel nicht erreichen. Alles kommt jetzt darauf an, daß wir es verstehen, den revolutionären Schwung, den revolutionären Enthusiasmus, den wir schon gezeigt, und zwar hinreichend gezeigt und mit vollem Erfolg gekrönt haben, mit der (hier möchte ich fast sagen) Fähigkeit zu vereinigen, ein aufgeweckter und des Schreibens und Rechnens kundiger Händler zu sein, was für einen guten Genossenschaftler durchaus genügt. Unter der Fähigkeit, ein Händler zu sein, verstehe ich die Fähigkeit, ein Händler zu sein, der Kulturansprüchen

genügt. Das mögen sich die russischen Menschen oder einfach die Bauern hinter die Ohren schreiben, die meinen: Wenn einer Handel treibt, dann versteht er auch Händler zu sein. Das ist ganz falsch. Wohl treibt er Handel, aber von da bis zu der Fähigkeit, ein Händler zu sein, der Kulturansprüchen genügt, ist es noch sehr weit. Er treibt heute Handel auf asiatische Manier; um aber zu verstehen, ein Händler zu sein, muß man auf europäische Manier Handel treiben. Davon trennt ihn eine ganze Epoche.

Ich komme zum Schluß. Eine Reihe von ökonomischen, finanziellen und Bankprivilegien für die Genossenschaften — darin muß die Unterstützung bestehen, die unser sozialistischer Staat dem neuen Prinzip der Organisierung der Bevölkerung erweist. Damit ist jedoch die Aufgabe erst in allgemeinen Zügen umrissen, weil der ganze Inhalt der Aufgabe praktisch noch unbestimmt bleibt, noch nicht im Detail geschildert ist, d. h., man muß verstehen, jene Form der „Prämien" (und jene Bedingungen für ihre Gewährung) ausfindig zu machen, die wir für den genossenschaftlichen Zusammenschluß geben, jene Form der Prämien, durch die wir die Genossenschaften genügend fördern, jene Form der Prämien, durch die wir zu einem zivilisierten Genossenschaftler gelangen. Aber ein System zivilisierter Genossenschaftler bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, beim Klassensieg des Proletariats über die Bourgeoisie — das ist das System des Sozialismus.

4. Januar 1923

II

Immer, wenn ich über die Neue Ökonomische Politik schrieb, zitierte ich meinen Artikel über den Staatskapitalismus aus dem Jahre 1918.[113] Das erregte des öfteren Zweifel bei manchen jungen Genossen. Aber ihre Zweifel betrafen vorwiegend die abstrakt politische Seite.

Es schien ihnen, daß eine Gesellschaftsordnung, unter der die Produktionsmittel der Arbeiterklasse gehören und dieser Arbeiterklasse die Staatsmacht gehört, nicht als Staatskapitalismus bezeichnet werden dürfe. Sie merkten jedoch nicht, daß die Bezeichnung „Staatskapitalismus" bei mir gebraucht wurde: *Erstens*, um den historischen Zusammenhang unserer gegenwärtigen Position mit der Position in meiner Polemik gegen die sogenannten linken Kommunisten herzustellen, und auch damals schon suchte ich zu beweisen, daß der Staatskapitalismus höher stehen würde als unsere heutige Wirtschaftsweise; mir lag daran, den kontinuierlichen Zusammenhang des gewöhnlichen Staatskapitalismus mit jenem ungewöhnlichen, sogar ganz und gar ungewöhnlichen Staatskapitalismus festzustellen, von dem ich sprach, als ich den Leser in die Neue Ökonomische Politik einführte. *Zweitens* war für mich stets der praktische Zweck wichtig. Und der praktische Zweck unserer Neuen Ökonomischen Politik bestand darin, zu Konzessionen zu gelangen; Konzessionen aber wären unter unseren Verhältnissen zweifellos schon ein Staatskapitalismus von reinem Typus gewesen. Aus dieser Sicht stellte ich meine Erwägungen über den Staatskapitalismus an.

Die Sache hat jedoch noch eine andere Seite, bei der uns der Staatskapitalismus oder wenigstens ein Vergleich damit nötig sein kann. Das ist die Frage der Genossenschaften.

Es ist unzweifelhaft, daß die Genossenschaften in einem kapitalistischen Staat eine kapitalistische Kollektiveinrichtung sind. Unzweifelhaft ist auch, daß in unserer jetzigen ökonomischen Wirklichkeit, wo wir privatkapitalistische Betriebe — jedoch nur auf gesellschaftlichem Grund und Boden und nur unter der Kontrolle der Staatsmacht, die in den Händen der Arbeiterklasse liegt — mit Betrieben von konsequent sozialistischem Typus (sowohl die Produktionsmittel als auch der Grund und Boden, auf dem der Betrieb steht, wie der Betrieb als Ganzes gehören dem Staat) vereinigen, noch die Frage nach einer dritten Art von Betrieben auftaucht, denen früher vom Standpunkt der prinzipiellen Bedeutung aus keine Selbständigkeit zukam, nämlich den genossenschaftlichen Betrieben. Unter dem Privatkapitalismus unterscheiden sich genossenschaftliche Betriebe von kapitalistischen als kollektive Betriebe von privaten. Unter dem Staatskapitalismus unterscheiden sich genossenschaftliche Betriebe von staatskapitalistischen dadurch, daß sie erstens private, zweitens kollektive Betriebe sind. In der bei uns bestehenden Gesellschaftsordnung unterscheiden sich genossenschaftliche Betriebe von privatkapitalistischen als kollektive Betriebe, aber sie unterscheiden sich nicht von sozialistischen Betrieben, wenn sie auf dem Grund und Boden errichtet und mit Produktionsmitteln ausgerüstet sind, die dem Staat, d. h. der Arbeiterklasse, gehören.

Eben dieser Umstand wird bei uns nicht genügend berücksichtigt, wenn man von den Genossenschaften spricht. Man vergißt, daß die Genossenschaften bei uns dank der Besonderheit unserer Staatsordnung eine ganz außerordentliche Bedeutung gewinnen. Sondert man die Konzessionen aus, die bei uns, nebenbei bemerkt, keine irgendwie beträchtliche Entwicklung erfahren haben, so decken sich die Genossenschaften unter unseren Verhältnissen in der Regel völlig mit dem Sozialismus.

Ich will meinen Gedanken näher ausführen. Worin besteht das Phantastische an den Plänen der alten Genossenschaftler, angefangen mit Robert Owen? Darin, daß sie von einer friedlichen Umgestaltung der modernen Gesellschaft durch den Sozialismus träumten, ohne eine so grundlegende Frage wie die des Klassenkampfes, der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, des Sturzes der Herrschaft der Ausbeuterklasse zu beachten. Und deshalb sind wir im Recht, wenn wir in diesem „Genossenschafts"sozialismus pure Phantasterei sehen, wenn wir etwas Romantisches, ja sogar Abgeschmacktes in den Träumereien er-

blicken, daß man durch bloßen genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bevölkerung die Klassenfeinde in Klassenfreunde und den Klassenkrieg in den Klassenfrieden (den sogenannten Burgfrieden) verwandeln könne.

Es besteht kein Zweifel, daß wir vom Standpunkt der Grundaufgabe der Gegenwart aus gesehen recht hatten, denn ohne den Klassenkampf um die politische Macht im Staat kann der Sozialismus nicht verwirklicht werden.

Man betrachte aber, wie sich die Sache jetzt geändert hat, da ja die Staatsmacht bereits in den Händen der Arbeiterklasse liegt, da die politische Macht der Ausbeuter gestürzt ist und alle Produktionsmittel (mit Ausnahme derer, die der Arbeiterstaat freiwillig, zeitweilig und bedingt den Ausbeutern als Konzessionen überläßt) sich in den Händen der Arbeiterklasse befinden.

Jetzt haben wir das Recht zu sagen, daß das einfache Wachstum der Genossenschaften für uns (mit der obenerwähnten „kleinen" Ausnahme) mit dem Wachstum des Sozialismus identisch ist, und zugleich müssen wir zugeben, daß sich unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend geändert hat. Diese grundlegende Änderung besteht darin, daß wir früher das Schwergewicht auf den politischen Kampf, die Revolution, die Eroberung der Macht usw. legten und auch legen mußten. Heute dagegen ändert sich das Schwergewicht so weit, daß es auf die friedliche organisatorische „Kultur"arbeit verlegt wird. Ich würde sagen, daß sich das Schwergewicht für uns auf bloße Kulturarbeit verschiebt, gäbe es nicht die internationalen Beziehungen, hätten wir nicht die Pflicht, für unsere Position in internationalem Maßstab zu kämpfen. Wenn man aber davon absieht und sich auf die inneren ökonomischen Verhältnisse beschränkt, so reduziert sich bei uns jetzt das Schwergewicht der Arbeit tatsächlich auf bloße Kulturarbeit.

Vor uns stehen zwei Hauptaufgaben, die eine Epoche ausmachen. Das ist einmal die Aufgabe, unseren Apparat umzugestalten, der absolut nichts taugt und den wir gänzlich von der früheren Epoche übernommen haben. Hier ernstlich etwas umzugestalten, das haben wir in fünf Jahren Kampf nicht fertiggebracht und konnten es auch nicht fertigbringen. Unsere zweite Aufgabe besteht in der kulturellen Arbeit für die Bauernschaft. Und diese kulturelle Arbeit unter der Bauernschaft verfolgt als ökonomisches Ziel eben den genossenschaftlichen Zusammenschluß. Bei einem

vollständigen genossenschaftlichen Zusammenschluß stünden wir bereits mit beiden Füßen auf sozialistischem Boden. Aber diese Voraussetzung, der vollständige genossenschaftliche Zusammenschluß, schließt ein derartiges Kulturniveau der Bauernschaft (eben der Bauernschaft als der übergroßen Masse) in sich ein, daß dieser vollständige genossenschaftliche Zusammenschluß ohne eine ganze Kulturrevolution unmöglich ist.

Unsere Gegner hielten uns oft entgegen, es sei ein sinnloses Beginnen von uns, in einem Lande mit ungenügender Kultur den Sozialismus einführen zu wollen. Aber sie irrten sich, und zwar deshalb, weil wir nicht an dem Ende anfingen, an dem es nach der Theorie (von allerlei Pedanten) hätte geschehen sollen, und weil bei uns die politische und soziale Umwälzung jener kulturellen Umwälzung, jener Kulturrevolution vorausging, der wir jetzt dennoch gegenüberstehen.

Uns genügt nun diese Kulturrevolution, um ein vollständig sozialistisches Land zu werden, aber für uns bietet diese Kulturrevolution ungeheure Schwierigkeiten sowohl rein kultureller (denn wir sind Analphabeten) als auch materieller Natur (denn um Kultur zu haben, braucht man eine bestimmte Entwicklung der materiellen Produktionsmittel, braucht man eine bestimmte materielle Basis).

6. Januar 1923

Zuerst veröffentlicht
am 26. und 27. Mai 1923
in der „Prawda" Nr. 115 und 116.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit der stenografischen Niederschrift.

ÜBER UNSERE REVOLUTION

(Aus Anlaß der Aufzeichnungen N. Suchanows)

I

Ich blätterte dieser Tage in Suchanows Aufzeichnungen über die Revolution. Besonders auffallend ist die Pedanterie aller unserer kleinbürgerlichen Demokraten wie auch aller Helden der II. Internationale. Ganz abgesehen davon, daß sie außerordentlich feige sind, daß sogar die Besten unter ihnen sich hinter Vorbehalten verschanzen, sobald es sich um die kleinste Abweichung vom deutschen Vorbild handelt — ganz abgesehen von dieser Eigenschaft aller kleinbürgerlichen Demokraten, die sie während der ganzen Revolution zur Genüge an den Tag gelegt haben, springt ihre sklavische Nachäffung der Vergangenheit in die Augen.

Sie alle nennen sich Marxisten, fassen aber den Marxismus unglaublich pedantisch auf. Das Entscheidende im Marxismus haben sie absolut nicht begriffen: nämlich seine revolutionäre Dialektik. Sogar die direkten Hinweise von Marx, daß in Zeiten der Revolution größte Elastizität notwendig ist[114], haben sie absolut nicht begriffen und zum Beispiel nicht einmal die Hinweise in Marx' Briefwechsel, soweit ich mich erinnere, aus dem Jahr 1856 bemerkt, als Marx die Hoffnung aussprach, ein Bauernkrieg in Deutschland, der eine revolutionäre Situation herbeiführen könne, werde sich mit der Arbeiterbewegung vereinigen.[115] Ja, selbst diesen direkten Hinweis meiden sie und gehen um ihn herum wie die Katze um den heißen Brei.

In ihrem ganzen Verhalten zeigen sie sich als feige Reformisten, die sich fürchten, von der Bourgeoisie abzurücken oder gar mit ihr zu brechen, und die gleichzeitig ihre Feigheit durch zügellose Phrasendrescherei und

Prahlerei bemänteln. Aber sogar in rein theoretischer Hinsicht springt ihre völlige Unfähigkeit in die Augen, die folgenden Gedankengänge des Marxismus zu begreifen. Denn sie sahen bisher einen bestimmten Entwicklungsweg des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie in Westeuropa. Und nun können sie sich nicht vorstellen, daß dieser Weg nur mutatis mutandis* als Muster betrachtet werden kann, nicht anders als mit gewissen Korrekturen (die, vom Standpunkt der Weltgeschichte aus gesehen, ganz unerheblich sind).

Erstens: Eine Revolution, die mit dem ersten imperialistischen Weltkrieg zusammenhängt. In einer solchen Revolution mußten neue oder eben durch den Krieg modifizierte Züge in Erscheinung treten, denn noch niemals hat es auf der Welt einen solchen Krieg, unter solchen Verhältnissen, gegeben. Wir sehen bis heute, daß die Bourgeoisie der reichsten Länder außerstande ist, nach diesem Krieg „normale" bürgerliche Verhältnisse herzustellen, unsere Reformisten aber, kleine Bourgeois, die sich als Revolutionäre aufspielen, waren und sind des Glaubens, daß normale bürgerliche Verhältnisse die (nicht zu überschreitende) Grenze bilden, wobei sie diese „Norm" äußerst schablonenhaft und beschränkt auffassen.

Zweitens: Ihnen ist jeder Gedanke daran völlig fremd, daß bei allgemeiner Gesetzmäßigkeit der Entwicklung in der gesamten Weltgeschichte einzelne Etappen der Entwicklung, die eine Eigentümlichkeit entweder der Form oder der Aufeinanderfolge der Entwicklung darstellen, keineswegs auszuschließen, sondern im Gegenteil anzunehmen sind. Es kommt ihnen zum Beispiel gar nicht in den Sinn, daß Rußland, das an der Grenze steht zwischen den zivilisierten Ländern und den erstmalig durch diesen Krieg endgültig in die Zivilisation einbezogenen Ländern, den Ländern des gesamten Ostens, den außereuropäischen Ländern — daß Rußland infolgedessen gewisse Eigentümlichkeiten aufweisen konnte und mußte, die natürlich auf der allgemeinen Linie der Entwicklung der Welt liegen, die aber die russische Revolution von allen vorangegangenen Revolutionen der westeuropäischen Länder unterscheiden und beim Übergang zu den Ländern des Ostens gewisse teilweise Neuerungen mit sich bringen.

Unendlich schablonenhaft ist zum Beispiel ihr Argument, das sie im Verlauf der Entwicklung der westeuropäischen Sozialdemokratie auswendig gelernt haben und das darin besteht, daß wir für den Sozialismus noch

* mit entsprechenden Änderungen. *Die Red.*

nicht reif seien, daß uns, wie sich die verschiedenen „gelehrten" Herren unter ihnen ausdrücken, die objektiven ökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus fehlen. Und keinem kommt es in den Sinn, sich zu fragen: Könnte nicht ein Volk, das auf eine revolutionäre Situation gestoßen ist, eine Situation, wie sie sich im ersten imperialistischen Kriege ergeben hat, könnte nicht dieses Volk, infolge der Aussichtslosigkeit seiner Lage, sich in einen Kampf stürzen, der ihm wenigstens irgendwelche Aussichten eröffnete, sich nicht ganz gewöhnliche Bedingungen für eine Weiterentwicklung der Zivilisation zu erringen?

„Rußland hat in der Entwicklung der Produktivkräfte noch nicht die Höhe erreicht, bei welcher der Sozialismus möglich wäre." Mit diesem Leitsatz tun sich alle Helden der II. Internationale, und unter ihnen natürlich auch Suchanow, so wichtig, als wäre es der Stein der Weisen. Diesen unstrittigen Satz wiederkäuen sie auf tausenderlei Weise, und es scheint ihnen, als sei er entscheidend für die Beurteilung unserer Revolution.

Wie aber, wenn die Eigentümlichkeit der Situation Rußland erstens in den imperialistischen Weltkrieg hineinstellte, in den alle einigermaßen einflußreichen westeuropäischen Länder verwickelt waren, und zweitens seine Entwicklung an der Grenze der beginnenden und teilweise bereits begonnenen Revolutionen des Ostens in Verhältnisse versetzte, unter denen wir gerade jene Verbindung eines „Bauernkriegs" mit der Arbeiterbewegung verwirklichen konnten, von der, als einer der möglichen Perspektiven, ein solcher „Marxist" wie Marx im Jahre 1856 in bezug auf Preußen geschrieben hatte?

Wie aber, wenn die völlige Ausweglosigkeit der Lage, wodurch die Kräfte der Arbeiter und Bauern verzehnfacht wurden, uns die Möglichkeit eines anderen Übergangs eröffnete, um die grundlegenden Voraussetzungen der Zivilisation zu schaffen, als in allen übrigen westeuropäischen Staaten? Hat sich denn dadurch die allgemeine Linie der Entwicklung der Weltgeschichte geändert? Hat sich denn dadurch das grundlegende Wechselverhältnis der Hauptklassen in jedem Staate geändert, der in den allgemeinen Gang der Weltgeschichte einbezogen wird und schon einbezogen worden ist?

Wenn zur Schaffung des Sozialismus ein bestimmtes Kulturniveau notwendig ist (obwohl niemand sagen kann, wie dieses bestimmte „Kulturniveau" aussieht, denn es ist in jedem westeuropäischen Staat verschie-

den), warum sollten wir also nicht damit anfangen, auf revolutionärem Wege die Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau zu erringen, und *dann* schon, auf der Grundlage der Arbeiter- und Bauernmacht und der Sowjetordnung, vorwärtsschreiten und die anderen Völker einholen.

16. Januar 1923

II

Für die Schaffung des Sozialismus, sagt ihr, ist Zivilisiertheit erforderlich. Ausgezeichnet. Nun, warum aber konnten wir nicht zuerst solche Voraussetzungen der Zivilisiertheit bei uns schaffen, wie es die Vertreibung der Gutsbesitzer und die Vertreibung der russischen Kapitalisten ist, um dann schon mit der Vorwärtsbewegung zum Sozialismus zu beginnen? In welchen Büchern habt ihr denn gelesen, daß derartige Modifikationen der üblichen historischen Reihenfolge unzulässig oder unmöglich seien?

Wie ich mich erinnere, hat Napoleon geschrieben: „On s'engage et puis . . . on voit." In freier Übersetzung bedeutet das etwa: „Zuerst stürzt man sich ins Gefecht, das weitere wird sich finden." Auch wir haben uns im Oktober 1917 zuerst ins Gefecht gestürzt und dann solche Einzelheiten der Entwicklung (vom Standpunkt der Weltgeschichte aus sind das zweifellos Einzelheiten) zu sehen bekommen wie den Brester Frieden oder die NÖP usw. Gegenwärtig kann schon kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß wir im wesentlichen den Sieg davongetragen haben.

Unseren Suchanows, von den rechts von ihnen stehenden Sozialdemokraten ganz zu schweigen, fällt es im Traum nicht ein, daß Revolutionen überhaupt nicht anders gemacht werden können. Unseren europäischen Spießbürgern fällt es im Traum nicht ein, daß die weiteren Revolutionen in den Ländern des Ostens, die unermeßlich reicher an Bevölkerung sind und sich durch unermeßlich größere Mannigfaltigkeit der sozialen Verhältnisse auszeichnen, ihnen zweifellos noch mehr Eigentümlichkeiten als die russische Revolution auftischen werden.

Sicherlich, ein auf Kautskysche Manier geschriebenes Lehrbuch war seinerzeit ein sehr nützliches Ding. Aber es ist dennoch schon an der Zeit,

den Gedanken fallenzulassen, als hätte dieses Lehrbuch alle Formen der weiteren Entwicklung der Weltgeschichte vorausgesehen. Es wäre an der Zeit, Leute, die daran festhalten, einfach für Dummköpfe zu erklären.

17. Januar 1923

Zuerst veröffentlicht am 30. Mai 1923 in der „Prawda" Nr. 117. Unterschrift: Lenin.

Nach dem Text der „Prawda" mit den auf Weisung W. I. Lenins in die stenografische Niederschrift eingefügten ergänzenden Korrekturen.

WIE WIR DIE ARBEITER- UND BAUERNINSPEKTION REORGANISIEREN SOLLEN

(Vorschlag für den XII. Parteitag)[116]

Es ist unzweifelhaft, daß die Arbeiter- und Bauerninspektion für uns eine sehr große Schwierigkeit darstellt und daß diese Schwierigkeit bis jetzt nicht überwunden ist. Ich glaube, daß die Genossen, die diese Frage in dem Sinne entscheiden, daß sie die Nützlichkeit oder Notwendigkeit der Arbeiter- und Bauerninspektion verneinen, im Unrecht sind. Aber gleichzeitig bestreite ich keineswegs, daß unser Staatsapparat und seine Verbesserung ein sehr schwieriges, bei weitem nicht gelöstes und zugleich außerordentlich dringendes Problem darstellt.

Unser Staatsapparat ist, mit Ausnahme des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, zum größeren Teil ein Überbleibsel des alten, an dem nur zum geringeren Teil einigermaßen ernsthafte Veränderungen vorgenommen worden sind. Er ist nur äußerlich leicht übertüncht worden, im übrigen aber stellt er etwas ganz typisch Altes aus unserem alten Staatsapparat dar. Will man nun das Mittel ausfindig machen, ihn wirklich zu erneuern, so muß man, wie mir scheint, die Erfahrungen unseres Bürgerkriegs zu Rate ziehen.

Wie sind wir in den gefährlichen Situationen des Bürgerkriegs vorgegangen?

Wir konzentrierten unsere besten Parteikräfte in der Roten Armee; wir griffen zur Mobilisierung der besten unserer Arbeiter; wir wandten uns auf der Suche nach neuen Kräften dorthin, wo unsere Diktatur am tiefsten verwurzelt ist.

In derselben Richtung sollten wir meiner Überzeugung nach auch die Quelle für die Reorganisierung der Arbeiter- und Bauerninspektion suchen. Ich schlage unserem XII. Parteitag vor, folgenden Plan einer

solchen Reorganisation anzunehmen, der auf einer neuartigen Erweiterung unserer Zentralen Kontrollkommission beruht.

Die Plenartagung des Zentralkomitees unserer Partei hat schon die Tendenz gezeigt, sich zu einer Art höchster Parteikonferenz zu entwikkeln. Sie tritt durchschnittlich nicht öfter als einmal in zwei Monaten zusammen, während die laufende Arbeit im Namen des ZK bekanntlich von unserem Politbüro, unserem Orgbüro, unserem Sekretariat usw. geleistet wird. Ich glaube, daß wir den Weg, den wir damit beschritten haben, zu Ende gehen und die Plenartagungen des ZK endgültig in höchste Parteikonferenzen umwandeln sollen, die einmal in zwei Monaten unter Teilnahme der ZKK zusammentreten. Diese ZKK aber soll unter den nachstehenden Bedingungen mit dem Grundstock der reorganisierten Arbeiter- und Bauerninspektion vereinigt werden.

Ich schlage dem Parteitag vor, 75—100 neue Mitglieder der ZKK aus Arbeitern und Bauern zu wählen. Die zu Wählenden müssen der gleichen Überprüfung auf Parteilinie unterzogen werden wie die ordentlichen Mitglieder des ZK, denn die zu Wählenden sollen alle Rechte von Mitgliedern des ZK genießen.

Anderseits muß die Arbeiter- und Bauerninspektion auf 300—400 Angestellte reduziert werden, die besonders erprobt sind, was ihre Gewissenhaftigkeit und ihre Kenntnis unseres Staatsapparats betrifft, und eine besondere Prüfung darin bestanden haben, ob und inwieweit sie mit den Grundlagen der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit im allgemeinen und der Verwaltungs-, der Büroarbeit usw. im besonderen vertraut sind.

Meiner Meinung nach wird eine derartige Vereinigung der Arbeiter- und Bauerninspektion mit der ZKK diesen beiden Institutionen Nutzen bringen. Einerseits wird die Arbeiter- und Bauerninspektion dadurch eine so hohe Autorität erlangen, daß sie zum mindesten nicht schlechter dastehen wird als unser Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten. Anderseits wird unser ZK gemeinsam mit der ZKK endgültig jenen Weg zur Umwandlung in eine höchste Parteikonferenz einschlagen, den es im Grunde genommen schon beschritten hat und den es zu Ende gehen muß, wenn es seine Aufgaben in doppelter Hinsicht richtig erfüllen will: sowohl in Hinsicht auf die Planmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Systematik *seiner* Organisation und Tätigkeit als auch in Hinsicht auf die Verbindung

mit den wirklich breiten Massen durch Vermittlung der besten unserer Arbeiter und Bauern.

Ich sehe einen Einwand voraus, der direkt oder indirekt aus denjenigen Kreisen kommt, die unseren Apparat zu dem alten machen, d. h. von den Anhängern einer Konservierung unseres Apparats in derselben geradezu unmöglichen, geradezu unanständigen vorrevolutionären Gestalt, in der er auch heute noch besteht (nebenbei bemerkt, haben wir jetzt die in der Geschichte ziemlich seltene Gelegenheit erhalten, die Fristen festzustellen, die notwendig sind, um radikale soziale Änderungen durchzuführen, und wir sehen jetzt klar, *was* man in fünf Jahren machen kann und was viel längere Fristen erfordert).

Dieser Einwand besteht in der Behauptung, daß bei der von mir vorgeschlagenen Umgestaltung nichts als ein einziges Chaos herauskommen werde. Die Mitglieder der ZKK würden sich in allen Institutionen herumtreiben, ohne zu wissen, wohin, wozu und an wen sie sich zu wenden haben, und würden dabei überall Desorganisation hineintragen, die Angestellten von ihrer laufenden Arbeit ablenken usw. usf.

Ich denke, der böswillige Ursprung dieses Einwands ist so offenkundig, daß darauf nicht einmal eine Antwort erforderlich ist. Es versteht sich von selbst, daß vom Präsidium der ZKK sowie vom Volkskommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion und seinem Kollegium (und in den entsprechenden Fällen auch vom Sekretariat unseres ZK) mehr als ein Jahr beharrlicher Arbeit erforderlich sein wird, um das Volkskommissariat und dessen Arbeit in Gemeinschaft mit der ZKK richtig zu organisieren. Der Volkskommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion kann (und soll) meiner Meinung nach Volkskommissar bleiben, wie auch das ganze Kollegium bleiben und die Leitung der Tätigkeit der gesamten Arbeiter- und Bauerninspektion behalten soll, einschließlich sämtlicher Mitglieder der ZKK, die als zu seiner Verfügung „abkommandiert" gelten werden. Die nach meinem Plan verbleibenden 300—400 Angestellten der Arbeiter- und Bauerninspektion werden einerseits reine Sekretärsfunktionen bei den anderen Mitgliedern der Arbeiter- und Bauerninspektion und den neu hinzukommenden Mitgliedern der ZKK ausüben, anderseits aber müssen sie hochqualifiziert, besonders erprobt, besonders zuverlässig sein und ein hohes Gehalt beziehen, das sie aus der jetzigen wahrhaft unglückseligen Lage (um kein schlimmeres Wort zu

gebrauchen) eines Beamten der Arbeiter- und Bauerninspektion völlig befreit.

Ich bin überzeugt, daß die Verringerung der Angestelltenzahl bis zu der von mir angegebenen Anzahl sowohl die Qualität der Mitarbeiter in der Arbeiter- und Bauerninspektion als auch die Qualität der ganzen Arbeit um ein vielfaches verbessern und zugleich dem Volkskommissar und den Mitgliedern des Kollegiums die Möglichkeit geben wird, sich voll und ganz auf die Organisierung der Arbeit und auf die systematische, unentwegte Verbesserung ihrer Qualität zu konzentrieren, die für die Arbeiter- und Bauernmacht und für unsere Sowjetordnung eine so unbedingte Notwendigkeit ist.

Anderseits denke ich auch, daß der Volkskommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion künftig daran arbeiten muß, die höheren Institute für Arbeitsorganisation (Zentralinstitut für Arbeit, Institut für wissenschaftliche Organisation der Arbeit usw.), von denen wir in unserer Republik gegenwärtig nicht weniger als zwölf haben, miteinander teils zu verschmelzen, teils zu koordinieren. Übermäßige Einförmigkeit und das daraus entspringende Bestreben zur Verschmelzung dürften schädlich sein. Hier muß man im Gegenteil einen vernünftigen und zweckentsprechenden Mittelweg finden zwischen der Verschmelzung aller dieser Institutionen zu einem Ganzen und ihrer richtigen Abgrenzung, unter Beibehaltung einer gewissen Selbständigkeit jeder dieser Institutionen.

Es besteht kein Zweifel, daß durch eine derartige Reorganisation nicht minder als die Arbeiter- und Bauerninspektion auch unser eigenes ZK gewinnen wird, sowohl im Sinne der Verbindung mit den Massen als auch im Sinne der Regelmäßigkeit und Solidität seiner Arbeit. Man wird dann eine strengere, verantwortungsbewußtere Ordnung bei der Vorbereitung der Sitzungen des Politbüros einführen können (und müssen), auf denen eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern der ZKK, die entweder für eine gewisse Zeitspanne oder nach einem bestimmten Organisationsplan bestimmt werden, anwesend sein muß.

Der Volkskommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion wird gemeinsam mit dem Präsidium der ZKK festlegen, wie die Arbeit unter ihre Mitglieder zu verteilen ist, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß sie verpflichtet sind, an den Sitzungen des Politbüros teilzunehmen und alle Dokumente zu prüfen, die ihm so oder anders zugehen, um behandelt zu

werden, oder unter dem Gesichtspunkt, daß sie verpflichtet sind, ihre Arbeitszeit auf die theoretische Schulung, auf das Studium der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation zu verwenden, oder aber unter dem Gesichtspunkt, daß sie verpflichtet sind, an der Kontrolle und Verbesserung unseres Staatsapparats, angefangen von den höchsten Staatsinstitutionen bis hinab zu den untersten Ortsbehörden, praktisch teilzunehmen, usw.

Ich glaube auch, neben dem politischen Vorteil, daß die Mitglieder des ZK und der ZKK bei einer derartigen Reform um ein vielfaches besser unterrichtet und auf die Sitzungen des Politbüros besser vorbereitet sein werden (alle für diese Sitzungen bestimmten Unterlagen müssen spätestens 24 Stunden vor der Sitzung des Politbüros im Besitz sämtlicher Mitglieder des ZK und der ZKK sein, mit Ausnahme solcher Fälle, die absolut keinen Aufschub dulden und eine besondere Regelung zur Unterrichtung der Mitglieder des ZK und der ZKK sowie eine Regelung ihrer Entscheidung erfordern), wird man es auch noch als einen Gewinn betrachten müssen, daß sich in unserem ZK der Einfluß rein persönlicher und zufälliger Umstände vermindern und sich dadurch die Gefahr einer Spaltung verringern wird.

Unser ZK hat sich zu einer streng zentralisierten Gruppe herausgebildet, die hohe Autorität genießt, aber für die Arbeit dieser Gruppe sind nicht die Bedingungen geschaffen, die ihrer Autorität entsprächen. Dem soll die von mir vorgeschlagene Reform abhelfen; die Mitglieder der ZKK, von denen eine bestimmte Anzahl verpflichtet ist, in jeder Sitzung des Politbüros anwesend zu sein, müssen eine geschlossene Gruppe bilden, die „ohne Ansehen der Person" darüber zu wachen haben wird, daß niemandes Autorität sie daran hindern könne, Anfragen einzubringen, Dokumente zu überprüfen und überhaupt unbedingte Informiertheit und strengste Korrektheit in allen Angelegenheiten zu erreichen.

Natürlich beruht die soziale Ordnung in unserer Sowjetrepublik auf der Zusammenarbeit zweier Klassen, der Arbeiter und der Bauern, zu der jetzt noch die „NÖP-Leute", d. h. die Bourgeoisie, unter gewissen Bedingungen zugelassen sind. Wenn zwischen diesen Klassen ernsthafte Klassendifferenzen auftauchen, dann wird eine Spaltung unvermeidlich sein, aber unsere soziale Ordnung bietet keine Handhabe zu Anlässen, die eine solche Spaltung als notwendig erscheinen ließen, und die Hauptaufgabe unseres ZK und unserer ZKK sowie unserer Partei in ihrer

Gesamtheit besteht darin, aufmerksam die Umstände zu verfolgen, aus denen sich eine Spaltung ergeben könnte, und ihnen vorzubeugen, denn in letzter Instanz wird das Schicksal unserer Republik davon abhängen, ob die Bauernmasse der Arbeiterklasse folgen, also dem Bündnis mit ihr die Treue wahren wird, oder ob sie es den „NÖP-Leuten", d. h. der neuen Bourgeoisie, gestatten wird, sie mit den Arbeitern zu entzweien, sie von ihnen abzuspalten. Je klarer wir diesen zweifachen Ausgang vor uns sehen, je klarer ihn alle unsere Arbeiter und Bauern begreifen werden, desto größer sind die Aussichten, daß es uns gelingen wird, eine Spaltung zu vermeiden, die für die Sowjetrepublik verhängnisvoll wäre.

23. Januar 1923

„Prawda" Nr. 16,
25. Januar 1923.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit der stenografischen Niederschrift.

LIEBER WENIGER, ABER BESSER

In der Frage der Verbesserung unseres Staatsapparats sollte die Arbeiter- und Bauerninspektion meiner Meinung nach nicht auf Quantität ausgehen und sich nicht überstürzen. Wir sind bisher so wenig dazu gekommen, über die Qualität unseres Staatsapparats nachzudenken und uns um sie zu kümmern, daß es wohl berechtigt ist, sich besonders ernsthaft damit zu befassen und in der Arbeiter- und Bauerninspektion ein Menschenmaterial von wirklich moderner, d. h. den besten westeuropäischen Vorbildern nicht nachstehender Qualität zu konzentrieren. Gewiß, für eine sozialistische Republik ist das eine allzu bescheidene Voraussetzung. Doch hat uns das erste Jahrfünft gehörig mit Mißtrauen und Skeptizismus erfüllt. Wir sind unwillkürlich geneigt, uns mit dieser Eigenschaft gegenüber denen zu wappnen, die sich allzuviel und allzuleicht in Reden beispielsweise über „proletarische Kultur" ergehen: Für den Anfang sollte uns eine wirkliche bürgerliche Kultur genügen, für den Anfang sollte es uns genügen, wenn wir ohne die besonders ausgeprägten Typen vorbürgerlicher Kultur auskommen, d. h. der Beamten- oder der Leibeigenschaftskultur usw. In Kulturfragen gibt es nichts Schädlicheres als Übereile und Leichtfertigkeit. Das sollten sich viele unserer jungen Publizisten und Kommunisten gut hinter die Ohren schreiben.

Was nun die Frage des Staatsapparats betrifft, so müssen wir aus den bisherigen Erfahrungen den Schluß ziehen: Lieber etwas langsamer.

Mit dem Staatsapparat steht es bei uns derart traurig, um nicht zu sagen abscheulich, daß wir uns zunächst gründlich überlegen müssen, wie wir seine Mängel bekämpfen sollen, eingedenk dessen, daß diese Mängel ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben, die zwar über den Haufen geworfen, aber noch nicht überwunden, noch nicht in das Stadium einer in die

ferne Vergangenheit entrückten Kultur eingetreten ist. Ich schneide hier gerade die Frage der Kultur an, weil in diesen Dingen nur das als erreicht gelten darf, was in die Kultur, in das Alltagsleben, in die Gewohnheiten eingegangen ist. Bei uns aber, das kann man wohl sagen, ist das Gute an der sozialen Ordnung äußerst schlecht durchdacht, nicht verstanden, nicht innerlich empfunden, ist hastig aufgegriffen, nicht nachgeprüft, nicht erprobt, nicht durch Erfahrung bestätigt, nicht verankert usw. Anders konnte es natürlich in der revolutionären Epoche und bei dieser schwindelerregenden Schnelligkeit der Entwicklung, die uns in fünf Jahren vom Zarismus zum Sowjetsystem geführt hat, auch gar nicht sein.

Man muß sich rechtzeitig besinnen. Man muß sich mit einem heilsamen Argwohn gegen die unbedacht schnelle Vorwärtsbewegung, gegen jede Prahlsucht usw. wappnen, man muß an die Überprüfung jener Schritte nach vorn denken, die wir jede Stunde verkünden, jede Minute machen, um dann jede Sekunde ihre Unhaltbarkeit, ihre Unsolidität, ihre Unverständlichkeit zu beweisen. Hier wäre es am allerschädlichsten, sich zu übereilen. Es wäre am allerschädlichsten, sich darauf zu verlassen, daß wir immerhin einiges wissen, oder darauf, daß es bei uns eine einigermaßen beträchtliche Menge von Elementen für den Aufbau eines wirklich neuen Apparats gibt, der wirklich den Namen eines sozialistischen, eines sowjetischen usw. verdient.

Nein, von einem solchen Apparat und selbst von Elementen dazu haben wir lächerlich wenig, und wir sollten bedenken, daß man zur Schaffung dieses Apparats keine Zeit scheuen darf und viele, viele, viele Jahre darauf verwenden muß.

Welche Elemente sind bei uns zur Schaffung dieses Apparats vorhanden? Nur zwei. Erstens die Arbeiter, die begeistert für den Sozialismus kämpfen. Diese Elemente sind ungenügend gebildet. Sie möchten uns den besten Apparat geben. Aber sie wissen nicht, wie man das zustande bringt. Sie können das nicht zustande bringen. Sie haben bis jetzt noch nicht die Entwicklung durchgemacht, sich noch nicht die Kultur angeeignet, die dazu nötig ist. Und dazu ist eben Kultur nötig. Da ist mit Draufgängertum oder Tatendrang, mit Forschheit oder Energie oder mit sonst noch so guten menschlichen Eigenschaften im allgemeinen nichts auszurichten. Zweitens die Elemente des Wissens, der Bildung, der Schulung, von denen wir im Vergleich mit allen anderen Staaten lächerlich wenig haben.

Und dabei darf man nicht vergessen, daß wir noch allzusehr geneigt sind, dieses Wissen durch Eifer, Übereile usw. zu ersetzen (oder uns einzubilden, daß man es dadurch ersetzen kann).

Wir müssen uns, koste es, was es wolle, zur Erneuerung unseres Staatsapparats die Aufgabe stellen: erstens zu lernen, zweitens zu lernen und drittens zu lernen und dann zu kontrollieren, ob die Wissenschaft bei uns nicht toter Buchstabe oder modische Phrase geblieben ist (und das kommt bei uns, verhehlen wir es nicht, besonders häufig vor), ob die Wissenschaft wirklich in Fleisch und Blut übergegangen, ob sie vollständig und wirklich zu einem Bestandteil des Alltags geworden ist. Kurzum, wir müssen nicht die Forderungen stellen, die die Bourgeoisie Westeuropas stellt, sondern Forderungen, wie sie einem Land anstehen und geziemen, das sich zur Aufgabe gemacht hat, sich zu einem sozialistischen Land zu entwickeln.

Schlußfolgerungen aus dem Gesagten: Wir müssen die Arbeiter- und Bauerninspektion als Instrument zur Verbesserung unseres Apparats zu einer wirklich mustergültigen Einrichtung machen.

Damit sie die erforderliche Höhe erreichen könne, muß man sich an die Regel halten: Siebenmal abmessen, einmal abschneiden.

Dazu ist notwendig, daß wirklich das Beste, was es in unserer sozialen Ordnung gibt, mit der größten Vorsicht, Überlegung und Sachkenntnis bei der Schaffung des neuen Volkskommissariats angewandt wird.

Dazu ist notwendig, daß die besten Elemente, die es in unserer sozialen Ordnung gibt — nämlich: erstens die fortschrittlichsten Arbeiter und zweitens die wirklich aufgeklärten Elemente, für die man bürgen kann, daß sie kein Wort auf Treu und Glauben hinnehmen, kein Wort gegen ihr Gewissen sagen werden —, sich nicht scheuen, jede Schwierigkeit einzugestehen, und vor keinem Kampf zur Erreichung des Zieles zurückschrecken, das sie sich ernsthaft gesteckt haben.

Schon seit fünf Jahren sind wir geschäftig dabei, unseren Staatsapparat zu verbessern, aber das ist eben nur Geschäftigkeit, die in den fünf Jahren lediglich ihre Untauglichkeit oder sogar ihre Nutzlosigkeit oder gar ihre Schädlichkeit bewiesen hat. Als Geschäftigkeit erweckte sie bei uns den Anschein von Arbeit, während sie in Wirklichkeit unsere Institutionen und unsere Gehirne verunreinigte.

Das muß endlich anders werden.

Man muß sich zur Regel machen: Lieber der Zahl nach weniger, aber höhere Qualität. Man muß sich zur Regel machen: Lieber in zwei Jahren oder sogar in drei Jahren als in aller Eile, ohne jede Hoffnung, ein solides Menschenmaterial zu bekommen.

Ich weiß, daß es schwierig sein wird, diese Regel einzuhalten und auf unsere Wirklichkeit anzuwenden. Ich weiß, daß sich bei uns die gegenteilige Regel durch tausend Hintertürchen einen Weg bahnen wird. Ich weiß, daß es nötig sein wird, einen gigantischen Widerstand zu leisten, eine verteufelte Beharrlichkeit an den Tag zu legen, daß die Arbeit hier zumindest in den ersten Jahren verflucht undankbar sein wird; und nichtsdestoweniger bin ich überzeugt, daß wir nur durch eine solche Arbeit imstande sein werden, unser Ziel zu erreichen, und erst wenn wir dieses Ziel erreicht haben, werden wir eine Republik schaffen, die wirklich würdig ist, eine sowjetische, sozialistische usw. usf. u. dgl. m. genannt zu werden.

Wahrscheinlich haben viele Leser die Zahlen, die ich als Beispiel in meinem ersten Artikel angeführt habe*, zu geringfügig gefunden. Ich bin überzeugt, daß sich zum Beweis der Unzulänglichkeit dieser Zahlen viele Berechnungen anstellen lassen. Aber ich glaube, daß wir höher als alle diese und jegliche Berechnungen das eine stellen müssen: das Interesse an wirklich vorbildlicher Qualität.

Ich bin der Ansicht, daß für unseren Staatsapparat gerade jetzt endlich der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir an diesem Apparat gehörig, mit allem Ernst arbeiten müssen und wo Übereilung so ziemlich der schädlichste Zug dieser Arbeit sein dürfte. Deshalb würde ich vor einer Erhöhung dieser Zahlen sehr warnen. Meiner Meinung nach sollte man hier im Gegenteil mit den Zahlen besonders kargen. Sprechen wir offen. Das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion genießt gegenwärtig nicht die geringste Autorität. Jedermann weiß, daß es keine schlechter organisierten Institutionen als die unserer Arbeiter- und Bauerninspektion gibt und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von diesem Volkskommissariat rein gar nichts zu erwarten ist. Das müssen wir uns fest einprägen, wenn wir uns wirklich das Ziel setzen wollen, in einigen Jahren eine Institution zustande zu bringen, die erstens mustergültig sein soll, zweitens allen unbedingtes Vertrauen einflößen und drittens jedermann beweisen soll.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 468–473. *Die Red.*

daß wir die Arbeit einer so hochgestellten Institution wie der ZKK wirklich gerechtfertigt haben. Alle allgemeinen Normen für die Zahl der Angestellten sollten meiner Meinung nach sofort und unwiderruflich verworfen werden. Die Angestellten der Arbeiter- und Bauerninspektion müssen wir ganz besonders und nicht anders als auf Grund strengster Prüfung auswählen. In der Tat, wozu denn ein Volkskommissariat bilden, in dem die Arbeit schlecht und recht gemacht würde, zu dem man wiederum nicht das geringste Vertrauen hätte, dessen Wort eine unendlich geringe Autorität genösse? Das zu vermeiden, denke ich, ist unsere Hauptaufgabe bei einer derartigen Umgestaltung, wie wir sie jetzt im Auge haben.

Die Arbeiter, die wir als Mitglieder der ZKK heranziehen, müssen als Kommunisten tadelfrei sein, und ich glaube, man wird sich noch längere Zeit mit ihnen beschäftigen müssen, um ihnen die Methoden und Aufgaben ihrer Arbeit beizubringen. Weiter, als Hilfspersonal für diese Arbeit muß es eine bestimmte Anzahl von Sekretären geben, von denen vor ihrer Einstellung in den Dienst eine dreifache Prüfung zu verlangen sein wird. Schließlich müssen diejenigen Personen, die wir uns entschließen werden, ausnahmsweise sofort als Mitarbeiter der Arbeiter- und Bauerninspektion fest anzustellen, den folgenden Bedingungen genügen:

erstens müssen sie von mehreren Kommunisten empfohlen sein;

zweitens müssen sie daraufhin geprüft werden, ob sie mit unserem Staatsapparat vertraut sind;

drittens müssen sie daraufhin geprüft werden, ob sie die theoretischen Grundlagen in der Frage unseres Staatsapparats, die Grundlagen der Verwaltungswissenschaft, der Geschäftsführung usw. kennen;

viertens müssen sie sich mit den Mitgliedern der ZKK und mit ihrem Sekretariat so einarbeiten, daß wir für die Arbeit dieses ganzen Apparats in seiner Gesamtheit bürgen können.

Ich weiß, daß diese Forderungen überaus weitgehende Vorbedingungen voraussetzen, und ich neige sehr zu der Befürchtung, daß die meisten „Praktiker" in der Arbeiter- und Bauerninspektion diese Forderungen für unerfüllbar erklären oder verächtlich darüber spotten werden. Aber ich frage den erstbesten unter den gegenwärtigen Leitern der Arbeiter- und Bauerninspektion oder unter denjenigen, die mit ihr zu tun haben, ob er mir auf Ehre und Gewissen sagen kann, wozu man in der Praxis

ein solches Volkskommissariat wie die Arbeiter- und Bauerninspektion braucht. Ich glaube, diese Frage wird ihm dazu verhelfen, das Gefühl für das richtige Maß zu finden. Entweder lohnt es gar nicht, sich bei einer so aussichtslosen Sache, wie es die Arbeiter- und Bauerninspektion ist, mit einer jener Reorganisationen zu beschäftigen, wie wir sie in Hülle und Fülle gehabt haben, oder man muß sich wirklich die Aufgabe stellen, auf langsamem, schwierigem, ungewöhnlichem Wege, nicht ohne zahlreiche Überprüfungen, etwas wirklich Vorbildliches zu schaffen, das dazu angetan ist, jedermann Achtung einzuflößen, und zwar nicht nur, weil Titel und Würden das erfordern.

Wenn man sich nicht mit Geduld wappnet, wenn man für diese Sache nicht mehrere Jahre daransetzen will, dann soll man lieber die Finger ganz davonlassen.

Meiner Meinung nach sollte man unter solchen Institutionen wie den von uns neugebackenen höheren Instituten für Arbeit und ähnliches ein Minimum auswählen, nachprüfen, ob die Arbeit vollauf ernst zu nehmen ist, und sie nur so fortsetzen, daß sie wirklich auf der Höhe der modernen Wissenschaft steht und uns alle ihre Leistungen zugute kommen läßt. Dann wird es nicht utopisch sein, zu hoffen, daß wir in einigen Jahren eine Institution erhalten, die imstande sein wird, das Ihre zu leisten, nämlich systematisch und unbeirrt, gestützt auf das Vertrauen der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei Rußlands und der ganzen Masse der Bevölkerung unserer Republik, an der Verbesserung unseres Staatsapparats zu arbeiten.

Mit den Vorarbeiten dazu könnte schon jetzt begonnen werden. Gäbe das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion seine Zustimmung zu dem Plan einer wirklichen Umgestaltung, so könnte es sofort vorbereitende Schritte unternehmen, um systematisch bis zu deren endgültiger Vollendung zu arbeiten, ohne Hast und ohne darauf zu verzichten, das einmal Gemachte zu ändern.

Jede halbe Entscheidung wäre hier im höchsten Grade schädlich. Alle Normen hinsichtlich der Angestellten der Arbeiter- und Bauerninspektion, die von irgendwelchen anderen Erwägungen ausgingen, würden im Grunde auf den alten bürokratischen Erwägungen, auf den alten Vorurteilen beruhen, auf dem, was bereits verworfen ist, was allgemeinen Spott hervorruft usw.

Genaugenommen steht hier die Frage so:

Entweder wir zeigen jetzt, daß wir auf dem Gebiet des Staatsaufbaus ernstlich etwas gelernt haben (es ist keine Sünde, in fünf Jahren etwas gelernt zu haben), oder aber, daß wir dazu noch nicht reif sind; und dann lohnt es nicht, ans Werk zu gehen.

Ich glaube, bei dem Menschenmaterial, über das wir verfügen, ist es nicht unbescheiden, wenn man annimmt, daß wir bereits genug gelernt haben, um wenigstens ein einziges Volkskommissariat systematisch und neu aufzubauen. Allerdings soll dieses eine Volkskommissariat für unseren gesamten Staatsapparat richtungweisend sein.

Es ist sofort ein Preisausschreiben für die Abfassung von zwei oder mehr Lehrbüchern über Organisation der Arbeit im allgemeinen und der Verwaltungsarbeit im besonderen zu veranstalten. Als Grundlage könnte das bereits vorliegende Buch von Jermanski dienen, obwohl er sich, in Parenthese bemerkt, durch offenkundige Sympathie für den Menschewismus auszeichnet und zur Abfassung eines für die Sowjetmacht brauchbaren Lehrbuches ungeeignet ist. Ferner könnte man das unlängst erschienene Buch von Kershenzew als Grundlage nehmen; schließlich mögen noch manche der vorhandenen Lehrmittel über Teilfragen brauchbar sein.

Einige vorgebildete und gewissenhafte Personen sollen nach Deutschland oder England geschickt werden, um Literatur zu sammeln und diese Frage zu studieren. England nenne ich für den Fall, daß eine Entsendung nach Amerika oder Kanada sich als unmöglich herausstellen sollte.

Es ist eine Kommission einzusetzen, die das anfängliche Programm der Prüfungen für die Bewerber um eine Anstellung in der Arbeiter- und Bauerninspektion ausarbeitet; ebenso für die vorgesehenen Mitglieder der ZKK.

Diese und ähnliche Arbeiten werden selbstverständlich weder dem Volkskommissar noch den Kollegiumsmitgliedern der Arbeiter- und Bauerninspektion, noch auch dem Präsidium der ZKK Schwierigkeiten bereiten.

Parallel damit wird man eine vorbereitende Kommission einsetzen müssen, um Kandidaten für die Funktion von Mitgliedern der ZKK ausfindig zu machen. Ich hoffe, daß sich für diese Funktion jetzt bei uns bereits mehr als genug Kandidaten finden werden, sowohl aus den Reihen der erfahrenen Mitarbeiter aller Behörden als auch aus den Reihen der Studierenden unserer Sowjetschulen. Es dürfte kaum richtig sein, diese

oder jene Kategorie von vornherein auszuschließen. Wahrscheinlich wird für diese Institution, in der wir eine Vereinigung vieler Eigenschaften, eine Vereinigung ungleichartiger Vorzüge suchen müssen, eine mannigfaltige Zusammensetzung vorzuziehen sein, so daß man hier an der Aufstellung der Kandidatenliste eine Weile wird arbeiten müssen. Es wäre zum Beispiel ganz und gar unerwünscht, wenn das neue Volkskommissariat nach einer Schablone zusammengesetzt würde, sagen wir, aus lauter typischen Beamtennaturen oder unter Ausschluß von Menschen mit agitatorischem Einschlag oder unter Ausschluß von Menschen, deren hervorstechende Eigenschaft Umgänglichkeit oder die Fähigkeit ist, in Kreise einzudringen, die für Funktionäre dieser Art nicht allzu gewohnt sind, usw.

*

Ich glaube, ich werde meinen Gedanken am besten ausdrücken, wenn ich meinen Plan mit Institutionen von akademischem Typus vergleiche. Die Mitglieder der ZKK werden unter Leitung ihres Präsidiums systematisch an der Durchsicht aller Akten und Dokumente des Politbüros arbeiten müssen. Zugleich werden sie ihre Zeit für die einzelnen Arbeiten zur Kontrolle der Geschäftsführung in unseren Institutionen, angefangen von den kleinsten und speziellsten bis hinauf zu den obersten Staatsinstitutionen, richtig einteilen müssen. Schließlich werden zu ihrem Tätigkeitsbereich gehören die Beschäftigung mit der Theorie, d. h. mit der Theorie der Organisation derjenigen Arbeit, der sie sich zu widmen gedenken, und praktische Übungen unter der Leitung entweder von alten Genossen oder von Lehrern der höheren Lehranstalten für Arbeitsorganisation.

Ich glaube aber, sie werden sich keineswegs auf derartige akademische Arbeiten beschränken können. Sie werden sich gleichzeitig auf Arbeiten vorbereiten müssen, die ich nicht anstehen würde, als eine Ausbildung zum Herausfischen, ich will nicht sagen: von Spitzbuben, aber doch von Leuten dieses Schlages, zu bezeichnen, und zum Aushecken besonderer Kniffe, um die eigenen Vorhaben, Schachzüge usw. zu verschleiern.

Wenn in den westeuropäischen Institutionen derartige Vorschläge unerhörte Empörung, das Gefühl sittlicher Entrüstung usw. hervorrufen würden, so hoffe ich, daß wir uns noch nicht so weit verbürokratisiert haben, um dazu fähig zu sein. Noch hat die NÖP bei uns nicht eine solche Achtung erworben, daß sich jemand bei dem Gedanken gekränkt fühlen

würde, man könnte hier irgend jemand herausfischen wollen. Unsere Sowjetrepublik wurde erst vor so kurzer Zeit errichtet, und es liegt ein solcher Haufen von allerhand Gerümpel herum, daß es kaum jemand in den Sinn kommen dürfte, sich bei dem Gedanken gekränkt zu fühlen, man könnte unter diesem Gerümpel mit Hilfe gewisser Listen, mit Hilfe von Auskundschaftungen, die mitunter auf ziemlich entlegene Quellen gerichtet sind oder auf ziemlichen Umwegen verlaufen, Ausgrabungen vornehmen, sollte sich aber dennoch jemand gekränkt fühlen, so kann man sicher sein, daß wir einen solchen Menschen alle von ganzem Herzen auslachen werden.

Unsere neue Arbeiter- und Bauerninspektion wird hoffentlich die Eigenschaft ablegen, die man auf französisch pruderie nennt, eine Eigenschaft, die wir als lächerliche Zimperlichkeit oder lächerliche Wichtigtuerei bezeichnen können und die unserer ganzen Bürokratie, der Sowjet- wie der Parteibürokratie, im höchsten Grade zupaß kommt. Nebenbei bemerkt, Bürokraten gibt es bei uns nicht nur in den Sowjet-, sondern auch in den Parteiinstitutionen.

Wenn ich oben geschrieben habe, daß wir in den Instituten für höhere Arbeitsorganisation usw. lernen, unermüdlich lernen müssen, so heißt das keineswegs, daß ich dieses „Lernen" auch nur im geringsten schulmäßig verstehe oder daß ich mich auf den Gedanken an ein nur schulmäßiges Lernen beschränken wollte. Ich hoffe, kein einziger wahrer Revolutionär wird mich im Verdacht haben, daß ich in diesem Falle von mir gewiesen hätte, unter „Lernen" auch irgendeinen halb scherzhaften Streich, irgendeinen Dreh, irgendeine Finte oder etwas von dieser Art zu verstehen. Ich weiß, in einem wohlanständigen und ernst zu nehmenden westeuropäischen Staat riefe dieser Gedanke wahres Entsetzen hervor, und kein einziger ordentlicher Beamter wäre damit einverstanden, ihn auch nur zur Debatte zu stellen. Doch hoffe ich, daß wir uns noch nicht so weit verbürokratisiert haben und daß bei uns die Erörterung dieses Gedankens nichts als Heiterkeit erregt.

In der Tat, warum sollte man nicht das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden? Warum sollte man sich nicht irgendeines scherzhaften oder halb scherzhaften Streichs bedienen, um etwas Lächerliches, etwas Schädliches, etwas halb Lächerliches oder halb Schädliches usw. aufzudecken?

Mir scheint, daß unsere Arbeiter- und Bauerninspektion nicht wenig gewinnen wird, wenn sie diese Überlegungen in Erwägung zieht, und daß die Liste der Fälle, vermittels deren unsere ZKK oder ihre Kollegen von der Arbeiter- und Bauerninspektion einige ihrer glänzendsten Siege davongetragen haben, eine nicht geringe Bereicherung erfahren wird durch die Abenteuer unserer künftigen „Rabkrinisten"* und „Zekakisten"** an Orten, die in wohlanständigen und prüden Lehrbüchern zu erwähnen nicht ganz schicklich ist.

*

Wie kann man denn Parteiinstitutionen mit Sowjetinstitutionen vereinigen? Liegt hier nicht etwas Unzulässiges vor?

Ich stelle diese Frage nicht in meinem eigenen Namen, sondern im Namen derer, auf die ich früher angespielt habe, als ich sagte, daß es Bürokraten bei uns nicht nur in den Sowjet-, sondern auch in den Parteiinstitutionen gibt.

In der Tat, warum sollte man nicht die einen mit den anderen vereinigen, wenn das Interesse der Sache es verlangt? Sollte es etwa jemand geben, der niemals bemerkt hat, daß in einem Volkskommissariat wie dem für Auswärtige Angelegenheiten eine derartige Vereinigung außerordentlichen Nutzen bringt und von allem Anfang an praktiziert wird? Werden denn nicht im Politbüro vom Parteistandpunkt aus viele kleine und große Fragen beraten, bei denen es sich um „Gegenzüge" von unserer Seite als Antwort auf die „Züge" ausländischer Mächte handelt, damit ihren, na, sagen wir: Listen, um nicht einen weniger anständigen Ausdruck zu benutzen, vorgebeugt werde? Ist denn diese elastische Vereinigung von Sowjetischem und Parteilichem nicht eine Quelle außerordentlicher Kraft in unserer Politik? Ich glaube, was sich in unserer Außenpolitik bewährt und eingebürgert hat, was bereits so sehr zur Gewohnheit geworden ist, daß es auf diesem Gebiet keinerlei Bedenken hervorruft, das wird in bezug auf unseren gesamten Staatsapparat zumindest ebenso am Platze sein (ja, ich glaube, noch viel mehr am Platze sein). Und die Arbeiter- und Bauerninspektion ist doch für unseren gesamten Staatsapparat bestimmt, ihre Tätigkeit soll sich auf alle und jegliche staatlichen Institutionen ohne jede

* Mitarbeiter der Arbeiter- und Bauerninspektion. *Der Übers.*

** Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission. *Der Übers.*

Ausnahme erstrecken: auf die örtlichen wie auf die zentralen, auf die kommerziellen wie auf die rein administrativen, auf die Lehranstalten, die Archive, die Theater usw. — mit einem Wort, auf alle ohne die geringste Ausnahme.

Warum sollte nun für eine Institution mit solch breitem Spielraum, für die überdies noch außerordentlich geschmeidige Formen der Tätigkeit erforderlich sind — warum sollte für sie die eigenartige Verschmelzung einer Parteikontrollinstitution mit einer Sowjetkontrollinstitution nicht zulässig sein?

Ich würde darin keinerlei Hindernis erblicken. Mehr noch, ich glaube, eine solche Vereinigung bietet die einzige Gewähr für erfolgreiche Arbeit. Ich glaube, daß alle Zweifel, die diesbezüglich auftauchen, aus den allerstaubigsten Winkeln unseres Staatsapparats herrühren und daß sie nur die eine Antwort verdienen, ausgelacht zu werden.

*

Ein anderes Bedenken: Ziemt es sich, die Lerntätigkeit mit der Amtstätigkeit zu verbinden? Mir scheint, das ist nicht nur angebracht, sondern auch erforderlich. Allgemein gesprochen, haben wir uns vom westeuropäischen Staatswesen, bei allem revolutionären Verhalten ihm gegenüber, bereits mit einer ganzer Reihe höchst schädlicher und lächerlicher Vorurteile anstecken lassen, und zum Teil haben uns damit unsere lieben Bürokraten absichtlich angesteckt, nicht ohne Vorbedacht, darauf spekulierend, daß es ihnen immer wieder gelingen werde, unter Ausnutzung derartiger Vorurteile im trüben zu fischen; und sie haben bis zu einem solchen Grade im trüben gefischt, daß nur ganz Blinde unter uns nicht gesehen haben, in welchem Umfang das praktiziert worden ist.

Auf dem gesamten Gebiet der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Beziehungen sind wir „schrecklich" revolutionär. Aber was den Amtsrespekt betrifft, die Wahrung der Formen und Zeremonien in der Geschäftsführung, so ist es gang und gäbe, daß an Stelle unseres „Revolutionismus" die muffigste Routine tritt. Hier kann man oft genug die höchst interessante Erscheinung beobachten, daß sich im gesellschaftlichen Leben der größte Sprung nach vorn mit einer ungeheuren Zaghaftigkeit gegenüber den kleinsten Veränderungen verbindet.

Das ist auch begreiflich, weil die kühnsten Schritte nach vorn auf einem

Gebiet lagen, das von jeher Domäne der Theorie war, auf einem Gebiet, das hauptsächlich und sogar fast ausschließlich theoretisch kultiviert wurde. Angesichts der verhaßten bürokratischen Wirklichkeit pflegte sich der Russe innerhalb seiner vier Wände das Herz mit ungemein kühnen theoretischen Konstruktionen zu erleichtern, und darum gewannen diese ungemein kühnen theoretischen Konstruktionen bei uns einen ungewöhnlich einseitigen Charakter. Bei uns vertrug sich sehr gut theoretische Kühnheit in den allgemeinen Konstruktionen mit erstaunlicher Zaghaftigkeit gegenüber irgendeiner ganz unbedeutenden Kanzleireform. Irgendeine grandiose Agrarrevolution von Weltbedeutung wurde mit einer Kühnheit ausgearbeitet, wie sie in anderen Staaten unerhört war, aber daneben versagte die Phantasie bei irgendeiner Kanzleireform zehnten Grades; es gebrach an Phantasie, oder es gebrach an Geduld, um auf diese Reform dieselben allgemeinen Grundsätze anzuwenden, die bei ihrer Anwendung auf allgemeine Fragen so „glänzende" Resultate zeitigten.

Und deshalb vereinigen sich in unserem heutigen Alltagsleben in erstaunlichem Grade Züge von Tollkühnheit mit Zaghaftigkeit des Denkens gegenüber den geringfügigsten Veränderungen.

Ich glaube, daß es in keiner einzigen wirklich großen Revolution je anders zugegangen ist, weil die wirklich großen Revolutionen geboren werden aus den Widersprüchen zwischen dem Alten, zwischen dem, was auf die Verarbeitung des Alten gerichtet ist, und dem ganz abstrakten Streben nach einem Neuen, das schon so neu sein muß, daß kein Quentchen der alten Zeit mehr darin enthalten ist.

Und je schroffer diese Revolution, desto länger die Zeitspanne, während der sich eine ganze Reihe solcher Widersprüche halten wird.

*

Der allgemeine Zug unseres Alltagslebens ist jetzt folgender: Wir haben die kapitalistische Industrie zerschlagen, haben alles getan, um die mittelalterlichen Einrichtungen, den gutsherrlichen Grundbesitz auszurotten, und haben auf diesem Boden eine Klein- und Zwergbauernschaft hervorgebracht, die dem Proletariat folgt, weil sie Vertrauen zu den Ergebnissen seiner revolutionären Arbeit hat. Mit diesem Vertrauen jedoch bis zum Sieg der sozialistischen Revolution in den höherentwickelten Ländern durchzuhalten, ist für uns nicht leicht, denn die Klein- und Zwerg-

bauernschaft hält sich, insbesondere unter der NÖP, kraft ökonomischer Notwendigkeit auf einem äußerst niedrigen Niveau der Arbeitsproduktivität. Auch die internationale Lage hat bewirkt, daß Rußland jetzt zurückgeworfen ist, daß die Arbeitsproduktivität des Volkes im großen und ganzen jetzt bei uns beträchtlich geringer ist, als sie vor dem Krieg war. Die westeuropäischen kapitalistischen Mächte haben teils bewußt, teils spontan alles mögliche getan, um uns zurückzuwerfen, um die Elemente des Bürgerkriegs in Rußland zu einer möglichst großen Verwüstung des Landes auszunutzen. Gerade ein solcher Abschluß des imperialistischen Krieges schien natürlich beträchtliche Vorteile zu bieten: Wenn wir das revolutionäre Regime in Rußland nicht stürzen, so werden wir auf jeden Fall seine Entwicklung zum Sozialismus erschweren — so ungefähr dachten diese Mächte, und von ihrem Standpunkt aus konnten sie gar nicht anders denken. Im Ergebnis erreichten sie eine halbe Lösung ihrer Aufgabe. Sie haben das neue, von der Revolution geschaffene Regime nicht gestürzt, aber sie haben ihm auch die Möglichkeit genommen, sofort einen solchen Schritt vorwärts zu tun, der die Voraussagen der Sozialisten gerechtfertigt hätte, der es den Sozialisten ermöglicht hätte, mit ungeheurer Schnelligkeit die Produktivkräfte zu entwickeln, alle jene Möglichkeiten zu entfalten, die sich zum Sozialismus verdichtet hätten, und aller Welt anschaulich, augenfällig den Beweis zu liefern, daß der Sozialismus gigantische Kräfte in sich birgt und daß die Menschheit jetzt in ein neues Entwicklungsstadium eingetreten ist, das überaus glänzende Perspektiven eröffnet.

Es hat sich jetzt ein solches System internationaler Beziehungen herausgebildet, daß in Europa ein Staat von den Siegerstaaten geknechtet ist, nämlich Deutschland. Ferner befinden sich mehrere Staaten, und zwar die ältesten Staaten des Westens, infolge ihres Sieges in einer Lage, in der sie diesen Sieg dazu benutzen können, ihren unterdrückten Klassen eine Reihe unwichtiger Zugeständnisse zu machen, die immerhin die revolutionäre Bewegung in diesen Ländern hinauszögern und eine Art „sozialen Friedens" schaffen.

Gleichzeitig wurde eine ganze Reihe von Ländern — der Orient, Indien, China usw. — gerade infolge des letzten imperialistischen Krieges endgültig aus dem gewohnten Geleise geworfen. Ihre Entwicklung hat endgültig die allgemein-europäische kapitalistische Richtung genommen. In diesen

Ländern hat die gleiche Gärung wie in ganz Europa begonnen. Und jetzt ist es aller Welt klar, daß sie von einer Entwicklung erfaßt sind, die zwangsläufig zu einer Krise des gesamten Weltkapitalismus führen muß.

Wir stehen somit gegenwärtig vor der Frage: Wird es uns gelingen, angesichts unserer klein- und zwergbäuerlichen Produktion, angesichts der Zerrüttung unserer Wirtschaft so lange durchzuhalten, bis die westeuropäischen kapitalistischen Länder ihre Entwicklung zum Sozialismus vollenden werden? Aber sie vollenden diese Entwicklung nicht so, wie wir es früher erwartet haben. Sie vollenden sie nicht dadurch, daß der Sozialismus in diesen Ländern gleichmäßig „ausreift", sondern auf dem Wege der Ausbeutung der einen Staaten durch die anderen, auf dem Wege der Ausbeutung des ersten während des imperialistischen Krieges besiegten Staates, verbunden mit der Ausbeutung des gesamten Ostens. Der Osten anderseits wurde eben infolge dieses ersten imperialistischen Krieges endgültig von der revolutionären Bewegung erfaßt und endgültig in den allgemeinen Strudel der revolutionären Weltbewegung hineingerissen.

Welche Taktik wird nun durch eine solche Lage der Dinge für unser Land vorgeschrieben? Offenbar die folgende: Wir müssen die größte Vorsicht walten lassen, um unsere Arbeitermacht zu behaupten, um unsere Klein- und Zwergbauernschaft unter der Autorität und Führung der Arbeitermacht zu behalten. Wir haben auf unserer Seite das Plus, daß die ganze Welt jetzt bereits in eine Bewegung eintritt, die die sozialistische Weltrevolution zur Folge haben muß. Aber wir haben auf unserer Seite das Minus, daß es den Imperialisten gelungen ist, die ganze Welt in zwei Lager zu spalten, wobei diese Spaltung noch dadurch kompliziert wird, daß es für Deutschland, ein Land von wirklich fortgeschrittener, kulturellerer kapitalistischer Entwicklung, jetzt im höchsten Grade schwierig ist, sich wieder aufzurichten. Alle kapitalistischen Mächte des sogenannten Westens hacken auf Deutschland ein und lassen es nicht auf die Beine kommen. Und anderseits ist der ganze Osten mit seiner nach Hunderten von Millionen zählenden ausgebeuteten werktätigen Bevölkerung, die an die äußerste Grenze menschlichen Elends getrieben ist, in Verhältnisse versetzt, wo seine physischen und materiellen Kräfte absolut keinen Vergleich mit den physischen, materiellen und militärischen Kräften irgendeines der viel kleineren westeuropäischen Staaten aushalten.

Können wir uns vor dem kommenden Zusammenstoß mit diesen impe-

rialistischen Staaten retten? Besteht für uns die Hoffnung, daß die inneren Widersprüche und Konflikte zwischen den erfolgreichen imperialistischen Staaten des Westens und den erfolgreichen imperialistischen Staaten des Ostens uns ein zweites Mal eine Atempause gewähren werden, wie sie es das erstemal getan haben, als der Feldzug der westeuropäischen Konterrevolution, gerichtet auf die Unterstützung der russischen Konterrevolution, infolge der Gegensätze im Lager der Konterrevolutionäre des Westens und des Ostens, im Lager der östlichen und der westlichen Ausbeuter, im Lager Japans und Amerikas scheiterte?

Diese Frage, scheint mir, wird dahin zu beantworten sein, daß die Entscheidung hier von allzu vielen Umständen abhängt und der Ausgang des Kampfes sich im großen und ganzen nur auf der Grundlage voraussehen läßt, daß die gigantische Mehrheit der Erdbevölkerung schließlich durch den Kapitalismus selbst für den Kampf geschult und erzogen wird.

Der Ausgang des Kampfes hängt in letzter Instanz davon ab, daß Rußland, Indien, China usw. die gigantische Mehrheit der Erdbevölkerung stellen. Gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird denn auch in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hineingerissen, so daß es in diesem Sinne nicht den geringsten Zweifel darüber geben kann, wie die endgültige Entscheidung des Kampfes im Weltmaßstab ausfallen wird. In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingt gesichert.

Aber uns interessiert nicht diese Unausbleiblichkeit des Endsieges des Sozialismus. Uns interessiert die Taktik, die wir, die Kommunistische Partei Rußlands, wir, die Sowjetmacht Rußlands, befolgen müssen, um die konterrevolutionären westeuropäischen Staaten zu hindern, uns zu erdrücken. Damit unsere Existenz gesichert ist bis zum nächsten kriegerischen Zusammenstoß zwischen dem konterrevolutionären imperialistischen Westen und dem revolutionären und nationalistischen Osten, zwischen den zivilisiertesten Staaten der Welt und den orientalisch zurückgebliebenen Staaten, die jedoch die Mehrheit ausmachen — muß es dieser Mehrheit gelingen, sich zu zivilisieren. Uns mangelt es ebenfalls an Zivilisation, um unmittelbar zum Sozialismus überzugehen, obwohl wir die politischen Voraussetzungen dafür haben. Wir müssen uns an die folgende Taktik halten bzw. zu unserer Rettung die folgende Politik annehmen.

Wir müssen danach streben, einen Staat aufzubauen, in dem die Arbeiter die Führung über die Bauern behaupten, sich das Vertrauen der Bauern bewahren und durch größte Sparsamkeit jede Spur jedweden überflüssigen Aufwands aus ihrer Gesellschaftsordnung ausmerzen.

Wir müssen unseren Staatsapparat auf die größte Sparsamkeit einstellen. Wir müssen jede Spur überflüssigen Aufwands aus ihm ausmerzen, der sich in ihm vom zaristischen Rußland, von seinem bürokratisch-kapitalistischen Apparat noch in so großem Ausmaß erhalten hat.

Wird das nicht ein Reich bäuerlicher Beschränktheit sein?

Nein. Wenn wir die Führung der Arbeiterklasse über die Bauernschaft behaupten, dann wird es uns um den Preis größter, allergrößter Sparsamkeit in der Wirtschaft unseres Staates möglich sein, zu erreichen, daß jede noch so kleine Einsparung der Entwicklung unserer maschinellen Großindustrie, der Entwicklung der Elektrifizierung, der Hydrotorfgewinnung, der Fertigstellung des Baus des Wolchowkraftwerks usw. zugute kommt.

Darin, und nur darin, wird unsere Hoffnung liegen. Nur dann werden wir imstande sein, um es bildlich auszudrücken, uns von dem einen Pferd auf das andere zu setzen, nämlich von dem Bauernklepper, von dem heruntergekommenen Gaul des Mushiks, dem Pferd der Sparmaßnahmen, die auf ein verarmtes Bauernland berechnet sind — auf ein Pferd, wie es das Proletariat für sich sucht und suchen muß, auf das Pferd der maschinellen Großindustrie, der Elektrifizierung, des Wolchowkraftwerks usw.

So verbinde ich in meinen Gedanken den allgemeinen Plan unserer Arbeit, unserer Politik, unserer Taktik, unserer Strategie mit den Aufgaben der reorganisierten Arbeiter- und Bauerninspektion. Darin besteht eben für mich die Rechtfertigung der außerordentlichen Fürsorge, der außerordentlichen Aufmerksamkeit, die wir der Arbeiter- und Bauerninspektion widmen müssen, indem wir sie auf eine außerordentliche Höhe heben, ihr eine Leitung mit den Rechten des ZK geben usw. usf.

Diese Rechtfertigung besteht darin, daß wir nur vermittels einer maximalen Reinigung unseres Apparats, vermittels eines maximalen Abbaus alles dessen, was darin nicht absolut notwendig ist, imstande sein werden, uns mit Sicherheit zu behaupten. Und zwar werden wir imstande sein, uns zu behaupten — nicht auf dem Niveau eines kleinbäuerlichen Landes, nicht auf dem Niveau dieser allgemeinen Beschränktheit, sondern auf einem

Niveau, das unablässig steigt, aufwärts und stetig vorwärts zur maschinellen Großindustrie.

Das sind die hohen Aufgaben unserer Arbeiter- und Bauerninspektion, von denen ich träume. Zu diesem Zweck entwerfe ich für sie den Plan einer Verschmelzung der maßgebendsten Parteispitze mit einem „gewöhnlichen" Volkskommissariat.

2. März 1923

„Prawda" Nr. 49,
4. März 1923.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit der stenografischen Niederschrift.

ANMERKUNGEN

[1] Die *Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD)* wurde im April 1920 von Vertretern des Linksradikalismus gebildet, die aus der KPD ausgeschlossen worden waren. Die von ihren Führern vertretenen anarchosyndikalistischen Auffassungen wurden vom II. und III. Kongreß der Kommunistischen Internationale entschieden zurückgewiesen. Die ehrlichen proletarischen Kräfte dieser Partei brachen bald mit den linksradikalen Führern und fanden zur KPD zurück. *1*

[2] Lenin meint die Fehler, die die Verfechter linkssektiererischer Ansichten während der Märzkämpfe des deutschen Proletariats 1921 begingen, indem sie bei der Abwehr der von der Monopolbourgeoisie und den Großgrundbesitzern mit Hilfe rechter sozialdemokratischer Führer organisierten konterrevolutionären Provokation in Mitteldeutschland die Taktik der Offensive propagierten, obgleich die objektiven Bedingungen für eine erfolgreiche bewaffnete Erhebung nicht gegeben waren. Diese Taktik hatte vor den Märzkämpfen auch in der VKPD Verbreitung gefunden. Sie beruhte auf der antileninistischen „Offensivtheorie", die ohne Berücksichtigung des realen Kräfteverhältnisses der Klassen die Offensive um jeden Preis forderte. Mit Hilfe W. I. Lenins und des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale gelang es der VKPD, die richtigen Lehren aus der Märzaktion zu ziehen, in der die revolutionären Arbeiter trotz ihres heldenhaften Widerstands eine blutige Niederlage erlitten hatten. Die VKPD kehrte nach den Märzereignissen zu der mit ihrem „Offenen Brief" vom Januar 1921 begonnenen Politik einer erfolgreichen Massenarbeit zurück. Zur Einschätzung der Märzkämpfe durch W. I. Lenin siehe Werke, Bd. 32, S. 491–500 und 537–548. *5*

[3] *„Ekonomitscheskaja Shisn"* (Das Wirtschaftsleben) – Tageszeitung, die von November 1918 bis November 1937 in Moskau erschien. Sie war anfangs ein Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats und der Volkskommissariate für Wirtschaft der RSFSR, dann des Rats für Arbeit und Verteidi-

gung, der Staatlichen Plankommission, der Staatsbank und des Volkskommissariats für Finanzen der UdSSR. *10*

[4] Der *Rat für Arbeit und Verteidigung* wurde im April 1920 an Stelle des Rats der Arbeiter- und Bauernverteidigung geschaffen. Vorsitzender war Lenin. Auf Beschluß des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses vom 29. Dezember 1920 begann der Rat für Arbeit und Verteidigung als Kommission des Rats der Volkskommissare zu fungieren; er bestand bis 1937. *12*

[5] Lenin meint den Beschluß des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses (22.–29. Dezember 1920) „Über den Sowjetaufbau". *15*

[6] Die *Parteireinigung von 1921* wurde laut Beschluß des X. Parteitags in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 durchgeführt. Im Ergebnis der Reinigung wurden rund 170 000 Personen, d. h. etwa 25 Prozent der Gesamtmitgliedschaft, aus der Partei ausgeschlossen. *19*

[7] Der Brief *„Über die Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion, wie sie aufzufassen und durchzuführen sind"* wurde auf Grund eines „vorläufigen" Berichts der Sektion Brennstoff der industrietechnischen Abteilung des Volkskommissariats der Arbeiter- und Bauerninspektion über die Brennstofflage und über die Arbeit der Organe für Brennstoffversorgung geschrieben. *22*

[8] Der *VIII. Gesamtrussische Elektrotechnische Kongreß* wurde auf Initiative Lenins einberufen und tagte vom 1. bis 9. Oktober 1921 in Moskau. Etwa 900 Personen – Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und auch Arbeiter verschiedener Betriebe – nahmen daran teil.

Lenin wurde zum Ehrenvorsitzenden des Kongresses gewählt. Sein Begrüßungsschreiben wurde am 9. Oktober 1921 in der Vormittagssitzung verlesen. *29*

[9] Lenin meint das Buch „Plan für die Elektrifizierung der RSFSR. Bericht der Staatlichen Kommission für die Elektrifizierung Rußlands an den VIII. Sowjetkongreß", Moskau 1920. W. I. Lenins Einschätzung dieses Buches siehe Werke, Bd. 31, S. 511–515, sowie Bd. 32, S. 132–137, 415 und 481/482. *29*

[10] *Basler Manifest von 1912* – das Manifest über den Krieg, das auf dem außerordentlichen Kongreß der II. Internationale, der am 24. und 25. November 1912 in Basel stattfand, einstimmig angenommen wurde. Das Manifest verwies auf die räuberischen Ziele des drohenden imperialistischen Krieges und rief die Sozialisten aller Länder auf, einen energischen Kampf gegen den Krieg zu führen. Es übernahm aus der Resolution des Stuttgarter Kongresses der II. Internationale von 1907 den von W. I. Lenin und

Rosa Luxemburg stammenden Hauptgedanken, daß die Sozialisten für den Fall des Ausbruchs eines imperialistischen Krieges die ökonomische und politische Krise, die durch den Krieg hervorgerufen werden würde, für den Kampf um die sozialistische Revolution ausnützen müßten.

Die Führer der II. Internationale, Kautsky, Vandervelde u. a., die für das Manifest gestimmt hatten, gaben das Basler Manifest, als 1914 der Weltkrieg ausbrach, der Vergessenheit preis und stellten sich auf die Seite ihrer imperialistischen Regierungen. *37*

[11] Der *II. Gesamtrussische Kongreß der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung* fand vom 17. bis 22. Oktober 1921 in Moskau statt. Es waren 307 Delegierte anwesend. Lenin hielt sein Referat am 17. Oktober 1921 gegen Ende der Abendsitzung. *40*

[12] Der Beschluß des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees vom 29. April 1918 wurde auf Grund von Lenins Referat „Über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" gefaßt. Die in diesem Referat und in dem Artikel „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" dargelegten Grundsätze faßte Lenin in sechs Thesen zusammen, die das Zentralkomitee der Partei am 3. Mai 1918 mit unbedeutenden Ergänzungen einstimmig annahm. (Siehe „Sechs Thesen über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", Werke, Bd. 27, S. 306–309.) *42*

[13] *Gouvernements-Wirtschaftsberatungen* – örtliche Organe des Rats für Arbeit und Verteidigung, die auf Grund eines Beschlusses des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses im Dezember 1920 bei den Gouvernements-Exekutivkomitees der Sowjets geschaffen wurden. *57*

[14] Die *VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz* fand vom 29. bis 31. Oktober 1921 statt. Es waren 637 Delegierte anwesend. In der ersten Sitzung am 29. Oktober nahm die Konferenz Lenins Referat über die Neue Ökonomische Politik entgegen.

Auf der Tagesordnung der Konferenz standen außerdem ein Referat über die Arbeit der Gouvernements-Wirtschaftsberatung, der Rechenschaftsbericht des Moskauer Komitees der KPR(B), der Bericht über die Parteireinigung, der Bericht der Revisionskommission, der Bericht der Kontrollkommission, organisatorische und andere Fragen. *61*

[15] Lenin meint u. a. seine Artikel „Die Hauptaufgabe unserer Tage", „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", „Über ‚linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit". (Siehe Werke, Bd. 27, S. 146–151, 225–268 und 315 bis 347.) *67*

[16] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 306–309. *69*

[17] *„Moskowski Listok Objawleni"* (Moskauer Anzeigenblatt) – wurde von

einer Gruppe Privatunternehmer herausgegeben; erschien in Moskau von Oktober 1921 bis Februar 1922. *70*

[18] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 34, S. 126; Bd. 36, S. 252. *91*

[19] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 534. *92*

[20] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 265. *94*

[21] Von den Arbeitern der Prochorowschen Manufaktur (heute mit dem Leninorden und mit dem Orden des Roten Arbeitsbanners ausgezeichnetes Staatliches Unions-Baumwollkombinat „Trjochgornaja-Manufaktura" F. E. Dzierzynski) war Lenin zum Mitglied des Moskauer Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten gewählt worden. An der Versammlung, auf der Lenin am 6. November sprach, nahmen mehr als 2000 Menschen teil. *99*

[22] Die hier erwähnte Broschüre mit dem Titel „Zur Frage der Neuen Ökonomischen Politik (Zwei alte Artikel und ein noch älteres Nachwort)" wurde nicht herausgegeben. Statt dessen erschien 1921 die Broschüre: N. Lenin, „Zur Frage der Neuen Ökonomischen Politik" mit den Artikeln „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution" und „Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus". (Siehe den vorliegenden Band, S. 31–39 und 90–98.) *104*

[23] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, S. 39–73. *104*

[24] Die Frage der Bildung einer Föderation der transkaukasischen Republiken wurde im Zentralkomitee der Partei auf Initiative der transkaukasischen Partei- und Sowjetorgane im November 1921 gestellt.

Der Entwurf wurde vom Politbüro des ZK am 29. November 1921 angenommen. *110*

[25] Der *I. Landwirtschaftskongreß des Moskauer Gouvernements* fand vom 28. bis 30. November 1921 statt. Es waren mehr als 300 Delegierte, Bauern und Mitarbeiter landwirtschaftlicher Verwaltungsstellen, anwesend. Lenin sprach vor den Kongreßteilnehmern am 29. November 1921. *111*

[26] *„La Voix Paysanne"* (Die Bauernstimme) – Wochenblatt für die werktätigen Bauern; wurde von der Kommunistischen Partei Frankreichs von 1920 bis 1937 in Paris herausgegeben. *113*

[27] *Kolonen* (colons) – Siedler oder Kolonisten, die beim Grundbesitzer Land pachteten und ihm dafür einen Teil ihrer Einkünfte oder der Ernte abliefern mußten. *113*

[28] Es handelt sich um Friedrich Engels' Artikel „Die Bauernfrage in Frank-

reich und Deutschland". (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 483–505.) *117*

[29] Den *„Brief an die Mitglieder des Politbüros über die Parteireinigung und über die Bedingungen für die Aufnahme in die Partei"* schrieb Lenin, weil diese Frage auf der Tagesordnung der XI. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) stand, die vom 19. bis 22. Dezember 1921 stattfand. An der Konferenz selbst konnte Lenin krankheitshalber nicht teilnehmen.

Nach dem Referat über die Parteireinigung nahm die Konferenz im Prinzip eine Resolution „Über die Festigung der Partei, ausgehend von den Erfahrungen bei der Überprüfung ihres Mitgliederbestandes" an, die dann auf einer Beratung der Sekretäre der Gebietskomitees, der Gebietsbüros des ZK und der Gouvernementskomitees der KPR(B) (27.–29. Dezember 1921) endgültig ausgearbeitet und vom ZK und vom XI. Parteitag der KPR(B) bestätigt wurde. *121*

[30] Der *IX. Gesamtrussische Sowjetkongreß* tagte vom 23. bis 28. Dezember 1921 in Moskau. Es waren 1993 Delegierte anwesend. Lenin erstattete den Rechenschaftsbericht des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare über die Innen- und Außenpolitik der Republik am Abend des 23. Dezember, wonach der Kongreß einstimmig die Tätigkeit der Sowjetregierung während des Berichtsjahres billigte. Der Kongreß nahm eine Deklaration über die internationale Lage der RSFSR an, die auf Grund der im vorliegenden Brief enthaltenen Hinweise von Lenin abgefaßt war. Ferner nahm er die von Lenin verfaßte „Direktive für die Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet" an (siehe den vorliegenden Band, S. 163–166) und faßte Beschlüsse zu Fragen der Industrie und Landwirtschaft. *122*

[31] Die *Washingtoner Konferenz* fand vom 12. November 1921 bis 6. Februar 1922 statt. Die USA, Initiator dieser Konferenz, erreichten eine Stärkung ihrer politischen, wirtschaftlichen und maritimen Positionen im Fernen Osten. Sowjetrußland war zu der Konferenz nicht eingeladen worden. Die Washingtoner Konferenz trug dazu bei, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten noch mehr zu verschärfen. *138*

[32] Mit dem Bau des Staatlichen Bezirkskraftwerks W. I. Lenin in Schatura wurde 1918 begonnen. Der erste Teil der Anlage mit einer Kapazität von 5000 Kilowatt wurde 1920 in Betrieb genommen.

Der Bau des Kraftwerks in Kaschira sollte planmäßig Ende 1921 abgeschlossen sein. Am 4. Juni 1922 war der erste Teil der Anlage (12 000 Kilowatt) fertiggestellt, und das Kraftwerk wurde in Betrieb genommen. Lenin, der dem Kraftwerk in Kaschira große Bedeutung beimaß, unterstützte den

Bau ständig durch Hinweise und half bei der Beschaffung von Arbeitskräften sowie bei der Versorgung mit der notwendigen Ausrüstung, mit Brennstoff und Industrieerzeugnissen. *153*

[33] Der Bau des Kraftwerks „Roter Oktober" (vormals Utkina Sawod) wurde 1922 abgeschlossen und der erste Teil der Anlage mit einer Kapazität von 10 000 Kilowatt am 8. Oktober 1922 in Betrieb genommen. *154*

[34] Lenin meint die Gerichtsverhandlung in Moskau vom 15. bis 18. Dezember 1921 gegen 35 Privatunternehmer, die wegen Verletzung des geltenden Arbeitsrechts, Ausbeutung von Minderjährigen, Jugendlichen und Frauen, Verlängerung des Arbeitstages und anderer Verletzungen der Sowjetgesetze angeklagt waren. *155*

[35] Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik wurden auf der Plenartagung des ZK der KPR(B) am 28. Dezember 1921 erörtert, woraufhin Lenin einen Thesenentwurf über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften schrieb.

Am 12. Januar 1922 erörterte das Politbüro des ZK diesen Entwurf und beauftragte eine Redaktionskommission, der Lenin angehörte, eine endgültige Fassung herzustellen, die dem XI. Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden konnte. Im vorliegenden Band handelt es sich um die dem Parteitag vorgelegte, überarbeitete Fassung. *169*

[36] Der *„Entwurf einer Direktive des Politbüros des ZK der KPR(B) über die Neue Ökonomische Politik"* wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK am 12. Januar 1922 erörtert und im Prinzip angenommen. Am 16. Januar 1922 wurde die Direktive endgültig bestätigt und am 21. Januar 1922 den Volkskommissaren übermittelt. *182*

[37] Mit der Grußadresse *„An die Werktätigen Dagestans"* beantwortet Lenin einen Brief des Rats der Volkskommissare der Dagestanischen Sozialistischen Sowjetrepublik, worin mitgeteilt wurde, daß mit der Ausbeute der Bodenschätze begonnen worden sei. Die gewonnenen ersten zwei Pud Quecksilber wurden Lenin als Produktionsgeschenk überreicht. *184*

[38] Lenin schrieb den Brief im Hinblick auf den I. Sowjetkongreß Georgiens, der vom 25. Februar bis 3. März 1922 tagte.

Der Vorschlag über die Verstärkung der Georgischen Roten Armee war durch die aggressive Haltung der englischen Imperialisten und durch die Hetzkampagne hervorgerufen worden, die die reaktionäre imperialistische Presse zusammen mit den Führern der II. und der zweieinhalbten Internationale und den georgischen Menschewiki gegen die Sowjetrepublik entfaltet hatte. Mit dem Ziel, Georgien von Sowjetrußland abzutrennen und

es den ausländischen Imperialisten auszuliefern, forderten sie den Abzug der Roten Armee aus Georgien.

Der erste Sowjetkongreß Georgiens nahm nach einem Referat G. K. Ordshonikidses einen Appell „Über die Rote Armee" an, in dem er die Verstärkung des vorhandenen Kerns der Georgischen Roten Armee als Hauptaufgabe bezeichnete und die Regierung der Russischen Sowjetrepublik bat, die Truppen der Roten Armee nicht aus Georgien abzuziehen. *185*

39 Das Zivilgesetzbuch wurde auf Grund der von Lenin im Brief an D. I. Kurski dargelegten Direktiven überarbeitet und auf der III. und IV. Tagung des Gesamtrussischen ZEK der IX. Wahlperiode (im Mai und Oktober 1922) behandelt. Die IV. Tagung faßte den Beschluß, das Zivilgesetzbuch ab 1. Januar 1923 einzuführen. (Siehe Lenins Rede auf der IV. Tagung des Gesamtrussischen ZEK der IX. Wahlperiode im vorliegenden Band, S. 376 bis 382.) *186*

40 Lenin spricht von der Genuakonferenz.

Die *Genuakonferenz* („Internationale Wirtschaftskonferenz") fand vom 10. April bis 19. Mai 1922 in Genua (Italien) unter Teilnahme der Vertreter Sowjetrußlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans, Deutschlands und 21 anderer Staaten statt. Der Vertreter der USA nahm als „Beobachter" teil.

Die imperialistischen Mächte versuchten auf der Konferenz, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Sowjetrußlands auszunutzen, um ihm ein Abkommen mit knechtenden Bedingungen aufzuzwingen. Sie forderten die Bezahlung aller Schulden der Zarenregierung, einschließlich der Vorkriegsschulden, Rückgabe der nationalisierten Betriebe an die ausländischen Besitzer u. a.

W. I. Lenin wurde auf der außerordentlichen Tagung des Gesamtrussischen ZEK am 27. Januar 1922 zum Leiter der sowjetischen Delegation bestimmt. Er konnte zwar nicht selbst nach Genua fahren, leitete aber faktisch die gesamte Arbeit der sowjetischen Delegation, indem er den Mitgliedern der Delegation Hinweise gab betreffend die Behandlung der verschiedenen Probleme und den Inhalt der Memoranden, die der Konferenz im Namen der Sowjetregierung vorgelegt wurden.

Die sowjetische Delegation lehnte die unverschämten Forderungen der Imperialisten ab und machte Vorschläge für eine allgemeine Abrüstung und die Annullierung sämtlicher Kriegsschulden. Infolge der feindseligen Haltung Frankreichs und Englands gegenüber Sowjetrußland wurde die Konferenz abgebrochen. Mit der Behandlung der offenen Fragen wurde eine Sachverständigenkonferenz beauftragt, die im Juni und Juli 1922 im

Haag zusammentrat. Ebenso wie in Genua endeten die Verhandlungen auch im Haag ergebnislos.

Die Hauptaufgaben der Sowjetregierung auf dem Gebiet der Außenpolitik im Zusammenhang mit den Konferenzen von Genua und dem Haag legte Lenin in seinen Reden in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Verbandstages der Metallarbeiter und auf dem XI. Parteitag dar. (Siehe den vorliegenden Band, S. 197–204 und 249–252.) *187*

[41] Der Artikel *„Notizen eines Publizisten. Über das Besteigen hoher Berge, über die Schädlichkeit der Verzagtheit, über den Nutzen des Handels, über das Verhältnis zu den Menschewiki u. dgl. m."* blieb unvollendet. *188*

[42] *„Smena-Wech"-Leute* – eine in weißgardistischen Emigrantenkreisen der Intelligenz entstandene Gruppe. Sie erhielt diese Bezeichnung nach dem Sammelband „Smena Wech" (Wechsel der Wegzeichen), der im Juli 1921 in Prag erschien. Nachdem sich die „Smena-Wech"-Leute davon überzeugt hatten, daß es völlig aussichtslos war, die Sowjetmacht durch eine ausländische militärische Intervention stürzen zu wollen, rechneten sie darauf, daß die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik zu einer inneren Entartung des Sowjetstaates führen werde. *189*

[43] Der *V. Gesamtrussische Verbandstag der Metallarbeiter* fand vom 3. bis 7. März 1922 in Moskau statt. Es waren 318 Delegierte anwesend, die mehr als eine halbe Million gewerkschaftlich organisierter Metallarbeiter vertraten. Lenin sprach am 6. März in der Vormittagssitzung der kommunistischen Fraktion des Verbandstages. *197*

[44] Lenin bezieht sich auf die „Rede über die Stellung zur Provisorischen Regierung" in der Sitzung des I. Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten am 4. (17.) Juni 1917. (Siehe Werke, Bd. 25, S. 6.) *205*

[45] Es handelt sich um W. Majakowskis Gedicht „Die auf Sitzungen Versessenen". (Siehe W. W. Majakowski, Ausgewählte Gedichte und Poeme, Berlin 1953, S. 41–42.) *209*

[46] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 534. *209*

[47] Die Kommission für die Parteigeschichte – *„Kommission für die Sammlung und das Studium von Materialien zur Geschichte der Oktoberrevolution und zur Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands"* – wurde durch Beschluß des Rats der Volkskommissare vom 21. September 1920 beim Volkskommissariat für Bildungswesen geschaffen und auf Beschluß des ZK

der KPR(B) am 1. Dezember 1921 dem Apparat des Zentralkomitees als Abteilung eingegliedert. 1928 wurde sie mit dem Lenin-Institut beim ZK der KPdSU(B) vereinigt. *210*

[48] *„Pod Snamenem Marxisma"* (Unter dem Banner des Marxismus) – Monatsschrift für Philosophie, Ökonomie und Politik; erschien in Moskau von Januar 1922 bis Juni 1944. *213*

[49] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 532. *215*

[50] Der Brief über die Thesen Preobrashenskis fällt in die Zeit der Vorbereitung des XI. Parteitags. Das ZK der KPR(B) erörterte am 20. März 1922 Preobrashenskis Thesen, lehnte sie ab und nahm Lenins Vorschlag an. *224*

[51] Am 28. Februar 1922 hatte die Staatliche Politische Verwaltung den Beschluß veröffentlicht, die Mitglieder des ZK und andere aktive Funktionäre der Partei der Sozialrevolutionäre wegen ihres konterrevolutionären, terroristischen Kampfes gegen die Sowjetmacht dem Obersten Revolutionstribunal zu übergeben. Als Antwort darauf veröffentlichte eine Gruppe sozialrevolutionärer Emigranten einen Aufruf „An die sozialistischen Parteien der ganzen Welt", in dem sie gegen das angeblich über die Angeklagten im voraus gefällte Todesurteil protestierte. Diesen Aufruf unterstützten die Parteien der II. und II½. Internationale, die reformistischen Gewerkschaften und bürgerliche Intellektuelle.

Das vorliegende Dokument schrieb Lenin im Zusammenhang mit den an ihn und G. W. Tschitscherin gerichteten Telegrammen des Nationalrats der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Th. Stauning, des Führers der II. Internationale, E. Vandervelde, und des Vorstands des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die forderten, das Gerichtsverfahren gegen die Sozialrevolutionäre bis zur Konferenz der drei Internationalen in Berlin zu verschieben.

Der von Lenin vorgeschlagene Entwurf einer Antwort wurde am 18. März 1922 mit geringfügigen Abänderungen vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. *229*

[52] Lenin meint die Resolution des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses (22.–29. Dezember 1920) über die Elektrifizierung. (Siehe Werke, Bd. 31, S. 529.) *231*

[53] *„Bednota"* (Die Armut) – Tageszeitung, herausgegeben vom ZK der KPR(B); erschien in Moskau ab 27. März 1918. Am 1. Februar 1931 wurde

die „Bednota" mit der Zeitung „Sozialistitscheskoje Semledelije" (Die sozialistische Landwirtschaft) verschmolzen. *235*

[54] Der *„Brief über den Plan für den politischen Bericht auf dem XI. Parteitag"* wurde auf der Plenartagung des ZK der KPR(B) am 25. März 1922 erörtert. Der von Lenin vorgeschlagene Plan des Berichts wurde bestätigt. *237*

[55] Der *XI. Parteitag der KPR(B)* fand vom 27. März bis 2. April 1922 in Moskau statt. Es war der letzte Parteitag, an dem Lenin teilnahm. Auf dem Parteitag waren 522 Delegierte mit beschließender und 164 Delegierte mit beratender Stimme anwesend. Der Parteitag behandelte folgende Fragen: 1. Politischer Bericht des ZK; 2. Organisatorischer Bericht des ZK; 3. Bericht der Revisionskommission; 4. Bericht der Zentralen Kontrollkommission; 5. Bericht der Delegation der KPR im Exekutivkomitee der Komintern; 6. Gewerkschaften; 7. Über die Rote Armee; 8. Finanzpolitik; 9. Ergebnisse der Parteireinigung und Festigung der Parteireihen; Korreferate: über die Arbeit unter der Jugend, über die Presse und die Propaganda; 10. Wahl des ZK und der ZKK.

Lenin hielt die Eröffnungs- und die Schlußrede auf dem Parteitag, erstattete den Bericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR(B) und hielt das Schlußwort zum Bericht.

Der Parteitag zog die Bilanz des ersten Jahres der Neuen Ökonomischen Politik. *245*

[56] *„Oberstimmungsmacher"* – Spitzname, den die Soldaten 1917 Kerenski gaben, als ihn die bürgerliche Provisorische Regierung zum Obersten Befehlshaber ernannt hatte. *271*

[57] Die *Zentrale Überprüfungskommission* – Zentrale Kommission zur Überprüfung des Mitgliederbestandes der Partei – wurde am 25. Juni 1921 vom ZK der KPR(B) gebildet, um die Durchführung der Parteireinigung entsprechend dem Beschluß des X. Parteitags der KPR(B) zu leiten. *293*

[58] Lenin kritisiert hier die falsche Politik, die der Trotzkist Preobrashenski, damals Leiter der Hauptverwaltung für Hoch- und Fachschulen im Volkskommissariat für Bildungswesen, gegenüber den Professoren der Moskauer Universität und anderer Hochschulen durchführte, die sich Ende Januar/Anfang Februar 1922 geweigert hatten, Vorlesungen zu halten. Das Zentralkomitee der KPR(B) verlangte vom Volkskommissariat für Bildungswesen, eine Reihe gerechtfertigter Forderungen der Professoren zu erfüllen. Eine Kommission des ZK beschloß, Preobrashenski als Leiter der Hauptverwaltung für Hoch- und Fachschulen abzusetzen, und arbeitete Richtlinien für das Hochschulwesen aus. *300*

[59] J. W. Stalin war Volkskommissar für Angelegenheiten der Nationalitäten seit der Bildung des Volkskommissariats bis zu seiner Auflösung im Juli 1923. Von März 1919 bis 25. April 1922 war er außerdem Volkskommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion. *301*

[60] Der *Debattierklub beim Moskauer Komitee der KPR(B)* wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 gegründet. Oppositionelle und parteifeindliche Elemente versuchten, ihn für ihre fraktionellen Ziele auszunutzen. Das Politbüro des ZK der KPR(B) beriet am 20. Februar 1922 auf Grund eines Berichts der Zentralen Kontrollkommission über den Debattierklub und empfahl dem Moskauer Komitee, die Zusammensetzung des Klubvorstands zu überprüfen und seine Tätigkeit in Einklang mit den Aufgaben der Partei zu bringen. *306*

[61] Lenin meint seinen Brief „An die Mitglieder des Politbüros. Über die Thesen des Gen. Preobrashenski". (Siehe den vorliegenden Band, S. 224 bis 228.) *307*

[62] *„Erklärung der 22"* – parteifeindliche Erklärung, die vor dem XI. Parteitag der KPR(B), von 22 Mitgliedern der fraktionellen Gruppe der „Arbeiteropposition" unterzeichnet, bei der Komintern eingereicht wurde. Die Mitglieder der Gruppe erhoben in ihrer Erklärung verleumderische Beschuldigungen gegen die Partei und die Arbeiterklasse. Das erweiterte Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) verurteilte scharf die Tätigkeit dieser Gruppe. Der XI. Parteitag bildete eine besondere Kommission, um die Angelegenheit der 22 zu untersuchen. Auf Grund des Berichts der Kommission nahm der Parteitag eine Resolution an, in der er das parteischädliche Verhalten der Mitglieder der Gruppe der „Arbeiteropposition", die die Partei spalten wollten, brandmarkte und die Führer dieser Gruppe darauf aufmerksam machte, daß sie im Falle erneuter fraktioneller Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen würden. *307*

[63] Es handelt sich um eine gemeinsame Sitzung des ZK und der ZKK am 9. August 1921, in der auf Lenins Vorschlag der Ausschluß A. Schljapnikows aus dem ZK und der Partei wegen parteifeindlichen Auftretens erörtert wurde. *307*

[64] Lenin kritisierte die parteifeindliche Broschüre von A. Kollontai in seinem Schlußwort zum Bericht des ZK der KPR(B) auf dem X. Parteitag. (Siehe Werke, Bd. 32, S. 196–206.) *308*

[65] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 528–533. *309*

[66] Die in Lenins Brief dargelegten Vorschläge wurden der Resolution des XI. Parteitags „Über die Arbeit auf dem Lande" zugrunde gelegt. Der Parteitag beauftragte ferner das Zentralkomitee, beim ZK eine ständige Kommission für die Arbeit auf dem Lande zu bilden. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 618/619, russ.) *313*

[67] Den Artikel *„Wir haben zu teuer bezahlt"* schrieb Lenin anläßlich der Kapitulation Bucharins und Radeks vor den opportunistischen Führern der II. und zweieinhalbten Internationale auf der Konferenz der drei Internationalen die vom 2. bis 5. April 1922 in Berlin stattfand. *316*

[68] Gemeint ist der Aufstand der europäischen Bergarbeiter Südafrikas, der im März 1922 in Johannesburg, Benoni und Brakpan ausbrach. Anlaß war die verstärkte Ausbeutung durch die Bergwerksbesitzer, die im Zusammenhang mit dem Goldpreissturz auf dem Weltmarkt und zur Aufrechterhaltung ihrer Profite die Löhne zu senken begannen und Massenentlassungen vornahmen. Die junge Kommunistische Partei Südafrikas nahm aktiv am Aufstand teil; viele Kommunisten fielen als Helden im bewaffneten Kampf. Die reaktionäre Regierung des Generals Smuts rechnete grausam mit den Aufständischen ab und setzte gegen sie Truppen, Geschütze und Flugzeuge ein. Am 14. März war der Aufstand niedergeschlagen. Mehr als 10 000 Menschen wurden verhaftet; Tausende Arbeiter wurden vor ein Kriegsgericht gestellt. *317*

[69] Den Entwurf der *„Verordnung über die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung)"* sandte W. I. Lenin zur Stellungnahme an die Mitglieder des Politbüros des ZK und an A. D. Zjurupa. Lenins Antwort auf die eingegangenen Bemerkungen zur Arbeit der Stellvertreter siehe im „Brief für die Mitglieder des Politbüros". (Siehe den vorliegenden Band, S. 339–341.) *321*

[70] Der *Kleine Rat der Volkskommissare* wurde im Dezember 1917 mit Rechten einer Kommission des Rats der Volkskommissare geschaffen, um diesen von weniger wichtigen Fragen zu entlasten. Die Beschlüsse des Kleinen Rats der Volkskommissare wurden vom Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare bestätigt. *322*

[71] Dieses Buch gab das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten 1922 heraus. Auf Grund der Vorschläge Lenins wurden darin Korrekturen vorgenommen. *330*

[72] W. I. Lenins Broschüre *„Alte Artikel über zeitnahe Themen. Zur Frage*

der ‚Neuen Ökonomischen Politik'. (Zwei Artikel und eine Rede aus dem Jahre 1918)" wurde 1922 von der Moskauer Zweigstelle des Staatsverlags herausgegeben. Sie enthielt das „Vorwort zur Ausgabe von 1922", den Artikel „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", das Referat auf der Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees am 29. April 1918 über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht und den Artikel „Über ‚linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit". (Siehe Werke, Bd. 27, S. 225–268, 271–296 und 315–347.) *331*

[73] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 297–305. *332*

[74] Am 23. April 1922 mußte sich Lenin im Moskauer Botkin-Krankenhaus einer Operation unterziehen, durch die eine der Kugeln entfernt wurde, von denen er bei dem niederträchtigen Attentat auf ihn am 30. August 1918 getroffen worden war. *339*

[75] Der *Vertrag von Rapallo* – Vertrag der Sowjetregierung mit Deutschland, der am 16. April 1922 während der Konferenz von Genua geschlossen wurde. Der Vertrag sah die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern und den gegenseitigen Verzicht auf Kriegsentschädigungen vor. Die deutsche Regierung ließ dabei auch die Forderung auf Rückgabe der von der Sowjetregierung nationalisierten Betriebe an die ehemaligen deutschen Besitzer fallen. *343*

[76] Der überarbeitete Entwurf des Strafgesetzbuches, der in den Artikeln 57, 58, 61 und 70 Lenins Vorschläge berücksichtigte, wurde auf der III. Tagung des Gesamtrussischen ZEK der IX. Wahlperiode (12.–26. Mai 1922) erörtert und bestätigt. *344*

[77] Das Politbüro des ZK faßte am 25. Mai 1922 nach Erörterung der in Lenins Briefen dargelegten Vorschläge den Beschluß, das Radiolaboratorium zu finanzieren, um die Produktion von Lautsprechergeräten und Radioempfängern zu beschleunigen. *347*

[78] Lenin schrieb den Brief *„Über ‚doppelte' Unterordnung und Gesetzlichkeit. Für das Politbüro"* im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Bestimmungen für die Staatsanwaltschaft. Am 24. Mai 1922 erörterte das Politbüro des ZK Lenins Brief und nahm seinen Vorschlag an. Am 26. Mai bestätigte die III. Tagung des Gesamtrussischen ZEK der IX. Wahlperiode nach Entgegennahme des Kommissionsberichts entsprechend Lenins Vorschlägen die Bestimmungen für die Staatsanwaltschaft. *349*

[79] Der *V. Gesamtrussische Gewerkschaftskongreß* fand vom 17. bis 22. September 1922 in Moskau statt. Es nahmen 970 Delegierte teil, die 5 100 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertraten. Der Kongreß wählte Lenin zum Ehrenmitglied des Präsidiums. Lenins Brief wurde in der ersten Sitzung

des Kongresses am 17. September 1922 verlesen. Als Antwort sandte der Kongreß Lenin ein Grußschreiben. *356*

[80] Die *„Notiz für das Politbüro über den Kampf gegen den Großmachtchauvinismus"* wurde anläßlich der Beratung über die Bildung einer Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Oktoberplenum des ZK der KPR(B) geschrieben, an dem Lenin krankheitshalber nicht teilnehmen konnte. In einem Brief an die Mitglieder des Politbüros vom 26. September 1922 hatte Lenin betont, daß die Vereinigung der Republiken von größter Wichtigkeit sei und daß dieser Bund auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und der vollen Gleichberechtigung der Republiken fußen müsse. W. I. Lenins Hinweise wurden dem vom Plenum angenommenen Entwurf der Resolution über die Vereinigung der Sowjetrepubliken zugrunde gelegt. Zur Leitung der Arbeit für den Zusammenschluß der Sowjetrepubliken zu einem einheitlichen Bundesstaat bildete das Plenum des ZK eine Kommission. Das am 18. Dezember 1922 tagende Plenum des ZK erörterte den Vertragsentwurf über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. In den Vertrag wurde Lenins Vorschlag aufgenommen, entsprechend der Anzahl der Unionsrepubliken (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, Belorussische Sozialistische Sowjetrepublik und Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik – Georgien, Aserbaidshan und Armenien) vier Vorsitzende des ZEK der Union zu wählen, um die volle Gleichberechtigung der sich vereinigenden Völker bei der Errichtung des Bundesstaates zu sichern. *358*

[81] Der *V. Gesamtrussische Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands* fand vom 11. bis 17. Oktober 1922 in Moskau statt. Der Kongreß wählte Lenin zum Ehrenvorsitzenden. Lenins Grußadresse wurde in der ersten (Fest-)Sitzung am 11. Oktober verlesen. Als Antwort sandten die Komsomolzen Wladimir Iljitsch ein Grußschreiben, in dem sie versprachen, alle Schwierigkeiten, die sich der Arbeiterklasse und der Arbeiterjugend entgegenstellen, zu überwinden, und darum baten, sie bei der kommunistischen Erziehung der Jugend zu unterstützen. *360*

[82] Auf dem Plenum des ZK der KPR(B), das vom 5. bis 6. Oktober 1922 stattgefunden hatte, war in der Sitzung vom 6. Oktober, auf der W. I. Lenin nicht anwesend war, auf Grund des Referats von G. J. Sokolnikow der Beschluß gefaßt worden, das Außenhandelsmonopol einzuschränken. Die nächste Plenartagung des ZK im Dezember bekräftigte, gestützt auf Lenins Hinweise, die Unantastbarkeit des Außenhandelsmonopols. (Siehe W. I. Lenins Brief „Über das Außenhandelsmonopol. Für die Plenartagung des ZK" im vorliegenden Band, S. 441–445.) *361*

[83] Der *Gesamtrussische Kongreß der Finanzangestellten* fand vom 22. bis 28. Oktober 1922 in Moskau statt. Der Kongreß wählte Lenin zum Ehrenvorsitzenden. Lenins Brief wurde am 22. Oktober verlesen. *365*

[84] Die *Gesellschaft der Freunde Sowjetrußlands (in Amerika)* entstand 1921. Offiziell wurde sie auf der Konferenz von Vertretern des Amerikanischen Arbeiterbundes, der Gesellschaft für technische Unterstützung Sowjetrußlands u. a. Organisationen vom 7. bis 9. August gebildet. Die Gesellschaft stellte sich das Ziel, den Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands Hilfe zu erweisen, in den USA wahrheitsgetreue Informationen über Sowjetrußland zu verbreiten und für die Aufhebung des wirtschaftlichen Boykotts der Regierung der USA gegenüber Sowjetrußland zu kämpfen. Im Mai 1922 schickte die Gesellschaft eine Traktorenabteilung nach Rußland. Die im Permer Gouvernement arbeitende Traktorenabteilung hatte große Bedeutung, da sie den Bauern die Vorteile der mechanisierten Bodenbearbeitung vor Augen führte. *366*

[85] Die *Gesellschaft für technische Unterstützung Sowjetrußlands* wurde 1919 in den USA und in Kanada von einer Gruppe russischer Emigranten aus der Zeit vor der Revolution, Arbeitern und Technikern, gegründet. *367*

[86] Die Truppen der Fernöstlichen Republik zogen am 25. Oktober 1922 in Wladiwostok ein, nachdem sie die Stadt gemeinsam mit den Partisanen von den Weißgardisten und japanischen Okkupanten befreit hatten. Die Werktätigen des Primorje antworteten auf Lenins Telegramm mit einem Grußschreiben, in dem sie der Sowjetregierung für die erwiesene Hilfe dankten. *368*

[87] *„The Observer"* – konservative englische Sonntagszeitung; erscheint seit 1791 in London.

„The Manchester Guardian" (seit 1959 „The Guardian") – bürgerliche englische Zeitung; wird seit 1821 in Manchester herausgegeben. *369*

[88] Es handelt sich um die Konferenz von Lausanne, die vom 20. November 1922 bis 24. Juli 1923 tagte. *371*

[89] Gemeint sind die Verhandlungen mit dem englischen Großindustriellen Urquhart über den Abschluß eines Konzessionsvertrags zur Erschließung der Bodenschätze im Ural und in Sibirien. Der Vertragsentwurf mit Urquhart wurde am 6. Oktober 1922 vom Rat der Volkskommissare in Anbetracht der feindseligen Politik der englischen Regierung gegenüber Sowjetrußland und der knechtenden Bedingungen des Vertrags abgelehnt. *373*

[90] Die *IV. Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der IX. Wahlperiode* fand vom 23. bis 31. Oktober 1922 statt. Lenin hielt die Rede in der Schlußsitzung. *376*

[91] *„Petrogradskaja Prawda"* – Tageszeitung; erschien ab 2. April 1918, zunächst als Organ des Zentralkomitees und des Petrograder Komitees der KPR(B). Von Juni desselben Jahres an wurde sie das Organ des Zentralkomitees, des Komitees des Nordgebiets und des Stadtkomitees der KPR(B), später das Organ des Gouvernements- und des Stadtparteikomitees. Im Januar 1924 wurde sie in „Leningradskaja Prawda" umbenannt. *383*

[92] Die *erste Internationale Konferenz der kommunistischen Genossenschaftler* fand vom 1. bis 6. November 1922 in Moskau statt. Auf der Konferenz waren Vertreter Sowjetrußlands, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Schweiz, Finnlands, Österreichs, Bulgariens, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Polens, Estlands, Lettlands, Litauens, der Ukraine, Armeniens, Georgiens, Aserbaidshans, der Fernöstlichen Republik und Australiens anwesend. Die Konferenz nahm eine Resolution über die Taktik der Kommunisten in der Genossenschaftsbewegung an. Die Resolution stellte den Kommunisten die Aufgabe, gegen die Neutralität der Genossenschaften zu kämpfen, und wies auf die Rolle der Genossenschaften bei der Verwirklichung der allgemeinen politischen und ökonomischen Aufgaben des Proletariats hin. Die Konferenz wählte Lenin zum Ehrenvorsitzenden und sandte ihm ein Grußschreiben. Lenin antwortete mit einer Begrüßung, die am 2. November 1922 verlesen wurde. *385*

[93] Der *vierte Gesamtrussische Kongreß der Statistiker* tagte vom 3. bis 12. November 1922 in Moskau. Der Kongreß wählte Lenin zum Ehrenvorsitzenden und schickte ihm ein Grußtelegramm. Lenins Antworttelegramm wurde in der zweiten Sitzung am 4. November verlesen. *386*

[94] Die *Konferenz parteiloser Arbeiterinnen und Bäuerinnen Moskaus und des Moskauer Gouvernements* fand am 6. November 1922 statt. Es waren mehr als 2000 Delegierte anwesend. Lenins Grußschreiben wurde einer Abordnung der Konferenz übergeben, die an ihn mit der Bitte herantrat, eine Rede zu halten. *397*

[95] Lenins Grußschreiben an die Arbeiter des Betriebs war die Antwort auf eine Einladung, auf einer Versammlung zum 5. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution zu sprechen. Das ehemalige Michelson-Werk wurde später in Wladimir-Iljitsch-Werk umbenannt. *398*

[96] Lenins Grußschreiben an die Arbeiter und Angestellten des staatlichen Kraftwerks „Elektroperedatscha" (Elektroübertragung) (heute nach dem Ingenieur R. E. Klasson benannt, der dieses Kraftwerk erbaute) war die Antwort auf eine Einladung, bei der Eröffnung des Klubs anläßlich des 5. Jahrestags der Sozialistischen Oktoberrevolution eine Rede zu halten. *399*

[97] Den Brief *„An die Arbeiter der Stodoler Tuchfabrik in Klinzy"* schrieb Lenin als Antwort auf eine Grußadresse der Arbeiter dieser Fabrik vom 3. November 1922. An diesem Tage erhielt die Fabrik Lenins Namen. Die Vertreter der Arbeiter hatten Lenin zusammen mit der Grußadresse ein Stück Stoff aus ihrer Produktion als Geschenk überreicht. *400*

[98] Der *IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale* fand vom 5. November bis 5. Dezember 1922 statt. Er wurde in Petrograd eröffnet und tagte ab 9. November in Moskau. An ihm nahmen 340 Delegierte mit beschließender und 48 mit beratender Stimme teil, die kommunistische Parteien und Gruppen sowie andere revolutionäre Organisationen aus 57 Ländern vertraten.

Dieser Kongreß war der letzte, der zu Lebzeiten Lenins stattfand. Lenin beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung des Kongresses, an der Ausarbeitung der wichtigsten Beschlüsse und leitete die gesamte Arbeit der Delegation der KPR(B).

Höhepunkt des Kongresses war Lenins Referat „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution", das er am 13. November in deutscher Sprache hielt. Lenin führte vor und während des Kongresses Beratungen mit Vertretern kommunistischer Parteien und anderen Delegierten durch und half ihnen durch seine Ratschläge, eine richtige Strategie und Taktik auszuarbeiten.

Die vom Kongreß angenommenen Beschlüsse halfen, rechtsopportunistische, sektiererische und dogmatische Fehler zu überwinden, und trugen dazu bei, daß die Sektionen der Komintern zu marxistisch-leninistischen Parteien neuen Typus wurden. *401*

[99] Lenin meint seinen Artikel „Über ‚linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit". (Siehe Werke, Bd. 27, S. 315–347.) *404*

[100] Die *Gesamtrussische Landwirtschaftsausstellung* sollte auf Beschluß des IX. Gesamtrussischen Sowjetkongresses im Herbst 1922 eröffnet werden. In Anbetracht der umfangreichen Arbeiten, die zu leisten waren, um die Ausstellung vorzubereiten und die Folgen der Mißernte zu überwinden, wurde die Eröffnung auf 1923 verschoben. Die Ausstellung wurde am 19. August 1923 in Moskau eröffnet und „Erste Landwirtschafts- und Hausindustrieausstellung der UdSSR" genannt. *419*

[101] *„Clarté"* (Klarheit) – eine Gruppe fortschrittlicher westeuropäischer Schriftsteller, die 1919 von Henri Barbusse auf der Grundlage der „Republikanischen Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer" in Frankreich geschaffen wurde und der sich später ähnliche Gruppen in anderen Ländern anschlossen. Die Gruppe „Clarté" gab eine Zeitschrift unter demselben

Namen heraus, die mit Unterbrechungen von 1919 bis 1928 in Paris erschien. Der Gruppe gehörten solche bedeutende Schriftsteller wie Anatole France, Paul Vaillant-Couturier, Romain Rolland, Stefan Zweig, H. G. Wells und andere an. 420

102 Lenin hielt die Rede in der gemeinsamen Plenarsitzung des Moskauer Sowjets und sämtlicher Moskauer Stadtbezirkssowjets am Abend des 20. November 1922. Es war seine letzte öffentliche Rede. 421

103 Lenin bezieht sich auf den Beschluß der Volksversammlung der Fernöstlichen Republik über die Wiedervereinigung der Fernöstlichen Republik mit der RSFSR, der am 14. November 1922 gefaßt und am 15. November 1922 in den Zeitungen veröffentlicht wurde. 422

104 Der *V. Gesamtrussische Verbandstag der Sowjetangestellten* fand vom 16. bis 21. November 1922 in Moskau statt. Lenin war vom VI. Twerer Gouvernements-Verbandstag der Sowjetangestellten als Ehrendelegierter zum Kongreß gewählt worden. Der Gesamtrussische Verbandstag wählte Lenin zum Ehrenvorsitzenden und schickte ihm eine Grußadresse. 430

105 Der *IV. Gesamtrussische Verbandstag der Mitarbeiter des Bildungswesens* tagte vom 21. bis 26. November 1922 in Moskau. Der Verbandstag wählte Lenin zum Ehrenvorsitzenden und schickte ihm eine Grußadresse. Lenins Antwortschreiben wurde am 26. November 1922 in der Vormittagssitzung verlesen. 431

106 Der *III. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale* fand vom 4. bis 16. Dezember 1922 in Moskau statt. Es waren 121 Delegierte von 38 Jugendorganisationen aus verschiedenen Ländern anwesend. Lenins Grußbotschaft wurde am ersten Tag des Kongresses verlesen. Der Kongreß sandte Lenin ein Antwortschreiben. 432

107 Der *Internationale Friedenskongreß im Haag*, der vom 10. bis 15. Dezember 1922 stattfand, wurde von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale unter dem Druck der Arbeitermassen einberufen, um der Gefahr eines neuen Weltkriegs zu begegnen. Die sowjetische Delegation, die auf Drängen der revolutionären Arbeiter der Gewerkschaften und Genossenschaften trotz des Widerstands der opportunistischen Mehrheit des Kongresses zur Teilnahme eingeladen worden war, legte die Aufgaben des Proletariats im Kampf gegen den Krieg entsprechend der Direktive Lenins dar. Der Kongreß lehnte jedoch das von der sowjetischen Delegation vorgeschlagene Aktionsprogramm ab. 433

108 Den Artikel *„Einige Worte über N. J. Fedossejew"* schrieb Lenin auf Bitten der Kommission für die Parteigeschichte für einen speziellen Sam-

melband über die revolutionäre Tätigkeit N. J. Fedossejews (1871–1898). Fedossejew hatte eine Reihe marxistischer Schriften verfaßt, die gegen die Volkstümler und in erster Linie gegen N. K. Michailowski gerichtet waren. (Siehe N. J. Fedossejews Briefe an N. K. Michailowski in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" [Die proletarische Revolution], Jahrgang 1933, Heft 1, S. 178–233.) W. I. Lenins Briefwechsel mit N. J. Fedossejew, von dem in Lenins Artikel die Rede ist, wurde nicht aufgefunden. *438*

109 Lenin war Anfang Oktober 1893 in Wladimir. *438*

110 Der *VII. Gesamtukrainische Sowjetkongreß* tagte vom 10. bis 14. Dezember 1922 in Charkow. Von besonderer Wichtigkeit war der nach einem Referat von M. W. Frunse gefaßte Beschluß, die Sowjetrepubliken zu einer Union zusammenzuschließen. Lenins Telegramm wurde am 10. Dezember, dem ersten Tag des Kongresses, verlesen. Der Kongreß wählte Lenin zum Ehrenmitglied des Gesamtukrainischen Zentralexekutivkomitees und sandte ihm als Antwort ein Grußtelegramm. *440*

111 Lenins Brief „Über das Außenhandelsmonopol" war für die am 18. Dezember 1922 bevorstehende Plenartagung des ZK der KPR(B) bestimmt, an der Lenin krankheitshalber nicht teilnehmen konnte. Auf der Tagung wurde die Notwendigkeit bestätigt, das Außenhandelsmonopol aufrechtzuerhalten, und darauf hingewiesen, daß die Ein- und Ausfuhr einzelner Warenkategorien ohne Wissen des Volkskommissariats für Außenhandel eine unzulässige Durchbrechung des Monopols sei. Damit wurde der betreffende Beschluß des vorhergehenden Plenums aufgehoben.

Der XII. Parteitag, der vom 17. bis 25. April 1923 stattfand und an dem Lenin infolge seiner Krankheit ebenfalls nicht teilnehmen konnte, wies alle Versuche der Kapitulanten zurück, das Außenhandelsmonopol zu durchbrechen, und faßte folgenden Beschluß: „Der Parteitag erklärt kategorisch, daß das Außenhandelsmonopol unantastbar ist und daß es unzulässig ist, es irgendwie zu umgehen oder bei seiner Durchführung zu schwanken. Er beauftragt das neue ZK, systematisch Maßnahmen zur Festigung und zum Ausbau des Außenhandelsmonopols zu ergreifen." (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 682, russ.) *441*

112 Der *X. Gesamtrussische Sowjetkongreß*, an dem Lenin infolge seiner Krankheit nicht teilnehmen konnte; tagte vom 23. bis 27. Dezember 1922 in Moskau. Es waren 2215 Delegierte anwesend, darunter 488 Delegierte aus der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Belorussischen Sozia-

listischen Sowjetrepublik. Der X. Sowjetkongreß sprach sich in einem Beschluß für die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aus und bestätigte die Zusammensetzung der Delegation zum I. Sowjetkongreß der UdSSR.

Der I. Sowjetkongreß der UdSSR fand am 30. Dezember 1922 statt. Auch an diesem Kongreß konnte Lenin infolge seiner Krankheit nicht teilnehmen. Der Kongreß wählte ihn zum Ehrenvorsitzenden und sandte ihm ein Grußschreiben. Gemäß Lenins Vorschlag wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegründet. Der Kongreß nahm einstimmig die Deklaration und den Vertrag über die Bildung der UdSSR an, denen die Leninsche Idee der Gleichberechtigung, der brüderlichen Zusammenarbeit und des proletarischen Internationalismus zugrunde lagen, und beauftragte die ordentliche Tagung des Zentralexekutivkomitees der UdSSR, den endgültigen Text der Deklaration und des Unionsvertrags bis zum II. Sowjetkongreß der UdSSR vorzubereiten. *446*

[113] Lenin bezieht sich auf seinen Artikel „Über ‚linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit". (Siehe Werke, Bd. 27, S. 315–347.) *458*

[114] Offensichtlich beruft sich Lenin hier auf das, was Marx in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich" und im Brief an Kugelmann vom 12. April 1871 gesagt hat. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, S. 342; Bd. 33, S. 205.) *462*

[115] Siehe den Brief von Marx an Engels vom 16. April 1856 (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 29, S. 47). *462*

[116] Den Artikel *„Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen"* und den Artikel *„Lieber weniger, aber besser"*, der die Gedanken des ersten Artikels fortsetzt, schrieb Lenin zum XII. Parteitag.

Der XII. Parteitag der KPR(B), der vom 17. bis 25. April 1923 tagte, berücksichtigte in seinen Beschlüssen alle Hinweise, die Lenin in seinen letzten Artikeln und Briefen gegeben hatte. Der Parteitag nahm eine spezielle Resolution „Über die Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Zentralen Kontrollkommission" sowie einen Beschluß über die Vereinigung der Arbeit der Organe der Zentralen Kontrollkommission und des Volkskommissariats der Arbeiter- und Bauerninspektion an. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 719–723 und 725/726, russ.) *468*

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(August 1921 – Januar 1924)

1921

16. August und 1. September	Lenin gibt in Briefen an die Statistische Zentralverwaltung Hinweise für die Aufstellung einer laufenden Industrie- und Landwirtschaftsstatistik.
20. August	Lenin schreibt den Artikel „Neue Zeiten, alte Fehler in neuer Gestalt".
31. August	Lenin gibt der Kommission für Hydrotorfgewinnung Anweisung, die Erfindung zur maschinellen Entwässerung von Torf zu überprüfen.
August bis September	Lenin leitet die Vorbereitung des VIII. Gesamtrussischen Elektrotechnischen Kongresses.
August bis Dezember	Lenin weist den Obersten Volkswirtschaftsrat, das Volkskommissariat für Verkehrswesen, das Volkskommissariat für Finanzen, das Volkskommissariat für Ernährungswesen und andere Volkskommissariate an, den Bau der Kraftwerke von Kaschira und Wolchow durch die Bereitstellung von Arbeitskräften und die Versorgung mit allen notwendigen Materialien zu sichern.
1. September	Lenin schreibt einen Brief an die Redaktion der „Ekonomitscheskaja Shisn", worin er die grundlegenden Aufgaben der Zeitung bei der Beleuchtung volkswirtschaftlicher Fragen darlegt.
3. September	Lenin gibt in einem Brief an das Volkskommissariat für Justiz Hinweise für den Kampf gegen den Bürokratismus.
5. September	Lenin gibt in einem Brief an die Statistische Abteilung des ZK der KPR(B) Hinweise, wie die Kontrolle über die Verteilung der leitenden Parteikader, die im Sowjetapparat tätig sind, zu bewerkstelligen ist.

15. September Lenin bringt im ZK der KPR(B) den Entwurf eines Rundschreibens über die Erteilung von Empfehlungen im Zusammenhang mit der Parteireinigung ein.

19. September Lenin unterhält sich mit Vertretern amerikanischer Arbeiter, die nach Rußland gekommen sind, um produktionstechnische Hilfe zu leisten. Er schreibt einen Brief an den Sekretär des ZK der KPR(B), W. W. Kuibyschew, über die Organisierung einer Produktionskolonie für diese Arbeiter im Kusnezkbecken.

20. September Lenin schreibt den Artikel „Über die Parteireinigung".

27. September Lenin schreibt den Brief „Über die Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion, wie sie aufzufassen und durchzuführen sind".

30. September Lenin führt den Vorsitz in einer Sitzung der vom Rat für Arbeit und Verteidigung gebildeten Kommission zur Versorgung der Eisenbahn mit Brennstoff.

Lenin leitet eine Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung, auf der zur Beratung stehen: Plan der Verteilung der Getreidevorräte für das Jahr 1921/1922; Maßnahmen zur Wiederherstellung und Hebung der Kohleindustrie im Donezbecken sowie der Erdölindustrie von Baku und Grosny; Meliorationsarbeiten in den Sowjetwirtschaften des Moskauer Gouvernements u. a. Fragen.

4. Oktober Lenin leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, auf der zur Beratung stehen: Ausarbeitung von Maßnahmen zur Erhebung der Naturalsteuer; Festlegung der Ordnung und der Zeit für die Einführung des neuen Rubels; Gründung der Staatsbank der RSFSR u. a. Fragen.

8. Oktober Lenin verfaßt das Grußschreiben „An das Präsidium des VIII. Gesamtrussischen Elektrotechnischen Kongresses".

Lenin leitet die Plenartagung des ZK der KPR(B), auf der zur Beratung stehen: die Finanzpolitik; der Warenaustausch und die Genossenschaften; die Parteireinigung; die Erfassung der verantwortlichen Funktionäre und die Regeln für ihre Verteilung – hierzu bringt er den Entwurf eines Vorschlags ein; das Volkskommissariat für Bildungswesen; die Komintern; die außenpolitische Lage.

Lenin verfaßt Direktiven des Politbüros des ZK der KPR(B) über die Zuteilung von Land in der Ukraine an Betriebe, damit diese es mit Zuckerrüben bestellen.

14. Oktober Lenin schreibt den Artikel „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution".

17. Oktober Lenin hält auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung das Referat „Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung".

Lenin gibt dem Volkskommissariat für Finanzen Hinweise über die Vorbereitung und Durchführung der Währungsreform.

21. Oktober Lenin leitet eine Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung, auf der zur Beratung stehen: das von ihm eingebrachte Projekt eines „Atlasses mit Diagrammen für den Rat für Arbeit und Verteidigung", der statistische Angaben über die Industrie, die Landwirtschaft, das Verkehrswesen usw. enthalten soll; die Gewährung einer Anleihe an die Aserbaidshanische Sowjetrepublik zur Durchführung von Meliorationsarbeiten in der Muganssteppe; die Häfen Murmansk und Petrograd u. a. Fragen.

22. Oktober Lenin wohnt der Erprobung eines Elektropflugs auf dem Lehr- und Versuchsgut Butyrski Chutor des Moskauer Zootechnischen Instituts bei.

24. Oktober W. I. Lenin schreibt an den Volkskommissar für Gesundheitswesen, N. A. Semaschko, einen Brief mit Richtlinien für die Durchführung einer Woche der Wohnungssanierung und fordert die Herstellung mustergültiger Sauberkeit in Moskau.

29. Oktober Lenin hält auf der VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz das Referat „Über die Neue Ökonomische Politik" und das Schlußwort dazu.

3. November Lenin beauftragt den Kleinen Rat der Volkskommissare, außer der Reihe den Entwurf eines Abkommens mit der Mongolischen Volksrepublik zu behandeln.

4. November Lenin leitet eine Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung, auf der zur Beratung stehen: die Arbeit der Sektion der Staatlichen Plankommission zur Aufteilung Rußlands in

Bezirke; die Bestellung von Turbinen für den Bau des Wolchowkraftwerks; die Karsker Expedition u. a. Fragen.

5. November Lenin schreibt den Artikel „Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus".

Lenin empfängt eine Delegation der Mongolischen Volksrepublik.

6. November Lenin hält eine Rede zum vierten Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution auf einer Festversammlung der Arbeiter der Prochorowschen Manufaktur.

7. November Lenin hält eine Rede zum vierten Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution auf einer Festversammlung von Arbeitern, Arbeiterinnen, Rotarmisten und Jugendlichen des Moskauer Stadtbezirks Chamowniki.

Lenin hält eine Rede zum vierten Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution auf einer Festversammlung der Arbeiter des Werkes „Elektrosila" Nr. 3 (vormals „Dynamo").

10. November Lenin leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, auf der die Verbesserung der Lebenslage der Wissenschaftler, die Tarifpolitik u. a. Fragen zur Beratung stehen.

Lenin empfängt Wilhelm Pieck und Fritz Heckert und spricht mit ihnen über die Lage in der Kommunistischen Partei Deutschlands.

16. November Lenin schreibt das Vorwort zu der Broschüre „Zur Frage der Neuen Ökonomischen Politik".

Nicht vor dem 17. November Lenin schickt anläßlich der Eröffnung der Staatsbank von Aserbaidshan ein Begrüßungstelegramm an den Rat der Volkskommissare der Aserbaidshanischen Sowjetrepublik.

18. November Lenin leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, auf der zur Beratung stehen: der Finanz- und der Emissionsplan für das Jahr 1922 – er bringt eine Ergänzung zum Beschlußentwurf ein; die Zusammensetzung der Kommission für die Systematisierung der Gesetzgebung auf dem Gebiet der Neuen Ökonomischen Politik u. a. Fragen.

Lenin leitet eine Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung, auf der zur Beratung stehen: die Inbetriebnahme des Kraftwerks Kaschira; der Lebensmittelreservefonds u. a. Fragen.

23. November Lenin gibt der Staatlichen Plankommission Anweisung, einen Vorschlag auszuarbeiten, wie der Bau und die Inbetriebnahme des Kraftwerks von Iwanowo-Wosnessensk beschleunigt werden kann.

25. November Lenin leitet eine Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung, auf der zur Beratung stehen: der Bergbau und die Gold- und Platingewinnung; die Überführung der Erdölindustrie auf wirtschaftliche Rechnungsführung; die Intensivierung der Arbeit in den Gruben des Urals und Sibiriens; die Versorgung der Bergarbeiter im Moskauer Kohlenbecken u. a. Fragen.

28. November Lenin schreibt den „Entwurf eines Vorschlags über die Bildung einer Föderation der transkaukasischen Republiken". Lenins Vorschlag wird am 29. November vom ZK der KPR(B) bestätigt.

28. und 30. November Lenin entwirft die Direktive über die Arbeit der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung.

29. November Lenin spricht auf dem I. Landwirtschaftskongreß des Moskauer Gouvernements.

30. November Lenin unterzeichnet einen Beschluß des Rats für Arbeit und Verteidigung über die Organisierung eines Fonds von Waldsämereien, um die Waldanpflanzung, die Befestigung von Sandböden und Schluchten und die Schaffung von Waldstreifen zur Schneeanhäufung zu sichern.

5. Dezember Lenin schreibt an amerikanische Genossen einen Brief anläßlich der Herausgabe seines Buches „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft. I. Folge. Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika" in den USA und bittet darum, ihm die offiziellen Veröffentlichungen über die Volkszählung von 1920 zu schicken.

6. Dezember Lenin bittet A. M. Gorki brieflich, sich an Bernard Shaw und H. G. Wells mit dem Appell zu wenden, bei der Organisierung von Sammlungen zur Unterstützung der Hungernden in Sowjetrußland mitzuhelfen.

Lenin schreibt Bemerkungen zu den Leitsätzen der Komintern über die Einheitsfront.

6. Dezember bis 13. Januar 1922 Lenin wohnt in Gorki (bei Moskau).

11. Dezember Lenin schreibt den Artikel „Über die Thesen der Kommunistischen Partei Frankreichs zur Agrarfrage".

16. Dezember Lenin beauftragt das Volkskommissariat für Bildungswesen, eine Kommission zu bilden, die sich mit der Organisierung des Filmwesens in Rußland befaßt.

17. Dezember Lenin beginnt den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Regierung an den IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß auszuarbeiten und fordert von den Volkskommissariaten die notwendigen Unterlagen an.

19. Dezember Lenin schreibt den „Brief an die Mitglieder des Politbüros über die Parteireinigung und über die Bedingungen für die Aufnahme in die Partei".

22 Dezember Lenin macht im Politbüro des ZK der KPR(B) den Vorschlag, eine spezielle Resolution für den IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß über die internationale Lage vorzubereiten.

23. Dezember Lenin erstattet auf dem IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß den Bericht des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare „Über die Innen- und Außenpolitik der Republik".

25. Dezember Lenin schreibt die „Direktive für die Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet", die am 28. Dezember 1921 vom IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß angenommen wird.

26. Dezember Lenin nimmt an einer Beratung parteiloser Delegierter zum IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß teil; er notiert sich die Reden und beantwortet Fragen der Delegierten.

27. Dezember Lenin schreibt an das ZK der KPR(B) den Brief „Über die Politik der englischen Arbeiterpartei".

28. Dezember Lenin nimmt an der Plenartagung des ZK der KPR(B) teil.

30. Dezember bis 4. Januar 1922 Lenin schreibt den Entschließungsentwurf des ZK der KPR(B) „Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik". Der Entwurf wird am 12. Januar 1922 vom Zentralkomitee gebilligt.

31. Dezember Lenin nimmt an einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) teil.

Das Politbüro des ZK beschließt, Lenin ab 1. Januar 1922 einen sechswöchigen Urlaub zu gewähren.

Dezember 1921 bis Januar 1922 Lenin fährt einige Male in das Dorf Kostino (heute Stadt Kostino) bei Moskau zur Erholung.

1922

3. Januar Lenin beauftragt den Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare, die Rechnungslegung und Bilanzaufstellung der Betriebe und Institutionen zu regeln, die aus der staatlichen Versorgung herausgenommen worden sind, und die Rechnungslegung aller Handelsunternehmungen bei der Staatsbank einzuführen.

Zwischen dem 9. und 12. Januar Lenin schreibt den „Entwurf einer Direktive des Politbüros des ZK der KPR(B) über die Neue Ökonomische Politik".

12. Januar Lenin schickt ein Grußschreiben „An die Werktätigen Dagestans".

17. Januar W. I. Lenin schreibt an den Volkskommissar für Justiz, D. I. Kurski, einen Brief über den Kampf gegen den Bürokratismus.

20. Januar Lenin beauftragt den Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare, die Direktiven des Politbüros des ZK der KPR(B) über die Neue Ökonomische Politik allen Volkskommissaren unverzüglich zuzusenden.

24. Januar, 15., 20., 21. und 27. Februar W. I. Lenin gibt A. D. Zjurupa brieflich Direktiven über die neue Arbeitsorganisation des Rats der Volkskommissare, des Rats für Arbeit und Verteidigung und des Kleinen Rats der Volkskommissare.

27. Januar W. I. Lenin schlägt in einem Brief an die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B) vor, M. I. Kalinin nach der Ukraine zu entsenden, damit er dort Lebensmittel für die Hungernden beschaffe.

Lenin wird auf einer außerordentlichen Tagung des Gesamtrussischen ZEK der IX. Wahlperiode zum Vorsitzenden der sowjetischen Delegation auf der Konferenz von Genua ernannt.

Januar–März	Die grundlegenden Direktiven für die sowjetische Delegation auf der Konferenz von Genua werden von Lenin vorbereitet und ausgearbeitet.
2. Februar	Das Politbüro des ZK der KPR(B) beschließt, Lenins Urlaub bis zum XI. Parteitag zu verlängern.
13. Februar	Lenin schreibt den „Brief an Genossen Ordshonikidse über die Verstärkung der Georgischen Roten Armee".
15., 18., 22. und 28. Februar	W. I. Lenin gibt in Briefen an den Volkskommissar für Finanzen, an A. D. Zjurupa und an die Staatsbank Hinweise über die Aufgaben der Staatsbank unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik.
20. und 28. Februar	W. I. Lenin gibt in Briefen an D. I. Kurski Hinweise über die Arbeit des Volkskommissariats für Justiz und über die Ausarbeitung eines Zivilgesetzbuches.
22. Februar	Lenin schreibt an die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B) einen Brief betreffs der Ausarbeitung eines Zivilgesetzbuches.
28. Februar	Lenin weist in einer Notiz auf die Notwendigkeit hin, im Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion den Entwurf eines Beschlusses über die Kontrolle privater Vereinigungen und Betriebe durch die Arbeiter- und Bauerninspektion auszuarbeiten.
Ende Februar	Lenin schreibt den Artikel „Notizen eines Publizisten. Über das Besteigen hoher Berge, über die Schädlichkeit der Verzagtheit, über den Nutzen des Handels, über das Verhältnis zu den Menschewiki u. dgl. m."
1. März	Lenin gibt in einem Brief an den Zentralverband der Konsumgenossenschaften Direktiven über die Aufgaben der Genossenschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik.
3. März	Lenin schlägt in einem Brief an die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B) vor, einen Antrag Sokolnikows betreffend die freie Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland abzulehnen, und fordert entschiedene Maßnahmen zur Festigung des Außenhandelsmonopols sowie eine Untersuchung der bürokratischen Verschleppung beim Kauf von ausländischen Konserven.

Lenin schreibt an die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B) Briefe, in denen er die von Sokolnikow für den XI. Parteitag ausgearbeiteten Thesen über die Grundlinie des Finanzprogramms kritisiert und vorschlägt, Thesen über die Festigung des Außenhandelsmonopols anzunehmen.

6. März Lenin spricht in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des V. Gesamtrussischen Verbandstages der Metallarbeiter „Über die internationale und die innere Lage der Sowjetrepublik".

10. März Lenin beauftragt den Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare, Maßnahmen zu ergreifen, um für die Öffentliche Bibliothek in Moskau (heute mit dem Leninorden ausgezeichnete Staatliche Bibliothek der UdSSR W. I. Lenin) normale Arbeitsbedingungen zu schaffen.

12. März Lenin schreibt den Artikel „Über die Bedeutung des streitbaren Materialismus" für die Zeitschrift „Pod Snamenem Marxisma".

16. März Lenin schreibt an die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B) einen Brief, in dem er die Thesen Preobrashenskis über die Arbeit auf dem Lande kritisiert und empfiehlt, sie abzulehnen; er schlägt vor, eine Beratung von Delegierten des XI. Parteitags einzuberufen, um die Erfahrungen bei der Arbeit auf dem Lande zu studieren.

Lenin gibt dem Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare die Anweisung, von der Statistischen Zentralverwaltung die Einreichung der statistischen Berichtsdaten beim Rat der Volkskommissare zu bestimmten Terminen zu verlangen.

17. März Lenin schreibt den Entwurf des Briefes an E. Vandervelde, worin er den Versuch der Führer der II. und der zweieinhalbten Internationale zurückweist, sich in das Gerichtsverfahren gegen die rechten Sozialrevolutionäre einzumischen.

Lenin gibt dem Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare die Anweisung, die Durchführung seiner Direktive über den Ausbau des Foto- und Kinowesens sowie der drahtlosen Telefonie zu sichern.

18. März W. I. Lenin schreibt das Vorwort zu dem Buch I. I. Stepanows „Die Elektrifizierung der RSFSR im Zusammenhang mit der Übergangsphase der Weltwirtschaft".

21. März W. I. Lenin schreibt den Brief „Über die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung)".

23. März Lenin bittet in einem Brief die Plenartagung des ZK der KPR(B), ihn wegen Krankheit von der Teilnahme an der Plenartagung zu befreien, und legt den Plan für den politischen Bericht des ZK der KPR(B) auf dem XI. Parteitag dar.

Lenin verfaßt das Glückwunschschreiben zum vierjährigen Jubiläum der Zeitung „Bednota".

24. März W. I. Lenin unterbreitet der Plenartagung des ZK der KPR(B) in einem Brief Vorschläge über die Bedingungen für die Aufnahme neuer Parteimitglieder.

26. März W. I. Lenin schickt einen zweiten Brief an die Mitglieder des ZK der KPR(B) über die Bedingungen für die Aufnahme neuer Parteimitglieder.

31. März W. I. Lenin schreibt an den Volkskommissar für Justiz, D. I. Kurski, über den Bürokratismus im Komitee für Erfindungswesen.

27. März bis 2. April Lenin leitet die Verhandlungen des XI. Parteitags der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki).

27. März Lenin hält die Eröffnungsrede auf dem Parteitag und erstattet den politischen Bericht des Zentralkomitees der KPR(B).

28. März Lenin hält auf dem Parteitag das Schlußwort zum politischen Bericht des ZK der KPR(B).

1. April Lenin schreibt Direktiven für die Landwirtschaftssektion des XI. Parteitags betreffend den Entwurf einer Resolution des Parteitags über die Arbeit auf dem Lande.

2. April Lenin wird wieder zum Mitglied des Zentralkomitees der KPR(B) gewählt. Er hält die Schlußrede auf dem Parteitag.

3. April Lenin nimmt an der Plenartagung des ZK der KPR(B) teil. Er bringt einen Antrag zur Arbeit des Sekretariats des ZK ein.

6. April Lenin weist in einem Brief an G. M. Krshishanowski darauf hin, daß es notwendig ist, die Ausbeutung der Kursker Eisenerzlager energisch in Angriff zu nehmen.

6. und 10. April W. I. Lenin gibt in Briefen an W. W. Adoratski Hinweise für die Herausgabe der Ausgewählten Briefe von Karl Marx und Friedrich Engels.

9. April Lenin schreibt den Artikel „Wir haben zu teuer bezahlt".

11. April Lenin entwirft die „Verordnung über die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung)".

12. April Lenin schreibt einen Brief an N. Ossinski, mit Kopien an die „Prawda", die „Iswestija" und den Rat der Volkskommissare, in dem er Hinweise gibt für das Studium örtlicher Erfahrungen und für die Popularisierung der Errungenschaften einzelner Orte sowie örtlicher Funktionäre.

15. April Lenin schreibt an das Politbüro des ZK der KPR(B) einen Brief anläßlich des Buches „Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen von 1910 bis 1914".

23. April Lenin läßt sich im Moskauer Botkin-Krankenhaus durch operativen Eingriff eine der Kugeln entfernen, von denen er bei dem Attentat auf ihn am 30. August 1918 getroffen worden war.

28. April Lenin schreibt das Vorwort zu der Broschüre „Alte Artikel über zeitnahe Themen". Vorwort zur Ausgabe von 1922.

Lenin schickt an die Arbeiter und Ingenieure des Erdöltrusts von Aserbaidshan ein Telegramm, in dem er ihnen für den bei der Lokalisierung des Brandes auf den Surachany-Erdölfeldern bewiesenen Heldenmut den Dank ausspricht.

2. Mai Lenin schreibt den Artikel „Zum zehnjährigen Jubiläum der ‚Prawda'".

Lenin schreibt einen Brief an das Volkskommissariat für Finanzen, Kopien an den Rat der Volkskommissare und die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B), über die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Finanzen.

5. Mai	Lenin schreibt den „Brief für die Mitglieder des Politbüros. Antwort auf die Bemerkungen betreffend die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare)".
15. Mai	Lenin macht sich mit dem Entwurf des Strafgesetzbuches der RSFSR bekannt und schlägt vor, die Anwendung der Todesstrafe auf konterrevolutionäre Tätigkeit der Menschewiki und Sozialrevolutionäre auszudehnen.
15. oder 16. Mai	Lenin schreibt den „Entwurf einer Entschließung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genuakonferenz".
16. Mai	Lenin nimmt an der Plenartagung des ZK der KPR(B) teil.
17. Mai	W. I. Lenin schreibt den Entwurf eines zusätzlichen Paragraphen zum Strafgesetzbuch über die Anwendung des Terrors gegen konterrevolutionäre Parteien und schickt ihn an den Volkskommissar für Justiz, D. I. Kurski.
	Lenin schreibt an den Volkskommissar für Bildungswesen einen Brief über die Notwendigkeit, die Preise für Bücher zu senken, um sie den breiten Massen zugänglich zu machen.
19. Mai	Lenin schreibt Briefe über die Entwicklung der Radiotechnik.
20. Mai	Lenin schreibt für das Politbüro des ZK der KPR(B) den Brief „Über ‚doppelte' Unterordnung und Gesetzlichkeit".
23. Mai	Lenin fährt zur Erholung nach Gorki bei Moskau.
25.–27. Mai	Erster Krankheitsanfall Lenins.
Mitte Juni	Lenins Gesundheitszustand bessert sich etwas.
13. Juli	Lenin unterrichtet das Sekretariat des Rats der Volkskommissare über seine Genesung und bittet um Zusendung von Büchern.
September, nach dem 10.	Lenin schreibt den Artikel „Ein Löffel Teer in einem Faß voll Honig".
12. und 19. September	Lenin spricht sich in Briefen an die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B) gegen die Bestätigung des Konzessionsvertrags mit Urquhart aus.
13. September	Lenin schickt an die Mitglieder des Politbüros den Entwurf seines Grußschreibens an den bevorstehenden V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß zur Begutachtung.

17. September Lenin schreibt an den Rat der Volkskommissare über die Gewährung einer Finanzhilfe für das Donezbecken und Baku.

Lenin schickt den „Brief an den V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß" zu dessen Begrüßung.

25. September Lenin fragt im Volkskommissariat für Justiz an, wie es mit den Vorbereitungen zur Herausgabe eines Gesetzbuches der Sowjetmacht steht.

2. Oktober Lenin kehrt nach Moskau zurück und nimmt die Arbeit wieder auf.

3. Oktober Nach seiner Genesung leitet Lenin eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, auf der zur Beratung stehen: der Lohnfonds für Oktober; die an einem Tag durchzuführende Zählung der Angestellten in Moskau; die Organisierung einer Verwaltung für Fischwirtschaft u. a. Fragen.

5. Oktober Lenin nimmt an der Plenartagung des ZK der KPR(B) teil.

6. Oktober Lenin schreibt anläßlich der Beratung über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im ZK der KPR(B) die „Notiz für das Politbüro über den Kampf gegen den Großmachtchauvinismus".

Lenin unterzeichnet den Beschluß des Rats der Volkskommissare über die Ablehnung des Konzessionsvertrags mit Urquhart.

Lenin schickt ein Grußschreiben „An die Arbeiter der Stadt Baku".

Lenin schickt ein Grußschreiben an die Redaktion der Zeitung „Put Molodjoshi" (Der Weg der Jugend) – des Organs des Moskauer Bauman-Stadtbezirkskomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands.

10. Oktober Lenin leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, auf der zur Beratung stehen: das Bodengesetzbuch; das Arbeitsgesetzbuch; die Ausarbeitung eines Gesetzes über die örtlichen Budgets; das Zivilgesetzbuch; Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit u. a. Fragen.

Lenin schickt ein Grußschreiben an den V. Gesamtrussischen Verbandstag der Textilarbeiter und -arbeiterinnen.

11. Oktober Lenin schickt ein Grußschreiben an den V. Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands.

13. Oktober Lenin schreibt den „Brief über das Außenhandelsmonopol".

17. Oktober Lenin leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, auf der zur Beratung stehen: der Entwurf einer Vorlage über die Gouvernements-Sowjetkongresse und die Gouvernements-Exekutivkomitees; der Etat des Volkskommissariats für Bildungswesen u. a. Fragen.

19. Oktober Lenin nimmt an einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) teil.

20. Oktober Lenin schickt ein Grußschreiben an den Gesamtrussischen Kongreß der Finanzangestellten.

Lenin schreibt die Briefe „An die Gesellschaft der Freunde Sowjetrußlands (in Amerika)" und „An die Gesellschaft für technische Unterstützung Sowjetrußlands".

24. Oktober Lenin leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, auf der zur Beratung stehen: der Handelsvertrag mit Finnland; das Zivilgesetzbuch u. a. Fragen.

26. Oktober Lenin nimmt an einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) teil.

Lenin schreibt „Dem befreiten Primorje zum Gruß".

27. Oktober Lenin schreibt das „Interview für den Korrespondenten des ‚Observer' und des ‚Manchester Guardian', Farbman".

Zwischen dem 27. Oktober und 5. November Lenin entwirft die zweite (unvollendete) Variante des Interviews für den Korrespondenten des „Manchester Guardian", A. Ransome.

28. Oktober Lenin schlägt brieflich Maßnahmen vor, um den wirtschaftlichen Aufschwung Sowjetarmeniens zu fördern und zu unterstützen.

31. Oktober Lenin spricht auf der IV. Tagung des Gesamtrussischen ZEK der IX. Wahlperiode.

Lenin leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, auf der zur Beratung stehen: die Auflegung einer staatlichen Ge-

winnanleihe; die finanzielle Unterstützung der Arbeiten zur Entwicklung des Baumwollanbaus in Armenien u. a. Fragen.

1. November Lenin schickt anläßlich des fünften Jahrestages der Sozialistischen Oktoberrevolution ein Grußschreiben an die „Petrogradskaja Prawda".

2. November Lenin nimmt an einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) teil.

Lenin schickt anläßlich des fünften Jahrestages der Sozialistischen Oktoberrevolution ein Grußschreiben an die „Prawda".

Lenin schickt ein Grußschreiben an die erste Internationale Konferenz der kommunistischen Genossenschaftler.

3. November Lenin leitet eine Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung, auf der zur Beratung stehen: die Einbringung der Ernte; die Finanzierung des Donezbeckens; die Versorgung der Petrograder Industrie mit Brot u. a. Fragen.

4. November Lenin schickt ein Grußschreiben an den IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und an den Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Rotarmistendeputierten.

Lenin schickt ein Grußschreiben an den Gesamtrussischen Kongreß der Statistiker.

5. November Lenin schreibt das „Interview für den Korrespondenten des ‚Manchester Guardian', A. Ransome".

6. November Lenin schickt ein Grußschreiben „An die Konferenz parteiloser Arbeiterinnen und Bäuerinnen Moskaus und des Moskauer Gouvernements".

6. und 8. November Lenin fordert Materialien an über die Lage der Dinge im Donezbecken und die Erfüllung des Beschlusses über die staatliche Saatzucht.

7. November Lenin schickt anläßlich des fünften Jahrestages der Sozialistischen Oktoberrevolution ein Grußschreiben „An die Arbeiter des ehemaligen Michelson-Werkes".

Lenin schickt „An die Arbeiter und Angestellten des staatlichen Kraftwerks ‚Elektroperedatscha'" ein Grußschreiben

zur Eröffnung des Klubs am fünften Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution.

8. November Lenin schickt ein Grußschreiben „An die Arbeiter der Stodoler Tuchfabrik in Klinzy".

9. November Lenin nimmt an einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) teil.

13. November Lenin hält auf dem IV. Kongreß der Komintern das Referat „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution".

14. November Lenin schreibt die „Begrüßung der Gesamtrussischen Landwirtschaftsausstellung".

15. November Lenin grüßt in einem Brief die ausländischen Schriftsteller, ehemalige Kriegsteilnehmer, die in Frankreich die Gruppe „Clarté" gegründet haben.

W. I. Lenin schreibt an I. I. Skworzow-Stepanow einen Brief über die Politik der Partei gegenüber den bürgerlichen Spezialisten unter der Diktatur des Proletariats.

16. November Lenin nimmt an einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) teil.

17. November Lenin leitet eine Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung, auf der zur Beratung stehen: die Vorbereitung der Materialien zum X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß; Maßnahmen zur Einbringung der Ernte; die Finanzierung der Kohle- und Erdölindustrie u. a. Fragen.

18. November W. I. Lenin informiert sich über die Arbeiten und Versuche I. W. Mitschurins; er schlägt vor, im Rat für Arbeit und Verteidigung die Frage des Bewässerungssystems in Turkestan zu behandeln.

20. November Lenin spricht in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets über die Außen- und Innenpolitik.

22. November Lenin schickt einen Brief „An das Präsidium des V. Gesamtrussischen Verbandstages der Sowjetangestellten".

23. November Lenin nimmt an einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) teil.

26. November Lenin schickt ein Grußschreiben „An den Verbandstag der Mitarbeiter des Bildungswesens".

November Lenin führt Gespräche mit den Delegierten zum IV. Kongreß der Komintern über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien sowie über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit.

1. Dezember Lenin beauftragt den Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare, zwecks Vorbereitung des X. Gesamtrussischen Sowjetkongresses zusammenfassende Angaben über den Stand der Industrie im laufenden Jahr und über das Industriebudget anzufordern.

2. Dezember Lenin wendet sich in einem Brief an das Sekretariat des Zentralkomitees der Internationalen Arbeiterhilfe mit einem Aufruf an die Arbeiter und Werktätigen der ganzen Welt, eine Kampagne der wirtschaftlichen Hilfe für Sowjetrußland durchzuführen.

4. Dezember Lenin schickt ein Grußschreiben „An den III. Weltkongreß der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau".

Lenin schreibt die „Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag".

5. Dezember Lenin verfaßt Direktiven über die Arbeitsteilung zwischen den Stellvertretern des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung.

Lenin beauftragt den Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare, beim Volkskommissariat für Landwirtschaft anzufragen, welche Maßnahmen zur Unterstützung I. W. Mitschurins ergriffen worden sind.

6. Dezember Lenin schreibt den Artikel „Einige Worte über N. J. Fedossejew".

7. Dezember Lenin nimmt an einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) teil.

7.–12. Dezember Lenin hält sich in Gorki auf; er bereitet sich vor, auf dem X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß aufzutreten, und entwirft seine Rede.

9. Dezember Lenin arbeitet Richtlinien aus über die Arbeitsordnung der Stellvertreter und des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare.

10. Dezember	Lenin schickt ein Grußschreiben „An den Gesamtukrainischen Sowjetkongreß".
12. Dezember	Lenin arbeitet zum letztenmal in seinem Arbeitszimmer im Kreml.
13. Dezember	Lenin schreibt den Brief „Über das Außenhandelsmonopol" für die Plenartagung des ZK der KPR(B).
15. Dezember	Lenin schreibt den „Brief an die Mitglieder des ZK betreffs der Möglichkeit, auf dem X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß zu sprechen".
In der Nacht vom 15. zum 16. Dezember	Zweiter Krankheitsanfall Lenins.
23. Dezember	Lenin ruft den Sekretär zu sich, diktiert ihm Briefe und verlangt Bücher.
29. Dezember	Die Ärzte gestatten Lenin das Lesen.

1923

1.–2. Januar	Lenin diktiert den Artikel „Tagebuchblätter".
4. und 6. Januar	Lenin diktiert den Artikel „Über das Genossenschaftswesen".
9. und 13. Januar	Lenin diktiert die erste Variante des Artikels „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen".
10. Januar	Lenin beauftragt den Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare, bei der Statistischen Zentralverwaltung Materialien über die Zählung der Sowjetangestellten anzufordern.
16. und 17. Januar	Lenin diktiert den Artikel „Über unsere Revolution (Aus Anlaß der Aufzeichnungen N. Suchanows)".
19., 20., 22. und 23. Januar	Lenin diktiert die zweite Variante des Artikels „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen (Vorschlag für den XII. Parteitag)" und ordnet an, den Artikel in Satz zu geben.

2., 4., 5., 6., 7. und 9. Februar	Lenin diktiert den Artikel „Lieber weniger, aber besser".
2. März	Lenin sieht seinen Artikel „Lieber weniger, aber besser" durch und ordnet an, ihn in Satz zu geben.
10. März	Dritter Krankheitsanfall Lenins.
15. Mai	Lenin übersiedelt in das Dorf Gorki.
Zweite Julihälfte	Lenins Gesundheitszustand bessert sich.
19. Oktober	Lenin fährt auf einige Stunden nach Moskau und geht in sein Arbeitszimmer; auf dem Rückweg nach Gorki besucht er die Landwirtschaftsausstellung.

1924

21. Januar, 18.50 Uhr, in Gorki	Lenin stirbt.
Nacht vom 21. zum 22. Januar	Außerordentliche Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPR(B) anläßlich des Todes Lenins.
22. Januar	M. I. Kalinin gibt Lenins Tod auf dem XI. Gesamtrussischen Sowjetkongreß bekannt.
22.–23. Januar	Die Mitglieder des Zentralkomitees der KPR(B), die Mitglieder der Regierung, Abordnungen des Sowjetkongresses und der Moskauer Organisationen sowie Bauern aus den umliegenden Dörfern kommen nach Gorki, um von Lenin Abschied zu nehmen.
23. Januar, 10–11 Uhr	Der Sarg mit der sterblichen Hülle Lenins wird von Gorki zur Bahnstation Gerassimowo (heute Leninskaja) getragen.
13 Uhr	Der Trauerzug mit der sterblichen Hülle Lenins trifft in Moskau ein. Die nächsten Kampfgenossen tragen den Sarg in den Säulensaal des Gewerkschaftshauses.
26. Januar	Trauersitzung des II. Sowjetkongresses der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Es sprechen Führer der Partei und der Komintern, Mitglieder der Regierung der UdSSR,

	Vertreter der Arbeiter und Bauern, der Intelligenz, der Roten Armee und der Jugend. Der Kongreß beschließt, Lenins Gedenken für ewige Zeiten zu bewahren.
23.–27. *Januar*	Hunderttausende Arbeiter, Bauern, Rotarmisten und Angestellte Moskaus, Abordnungen der Werktätigen aus allen Teilen der Sowjetunion ziehen Tag und Nacht in einem ununterbrochenen Strom durch den Säulensaal, um von Lenin Abschied zu nehmen.
27. Januar, 9.20 *Uhr*	Der Sarg mit der sterblichen Hülle Lenins wird aus dem Gewerkschaftshaus auf den Roten Platz getragen.
16 Uhr	Der Sarg mit der sterblichen Hülle Lenins wird in das Mausoleum übergeführt.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .. .. VII–X

1921

Neue Zeiten, alte Fehler in neuer Gestalt 1–9

Briefe an die Statistische Zentralverwaltung 10–15

1. An den Leiter der Statistischen Zentralverwaltung 10
2. An den Leiter der Statistischen Zentralverwaltung oder seinen Stellvertreter 13

Brief an die Redaktion der Zeitung „Ekonomitscheskaja Shisn" .. 16–18

Über die Parteireinigung 19–21

Über die Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion, wie sie aufzufassen und durchzuführen sind 22–28

An das Präsidium des VIII. Gesamtrussischen Elektrotechnischen Kongresses 29–30

Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution 31–39

Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung. Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, 17. Oktober 1921 40–60

Eine schroffe Wendung der Sowjetmacht und der KPR 40

Das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee im Jahre 1918 über die Rolle der Bauernschaft 41

Unser Fehler 42

Ein strategischer Rückzug 43

Der Sinn der Neuen Ökonomischen Politik 44
Wer wird siegen – der Kapitalist oder die Sowjetmacht? 45
Der Kampf wird noch härter werden 47
Das letzte Gefecht? 49
Wir dürfen nicht auf einen unmittelbar kommunistischen Übergang rechnen 49
Das Prinzip der persönlichen Interessiertheit 50
Werden wir es verstehen, für uns selbst zu arbeiten? 52
Veraltete Methoden 54
Das größte Wunder 55
Die Aufgaben der Funktionäre für politisch-kulturelle Aufklärung 57
Drei Hauptfeinde 58
Der erste Feind – der kommunistische Hochmut 59
Der zweite Feind – das Analphabetentum 59
Der dritte Feind – die Bestechlichkeit 59
Der Unterschied zwischen militärischen und kulturellen Aufgaben 60

VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz, 29.–31. Oktober 1921 61–89
Über die Neue Ökonomische Politik
1. Referat in der Sitzung am 29. Oktober 1921 63
2. Schlußwort 83

Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus 90–98

Rede zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution auf einer Festversammlung der Arbeiter der Prochorowschen Manufaktur, 6. November 1921. Kurzer Zeitungsbericht 99

Rede zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution auf einer Festversammlung von Arbeitern, Arbeiterinnen, Rotarmisten und Jugendlichen des Moskauer Stadtbezirks Chamowniki, 7. November 1921 100–102

Rede zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution auf einer Festversammlung der Arbeiter des Werkes „Elektrosila" Nr. 3 (vormals „Dynamo"), 7. November 1921. Kurzer Zeitungsbericht .. 103

Vorwort zu der Broschüre „Zur Frage der Neuen Ökonomischen Politik (Zwei alte Artikel und ein noch älteres Nachwort)" 104–106

Telegramm an den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare von Aserbaidshan, Narimanow. Baku 107

Ein talentiertes Büchlein 108–109

Entwurf eines Vorschlags über die Bildung einer Föderation der transkaukasischen Republiken 110

Rede auf dem I. Landwirtschaftskongreß des Moskauer Gouvernements, 29. November 1921. Kurzer Zeitungsbericht 111–112

Über die Thesen der Kommunistischen Partei Frankreichs zur Agrarfrage 113–120

Brief an die Mitglieder des Politbüros über die Parteireinigung und über die Bedingungen für die Aufnahme in die Partei 121

Brief an das Politbüro betreffend eine Resolution des IX. Gesamtrussischen Sowjetkongresses über die internationale Lage 122

IX. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, 23.–28. Dezember 1921 123–166

1. Über die Innen- und Außenpolitik der Republik. Bericht des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare an den IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß, 23. Dezember 1921 125
2. Direktive für die Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, angenommen vom IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß, 28. Dezember 1921 163

Über die Politik der englischen Arbeiterpartei. Brief an das ZK der KPR(B) 167–168

1922

Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik. Beschluß des ZK der KPR(B) vom 12. Januar 1922 169–181

1. Die Neue Ökonomische Politik und die Gewerkschaften .. 169
2. Der Staatskapitalismus im proletarischen Staat und die Gewerkschaften 170

3. Die staatlichen Betriebe, die auf die sogenannte wirtschaftliche Rechnungsführung übergeführt werden, und die Gewerkschaften 170
4. Der wesentliche Unterschied zwischen dem Klassenkampf des Proletariats in einem Staat, der das Privateigentum am Grund und Boden, an den Fabriken usw. anerkennt und wo sich die politische Macht in Händen der Kapitalistenklasse befindet, und dem ökonomischen Kampf des Proletariats in einem Staat, der das Privateigentum am Grund und Boden und an den meisten Großbetrieben nicht anerkennt, in einem Staat, wo sich die politische Macht in Händen des Proletariats befindet 171
5. Die Rückkehr zur freiwilligen Mitgliedschaft in den Gewerkschaften 173
6. Gewerkschaften und Betriebsleitung 174
7. Die Rolle und die Teilnahme der Gewerkschaften an den Wirtschafts- und Staatsorganen des proletarischen Staates .. 175
8. Die Verbindung mit den Massen als Grundbedingung jedweder Arbeit der Gewerkschaften 177
9. Die Widersprüche in der Lage der Gewerkschaften bei der Diktatur des Proletariats 178
10. Die Gewerkschaften und die Spezialisten 179
11. Die Gewerkschaften und der kleinbürgerliche Einfluß auf die Arbeiterklasse 181

Entwurf einer Direktive des Politbüros des ZK der KPR(B) über die Neue Ökonomische Politik 182–183

An die Werktätigen Dagestans 184

Brief an Genossen Ordshonikidse über die Verstärkung der Georgischen Roten Armee 185

Brief an D. I. Kurski 186–187

Notizen eines Publizisten. Über das Besteigen hoher Berge, über die Schädlichkeit der Verzagtheit, über den Nutzen des Handels, über das Verhältnis zu den Menschewiki u. dgl. m. 188–196

I. Eine Art Beispiel 188
II. Ohne Metaphern 190
III. Über die Fuchsjagd; über Levi; über Serrati 192

Über die internationale und die innere Lage der Sowjetrepublik. Rede in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Verbandstages der Metallarbeiter, 6. März 1922 .. 197–212

Über die Bedeutung des streitbaren Materialismus 213–223

An die Mitglieder des Politbüros. Über die Thesen des Gen. Preobrashenski 224–228

Entwurf einer Antwort an E. Vandervelde 229

Vorwort zu I. I. Stepanows Buch „Die Elektrifizierung der RSFSR im Zusammenhang mit der Übergangsphase der Weltwirtschaft" .. 230–232

Brief an J. W. Stalin über die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung) 233–234

Zum vierjährigen Jubiläum der „Bednota" 235–236

Brief über den Plan für den politischen Bericht auf dem XI. Parteitag 237–239

Über die Bedingungen für die Aufnahme neuer Parteimitglieder .. 240–244
1 240
2 242

XI. Parteitag der KPR(B), 27. März–2. April 1922 245–312
1. Rede bei der Eröffnung des Parteitags, 27. März 247
2. Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B), 27. März 249
3. Schlußwort zum politischen Bericht des ZK der KPR(B), 28. März 296
4. Rede bei der Schließung des Parteitags, 2. April 310

Zum Resolutionsentwurf des XI. Parteitags über die Arbeit auf dem Lande. Brief an N. Ossinski 313–315

Wir haben zu teuer bezahlt 316–320

Verordnung über die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung) 321–329
I. Die allgemeinen und grundlegenden Aufgaben der Stellvertreter 321
II. Spezielle Fragen betreffend die Arbeit der Stellvertreter .. 322
III. Die Arbeitsweise der Stellvertreter; ihr Apparat 325

IV. Über die Einhelligkeit in der Arbeit der beiden Stellvertreter 327
V. Die Arbeitsteilung zwischen den Stellvertretern 327
Brief an das Politbüro 330
Vorwort zu der Broschüre „Alte Artikel über zeitnahe Themen". Vorwort zur Ausgabe von 1922 331–333
Telegramm an die Arbeiter und Ingenieure des Erdöltrusts von Aserbaidshan. Baku 334
Zum zehnjährigen Jubiläum der „Prawda" 335–338
Brief für die Mitglieder des Politbüros. Antwort auf die Bemerkungen betreffend die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare) 339–341
Entwurf einer Entschließung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genuakonferenz .. 342–343
Brief an D. I. Kurski 344–345
Briefe über die Entwicklung der Radiotechnik 346–348
1 346
2 348
Über „doppelte" Unterordnung und Gesetzlichkeit. Für das Politbüro 349–353
Ein Löffel Teer in einem Faß voll Honig 354–355
Brief an den V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß 356–357
Notiz für das Politbüro über den Kampf gegen den Großmachtchauvinismus 358
An die Arbeiter der Stadt Baku 359
An den V. Kongreß des KJVR 360
Brief über das Außenhandelsmonopol 361–364
An den Gesamtrussischen Kongreß der Finanzangestellten 365
An die Gesellschaft der Freunde Sowjetrußlands (in Amerika) .. 366
An die Gesellschaft für technische Unterstützung Sowjetrußlands .. 367
Dem befreiten Primorje zum Gruß. Tschita. An den Vorsitzenden des Ministerrats der Fernöstlichen Republik 368

Interview für den Korrespondenten des „Observer" und des „Manchester Guardian", Farbman 369–375

Rede auf der IV. Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der IX. Wahlperiode, 31. Oktober 1922 376–382

An die „Petrogradskaja Prawda" 383

An die „Prawda" 384

An die erste Internationale Konferenz der kommunistischen Genossenschaftler 385

An den Gesamtrussischen Kongreß der Statistiker 386

Interview für den Korrespondenten des „Manchester Guardian", A. Ransome 387–396

Erste Variante 387

Zweite (unvollendete) Variante 393

An die Konferenz parteiloser Arbeiterinnen und Bäuerinnen Moskaus und des Moskauer Gouvernements 397

An die Arbeiter des ehemaligen Michelson-Werks 398

An die Arbeiter und Angestellten des staatlichen Kraftwerks „Elektroperedatscha" 399

An die Arbeiter der Stodoler Tuchfabrik in Klinzy 400

IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 5. November bis 5. Dezember 1922 401–418

1. An den IV. Weltkongreß der Komintern, an den Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Rotarmistendeputierten 403

2. Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution. Referat auf dem IV. Kongreß der Komintern, 13. November 1922 404

Begrüßung der Gesamtrussischen Landwirtschaftsausstellung 419

An die Gruppe „Clarté" 420

Rede in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets, 20. November 1922 421–429

An das Präsidium des V. Gesamtrussischen Verbandstages der Sowjetangestellten 430

An den Verbandstag der Mitarbeiter des Bildungswesens 431

An den III. Weltkongreß der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau 432

Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag.. .. 433–437

Einige Worte über N. J. Fedossejew 438–439

An den Gesamtukrainischen Sowjetkongreß 440

Über das Außenhandelsmonopol. An Genossen Stalin für die Plenartagung des ZK 441–445

Brief an die Mitglieder des ZK betreffs der Möglichkeit, auf dem X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß zu sprechen.. 446

1923

Tagebuchblätter 447–452

Über das Genossenschaftswesen 453–461

I 453

II 458

Über unsere Revolution (Aus Anlaß der Aufzeichnungen N. Suchanows) 462–467

I 462

II 466

Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen (Vorschlag für den XII. Parteitag) 468–473

Lieber weniger, aber besser 474–490

Anmerkungen.. 491–512

Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins 513–534

ILLUSTRATIONEN

W. I. Lenin – 1920.. .. .. X–1

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution" – 14. Oktober 1921 30–31